

**Die Deutschlandpolitik der CSU**  
**Vom Beginn der sozial-liberalen Koalition 1969 bis zum**  
**Ende der Zusammenarbeit mit der DSU 1993**

**Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde**  
**der Fakultät für Philosophie, Kunst-, Geschichts- und**  
**Gesellschaftswissenschaften der Universität Regensburg**

vorgelegt von

Stephan Oetzinger

aus

Mantel

Regensburg 2016

Gutachter (Betreuer): Prof. Dr. Peter Schmid  
Gutachter: Prof. Dr. Bernhard Löffler

## Vorwort

Die Umsetzung und Abfassung eines Dissertationsprojekts bedarf vielfältiger Unterstützung. Daher ist es mir eine angenehme Pflicht all jenen zu danken, die zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben. An erster Stelle gilt mein besonderer Dank Herrn Prof. Dr. Peter Schmid für die kontinuierliche Betreuung und Begleitung der Arbeit durch zahlreiche Anregungen. Ebenso herzlich danke ich Herrn Prof. Dr. Bernhard Löffler für die Übernahme der Zweitkorrektur.

Bedanken möchte ich mich bei der Hanns-Seidel-Stiftung für die Gewährung eines Promotionsstipendiums sowie meinen Eltern, Irmgard und Peter Oetzing, ohne deren finanzielle Unterstützung die Arbeit an diesem Projekt nicht möglich gewesen wäre.

Mein Dank gilt weiterhin allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der von mir genutzten Archive für die Betreuung.

Kraft und Motivation für die abschließende Fertigstellung des Projekts durfte ich bei meiner Familie schöpfen. Insbesondere für die Ermunterung und ihre Rücksichtnahme möchte ich mich daher bei meiner Frau Barbara und unserem Sohn Franz ganz herzlich bedanken, ohne deren Rückhalt das Projekt nicht zu einem guten Ende hätte kommen können. Diese Unterstützung ist von umso größerer Bedeutung, als dass die Arbeit über den größten Teil des Bearbeitungszeitraums berufsbegleitend entstanden ist.

Mantel, im Juni 2017

Stephan Oetzing

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung</b>	7
1.1 Hinführung zum Thema	7
1.2 Vorgehensweise	9
1.3 Forschungsstand	10
1.4 Quellenlage	12
<b>2. Die Phase der sozial-liberalen Koalition 1969-1982</b>	17
2.1 Die neue Rolle der CSU auf der Oppositionsbank	17
2.1.1 <i>Die Bundestagswahl 1969 und die folgende Regierungsbildung</i>	17
2.1.2 <i>Die Auswirkungen des Regierungswechsels auf die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die CSU</i>	19
2.2 Die Ostverträge der Regierung Brandt / Scheel und die Unionsfraktion	23
2.2.1 <i>Die Verhandlungen der Verträge von Moskau und Warschau und die Haltung der Opposition</i>	23
2.2.2 <i>Die erste Phase der parteiinternen Meinungsbildung in der CSU</i>	31
2.2.3 <i>Die Position der Bayerischen Staatsregierung der CSU-Landtagsfraktion zu den Verträgen</i>	36
2.2.4 <i>Die Parlamentsdebatten in Bundestag und Bundesrat im Vorfeld der Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau</i>	40
2.2.5 <i>Das Scheitern des konstruktiven Misstrauensvotums und die Stimmhaltung der Unionsfraktion bei der Ratifikation der Verträge</i>	47
2.3 Der Grundlagenvertrag	55
2.3.1 <i>Die Verhandlungen zum Grundlagenvertrag</i>	55
2.3.2 <i>Die Befassung des Bundestags und des Bundesrates mit dem Vertrag</i>	57
2.3.3 <i>Die Frage nach der möglichen Verfassungsklage in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CSU-Landesgruppe</i>	60
2.3.4 <i>Die Diskussion der Verfassungsklage im Landesvorstand der CSU</i>	64
2.3.5 <i>Die Staatsregierung und ihre Entscheidung zur Verfassungsklage</i>	68
2.3.6 <i>Die Debatte im Bayerischen Landtag</i>	74
2.4 Die Klage gegen den Grundlagenvertrag und ihr Ergebnis	76
2.4.1 <i>Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts</i>	76
2.4.2 <i>Die Folgen des Urteils</i>	80
2.5 Die Frage des UN-Beitritts der Bundesrepublik Deutschland	82

2.5.1 <i>Die Unionsfraktion und der Streit um den Beitritt zu den Vereinten Nationen</i>	82
2.5.2 <i>Die Behandlung der Beitrittsfrage durch den Bundesrat und die Bayerische Staatsregierung</i>	89
2.6 <i>Die Ablehnung der Einrichtung von Ständigen Vertretungen durch Bayern</i>	91
2.7 <i>Die CSU und die KSZE-Schlussakte von Helsinki</i>	94
2.8 <i>Die Deutschlandpolitik als Wahlkampfthema der Bundeskanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß 1980</i>	102
2.8.1 <i>Die Ausgangslage für die Kanzlerkandidatur des CSU-Vorsitzenden Strauß</i>	102
2.8.2 <i>Die Deutschlandpolitik als Thema des Wahlprogramms und in den Wahlkampfauftritten des Kandidaten Strauß</i>	104
<b>3. Regierungswechsel in Bonn – Deutschlandpolitik unter der Regierung Kohl bis 1989</b>	112
3.1 <i>Die Regierungsbildung und der Koalitionsvertrag</i>	112
3.1.1 <i>Der Regierungswechsel 1982 und die Neuwahlen 1983</i>	112
3.1.2 <i>Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP mit Blick auf die Deutschlandpolitik</i>	119
3.2 <i>Die Milliarden-Bürgschaften von 1983 und 1984 und die Vermittlung durch Strauß</i>	123
3.2.1 <i>Die Ausgangslage für den Kredit</i>	123
3.2.2 <i>Der erste Kontakt zwischen Strauß und Schalck-Golodkowski und die Verhandlungen um den ersten Milliardenkredit</i>	126
3.2.3 <i>Die Folgen des Engagements Strauß` für die CSU</i>	132
3.2.4 <i>Der zweite Kredit für die DDR 1984</i>	137
3.3 <i>Der Dialog zwischen Strauß, Honecker und anderen Vertretern der DDR in den 1980ern</i>	140
3.3.1 <i>Der erste Kontakt zwischen Ministerpräsident Strauß und Staatsratsvorsitzenden Honecker</i>	140
3.3.2 <i>Weitere Kontakte und Treffen zwischen Strauß und Honecker in den Jahren 1983 bis 1987</i>	144
3.3.3 <i>Der Austausch zwischen Strauß und anderen hochrangigen Vertretern der DDR zwischen 1984 und 1988</i>	148

3.3.4	<i>Der Besuch Honeckers in München im Jahre 1987</i>	152
3.4	Die Moskau-Reise von Strauß und das Treffen mit Gorbatschow 1987	160
<b>4.</b>	<b>Die Deutschlandpolitik von der Wende 1989 bis zum Ende der Zusammenarbeit mit der DSU</b>	<b>165</b>
4.1	Die Positionierung der CSU im Einigungsprozess	165
4.1.1	<i>Der Tod von Strauß 1988 und die Regelung seiner Nachfolge</i>	165
4.1.2	<i>Die Umbildung des Bundeskabinetts 1989 und die CSU</i>	172
4.1.3	<i>Die Position der CSU im vereinten Deutschland</i>	175
4.2	Die CSU und die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl 1990	179
4.2.1	<i>Die Deutschlandpolitik im Wahlprogramm der CSU zur Bundestagswahl 1990</i>	179
4.2.2	<i>Der Bundestagswahlkampf der CSU bei den Wahlen zum ersten gesamtdeutschen Bundestag 1990</i>	181
4.3	Die Politik des Freistaats Bayern in der Phase der Wende 1989/90	185
4.3.1	<i>Die Initiativen der Bayerischen Staatsregierung 1989/90</i>	185
4.3.2	<i>Die Landtagsdebatte vom 20. Februar 1990</i>	198
4.3.3	<i>Die Gesamtdeutsche Ministerpräsidentenkonferenz in München auf Einladung Streibls („Münchener Erklärung“)</i>	203
4.4	Herstellung der Einheit des Landes	207
4.4.1	<i>Wege zur Deutschen Einheit: Die Artikel 23 und 146 des Grundgesetzes und die Pläne der Bundestagsopposition</i>	207
4.4.2	<i>Der Einsatz der CSU für die Wiedervereinigung über den Artikel 23</i>	209
4.4.3	<i>Die Bundestagsdebatte zum Einigungsvertrag vom 20. September 1990 und das Votum des Bundesrats vom Folgetag</i>	214
4.5	Sicherstellung des Einflusses der CSU im vereinten Deutschland: Das parteipolitische Engagement der CSU in der DDR bzw. den neuen Ländern – Das „Experiment“ DSU	217
4.5.1	<i>Die Anfänge der DSU und der Beginn der Zusammenarbeit mit der CSU</i>	217
4.5.2	<i>Die Gründe für das Engagement der CSU in Ostdeutschland</i>	222
4.5.3	<i>Die DSU als Teil der Allianz für Deutschland und die Unterstützung der CSU im Volkskammerwahlkampf</i>	225
4.5.4	<i>Die Kooperation von der Volkskammerwahl am 18. März bis zur Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 und die Wahlergebnisse der DSU</i>	232

<i>4.5.5 Die Zusammenarbeit der von CSU und DSU von der Bundestagswahl 1990 bis zum Ende der Zusammenarbeit 1993</i>	240
<b>5. Fazit</b>	244
<b>6. Abkürzungsverzeichnis</b>	253
<b>7. Quellen- und Literaturverzeichnis</b>	257
7.1 Ungedruckte Quellen	257
7.2 Gedruckte Quellen	266
7.3 Zeitungen und Zeitschriften	273
7.4 Literatur	273

## **1. Einleitung**

### **1.1 Hinführung zum Themas**

Mit der Bundestagswahl des Jahres 1969 endete aus parteipolitischer Sicht eine erste große Epoche der bundesrepublikanischen Geschichte. Erstmals seit Gründung der sogenannten Bonner Republik waren die Unionsparteien CDU und CSU von der Regierungs- auf die Oppositionsbank gerückt. An die Stelle der bisherigen großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger trat eine sozial-liberale Koalition mit Bundeskanzler Willy Brandt und Bundesaußenminister Walter Scheel an ihrer Spitze. Diese Zäsur hatte auch für die Deutschlandpolitik der jungen westdeutschen Demokratie weitreichende Folgen. Die neue Regierung bahnte sogleich einen Wandel in ihrer Politik gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik, dem sozialistischen Gegenstück zur Bundesrepublik an.<sup>1</sup> Mit diesem Kurs der neuen Ostpolitik begann eine Phase westdeutscher Deutschlandpolitik<sup>2</sup>, die im sogenannten Grundlagenvertrag<sup>3</sup> mit der DDR ihren vorläufigen Höhepunkt finden sollte.

Gerade dieser Entwicklung stand die CSU äußerst kritisch gegenüber, wie die von Franz Josef Strauß veranlasste Normenkontrollklage der Bayerischen Staatsregierung vor dem Bundesverfassungsgericht unterstrich. Bereits an der Durchsetzung dieser Klage gegen den Grundlagenvertrag wird deutlich, dass die CSU trotz ihrer Rolle als Oppositionspartei im Bundestag nachhaltigen Einfluss auf die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik nehmen wollte, ohne dabei Differenzen mit ihrer Schwesterpartei, der CDU, zu scheuen. In der Folge fuhr die CSU einen eigenen Kurs in der deutschen Frage und setzte diesen auch nach dem Regierungsantritt von Helmut Kohl als Bundeskanzler 1982 fort. Dabei stand für die CSU nicht die persönliche Antipathie zwischen Strauß und Kohl im Mittelpunkt, sondern der Anspruch, als bayerische Partei ihren bundespolitischen Einfluss zur Geltung zu bringen und somit auch außen- wie deutschlandpolitisch Profil zu zeigen. Als Endpunkt der Untersuchung wurde die Aufkündigung der Zusammenarbeit mit der Deutschen Sozialen Union (DSU) 1993 gewählt, da mit dem Ende dieser parteipolitischen Kooperation das letzte verbliebene

---

<sup>1</sup> Vgl. Bierling: Außenpolitik, S. 173

<sup>2</sup> Unter dem Begriff der Deutschlandpolitik werden in dieser Arbeit all die Bereiche der Politik verstanden, die sich mit dem Recht auf Selbstbestimmung aller Deutschen sowie die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands gemäß dem Grundgesetz verstanden. Für eine ausführliche Begriffsdefinition zur Deutschlandpolitik vgl. Korte: Deutschlandpolitik, S.9/10

<sup>3</sup> Es findet sich dabei in der Literatur sowohl die Schreibweise „Grundvertrag“ als auch „Grundlagenvertrag“; gemeint ist dabei der „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 21. Dezember 1972. Zur Vereinheitlichung und einfacheren Lesbarkeit wird in der vorliegenden Arbeit der Terminus „Grundlagenvertrag“ verwendet.



Betätigungsfeld der CSU auf dem Gebiet der Deutschlandpolitik ein Ende gefunden hatte.

Es stellt sich unweigerlich die Frage, welche Positionen die CSU in dieser neuen Phase der Deutschlandpolitik ab 1969 bezog und wie erfolgreich sie diese in den politischen Prozess einbringen konnte. Oder, kurz gefasst, welche Rolle spielte die CSU in der Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1969 und 1993?

Die vorliegende Arbeit hat das Ziel, einen Beitrag zur Erforschung der Geschichte der CSU und ihres bundespolitischen Einflusses, insbesondere mit Blick auf die Deutschlandpolitik zwischen 1969 und 1993 zu leisten.<sup>4</sup> Dabei will sie zu einem Erkenntnisgewinn für die Zeit- und Parteiengeschichte beitragen. Die Untersuchung konzentriert sich ganz bewusst auf die Binnensicht, also vor allem auf die innerparteiliche Perspektive der CSU. Auf die Darstellung des großen gesellschaftlichen Diskurses zur Deutschlandpolitik, insbesondere in der Öffentlichkeit, den Medien und anderen politischen Parteien wie der SPD und der FDP, wurde bewusst verzichtet, zum einen, da hierüber zum Teil bereits eigene Untersuchungen vorliegen, zum anderen, weil eine entsprechend umfassende Auswertung der Presse sowie weiterer Archivalien parteipolitischer Provenienz aus arbeitsökonomischen Gründen den Rahmen des Vorhabens gesprengt hätten.

Neue Erkenntnisse liefert die vorliegende Arbeit deshalb, da neben dem Archivgut der beiden einschlägigen Parteiarchive der CSU<sup>5</sup> und CDU<sup>6</sup> vor allem Bestände des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, welche bisher noch nicht in die Untersuchungen zur Deutschlandpolitik und zur Geschichte der CSU einbezogen wurden, ausgewertet wurden, um so aus verschiedenen Blickwinkeln ein möglichst objektives Bild der Politik der CSU in diesem Themenbereich zu erreichen. Gerade die im Bayerischen Hauptstaatsarchiv überlieferten Nachlässe tragen zu einem annähernd vollständigen Bild der deutschlandpolitischen Aktivitäten, insbesondere in der Phase der Wiedervereinigung bei.

---

<sup>4</sup> Diesen bundespolitischen Anspruch machte die CSU und ihre Vertreter mehrfach bei verschiedensten Anlässen deutlich, so beispielsweise Franz Josef Strauß bei seiner Rede auf dem CSU-Landesparteitag am 10. April 1970 in München. Vgl. ACSP PT 19700411, Nr. 5, darin: Protokoll der I. Plenarsitzung am Freitag, den 10. April 1970, S. 27

<sup>5</sup> Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung in München (ACSP)

<sup>6</sup> Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin (ACDP)

## 1.2 Vorgehensweise

Zur Näherung an das Thema wird eingangs der Forschungsstand und die Quellenlage dargestellt.

Für die Untersuchung wurde eine chronologische Grobgliederung in drei große Phasen vorgenommen: Die der sozial-liberalen Koalition 1969 bis 1982, die Deutschlandpolitik der Regierung Kohl vom Regierungswechsel 1982 bis zum Beginn der Wende sowie eine letzte Phase von den Ereignissen des Jahres 1989 bis zum Ende der Zusammenarbeit zwischen CSU und DSU im April 1993. Diese bewusst weitgefaste chronologische Gliederung wird dann in den einzelnen Abschnitten thematisch weiter ausdifferenziert, um somit die einzelnen Elemente der Deutschlandpolitik der CSU darzustellen.

So wird in der ersten Phase von 1969-1982 zunächst auf die veränderte Ausgangslage der CSU auf der Oppositionsbank im Bundestag eingegangen. Hieran schließt sich dann die Darstellung der Politik der CSU zu den Ostverträgen der Regierung Brandt / Scheel an. Einen großen Bereich nimmt die Untersuchung zum Komplex des Grundlagenvertrages sowie zur Klage gegen denselben ein, da sich an diesem wohl am deutlichsten das Handeln der CSU im Bereich der Deutschlandpolitik darstellen lässt. Weitere zentrale Themenbereiche in diesem Abschnitt der Arbeit sind vor allem das Nein zum Beitritt der Bundesrepublik zu den Vereinten Nationen, die ablehnende Haltung Bayerns bezüglich der Einrichtung von Ständigen Vertretungen in Bonn beziehungsweise Ostberlin durch die DDR und die Bundesrepublik, die Position der CSU zur KSZE-Schlussakte von Helsinki und die Kanzlerkandidatur des langjährigen Vorsitzenden der CSU, Strauß, unter dem Gesichtspunkt der Deutschlandpolitik.

Das Kapitel über die Deutschlandpolitik der Regierung Kohl vom Regierungswechsel 1982 bis 1989 setzt sich mit der Regierungsbildung und dem Koalitionsvertrag sowie die Milliarden-Bürgschaften von 1983 und 1984, die beide von Strauß vermittelt wurden, auseinander. Ebenso wird der Dialog zwischen Strauß und Honecker ab 1983 thematisiert. Zudem wird die Moskau-Reise des CSU-Vorsitzenden 1987 mit Blick auf ihre deutschlandpolitische Dimension untersucht.

Der letzte Abschnitt, der den Zeitraum vom Tod von Strauß 1988 bis zum Ende der Zusammenarbeit mit der DSU 1993 umfasst, untersucht vor allem die Positionierung der CSU im Einigungsprozess. Darin wird zunächst auf die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl im Jahr 1990 aus Sicht der CSU eingegangen, bevor die Politik des Freistaats Bayern in der Umbruchphase 1989/90 untersucht wird. Einen weiteren

Abschnitt bildet die Untersuchung zum Kurs der CSU auf dem Weg zur Deutschen Einheit. Zugleich findet das parteipolitische Engagement der CSU in der DDR beziehungsweise den neuen Ländern eine entsprechende Würdigung, welches mit dem Ziel verfolgt wurde, den Einfluss der CSU im vereinten Deutschland zu sichern.

Abschließend wird in einem letzten Schritt ein Fazit mit der Bewertung der Deutschlandpolitik der CSU im Untersuchungszeitraum von 1969 bis 1993 gezogen, in dem festgestellt wird, in wie weit die CSU ihre Positionen in diesem Politikfeld einbrachte und welche sie davon umsetzen konnte.

### 1.3 Forschungsstand

Was den Stand der Forschung zum untersuchten Thema angeht, so existiert zwar zum Komplex der Deutschlandpolitik sowie zum Bereich der Wiedervereinigung Deutschlands 1989/90 eine regelrechte Flut an wissenschaftlichen Untersuchungen, doch steht bis dato eine Gesamtbetrachtung der Deutschlandpolitik der CSU zu dieser Thematik noch aus.

Die Deutschlandpolitik gehört zu einem Bereich, mit der sich sowohl die Geschichte als auch die Politikwissenschaft intensiv beschäftigt. Für den Untersuchungszeitraum von 1969 bis 1993 bietet die Literatur vor allem für die neue Deutschland- und Ostpolitik der Regierung Brandt / Scheel einen fundierten Einblick, während die Amtszeit von Helmut Schmidt diesbezüglich weniger umfassend untersucht wurde. Die Kanzlerschaft Helmut Kohls wurde insbesondere in Folge der Wiedervereinigung in den Fokus wissenschaftlicher Untersuchungen gerückt.

Neben einer Reihe von Gesamtdarstellungen zur Geschichte der Bundesrepublik und der Geschichte Bayerns<sup>7</sup>, welche die Entwicklungslinien der Deutschlandpolitik widerspiegeln, sind ebenso Arbeiten zur Außenpolitik der Bundesrepublik von großer Bedeutung für das untersuchte Thema.<sup>8</sup>

Gerade die neue Deutschland- und Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition unter Willy Brandt rückt das Themenfeld rund um die deutsche Frage wieder verstärkt in das wissenschaftliche Interesse. Dabei liegt ein Schwerpunkt vor allem auf der Vertragspolitik der Regierung Brandt, was zahlreiche Untersuchungen belegen.<sup>9</sup> In einem besonderen Fokus stehen dabei die innenpolitischen Kämpfe um die Verträge

---

<sup>7</sup> Vgl.: Spindler: Handbuch der Bayerischen Geschichte, Bd. 4.1; Kraus: Geschichte Bayerns; Hartmann: Bayerns Weg in die Gegenwart; Zorn: Bayerns Geschichte

<sup>8</sup> Vgl. u.a.: Bierling: Außenpolitik; Haftendorn: Deutsche Außenpolitik

<sup>9</sup> Vgl. u.a.: Jäger / Link: Republik im Wandel; Zürndorf: Die Ostverträge

sowie deren rechtlichen Konsequenzen.<sup>10</sup> Zenit der innenpolitischen Auseinandersetzungen bildete dabei die von der CSU initiierte und von der Bayerischen Staatsregierung umgesetzte Klage gegen den Grundlagenvertrag vor dem Bundesverfassungsgericht 1973.<sup>11</sup>

Die meisten Untersuchungen enden jedoch mit dem Abschluss der Ostverträge und den Verträgen mit der DDR ihren Untersuchungszeitraum,<sup>12</sup> so dass die Deutschlandpolitik der Kanzlerschaft Helmut Schmidts vor allem in Gesamtdarstellungen und deshalb überwiegend pauschal gewürdigt wurde.<sup>13</sup>

Die Deutschlandpolitik der Kanzlerschaft Helmut Kohls weist nach einer eher stagnierenden Phase der sozial-liberalen Koalition eine Intensivierung der innerdeutschen Beziehungen auf, wobei hierfür vor allem eine Reihe eher dokumentarisch-einführender Untersuchungen vorliegt.<sup>14</sup> Matthias Zimmer untersuchte in seiner Studie zur Deutschlandpolitik insbesondere das Spannungsverhältnis zwischen nationalem Interesse und internationalen Rahmenbedingungen für die erste Phase der Amtszeit Helmut Kohls bis zum Jahr 1989.<sup>15</sup> Die bedeutendste Untersuchung zur Deutschlandpolitik der Regierung Kohl stammt von Karl-Rudolf Korte;<sup>16</sup> diese ist zugleich der erste Band der insgesamt vier Bände umfassenden „Geschichte der Deutschen Einheit“.<sup>17</sup> Diese Reihe bildet zugleich eine der zentralen Darstellungen zur Geschichte der Wiedervereinigung Deutschlands, insbesondere weil sich die Autoren durch eine einmalige Sondergenehmigung auf die Auswertung von bislang ungedrucktem Quellenmaterial stützen können.<sup>18</sup>

Der zweite zentrale Untersuchungsgegenstand, die Geschichte der CSU bietet ein umfassendes Bild an Untersuchungen. Grundlegend für die Geschichte und Struktur der CSU sind nach wie vor die Studien von Alf Mintzel.<sup>19</sup> Elementar ist dabei auch der anlässlich des 50jährigen Bestehens der Partei veröffentlichte Sammelband „Geschichte

---

<sup>10</sup> Schmid: Politik des Ausverkaufs. Zur Politik der CDU/CSU Opposition siehe vor allem: Grau: Gegen den Strom.

<sup>11</sup> Vgl. zum Vorgehen der CSU die Diplomarbeit von Werner Schneider. Vgl. Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik

<sup>12</sup> Genannt sein hier beispielhaft: Buchheim: Deutschlandpolitik

<sup>13</sup> Jäger / Link: Republik im Wandel

<sup>14</sup> Beispielhaft seinen hier folgende erwähnt: Martin: Zwischenbilanz

<sup>15</sup> Vgl. Zimmer: Nationales Interesse und Staatsräson

<sup>16</sup> Korte: Deutschlandpolitik

<sup>17</sup> Die drei anderen Bände sind folgende: Grosser: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion; Jäger: Die Überwindung der Teilung; Weidenfeld: Außenpolitik für die deutsche Einheit

<sup>18</sup> Vgl. Korte, Deutschlandpolitik, S. 7

<sup>19</sup> Vgl. u. a. Mintzel: Die Geschichte der CSU

einer Volkspartei“<sup>20</sup>, der durch eine Reihe von Aufsätzen die unterschiedlichsten Bereiche der Politik und Geschichte der CSU beleuchtet. Als neuere Untersuchung ist die Dissertation von Andreas Kießling zu nennen.<sup>21</sup> Ebenso der unter der Regie von Martin Seebaldt entstandene Sammelband zur CSU sei an dieser Stelle genannt.<sup>22</sup>

Zu erwähnen sind hierbei zugleich zahlreiche Veröffentlichungen und Aufsätze von Dieter Blumenwitz, die die unterschiedlichsten Aspekte der Deutschlandpolitik, aber auch die Positionierung der CSU in diesem Bereich erörtern.<sup>23</sup> Dabei sei ebenfalls die jeweiligen Sammel- und Tagungsbände sowie die staats- und völkerrechtlichen Abhandlungen der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht verwiesen.<sup>24</sup> Neue Erkenntnisse liefern zudem die beiden, anlässlich des 100. Geburtstags von Strauß im Jahr 2015 veröffentlichten Biographien des CSU-Politikers von Horst Möller und Peter Siebenmorgen, wobei insbesondere letzter auf ansonsten nicht zugängliche Quellen zugreifen konnte.<sup>25</sup>

#### 1.4 Quellenlage

Mit Blick auf die Quellenlage zum vorliegenden Thema ergibt sich ein zu differenzierendes Bild. Somit kann man zu Recht, wie es Andreas Rödder in seiner Darstellung über die Bundesrepublik Deutschland zwischen 1969 und 1990 formuliert, von einer „[...] Quellengrundlage [die] breit und [zugleich] fragmentarisch [ist]“<sup>26</sup> sprechen. So besteht zum einen eine regelrechte Flut an Quellen, zum anderen ist die Zugänglichkeit der jeweiligen Zeitzeugnisse äußerst unterschiedlich.

Was gedruckte Quellen für den Untersuchungszeitraum angeht, besteht eine sehr gute Ausgangslage. So sind die Protokolle der Verhandlungen der entscheidenden parlamentarischen Gremien, namentlich des Deutschen Bundestages, des Bundesrates sowie des Bayerischen Landtags in gedruckter Form zugänglich.<sup>27</sup>

---

<sup>20</sup> Hanns-Seidel-Stiftung (Hg.): Geschichte einer Volkspartei; darin u.a. auch ein Aufsatz von Dieter Blumenwitz zum Verhältnis der CSU zur deutschen Frage. Vgl. Blumenwitz: Die Christlich-Soziale Union und die deutsche Frage

<sup>21</sup> Kießling: Die CSU

<sup>22</sup> Hopp / Seebaldt / Zeitler (Hgg.): Die CSU

<sup>23</sup> Vgl. u.a.: Blumenwitz: Die Christlich-Soziale Union und die deutsche Frage; Ders.: Der Beitrag der CSU zur staatlichen Einheit Deutschlands; ders.: Grundvertrag und Verfassungsklage

<sup>24</sup> Vgl. u.a. Blumenwitz / Meissner: Staatliche und nationale Einheit Deutschlands – ihre Effektivität; Blumenwitz / Ziegler (Hgg.): Die deutsche Frage im Spiegel der Parteien

<sup>25</sup> Vgl. Möller: Franz Josef Strauß. Vgl. auch Siebenmorgen: Franz Josef Strauß.

<sup>26</sup> Rödder: Die Bundesrepublik Deutschland 1969-1990

<sup>27</sup> Vgl. Bundestag: Stenographische Berichte 1969-1993; Bundesrat: Stenographische Berichte 1969-1993; Bayerischer Landtag: Stenographische Berichte 1969-1993.

Zu diesen von offiziellen Stellen publizierten Quellensammlungen treten eine große Zahl weiterer Druckerzeugnisse, deren Quellenwert für die vorliegende Arbeit von großer Bedeutung ist. Dabei sind zunächst vor allem die Erinnerungen einer ganzen Reihe führender Politiker des Untersuchungszeitraumes zu nennen. Diese sind zwar, weil von den damaligen Akteuren selbst in der Rückschau verfasst, kritisch zu prüfen, da teilweise die einzelnen Autoren dazu tendieren, ihre eigene Rolle im politischen Prozess höher zu bewerten, als diese tatsächlich gewesen ist, doch ist ihre Einbeziehung unerlässlich. Allen voran sind hier die postum veröffentlichten Erinnerungen des langjährigen bayerischen Ministerpräsidenten und CSU Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß zu nennen.<sup>28</sup> Des Weiteren die dreibändigen Erinnerungen von Altkanzler Helmut Kohl,<sup>29</sup> das Buch von Richard Stücklen „Mit Humor und Augenmaß“<sup>30</sup>, „Den Kanzler im Visier“,<sup>31</sup> in dem der ehemalige Büroleiter von Strauß, Friedrich Voss, seine Erinnerungen niedergelegt hat, die „Deutsch-deutschen Erinnerungen“<sup>32</sup> vom DDR-Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski, die „Rückblicke“<sup>33</sup> von Alfons Goppel sowie die Erinnerungen von Friedrich Zimmermann.<sup>34</sup> Auch die Tagebucheinträge des langjährigen CDU-Bundesschatzmeisters Walther Leisler Kiep und die Aufzeichnungen von Rainer Barzel liefern zahlreiche wichtige Hintergrundinformationen.<sup>35</sup>

Zudem existieren von einigen Politikern Editionen von deren Reden; beispielhaft sei hier auf die entsprechenden Sammlungen zu Franz Josef Strauß<sup>36</sup> und Richard Stücklen<sup>37</sup> verwiesen. Anzuführen sind ebenso die von Wilfried Scharnagl, dem langjährigen Chefredakteur des Bayernkurier, herausgegebenen Werke wie beispielsweise „Mein Strauß“<sup>38</sup> und „Strauß in Moskau... und im südlichen Afrika“<sup>39</sup> sowie eine Reihe von ihm verfassten Bücher.<sup>40</sup>

---

<sup>28</sup> Strauß: Erinnerungen

<sup>29</sup> Kohl: Erinnerungen, 3 Bde.

<sup>30</sup> Stücklen: Mit Humor und Augenmaß

<sup>31</sup> Voss: Den Kanzler im Visier

<sup>32</sup> Schalck-Golodkowski: Deutsch-deutsche Erinnerungen

<sup>33</sup> Vgl. Friemberger / Kramer: Rückblicke. Zur Struktur der Rückblicke vgl. Kramer: Die Rückblicke von Alfons Goppel – Form und Inhalt.

<sup>34</sup> Vgl. Zimmermann: Kabinettsstücke

<sup>35</sup> Vgl. Kiep: Was bleibt ist große Zuversicht. Vgl. ebenso Barzel: Auf dem Drahtseil, sowie Barzel: Geschichten aus der Politik.

<sup>36</sup> Strauß: Bundestagsreden und Zeitdokumente (1975); ders.: Bundestagsreden und Zeitdokumente 1974-1979

<sup>37</sup> Stücklen: Bundestagsreden und Zeitdokumente

<sup>38</sup> Scharnagl: Mein Strauß

<sup>39</sup> Ders. (Hg.): Strauß in Moskau... und im südlichen Afrika

<sup>40</sup> z. B.: Strauß: Auftrag für die Zukunft

Erwähnt werden sollen hier ebenso weitere Druckerzeugnisse und Veröffentlichungen von Parteien und Politikern, die ebenfalls den gedruckten Quellen zum vorliegenden Thema zugeordnet werden. Hier sei exemplarisch auf die „Gebote der Freiheit“<sup>41</sup> von Franz Josef Strauß, die Sammelbände zum 65.<sup>42</sup> und 70.<sup>43</sup> Geburtstag von Strauß, die Beiträge seinerzeit führender Politiker enthalten sowie auf diverse Dokumentationen von Parteien und Veröffentlichungen von Parteitage sreden verwiesen.<sup>44</sup> Die Untersuchung der einzelnen Wahlprogramme der CSU erwies sich hierbei als sinnvoll.

Bei den ungedruckten Quellen ergibt sich auf den ersten Blick eine regelrechte Fülle an Materialien, die für die Untersuchung sinnvoll erscheinen. Hierbei gilt es jedoch zu sehen, dass der Umgang mit derartig jungen Quellen durchaus seine Schwierigkeiten mit sich bringt. So sind lange nicht alle archivierten Akten bereits verzeichnet und damit nutzbar.<sup>45</sup> Ebenso besteht nicht bei allen Archiven die Möglichkeit, die dreißig Jahressperrfrist aufzuheben, so dass diese Archivalien nicht eingehend untersucht werden können.

Als erstes sind hierbei die Archivalien des Bayerischen Hauptstaatsarchivs in München, Abteilung II, neuere Bestände zu nennen. Dort finden sich die Bestände der Bayerischen Staatskanzlei, welche unter anderem die Handakten der Ministerpräsidenten, Akten zu Staatsbesuchen und Empfängen, zur internationalen Politik, zu Ministerpräsidententreffen und –besprechungen sowie zu Unterredungen mit dem Bundeskanzler beinhalten.

Ein weiterer zentraler Bestand der Abteilung II des Bayerischen Hauptstaatsarchivs ist die Abgabe des Bevollmächtigten des Freistaates Bayern beim Bund – Dienststelle Bonn. Diese enthält neben Kurzprotokollen über Koordinierungsbesprechungen des Bevollmächtigten auch dessen Wochen- und Monatsberichte an den Ministerpräsidenten, Bundesratsangelegenheiten sowie Akten zu dienstlichen Gesprächen in Bonn. Die Laufzeit setzt ebenfalls bereits vor Beginn des Untersuchungszeitraumes ein und geht in Einzelfällen bis 1982.

---

<sup>41</sup> Strauß: Gebote der Freiheit

<sup>42</sup> Zimmermann (Hg.): Anspruch und Leistung

<sup>43</sup> Carstens / Goppel / Kissinger / Mann (Hgg.): Franz Josef Strauß

<sup>44</sup> Beispielsweise seien hierzu folgende genannt: Arbeitskreis Deutschland- und Außenpolitik der CSU (Hg.): Deutschlandpolitisches Grundsatzpapier der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, verantw. Florian Stumfall, München 1978; Strauß, Franz Josef: Mit aller Kraft für Deutschland. Rede vor dem CSU-Parteitag am 29. September 1979 in München.

<sup>45</sup> So sind beispielsweise die Bestände des Arbeitskreises für Deutschland- und Außenpolitik der CSU (DAP) noch nicht für den Benutzer zugänglich, da diese noch nicht erschlossen sind, wie Andreas Bitterhof vom Archiv für Christlich-Soziale Politik im Gespräch mit dem Autor erklärte. Vgl. dazu auch Höpflinger (Hg.): Archiv für Christlich-Soziale Politik, S. 100

Eine gleichfalls bedeutende Quelle, die in der Abteilung II des Hauptstaatsarchivs lagert bilden die Ministerratsprotokolle der Bayerischen Staatsregierung, wofür der Autor der Bayerischen Staatskanzlei für die Sondergenehmigung zur Einsichtnahme dankt.

Von Bedeutung sind daneben eine Reihe von Nachlässen, die in der Abteilung V des Bayerischen Hauptstaatsarchivs verwahrt werden. Dort finden sich die Akten und Aufzeichnungen einer ganzen Reihe führender CSU Politiker, die für die Bearbeitung des vorliegenden Themas von Nutzen sind. Zu nennen sind hier die Nachlässe des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Max Streibl, der Staatsministerin Mathilde Berghofer-Weichner, der Staatsminister Ludwig Huber, Simon Nüssel, Alfred Seidl sowie der ehemaligen Präsidenten des Bayerischen Landtages Johann Böhm und Wilhelm Vorndran.<sup>46</sup>

Eine ganz entscheidende Rolle bei der vorliegenden Untersuchung kommt dem Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung München zu. Hier finden sich neben einer Fülle von Druckerzeugnissen die Akten der unterschiedlichen Gremien der CSU.<sup>47</sup> Zu nennen sind die uneingeschränkt zugänglich Bestände der Landesparteitage, des sogenannten Parteiausschusses beziehungsweise der kleinen Parteitage, die Akten der CSU-Landesgruppe sowie die Protokolle der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag.<sup>48</sup>

Ein weiterer Bestand, der im Archiv für Christlich-Soziale Politik verwahrt ist, sind die Protokolle der CSU-Landtagsfraktion, die allerdings nur bis zum Jahr 1971 an das Archiv abgegeben wurden, die Protokolle der späteren Jahrgänge befinden sich noch in den Räumen der CSU-Landtagsfraktion im Maximilianeum und sind bis dato nicht zugänglich.<sup>49</sup>

Auch eine Reihe von Nachlässen wichtiger Unionspolitiker, die eine Relevanz für die vorliegende Arbeit aufweisen, finden sich im Archiv für Christlich-Soziale Politik. Der

---

<sup>46</sup> Hierbei sei den jeweiligen Verantwortlichen für die Gewährung der Einsichtnahme in die einschlägigen Nachlässe von Mathilde Berghofer-Weichner, Johann Böhm, Ludwig Huber, Simon Nüssel, Alfred Seidl, Max Streibl, Wilhelm Vorndran und Paul Wilhelm gedankt. Besonderer Dank gilt hier der Direktorin der Abteilung V, Frau Dr. Sylvia Krauss für die Einholung dieser Genehmigungen.

<sup>47</sup> Die Einsichtnahme in die Vorstandsprotokolle der CSU wird dabei laut Schreiben vom 19. März 2010 des damaligen Hauptgeschäftsführers der CSU, Herrn Dr. Bernhard Schwab, grundsätzlich nicht gewährt. In den 1990ern wurden für diese Akten sowohl Herrn Werner Schneider für seine Diplomarbeit als auch Herrn Dieter Blumenwitz für seinen Beitrag zum Sammelband 50 Jahre CSU Einsicht in diese Bestände gewährt.

<sup>48</sup> Ein besonderer Dank gilt hier dem damaligen parlamentarischen Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Herrn parlamentarischen Staatssekretär Stefan Müller, MdB, der diese mit Schreiben vom 25. August 2010 gewährte.

<sup>49</sup> Dank gilt hier dem stellvertretenden Geschäftsführer der CSU Landtagsfraktion, Herrn Sven Neuner, der die Einsichtnahme in die verzeichneten Bestände der CSU Landtagsfraktion im ACSP gewährte.



Bedeutendste unter ihnen ist der Nachlass des langjährigen Ministerpräsidenten und CSU Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß, der rund 300 laufende Meter umfasst.<sup>50</sup> Daneben ist die Untersuchung der Nachlässe von Ministerpräsident Alfons Goppel, des Bundestagspräsidenten Richard Stücklen, Bundestagsvizepräsidenten Richard Jaeger sowie von Staatsminister Fritz Pirkel nützlich.<sup>51</sup>

In den Beständen des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin sind insbesondere die Protokolle der CDU/CSU Bundestagsfraktion von Bedeutung. Eine Verkürzung der dreißig Jahressperrfrist für diese Bestände ist laut Auskunft des Archivs nicht möglich.<sup>52</sup>

In den Beständen des Staatsarchivs Bamberg lagert der Nachlass von Staatssekretär a. D. Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg, dem für die Bearbeitung des vorliegenden Themas eine gewisse Bedeutung zukommt.<sup>53</sup>

---

<sup>50</sup> Besonderer Dank gilt hierbei Frau Staatsministerin a. D. Monika Hohlmeier, MdEP, für die freundliche Genehmigung der Einsichtnahme. Eine detaillierte Erklärung der Bestände des Nachlasses von Strauß liefert Claus Brüggemann. Vgl. Brüggemann: Nachlass Franz Josef Strauß

<sup>51</sup> Der Autor ist insbesondere der Leiterin des ACSP, Frau Dr. Renate Höpfinger, für die Ermöglichung der Einsichtnahme in die gesamten, im ACSP verwahrten Nachlässe zu Dank verpflichtet.

<sup>52</sup> Dies wurde im Rahmen Besprechung mit Frau Dr. Angela Keller-Kühne vom Archiv für Christlich-Demokratische Politik dem Autor mitgeteilt.

<sup>53</sup> Dank gilt hier der Familie zu Guttenberg für die Gewährung der Einsichtnahme in diesen Nachlass.

## **2. Die Phase der sozial-liberalen Koalition 1969-1982**

### **2.1 Die neue Rolle der CSU auf der Oppositionsbank**

#### *2.1.1 Die Bundestagswahl 1969 und die folgende Regierungsbildung*

Die Bundestagswahlen des Jahres 1969 brachten einen gravierenden Wechsel in die Politik der Bundesrepublik Deutschland. Mit diesem Urnengang gelang es der SPD gemeinsam mit den Freien Demokraten, die Unionsparteien auf die Oppositionsbänke des Parlaments zu verdrängen, nachdem diese 20 Jahre lang die Geschicke der Bonner Republik seit deren Gründung gelenkt hatten.<sup>54</sup> Bei diesem Wechsel handelte es sich in den Augen von Franz Josef Strauß nicht um einen einfachen Regierungswechsel, sondern um mehr, wie er in seiner Parteitage Rede im April 1970 deutlich machte:

„Er ist darauf angelegt, eine grundsätzliche und langfristige Umorientierung der deutschen Politik im Inneren und nach Außen einzuleiten.“<sup>55</sup>

In den Worten von Alf Mintzel wurde das bisherige bundesrepublikanische Parteiensystem mit dieser Wahl regelrecht umgepolt beziehungsweise umgekehrt.<sup>56</sup> Zugleich bedeutete der Regierungswechsel eine wichtige Zäsur bezüglich der Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland, da der Wechsel des Kabinetts zugleich die personelle Weichenstellung für die künftige Gestaltung dieses Politikfelds darstellte.

Zunächst schien am Wahlabend noch ein Sieg der CDU/CSU sicher zu sein und auch erste Glückwünsche an Kanzler Kurt Georg Kiesinger waren bereits eingegangen, doch zeichnete sich im Laufe des Abends zunehmend ein Trend hin zur SPD ab.<sup>57</sup> Nach der Auszählung aller abgegebenen Stimmen verfehlten die beiden Schwesterparteien CDU und CSU mit 46,1 Prozent die absolute Mehrheit im Bundestag nur um 12 Sitze, wengleich sie ihre Stellung als stärkste Fraktion behaupten konnten, während zugleich die Sozialdemokraten mit 42,7 Prozent ihr bis dahin bestes Ergebnis bei einer Wahl zum Deutschen Bundestag seit 1949 einfuhren.<sup>58</sup>

In der Folge der Wahl bemühte sich der amtierende Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger um eine Regierungsbildung unter Führung der Union, wobei Verhandlungen sowohl mit den Sozialdemokraten als auch den Liberalen ins Auge gefasst wurden.

---

<sup>54</sup> Vgl. Schönhoven: Zwischen Euphorie und Ernüchterung, S. 77

<sup>55</sup> ACSP, PT 19700411, Nr. 5, darin: Protokoll der I. Plenarsitzung am Freitag, den 10. April 1970, S. 30

<sup>56</sup> Vgl. Mintzel: Geschichte der CSU, S. 394

<sup>57</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 25 ff. Zur damaligen Stimmung im Kanzlerbungalow am Wahlabend vgl. Guttenberg: Fußnoten, S. 161/162.

<sup>58</sup> Vgl. Bierling: Außenpolitik, S. 172; vgl. auch Borowsky: Sozialliberale Koalition und innere Reformen, S. 32. Die CSU hatte in Bayern 54,4 Prozent eingefahren, was bundesweit 9,5 Prozent entsprach. Vgl. Hirscher: die Wahlergebnisse der CSU, S. 19

Hierzu wurde eine Verhandlungskommission für die entsprechenden Gespräche gebildet, die aus Kanzler Kiesinger, dem Fraktionsvorsitzenden Barzel, dem rheinlandpfälzischen Ministerpräsidenten Kohl sowie Generalsekretär Bruno Heck aus den Reihen der CDU und aus dem Parteichef Strauß und dem Vorsitzenden der Landesgruppe Stücklen von den Christ-Sozialen bestand.<sup>59</sup> Anfängliche Sondierungen der Union mit dem bisherigen Regierungspartner verliefen dabei allerdings sehr schnell im Sand, was jedoch auch der Tatsache geschuldet gewesen sein dürfte, dass von den beiden Schwesterparteien nicht an eine Fortsetzung des bisherigen Bündnisses mit der SPD gedacht wurde. In diese Richtung äußerte sich Richard Stücklen vor den CSU-Bundestagsabgeordneten in seinem Bericht zum Stand der Koalitionsverhandlungen, in dem er darlegte, dass man seitens der Unionsfraktion der FDP erklärt hätte, die Große Koalition nicht verlängern zu wollen.<sup>60</sup> Gerade mit Blick auf die divergierenden Zielsetzungen in der Ost- und Deutschlandpolitik war eine Fortsetzung der Regierung aus CDU/CSU und SPD nicht mehr denkbar.<sup>61</sup> Eine gewisse Mitschuld des Kanzlers der ersten Großen Koalition, Kiesinger, ist wohl nicht von der Hand zu weisen, da er sich im Vorfeld der Wahl weder für die Fortsetzung des bisherigen Regierungsbündnisses noch für eine Verbindung mit den Freien Demokraten ausgesprochen hatte, was auch Franz Josef Strauß so gesehen hat, wenngleich dieser den bisherigen Unionskanzler vor Angriffen aus den eigenen Reihen schützte.<sup>62</sup> Kiesinger war dabei kurz nach der Wahl noch davon ausgegangen, dass, wenn die Union schon nicht alleine regieren könne, die SPD zu einer Fortsetzung der Großen Koalition zu bewegen sei.<sup>63</sup>

Bereits ab Anfang Oktober zeichnete sich eine Regierungsbildung unter Ausschluss von CDU und CSU ab. Dennoch hegten sowohl der bisherige Kanzler und Parteivorsitzende Kiesinger als auch der Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel noch eine gewisse Hoffnung, dass wegen einer Reihe möglicher Umfaller innerhalb der FDP-

---

<sup>59</sup> Vgl. Bermbach: Stationen der Regierungsbildung 1969, S. 10

<sup>60</sup> Vgl. ACSP, LG-Sitzungen, 6. WP, darin: Protokoll der Sitzung der CSU-Landesgruppe am 1. Oktober 1969, S. 1. Dies unterstreicht auch das Protokoll über die Sitzung des CSU Wahlkampf Ausschusses vom 9. Januar 1969, in der Generalsekretär Max Streibl bereits darauf verwies, dass man eine absolute Mehrheit zwar anstreben müsse, diese jedoch aufgrund der Meinungsumfragen nicht propagieren sollte. Vgl. BayHStA, StK 12264, Hefter zur Bundestagswahl 1969, S. 1

<sup>61</sup> Vgl. Bierling: Außenpolitik, S. 156

<sup>62</sup> Vgl. Scharnagl: Mein Strauß, S. 200

<sup>63</sup> Vgl. Voss: Den Kanzler im Visier, S. 21/22

Fraktion die Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler in der Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. Oktober 1969 noch scheitern könnte.<sup>64</sup>

Alle Spekulationen und Hoffnungen der Unionsparteien, durch mangelnde Fraktionsdisziplin der Liberalen doch noch in letzter Minute um einen Wechsel auf die Oppositionsbänke umhinzukommen, zerschlugen sich schließlich in der ersten Sitzung des neugewählten Bundestages. Mit 251 Stimmen wurde Willy Brandt als erster Sozialdemokrat zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt.<sup>65</sup>

### *2.1.2 Die Auswirkungen des Regierungswechsels auf die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die CSU*

Mit diesem Regierungswechsel des Jahres 1969 kam es nach zwei Jahrzehnten Regierungsbeteiligung in Bonn zu einem der gravierendsten Einschnitte seit dem Bestehen der CSU. Erstmals in ihrer Geschichte stand die CSU-geführte Bayerische Staatsregierung damit einer Bundesregierung gegenüber, die kein Mitglied aus den Reihen der bayerischen Unionspartei aufwies, wodurch man zweifelsohne Einbußen des eigenen Einflusses hinnehmen musste.<sup>66</sup> Davon waren jedoch nicht nur die Bayerische Staatsregierung und die Parteiführung der CSU tangiert. Am stärksten wirkte sich dieser Wechsel an der Spitze der Republik auf die CSU-Landesgruppe aus, war diese doch bis zum Antritt der ersten sozial-liberalen Bundesregierung bisher in jedem Bonner Kabinett mit gleich mehreren Ministern vertreten gewesen.<sup>67</sup>

Insbesondere die Auswirkungen auf die Gesamtfraktion der beiden Schwesterparteien waren tiefgreifend und für die CDU/CSU überraschend. So kommt Andreas Grau zu dem Schluss, der Wechsel auf die Oppositionsbänke hätte die Union fast völlig unvorbereitet getroffen.<sup>68</sup> Ganz in diesem Sinne schreibt der langjährige Mitarbeiter und Weggefährte von Strauß, Friedrich Voss, wie sich aus damaliger Sicht die Situation für die Unionsfraktion in Bonn darstellte:

---

<sup>64</sup> Vgl. ACDP, 08-001-1020/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 2. Oktober 1969

<sup>65</sup> Vgl. Bundestag: Stenographische Berichte, vom 21. Oktober 1969, S. 8

<sup>66</sup> Vgl. Gelberg: Vom Kriegsende bis zum Ausgang der Ära Goppel, S. 889; vgl. auch Oberreuter: Bayerische Akzente, S. 43. Wie Andreas Kraus zu Recht betont, handelte es sich bei dem Regierungswechsel in Bonn 1969 um eine tiefe Zäsur im Verhältnis zwischen Bund und Ländern, da gerade ab diesem Zeitpunkt der Föderalismus zunehmend in die Defensive geriet. Vgl. Kraus: Geschichte, S. 755. Eine ähnliche Interpretation findet sich bei Hartmann, Bayerns Weg, S. 580. So argumentiert auch Ursula Münch. Vgl. Münch: Freistaat im Bundesstaat, S. 26

<sup>67</sup> Vgl. Oberreuter: Konkurrierende Kooperation, S. 328. Zur Rolle der einzelnen Machtzentren der CSU, also der Staatsregierung, Parteiführung und der Landesgruppe, siehe Kießling: CSU. Zur Bedeutung der Landesgruppe als Element der Parteiautonomie vgl. Mühler: CDU/CSU. Das schwierige Bündnis S. 63/64; vgl. ferner auch Becker: Die frühe KSZE-Politik, S. 67

<sup>68</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 32, vgl. auch Blumenwitz: Der Beitrag der CSU zur staatlichen Einheit Deutschlands, S. 55 sowie Huber : Die Bundestagswahlkämpfe, S. 27

„Auf die Opposition – auf deren sprichwörtlich harten Bänken wir uns politisch regenerieren sollten – sind wir in keiner Weise vorbereitet. Viele halten die Opposition für einen Betriebsunfall, dessen widrige Folgen innerhalb kurzer Zeit behoben sein werden.“<sup>69</sup>

Gerade der Verlust des Zugriffs auf den Machtapparat der Regierung und der Ministerien bedurfte einer entsprechenden Reaktion, wollten CDU/CSU nicht ins Hintertreffen gegenüber der neuen Brandt-Regierung geraten. Mit dem Wegbrechen der bisherigen Stütze der Ministerien offenbarte sich der lange Zeit vernachlässigte Aufbau einer fraktionseigenen administrativen Ebene. So umfasste der Mitarbeiterstab der Gesamtfraktion Mitte des Jahres 1969 nur knapp über 50 Mitarbeiter, unter denen lediglich 14 Wissenschaftler waren, während die Bundestagsfraktion der SPD bereits fast doppelt so viele Beschäftigte unterhielt.<sup>70</sup> Dieser organisatorische Missstand wurde dabei von den Mitgliedern der Unionsfraktion durchaus erkannt, was der Abgeordnete Leicht in der Sitzung der Fraktion am Tag nach Brandts Kanzlerwahl wie folgt auf den Punkt brachte:

„Wenn ich sage, man kann alles unterstreichen, was Herr Barzel gestern zur Rolle der Opposition gesagt hat, dann muss man aber gleichzeitig sagen, dass es notwendig sein wird, dass wir den geeigneten Apparat uns schaffen um die Oppositionsrolle wirklich durchführen zu können. [...] Wir können uns nicht mehr zurückziehen [...] unser Material von der Regierung zu bekommen.“<sup>71</sup>

Hieraus wird deutlich, dass der Wegfall des Zugriffs auf das Herrschaftswissen der Regierung die Schaffung eigener Strukturen notwendig machte. In Folge dessen begann die Bundestagsfraktion mit dem Aufbau eines entsprechenden Mitarbeiterstabes und der Einrichtung eines ausgeprägten Systems an Arbeitskreisen und Arbeitsgruppen.<sup>72</sup>

---

<sup>69</sup> Voss: Den Kanzler im Visier, S. 22

<sup>70</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 36; vgl. auch Mühler: CDU/CSU. Das schwierige Bündnis, S. 65. Eine detaillierte Übersicht zur neuen Struktur und der Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Qualifikation liefert die Arbeit von Hans-Joachim Veen. Vgl. Veen: CDU/CSU-Opposition, S. 26-33. Zum Umzug des Büros von Franz Josef Strauß aus den Räumen des Bundesfinanzministeriums in die Räume des Abgeordnetenhauses Langer Eugen siehe die Aufzeichnungen seines Mitarbeiters Friedrich Voss. Dieser Umzug kann wohl beispielhaft für die damalige Situation der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gesehen werden. Vgl. Voss: Den Kanzler im Visier, S. 22-26

<sup>71</sup> ACDP, 08-001-1020/1, Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 22. Oktober 1969, S. 4

<sup>72</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 36/37. Zur Struktur der Arbeitskreise und Arbeitsgruppen vgl. Dexheimer / Hartmann: Zur Geschichte und Struktur der Arbeitskreise und –gruppen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, S. 232-236. Wie Ute Kaßnitz ausführt, bildete die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ab 1969 sechs Arbeitskreise, die sich mit den Themenbereichen Allgemeine Rechtsfragen, Wirtschaft und Ernährung, Haushalt, Steuern und Finanzen, Sozial- und Gesellschaftspolitik, Auswärtige-, gesamtdeutsche-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik sowie Bildung, Wissenschaft und Publizistik befassten. Vgl. Kaßnitz: Grundpositionen in der Strategie und in der parlamentarischen Auseinandersetzung, S. 87/88

Parallel dazu fanden entsprechende Weichenstellungen innerhalb der CSU-Landesgruppe statt, um sich für die Oppositionsrolle neu aufzustellen.<sup>73</sup> Hierzu bildeten die christsozialen Bundestagsabgeordneten erstmals Arbeitsgruppen, die den Arbeitskreisen der Gesamtfraktion der CDU/CSU zugeordnet wurden.<sup>74</sup> Im folgenden Jahr erfolgte eine Anpassung und Ergänzung der Geschäftsordnung der Landesgruppe um einen umfassenden „Katalog von Positionen, Funktionen, Kompetenzen und Geschäftsabläufen“<sup>75</sup>, der Mitarbeiterstab wurde, analog zu dem der Gesamtfraktion ebenfalls vergrößert.<sup>76</sup> Dadurch verfolgten die CSU-Abgeordneten, wie Yvonne Hempel treffend feststellt, nicht nur eine Kompensation des Verlusts des Herrschaftswissens, sondern vor allem eine noch deutlichere Profilbildung gerade auch gegenüber der CDU.<sup>77</sup>

Daneben blieb man auf der Ebene der Partei nicht untätig. Ebenfalls 1970 erfolgte die Gründung des deutschlandpolitischen Arbeitskreises, der sich unter der Leitung des damals stellvertretenden Vorsitzenden der CSU-Landtagsfraktion, Alfred Seidl, an die thematische Auseinandersetzung mit diesem Politikfeld machte.<sup>78</sup> Des Weiteren nutzte die CSU die Erweiterung des Bildungsangebots der ihr nahen Hanns-Seidel-Stiftung im Bereich der Deutschlandpolitik und erlangte dadurch schnell die ihr dann ab 1970 bei Wahlen auf Bundes- und Landesebene zugeschriebene Kompetenz in diesem Politikfeld.<sup>79</sup>

Die umfassenden Umstrukturierungsmaßnahmen zeigten rasch Wirkung, wodurch die Unionsfraktion sich schnell in ihre neue Rolle einfand.<sup>80</sup> Damit wurde nicht nur die Ausgangslage für die sechste Legislaturperiode des Deutschen Bundestages aus Sicht der CDU/CSU geschaffen, sondern auch die organisatorische Grundstruktur der CSU-

---

<sup>73</sup> Vgl. ACSP, LG-Sitzungen, 6. WP, darin: Protokoll der Sitzung der CSU-Landesgruppe am 20. Oktober 1969, S. 1. Erich Eisner verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass in dieser Zeit auch die Zahl der hauptberuflichen Mitarbeiter der CSU deutlich gestiegen sei. Vgl. Eisner: Das europäische Konzept, S. 27

<sup>74</sup> Vgl. Mächler: CDU/CSU. Das schwierige Bündnis, S. 65.; vgl. auch Dexheimer: CSU-Landesgruppe, S. 311

<sup>75</sup> Mintzel: Franz Josef Strauß und die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, S. 393. Die Geschäftsordnung der CSU-Landesgruppe von 1970 ist abgedruckt bei Mintzel: Geschichte der CSU, S. 350-354

<sup>76</sup> Vgl. Mintzel: Franz Josef Strauß und die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, S. 292

<sup>77</sup> Vgl. Hempel: Statthalter oder Juniorpartner der Union?, S. 291

<sup>78</sup> Vgl. Blumenwitz: Die Christlich-Soziale Union und die deutsche Frage, S. 341; vgl. auch Grille, Die deutsche Frage aus der Sicht der CSU, S. 161/162. Auch der CSU Parteitag vom 10. und 11. April 1970 widmete der deutschen Außenpolitik ein eigenes Diskussionsforum unter der Leitung des ehemaligen Staatsministers Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, MdB. Vgl. ACSP, PT 19700411, Nr. 1. Die Ergebnisse dieses Forums sind finden sich ACSP, PT 19700411, Nr. 6.

<sup>79</sup> Vgl. Blumenwitz: Der Beitrag der CSU zur staatlichen Einheit Deutschlands, S. 55

<sup>80</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 37; vgl. auch Der Spiegel, Nr. 47/1969, S. 27

Landesgruppe definiert, die bis heute praktisch das Fundament ihrer Organisation bildet.

Mit einem bundesweiten Ergebnis von 9,5 Prozent (in Bayern 54,4 Prozent) stellte die CSU 49 von insgesamt 496 Abgeordneten des Deutschen Bundestages und war somit die drittstärkste Partei im Parlament, noch vor der FDP, die bei dem Urnengang 1969 auf nur 5,8 Prozent kam.<sup>81</sup> Als Vorsitzenden bestätigte sie den bisherigen Landesgruppenchef Richard Stücklen, als Vertreter Hermann Höcherl und Werner Dollinger, während der Abgeordnete Leo Wagner seine Funktion als Parlamentarischer Geschäftsführer weiterbekleiden konnte.<sup>82</sup> Somit setzte man seitens der CSU auf Kontinuität. Innerhalb der Gesamtfraktion wurde Stücklen mit 192 Stimmen als einer der sieben stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion gewählt.<sup>83</sup> Dabei blieb der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe als erster Stellvertreter Barzels der einzige Fraktionsvize, der nicht mit einem eigenen thematischen Zuständigkeitsbereich betraut wurde.<sup>84</sup> Als Vertreter im Präsidium des Deutschen Bundestages nominierte die CSU-Landesgruppe den bisherigen Vizepräsidenten, Richard Jaeger.<sup>85</sup> Festzustellen ist dabei auch, dass der Parteivorsitzende Franz Josef Strauß innerhalb der Landesgruppe formell kein Amt innerhalb des Vorstandes ausübte, wenngleich ihm durch seine Funktion als Parteichef eine prägende Rolle für die Positionierung und Ausführung der Linie der CSU Abgeordneten im Bundestag zukam.

Mit Blick auf die Deutschlandpolitik der CSU ist anzumerken, dass der Wechsel an der Regierungsspitze den Einfluss der CSU auf die Ausgestaltung des künftigen Kurses der Bundesrepublik in diesem Bereich schmälerte, da der direkte Zugang zu den Schaltstellen der Ministerien verbaut war. Daher war die dargestellte organisatorische und personelle Neuaufstellung der Unionsfraktion und insbesondere der CSU selbst von großer Bedeutung, wie sie ihre eigenen Positionen zu deutschlandpolitischen Fragen in den Bonner Entscheidungsprozess nach dem Regierungswechsel 1969 einfließen lassen konnte.

---

<sup>81</sup> Vgl. Krieger: Franz Josef Strauß und die zweite Epoche in der Geschichte der CSU, S. 180

<sup>82</sup> Vgl. ACSP, LG-Sitzungen, 6. WP, darin: Protokoll der Sitzung der CSU-Landesgruppe am 20. Oktober 1969, S. 3/4

<sup>83</sup> Vgl. ACDP, 08-001-1020/1, Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 23. Oktober 1969, S. 28

<sup>84</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 39. Das Recht, den ersten Stellvertreter des Vorsitzenden der Gesamtfraktion zu stellen ist der CSU-Landesgruppe gemäß der Vereinbarung über die Fraktionsgemeinschaft zugestanden. Vgl. Dexheimer: CSU-Landesgruppe, S. 308/309

<sup>85</sup> Vgl. ACSP, LG-Sitzungen, 6. WP, darin: Protokoll der Sitzung der CSU-Landesgruppe am 20. Oktober 1969, S. 6

## 2.2 Die Ostverträge der Regierung Brandt / Scheel und die Unionsfraktion

### *2.2.1 Die Verhandlungen der Verträge von Moskau und Warschau und die Haltung der Opposition*

Erster Prüfstein sollte der von Willy Brandt in seiner Regierungserklärung angekündigte neue Kurs in der Ost- und Deutschlandpolitik sein. Hierbei hatte der erste sozialdemokratische Bundeskanzler am 28. Oktober 1969 folgenden entscheidenden Satz formuliert:

„Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland.“<sup>86</sup>

Damit verbunden war jedoch, trotz der Einschränkung, dass beide Staaten kein Ausland füreinander seien, zunächst eine Vorbereitung des politischen Feldes der Deutschlandpolitik durch eine Umstellung der Politik gegenüber den Staaten des Warschauer Paktes, insbesondere gegenüber dessen Vormacht, der UdSSR. Ganz in diesem Sinne äußerte sich Brandt in seiner Regierungserklärung, dass die Bundesrepublik nicht zwischen dem Westen und dem Osten stehen könne. Daher sei aus Sicht der von ihm geführten Bundesregierung ein Gewaltverzicht, die gegenseitige Wahrung der territorialen Integrität und eine gemeinsame Verständigung mit der Sowjetunion sowie den osteuropäischen Staaten, die DDR eingeschlossen, notwendig. Durch diese Politik, so Brandt, wolle die neue Bundesregierung einen Beitrag zur Entspannung in Europa schaffen.<sup>87</sup>

Hierbei handelte es sich um einen grundsätzlichen Kurswechsel der bundesrepublikanischen Außenpolitik.<sup>88</sup> Durch die Aussage, dass es zwei Staaten in Deutschland gebe, erkannte Brandt, wie Stephan Bierling feststellt, die DDR als Staat und als völkerrechtliches Subjekt an.<sup>89</sup> Dieser neue politische Kurs der Koalition aus SPD und FDP sollte Franz Josef Strauß später in der Rückschau aus dem Jahr 1986 zu folgendem Urteil veranlassen:

„Diese neue Ost- und Deutschlandpolitik, die ohne Not zu einer Aufgabe bzw. Aufweichung deutscher und westlicher Rechtspositionen geführt hat, war ihrerseits ein Reflex der Innenpolitik der liberal-sozialistischen Koalition [...] Dass diese 13 Jahre

---

<sup>86</sup> Bundestag: Stenographische Berichte, vom 28. Oktober 1969, S. 21. Der neue Kurs der Bundesregierung war dabei aber auch international eingebettet in den Beginn der Entspannungspolitik. Vgl. Görtemaker: Vom Kalten Krieg zur Ära der Entspannung, S. 31/32

<sup>87</sup> Vgl. Bundestag: Stenographische Berichte, vom 28. Oktober 1969, S. 32/33

<sup>88</sup> Vgl. Moesch: Kurs-Revision, S. 125; vgl. auch Hacke: 60 Jahre Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S.491

<sup>89</sup> Vgl. Bierling: Außenpolitik, S. 173. Zur sich wandelnden Position der CDU in der Phase der großen Koalition 1966 bis 1969 vgl. Hacke: Die CDU und die deutsche Frage, S. 93/94



eine Phase der Destabilisierung und Labilität in allen Bereichen der Politik und des öffentlichen Lebens mit verhängnisvollen Auswirkungen auf die Bewusstseinslage der Nation waren, darf nie vergessen werden.“<sup>90</sup>

Das Verlassen der Kontinuität in der deutschen Frage wurde bereits in der sich anschließenden Fraktionssitzung der CDU/CSU-Fraktion von deren Vorsitzenden Rainer Barzel kritisiert, der zugleich feststellte, dass ein besonderes Augenmerk in der Debatte auf die Ost- und Deutschlandpolitik gelegt werden müsse.<sup>91</sup> Die neue Bundesregierung war somit zu einer Anerkennung des Status quo bereit.<sup>92</sup> Zugleich muss dabei an dieser Stelle aber auch darauf hingewiesen werden, dass bereits in der Phase der Großen Koalition unter Kiesinger ein, wenn auch zaghafter, Wandel in das Verhältnis zu den östlichen Nachbarn kam. Deshalb überschreibt Stephan Bierling diese Phase zu Recht mit dem Titel, „Ostpolitik im Übergang“<sup>93</sup>. So begann die Bundesrepublik bereits während der Kanzlerschaft Kiesingers von der aus den fünfziger Jahren stammenden außenpolitischen Linie der Wiedervereinigung vor Entspannung abzuweichen, nicht zuletzt deshalb, weil die westlichen Partner, insbesondere die Vereinigten Staaten, diese Zielrichtung nicht auf Dauer mitzutragen bereit waren.<sup>94</sup> Zugleich aber sollte diese neue Ostpolitik der Regierung Brandt / Scheel die innenpolitischen Auseinandersetzungen in der westdeutschen Republik überlagern.<sup>95</sup> Damit wurde mit dem Regierungswechsel und dem neuen Kurs der sozial-liberalen Koalition in der Ostpolitik all das aufs Spiel gesetzt, wofür Strauß sich seit Beginn seines politischen Wirkens eingesetzt hatte.<sup>96</sup>

Dem neuen Ansatz der Regierung Brandt stand die Union von Beginn an kritisch gegenüber.<sup>97</sup> Gerade die aufgeworfene These zweier Staaten in Deutschland, die Brandt in seiner Rede aufgegriffen hatte, nahm der ehemalige Staatsminister im Bundeskanzleramt Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg als Aufhänger seiner Rede in der Aussprache des Parlaments zur Regierungserklärung. Dementsprechend schloss er seine Ausführungen mit der Frage an die Bundesregierung, ob diese auch

---

<sup>90</sup> Strauß: Staatspolitische Entwicklungen, S. 22

<sup>91</sup> Vgl. ACDP, 08-001-1020/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 28. Oktober 1969, S. 2

<sup>92</sup> Vgl. Bender: Neue Ostpolitik, S.170

<sup>93</sup> Vgl. Bierling: Außenpolitik, S. 153; vgl. auch Glaab: Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 244

<sup>94</sup> Vgl. Bierling: Außenpolitik, S. 168; vgl. auch Gassert: Zweimal Große Koalition, S. 116

<sup>95</sup> Vgl. Schildt: Bundesrepublik Deutschland 1969 bis 1973, S. 3

<sup>96</sup> Vgl. Siebenmorgen: Franz Josef Strauß, S. 444

<sup>97</sup> Vgl. Pauly: Christliche Demokraten und Christlich-Soziale, S. 63

weiterhin für alle Deutschen spreche.<sup>98</sup> Die Antwort Bundeskanzler Brandts in seinen anschließenden Ausführungen fiel relativ kurz und gleichzeitig bezeichnend aus: Wichtiger, als sich in einen fruchtlosen Streit darüber zu verrennen, ob man den Anspruch erhebe, für alle Deutschen zu sprechen, sei, was man für die Menschen im geteilten Deutschland tun könne.<sup>99</sup> Zugleich war dieser nun von der Regierung Brandt / Scheel eingeschlagene Kurs der Weg hin zu einer stärkeren Polarisierung der deutschen Ost- und Deutschlandpolitik.<sup>100</sup>

Gemäß den Aussagen der Regierungserklärung Brandts von Ende Oktober 1969 begann sein Außenminister noch Ende desselben Monats erste Gespräche in dieser Angelegenheit mit den östlichen Nachbarn, namentlich mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen. Gerade dieses Vorgehen wurde kritisch von den oppositionellen Unionsparteien beäugt und weckte zusätzlich deren Misstrauen.<sup>101</sup> Entsprechend äußerte sich Barzel schon in einer Sitzung der Unionsfraktion im Dezember 1969, in der er seine Sorge bezüglich des Kurses der sozial-liberalen Bundesregierung folgendermaßen darlegte:

„[...] die Besorgnis ist begründet, dass diese Regierung am Schluss mit der Gegenleistung – Gegenleistung in Anführungsstrichen – ‚Klima‘, alle Forderungen erfüllt oder mindestens zum Teil erfüllt, die die Sowjet-Union seit Jahren an uns stellt: Anerkennung der DDR, Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, Sonderstatus für Berlin, unterschreiben des Sperrvertrages.“<sup>102</sup>

Der Weg zu einem Vertrag mit der DDR musste zwangsläufig über die Sowjetunion, also über Moskau, die Vormacht des Ostblocks führen, wollte man die von Brandt angestrebte Annäherung an den zweiten deutschen Staat auf vertraglicher Ebene erreichen. Dieser Tatsache war sich die neue Regierung Brandt / Scheel durchaus bewusst.<sup>103</sup> Die Vereinbarung von Gesprächen über Gewaltverzichtsabkommen und die Aufnahme von wechselseitigen Beziehungen mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen wurde noch im November 1969 auf den Weg gebracht.<sup>104</sup> Um dieses Ziel zu verwirklichen, entsandte der Kanzler seinen Vertrauten Egon Bahr zu

---

<sup>98</sup> Vgl. Bundestag: Stenographische Berichte, vom 29. Oktober 1969, S. 93; vgl. Middendorf: Die Politik Guttenbergs, S. 150-152

<sup>99</sup> Vgl. Bundestag: Stenographische Berichte, vom 29. Oktober 1969, S. 94

<sup>100</sup> Vgl. Grille: Die Deutsche Frage aus der Sicht der CSU, S. 161

<sup>101</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 48

<sup>102</sup> Vgl. ACDP 08-001-1021/1 Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 9. Dezember 1969, S. 4

<sup>103</sup> Vgl. Bierling: Außenpolitik, S. 177, vgl. auch Schönhoven, Zwischen Euphorie und Ernüchterung, S. 80; vgl. ebenso Kielmansegg: Das geteilte Land, S. 205

<sup>104</sup> Vgl. Winkler: Der lange Weg, S. 283/284

Verhandlungen mit dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko nach Moskau, die in dem Zeitraum zwischen Ende Januar 1970 und Mitte Mai 1970 stattfanden.<sup>105</sup> Gerade daran nahm der CSU-Abgeordnete von und zu Guttenberg Anstoß, zumal er im Verhandlungskurs des Brandt-Vertrauten Bahr eine Verkennung des Wesens der UdSSR erblickte.<sup>106</sup> Bei diesen Gesprächen gelang es dem deutschen Verhandlungsführer Bahr zwar, der sowjetischen Seite einige Zugeständnisse abzurufen, wie beispielsweise die Forderung einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik fallen zu lassen und den Terminus unverletzbar an die Stelle von unverrückbar in Bezug auf die Grenzen zu setzen, doch schaffte man es nicht, Moskau zur Aufgabe seiner Rechte zu bewegen, die aus der Feindstaaten-Klausel der UN-Charta resultierten.<sup>107</sup>

Die formellen Gespräche fanden dann in der Folge zwischen Bundesaußenminister Scheel und dem Kreml statt, wobei deren Ergebnis im Wesentlichen auf dem Vorverhandlungen zwischen Bahr und Gromyko fußten. Lediglich das Zugeständnis bezüglich der Bindung der Grenzgarantie an den Gewaltverzicht sowie die Bereitschaft der Sowjetunion einen Brief zur deutschen Einheit, der feststellte, dass die deutsche Seite den Vertrag nicht als Widerspruch zum Streben nach staatlichen Einheit sehe, als Teil des Abkommens anzuerkennen, konnte man Moskau noch abringen.<sup>108</sup> Als Erfolg Bundesregierung wurde angesehen, dass man eine Unterordnung der Grenzfrage unter die des Gewaltverzichts erreicht habe, eine Reihung, die man jedoch im nachgelagerten Warschauer Vertrag wieder aufgab.<sup>109</sup> Schließlich unterzeichneten Bundeskanzler Brandt und Außenminister Scheel den deutsch-sowjetischen Vertrag am 12. August 1970 in Moskau.<sup>110</sup> Damit erreichte die UdSSR ihr seit eineinhalb Jahrzehnten

---

<sup>105</sup> Vgl. Bender: Neue Ostpolitik, S. 170. Stephan Bierling begründet das Vorziehen des Staatssekretärs im Bundeskanzleramt Bahr als Verhandlungsführer vor Außenminister Scheel damit, dass Bahr zum einen bereits sehr intensiv mit der Materie vertraut gewesen sei, zum anderen da der Erfolgsdruck durch eine Entsendung eines Kabinettsmitglied im Ministerrang unnötig erhöht worden wäre. Vgl. Bierling: Außenpolitik, S. 178

<sup>106</sup> Vgl. Middendorf: Die Politik Guttenbergs, S. 163

<sup>107</sup> Vgl. Bierling: Außenpolitik, S. 180. Hier findet sich auch ein guter Überblick über den Verlauf der Verhandlungen. Eine detaillierte Darstellung der Gespräche zwischen Bahr und Gromyko findet sich bei Schmid: Entscheidung in Bonn, S. 48 ff.

<sup>108</sup> Vgl. Winkler: Der lange Weg, S. 287; vgl. auch Buchheim: Deutschlandpolitik, S. 144

<sup>109</sup> Vgl. Bender: Neue Ostpolitik, S. 17; vgl. auch Bierling, Außenpolitik, S. 183. Auf den Umstand, dass die Bundesregierung Polen gegenüber deutlich größere Zugeständnisse gemacht hatte als gegenüber der UdSSR wies auch der CSU-Politiker von und zu Guttenberg hin. Vgl. Middendorf: Die Politik Guttenbergs, S. 189

<sup>110</sup> Vgl. Zürn: Ostverträge, S. 53; vgl. auch Bingen: Ostverträge, S. 598. Zu den Verhandlungen in Moskau vgl. Baring: Machtwechsel, S. 398-410.

verfolgtes Ziel, nämlich die bundesrepublikanische Anerkennung ihrer mitteleuropäischen Einflussosphäre.<sup>111</sup>

Als zweiter Vertrag stand eine Regelung des Verhältnisses zu Polen auf der Agenda der sozial-liberalen Koalition. Die Verhandlungen hierzu fanden ab Februar 1970 parallel zu den Gesprächen in Moskau statt.<sup>112</sup> Gerade vor dem Hintergrund der Geschichte, der Geißel des Nationalsozialismus, die über Polen als erstes Land hereingebrochen war, und der langen Phase, in der der östliche Nachbar mehrfach zum Spielball zwischen Deutschland und Russland geworden war, belasteten diese Verhandlungen auf eine besondere Weise. Hinzu trat aber auch die Problematik der Heimatvertriebenen, die gegen ein solches Abkommen mit der Volksrepublik Polen Stellung bezogen, eine Tatsache, die sich nicht zuletzt auf die Haltung der Union in dieser Frage auswirken musste, hatten sich die beiden Schwesterparteien doch zum Fürsprecher der Vertriebenen erklärt.<sup>113</sup> Zentrale Streitpunkte waren die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens sowie die große Zahl von ausreisewilligen Deutschen in der Volksrepublik, letztere fand dabei jedoch keinen Eingang in den Vertragstext des deutsch-polnischen Vertrages.<sup>114</sup> Bezüglich der Grenzfrage kam die deutsche Seite Warschau insofern entgegen, als sie die Grenzproblematik noch vor dem formellen Gewaltverzicht in die Aufzählung des Abkommens aufnahm, so dass in diesem Übereinkommen die im Moskauer Vertrag gefeierte Reihung über Bord geworfen wurde.<sup>115</sup>

Die Haltung der beiden Unionsparteien zu diesen Verträgen war von allem Anfang an zurückhaltend bis skeptisch gewesen. Dabei versuchte die Regierung Brandt die Opposition bei dem neueingeschlagenen Weg gegenüber den östlichen Nachbarn anfangs durch Informationen mitzunehmen und einzubinden.<sup>116</sup> So unterrichtete man seitens der neuen Bundesregierung die Fraktionen bereits Ende November 1969 darüber, dass die Bundesrepublik Gespräche mit der Volksrepublik Polen aufnehmen

---

<sup>111</sup> Vgl. Bender: Neue Ostpolitik, S. 177; vgl. auch Middendorf: Die Politik Guttenbergs, S. 173

<sup>112</sup> Vgl. Bierling: Außenpolitik, S. 182; vgl. auch Bingen: Ostverträge, S. 599/600

<sup>113</sup> Vgl. Winkler: Der lange Weg, S. 287; vgl. auch Kronenberg: Grundzüge deutscher Außenpolitik 1949-1990, S. 23. Wie Gerhard Hopp feststellt, brachte die neue Ostpolitik der Regierung Brandt / Scheel eine engere Anbindung der Vertriebenen Verbände, insbesondere der Sudetendeutschen, an die CSU. Vgl. Hopp: Macht auch ohne Machtbasis, S. 150-151. Der Einsatz der CSU gegen die Verträge war dieser Anbindung der Vertriebenen Verbände geschuldet. So betonte die CSU bei allen passenden Gelegenheiten ihren Einsatz für diese Thematik. Vgl. u. a. ACSP, NL Goppel, Nr. 133, darin: Ansprache des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. h. c. Alfons Goppel beim Sudetendeutschen Tag 1972 Stuttgart, 21. Mai 1972, S. 1-4

<sup>114</sup> Vgl. Bierling: Außenpolitik, S. 183

<sup>115</sup> Vgl. ebenda, S. 183; vgl. ebenso Bender: Neue Ostpolitik, S. 177

<sup>116</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 51/52

wolle.<sup>117</sup> Jedoch zeichnete sich bereits in diesen Gesprächen ein ganz erheblicher Dissens zwischen Regierung und Opposition ab, die ihre Entladung in der Debatte über den ersten Bericht Brandts zur Lage der Nation im Januar 1970 finden sollte.<sup>118</sup>

In diesem Bericht unterstrich Brandt, dass das derzeitige Verhältnis der beiden Teile Deutschlands aus der gegenwärtigen Verkrampfung gelöst werden müsse und der Weg über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander führen solle.<sup>119</sup> Als eine der deutschlandpolitischen Kernbotschaften nannte der Bundeskanzler sodann zwei zentrale Punkte:

„Deshalb hat die Bundesregierung angeboten und bietet dem Ministerrat der DDR auf der Ebene der Regierungen ohne Diskriminierung Verhandlungen an, die zu vertraglich vereinbarter Zusammenarbeit führen sollen.

[...] Unsere Bereitschaft zu verbindlichen Abkommen über den gegenseitigen Verzicht auf Anwendung oder Androhung von Gewalt gilt auch gegenüber der DDR.“<sup>120</sup>

Des Weiteren erklärte Brandt, dass gewissermaßen als Vorarbeit hierzu entsprechende Gespräche mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen erfolgen sollten, die den Abschluss eines gegenseitigen Gewaltverzichtsabkommens zum Ziel hätten.<sup>121</sup>

In der darauffolgenden parlamentarischen Auseinandersetzung trafen beide Seiten mit ihren divergierenden Vorstellungen erstmals frontal aufeinander. Als Redner der CDU/CSU traten dabei Altbundeskanzler und Parteichef Kiesinger, der Fraktionsvorsitzende Barzel sowie der CSU-Vorsitzende Strauß ans Rednerpult. Kiesinger und Barzel warnten dabei in ihren Ausführungen vor den Gefahren der neuen Politik der Regierung Brandt und stellten dabei die Frage nach der Linie, die sozial-liberale Regierung vertrete, da diese bei der Erklärung Brandts nicht deutlich geworden sei.<sup>122</sup>

Als Redner der CSU sprach deren Vorsitzender zum Bericht zur Lage der Nation am 15. Januar 1970. Strauß ging dabei zunächst auf die Vorbereitung der Rede des Bundeskanzlers ein und sprach davon, dass man es sich hier seitens der Regierung zu

---

<sup>117</sup> Vgl. ACSP, NL Stücklen, Nr. 281, darin: Vertraulicher Vermerk über die Unterrichtung der Fraktionsvorsitzenden am 20. November 1969 durch die Bundesregierung. Wegen der schlechten Witterungsverhältnisse konnte an diesem Gespräch kein Vertreter der CSU teilnehmen. Vgl. ebenda

<sup>118</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 53

<sup>119</sup> Vgl. Bundestag: Stenographische Berichte, vom 14. Januar 1970, S. 841

<sup>120</sup> Ebenda, S. 841

<sup>121</sup> Vgl. ebenda, S. 844

<sup>122</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 52-55. Hier findet sich auch detailliertere Ausführungen zu den Reden von Barzel und Kiesinger.

leicht gemacht habe, so lasse sich darin „keine echte Systematik erkennen“<sup>123</sup>. Zugleich kritisierte er die offensichtliche Abkehr der SPD von den Inhalten der gemeinsamen Entschließung der großen Koalition vom September 1968 und warf dem Bundeskanzler Geschichtslosigkeit wegen dessen Forderung eines radikalen Bruchs mit der Vergangenheit vor.<sup>124</sup> Als Kernproblem definierte der Vorsitzende der CSU sodann die von Brandt dargelegte Differenzierung zwischen einer staatsrechtlichen und einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR. Hierbei warnte Strauß davor, dass darin sowohl von den westlichen Partnern der Bundesrepublik als auch von den östlichen Nachbarn eine stufenweise Annäherung zur vollen Anerkennung der deutschen Teilung gesehen werden könnte.<sup>125</sup>

Zugleich erklärte er, dass die Verhandlungen, die die Regierung Adenauer mit den westlichen Nachbarn geführt hatte, in keiner Weise vergleichbar seien mit denen mit der Sowjetunion:

„Wir hatten es [bei den Verhandlungen mit dem Westen] mit einem Partner zu tun, bei dem Vorleistungen zu Gegenleistungen geführt haben, [...] Bei einer total verschiedenen Mentalität – die man genausowenig vergleichen kann wie die Gesellschaftssysteme [...] – kann man einfach nicht Vorleistungen gegenüber dem Westen mit Vorleistungen gegenüber dem Osten vergleichen.“<sup>126</sup>

Brandt erwiderte direkt auf Strauß, dass dieser ihn bezüglich seiner Forderung des radikalen Bruchs unvollständig aus einem Aufsatz aus dem Bundestagswahlkampf zitiert habe.<sup>127</sup>

Dennoch betonte Strauß bei seiner Rede zum Bundeshaushalt im Februar 1970, dass die Union durchaus Gespräche über ein Gewaltverzichtsabkommen unterstütze, aber nur, wenn ein solches tatsächlich auf Anwendung und Androhung von Gewalt verzichten würde.<sup>128</sup>

---

<sup>123</sup> Strauß: Bundestagsreden und Zeitdokumente (1975), S. 118; vgl. auch Bundestag: Stenographische Berichte, vom 15. Januar 1970, S. 901. Die Reihenfolge, dass zuerst Altbundeskanzler Kiesinger und dann Strauß sprechen sollten, war in der Fraktionssitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 13. Januar 1970 festgelegt worden. Vgl. ACDP 08-001-1021/1, darin: Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 13. Januar 1970, S. 2

<sup>124</sup> Vgl. Strauß: Bundestagsreden und Zeitdokumente (1975), S. 123/124

<sup>125</sup> Vgl. ebenda, S. 126

<sup>126</sup> ebenda, S. 128

<sup>127</sup> Vgl. Bundestag: Stenographische Berichte, vom 15. Januar 1970, S. 906/907

<sup>128</sup> Vgl. Bundestag: Stenographische Berichte, vom 25. Februar 1970, S. 1575-1578. Vgl. dazu auch die Rede von Strauß vor der Unionsfraktion vom 18. Februar 1970, in der er dies ausführlich begründet. ACDP 08-001-1021/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 18. Februar 1970, S. 5-7

Ungeachtet dieser Debatte stand nach wie vor das Angebot seitens der Union zu einer Zusammenarbeit in der Frage der Ostpolitik, welches jedoch insbesondere vom Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, entschieden zurückgewiesen wurde.<sup>129</sup> Deshalb einen Abbruch der Kommunikation zwischen Regierung und Opposition zu vermuten, wäre jedoch falsch. Die Unterrichtung der Union durch Vertreter der Bundesregierung wurde auch nach der Debatte über den Bericht Brandts zur Lage der Nation im Januar 1970 fortgesetzt, was entsprechende Notizen über diese Besprechungen im Nachlass von Landesgruppenchef Stücklen belegen.<sup>130</sup>

Bei einem Informationsgespräch Anfang Februar 1970 im Auswärtigen Amt zum Stand der Gespräche mit der Sowjetunion, an dem seitens der Regierungskoalition Bundesaußenminister Scheel, Staatssekretär Bahr sowie der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Mischnick, teilnahmen, führte Bahr nach den Aufzeichnungen Stücklens aus, dass durch den Gewaltverzicht die Frage der Wiedervereinigung unberührt bliebe, eine Veränderung der Grenzen sei nicht beabsichtigt. Zu der Frage nach dem Status Berlins führte der Staatssekretär aus, die UdSSR poche auf eine besondere politische Einheit, wobei Bahr erklärte, dass es aus Sicht der Bundesregierung zu keiner Verschlechterung der gegenwärtigen Lage kommen dürfe. Bezüglich der Oder-Neiße-Linie bedürfe es nach Meinung Moskaus nur noch eines formalen Aktes, während man bezüglich des Verhältnisses zwischen der DDR und der Bundesrepublik auf einer Anerkennung bestehe.<sup>131</sup>

Bei dieser Unterredung wurde die unterschiedliche Sichtweise der sozial-liberalen Koalition auf der einen und der Unionsfraktion auf der anderen Seite abermals deutlich. Auf die Frage von Barzel, ob das Papier von 3. Juli 1969 noch in vollem Umfang gelte, antwortet Bahr mit einem klaren „Nein, Zwei-Staaten-Theorie“<sup>132</sup>, worauf Richard Stücklen gemäß seinen Aufzeichnungen resümierte:

---

<sup>129</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 56. Auch die Ministerpräsidenten wurden über den Stand der Gespräche informiert. Vgl. BayHStA, StK 12092, darin: Aktennotiz vom 23. April 1970 (Nr. AI-010600-8-18) Über das Gespräch der Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler am 16. April 1970.

<sup>130</sup> Vgl. ACSP, NL Stücklen, Nr. 244, darin: Notizen Stücklens zu den Informationsgesprächen im Auswärtigen Amt im Zeitraum von Februar bis März 1970

<sup>131</sup> Vgl. ACSP, NL Stücklen, Nr. 244, darin: Notiz Stücklens zum Informationsgespräch im Auswärtigen Amt von Anfang Februar 1970, S. 1. Eine genauere Datierung des Gesprächs anhand der Notiz von Stücklen ist nicht möglich. Der Hinweis von Andreas Grau auf eine Unterrichtung der Opposition durch die Regierung vom 3. Februar 1970 lässt vermuten, dass es sich dabei um das von Stücklen dokumentierte handelt. Vgl. dazu Grau: Gegen den Strom, S. 56

<sup>132</sup> ACSP, NL Stücklen, Nr. 244, darin: Notiz Stücklens zum Informationsgespräch im Auswärtigen Amt von Anfang Februar 1970, S. 2. Dass das Papier vom 3. Juli 1969 nicht als Grundlage der Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion dienen konnte, geht auch aus einem

„Anerkennung der Grenzen und Verbot der Wiedervereinigung? Also Österreich-Status! Die Antwort ist ausreichend.“<sup>133</sup>

Das nächste, im Nachlass von Richard Stücklen dokumentierte Gespräch, fand am 17. März 1970 statt. Bei diesem informierte Staatssekretär Bahr die Teilnehmer darüber, dass sich bei dem Austausch mit der sowjetischen Regierung eine Konzentration auf die Frage des Gewaltverzichts ergeben habe. Es seien Formulierungen ausgetauscht worden, wobei alle bilateralen Verträge der beiden Seiten unberührt blieben, während von Seiten der UdSSR die Verweise auf die Artikel 53 und 107 der UN-Charta unverzichtbar seien. Bezüglich der Grenzen solle es keine territorialen Ansprüche geben, ebenso sei die Sicherung des Friedens ein Ziel der Gespräche. Vor dem Gewaltverzicht solle es zu einer Lösung in der Berlin Frage kommen, wobei hier die Bundesregierung auf die Westmächte einwirken solle, der Gewaltverzicht solle sich jedoch mit der Präambel des Grundgesetzes und des Deutschlandvertrages decken.<sup>134</sup>

### *2.2.2 Die erste Phase der parteiinternen Meinungsbildung in der CSU*

Die Meinungsbildung innerhalb der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag und insbesondere in der CSU hatte sich dabei bereits weitgehend verdichtet, ohne jedoch zu einem endgültigen Abschluss zu kommen. Hierzu trug auch das Einwirken der Vertriebenen-Verbände bei. So stellten sich diese entschieden gegen den Vertrag mit Polen, was sich unter anderem in einem Schreiben des Präsidenten der Vertriebenen, der Bundestagsabgeordnete Herbert Czaja, an Strauß zeigte, indem er ihn aufforderte, sich gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie starkzumachen.<sup>135</sup> Ähnliche Ansätze zur Einflussnahme der Vertriebenenverbände auf die Union zeigt ein Schreiben des Landesvorsitzenden der Union der Vertriebenen der CSU, des Landtagsabgeordneten Willi Lucke, und seines Vertreters, Fritz Wittmann, an Bundesinnenminister a. D. Hermann Höcherl, in dem sie um eine Stellungnahme bezüglich des Verhaltens der

---

Gespräch zwischen dem Außenminister der DDR Otto Winzer mit dem sowjetischen Botschafter Pjotr Andrejewitsch Abrassimow Berlin (Ost), vom 11. Dezember 1969 hervor. Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, Reihe VI, Bd. 1, Nr. 40, S.144-146, hier: S. 146

<sup>133</sup> ACSP, NL Stücklen, Nr. 244, darin: Notiz Stücklens zum Informationsgespräch im Auswärtigen Amt von Anfang Februar 1970, S. 2. Insbesondere Rainer Barzel zeigte sich mit dem bei den Gesprächen vermittelten Stand der Verhandlungen mehr als unzufrieden. Vgl. ACDP 08-001-1021/1, darin: Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 20. Februar 1970, S. 6/7

<sup>134</sup> Vgl. ACSP, NL Stücklen, Nr. 244, darin: Notizen Stücklens zur Besprechung im Auswärtigen Amt vom 17. März 1970

<sup>135</sup> Vgl. ACSP, NL Strauß Büro Bonn, Nr. 125/3507, Schreiben von Herbert Czaja, MdB, an Franz Josef Strauß vom 3. Juli 1970. Vgl. dazu auch StA Bamberg, NL Karl Theodor Guttenberg, Nr. 55, darin: Schreiben Herbert Czajas, MdB, an Freiherrn Karl Theodor von und zu Guttenberg vom 31. Juli 1970.



CSU in der Frage des Vertrages mit der Volksrepublik Polen baten.<sup>136</sup> Ebenso zeigten sich das Misstrauen und die Angst, die Bundesregierung würde bei den Verhandlungen zu schnell und ohne adäquate Gegenleistungen deutsche Positionen aufgeben, in zahlreichen Verlautbarungen der Union. Dementsprechend forderte Strauß, die Bundesregierung solle endlich die Karten auf den Tisch legen und ihre Konzeption für ihre Ost- und Deutschlandpolitik offenlegen.<sup>137</sup> Der Generalsekretär der CSU, Max Streibl, sprach in seinem Geleitwort zum Programm des CSU-Parteitages im April 1970 gar von einer Aufgabe der Westorientierung der deutschen Außenpolitik zugunsten einer Politik der Vorleistungen gegenüber dem Osten.<sup>138</sup> Genau in diese Richtung gingen auch die Ausführungen Guttenbergs in der Sitzung der Unionsfraktion am 20. Januar 1970, in denen er feststellte:

„Was Herr Brandt gemacht hat, war doch dies: Als erste deutsche Regierung von zwei Staaten zu reden und damit die staatliche Teilung implicite anzuerkennen. Dem muss widersprochen werden, [...]

Natürlich ist für die Christlich-Soziale und die Christlich-Demokratische Union Freiheit das höhere Gut als die Einheit. [...] Aber die Problematik ist doch die, dass man durch eine Anerkennung zweier Staaten ein Stück Freiheit preisgibt, ein Stück Selbstbestimmungsrecht preisgibt. Und dies hat Herr Brandt getan, ohne Not!“<sup>139</sup>

Eine entsprechende Diskussion über die neue Ostpolitik bot sich bei dem im April 1970 anstehenden Landesparteitag der CSU in München an. Dabei befasste sich ein Forum unter der Leitung von Freiherr von und zu Guttenberg und der Mitwirkung von Bundestagsabgeordneten Herbert Czaja, Bundesminister a. D. Werner Dollinger, dem Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, Richard Jaeger, dem Journalisten Matthias Walden, dem Publizisten Paul Wilhelm Wenger sowie

---

<sup>136</sup> Vgl. ACSP, NL Pirkel, Nr. 400, darin: Schreiben des Landesvorsitzenden der UdV, Willi Lucke, MdL, und seines Vertreters, Fritz Wittmann an Hermann Höcherl, MdB vom 19.08.1970, am 20.08.1970 mit der Bitte um Kenntnisnahme an Staatsminister Fritz Pirkel, MdL, gesandt. Der Einflussnahme der Vertriebenen auf dieses Politikfeld war man sich auch innerhalb der Unionsfraktion bewusst, wie die Ausführungen Stücklens zeigen. Vgl. ACDP 08-001-1021/1 Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 24. Februar 1970, S. 30

<sup>137</sup> Vgl. Bayernkurier vom 7. März 1970. Auf diese Gefahr wies auch Karl Theodor von und zu Guttenberg der Sitzung der CSU-Landesgruppe am 25. Mai 1970 hin. Vgl. ACSP, LG-Sitzungen, 6. WP, darin: Protokoll der Sitzung der CSU-Landesgruppe vom 25. Mai 1970, S. 4

<sup>138</sup> Vgl. ACSP, PT 19700411, Nr. 1, darin: Programm: Deutschland braucht Bayern, S. 5

<sup>139</sup> ACDP, 08-001-1021/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 20. Januar 1970, S. 18. Vgl. auch die Ausführungen Guttenbergs in der Sitzung vom 17. März 1970, Vgl. ACDP 08-001-1021/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 17. März 1970, S. 16/17

Bundestagsabgeordneten Friedrich Zimmermann mit der Frage, wohin die deutsche Außenpolitik unter der Regierung Brandt steuere.<sup>140</sup>

Dieses zog dabei folgendes Resümee bezüglich der Ziele der Sowjetunion: Die UdSSR betreibe nach wie vor eine Expansionspolitik und wolle durch die Anerkennung der DDR und der Trennung Westberlins von der Bundesrepublik Deutschland das gemeinsame deutschlandpolitische Konzept des Westens aufbrechen und so zu einer Durchsetzung ihres eigenen Deutschland-Konzepts gelangen.<sup>141</sup> In Bezug auf die Politik der Vorleistungen gegenüber dem Osten der Regierung Brandt fällte das Forum ein geradezu vernichtendes Urteil: Brandts Politik erschöpfe sich in Vorleistungen, die bis hin zur Übernahme der kommunistischen Zwei-Staaten-Theorie reichten und sogar die Bereitschaft der Aufgabe der deutschen Ostgebiete sowie die völkerrechtliche Anerkennung der DDR beinhalte, während man von Seiten des Ostblocks auf seinen Forderungen beharre, diese zudem nur als Minimalkatalog darstelle; die von Seiten der Bundesregierung erhoffte Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in der DDR durch Vorleistungen habe sich als reine Selbsttäuschung erwiesen.<sup>142</sup> Die Zielsetzung der Außenpolitik der SPD sei, gemäß dem Ergebnisblatt des Parteitagsforums, eine der parlamentarischen Kontrolle weitgehend entzogene Geheimdiplomatie, die auf die Errichtung eines neutralisierten Deutschlands in einem sozialistischen Gesamteuropa abzielen würde.<sup>143</sup> Bei der Frage der Anerkennung der DDR gehe es aber nicht um eine rein juristische Formel, sondern um die Grundlage einer gemeinsamen Deutschlandpolitik des Westens, so dass durch die neue Ostpolitik die Sicherheit und Entscheidungsfreiheit der Bundesrepublik Deutschland bedroht werden.<sup>144</sup>

Der von Brandt und Scheel geführten Ost- und Deutschlandpolitik setzte das Thesenpapier des Forums dabei eine eigene Konzeption der CSU entgegen: Darin wird betont, dass die CSU nicht gegen Gespräche mit der kommunistischen Seite sei, doch sei gerade in diesem Zusammenhang die Zielsetzung ausschlaggebend und entscheidend. Hier gelte es die langfristigen Zielsetzungen deutscher Politik, wie die Überwindung des derzeitigen Status quo, die Erreichung des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen nicht aus den Augen zu verlieren, wobei es eine Gleichberechtigung

---

<sup>140</sup> Vgl. ACSP, PT 19700411, Nr. 1, darin: Diskussionsforum I

<sup>141</sup> Vgl. ACSP, PT 19700411, Nr. 6, darin: Ergebnisblatt des Forums I, S. 1

<sup>142</sup> Vgl. ebenda, S. 1

<sup>143</sup> Vgl. ebenda, S. 1

<sup>144</sup> Vgl. ebenda, S. 2

eines Unrechtsregimes auf deutschem Boden nicht geben könne.<sup>145</sup> Zugleich sprach man sich dabei entschieden gegen ein europäisches Sicherheitssystem auf der Grundlage der deutschen Teilung und der kommunistischen Hegemonie über Osteuropa aus. Ziel müsse stattdessen eine europäische Friedensordnung sein, die eine politische und wirtschaftliche Integration zulasse unter Aufhebung der Breschnew-Doktrin und die eine Lösung der deutschen Frage auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker gewähre.<sup>146</sup>

Dass die Politik der Vorleistungen der Regierung Brandt jegliche Gegenleistung seitens der östlichen Verhandlungspartner missen ließ, ja mehr noch, dass darin eine Gefahr bestehe, darauf ging der Vorsitzende der CSU, Strauß, in seiner Parteitagrede entsprechend ein und betonte dies nochmals.<sup>147</sup>

Auf dem zweiten Parteitag des Jahres 1970 in Nürnberg verdeutlichte Generalsekretär Streibl erneut die aus Unionssicht dramatische Entwicklung der deutschen Ost- und Deutschlandpolitik:

„Die eine Seite der Medaille ist die Ost- und Deutschlandpolitik dieser Regierung. ‚Verzichtspolitik‘ ist heute kaum mehr der richtige Ausdruck. Es ist eine verkappte Anerkennung, es ist fast eine Bestätigung des angemäßen Interventionsrechts der Sowjetunion.“<sup>148</sup>

Zugleich erfolgte auf diesem Parteitag in der Meistersingerhalle in Nürnberg die Beschlussfassung über eine Resolution zur Deutschland- und Ostpolitik, die von Freiherr von und zu Guttenberg und dem Landesgruppenchef Richard Stücklen eingebracht wurde. Dieser stellte in einem neun Punkte umfassenden Katalog alle wesentlichen Forderungen der Christ-Sozialen in Bezug auf diesen Politikbereich dar. Dabei nannte der Antrag als erste Prämisse, dass die Richtschnur der Deutschland- und Ostpolitik das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes sein müsse, wobei der zweite Punkt forderte, dass eine freie Willensbildung der Menschen im anderen Teil Deutschlands unabhängig von deren Ausgang zu akzeptieren sei. Solange eine solche freie Entscheidung nicht gewährleistet wäre, sei das freie Deutschland verpflichtet, für das Recht auf Freiheit und Einheit aller Deutschen einzutreten.<sup>149</sup>

---

<sup>145</sup> Vgl. ebenda, S. 2

<sup>146</sup> Vgl. ebenda, S. 2

<sup>147</sup> Vgl. ACSP PT 19700411, Nr. 5. Darin: Protokoll der I. Plenarsitzung am Freitag, den 10. April 1970, S. 51/52

<sup>148</sup> ACSP PT 19700703, Nr. 4 darin: Niederschrift über die Kandidatenkonferenz am Freitag, den 3. Juli 1970 in Nürnberg, S. 6

<sup>149</sup> Vgl. ACSP PT 19700703, Nr. 5, darin: Resolution zur Deutschland- und Ostpolitik, S. 1

Die Forderungen der Punkte drei bis fünf schlossen ein, dass alles getan werden müsse, um ein weiteres Auseinanderleben der Deutschen zu verhindern und die Folgen der Spaltung so erträglich wie möglich zu gestalten; Gewaltverzichtsverträge könnten zur Entspannung beitragen, jedoch sollten diese nicht einseitig dazu dienen, den Besitzstand der Sowjetunion zu sichern.<sup>150</sup> Des Weiteren stellt der Antrag klar, dass bei allen Verhandlungen die Sicherheit West-Berlins zu gewährleisten sei, ebenso dürften die Bestimmungen des Deutschlandvertrages, gemäß dem die Regelung der deutschen Grenzen einem Friedensvertrag vorbehalten bleibt, nicht berührt werden, auch nicht durch eine vorherige Festlegung.<sup>151</sup> Bezüglich der deutsch-polnischen Aussöhnung wird festgestellt, dass diese nicht durch die bloße Regelung von Grenzen erfolgen könne, hierbei gelte es Lösungen zu suchen, die die verletzten Menschenrechte auf beiden Seiten beachten und diese dann für kommende Generationen regeln. Abschließend wird betont, dass die deutsche Frage erst dann tatsächlich gelöst sei, wenn Europa eine auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker basierende Friedensordnung erreicht habe, was nur durch ein weiter gestärktes atlantisches Bündnis und einer konsequenten westeuropäischen Einigung möglich sei.<sup>152</sup>

Die Resolution wurde vom Parteitag angenommen.<sup>153</sup>

In der Folge begann nun die Diskussion darüber, wie man sich in der Frage der Verträge verhalten solle. Hiermit waren vor allem zunächst die Bundestagsfraktion aus CDU und CSU sowie die Landesgruppe der CSU befasst. Bereits auf der Klausurtagung der CSU-Bundestagsabgeordneten im Januar 1970 in München hatte der Parteivorsitzende Strauß darauf hingewiesen, dass die Machthaber in Moskau und Ost-Berlin die Politik der Vorleistungen der Regierung Brandt dahingehend auszunutzen trachteten, als dass sie versuchten, ihre Maximalforderungen ohne tatsächliche Gegenleistungen durchzusetzen.<sup>154</sup>

---

<sup>150</sup> Vgl. ebenda, S. 1

<sup>151</sup> Vgl. ebenda, S. 2

<sup>152</sup> Vgl. ebenda, S. 2

<sup>153</sup> Vgl. ebenda, S. 2; vgl. auch ACSP PT 19700703, Nr. 6, darin: Dokumentation: Erfolgreich in der Welt von Morgen!, S. 100

<sup>154</sup> Vgl. ACSP, LG-Sitzungen, 6. WP, darin: Protokoll der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe vom 8./9. Januar 1970 im Maximilianeum München, S. 5

### *2.2.3 Die Position der Bayerischen Staatsregierung und der CSU-Landtagsfraktion zu den Verträgen*

Auch das bayerische Kabinett hegte Bedenken gegen das sich anbahnende Vertragswerk. So äußerten die beiden Staatsminister Fritz Pirkel und Otto Schedl in der Ministerratssitzung vom 11. August 1970 ihre Einsprüche gegen den Vertrag mit der Sowjetunion.<sup>155</sup> Dementsprechend fiel die in dieser Sitzung verabschiedete Stellungnahme aus:

„Die Staatsregierung vermisst eine Begründung der Bundesregierung für die auffällige Eile, mit der sie das Vertragswerk unterzeichnen lässt, umso mehr, als die Bedenken durch den bisher bekannt gewordenen Inhalt des Vertrages nicht ausgeräumt sind und eine den deutschen Zugeständnissen entsprechende sowjetische Gegenleistung nicht erkennbar ist. Die Staatsregierung wird das Vertragswerk bei der Ratifizierung im Bundesrat wegen seiner Bedeutung auch für die Stellung der Bundesrepublik zu ihren Verbündeten in der freien Welt besonders sorgfältig prüfen.“<sup>156</sup>

Ähnlich verfuhr die Staatsregierung bei der Thematisierung des Warschauer Vertrages, die im Zuge der Konstituierung des Ministerrats am 15. Dezember 1970 nach der Landtagswahl erfolgte. Hierbei entschied man sich, eine gutachterliche Stellungnahme bezüglich der Vereinbarkeit des Vertrages mit der Volksrepublik Polen mit dem Grundgesetz einholen zu lassen.<sup>157</sup>

Bei der weiteren Debatte der Ostverträge im bayerischen Kabinett wurde erstmals Ende 1971 die mögliche Anrufung des Bundesverfassungsgerichts bezüglich der verfassungsrechtlichen Vereinbarkeit dieser Abkommen angeschnitten,<sup>158</sup> jedoch zeichnete sich bereits im Januar 1972 die mangelnde Unterstützung anderer Bundesländer ab.<sup>159</sup> Zwar wurde die Option einer Anrufung des Bundesverfassungsgerichts bezüglich der Ostverträge von der Bayerischen Staatsregierung noch mehrfach thematisiert, jedoch kam das Kabinett in seiner Sitzung

---

<sup>155</sup> Vgl. BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 78, darin: Niederschrift der Sitzung vom Dienstag, den 11. August 1970, Nr. 146, S. 9

<sup>156</sup> BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 78, darin: Niederschrift der Sitzung vom Dienstag, den 11. August 1970, Nr. 146, S. 9/10

<sup>157</sup> Vgl. BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 79, darin: Niederschrift der Sitzung vom Dienstag, den 15. Dezember 1970, Nr. 1, S. 12. Da der in dieser Sitzung mit dem Gutachten beauftragte Prof. Schaumann im Februar 1971 tödlich verunglückte, beauftragte die Staatsregierung in der Sitzung des Ministerrates vom 16. Februar 1971 auf Vorschlag von Staatsminister Pirkel den Regensburger Professor Kimminich mit der Erstellung des Gutachtens. Vgl. BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 79, darin: Niederschrift über die Sitzung des Ministerrats vom Dienstag, den 16. Februar 1971

<sup>158</sup> Vgl. BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 85, darin: Niederschrift über die Sitzung des Ministerrates vom Dienstag, den 21. Dezember 1971, Nr. 44, S. 20

<sup>159</sup> Vgl. BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 85, darin: Niederschrift über die Sitzung des Ministerrates vom Dienstag, den 18. Januar 1972, Nr. 45, S. 6

vom 16. Mai 1972 nach intensiver Debatte zu dem Schluss, „[...] dass eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Ostverträge bei einer Zustimmung zu einer von allen Parteien getragenen Entschließung nicht möglich sei.“<sup>160</sup>

Ungeachtet dessen sprach sich der stellvertretende Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Alfred Seidl, in einem Schreiben an Ministerpräsident Goppel vom Folgetag für die Initiierung eines Normenkontrollverfahrens durch den Freistaat Bayern aus, notfalls auch im Alleingang.<sup>161</sup> Damit bleibt festzustellen, dass Staatsminister Pirkl und Fraktionsvize Seidl die einzigen Landespolitiker waren, welche sich bei den ersten beiden Ostverträgen für eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht ausgesprochen hatten.

Im Bayerischen Landtag brachte die CSU-Fraktion eine Interpellation zu den Ostverträgen ein, die am 25. und 26. Januar 1972 zu einer heftigen Debatte im Landtag führt, bei der von Seiten der Christ-Sozialen das Ziel verfolgt wurde, der Schwesterpartei ein hartes Nein zu den Verträgen zu demonstrieren.<sup>162</sup> Diese 16stündige Debatte bezeichnet Claudia Friemberger zu Recht als Novum, da es eine vergleichbar intensive Diskussion eines bundesrepublikanischen Landtages zu einem außenpolitischen Thema nach 1945 noch nicht gegeben hatte.<sup>163</sup> Dabei war die Frage des Zeitpunkts der Interpellation im Landtag innerhalb der CSU nicht unumstritten. Während der Vorsitzende der CSU Strauß diese befürwortet hatte, gab es innerhalb der Staatsregierung durchaus kritische Stimmen zu dieser Angelegenheit.<sup>164</sup> So sprach sich der Ministerrat in seiner Sitzung vom 9. Februar dahingehend aus, dass auf die Fraktion eingewirkt werden solle, keine Interpellation zu dieser Thematik einzubringen.<sup>165</sup> Der Arbeitskreis für Deutschland- und Ostpolitik hatte sich für den Zeitpunkt Anfang Januar 1972 ausgesprochen, also mit Beginn der Ratifizierungsdebatten und begründete diesen

---

<sup>160</sup> BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 86, darin: Niederschrift über die Sitzung des Ministerrates vom Dienstag, den 16. Mai 1972, Nr. 60, S. 9. Lediglich Staatsminister Pirkl hatte sich für eine Klage unter diesen Voraussetzungen ausgesprochen. Vgl. ebenda. Freiherr von und zu Guttenberg hatte sich bereits im März 1971 diesbezüglich an den Vorsitzenden der CSU-Landtagsfraktion Alfred Seidl gewandt und eine Verfassungsklage gegen die Verträge für gut heißen. Vgl. ACSP NL Strauß Büro Bonn Nr. 125/3523, darin: Abdruck eines Schreibens von MdB Guttenberg an MdL Seidl vom 15. März 1971

<sup>161</sup> Vgl. BayHStA, NL Alfred Seidl, Nr. 197, darin: Schreiben Seidl an Ministerpräsident Goppel vom 17. Mai 1972

<sup>162</sup> Vgl. Kock: Der Bayerische Landtag, S. 192-194

<sup>163</sup> Vgl. Friemberger: Alfons Goppel, S. 244; vgl. auch Schneider, Werner: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 16

<sup>164</sup> Vgl. Kock: Der Bayerische Landtag, S. 192-194; vgl. auch BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 79, darin: Niederschrift über die Sitzung des Ministerrates vom Dienstag, den 9. Februar 1971, Nr. 7, S. 8, vgl. ebenso BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 79, darin: Niederschrift über die Sitzung des Ministerrates vom Dienstag, 25. Januar 1972, Nr. 46, S. 11

<sup>165</sup> Vgl. BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 79, darin: Niederschrift über die Sitzung des Ministerrates vom Dienstag, den 9. Februar 1971, Nr. 7, S. 9

Schritt, ein bundespolitisches Thema im Landesparlament zu diskutieren, mit der durch die Verträge entstandene außergewöhnliche Sachlage, die gewissermaßen einer Notlage gleich komme.<sup>166</sup>

Mit der Interpellation erbat die CSU-Landtagsfraktion von Seiten der Staatsregierung Auskunft zu den Fragen, wie die Staatsregierung die beiden Verträge mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen aus verfassungsrechtlicher Sicht beurteile und ob die Staatsregierung bereit sei, im Falle erheblicher Bedenken gegen die Verträge, diese Bedenken im Bundesrat einzubringen und gegebenenfalls auch eine Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht herbeizuführen.<sup>167</sup> Dabei begründete der Vorsitzende der CSU-Fraktion, Ludwig Huber, die Interpellation damit, dass es sich bei den Verträgen um eine der wichtigsten außenpolitischen Weichenstellungen der Nachkriegszeit handeln würde und mit ihr eine gesellschaftspolitische Auseinandersetzung von großer Tragweite verbunden sei.<sup>168</sup>

In seiner Antwort kam Ministerpräsident Goppel zu dem Schluss, dass die Verträge von Moskau und Warschau überwiegend Zugeständnisse an die östlichen Vertragspartner geben würden, eigene Rechtspositionen der Bundesrepublik jedoch ohne erkennbare Gegenleistung aufgeben würden.<sup>169</sup> Zudem erläuterte Goppel deutlich die Bedenken der Bayerischen Staatsregierung, die sich aus verfassungsrechtlicher Sicht ergäben, und machte deutlich, dass man diese auch im Bundesrat entsprechend einbringen werde.<sup>170</sup> Bezüglich der Frage, ob die bayerische Regierung bereit sei, eine Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der Verträge durch das Bundesverfassungsgericht herbeizuführen, machte er deutlich, dass die Entscheidung hierzu noch nicht getroffen worden sei. Dennoch unterstrich er zum Ende seiner Stellungnahme, dass die Staatsregierung gegebenenfalls zu diesem Schritt bereit wäre, wenn dies im Interesse der Nation läge.<sup>171</sup>

Die Landtagsopposition ging kritisch mit der CSU ins Gericht. So erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende Volkmar Gabert, dass es aus seiner Sicht keinerlei Alternative zu den geschlossenen Verträgen mit der UdSSR und Polen gebe und die Aussage der

---

<sup>166</sup> Vgl. ACSP, NL Pirkl, Nr. 409, darin: Mapped mit Protokollen, hier: Kurzprotokoll der erweiterten Landesvorstandssitzung des AK DOP vom 4. Juni 1971, S. 3

<sup>167</sup> Vgl. Bayerischer Landtag: Stenographische Berichte, vom 25. Januar 1972, S. 1451/1452. Die Rede des CSU-Fraktionsvorsitzenden Ludwig Huber findet sich auch gedruckt in: Quellen zur politischen Geschichte Bayerns, Bd. 2, Dokument Nr. 55, S. 475-481

<sup>168</sup> Vgl. Bayerischer Landtag: Stenographische Berichte, vom 25. Januar 1972, S. 1452

<sup>169</sup> Vgl. ebenda, S. 1456 ff.

<sup>170</sup> Vgl. ebenda, S. 1458 f.

<sup>171</sup> Vgl. ebenda, S. 1459

Union, sie hätte bessere Verhandlungsergebnisse erzielt, sei eine Behauptung ohne jeglichen Beleg.<sup>172</sup>

Gerade die Frage, ob die CSU tatsächlich bereit zu einer Klage sei, wurde von der FDP-Abgeordneten Hildegard Hamm-Brücher aufgegriffen, in dem sie eine klare Aussage dazu einforderte, die die Staatsregierung jedoch zu diesem Zeitpunkt schuldig blieb.<sup>173</sup> Werner Schneider sprach in diesem Zusammenhang zu Recht davon, dass hier ein schwacher Punkt der Staatsregierung durch die Opposition getroffen worden sei, da zwar der Zeitpunkt für eine mögliche Klage rechtlich noch nicht gekommen war, jedoch Bayern und die CSU bei einer solchen alleine ohne Rückhalt der anderen unionsregierten Länder verblieben wäre.<sup>174</sup> Der SPD-Abgeordnete Helmut Rothemund führte schließlich aus, dass es dem Bayerischen Landtag nicht gut anstehe, sich durch die Interpellation mit einem außenpolitischen Thema zu befassen.<sup>175</sup>

Die Debatte gipfelte schließlich mit einem Eklat, der durch einen NS-Vergleich des CSU-Abgeordneten Richard Hundhammer ausgelöst wurde und von Seiten der SPD und FDP Abgeordneten mit dem Auszug aus dem Landtag quittiert wurde.<sup>176</sup> Dieser Vorgang verdeutlicht nochmals die Emotionalität der Behandlung des Themas durch den Landtag.

Neben der Interpellation suchte die Landtagsfraktion aber auch direkt Einfluss auf die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag zu nehmen. So wandte sich der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Seidl, am 13. Mai 1972 an Rainer Barzel mit der Bitte, alles zu unternehmen, um die Ratifizierung der Ostverträge zu verhindern.<sup>177</sup> Darin führte der Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion aus, dass es für die Wähler nicht nachvollziehbar sei, wenn die Union nach einem rund zwei Jahre währenden Kampf gegen die Ratifizierung der Verträge nun für diese stimmen würde,

---

<sup>172</sup> Vgl. ebenda, S. 1470

<sup>173</sup> Vgl. ebenda, S. 1500/1501

<sup>174</sup> Vgl. Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 17; vgl. auch BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 85, darin: Niederschrift über die Sitzung des Ministerrates vom Dienstag, den 18. Januar 1972, Nr. 45, S. 6

<sup>175</sup> Vgl. Bayerischer Landtag: Stenographische Berichte, vom 26. Januar 1972, S. 1522

<sup>176</sup> Vgl. Kock: Bayerischer Landtag, S. 194. Vgl. auch Bayerischer Landtag: Stenographische Berichte, vom 26. Januar 1972, S. 1555. Hundhammer hatte ein Zitat Herbert Wehners aus dem Jahr 1931, als dieser KPD-Abgeordneter war verwendet, um damit die SPD zu fragen, wie sie reagieren würde, wenn es sich bei der DDR um eine rechtsfaschistische Diktatur handeln würde und ein ehemaliger NS-Funktionär der Hauptinitiator für den Abschluss eines völkerrechtlichen Vertrages mit ihr wäre. Vgl. Kock: Bayerischer Landtag, S. 194

<sup>177</sup> Vgl. ACSP, LG-6. Wahlperiode, Nr. 172, darin: Schreiben von Fraktionsvorsitzenden Alfred Seidl an den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rainer Barzel vom 13. Mai 1972. Vgl. auch BayHStA, NL Alfred Seidl, Nr. 197, darin: Entwurf des Schreibens von Fraktionsvorsitzenden Alfred Seidl an den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rainer Barzel vom 13. Mai 1972



und unterstrich dabei, dass es in dieser Frage auch um die Glaubwürdigkeit der Unionsparteien gehe.<sup>178</sup>

Zusammenfassend bleibt bereits in der Frage der Ostverträge festzustellen, dass vor allem die Parlamentarier innerhalb der CSU die treibende Kraft für eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht waren, wie es sich später beim Grundlagenvertrag zeigen sollte. Die Mitglieder der Staatsregierung hingegen agierten deutlich zurückhaltender und vorsichtiger.

#### *2.2.4 Die Parlamentsdebatten in Bundestag und Bundesrat im Vorfeld der Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau*

Innerhalb der Unionsfraktion war die Haltung zu den Ostverträgen der sozial-liberalen Regierung keineswegs eine homogene. Den Abgeordneten der bayerischen CSU kam dabei gewissermaßen die Rolle der Hardliner zu, während in den Reihen der CDU-Parlamentarier durchaus positiver eingestellte Persönlichkeiten zu finden waren. Gerade die Meinungsvielfalt innerhalb der Unionsparteien zur Frage der Ostpolitik bringt Martin Huber mit der Schlussfolgerung auf den Punkt, dass sich hierzu in der Öffentlichkeit „ein diffuses Bild“<sup>179</sup> ergeben habe.

In der ersten Sitzung der CSU-Landesgruppe nach der Sommerpause des Jahres 1970 erläuterte Landesgruppenchef Stücklen, dass im Vergleich zum Bahr-Papier nur scheinbare Verbesserungen mit dem Moskauer Vertrag durch die Bundesregierung erreicht wurden.<sup>180</sup> Problematisch sah er dabei insbesondere die Unklarheit über die Haltung der Schwesterpartei CDU zu den Ostverträgen.<sup>181</sup> Hierbei erläuterte Stücklen nochmals einen Beschluss des CSU-Landesvorstandes vom 14. September 1970, der drei zentrale Punkte benennt: So halte die CSU erstens ihre schweren Bedenken gegen den Vertrag mit der Sowjetunion nach wie vor aufrecht, fordere zweitens die Offenlegung der ostpolitischen Absichten der Bundesregierung und drittens einen stärkeren Einsatz der Bundesrepublik für die europäische Einigung und den Erhalt der Stationierung von US-Truppen in Westeuropa.<sup>182</sup> Diese EntschlieÙung wurde sodann von der Landesgruppe einstimmig verabschiedet.<sup>183</sup> Bereits in dieser Sitzung äußerte

---

<sup>178</sup> Vgl. ebenda

<sup>179</sup> Huber: Bundestagswahlkämpfe, S. 28

<sup>180</sup> Vgl. ACSP, LG-Sitzungen, 6. WP, darin: Protokoll der Sitzung der CSU-Landesgruppe vom 14. September 1970, S. 1

<sup>181</sup> Vgl. ebenda, S. 2

<sup>182</sup> Vgl. ebenda, S. 2-3

<sup>183</sup> Vgl. ebenda, S. 4; hierauf verweist auch Andreas Grau, vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 124

sich der Abgeordnete Walter Becher dahingehend kritisch, dass einige führende Persönlichkeiten aus den Reihen der CDU bereits in ihrer Entscheidung umgefallen seien und nur eine klare Haltung der CSU ein Abwandern von Wählern verhindern könne.<sup>184</sup>

Ins selbe Horn stieß in diesem Zusammenhang Freiherr von und zu Guttenberg, der in seiner Rede in derselben Fraktionssitzung nochmals an die Geschlossenheit der Fraktion in dieser Frage appellierte und sogar von einer Existenzfrage für die Union sprach.<sup>185</sup>

Auf dem Landesparteitag der CSU vom 15. bis 17. Oktober 1971, bei dem die Partei auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken konnte, befassten sich die Delegierten ebenfalls mit dem Themenkomplex der Ostverträge. So forderten zwei Anträge des Arbeitskreises für Deutschland- und Ostpolitik eine klare Prioritätensetzung in der deutschen Außenpolitik und ein Ende der nach Ansicht des Antragsstellers fatalen Verfolgung der Ostpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung.<sup>186</sup> In seinem Bericht sprach sich zudem der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe Stücklen mit warnenden Worten gegen eine Ratifizierung der Verträge mit Moskau und Warschau aus.<sup>187</sup>

Auch die Arbeitsgruppe 5 der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag kam in ihrer Sitzung am Montag nach dem Parteitag zu dem Schluss, dass die von der Bundesregierung im Zuge ihrer Ostpolitik geschlossenen Verträge abzulehnen sind.<sup>188</sup> Dem entsprechend äußerte sich der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Richard Stücklen, vor der Gesamtfraktion der Unionsparteien, in dem er auf die möglichen Gefahren von Uneinigkeit in der Frage der Ostverträge hinwies:

„[...]dass] diese Frage für uns eine Zerreißprobe sein kann. Diese Frage muss für uns, für die CDU/CSU-Fraktion eine Bewährungsprobe sein und es wird entscheidend darauf ankommen, ob es uns gelingt, dass wir diese Fraktion auf eine gemeinsame Linie durch Diskussion und Zusammenarbeit im kooperativen Sinn erreichen können. Wenn uns das nicht gelingt, werden wir draußen in der Öffentlichkeit an Wert verlieren, denn

---

<sup>184</sup> Vgl. ACSP, LG-Sitzungen, 6. WP, darin: Protokoll der Sitzung der CSU-Landesgruppe vom 14. September 1970, S. 5

<sup>185</sup> Vgl. ACDP, 08-001-1024/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 25. November 1970, S. 53

<sup>186</sup> Vgl. ACSP, PT 19711016, Nr. 6, darin: Antragsmappe zum Parteitag S. 3

<sup>187</sup> Vgl. ACSP, PT 19711016, Nr. 8, darin: Rede Stücklen, S. 20a

<sup>188</sup> Vgl. ACSP, NL Jaeger, Nr. 230, darin: Protokoll der Sitzung der Arbeitsgruppe 5 der CSU Landesgruppe vom 18. Oktober 1970, S. 3

diese Fraktion ist nur soviel wert, wie geschlossen diese Fraktion in einer so entscheidenden Frage für das deutsche Volk ist.“<sup>189</sup>

Dieses, insbesondere von der Spitze der CSU forcierte klare Nein zu der Ratifizierung der Ostverträge war indes innerhalb der gesamten Union zu diesem Zeitpunkt alles andere als zementiert. Gerade der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU Barzel zeigte durchaus Bereitschaft zur Zustimmung für den Fall, dass es der Union gelang, Einfluss auf die Verträge mit der Sowjetunion und Polen zu bekommen.<sup>190</sup> Daher stellte Barzel an die Stelle eines klaren Nein zu den Verträgen ein ‚so nicht‘, mit dem er sich die Möglichkeit der Einwirkung auf die Verträge offen halten wollte.<sup>191</sup> Ein zentrales Argument, welches Barzel als Entscheidungskriterium ins Feld führte, war die von ihm immer wieder wiederholte Forderung nach der Einsichtsgewährung in die Verhandlungsprotokolle zu den Gesprächen Bahrs in Moskau.<sup>192</sup> Bei dieser Frage der Einsichtnahme in die Verhandlungsprotokolle ging es der Union vor allem um die Klärung der Frage, wie die Grenzregelungen im Moskauer Vertrag zu verstehen seien. Man erhoffte sich Aufschluss darüber, ob diese Frage der Grenzen nur vorläufig sein sollte, wie es die Bundesregierung darzustellen versuchte, oder ob dadurch ein endgültiger, unverrückbarer Zustand hergestellt werden sollte, wie es insbesondere die CDU/CSU-Fraktion befürchtete.<sup>193</sup> Als Beispiel für die unterschiedlichen Positionen sind an dieser Stelle unter anderem die Redebeiträge des Freiherrn von und zu Guttenberg sowie des Freiherrn Richard von Weizsäcker in der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 25. November 1971 zu nennen, in denen beide auf die Bedeutung der Geschlossenheit in der Frage der Positionierung zu den Ostverträgen hinwiesen und zugleich die noch nicht erzielte Einigung in dieser Frage innerhalb der Unionsfraktion unterstrichen.<sup>194</sup> Hierbei erinnert sich der damalige Vorsitzende der

---

<sup>189</sup> ACDP, 08-001-1024/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 25. November 1970, S. 20

<sup>190</sup> Vgl. Bierling: Außenpolitik, S. 187. Auf die Uneinigkeit innerhalb des Unionslagers bezüglich der Ostverträge weist auch Peter Bender hin. Vgl. Bender: Neue Ostpolitik, S. 200/201, ebenso Mühler: CDU/CSU, S. 168

<sup>191</sup> Vgl. Link, Werner: Die CDU/CSU-Fraktion und die neue Ostpolitik, S. 129

<sup>192</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 225/226. Die Frage der Einsichtnahme in die Verhandlungsprotokolle wurden innerhalb der Union viel diskutiert. So befasste sich auch der Landesvorstand des Arbeitskreises für Deutschland-und Ostpolitik mit dieser Angelegenheit. Vgl. ACSP, NL Pirkel, Nr. 409, darin: Mappe mit Protokollen, hier: Kurzprotokoll der Vorstandssitzung vom 8. April 1972 in München, S. 1. Auch während der Debatte zur Interpellation der CSU-Fraktion kam dieses Thema im Bayerischen Landtag erneut zur Sprache. Vgl. Bayerischer Landtag: Stenographische Berichte vom 25. Januar 1972, S. 1478. Zur Frage der Einsichtnahme vgl. auch Barzel: Auf dem Drahtseil, S. 106.

<sup>193</sup> Vgl. Hacke: Die deutschlandpolitische Konzeption von CDU und CSU in der Oppositionszeit, S. 40

<sup>194</sup> Vgl. ACDP, 08-001-1024/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 25. November 1971, S. 53-66

Unionsfraktion, er habe bereits bei seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden der CDU im Oktober 1971 deutlich gemacht, dass ihm ein Regierungswechsel wichtiger war, als ein parlamentarischer Zufallbringen der Ostverträge.<sup>195</sup>

Deutlich zum Ausdruck kam der Dissens in dieser Frage auch bei einem Treffen der Spitzen der Unionsparteien am 29. November 1971, bei dem die Frage der Spitzenkandidatur für die anstehenden Wahlen zum Deutschen Bundestag geregelt werden sollten.<sup>196</sup> Die Einigung in der Sitzung ließ jedoch auf sich warten und der Vorschlag Barzels als Kanzlerkandidat durch den CSU-Vorsitzenden war alles andere als euphorisch, so dass Walther Leisler Kiep in seinem Tagebuch dazu vermerkte, dass Strauß dieser „[...] nicht leicht über die Lippen [ging]“<sup>197</sup>. Zudem stand bei dem Treffen der Umgang mit den politischen Fragen auf der Agenda. Hierbei legte sich insbesondere Strauß auf einen Konfrontationskurs und eine Ablehnung der Ratifizierung der Ostverträge fest.<sup>198</sup> Der Vorsitzende der bayerischen Unionspartei stellt im Zusammenhang mit diesem Treffen der Spitzen von CDU/CSU fest, dass die Vertreter der Schwesterpartei CDU beteuert hätten, ihr Ehrenwort zu einem Nein zu den Verträgen zu geben, eine endgültige Festlegung in schriftlicher Form jedoch zu diesem Zeitpunkt noch ablehnten.<sup>199</sup>

Vom 10. bis 16. Dezember 1971 reiste Barzel nach Moskau, um dort durch das Erreichen eines Entgegenkommens der Sowjetunion eine Zustimmung der Union zum Moskau Vertrag zu ermöglichen.<sup>200</sup> Dieses Ziel, durch Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Andrei Andejewitsch Gromyko und dem Ministerpräsidenten Alexei Nikolajewitsch Kossygin ein Entgegenkommen zu erreichen, schlug jedoch fehl, so dass der Oppositionsführer den gewünschten Erfolg nicht erzielen konnte.<sup>201</sup>

---

<sup>195</sup> Vgl. Barzel: Auf dem Drahtseil, S. 62

<sup>196</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 228. Zum Inhalt des Treffens vgl. auch Der Spiegel, Nr. 49/1971, S. 30/31 und Strauß: Erinnerungen, S. 443; ferner Mühler: CDU/CSU, S. 168. Eine Datierung des Gesprächstermins lässt sich an Hand der veröffentlichten Tagebuchaufzeichnungen von Walther Leisler Kiep vornehmen. Vgl. Kiep: Was bleibt ist große Zuversicht, S. 49/50. Vgl. ferner Barzel: Auf dem Drahtseil, S. 139

<sup>197</sup> Kiep: Was bleibt ist große Zuversicht, S. 50

<sup>198</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 228. Der Spiegel interpretierte die nicht abschließende Festlegung Barzels auf eine Ablehnung damit, dass der designierte Kanzlerkandidat der Union sich so als besonnener Staatsmann profilieren könne. Vgl. Der Spiegel, Nr. 49/1971, S. 30

<sup>199</sup> Vgl. Strauß, Erinnerungen, S. 443

<sup>200</sup> Zum Verlauf und zu den Details der Reise von Barzel vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 233-235 sowie Barzel: Auf dem Drahtseil, S. 140-154.

<sup>201</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 234/235. Franz Josef Strauß merkt in seinen Erinnerungen an, dass Barzel empört wegen des, seiner Meinung nach unkorrekten protokollarischen Empfangs in Moskau gewesen sei. Vgl. Strauß: Erinnerungen, S. 443

Nach seiner Rückkehr erstattete Barzel der Gesamtfraktion ausführlichen Bericht über seine Reise nach Moskau.<sup>202</sup> In dem daraufhin von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einstimmig gefassten Beschluss kamen die Unionsparlamentarier unter Punkt 4 zu dem entscheidenden Fazit zur Reise ihres Vorsitzenden:

„Die entscheidenden Bedenken gegen das von der Bundesregierung vorgelegte Vertragswerk sind bestätigt und sogar erhärtet worden.“<sup>203</sup>

Trotz des Misserfolgs der Moskaureise ihres Vorsitzenden war es nicht zu einem einheitlichen Nein der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Dezember 1971 gekommen. Gerade aber in den Reihen der CSU-Parlamentarier in Bonn verstärkte sich der Ruf nach einer deutlichen und klaren Positionierung der Fraktion. So warnte unter anderem Bundesminister a. D. Heinz Starke davor, dass in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen könne, die Union führe lediglich Scheingefechte gegen die Ostpolitik der Bundesregierung, insbesondere die Argumentationskette des Fraktionsvorsitzenden Barzel wurde als nicht ausreichend kritisiert.<sup>204</sup>

Ein weiteres Indiz für die fehlende Geschlossenheit der Union in der Frage der Ostverträge zeigte sich auch durch den von der CSU ohne vorherige Information der CDU präsentierten Alternativvertragsentwurf zu einem Abkommen mit der UdSSR, der, nach Ansicht der CSU, ein echtes Gewaltverzichtsabkommen darstellen sollte.<sup>205</sup> Dabei sah dieses Papier ausdrücklich einen Vertragspassus vor, der die abschließende Regelung der deutschen Frage und insbesondere der Grenzen Deutschlands einem Friedensvertrag mit einem wiedervereinigten Deutschland vorbehielt.<sup>206</sup> Bei der Einbringung des Entwurfs in das Plenum der CDU/CSU-Bundestagsfraktion stellte der Vorsitzende des Arbeitskreises V, Werner Marx, fest, dass der Entwurf den „[...] konstruktiv-kritischen Vorstellungen der Fraktion zu dem von der Regierung vorgelegten Moskauer Vertrag [entspreche]“<sup>207</sup>. Zudem sei er ein wichtiger Beitrag zu den Alternativforderungen der Union, welche in die Debatte zur Ratifizierung der Verträge eingebracht werden solle.<sup>208</sup> Dem folgend wurde der Beschluss dann von der

---

<sup>202</sup> ACDP, 08-001-1028/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 17. Dezember 1971

<sup>203</sup> ACDP, 08-001-1024/1, darin: Exemplar des Pressereferats der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, S. 2

<sup>204</sup> Vgl. ACSP, NL Jaeger, Nr. 230, darin: Protokoll der Sitzung der Arbeitsgruppe 5 der CSU-Landesgruppe vom 25. Januar 1972

<sup>205</sup> Vgl. Pauly: Christdemokraten und Christlich-Soziale, S. 127/128; vgl. auch Grau: Gegen den Strom, S. 248; vgl. ebenso Voss: Den Kanzler im Visier, S. 60

<sup>206</sup> Vgl. Pauly: Christdemokraten und Christlich-Soziale, S. 128

<sup>207</sup> ACDP, 08-001-1028/2, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 1. Februar 1972, S. 24

<sup>208</sup> Vgl. ebenda, S. 24. Zum Vertragsentwurf der CSU vgl. auch Behrend: Franz Josef Strauß, S. 151

Fraktion einstimmig verabschiedet, wenngleich die CDU-Abgeordnete Margot Kalinke den Alleingang der bayerischen Unionspartei kritisierte.<sup>209</sup> Trotz allem blieb der Vorstoß der CSU mit der Vorlage eines Alternativvertrages ein Strohfeuer.<sup>210</sup> Entsprechend treffend erscheint hierzu die Darstellung der Landesgruppeninitiative durch Friedrich Voss:

„Der CSU-Landesgruppen-Entwurf zum deutsch-sowjetischen Vertrag [...] erweist sich als Rohrkrepierer. Selbst CSU-Freunde im Fraktionsvorstand wie Werner Marx sehen darin eine Gefährdung des Ansehens der Union und wenden sich dagegen. Auch die Gesamtfraktion beschert ihm ein Begräbnis vierter Klasse, bei dem die Leiche selbst die Kerze tragen muss.“<sup>211</sup>

Noch vor dem Bundestag befasste sich der Bundesrat in seiner 376. Sitzung mit den beiden Verträgen von Moskau und Warschau. Dabei verwies der Bayerische Ministerpräsident Goppel in seiner Funktion als Berichterstatter des Auswärtigen Ausschusses des Bundesrates auf die Entscheidung dieses Gremiums, mit einer Mehrheit von sechs zu fünf Stimmen die Zustimmung zur Ratifizierung der beiden Verträge zu geben.<sup>212</sup> Für die Bundesregierung warb Außenminister Scheel um die Zustimmung zu den Verträgen, da diese zu einer Entkrampfung des Verhältnisses zwischen Ost und West beigetragen würden, und verteidigte zudem den schnellen Abschluss, da ein Abwarten einem Warten auf bessere Zeiten gleichgekommen wäre.<sup>213</sup> Bundeskanzler Brandt führte in der Länderkammer nochmals aus, dass die Verträge mit Moskau und Warschau die Basis für Verhandlungen mit der DDR seien, da diese dazu dienten, Vertrauen zwischen den beiden Blöcken zu schaffen.<sup>214</sup>

In seinen Ausführungen als Ministerpräsident begründete Goppel die ablehnende Haltung Bayerns zu den Verträgen damit, dass diese einer Aufgabe des im Grundgesetz verankerten Vertretungsanspruchs der Bundesrepublik für Deutschland als Ganzes gleich käme und man die Bundesrepublik damit auf dieselbe Stufe wie die DDR stellen würde.<sup>215</sup> Zudem kritisierte Staatsminister Franz Heubl die mangelnde Einbindung der Opposition bei den Verhandlungen von Bahr in Moskau, welche in ihrer Art einmalig

---

<sup>209</sup> Vgl. ACDP, 08-001-1028/2, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 1. Februar 1972, S. 25

<sup>210</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 249

<sup>211</sup> Voss: Den Kanzler im Visier, S. 60

<sup>212</sup> Vgl. Bundesrat: Stenographische Berichte, vom 9. Februar 1972, S. 402

<sup>213</sup> Vgl. ebenda, S. 407 und 411/412

<sup>214</sup> Vgl. ebenda, S. 425

<sup>215</sup> Vgl. ebenda, S. 437/438

gewesen seien.<sup>216</sup> Mit einer Mehrheit von 21 Stimmen wurde der gemeinsame Antrag der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein angenommen.<sup>217</sup>

Nachdem sich die Länderkammer mit den Abkommen befasst hatte, stand die Eröffnung der parlamentarischen Debatte im Bundestag durch die erste Lesung der Verträge mit Moskau und Warschau an. Die Vorberatung innerhalb der Unionsfraktion hatte federführend die vom CDU-Abgeordneten Werner Marx geführte Ostkommission vorgenommen.<sup>218</sup> Seitens der CSU wurden demnach in der Fraktionssitzung am 22. Februar als Redner Landesgruppenchef Stücklen, CSU-Vorsitzender Strauß und Friedrich Zimmermann vorgesehen.<sup>219</sup>

Bundeskanzler Willy Brandt erläuterte zu Beginn der Debatte des Bundestags zu den beiden Verträgen die Position seiner Regierung. Dabei betonte er, dass die Ostverträge in die Deutschlandpolitik eingebunden seien, eine Entspannung zwischen Ost und West befördern sollte und somit erhebliche Verbesserung im innerdeutschen Verhältnis herbeiführen würden.<sup>220</sup>

Bei der Debatte zur ersten Lesung am folgenden Tag attackierte Richard Stücklen die Bundesregierung sodann in deutlicher Weise, in dem er die Befürchtung äußerte „[...] dass diese Verträge nicht den Frieden sicherer machen, sondern dass unsere Sicherheit in Freiheit mit diesen Verträgen gefährdet wird.“<sup>221</sup>

Zudem würde durch die Verträge keine Entspannung und Versöhnung geschaffen, sondern vielmehr der bisherige Status der Trennung fixiert.<sup>222</sup>

Am zweiten Tag der Debatte im Plenum des Bundestages kam Franz Josef Strauß schließlich zu dem Schluss, dass ein Nein zu den Verträgen zwar auch Nachteile zur Folge habe, dass es sich aber bei einem Nein um das kleinere Übel im Vergleich zu den Konsequenzen der Zustimmung zu ihnen handle.<sup>223</sup> Insgesamt blieb das gespaltene Bild der Unionsfraktion bestehen. Während Strauß und die CSU für eine Politik der klaren Kante gegenüber den Ostverträgen standen, wie es Peter Siebenmorgen formulierte,

---

<sup>216</sup> Vgl. ebenda, S. 452

<sup>217</sup> Vgl. ebenda, S. 453. Vgl. auch Kock: Bayerischer Landtag, S. 194

<sup>218</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 251

<sup>219</sup> Vgl. ACDP, 08-001-1028/2 Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 22. Februar 1972, S. 7

<sup>220</sup> Vgl. Bundestag: Stenographische Berichte, vom 23. Februar 1972, S. 9742

<sup>221</sup> Ebenda, S. 9804

<sup>222</sup> Vgl. ebenda, S. 9804

<sup>223</sup> Vgl. ebenda, S. 9918. Die Rede von Strauß findet sich auch gedruckt in Strauß: Bundestagsreden und Zeitdokumente (1975), S. 131-151.

lavierte die CDU mit dem von ihr postulierten ‚so nicht‘ weiter.<sup>224</sup> Ein gemeinsamer Kurs von CDU und CSU in der Angelegenheit blieb weiterhin ein Wunschdenken.

### *2.2.5 Das Scheitern des konstruktiven Misstrauensvotums und die Stimmenthaltung der Unionsfraktion bei der Ratifikation der Verträge*

Mittenhinein in die parlamentarische Debatte um die Ratifizierung der beiden Verträge mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen fiel das Misstrauensvotum gegen Willy Brandt. Seit dem Beginn der Legislaturperiode verfügte die Regierung Brandt/Scheel lediglich über eine dünne Mehrheit von lediglich 12 Mandaten.<sup>225</sup> Diese Mehrheit begann bereits in dem Jahr 1970 durch Übertritte von Abgeordneten zur Unionsfraktion kontinuierlich zu schwinden und erreichte schließlich im April 1972 einen Stand, der die Möglichkeit des Regierungswechsels durch die Abwahl des Bundeskanzlers durch ein sogenanntes konstruktives Misstrauensvotum in greifbare Nähe brachte.<sup>226</sup> Letzten Ausschlag für die Union, sich auf das Wagnis des konstruktiven Misstrauensvotums einzulassen, waren die Landtagswahlen am 23. April 1972 in Baden-Württemberg, bei der die CDU ein Ergebnis von knapp 53 Prozent der Stimmen einfahren konnte.<sup>227</sup> Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion war nach diesem Urnengang für den baden-württembergischen Landtag durch weitere Übertritte von FDP-Parlamentariern auf 247 Mitglieder angewachsen. Zudem konnte Barzel mit den Stimmen der FDP-Abgeordneten Gerhard Kienbaum und Knut von Kühlmann-Stumm rechnen, welche formell Mitglieder der Parlamentsfraktion der Freien Liberalen geblieben waren.<sup>228</sup> Diese Chance auf eine Rückkehr der Unionsparteien auf die Regierungsbank bot zugleich die Möglichkeit, nach einem geglückten Misstrauensvotum, einen Kurswechsel in der Deutschlandpolitik zu vollziehen.

Die Unionsfraktion verabschiedete in ihrer Sitzung am 24. April unter Leitung von Richard Stücklen den entsprechenden Antrag nach Artikel 67 des Grundgesetzes, der Bundestag möge Bundeskanzler Willy Brandt das Misstrauen aussprechen und zugleich Rainer Barzel zum Kanzler wählen.<sup>229</sup>

---

<sup>224</sup> Vgl. Siebenmorgen: Franz Josef Strauß, S. 466

<sup>225</sup> Vgl. Borowsky: Sozialliberale Koalition und innere Reformen, S. 32

<sup>226</sup> Vgl. Huber: Bundestagswahlkämpfe, S. 30; vgl. auch Winkler: Der lange Weg, S. 297/298. Anzeichen für den Wechsel von FDP-Abgeordneten finden sich bereits seit Oktober 1970 in den Aufzeichnungen von Strauß Mitarbeiter Friedrich Voss. Vgl. Voss: Den Kanzler im Visier, S. 35-37

<sup>227</sup> Vgl. Siebenmorgen: Franz Josef Strauß, S. 480/481

<sup>228</sup> Vgl. Winkler: Der lange Weg, S. 297/298; vgl. auch Kielmansegg: Das geteilte Land, S. 211

<sup>229</sup> Vgl. ACDP, 08-001-1028/2 Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 24. April 1972, S. 24; vgl. Barzel: Auf dem Drahtseil, S. 69/70



Trotz dieser günstigen Vorzeichen erreichte der Kandidat der Union, Rainer Barzel, nicht die erforderlichen 249 Stimmen.<sup>230</sup> Über die Gründe für das Scheitern des konstruktiven Misstrauensvotums, das Franz Josef Strauß gar als „vielleicht eine[n] der größten Skandale in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland [...]“<sup>231</sup> bezeichnete, wurde in der Folge viel spekuliert. Zwischenzeitlich gilt dabei als gesichert, dass zwei Mitglieder der Unionsfraktion durch die Zahlung von jeweils 50.000 D-Mark von der Stasi dazu bewogen wurden, gegen die Wahl von Barzel zu stimmen.<sup>232</sup>

Dass am darauffolgenden Tag der Kanzleretat keine Mehrheit im Parlament fand, machte jedoch deutlich, dass die Regierung im Grunde ihre Handlungsfähigkeit eingebüßt hatte.<sup>233</sup> Somit zeichnete sich, wie Werner Schneider feststellt, ab, dass die Bundesregierung für die letzte Lesung der Verträge mit Moskau und Warschau keine parlamentarische Zustimmung erreichen würde und somit ein Scheitern derselben in die Verantwortung der Unionsparteien fallen könnte.<sup>234</sup> Zugleich eröffnete jedoch das offensichtliche Patt im Bundestag die Möglichkeit, dass die Union weitere Verhandlungen mit der Bundesregierung bezüglich möglicher Zugeständnisse in der Frage der ersten beiden Ostverträge erreichen könnte. Dabei wurde in einem ersten Spitzengespräch deutlich, dass die Bundesregierung auf eine rasche Ratifizierung drängte, und Regierung und Opposition einigten sich darauf, eine gemeinsame Entschließung mit der Verabschiedung der Verträge zu verbinden, welche gemeinsam erarbeitet werden sollte.<sup>235</sup> Rainer Barzel verband mit der Erarbeitung einer gemeinsamen Entschließung seine Hoffnung, dadurch eine Vertragsauslegung des Moskauer Vertrages zu erreichen, welche diesen für seine Fraktion zustimmungsfähig machen würde.<sup>236</sup> Nach den ersten Gesprächen zeigte sich Barzel im Plenum der Unionsfraktion zuversichtlich, einen Konsens mit der sozial-liberalen Regierung zu

---

<sup>230</sup> Vgl. Bundestag, Stenographische Berichte, vom 27. April 1972, S. 10714

<sup>231</sup> Strauß, Erinnerungen, S. 444. Zu den Vorgängen aus Sicht von Rainer Barzel vgl. Barzel: Auf dem Drahtseil, S. 59/60

<sup>232</sup> Vgl. Winkler: Der lange Weg II, S. 298/299; vgl. auch Lehmann: Deutschland-Chronik, S. 216/217 und Bierling: Außenpolitik, S. 187. Vgl. ebenso Haftendorn: Deutsche Außenpolitik, S. 193. Eine ausführliche Untersuchung liefert Andreas Grau. Vgl. Grau: Auf der Suche nach den fehlenden Stimmen 1972. Zur Sicht des damaligen CSU-Landesgruppenvorsitzenden Stücklen in der Frage des Misstrauensvotums vgl. Stücklen: Mit Humor und Augenmaß, S. 359/360. Auch Wolfgang Zorn verweist auf die Verwicklungen des parlamentarischen Geschäftsführers der CSU-Landesgruppe, Leo Wagner. Vgl. Zorn: Bayerns Geschichte, S. 47

<sup>233</sup> Vgl. Martin: Bundestagswahlkämpfe, S. 30

<sup>234</sup> Vgl. Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 17

<sup>235</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 299/300. Zu den ersten Gesprächen zwischen Regierung und Opposition vgl. auch Kiep: Was bleibt ist große Zuversicht, S. 59

<sup>236</sup> Vgl. Link: Die CDU/CSU-Fraktion und die neue Ostpolitik, S. 131/132

finden, und machte dies im Wesentlichen an einer Antwort der Regierungsseite auf eine Frage der Unionsvertreter in den Gesprächen deutlich:

„Die Verträge führen einen Modus vivendi herbei, der die deutsche Frage bis zu einer friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland offenhält. [...] Der sowjetischen Regierung ist die Auffassung der Bundesregierung bekannt, dass das Deutsche Volk ein unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung besitzt, und dass die Politik der Bundesregierung eine Wiederherstellung der Nationalen Einheit im Rahmen einer Europäischen Friedensordnung anstrebt. [...] Darüber hinaus enthält der Moskauer Vertrag in seiner Präambel einen Verweis, der sich u. a. auf den Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Adenauer, Ministerpräsident Bulganin vom 13. September 55 bezieht.“<sup>237</sup>

Entsprechend legten sich die Unionsvertreter bei dem Gespräch mit Bundeskanzler Brandt und Außenminister Scheel am 3. Mai 1972 auf die Forderung nach dem Modus vivendi Charakter der Verträge fest und forderten die Aufnahme der gemeinsamen Entschließung als verbindlichen Bestandteil des Vertrages mit der Sowjetunion.<sup>238</sup>

Innerhalb der Landesgruppe der CSU blieb die Sicht der Verhandlungen mit der Bundesregierung nach wie vor kritisch. So betonten sowohl Strauß als auch Stücklen, dass es seitens der Regierung keinerlei Zugeständnisse gegeben habe.<sup>239</sup> Dennoch war den CSU-Abgeordneten dabei die Gefahr einer möglichen Zersplitterung der Gesamtfraktion bewusst, weshalb mehrfach an die Geschlossenheit der Union in der Frage appelliert wurde.<sup>240</sup> Anfang Mai 1972 schien es dennoch eine Chance dafür zu geben, dass es Barzel gelingen würde, die Unionsfraktion zu einer Zustimmung zu den Verträgen mit Moskau und Warschau zu bewegen.<sup>241</sup>

Franz Josef Strauß ging in seiner Wortmeldung im Plenum der CDU/CSU-Fraktion ebenfalls auf die Frage der Geschlossenheit ein und betonte die Gefahr des Verlusts der Glaubwürdigkeit der Fraktion der beiden Unionsparteien für den Fall, dass ein Teil der

---

<sup>237</sup> ACDP, 08-001-1029/1 Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 2.Mai 1972, S. 8/9

<sup>238</sup> Vgl. ACSP, NL Stücklen, Nr. 282, darin: Aufzeichnungen über das Gespräch im Bundeskanzleramt am 3. Mai 1972

<sup>239</sup> Vgl. ACSP, LG-Sitzungen, 6. WP, darin: Protokoll der Sitzung der CSU-Landesgruppe vom 4.Mai 1972, S. 1

<sup>240</sup> Vgl. ebenda, darin: Protokoll der Sitzung der CSU-Landesgruppe vom 4.Mai 1972, S. 2-4; vgl. auch Grau: Gegen den Strom, S. 310/311

<sup>241</sup> Vgl. Hacke: Die Konzeption der parlamentarischen Opposition, S. 42

Fraktion für die Verträge, ein Teil gegen sie stimmen würde und ein dritter Teil sich der Stimme enthalten würde.<sup>242</sup>

Nach weiteren Verhandlungen positionierten sich die Parteivorstände von CDU und CSU schließlich am 8. Mai in ihren Sitzungen zur Frage des Abstimmungsverhaltens bei den Verträgen mit Moskau und Warschau. Während der Bundesvorstand der CDU unter dem Einfluss ihres Vorsitzenden Barzel zu dem Beschluss kam, dass eine Zustimmung zu den Verträgen durch die gemeinsame EntschlieÙung möglich werden würde, hielt der Landesvorstand der Christ-Sozialen an seinem Nein zu den Verträgen fest.<sup>243</sup>

Am folgenden Tag erreichte man schließlich in den Verhandlungen mit der Regierung einen Konsens für die gemeinsame EntschlieÙung des Bundestages.<sup>244</sup> In der Sitzung der Unionsfraktion erläuterte der CSU-Vorsitzende Strauß die Punkte der gemeinsamen EntschlieÙung.<sup>245</sup> Zugleich machte er dabei jedoch deutlich, dass es durchaus für die Union die Möglichkeit gebe, der gemeinsamen EntschlieÙung zuzustimmen und die Verträge dennoch abzulehnen.<sup>246</sup>

Während die Gesamtfraktion sich nicht auf ein einheitliches Meinungsbild einigen konnte und zunehmend drohte, an der Frage der Ratifizierung zu zerbrechen, begann die CSU-Landesgruppe ihre Meinung der Ablehnung in ihren beiden Sitzungen am 9. Mai 1972 endgültig festzulegen.<sup>247</sup>

Barzel gelang es indes am 15. Mai den Bundesvorstand der CDU zu der Entscheidung zu bewegen, die Empfehlung zur Zustimmung zur gemeinsamen EntschlieÙung und zu den Verträgen der Bundestagsfraktion zu geben, wengleich sie ausdrücklich die letzte Entscheidung der Fraktion zugestanden wurde.<sup>248</sup> Am Abend desselben Tages diskutierte die CSU-Landesgruppe über sechs Stunden lang über ihre Positionierung zur Frage der Ratifizierung der Verträge, und kam dabei zu dem vorläufigen Ergebnis, bei

---

<sup>242</sup> Vgl. ACDP, 08-001-1029/1 Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 4. Mai 1972, S. 14

<sup>243</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 319; vgl. auch ACSP, LG-Sitzungen, 6. WP, darin: Protokoll der Sitzung der CSU-Landesgruppe vom 9. Mai 1972 (vormittags), S. 1

<sup>244</sup> Vgl. Winkler: Der lange Weg II, S. 299

<sup>245</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 323/324. Der Text der gemeinsamen EntschlieÙung findet sich als Anlage in den Bundestagsprotokollen. Vgl. Bundestag: Stenographische Berichte, vom 17. Mai 1972, S. 10960/10961

<sup>246</sup> Vgl. ACDP, 08-001-1029/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 9. Mai 1972, S. 13

<sup>247</sup> Vgl. ACSP, LG-Sitzungen, 6. WP, darin: Protokoll der Sitzung der CSU-Landesgruppe vom 9. Mai 1972 (vormittags), S. 1-5 sowie Protokoll der Sitzung der CSU-Landesgruppe vom 9. Mai 1972 (nachmittags), S. 1-3

<sup>248</sup> Vgl. Link: Die CDU/CSU-Fraktion und die neue Ostpolitik, S. 131/132 sowie Grau: Gegen den Strom, S. 345/346

einer Ablehnung der Verträge zu bleiben, jedoch der gemeinsamen Resolution der Bundestagsfraktionen zuzustimmen.<sup>249</sup>

Am folgenden Tag, den 16. Mai, fand sich die CDU/CSU-Fraktion zu zwei Sitzungen, einer am Vormittag und einer am Nachmittag zusammen. Während sich Fraktionschef Barzel einleitend am Morgen für ein Ja zu den Verträgen aussprach,<sup>250</sup> kam es auch zu zahlreichen ablehnenden Wortmeldungen aus dem Umfeld der Vertriebenenverbände wie auch der CSU-Landesgruppe.<sup>251</sup> Für diese legte der Parteivorsitzende der CSU Strauß deren Position dar. Hierbei widersprach er deutlich den Ausführungen von Barzel, dass die Ziele, mit denen die Union in die Verhandlungen mit der Bundesregierung gegangen sei, erfüllt worden seien.<sup>252</sup> Daher kam Strauß abschließend zu dem Ergebnis, dass nur ein Nein zu den Verträgen die Fraktion wieder einen könne und die Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit bewahren würde, die Entscheidung dafür liege allein bei dem Fraktionsvorsitzenden Barzel, dem er gewissermaßen den Ball mit seiner Abschlussbemerkung zuspielte:

„[...] wir sollten uns wirklich überlegen und, Herr Barzel, in Wirklichkeit stehen Sie allein jetzt vor der Entscheidung. [...] Wenn Sie sich durchringen zu einem Nein – und Sie haben eine phantastische Leistung hingelegt. Ich glaube, jeder in diesem Saal hat Sie bewundert in den 14 Tagen. Aber, was nützt mir, wenn ich das beste Gewölbe errichte und den Schlussstein zu setzen nicht mehr die Kraft dazu habe. Aber, wenn Sie sich durchringen oder durchringen würden und Sie würden eine Fraktion wieder geschlossen zustande bringen, denn auch Ihre Führungskraft würde mit Ihnen gehen, denn von dieser Führungsmannschaft kommt ja dieses unruhige Element. Es ist Ihre Entscheidung, Herr Barzel, und diese Entscheidung nimmt Ihnen niemand ab.“<sup>253</sup>

Neben diesem klaren und deutlichen Nein der CSU-Landesgruppe zielten einige Wortmeldungen wie beispielsweise die des CDU-Abgeordneten Walter Hallstein auf den Kompromiss der Stimmenthaltung der Unionsfraktion hin, um so deren Einheit zu

---

<sup>249</sup> ACSP, LG-Sitzungen, 6. WP, darin: Protokoll der Sitzung der CSU-Landesgruppe vom 15. Mai 1972, S. 8; vgl. auch ACDP, 08-001-1030/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 16. Mai 1972 (vormittags), S. 7/8

<sup>250</sup> Vgl. ACDP, 08-001-1030/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 16. Mai 1972 (vormittags), S.1/2

<sup>251</sup> Eine ausführliche Darstellung der Debatte der Fraktionssitzung, insbesondere mit der Schilderung der unterschiedlichen Positionen der CDU-Abgeordneten findet sich bei Andreas Grau. Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 349-359. Vgl. auch Barzel: Auf dem Drahtseil, S. 165-167.

<sup>252</sup> Vgl. ACDP, 08-001-1030/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 16. Mai 1972 (vormittags), S. 8. Vgl. auch Behrend: Franz Josef Strauß, S. 152/153

<sup>253</sup> ACDP, 08-001-1030/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 16. Mai 1972 (vormittags), S. 12; vgl. auch Voss: Den Kanzler im Visier, S. 71

bewahren.<sup>254</sup> Insgesamt wurde dadurch auch für die Öffentlichkeit sichtbar, dass die Unionsfraktion in dieser Frage sich aufspalten würde.<sup>255</sup>

Im Anschluss an die Sitzung der CDU/CSU-Fraktion tagte am Abend des 16. Mai erneut die Landesgruppe der CSU. Dabei brachte Strauß nochmals deutlich zum Ausdruck, welcher negativen und gespaltenen Eindruck die vorangegangene Fraktionssitzung auf ihn gemacht habe.<sup>256</sup> Die CSU-Abgeordneten einigten sich nach langer Diskussion kurz vor Mitternacht auf folgende drei Punkte, die gewissermaßen den Leitfaden für die Verhandlungen der CSU-Spitze mit Barzel darstellten:

- „1. Die CSU-Landesgruppe steht beim Nein zu den Verträgen.
2. Dr. Strauß und Stücklen werden beauftragt, beim Fraktionsvorsitzenden darauf hinzuwirken, dass die Fraktion geschlossen für ein Nein stimmt.
3. Dr. Strauß und Stücklen werden ermächtigt, beim Fraktionsvorsitzenden zu erkunden, ob er bereit ist, von sich aus eine Stimmenthaltung der Fraktion zu empfehlen.“<sup>257</sup>

Nach dem Treffen von Barzel mit den beiden CSU Vertretern Strauß und Stücklen berichteten diese der Landesgruppe in deren Sitzung, dass sich der Vorsitzende der Unionsfraktion nicht zu einem Nein zur Ratifizierung der Verträge habe bewegen lassen, allerdings werde er den Vorschlag der Stimmenthaltung aller Voraussicht nach aufgreifen.<sup>258</sup> Rainer Barzel begründete seine Haltung in der Rückschau folgendermaßen:

„Der Weg vom Ja zur Enthaltung war kürzer als der vom Nein zur Enthaltung. Er bewirkte, dass die Verträge nicht scheiterten.“<sup>259</sup>

In der Fraktionssitzung vor der zweiten Lesung der Verträge im Deutschen Bundestag betonte Barzel nochmals, dass es nun darum ginge, möglichst die Einheit der Union durch eine gemeinsame geschlossene Enthaltung zu wahren und die Geschlossenheit auch durch die Zustimmung zur gemeinsamen Entschließung zu verdeutlichen, wobei er dabei auch durch Wortbeiträge von Helmut Kohl sowie den beiden Altkanzlern

---

<sup>254</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 356/357

<sup>255</sup> Vgl. Hacke: Die Konzeption der parlamentarischen Opposition, S. 42

<sup>256</sup> Vgl. ACSP, LG-Sitzungen, 6. WP, darin: Protokoll der Sitzung der CSU-Landesgruppe vom 16. Mai 1972, S. 1; vgl. auch Grau: Gegen den Strom, 359

<sup>257</sup> ACSP, LG-Sitzungen, 6. WP, darin: Protokoll der Sitzung der CSU-Landesgruppe vom 16. Mai 1972, S. 4

<sup>258</sup> Vgl. ACSP, LG-Sitzungen, 6. WP, darin: Protokoll der Sitzung der CSU-Landesgruppe vom 17. Mai 1972, S. 1. Zur Entscheidungsfindung Barzels vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 359-360. Arnulf Baring spricht im Zusammenhang mit den Forderungen der CSU-Landesgruppe an Rainer Barzel von einem Ultimatum. Vgl. Baring: Machtwechsel, S. 534

<sup>259</sup> Barzel: Auf dem Drahtseil, S. 167/168

Kiesinger und Erhard unterstützt wurde.<sup>260</sup> Franz Josef Strauß schloss sich in der Frage der Enthaltung an, ohne jedoch deutliche Worte zu scheuen:

„Dieser Vorschlag ist von mir, jedenfalls diese Variante als eine mögliche Brücke der Einigung, ist von mir deshalb gemacht worden, weil ich zu der bitteren Erkenntnis gekommen bin, dass – aus welchen Gründen auch immer – die Fraktion sich nicht in der Lage sieht, bei dem Hauptstreitpunkt der deutschen Politik der letzten zweieinhalb Jahre so geschlossen zu sein, dass darüber der Regierung eine sichtbare Niederlage zugeführt wird. [...] So etwas darf sich nicht nicht [Wiederholung im Original] mehr wiederholen, sonst schlägt sich niemand mehr.“<sup>261</sup>

Dabei machte der CSU-Vorsitzende deutlich, dass die Enthaltung nur der Einheit der Fraktion diene, der einige Nein-Stimmen nicht schaden würden, während auch nur eine einzige Ja-Stimme dieser Einheit schaden könnte.<sup>262</sup> Zugleich gelte es die nächste sich bietende Gelegenheit zu nutzen, um die Einheit der Fraktion zu demonstrieren.<sup>263</sup> Christian Hacke führt die Tatsache, dass es Rainer Barzel nicht gelang, seinen kooperativen Kurs in der Frage der Ostverträge durchzusetzen, auf das grundsätzliche Nein der CSU zurück, womit er wohl richtig liegt.<sup>264</sup>

In der Debatte um die beiden Verträge mit der UdSSR und der Volksrepublik Polen erläuterte Kurt Georg Kiesinger die Position der Unionsfraktion und machte dabei deutlich, dass die Enthaltung dem Umstand Rechnung trage, dass die Union der gemeinsamen Entschließung eine sehr hohe Bedeutung zumesse.<sup>265</sup> Vor der Abstimmung im Plenum des Bundestags verwies Außenminister Walter Scheel für die Bundesregierung nochmals auf die große Bedeutung der Abstimmung, bei der der Streit zwischen den Parteien hintenanstehen sollte, und kritisierte gleichzeitig, dass eine Stimmenthaltung dieser bedeutenden Entscheidung nicht gerecht werden könnte.<sup>266</sup>

Das Ergebnis der beiden namentlichen Abstimmungen ist hinreichend bekannt: Der Moskauer Vertrag wurde bei 248 Ja, 10 Nein und 238 Enthaltungen angenommen, der

---

<sup>260</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 361/362. Vgl. auch Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 18

<sup>261</sup> ACDP, 08-001-1030/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 17. Mai 1972, S. 9

<sup>262</sup> Vgl. ACDP, 08-001-1030/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 17. Mai 1972, S. 9; vgl. auch Grau: Gegen den Strom, S. 363

<sup>263</sup> Vgl. ACDP, 08-001-1030/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 17. Mai 1972, S. 11

<sup>264</sup> Vgl. Hacke: Die deutschlandpolitische Konzeption von CDU und CSU in der Oppositionszeit, S. 43

<sup>265</sup> Vgl. Bundestag, Stenographische Berichte, vom 17. Mai 1972, S.10934. Andreas Grau merkt hierzu an, dass die Wahl von Kiesinger als Redner der Unionsfraktion eine Kompromisslösung zwischen CDU und CSU darstellte. Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 364/365

<sup>266</sup> Vgl. Bundestag, Stenographische Berichte, vom 17. Mai 1972, S. 10935/1936

Warschauer Vertrag mit einem Votum von 248 Ja, 17 Nein und 231 Enthaltungen.<sup>267</sup> Die gemeinsame EntschlieÙung wurde mit nur fünf Gegenstimmen vom Bundestag angenommen.<sup>268</sup> Die Länderkammer passierten die Verträge am 19. Mai bei Enthaltung der unionsgeführten Länder, während die gemeinsame EntschlieÙung vom Bundesrat einstimmig verabschiedet wurde.<sup>269</sup>

Das Urteil der Christ-Sozialen zu der Enthaltung fiel durchweg negativ aus. So spricht Franz Josef Strauß unter anderem in seinen Erinnerungen von einem Umfallen der CDU in ihrer Haltung zu den Ostverträgen.<sup>270</sup> Zudem machte die gemeinsam von allen im Bundestag vertretenden Fraktionen gefasste gemeinsame EntschlieÙung zu den Verträgen eine Klage gegen die Ostverträge vor dem Bundesverfassungsgericht praktisch unmöglich. Zu diesem Ergebnis kam die Bayerische Staatsregierung in der Sitzung des Ministerrates bereits am 16. Mai 1972, einen Tag vor der entscheidenden Abstimmung im Bundestag.<sup>271</sup> Werner Schneider kommt daher zu Recht zu dem Urteil, dass durch die Stimmenthaltung der Union diese ihre moralische Möglichkeit für eine Anrufung des Bundesverfassungsgerichts verloren hatte.<sup>272</sup> Der Weg nach Karlsruhe war der Union sowie der Bayerischen Staatsregierung damit in dieser Frage verschlossen.

Die wankende, lavierende Haltung der CDU in der Frage der Ostverträge, die schließlich zu der Stimmenthaltung der Unionsfraktion führte, war sicherlich einer der Gründe für den Misserfolg von CDU und CSU bei der Bundestagswahl am 19. November 1972, da diese vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht zu vermitteln war.<sup>273</sup> In diesem Kontext ist auch das Fazit einer Wahlanalyse von Hans Graf Huyn für den CSU-Landesvorstand zu sehen, welches zu dem Schluss kommt, „[...] dass die Wahl des November [1972] bereits am 17. Mai 1972 verloren gegangen war.“<sup>274</sup>

---

<sup>267</sup> Vgl. ebenda, S. 10939 und 10941. Vgl. dazu auch Winkler: Der lange Weg II, S. 300 sowie Grau: Gegen den Strom, S. 365. Unter den Nein-Stimmen waren jeweils bei beiden Verträgen die CSU-Abgeordneten Becher, Freiherr von und zu Guttenberg, Jaeger, Wittmann und Zoglmann. Vgl. Bundestag: Stenographische Berichte, vom 17. Mai 1972, S. 10940 und 10942.

<sup>268</sup> Vgl. Bundestag: Stenographische Berichte, vom 17. Mai 1972, S. 10943

<sup>269</sup> Vgl. Bundesrat: Stenographische Berichte, vom 19. Mai 1972, 566; vgl. auch Grau: Gegen den Strom, S. 366

<sup>270</sup> Vgl. Strauß: Erinnerungen, S. 443/444

<sup>271</sup> Vgl. BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 86, darin: Niederschrift über die Sitzung des Ministerrates vom Dienstag, 16. Mai 1972, S. 9

<sup>272</sup> Vgl. Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 19

<sup>273</sup> Vgl. Huber: Bundestagswahlkämpfe, S. 47/48; vgl. auch Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 19

<sup>274</sup> Wahlanalyse von Hans Graf Huyn für den CSU-Landesvorstand im ACSP, zitiert nach Werner Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 19. Bereits vor der Bundestagswahl 1972 kam der Arbeitskreis Deutschland- und Ostpolitik der CSU zu dem Ergebnis, dass das Abstimmungsverhalten

In gewisser Weise kann der Kurs Rainer Barzels in der Frage einer Normenkontrollklage gegen die Verträge vor dem Bundesverfassungsgericht eine der Ursachen für dessen späteren Sturz als Vorsitzender der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag gesehen werden. Mit Blick auf die Deutschlandpolitik, die in das Geflecht der Ostpolitik eingebettet war, ist festzustellen, dass die Union, insbesondere die CDU mit einem schlingernden Kurs kein gutes Bild abgegeben hatte. Aus Sicht der CSU war es nicht gelungen, die eigene Position mit einem klaren Nein der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu den Verträgen durchzusetzen, wenngleich sie mit der Stimmenthaltung zumindest einen Teilerfolg verbuchen konnte.

## 2.3 Der Grundlagenvertrag

### *2.3.1 Die Verhandlungen zum Grundlagenvertrag*

Nach dem Abschluss und der Ratifizierung der Verträge mit Moskau und Warschau ging die Bundesrepublik noch im Sommer 1972 daran, Verhandlungen über ein Abkommen mit der DDR zu eröffnen. Vorangegangen war diesen Gesprächen das Verkehrsabkommens zwischen der Bundesrepublik und der DDR, welches im Mai abgeschlossen wurde, wobei dessen Bedeutung sich vor allem daraus ableitet, dass es sich dabei um das erste völkerrechtliche Abkommen beider deutschen Staaten handelte.<sup>275</sup> Gewissermaßen den Epilog zu den konkreten Vertragsgesprächen mit dem zweiten deutschen Staat bildete die Reise von Bundeskanzler Brandt in die DDR, bei der er mit dem DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph im März 1970 in Erfurt zusammentraf.<sup>276</sup>

Die Führung der Gespräche zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem SED-Regime wurden per Beschluss des Bundeskabinetts an Egon Bahr am 9. August 1972 übertragen. Den dabei gesetzten Verhandlungszielen der Bonner Regierung, der Betonung und Festschreibung der besonderen Qualität der deutsch-deutschen Beziehungen, dem Erreichen von menschlichen Erleichterungen für die Menschen in der DDR sowie der Anerkennung der Bindungen Westberlins an die Bundesrepublik standen die Ziele der uneingeschränkten völkerrechtlichen Anerkennung der DDR und

---

Vertrauen bei den Wählern gekostet habe. Vgl. BayHStA, NL Alfred Seidl, Nr. 198, darin: Einladung zur Vorstandssitzung des Arbeitskreises Deutschland- und Ostpolitik am 2.9.1972, vom 18.8.1972

<sup>275</sup> Vgl. Bierling: Außenpolitik, S. 190. Eine detaillierte Darstellung hierzu findet sich bei Zürrdorf: Ostverträge, S. 202-210.

<sup>276</sup> Vgl. Buchheim: Deutschlandpolitik, S. 163; vgl. auch Hacker: Grundlagenvertrag, S. 419. Ein Gegenbesuch Stophs in der Bundesrepublik fand im Mai 1970 statt, wo er in Kassel mit Bundeskanzler Brandt zusammentraf. Vgl. Bierling: Außenpolitik, S. 179



die Beendigung der Blockade der Außenbeziehungen durch die Aufnahme in die UNO sowie die Anerkennung durch andere Staaten von ostdeutscher Seite gegenüber.<sup>277</sup>

Nach dem Verhandlungsbeginn im August 1972 machten die Gespräche äußerst schnelle Fortschritte und konnten so bereits am 6. November abgeschlossen werden. Am folgenden Tag erfolgte die Zustimmung der Bundesregierung, so dass der „Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“<sup>278</sup>, wie der Grundlagenvertrag in der offiziellen Lesart bezeichnet wurde, am 8. November 1972, kurz vor der Bundestagswahl, von den beiden Staatssekretären Egon Bahr und Michael Kohl unterzeichnet und sofort veröffentlicht werden konnte.<sup>279</sup> Gerade an dieser Paraphierung kurz vor dem Termin der Bundestagswahlen übten die beiden Unionsparteien heftige Kritik.<sup>280</sup> Ministerpräsident Goppel berichtete bereits in der Sitzung des bayerischen Kabinetts am 7. November, dass er bei seinem Antrittsbesuch als Bundesratspräsident bei Bundespräsident Gustav Heinemann von Bundesminister Egon Franke über die Punkte des Grundlagenvertrages unterrichtet worden sei, wobei hierbei die Unterlagen zu dem Vertrag nicht vorgelegt worden seien.<sup>281</sup> Zweifellos kann dieser Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR als das zentrale Dokument der Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition gesehen werden.<sup>282</sup>

Zur Frage, welche Seite wegen des großen Zeitdrucks größere Zugeständnisse machte, gibt es unterschiedliche Standpunkte. Dabei spielten mit Sicherheit die anstehenden Neuwahlen zum Deutschen Bundestag eine erhebliche Rolle und brachten einen entsprechenden Erfolgsdruck in die Gespräche, weshalb Bahr versuchte, über den sowjetischen Staatschef Leonid Breschnew auf die DDR einzuwirken, um das Ergebnis der Verhandlungen noch vor dem Wahltag präsentieren zu können.<sup>283</sup> Werner Schneider ist in diesem Zusammenhang Recht zu geben, wenn er von einer erheblichen

---

<sup>277</sup> Vgl. Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 20; vgl. auch Zürndorf: Ostverträge, S. 211

<sup>278</sup> Der Vertragstext findet sich in der Dokumentation von Jüttner / Blumenwitz / Loewenstern, (Hgg.): Die Deutsche Frage, Dokument Nr. 4 S. 74/5. Zum Inhalt des Vertrages vgl. Hacker: Grundlagenvertrag, S. 420-428

<sup>279</sup> Vgl. Winkler. Der lange Weg, S. 307/308; vgl. auch Bierling: Außenpolitik, S. 191

<sup>280</sup> Vgl. Kaßnitz: Grundpositionen in der Strategie und in der parlamentarischen Auseinandersetzung, S. 296

<sup>281</sup> Vgl. BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 88, darin: Niederschrift über die Sitzung des Ministerrats vom 7. November 1972, Nr. 79, S. 5

<sup>282</sup> Mayer / Haarmann: Die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik, S. 61

<sup>283</sup> Vgl. Bierling: Außenpolitik, S. 191

Schützenhilfe der Sowjetunion und der DDR für die im Wahlkampf befindliche sozial-liberale Bundesregierung spricht.<sup>284</sup>

### *2.3.2 Die Befassung des Bundestages und Bundesrates mit dem Grundlagenvertrag*

Die Bundestagswahlen am 19. November 1972 erbrachten, wie bereits dargestellt, einen großen Erfolg für die Koalition aus SPD und FDP. Erstmals stellten die Sozialdemokraten die stärkste Fraktion im Bundestag.<sup>285</sup> Diese Neuwahl kam dabei einer eindeutigen Klärung der politischen Kräfteverhältnisse in der Folge des gescheiterten Misstrauensvotums und der unklaren Mehrheitsverhältnisse gleich.<sup>286</sup> Die CSU erreichte trotz alledem mit 55,1 Prozent der Stimmen in Bayern ein respektables Ergebnis.<sup>287</sup>

In der Folge dieses Wahlsieges ging die Regierung Brandt umgehend nach der Unterzeichnung in Ost-Berlin am 21. Dezember 1972 an die Ratifizierung.<sup>288</sup> Die Union war dabei, wie Peter Siebenmorgen es treffend formuliert, in die So-Nicht-Falle getreten, hatte sie doch das zentrale Element der Brandtschen Politik im Wahlkampf weder richtig bekämpfen noch tatsächlich gutheißen können.<sup>289</sup> Der Kompromiss des Sommers war als Bumerang zurückgekommen.

Der Bundesrat befasste sich am 2. Februar 1973 in erster Lesung mit dem deutsch-deutschen Vertragswerk.<sup>290</sup> In der Vorberatung des Ausschusses für Innerdeutsche Beziehungen und des Rechtsausschusses der Länderkammer erfolgte jeweils ein Beschluss mit sechs zu fünf Stimmen, keine Einwände gegen den Grundlagenvertrag zu erheben, da hier, aufgrund der Sitzverteilung, die SPD- und FDP-regierten Länder eine Mehrheit hatten.<sup>291</sup> Das Bayerische Kabinett hatte sich bereits im Vorfeld in seiner Sitzung vom 9. Januar 1973 darauf geeinigt, nach Möglichkeit ein gemeinsames Abstimmungsverhalten mit den CDU-regierten Länder zu erreichen. Sollte diese Einigung nicht erzielt werden können, würde man in der ersten Lesung sich auch einer Entschließung anschließen, die die Bedenken gegen den Grundvertrag verdeutlichen

---

<sup>284</sup> Vgl. Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 20/21

<sup>285</sup> Vgl. Becker: In demokratischer Freiheit, S. 104

<sup>286</sup> Vgl. Kaßnitz: Grundpositionen in der Strategie und in der parlamentarischen Auseinandersetzung, S. 427

<sup>287</sup> Vgl. Zorn: Bayerns Geschichte, S. 51

<sup>288</sup> Vgl. Winkler: Der lange Weg, S. 311; vgl. auch Zündorf: Ostverträge, S. 218

<sup>289</sup> Vgl. Siebenmorgen: Franz Josef Strauß, S. 490

<sup>290</sup> Vgl. Bundesrat: Stenographische Berichte, vom 2. Februar 1973, S. 2-18

<sup>291</sup> Vgl. ebenda, S. 3 und 5; vgl. auch Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 22; vgl. ebenso BayHStA, Bevollmächtigter des Freistaates Bayern beim Bund – Dienststelle Bonn, Nr. 28, darin: Entwurf Schreibens von Staatsminister Dr. Heubl an Ministerpräsident Goppel vom 25 Januar 1973, S. 5

würde.<sup>292</sup> In diesem Zusammenhang erscheint es bemerkenswert, dass der Ausschuss für Rechtsfragen des Bundesrates einstimmig zu der Entscheidung kam, dass es sich bei dem vorliegenden Vertrag nicht um einen zustimmungspflichtigen Vertrag handle, was die gegensätzliche Meinung der Bayerischen Staatsregierung und der CSU-Landtagsfraktion in dieser Frage verdeutlicht.<sup>293</sup>

Für die Bundesregierung erläuterte der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, in Vertretung des erkrankten Außenministers Scheel die Position der Regierungskoalition. So habe der Grundlagenvertrag mit der DDR das Ziel, die Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu normalisieren, den Gewaltverzicht zwischen beiden zu fixieren und zugleich menschliche Erleichterungen für die Menschen in der DDR zu erreichen, wobei es aus Sicht der Bundesregierung keine Alternative zu diesem Vertrag gebe.<sup>294</sup> In der ersten Plenumsdebatte der Länderkammer begründete der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Helmut Kohl den gemeinsamen Antrag der CDU/CSU-regierten Länder, den Grundlagenvertrag abzulehnen.<sup>295</sup> Mit der Mehrheit dieser Länder erfolgte die entsprechende Ablehnung des Grundvertrages durch den Bundesrat am 2. Februar 1973.<sup>296</sup>

Bereits bei der ersten Lesung in der Länderkammer wurde deutlich, dass die unionsgeführten Länder nicht alle ihnen verfassungsmäßig möglichen Wege nutzen würden, um den Grundlagenvertrag zu Fall zu bringen, und wie umstritten ein juristisches Vorgehen gegen den Vertrag vor dem Bundesverfassungsgericht war.<sup>297</sup> In der zweiten Lesung am 25. Mai 1973 ließ die Länderkammer den Grundlagenvertrag schließlich ohne weitere Einwendungen passieren. Zwar stellte der Bayerische Ministerpräsident Alfons Goppel den Antrag, den Vermittlungsausschuss anzurufen,

---

<sup>292</sup> Vgl. BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 89, Sitzung vom 9. Januar 1973, Nr. 86, S. 7

<sup>293</sup> Vgl. Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 22. Gemäß dem Grundgesetz bedürfen Gesetze dann einer Zustimmung des Bundesrates, wenn es sich um ein verfassungsänderndes Gesetz handelt, ein Gesetz die Finanzen der Länder beeinflussen kann oder ein Gesetz in die Verwaltungshoheit der Länder eingreift. Vgl. Ziller / Oschatz: Der Bundesrat, S. 36/37. Während der Bundsratsausschuss zu dem Ergebnis kam, dass der Vertrag unter keiner Zustimmung bedürfe, war beispielsweise Alfred Seidl als Vertreter der CSU-Landtagsfraktion der Auffassung, dass der Grundlagenvertrag aufgrund der Betroffenheit der Länder der Zustimmung des Bundesrats bedürfe. Vgl. Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 22

<sup>294</sup> Vgl. Bundesrat: Stenographische Berichte, vom 2. Februar 1973, S. 5-7

<sup>295</sup> Vgl. ebenda, S. 7-11; vgl. auch BayHStA, Bevollmächtigter Bayerns beim Bund, Nr. 139, darin: Antrag der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein vom 31. Januar 1973

<sup>296</sup> Vgl. ebenda, S. 18

<sup>297</sup> Vgl. Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 22; vgl. auch Blumenwitz: Grundvertrag und Verfassungsklage, S. 151

doch blieb dieses Ansinnen erfolglos.<sup>298</sup> Mit Ausnahme Bayerns enthielten sich die unionsgeführten Länder der Stimme, so dass der Grundlagenvertrag die Zustimmung des Bundesrates erreichte.<sup>299</sup>

In seiner Bundestagsrede vom 24. Januar 1973 betonte Franz Josef Strauß seine Auffassung, dass der Grundlagenvertrag gegen das im Grundgesetz festgeschriebene Wiedervereinigungsgebot verstoße.<sup>300</sup>

Die abschließende Aussprache über die Ratifizierung des Grundlagenvertrages fand vom 9. bis 11. Mai 1973 im Plenum des Bundestages statt.<sup>301</sup> Als erster Redner der Unionsfraktion trat dabei der CSU-Vorsitzende Strauß ans Rednerpult. Dabei ging er zunächst in einem Rückblick auf die bereits geschlossenen Verträge mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen ein; hierbei unterstrich Strauß, dass sich die Union diese Verträge in der Auslegung gemäß der gemeinsamen EntschlieÙung vom 17. Mai des Vorjahres anerkenne und als völkerrechtsverbindlich ansehe.<sup>302</sup> Zugleich prangerte der CSU-Vorsitzende den von Seiten der Bundesregierung selbstaufgelegten Zeitdruck an, mit dem die Verhandlungen geführt worden seien, zudem wären einige der Formulierungen nicht eindeutig und lieÙen zu viel Raum für Interpretationen.<sup>303</sup> In seinen Ausführungen machte Strauß auch deutlich, dass die Union einen Vertrag nicht kategorisch ablehnen würde. Hierfür erläuterte er folgende Voraussetzungen:

„1. Andere Verhandlungsmethode und Verhandlungen ohne Zeitdruck. Die Tatsache, dass die andere Seite wusste, wann abgeschlossen sein muss, hat ihr von vornherein den längeren Hebel zugespielt.

2. Textliche Formulierungen, die nicht aus dem Instrumentarium kommunistischer Strategie stammen und auch keine gegensätzlichen Doppelauslegungen erlauben dürfen.

3. Leistungen und Gegenleistung nach Maßstäben der politischen Vernunft, und zwar bewertet in einem angemessenen Verhältnis des Gleichgewichts.

---

<sup>298</sup> Vgl. Bundesrat: Stenographische Berichte, vom 25. Mai 1973, S. 168; vgl. auch Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 24

<sup>299</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 492; vgl. auch Bundesrat: Stenographische Berichte, vom 2. Februar 1973, S. 18

<sup>300</sup> Vgl. Bundestag, Stenographische Berichte, vom 23. Januar 1973, S. 170

<sup>301</sup> Vgl. zur Aussprache auch Grau: Gegen den Strom, S. 486 ff.

<sup>302</sup> Vgl. Bundestag: Stenographische Berichte, vom 9. Mai 1973, S. 1447

<sup>303</sup> Vgl. ebenda, S. 1449/1450; vgl. auch Grau: Gegen den Strom, S. 487

4. Die Tatsache des Offenbleibens der deutschen Frage und all der Dinge, die damit zusammenhängen, im Vertrag und nicht über die windige und lausige Hintertüre einer Feststellung, dass Rechte und Pflichten der Vier Mächte nicht berührt werden.“<sup>304</sup>

Bundeskanzler Brandt erwiderte, dass die Aussagen von Strauß auf Vermutungen beruhen würden, während die Bundesregierung sich auf Erfahrungen berufe. Brandt lasse sich daher nicht davon abbringen, deutsche Interessen in einer veränderten weltpolitischen Lage zu vertreten.<sup>305</sup> Am Ende der Debatte stand am 11. Mai 1973 die Abstimmung über die Ratifikation des Grundlagenvertrages an. Aufgrund der deutlich vergrößerten Mehrheit nach der Wahl im November des Vorjahres konnte sich die Bundesregierung einer Zustimmung des Parlaments sicher sein. Entsprechend deutlich stimmte der Bundestag dem Vertrag mit der DDR mit 268 zu 217 Stimmen zu.<sup>306</sup>

Damit hatte der Vertrag die parlamentarischen Hürden genommen und war nur noch auf dem juristischen Weg aufzuhalten.

### *2.3.3 Die Frage nach der möglichen Verfassungsklage in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CSU-Landesgruppe*

Mit der Befassung des Grundlagenvertrages kam auch die Frage nach einer möglichen Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht in die innerfraktionelle und innerparteiliche Diskussion. Nachdem sowohl der Bundestag als auch der Bundesrat das Ratifizierungsgesetz zum Grundlagenvertrag im Mai 1973 hatten passieren lassen, gab es lediglich die Möglichkeit, die Ratifizierung noch durch eine Klage vor dem höchsten bundesrepublikanischen Gericht zu stoppen, wobei die einschlägigen Bestimmungen des Artikel 93 des Grundgesetzes erfüllt werden müssten.<sup>307</sup>

Die Unionsfraktion hatte bereits im Februar eine Untergruppe „Rechtsfragen“ der Kommission „Grundvertrag“ unter der Leitung des ehemaligen Bundesjustizministers, dem CSU-Politiker Richard Jaeger, gebildet, die sich mit großer Mehrheit für eine Klage gegen den Grundlagenvertrag aussprachen, auch auf die Gefahr hin, mit dieser zu scheitern.<sup>308</sup> Ähnlich deutlich votierte auch der Arbeitskreis V der CDU/CSU-

---

<sup>304</sup> Bundestag: Stenographische Berichte, vom 9. Mai 1973, S. 1451/1452

<sup>305</sup> Vgl. ebenda, S. 1459

<sup>306</sup> Vgl. ebenda, S. 1651-1653. Vier Mitglieder der Unionsfraktion stimmten für den Grundlagenvertrag. Vgl. dazu Grau: Gegen den Strom, S. 490/491; vgl. auch Kiep: Was bleibt ist große Zuversicht, S. 94-97. Ebenso Winkler: Der lange Weg, S. 313

<sup>307</sup> Vgl. Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 24

<sup>308</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 442/443. Das Ergebnis wird auch von dem Bericht über das Ergebnis der Unterkommission „Rechtsfrage“ der Grundvertragskommission der CDU/CSU-Fraktion über die

Bundestagsfraktion, der sich ebenfalls im Februar 1973 für eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht aussprach.<sup>309</sup> Dabei kam die Untergruppe für Rechtsfragen zu dem Schluss,

„[...] dass es sich beim Grundvertrag um einen auf Dauer angelegten völkerrechtlichen Vertrag handle, dem kein Modus-vivendi-Charakter zukäme. Mehrheitlich stellte die Kommission einen evidenten Verstoß gegen das Wiedervereinigungsgebot in der Präambel des Grundgesetzes fest, der Vertrag beinhalte die stillschweigende völkerrechtliche Anerkennung der DDR und schließe die Wiedervereinigung in freier Selbstbestimmung faktisch aus; ebenso schrieb man dem Vertrag Verstöße gegen Art. 23 GG [...] und 116 GG [...] zu.“<sup>310</sup>

Die CSU-Landesgruppe befasste sich erstmals am 13. Februar 1973 mit der Frage einer möglichen Normenkontrollklage gegen den Grundlagenvertrag. Eingangs berichtete dabei Landesgruppenvorsitzender Stücklen, dass sich der Fraktionsvorstand mit 21 zu 13 Stimmen bei zwei Enthaltungen gegen eine Verfassungsklage ausgesprochen habe.<sup>311</sup> Jaeger verwies nochmals auf die Ergebnisse der Unterkommission Rechtsfragen, die sich für die Klage ausgesprochen habe, und betonte nochmals, dass es auch eine Frage der Glaubwürdigkeit der Union sei.<sup>312</sup> Franz Josef Strauß sprach sich in der Sitzung ebenso für eine Klage vor dem Verfassungsgericht aus, betonte dabei jedoch, dass dafür eine politische und keine juristische Begründung notwendig sei.<sup>313</sup> Bei der anschließenden Abstimmung stimmten 44 der 48 Mitglieder bei drei Gegenstimmen und einer Enthaltung für eine Klage vor dem Verfassungsgericht.<sup>314</sup> Das Ergebnis machte zweierlei deutlich: Zum einen sprach sich zwar eine große Mehrheit der CSU-Bundespolitiker für die Klage gegen den Vertrag mit der DDR aus, zum anderen zeigten die Gegenstimmen zugleich, dass der Gang vor

---

Verfassungsmäßigkeit des Grundvertrages bestätigt. Vgl. BayHStA, StK 16739, darin: Bericht über das Ergebnis der Unterkommission „Rechtsfragen“, S. 10

<sup>309</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 443

<sup>310</sup> Zitiert nach Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 22/23 nach einem Bericht der Untergruppe für Rechtsfragen des Grundvertrages (Masch. Manuskript, ACSP); vgl. ACDP, 08-001-1031/2 Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 13. Februar 1973, S.12/13

<sup>311</sup> Vgl. ACSP, LG-Sitzungen, 7. WP, darin: Protokoll der Sitzung der CSU-Landesgruppe vom 13. Februar 1973, S. 1

<sup>312</sup> Vgl. ebenda, S. 1

<sup>313</sup> Vgl. ACSP, LG-Sitzungen, 7. WP, darin: Protokoll der Sitzung der CSU-Landesgruppe vom 13. Februar 1973, S. 3

<sup>314</sup> Vgl. ebenda, S. 4. Die Abgeordneten Höcherl, Schmidhuber und Schulze-Vorberg stimmten gegen eine Klage, der Abgeordnete Biehle enthielt sich der Stimme. Vgl. ebenda, S. 4

das Bundesverfassungsgericht innerhalb der bayerischen Unionspartei keineswegs unumstritten war.<sup>315</sup>

Die abschließende Entscheidung darüber, ob durch die Unionsfraktion eine Normenkontrollklage gegen den Grundlagenvertrag anstrengt werden sollte oder nicht, lag bei der Gesamtfraktion. Deren Plenum tagte ebenfalls am 13. Februar 1973. Einleitend fasste der Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel nochmals die unterschiedlichen Positionen zusammen und verwies auf die gegensätzlichen Standpunkte der einzelnen Gremien. So habe sich der Bundesparteiausschuss gegen eine Klage ausgesprochen, während der Arbeitskreis V diese befürworten würde, er selbst lehne die Klage ab.<sup>316</sup> In dieser Diskussion äußerte auch der CSU-Vorsitzende Strauß seine Sicht der Dinge. Danach machte er deutlich, dass es nach dem 17. Mai des Vorjahres eine Frage der Glaubwürdigkeit der Fraktion sei, ob sie für ihre Grundsätze eintrete oder nicht.<sup>317</sup> Seine Ausführungen schloss Strauß nochmals mit einem deutlichen Aufruf für die Normenkontrollklage und einem Signal der Geschlossenheit der CSU-Landesgruppe:

„[...] wenn Sie meine Meinung fragen und damit die Meinung der CSU, wenn Sie es zur Diskussion stellen in der CDU, dann gibt es nur von Seiten der CSU eine einzige Antwort: Wir sind geschlossen für den Gang nach Karlsruhe.“<sup>318</sup>

Die anschließende Entscheidung über die mögliche Klage vor dem Verfassungsgericht fiel dann mit 102 zu 83 abgegebenen Stimmen bei zwei Enthaltungen gegen den von Strauß und den CSU-Parlamentariern geforderten Gang nach Karlsruhe aus.<sup>319</sup> In seinen Erinnerungen spricht Strauß diesbezüglich von einer knappen Mehrheit in der Unionsfraktion, die sich gegen die Klage ausgesprochen habe, obwohl die Fraktion das notwendige Quorum für eine Verfassungsklage im Bundestag gehabt hätte.<sup>320</sup> Strauß hatte sich schon vor der Entscheidung der Fraktion, als sich das Nein zu einer Anrufung von Karlsruhe abzeichnete, mit dem Gedanken angefreundet, gegebenenfalls die Bayerische Staatsregierung zu diesem Schritt zu bewegen.<sup>321</sup> Rückblickend auf das

---

<sup>315</sup> Vgl. Blumenwitz: Der Beitrag der CSU zur staatlichen Einheit Deutschlands, S. 55

<sup>316</sup> Vgl. ACDP, 08-001-1031/2 Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 13. Februar 1973, S. 2-4; vgl. auch Grau: Gegen den Strom, S. 444/445

<sup>317</sup> Vgl. ACDP, 08-001-1028/2 Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 13. Februar 1973, S. 77

<sup>318</sup> ebenda, S. 79

<sup>319</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 450; vgl. auch ACSP, NL Strauß Büro Bonn, Nr. 128/3609, darin: Schreiben von Landesgruppenvorsitzenden Stücklen an den CSU-Landesvorsitzenden Strauß vom 23. März 1973, S. 1

<sup>320</sup> Vgl. Strauß: Erinnerungen, S. 450

<sup>321</sup> Vgl. Voss: Den Kanzler im Visier, S. 79

Verhalten der CDU in der Frage der Normenkontrollklage bemerkte Ministerpräsident Goppel, die CDU hätte die CSU hierbei im Stich gelassen.<sup>322</sup>

Nach dieser Abstimmung innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war klar, dass die Klage nach Artikel 93 des Grundgesetzes nicht von der Bundestagsfraktion der Union eingebracht werden würde. Damit sah sich die CSU-Landesgruppe und Strauß vor dem Problem des fehlenden Quorums, da für die Anrufung mindestens ein Drittel der Mitglieder des Deutschen Bundestages sich dafür aussprechen müsste, was die Landesgruppe mit 48 Abgeordneten nicht erreichte.<sup>323</sup>

Die CSU-Landesgruppe widmete sich dieser Problematik nochmals in ihrer Sitzung am 21. März 1973 und kam dabei abschließend erneut zu dem Ergebnis, dass auch nach der Abstimmung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegen eine Verfassungsklage die Landesgruppe dennoch an einer Normenkontrollklage mehrheitlich festhalten wolle.<sup>324</sup>

Zwei Tage nach dieser Sitzung richtete der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe Richard Stücklen nochmals ein Schreiben an Strauß, in dem er die Frage des Ganges nach Karlsruhe erneut aufgriff. Dabei fasste er die bisherigen Aktivitäten der Landesgruppe in der Angelegenheit zusammen und schloss sein Schreiben mit folgender Bitte an den CSU-Vorsitzenden:

„Die CSU-Landesgruppe hat damit alle parlamentarischen Möglichkeiten, gegen den Grundvertrag vorzugehen, ausgeschöpft.

Das einzige Organ, das wegen des Grundvertrages das Verfassungsgericht anrufen und auf das von der CSU aus Einfluss genommen werden kann, ist nunmehr die Bayerische Staatsregierung.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dafür sorgen könnten, dass der genannte Beschluss der CSU-Landesgruppe bei der Meinungsbildung im Landesvorstand der CSU berücksichtigt wird.“<sup>325</sup>

Damit waren die Mittel der Bonner Parlamentarier in der Frage der Anstrengung einer Verfassungsklage erschöpft. Der letzte noch mögliche Weg für einen Gang nach Karlsruhe in der Angelegenheit des Grundlagenvertrages musste über die Bayerische Staatsregierung in München gehen.

---

<sup>322</sup> Vgl. Friemberger / Kramer: Rückblicke, S. 133

<sup>323</sup> Vgl. Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 24

<sup>324</sup> Vgl. ACSP, LG-Sitzungen, 7. WP, darin: Protokoll der Sitzung der CSU-Landesgruppe vom 21. März 1973, S. 4

<sup>325</sup> ACSP, NL Strauß Büro Bonn, Nr. 128/3609, darin: Schreiben von CSU-Landesgruppenvorsitzenden Stücklen an den CSU-Landesvorsitzenden Strauß vom 23. März 1973, S. 2



#### 2.3.4 Die Diskussion der Verfassungsklage im Landesvorstand der CSU<sup>326</sup>

Neben der Befassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CSU-Landesgruppe diskutierte auch der Parteivorstand der CSU mehrfach seit Beginn des Jahres 1973 die Frage, ob man das Bundesverfassungsgericht wegen des Grundlagenvertrages mit der DDR anrufen solle. Strauß selbst hatte sich seit den Januartagen des Jahres 1973 mit der Frage beschäftigt.<sup>327</sup> In insgesamt vier Sitzungen befasste sich der Landesvorstand zwischen dem 12. März und dem 21. Mai 1973 mit dieser Angelegenheit.<sup>328</sup> Zuvor hatte Strauß bereits bei der Sitzung des Parteivorstandes am 20. November 1972, einen Tag nach der verlorenen Bundestagswahl, in seiner Wahlanalyse bezüglich des deutsch-deutschen Abkommens eines deutlich gemacht:

„Mit dem Grundvertrag darf es auf keinen Fall gehen wie mit den Ostverträgen. Eine Stimmenthaltung kommt nicht in Frage.“<sup>329</sup>

Hierbei verdeutlichte der Parteivorsitzende, dass die lavierende Position der CDU und des Fraktionsvorsitzenden Barzel in der Frage der Ostverträge und des Grundvertrages mit für das Wahlergebnis verantwortlich gewesen seien.<sup>330</sup>

Erstmals direkt auf der Tagesordnung stand die Frage der Haltung der CSU zu einer Anrufung des Bundesverfassungsgerichts in der Sitzung des Landesvorstandes am 12. März 1973, worauf bereits in der Einladung hingewiesen wurde.<sup>331</sup> Nachdem Strauß dabei das Ergebnis der Fraktionssitzung in Bonn berichtet und das Votum der CSU-Landesgruppe dargelegt hatte, die sich mit 45 zu 3 Stimmen für die Anrufung des Verfassungsgerichts ausgesprochen hatte, unterstützte ihn der Fraktionsvorsitzende der CSU im Bayerischen Landtag, Alfred Seidl, in der Forderung nach einer Normenkontrollklage gegen den Grundlagenvertrag. Dabei führte Seidl aus, dass die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts in der Angelegenheit des Grundlagenvertrages auch eine Frage der Glaubwürdigkeit der CSU darstelle, habe doch die Wahlniederlage bei der zurückliegenden Bundestagswahl ihre Hauptursache in

---

<sup>326</sup> In diesem Abschnitt wird sich im Wesentlichen auf die Arbeit von Werner Schneider bezogen, der für seine Diplomarbeit Einsicht in die Protokolle der Sitzungen des CSU-Landesvorstandes im Archiv für Christlich-Soziale Politik hatte. Vgl. Kapitel 1.4

<sup>327</sup> Vgl. Voss: den Kanzler im Visier, S. 78

<sup>328</sup> Vgl. Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 25; vgl. auch BayHStA, StK 12293, darin: Die Einladungen zu den Sitzungen des Landesvorstandes der CSU am 12. März, 2. April und 21. Mai 1973. Werner Schneider weist in seiner Arbeit daraufhin, dass Strauß in seinen Erinnerungen nur von drei Sitzungen vor der Entscheidung zur Klage durch die Staatsregierung berichtet. Vgl. Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 25; vgl. auch Strauß: Erinnerungen, S. 450

<sup>329</sup> Zitiert nach Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 25/26, hier: Verweis auf das Protokoll der Sitzung des CSU-Landesvorstandes vom 20. November 1972.

<sup>330</sup> Vgl. ebenda, S. 25

<sup>331</sup> Vgl. BayHStA, StK 12293, darin: Einladung zur Landesvorstandssitzung am 12. März 1973, vom 8. März 1973

der lavierenden Haltung der Unionsfraktion bei der Abstimmung über die Ostverträge gehabt.<sup>332</sup>

Seidl, der sich bereits bezüglich der Ostverträge mit der Möglichkeit von deren verfassungsrechtlichen Überprüfung befasst hatte, kann wohl als einer der stärksten Unterstützer der Landtags-CSU in der Frage der Klage gegen den Grundlagenvertrag gesehen werden.<sup>333</sup> Mit äußerst mehr Vorsicht bezog der bayerische Innenminister Bruno Merk Position zu der Angelegenheit. So habe sich, laut Merk, die Mehrheit der Bundestagsfraktion schon gegen die Klage ausgesprochen, zudem würde die bayerische Regierung durch eine Klage in das Licht gerückt, Opposition um jeden Preis betreiben zu wollen, so dass er – bei einem höheren Prozessrisiko von über 50 Prozent und wenn kein anderes Land sich der Klage anschließe – von einem Gang nach Karlsruhe abraten würde.<sup>334</sup> Damit hatten sich, wie Werner Schneider feststellt, die beiden Fronten innerhalb des Landesvorstandes formiert: Auf der einen Seite die sich für eine Klage aussprechenden Parlamentarier, auf der anderen die sich vorsichtig zurückhaltenden Mitglieder der Staatsregierung, die jedoch im Falle einer Klage auch das Prozessrisiko und die mögliche Niederlage hätten tragen müssen.<sup>335</sup> Ministerpräsident Goppel hatte nicht an der Sitzung teilgenommen, da er sich im Urlaub befand, was einer der Gründe war, weshalb Strauß von einem formellen Beschluss abgesehen hatte.<sup>336</sup>

Bereits in der nachfolgenden Sitzung des Landesvorstandes eine Woche später, am 19. März 1973 formulierte Strauß sein Ziel, welches er mit einer Klage gegen den Vertrag erreichen wollte. So sollte nach seiner Ansicht das Normenkontrollverfahren genutzt werden, die Bundesregierung zu einer Interpretation und einer Fortentwicklung der Verträge im Sinne der Gemeinsamen Erklärung vom 17. Mai des Vorjahres zu

---

<sup>332</sup> Vgl. Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 26, hier: Verweis auf das Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes vom 12. März 1973. Seidl hatte sich bereits im Zusammenhang mit dem Moskauer und dem Warschauer Vertrag für eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht bei Ministerpräsident Goppel eingesetzt. Vgl. BayHStA, NL Alfred Seidl, Nr. 197, darin: Schreiben Seidls an Ministerpräsident Goppel vom 17. Mai 1972, S. 2-3

<sup>333</sup> Vgl. BayHStA, NL Alfred Seidl Nr. 195 und 197, darin: einschlägige Schriftwechsel mit verschiedenen Politikern der CDU und CSU. Vgl. ebenso BayHStA, NL Ludwig Huber, Nr. 057

<sup>334</sup> Vgl. Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 26, hier: Verweis auf das Protokoll der Landesvorstandssitzung vom 12. März 1973. Ein kurzer Bericht über die Landesvorstandssitzung findet sich auch in einem Bericht von Strauß vor der CSU-Landesgruppe. Vgl. ACSP, LG-Sitzungen, 7. WP, darin: Protokoll der Sitzung der CSU-Landesgruppe vom 21. März 1973, S. 2

<sup>335</sup> Vgl. Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 26

<sup>336</sup> Vgl. BayHStA, StK 12293, darin: Einladung zur Landesvorstandssitzung am 12.3.1973, vom 8.3.1973 mit entsprechendem handschriftlichen Vermerk. Vgl. auch ACSP, LG-Sitzungen, 7. WP, darin: Protokoll der Sitzung der CSU-Landesgruppe vom 21. März 1973, S. 2

zwingen; dazu sei, wegen der wachsenden Zahl der Bedenken in der öffentlichen Meinung, nun die Zeit gekommen.<sup>337</sup>

Auch die Sitzung des Parteivorstandes am 2. April 1973 sollte sich schwerpunktmäßig mit der möglichen Normenkontrollklage gegen den Grundlagenvertrag befassen. Über ein Drittel der Mitglieder fehlte, unter anderem erneut Ministerpräsident Goppel, der sich auf Kur befand.<sup>338</sup> Im Zusammenhang mit der großen Zahl von abwesenden Parteivorstandsmitgliedern ist sich wohl Werner Schneiders Urteil anzuschließen, der davon ausgeht, dass der betreffende Tagesordnungspunkt auf viele von ihnen einschüchternd gewirkt haben muss, zumal ein ansonsten sehr engagiertes Mitglied der Staatsregierung unter dem Vorwand einer ganztägigen Veranstaltung bei einem Kreisverband fehlte.<sup>339</sup> Bei dieser Parteivorstandssitzung stellte Strauß nochmals seine Sicht des Grundlagenvertrages dar. So habe er die Information von einem Mitarbeiter des Weißen Hauses in Washington, dass die Vereinigten Staaten von dem Vorgehen der Bundesrepublik in der Frage der Ost- und Deutschlandpolitik enttäuscht seien. Der Grundlagenvertrag sei Teil eines langen Öffnungsprozesses hin Richtung Osten, was insbesondere der Auslegung des Moskauer und Warschauer Vertrages durch die sozial-liberale Bundesregierung geschuldet sei. Es gehe in der Frage des Grundlagenvertrages nicht mehr um einen politischen Kampf, so Strauß, sondern um das Festhalten an der eigenen Position in der Angelegenheit bis zum bitteren Ende.<sup>340</sup>

Trotz dieser Ausführungen des Landesvorsitzenden gab es gegensätzliche Meinungen. So äußerte sich der ehemalige Bundesinnenminister Hermann Höcherl erneut kritisch

---

<sup>337</sup> Vgl. Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 26, hier: Verweis auf das Protokoll der Landesvorstandssitzung vom 19. März 1973

<sup>338</sup> Vgl. ebenda, S. 26, hier auch: Verweis auf das Protokoll der Landesvorstandssitzung vom 2. April 1972. Die hier vermerkte vorherige Zusage Goppels kann durch die einschlägigen Akten der Bayerischen Staatskanzlei nicht bestätigt werden. So findet sich auf der Einladung zu der genannten Sitzung der handschriftlichen Vermerk „Nein – abs. f. MPr. Kur“. Vgl. BayHStA, StK 12293, darin: Einladung zur Landesvorstandssitzung am 2.4.1973 vom 19.3.1973. Von einem vorsätzlichen Fehlen Goppels ist jedoch nicht auszugehen, da er auch bei den Sitzungen des Ministerrates Anfang April 1973 fehlte. Vgl. BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 92, darin: Niederschrift über die Sitzung des Ministerrats vom Dienstag, dem 3. April 1973 Nr. 96 S. 4 sowie BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 92, darin: Niederschrift des Ministerrats vom Dienstag, den 10. April 1973, Nr. 97, S. 4. Ebenso sagte der Ministerpräsident seine Teilnahme an einer Sitzung des Parteipräsidiums am 7. März 1973 sowie einer Wahlkampfausschusssitzung am 4. April 1973 wegen einer Kur ab. Vgl. BayHStA, StK 12294, darin: Einladung zur Sitzung des Parteipräsidiums am 7. März 1973 sowie Einladung zur Sitzung des Wahlkampfausschusses am 4. April 1973, jeweils mit entsprechendem handschriftlichen Vermerken.

<sup>339</sup> Vgl. Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 26

<sup>340</sup> Vgl. ebenda, S. 27, hier: Verweis auf das Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes vom 2. April 1973

bezüglich der Chancen auf einen Erfolg einer Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht.<sup>341</sup>

Die letzte und entscheidende Sitzung des Landesvorstandes fand am 21. Mai 1973, einen Tag vor der abschließenden Zusammenkunft des Ministerrates, statt. Dabei kam es zu einem Schlagabtausch zwischen Ministerpräsident Goppel und Bundestagsvizepräsidenten Richard Jaeger, da Jaeger dem Ministerpräsidenten auf seine Aussage hin, dass nicht der Eindruck entstehen sollte, die Bayerische Staatsregierung unterliege einem imperativen Mandat der Partei, vorwarf, dass er und seine Minister in dieser wichtigen Frage verhielten wie der Hund, den man auf die Jagd tragen müsste.<sup>342</sup> Daraufhin entgegnete Goppel, dass die Landesgruppe die Staatsregierung in der Frage der Ostverträge im Stich gelassen hätte, zudem hätten ihm sowohl Kiesinger als auch Carstens telefonisch von einer Klage abgeraten.<sup>343</sup> Die Stellungnahme Goppels gipfelte schließlich in der Aussage:

„Wir [Bayern] haben das Grundgesetz abgelehnt, jetzt streiten wir, um es zu retten. [...] Den Namen unter die Klage schreibt nicht die CSU, sondern den Namen muss ich schreiben.“<sup>344</sup>

Da angesichts der unterschiedlichen Meinungen innerhalb des Parteivorstandes nicht ohne Weiteres mit dessen Zustimmung zu den Verträgen zu rechnen war, musste Strauß sein ganzes Gewicht in die Waagschale werfen:

„Ich sehe, dass hier etwas auf die CSU zukommt, was die Partei in ihren Grundfesten erschüttert. [...] Es ist unsere sittliche Verpflichtung, den Kampf gegen eine Politik zu führen, die zum Abgrund führt.“<sup>345</sup>

Am Ende dieser Debatte stand dann ein doch deutliches Ergebnis: 21 der anwesenden 29 Vorstandsmitglieder sprachen sich für die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts aus, 4 stimmten gegen den Vorschlag, 4 enthielten sich.<sup>346</sup> Mit dieser Entscheidung hatte sich das höchste Gremium der CSU für den Gang nach Karlsruhe ausgesprochen.

---

<sup>341</sup> Vgl. ebenda, S. 27/28, hier: Verweis auf das Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes vom 2. April 1973

<sup>342</sup> Vgl. ebenda, S. 29, hier: Verweis auf das Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes vom 21. Mai 1973

<sup>343</sup> Vgl. ebenda, S. 29, hier: Verweis auf das Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes vom 21. Mai 1973. Vgl. ebenso Friemberger: Alfons Goppel, S. 245

<sup>344</sup> Zitiert nach Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 29, hier: Verweis auf das Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes vom 21. Mai 1973

<sup>345</sup> Zitiert nach Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 30, hier: Verweis auf das Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes vom 21. Mai 1973

<sup>346</sup> Vgl. Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 30; vgl. auch Strauß: Erinnerungen, S. 450; vgl. ferner: Vgl. Der Spiegel, Nr. 22/1973, S. 20. Auch in seiner Rede anlässlich des kleinen Parteitages am 28. Mai 1973 wies Strauß auf das eindeutige Ergebnis im Landesvorstand hin. Vgl. ACSP, PA 19730528, Nr. 2, darin: Rede des CSU-Vorsitzenden, Franz Josef Strauß, S. 32

Somit war die Bayerische Staatsregierung am Zug, ob sie sich diesem Beschluss des Parteivorstandes anschließen würde.

### *2.3.5 Die Staatsregierung und ihre Entscheidung zur Verfassungsklage*

Das positive Votum des Parteivorstandes in der Frage der Verfassungsklage war ein wichtiger Schritt. Die endgültige Entscheidung, ob die Bayerische Staatsregierung tatsächlich ein Normenkontrollverfahren gegen den Grundlagenvertrag anstrengen würde, musste der Ministerrat selbst treffen.

Dabei ist festzuhalten, dass nicht nur die CSU-Landesgruppe sowie der Parteivorstand der CSU mit der Bitte um ein juristisches Vorgehen gegen den Vertrag mit der DDR an die Staatsregierung und Ministerpräsident Goppel herangetreten waren. Auch von Seiten der Vertriebenen-Verbände wurden zahlreiche Schreiben mit der Aufforderung, die bayerische Regierung möge ein entsprechendes Verfahren am Bundesverfassungsgericht anstrengen, an die Staatskanzlei gerichtet.<sup>347</sup> Zugleich wird an diesen Akten deutlich, dass eine Festlegung in dieser Frage durch die Staatskanzlei hinausgezögert wurde. So tragen mehrere Entwürfe von Antwortschreiben an die Antragsteller den handschriftlichen Vermerk von Goppel „unterbleibt“.<sup>348</sup>

Die Bayerische Staatsregierung hatte sich bereits seit längerem mit dem Grundlagenvertrag befasst, lange bevor die Frage nach einer Verfassungsklage gegen dieses deutsch-deutsche Abkommen aktuell wurde. Erstmals thematisierte Goppel den Grundlagenvertrag in der Kabinettsitzung am 7. November 1972, bei der er von seiner Unterrichtung über den Inhalt des Vertrages durch Bundesminister Franke berichtete.<sup>349</sup>

In der Sitzung des Ministerrates am 19. Dezember 1972, zwei Tage vor der offiziellen Unterzeichnung des Grundvertrages, wurde der Text des Vertrages bekanntgegeben, wobei das Kabinett darin übereinkam, dass das Abkommen nach dem gegebenen Stand der Dinge von Bayern abzulehnen sei.<sup>350</sup>

---

<sup>347</sup> Vgl. BayHStA, StK, 16739, darin u. a. ein Schreiben des Bundesvorsitzenden der Union der Vertriebenen, Dr. Hermann Götz, MdB, vom 5. Mai 1973 an Ministerpräsident Goppel. Vgl. auch BayHStA, NL Alfred Seidl, Nr. 227, darin: Schreiben des Landesvorsitzenden der UdV Willi Lucke und seines Stellvertreters Dr. Fritz Wittmann vom 2. Mai 1973 an Ministerpräsident Goppel

<sup>348</sup> BayHStA, StK, 16739, darin: mehrere Schreiben, die Ministerpräsident Goppel zu einer Klage gegen den Grundlagenvertrag vor dem Bundesverfassungsgericht auffordern.

<sup>349</sup> Vgl. BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 88, darin: Niederschrift über die Sitzung des Ministerrates vom Dienstag, den 7. November 1973, Nr. 79, S. 1. Auf diesen Zeitpunkt der Befassung verweist auch Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 31

<sup>350</sup> Vgl. BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 88, darin: Niederschrift über die Sitzung des Ministerrates vom Dienstag, den 19. Dezember 1973, Nr. 85, S. 1.

In der ersten Sitzung des Kabinetts nach dem Jahreswechsel am 9. Januar 1973 war der Grundlagenvertrag erneut Gegenstand der Beratungen. Die Sitzungsvorlage verwies darauf, dass der Ministerrat zu entscheiden habe, ob in den Ausschüssen des Bundesrates für eine Ablehnung des Ratifizierungsgesetzes gestimmt werden sollte, oder ob man lediglich eine EntschlieÙung auf den Weg bringen wolle, in der auf die verfassungsrechtlichen Bedenken hingewiesen werde.<sup>351</sup> Es bestand dabei Einigkeit in dem Punkt, dass das Ratifizierungsgesetz abzulehnen und nach Möglichkeit eine Einigung bezüglich des weiteren Vorgehens mit den CDU-regierten Ländern erreicht werden solle.<sup>352</sup> Sollte keine gemeinsame Ablehnung für die erste Lesung im Bundesrat zustande kommen, so werde man einer EntschlieÙung zustimmen, während man für die zweite Lesung an einer Ablehnung des Vertragsgesetzes festhalten wollte. Zugleich wurde ausdrücklich im Protokoll festgehalten, dass die Frage der Klage gegen den Grundlagenvertrag offen bleibe.<sup>353</sup>

Ab Ende Februar 1973 ist ein Schwinden der Bereitschaft der Kabinettsmitglieder zur Normenkontrollklage zu verzeichnen. So stellte zwar Staatsminister Franz Heubl fest, dass die Frage der Verfassungsklage demnächst anstehen würde, jedoch begnügte man sich hier mit einer Vertagung des Themas auf eine der nächsten Sitzungen.<sup>354</sup> Die sinkende Bereitschaft bezüglich eines Gangs nach Karlsruhe mag dabei auch der Tatsache geschuldet gewesen sein, dass sich zu dieser Zeit bereits abzeichnete, dass Bayern bei einer Klage weder mit der Unterstützung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, mit Ausnahme der CSU-Landesgruppe versteht sich, noch mit der der CDU-geführten Länder rechnen könne.

Eine erneute Beratung über die Frage, wie sich die Bayerische Staatsregierung zum Grundlagenvertrag stellen sollte und ob eine Verfassungsklage gegen ihn angestrengt werden sollte, war für den 2. Mai 1973 vorgesehen. Hierzu lag den Kabinettsmitgliedern eine umfangreiche Sitzungsvorlage vor, die unter der Federführung der Staatskanzlei erarbeitet worden war und die die unterschiedlichen Positionen für und wider eine Klage auflistete, in der auch die politischen Aspekte

---

<sup>351</sup> Vgl. BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 89, darin: Vormerkung für die Sitzung Ministerrats am 9. Januar 1973, S. 2

<sup>352</sup> Vgl. BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 89, darin: Niederschrift über die Sitzung des Ministerrates vom Dienstag, den 9. Januar 1973, Nr. 86, S. 7; vgl. auch Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 31

<sup>353</sup> Vgl. BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 89, darin: Niederschrift über die Sitzung des Ministerrates vom Dienstag, den 9. Januar 1973, Nr. 86, S. 7

<sup>354</sup> Vgl. BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 90, darin: Niederschrift über die Sitzung des Ministerrates vom Dienstag, den 27. Februar 1973, Nr. 92 S.22, vgl. auch Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 31

aufgezeigt wurden.<sup>355</sup> Im Ergebnis fasste dieses Papier die Frage nach der Erhebung der Normenkontrollklage wie folgt zusammen:

„Die Entscheidung, ob aus politischen [Hervorhebung im Original] Gründen die Klage erhoben werden soll oder nicht, spitzt sich im wesentlichen auf die Fragen zu:

1. Soll die bisherige Ost- und Deutschlandpolitik der CDU/CSU fortgesetzt werden – hier sprechen gute Gründe sowohl für wie gegen eine Klage – oder soll sie auf der Grundlage der eingetretenen Tatsachen neu konzipiert werden – in diesem Fall müsste von einer Klage abgesehen werden - ?
2. Sind die selbst bei Klageabweisung zu erwartenden Vorteile, insbesondere verbindliche Festlegung der Auslegung des Grundvertrags, Dokumentation des festen Willens zur Fortsetzung der Ost- und Deutschlandpolitik, so groß, dass die politisch-publizistischen Folgen einer Klageabweisung auf jeden Fall in Kauf genommen werden müssen?<sup>356</sup>

Die Klärung beziehungsweise Diskussion erfolgte jedoch nicht am 2. Mai, da der Tagesordnungspunkt zum Grundlagenvertrag, wie auch einige andere, vertagt wurde.<sup>357</sup> Knapp eine Woche später, am 8. Mai 1973 erfolgte dann die erneute Behandlung des zurückgestellten Tagesordnungspunktes, wobei auf die bereits für die Sitzung am 2. Mai unterbreitete Sitzungsvorlage verwiesen wurde. Gemäß dem Protokoll äußerten die Mitglieder der Staatsregierung auf Bitten Goppels ihre Meinung zu dem möglichen Normenkontrollverfahren, von einer Beschlussfassung wurde jedoch abgesehen, da noch einige Fragen diesbezüglich geklärt werden müssten.<sup>358</sup>

Weshalb es in dieser Sitzung noch zu keiner Beschlussfassung kam, kann verschiedene Ursachen haben. Aufschlussreich ist hier ein Aktenvermerk der Bayerischen Staatskanzlei für den Ministerpräsidenten über ein Telefonat mit Staatsminister Streibl. In diesem mit 7. Mai 1973 datierten Vermerk teilte der Minister folgendes mit:

„Anlässlich einer CSU-Landesvorstandssitzung hat Herr Dr. Strauß gebeten, in der Ministerratssitzung vom 8. Mai 1973 nicht abschließend über die Frage der Anfechtung

---

<sup>355</sup> Vgl. BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 93, darin: Einladung zur Sitzung des Ministerrats am 2. Mai 1973, S. 30-38.

<sup>356</sup> BayHStA, StK-Ministerratsprotolle, Nr. 93, darin: Einladung zur Sitzung des Ministerrates am 2. Mai 1973 S. 37

<sup>357</sup> Vgl. BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 93, darin: Niederschrift über die Sitzung des Ministerrats vom Mittwoch, den 2. Mai 1973, Nr. 98, S. 21

<sup>358</sup> Vgl. BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 93, darin: Niederschrift über die Sitzung des Ministerrats vom Dienstag, den 8. Mai 1973, Nr. 99, S. 17. Dabei ist festzustellen, dass diese Niederschrift keine Teilnahme von Nicht-Kabinettsmitgliedern ausweist. Vgl. ebenda, S. 1

zu entscheiden. Er möchte diese Frage nochmals in einer Landesvorstandssitzung – voraussichtlich am 11. Mai 1973 – diskutieren.“<sup>359</sup>

Selbst wenn dieses Telefonat Streibls, mit dem er die Bitte des Parteivorsitzenden Strauß um eine Aufschiebung der Entscheidung weitergab, nicht den Ausschlag für deren Vertagung im Ministerrat gewesen sein sollte, so ist der Vermerk doch der Beleg dafür, dass der CSU-Vorsitzende in jedem Fall versuchte, seinen Einfluss in der Angelegenheit geltend zu machen.

Die endgültige Entscheidung über eine Klageerhebung gegen den Grundlagenvertrag sollte in der Kabinettsitzung am 22. Mai 1973, also einen Tag nach der bereits dargestellten Sitzung des Landesvorstandes der CSU fallen. In der Landesvorstandssitzung wurden von Seiten mehrerer Regierungsmitglieder Stimmen laut, die sich gegen die geplante Teilnahme von Strauß, Landesgruppenvorsitzenden Stücklen und dem Landtagsfraktionsvorsitzenden Seidl sträubten. Gegen diese wandte damals Generalsekretär Gerold Tandler ein, dass bei bedeutenden Themen auch die Fraktionsvorsitzenden der Koalitionsparteien, Wehner und Mischnick, an Sitzungen des Bundeskabinetts teilnehmen würden.<sup>360</sup>

In seinen Erinnerungen berichtet Franz Josef Strauß von einem Anruf des Ministerpräsidenten Alfons Goppel, mit dem ihn dieser von einer Teilnahme an der entscheidenden Sitzung abhalten wollte. So schreibt der langjährige CSU-Vorsitzende in seinen Erinnerungen über dieses Telefonat:

„Franz Josef, wir brauchen keine Kabinettsitzung mehr, und deshalb brauchst du auch nicht teilzunehmen. Ich habe heute eine Probeabstimmung gemacht, ob wir nach Karlsruhe gehen sollen oder nicht‘ – bei mir haben alle Alarmglocken geläutet - ,und die Probeabstimmung hat ergeben, dass das gesamte Kabinett mit Ausnahme von zwei Ministern‘ - das waren Max Streibl und Fritz Pirkl - ,gegen einen Gang nach Karlsruhe ist.‘ Ich war wütend, wandte ein, dass eine Probeabstimmung ohne ausreichende Information und Diskussion einfach unmöglich sei. Ich war zwar kein Kabinettsmitglied, aber meinem Drängen wurde nachgegeben.“<sup>361</sup>

---

<sup>359</sup> BayHStA, StK, 16739, darin: Aktenvermerk vom 7. Mai 1973 für Ministerpräsident Goppel bezüglich eines Anrufs von Staatsminister Streibl

<sup>360</sup> Vgl. Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 30. In der Tat stellte die Teilnahme von nicht-Regierungsmitgliedern an Sitzungen des bayerischen Ministerrats keine Seltenheit dar. So ist beispielsweise die Teilnahme des damaligen Landtagsfraktionsvorsitzenden Ludwig Huber für die Sitzung des Ministerrates am 12. Januar 1971 belegt. Vgl. BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 79, darin: Niederschrift über die Sitzung des Ministerrates am Dienstag, den 12. Januar 1971, Nr. 3, S. 3/4

<sup>361</sup> Strauß: Erinnerungen, S. 451



Strauß setzte sich somit durch, indem er, Landesgruppenvorsitzender Stücklen und Landtagsfraktionsvorsitzender Seidl an der entscheidenden Kabinettsitzung teilnahmen.<sup>362</sup>

Strauß berichtet in seinen Erinnerungen von einer dreistündigen Redeschlacht in der Sitzung des Ministerrates, wobei er sein ganzes Gewicht als CSU-Vorsitzender einbringen musste.<sup>363</sup> So habe er unter anderem dahingehend argumentiert, dass die Staatsregierung nicht aus Angst vor einem Risiko ihre Glaubwürdigkeit ernsthaft beschädigen dürfe, zumal er über seine Kontakte zum Bundesverfassungsgericht wisse, dass eine Klage nicht komplett zu Ungunsten der CSU ausfallen würde.<sup>364</sup> Die Länge der Sitzung wurde auch von Ministerpräsident Goppel in einem Interview vom selben Abend bestätigt, wobei er die von Strauß erwähnte Heftigkeit der Diskussion im Kabinett allenfalls andeutete.<sup>365</sup>

Da es sich bei den Niederschriften über die Sitzungen des Ministerrates um Ergebnisprotokolle handelt und das Protokoll zu der Sitzung vom 22. Mai 1973 entsprechend kurzgefasst wurde, ist der Inhalt der von Strauß dargestellten Redeschlacht in dieser nicht eingegangen.<sup>366</sup> Dass Strauß aber in seinen Erinnerungen davon berichtet, dass er am Ende eine große und klare Mehrheit der Staatsregierung für die Verfassungsklage gewinnen konnte,<sup>367</sup> erscheint in Anbetracht des tatsächlichen Ergebnisses der Abstimmung doch etwas übertrieben. Tatsächlich fiel die Entscheidung des bayerischen Kabinetts für die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit 8 zu 6 Stimmen.<sup>368</sup> Damit nahm die Bayerische Staatsregierung mit ihrer Entscheidung zur Klage gegen den Vertrag die Maximalposition der Gegner des Vertrags ein.<sup>369</sup>

---

<sup>362</sup> Vgl. BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 93, darin: Niederschrift über die Sitzung des Ministerrates am Dienstag, den 22. Mai 1973, Nr. 101, S. 4. Ministerpräsident Goppel begründete die Teilnahme von Strauß, Stücklen und Seidl auch öffentlich in seiner Landtagsrede vom 5. Juni 1973. Vgl. Bayerischer Landtag: Stenographische Berichte, vom 5. Juni 1973, S. 3472

<sup>363</sup> Vgl. Strauß: Erinnerungen, S. 451

<sup>364</sup> Vgl. ebenda, S. 451

<sup>365</sup> Vgl. BayHStA, StK 16739, darin: Interview zum Grundvertrag MP Goppel und Hans Christian Braun vom BR am 22. Mai 1973 im Zeitfunk

<sup>366</sup> Vgl. Blumenwitz: Die Christlich-Soziale Union und die deutsche Frage, S. 347; vgl. auch Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 31

<sup>367</sup> Vgl. Strauß: Erinnerungen, S. 452

<sup>368</sup> Vgl. BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 93, darin: Niederschrift über die Sitzung des Ministerrates am Dienstag, den 22. Mai 1973, Nr. 101, S. 6. Ein Beleg für die Stimmengleichheit und die Anwendung eines Verfahrenstricks, worüber der Spiegel in seiner Ausgabe vom 28. Mai 1973 berichtete, finden sich keinerlei Belege. Vgl. Der Spiegel, Nr. 22/1973, S. 19

<sup>369</sup> Vgl. Zimmer: Nationales Interesse und Staatsräson, S. 67

In seinem persönlichen Rückblick zum Jahr 1973 fasste Ministerpräsident Goppel die Kabinettsentscheidung wie folgt zusammen und erklärte sein Agieren in der Angelegenheit wie folgt:

„Wenn ich auch selber nicht gleich und grundsätzlich nicht, wegen der Verlagerung der politischen auf die justitielle Entscheidung, für die Anrufung Karlsruhes war, habe ich schließlich bei der Abstimmung im Kabinett den Ausschlag für den Gang zum Bundesverfassungsgericht gegeben.“<sup>370</sup>

Durch seine persönliche Einflussnahme ist es Strauß somit gelungen, die Staatsregierung doch zu einer Klage gegen den Grundlagenvertrag vor dem Bundesverfassungsgericht zu bewegen. Noch am Abend musste Ministerpräsident Goppel die Entscheidung der Staatsregierung in den Medien vertreten.<sup>371</sup> Ebenfalls am gleichen Tag wurde die offizielle, von Goppel unterzeichnete Klage mit einem Antrag auf einstweilige Verfügung und einer 23 Seiten umfassenden Klagebegründung an das Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe gesandt.<sup>372</sup> Insgesamt bleibt festzustellen, dass es Ministerpräsident Goppel nicht gelungen war, sich dem Einfluss des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß in der Frage der Verfassungsklage gegen den Vertrag mit der DDR zu entziehen.<sup>373</sup> Wolfgang Krieger kommt deshalb zu dem Urteil, dass Goppel von Strauß in die Enge getrieben worden sei und die Autorität des Ministerpräsidenten dadurch geschwächt worden sei.<sup>374</sup> Der CSU-Vorsitzende hatte sich gegenüber dem Ministerpräsidenten und den zögernden Mitgliedern der Bayerischen Staatsregierung damit in der Frage des Gangs nach Karlsruhe durchgesetzt.

Zugleich ist an dieser Stelle festzustellen, dass die Bayerische Staatsregierung mit dem von ihr angestrebten Verfahren gegen den Grundlagenvertrag juristisch gesehen Neuland betrat. Erstmals in der Geschichte der westdeutschen Demokratie schlug ein

---

<sup>370</sup> Friemberger / Kramer: Rückblicke, S. 133. Gemäß dem bekannten Abstimmungsergebnis von 8 zu 6 Stimmen in der Frage der Klage gegen den Grundlagenvertrag durch den Freistaat Bayern ist es rechnerisch durchaus möglich, dass die Stimme Goppels die entscheidende war. Ein Beleg dafür lässt sich aber auch anhand der untersuchten Niederschriften der Ministerratssitzung finden, da hier keine Aufzeichnung über das Stimmverhalten der einzelnen Kabinettsmitglieder festgehalten wurde. Vgl. BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 93, darin: Niederschrift über die Sitzung des Ministerrates am Dienstag, den 22. Mai 1973, Nr. 101, S. 6

<sup>371</sup> Vgl. BayHStA, StK, 16739, darin: Interview Ministerpräsident Alfons Goppel zum Beschluss der Bayerischen Staatsregierung, wegen des Grundlagenvertrag das Verfassungsgericht anzurufen; vgl. auch BayHStA, StK, 16739, darin: Interview zum Grundlagenvertrag MP Goppel und Hans Christian Braun vom BR am 22. Mai 1973 im Zeitfunk

<sup>372</sup> Vgl. BayHStA, StK 16739, darin: Abdruck des Schreibens zur Klageerhebung Bayerns gegen den Grundlagenvertrag an das Bundesverfassungsgericht vom 22. Mai 1973

<sup>373</sup> Vgl. Bitterhof / Höpfinger: Ministerpräsident Alfons Goppel, S. 120; vgl. auch Krieger: Franz Josef Strauß, S. 69. Dieter Blumenwitz betonte ebenfalls, dass die Klage maßgeblich der starken Einflussnahme von Strauß geschuldet war. Vgl. Blumenwitz: Bayerns Beiträge, S. 199

<sup>374</sup> Vgl. Krieger: Franz Josef Strauß und die zweite Epoche in der Geschichte der CSU, S. 184 und S. 186

Land gegen einen völkerrechtlichen Vertrag des Bundes den Weg vor das Bundesverfassungsgericht ein.<sup>375</sup>

### 2.3.6 Die Debatte im Bayerischen Landtag

Tags darauf befasste sich der Bayerische Landtag mit der Klage Bayerns gegen den Grundlagenvertrag, wie er dies auch schon mit den Ostverträgen im Vorjahr getan hatte. Nachdem die Tagesordnung der Plenarsitzung am 23. Mai erledigt war, erteilte Landtagspräsident Rudolf Hanauer Ministerpräsident Goppel das Wort.<sup>376</sup>

Goppel leitete seine Ausführungen damit ein, dass die Staatsregierung immer Vereinbarungen mit der DDR begrüßt habe,

„[...] welche die Folgen der Teilung Deutschlands mildern, die Hindernisse für die menschlichen Begegnungen und die Freizügigkeit abbauen, den Zusammenhalt der Deutschen fördern und die Einheit der Nation erhalten. Der **Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik** [Hervorhebung im Original] ist kein solcher Vertrag. Er bringt keine ausreichenden menschlichen Erleichterungen und keine Verbesserungen der Freizügigkeit. Nach wie vor wird an der Berliner Mauer auf Deutsche geschossen; die Todesanlagen werden neu errichtet, und die Grenzbefestigungen werden verstärkt.“<sup>377</sup>

Aus diesem Grunde habe die Staatsregierung das Bundesverfassungsgericht angerufen, die Konformität des Grundlagenvertrages mit dem Grundgesetz zu überprüfen.<sup>378</sup>

Nach der eher kurzgehaltenen Erklärung des Ministerpräsidenten schloss sich eine Aussprache des Landtages an. Die Initiative dazu ging von den Oppositionsparteien aus, wobei sich die CSU dem Wunsch nach einer parlamentarischen Aussprache zu dem Thema anschloss, um nochmals ihre Position zu verdeutlichen.<sup>379</sup> In der Debatte, die der Landtag auch in seiner Sitzung vom 5. Juni fortsetzte, wurde wiederholt Kritik an der Teilnahme von Strauß an der entscheidenden Kabinettsitzung und seiner

---

<sup>375</sup> Vgl. Blumenwitz: Der Beitrag der CSU zur staatlichen Einheit Deutschlands, S. 55

<sup>376</sup> Vgl. Bayerischer Landtag: Stenographische Berichte, vom 23. Mai 1973, S. 3434; vgl. auch Kock: Der Bayerische Landtag, S. 203/204

<sup>377</sup> Bayerischer Landtag: Stenographische Berichte, vom 23. Mai 1973, S. 3434. Die Erklärung Goppels findet sich auch in den Akten der Bayerischen Staatskanzlei. Vgl. BayHStA, StK, 16740, darin: Erklärung des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. h. c. Goppel vor dem Bayerischen Landtag am 23. Mai 1973

<sup>378</sup> Vgl. Bayerischer Landtag: Stenographische Berichte, vom 23. Mai 1973, S. 3434

<sup>379</sup> Vgl. ebenda, S. 3435; vgl. auch Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 33

Einflussnahme auf das Votum der Minister zum Ausdruck gebracht. Der SPD-Abgeordnete Helmut Rothmund sprach gar davon, dass die Staatsregierung und allen voran der Ministerpräsident nach der Pfeife von Strauß tanzen müssten, da dieser sich nicht in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe durchsetzen können.<sup>380</sup> Rothmund nannte es bedenklich, dass die Entscheidung zur Klage gegen den Grundlagenvertrag ohne die Einbindung des Landtags durch die Staatsregierung gefällt worden sei, zudem sei die Erklärung von Ministerpräsident Goppel vor dem Landtagsplenum nur mit einigen Behauptungen rechtlicher Standpunkte ohne nähere Begründung sehr spärlich ausgefallen.<sup>381</sup> Rothmund ging in seinen Ausführungen des Weiteren auf den Umstand ein, dass sich keines der CDU-Länder der bayerischen Klage anschließen wollte, so dass er seine Kritik an der Staatsregierung in folgendem Satz gipfeln ließ:

„Bayern ist in der Frage der Klage vor dem Verfassungsgericht in einer totalen **Isolation** [Hervorhebung im Original].“<sup>382</sup>

Neben der SPD sparte auch der Redner der FDP, Otto Bezold, nicht mit Kritik am Schritt der Bayerischen Staatsregierung, gegen den Vertrag vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen. So sei es für die Demokratie sehr negativ, wenn eine politisch zu treffende Entscheidung der Justiz zugeschoben werde.<sup>383</sup>

Die Opposition bemängelte des Weiteren, dass die CSU konsequenter Weise bereits gegen die Ostverträge hätte klagen müssen. Dies sei jedoch unterblieben, so dass der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Volkmar Gabert darauf hinwies, dass die Bayerische Staatsregierung, welche nun den Grundlagenvertrag vor dem Verfassungsgericht kippen wolle, den, praktisch als Vorverträgen zu diesem zu sehenden Ostverträgen mit den Weg bereitet habe.<sup>384</sup>

Bei dieser Aussprache hielten sich die Mitglieder der Staatsregierung gemäß der Abstimmung in der Kabinettsitzung vom 5. Juni 1973 entsprechend zurück, so dass der Hauptteil der Verteidigung des Schrittes zur Anrufung von Karlsruhe bei Fraktionsvorsitzenden Seidl und seiner Stellvertreterin Mathilde Berhofer-Weichner lagen.<sup>385</sup>

---

<sup>380</sup> Vgl. Bayerischer Landtag: Stenographische Berichte, vom 5. Juni 1973, S. 3440

<sup>381</sup> Vgl. ebenda, S. 3439

<sup>382</sup> Vgl. ebenda, S. 3440. Auf den Umstand des bayerischen Alleingangs ging auch der SPD-Abgeordnete Volkmar Gabert ein. Vgl. ebenda, S. 3463

<sup>383</sup> Vgl. ebenda, S. 3456

<sup>384</sup> Vgl. ebenda, S. 3465

<sup>385</sup> Vgl. BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 94, darin: Niederschrift über die Sitzung des Ministerrats vom Dienstag, dem 5. Juni 1973, Nr. 102a, S. 6; vgl. auch Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 34

Bei seinen Ausführungen betonte Alfred Seidl, dass es das Ziel der bayerischen Regierung sei, mit ihrer Klage ein Urteil und eine Auslegung des Grundvertrages zu erreichen, die auch eine künftige Regierungen in ihrer Politik gegenüber der DDR binden würde und man daher die Vereinbarkeit des Vertrages mit dem Grundgesetz prüfen lasse.<sup>386</sup> Dabei betonte der Fraktionsvorsitzende zugleich, dass es auch Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts sei, die weitere Offenheit der Möglichkeit eines Beitritts weiterer Länder zur Bundesrepublik gemäß Artikel 23 zu prüfen, oder ob dieser Option der Grundlagenvertrag entgegenstünde.<sup>387</sup>

Zudem betonte die stellvertretende Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion, Berghofer-Weichner, nochmals die Auffassung ihrer Partei, dass aus Sicht der internationalen Öffentlichkeit der Vertrag sehr wohl einer Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik gleichkomme, da zugleich mit ihm der Beitritt beider Staaten zu den Vereinten Nationen auf den Weg gebracht werde.<sup>388</sup> Bezüglich des Alleingangs Bayerns betonte Berghofer-Weichner, dass niemand das Recht habe, Bayern an seinem mutigen Vorgehen zu hindern.<sup>389</sup>

In seiner abschließenden Stellungnahme betonte Goppel nochmals, dass sich Bayern in der Frage der Ablehnung des Grundlagenvertrages mit den CDU-regierten Ländern einig sei, die Klage gegen den Vertrag stelle für die Staatsregierung dabei eine Frage der Glaubwürdigkeit dar.<sup>390</sup>

Damit endete das parlamentarische Nachspiel der Entscheidung der Staatsregierung, in der Frage der Verfassungskonformität des Grundlagenvertrages vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen, nach einer Regierungserklärung des Ministerpräsidenten am 23. Mai 1973 sowie einem weiteren Plenartag.

## 2.4 Die Klage gegen den Grundlagenvertrag und ihr Ergebnis

### *2.4.1 Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts*

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts fiel relativ schnell, noch vor der politischen Sommerpause des Jahres 1973 am 31. Juli. Dem vorausgegangen war ein Prozess, in dessen Verlauf die bayerische Regierung zwar, was die Prozessbevollmächtigten anging, nicht die erste politische Garde aufbot, jedoch dennoch vor der Nutzung anderer juristischer Optionen wie Befangenheitsanträge

---

<sup>386</sup> Vgl. Bayerischer Landtag: Stenographische Berichte, vom 5. Juni 1973, S. 3452

<sup>387</sup> Vgl. ebenda, S. 3453

<sup>388</sup> Vgl. ebenda, S. 3459

<sup>389</sup> Vgl. ebenda, S. 3461/3462

<sup>390</sup> Vgl. ebenda, S. 3471

gegen einzelne Richter oder auch dem Versuch, eine einstweilige Anordnung des Gerichts zum Inkrafttreten des Grundlagenvertrages zu erreichen, nicht zurückschreckte.<sup>391</sup>

Über die politische Einstellung der Richter des zuständigen zweiten Senats wurde indes viel spekuliert. Sowohl die Befürworter der Klage als auch deren Gegner sahen gute Chancen, zumindest die Hälfte der acht Senatsmitglieder auf ihrer Seite zu haben. Wie Werner Schneider herausarbeitet, waren wohl Vizepräsident Walter Seuffert sowie die drei Senatsmitglieder Martin Hirsch, Hans Georg Rupp und Joachim Rottmann dem Regierungslager zuzuordnen, während die Bundesverfassungsrichter Willi Geiger, Hans-Justus Rink, Fabian von Schlabrendorff und Walter Rudi Wand tendenziell dem CDU/CSU-Lager zuzurechnen waren.<sup>392</sup>

Das Urteil zur bayerischen Klage, welches der zweite Senat fällte, lautete demnach wie folgt:

„Das Gesetz zu dem Vertrag vom 21. Dezember 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik [...] ist in der sich aus den Gründen ergebenden Auslegung mit dem Grundgesetz vereinbar.“<sup>393</sup>

Bei einer oberflächlichen Betrachtung war damit die Klage der Bayerischen Staatsregierung förmlich gescheitert. Doch zogen die Verfassungsrichter mit ihrer Entscheidung klare Richtlinien, in dem sie eine verbindliche Interpretation des Vertragstextes für alle Verfassungsorgane der Bundesrepublik festschrieben.<sup>394</sup> Das Verfassungsgericht hatte, wie Dieter Blumenwitz feststellt, damit die Vereinbarkeit des Grundlagenvertrages mit dem Grundgesetz nicht per se erklärt, sondern nur in der in der Begründung dargestellten Auslegung.<sup>395</sup> Damit stellte sich das Urteil als

---

<sup>391</sup> Eine detaillierte Darstellung des Prozessverlaufs findet sich bei Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 39-62

<sup>392</sup> Vgl. ebenda, S. 39

<sup>393</sup> Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 – 2 BvF 1/73 in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Der Grundlagenvertrag vor dem Bundesverfassungsgericht. Dokumentation zum Urteil vom 31. Juli 1973 über die Vereinbarkeit des Grundlagenvertrages mit dem Grundgesetz, Karlsruhe 1975, S. 383-403, hier: S. 384. Auch die CSU-Landesgruppe veröffentlichte eine eigene Dokumentation zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag. Vgl. CSU-Landesgruppe: Dokumentation zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 über den Grundvertrag

<sup>394</sup> Vgl. Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 63; vgl. auch Blumenwitz: Der Beitrag der CSU zur staatlichen Einheit Deutschlands, S. 56

<sup>395</sup> Vgl. Blumenwitz: Die Christlich-Soziale Union und die deutsche Frage, S. 349; vgl. auch Fromme: Bundesverfassungsgericht, S. 125/126

richtungsweisend für die künftige Ost- und Deutschlandpolitik dar und wirkte insoweit begrenzend auf den Handlungsspielraum der deutschen Außenpolitik.<sup>396</sup>

Im Einzelnen stellte das Bundesverfassungsgericht in seinen Ausführungen folgende wichtige Grundsätze fest:

So machte es in seinem Urteil deutlich, dass kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben dürfe, sie darauf hinwirken müssten, dieses Ziel zu erreichen, und alles zu unterlassen, was dieses Ziel der Wiedervereinigung verhindern würde.<sup>397</sup>

Ferner betonte das Urteil die rechtliche Fortexistenz Gesamtdeutschlands. Dazu formulierten die Richter des zweiten Senats, dass es eben zu keinem Untergang des Deutschen Reiches gekommen war:

„Mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert [...]. Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht ‚Rechtsnachfolger‘ des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat ‚Deutsches Reich‘, - in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings ‚teilidentisch‘, so dass insoweit die Identität keine Ausschließlichkeit beansprucht.“<sup>398</sup>

Aus dieser Formulierung leitet sich konsequenterweise ab, dass eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht möglich war. Sie blieb ein Teil Deutschlands, weshalb sie in den Beziehungen zur Bundesrepublik nicht Ausland sein durfte, da beide, die Bundesrepublik und die DDR Teile Gesamtdeutschlands blieben. Das Urteil stellte zwar fest, dass die DDR ein Staat im völkerrechtlichen Sinne sei und somit völkerrechtliches Subjekt, die deutsch-deutsche Grenze definierte es aber als lediglich staatsrechtliche Grenze. Ebenso blieb die Viermächteverantwortung für Deutschland als Ganzes fortbestehen, so dass damit neben der staatsrechtlichen auch eine völkerrechtliche Verbindung das Fortbestehen Gesamtdeutschlands sicherte.<sup>399</sup>

---

<sup>396</sup> Vgl. Blumenwitz: Die Christlich-Soziale Union und die deutsche Frage, S. 350; vgl. auch Glaab: Deutschlandpolitik in der öffentlichen Meinung, S. 114

<sup>397</sup> Vgl. Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 64; vgl. auch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 – 2 BvF 1/73 in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Der Grundlagenvertrag vor dem Bundesverfassungsgericht. Dokumentation zum Urteil vom 31. Juli 1973 über die Vereinbarkeit des Grundlagenvertrages mit dem Grundgesetz, Karlsruhe 1975, S. 383-403, hier: S. 393

<sup>398</sup> Ebenda, S. 393; vgl. dazu auch Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 65

<sup>399</sup> Vgl. zum vorstehenden Blumenwitz: Die Christlich-Soziale Union und die deutsche Frage, S. 350

Bezüglich der Staatsangehörigkeit enthielt das Urteil ebenfalls eine wichtige Aussage: Wenn das Rechtssubjekt Deutschland in seinen Grenzen des Jahres 1937 fortbestand und das Grundgesetz in Artikel 16 feststellt, dass die deutsche Staatsangehörigkeit zugleich die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik ist, war daraus zu folgern, dass deutsche Staatsangehörige nicht nur Bürger der Bundesrepublik seien.<sup>400</sup> Hieraus folgte, dass die Bundesrepublik Deutschland allen Deutschen, insbesondere also auch den Bürgerinnen und Bürgern der DDR, den gleichen Anspruch auf Schutz und dieselben Rechte hatten wie die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik selbst.<sup>401</sup>

Des Weiteren weist Dieter Blumenwitz daraufhin, dass das Bundesverfassungsgericht auch an der Auffassung festhielt, dass das Land Berlin ein Bundesland der Bundesrepublik Deutschland war und ist. Damit waren die Verfassungsorgane der Bundesrepublik zugleich verpflichtet, bei Verträgen mit der DDR die Rechte Berlins zu wahren und den Geltungsbereich solcher Abkommen und Verträge auf Berlin zu erstrecken, soweit diese nicht im Gegensatz zu den Rechten der Viermächte bezüglich der ehemaligen Hauptstadt des Deutschen Reiches standen.<sup>402</sup> Das Urteil der Karlsruher Richter wurde somit gewissermaßen zur Richtschnur der künftigen Deutschlandpolitik der jeweiligen Bonner Regierung bis zum Mauerfall 1989.<sup>403</sup> Für die CSU wurde in der Folge des Urteils vor allem folgende Maxime wichtig: Fortentwicklung und Ausbau der innerdeutschen Beziehungen, insbesondere im Bestreben nach der Verbesserung der Lebensbedingungen für die Menschen im anderen Teil Deutschlands, jedoch ohne die Aufgabe von den elementaren Grundsätzen und Rechtspositionen, welche durch die Auslegung des Verfassungsgerichts nochmals untermauert wurden.<sup>404</sup>

Somit hatten Strauß und die CSU das von ihnen angestrebte Ziel der Klage in einem wichtigen Punkt erreicht.

---

<sup>400</sup> Vgl. Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 – 2 BvF 1/73 in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Der Grundlagenvertrag vor dem Bundesverfassungsgericht. Dokumentation zum Urteil vom 31. Juli 1973 über die Vereinbarkeit des Grundlagenvertrages mit dem Grundgesetz, Karlsruhe 1975, S. 383-403, hier: S. 400; vgl. dazu auch Blumenwitz: Die Christlich-Soziale Union und die deutsche Frage, S. 350

<sup>401</sup> Vgl. Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 67/68; vgl. auch: Blumenwitz: Die Christlich-Soziale Union und die deutsche Frage, S. 350

<sup>402</sup> Vgl. ebenda, S. 350; vgl. auch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 – 2 BvF 1/73 in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Der Grundlagenvertrag vor dem Bundesverfassungsgericht. Dokumentation zum Urteil vom 31. Juli 1973 über die Vereinbarkeit des Grundlagenvertrages mit dem Grundgesetz, Karlsruhe 1975, S. 383-403, hier: S. 401

<sup>403</sup> Vgl. Blumenwitz: Der Beitrag der CSU zur staatlichen Einheit Deutschlands, S. 56

<sup>404</sup> Vgl. Gruber: Die deutsche Frage aus Sicht der CSU, S. 170/171



#### 2.4.2 Die Folgen des Urteils

Das Urteil hatte nur vordergründig zu einer Niederlage der klagenden Partei geführt. In ihren Stellungnahmen und Äußerungen zum Spruch der Richter gaben sich indes die Initiatoren der Klage zufrieden mit deren Ergebnis.

So begrüßte Ministerpräsident Goppel in seiner ersten Erklärung nach der Verkündung des Urteils zur Normenkontrollklage das Ergebnis dieses von seiner Regierung angestrebten Verfahrens. Hierbei betonte der bayerische Regierungschef die aus seiner Sicht zentralen Inhalte des Urteils wie folgt:

„Das Urteil befriedigt inhaltlich [...], weil das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil für jedermann verbindlich feststellt:

1. Die bisherige Rechtsauffassung besteht fort: Gesamtdeutschland ist nach wie vor als solches Völkerrechtssubjekt. Die Bundesrepublik bleibt als ein reorganisierter Teil für das ganze Deutschland verantwortlich.
2. Die Deutsche Demokratische Republik ist rechtlich für die Bundesrepublik nicht Ausland.
3. Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit auf der Grundlage der freien Selbstbestimmung bleibt Aufgabe aller Verfassungsorgane. Das bedeutet:
  - Der Wiedervereinigungsanspruch ist im Inneren wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten. Dabei ist aber auch zu verdeutlichen, welche weltanschaulichen, politischen und sozialen Unterschiede zwischen der Lebens- und Rechtsordnung der Bundesrepublik und jener der Deutschen Demokratischen Politik bestehen.
  - Die Bundesregierung hat das Recht und die Pflicht, in allen internationalen Gremien, deren Mitglied die Bundesrepublik ist, ihre Stimme zu erheben und ihren Einfluss geltend zu machen für die Interessen der Deutschen Nation.
4. Auch die Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik sind und bleiben Deutsche im Sinne des Grundgesetzes mit allen sich daraus ergebenden Rechten.
5. Folgeverträge des Grundvertrages dürfen für die Deutschen in der DDR ebenso wenig wie für die Deutschen in der Bundesrepublik eine Schmälerung ihrer im Grundgesetz verbürgten Rechte bringen. Deshalb sind Mauer, Stacheldraht, Todesstreifen und Schießbefehl mit dem Vertrag unvereinbar und dürfen von

der Bundesregierung nicht als Ausfluss einer Hoheit der DDR akzeptiert werden.“<sup>405</sup>

Auch Strauß zog ein durchweg positives Urteil zu dem erzielten Ergebnis der Normenkontrollklage gegen den Grundlagenvertrag. So bilanziert er den Spruch der Karlsruher Richter so, dass das Ziel Bayerns und das seinige dadurch erreicht worden sei, sei es doch nicht darum gegangen den Grundlagenvertrag an sich zu Fall zu bringen, sondern den Geist, in dem dieser niedergeschrieben worden sei, und zugleich den Vorrang des Grundgesetzes vor dem Inhalt des Vertrags klarzustellen. Seiner Auffassung nach wäre der deutsche Süden allein der Bundesregierung bei ihrer für das Land fatalen Politik entgegen getreten, wenn auch leider Bayern und die CSU ohne die Unterstützung der CDU und der von ihr regierten Länder nach Karlsruhe gezogen wären.<sup>406</sup>

Der spätere Bundeskanzler Helmut Kohl kommt, bezugnehmend auf die Verfassungsklage Bayerns gegen den Grundlagenvertrag in seinen Erinnerungen ebenfalls zu einem positiven Urteil, wenngleich er den bayerischen Alleingang als Zeichen der tiefen inneren Differenzen der Unionsparteien interpretierte:<sup>407</sup>

„Der Gang nach Karlsruhe erwies sich dank der politischen Weitsicht von Franz Josef Strauß später nicht nur als richtig, sondern war für die deutsche Politik von allergrößter Bedeutung.“<sup>408</sup>

Die Normenkontrollklage Bayerns gegen den Grundlagenvertrages wurde in der Forschung der verschiedenen Fachgebiete der Staatswissenschaften, aber auch unter Politikwissenschaftlern und Historikern äußerst ambivalent bewertet.<sup>409</sup> Peter Siebenmorgen kommt zu dem Ergebnis, dass es Strauß mit der juristischen Niederlage in Karlsruhe gelungen war, einen wichtigen politischen Sieg bezüglich der Auslegung des Vertrags zu erringen und damit gewissermaßen die Antriebsachse der sozial-

---

<sup>405</sup> BayHStA, StK 16744, darin: Erklärung des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. h. c. Alfons Goppel am 31. Juli 1973. Diese Erklärung findet sich auch im Nachlass von Alfred Seidl. Vgl. BayHStA, NL Alfred Seidl, Nr. 222, darin: Erklärung des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. h. c. Alfons Goppel am 31. Juli 1973. Zur juristischen Bedeutung des Erhalts der deutschen Staatsangehörigkeit und die daraus resultierende Nichtanerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft vgl. Schulz: Die Effektivität der deutschen Staatsangehörigkeit.

<sup>406</sup> Vgl. Strauß: Erinnerungen, S. 456-458; vgl. auch Strauß: Der Spruch von Karlsruhe, in Bayernkurier vom 4. August 1973, S. 1. Der Artikel von Franz Josef Strauß findet sich auch in: Quellen zur politischen Geschichte Bayerns, Bd. 2, Dokument Nr. 68, S. 595-598

<sup>407</sup> Vgl. Kohl: Erinnerungen, Bd. 1, S. 315

<sup>408</sup> Ebenda, S. 315/316

<sup>409</sup> Eine detaillierte Erörterung bietet Werner Schneider. Vgl. Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 72-76; vgl. auch Blumenwitz: Grundvertrag und Verfassungsklage, S. 151

liberalen Ostpolitik entschieden geschädigt zu haben.<sup>410</sup> Dieter Blumenwitz bewertet das Urteil insofern als politischen Erfolg des Freistaats Bayern und der CSU, als dass durch den Spruch der Karlsruher Richter deutlich gemacht wurde, dass es sich bei den deutschen Rechtspositionen nicht um bloßen Formelkram handelte. Zudem sei einem, von Seiten der Regierung gewünschten stillen Verfassungswandel, der eine Aufgabe dieser Rechtspositionen bedeutet hätte, durch das Bundesverfassungsgericht ein statischer Staatsbegriff entgegen gesetzt worden.<sup>411</sup>

Insgesamt und aus der Perspektive des wiedervereinten Deutschlands kann man folglich von einem Erfolg für die CSU sprechen, ist es ihr doch gelungen, zahlreiche Positionen zu erhalten und die Deutschlandpolitik damit in eine Bahn zu lenken, deren Weg, wie noch darzustellen sein wird, insbesondere im Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands 1989/90 von elementarer Bedeutung sein sollte. Auf diese Wichtigkeit des Normenkontrollverfahrens in der Frage des Grundlagenvertrages weisen auch Renate Höpfinger und Andreas Bitterhof hin.<sup>412</sup>

## 2.5 Die Frage des UN-Beitritts der Bundesrepublik Deutschland

### *2.5.1 Die Unionsfraktion und der Streit um den Beitritt zu den Vereinten Nationen*

Ein weiteres bedeutendes Thema, welches die Außenpolitik in der ersten Jahreshälfte beschäftigte, war die Frage des Beitritts der Bundesrepublik zu den Vereinten Nationen. Diese Angelegenheit wurde in vielen Phasen parallel zur Ratifizierung und der Klage gegen den Grundlagenvertrag behandelt und gerade mit Blick auf die Gremien der CSU häufig von dieser in der Diskussion überflügelt. Dennoch kam dem UN-Beitritt eine deutschlandpolitische Bedeutung zu, auf welche an dieser Stelle eingegangen werden muss.

Die Bundesrepublik hatte in den ersten 20 Jahren ihres Bestehens bis 1969 keine Vollmitgliedschaft bei den Weltorganisation angestrebt, jedoch durch ihre Mitarbeit in zahlreichen Einrichtungen der Vereinten Nationen eine „Quasi-Mitgliedschaft“ erreicht.<sup>413</sup> Nachdem die Bemühungen der DDR um einen Beitritt und damit um eine breite internationale Anerkennung bis dahin gescheitert waren, eröffnete die sozial-liberale Bundesregierung ab 1970 entsprechende Gespräche, die schließlich in der

---

<sup>410</sup> Vgl. Siebenmorgen: Franz Josef Strauß, S. 494/495

<sup>411</sup> Vgl. Blumenwitz: Bayern und Deutschland, S. 49/50

<sup>412</sup> Vgl. Bitterhof / Höpfinger: Ministerpräsident Alfons Goppel, S. 140

<sup>413</sup> Vgl. Knapp: Vereinte Nationen, S. 730. Mit dem Beitritt beider deutscher Staaten wurde schließlich die bis dahin geltende Hallstein-Doktrin der Bundesrepublik endgültig überholt. Vgl. Hacke: 60 Jahre Außenpolitik, S. 490.

gleichzeitigen Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen im September 1973 münden sollten.<sup>414</sup>

Gerade in der Frage, ob ein Beitritt zu den Vereinten Nationen nur für die Bundesrepublik und die DDR gleichzeitig in Frage käme, war für viele in der Union und insbesondere in der CSU von entscheidender Bedeutung. Zugleich sollte sich um die Frage des Beitritts zu den Vereinten Nationen eine interne Kontroverse der CDU/CSU-Bundestagsfraktion entfalten, an deren Ende schließlich der Rücktritt des bisherigen Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel stehen sollte.

Die CSU-Landesgruppe befasste sich am 13. Februar 1973 mit der Frage des Beitritts der Bundesrepublik zu den Vereinten Nationen. Der Berichterstatter Richard Jaeger führte hierzu aus, dass er den Nutzen eines Beitritts der Bundesrepublik für äußerst gering einschätzte, zumal die Bundesrepublik nur gemeinsam mit der DDR beitreten könnte. Ein gemeinsamer Beitritt beider deutscher Staaten würde die höchste Stufe der deutschen Teilung bedeuten und zugleich zu einer Aufwertung der DDR führen, weshalb er der Landesgruppe eine Ablehnung des Beitritts empfehle. Franz Josef Strauß führte dazu aus, dass ein Nein zu dem Beitritt nur schwer in der Bevölkerung vermittelbar sei, weshalb er die Einbringung eines Entschließungsantrages für sinnvoll erachte. Für den Fall, dass dieser Antrag für eine gemeinsame EntschlieÙung abgelehnt werde, könne dann eine Ablehnung des UN-Beitritts durch die CSU erfolgen. In der Diskussion sprach sich der damalige JU-Landesvorsitzende Theo Waigel für ein Ja zum Vereinten Nationen Beitritt unter Auflagen aus, da eine Ablehnung gerade der jungen Generation nicht vermittelbar sei. Strauß formulierte sodann drei Bedingungen, die für die Zustimmung der CSU-Landesgruppe notwendig seien: So müsste das Selbstbestimmungsrecht der Völker, menschliche Freiheit und die Aufhebung beziehungsweise Außerkraftsetzung der Feindstaatenklausel in Artikel 53 und 107 der Charta der Vereinten Nationen erfüllt werden, wobei letzterem Priorität zukomme. Nach einer kurzen weiteren Diskussion nahm die Landesgruppe bei einer Gegenstimme die Empfehlung an, einem Vereinten-Nationen-Beitritt der Bundesrepublik nur unter den genannten Auflagen zuzustimmen. Sollten diese nicht erfüllt werden, wolle man für eine Ablehnung stimmen.<sup>415</sup>

---

<sup>414</sup> Vgl. Knapp: Vereinte Nationen, S. 731; vgl. zum Komplex der Bedeutung der UN-Politik der beiden deutschen Staaten Wentker: Doppelter UN-Beitritt. Mit dem gleichberechtigten Beitritt beider deutscher Staaten erreichte die DDR eines ihrer außenpolitischen Hauptziele. Vgl. Kuppe: Deutschlandpolitik der DDR, S. 263

<sup>415</sup> Vgl. ACSP, LG-Sitzungen, 7. WP, darin: Protokoll der Sitzung der CSU-Landesgruppe vom 13. Februar 1973, S. 4-6. Auf die Tatsache, dass der gemeinsame Beitritt der beiden deutschen Staaten die

Die erste Thematisierung des Beitritts zu den Vereinten Nationen im Plenum des Deutschen Bundestages fand am 16. Februar 1973, direkt am Tag nach der ersten Befassung mit dem Grundlagenvertrag statt. Gerade diese enge zeitliche Koppelung beider Themen wurde vom Redner der Unionsfraktion, Werner Marx, kritisiert.<sup>416</sup> Grundsätzlich sei, laut Marx, der Beitritt der Bundesrepublik zu begrüßen, zumal sie bereits Mitglied in praktisch allen Einrichtung der Organisation sei, doch gelte es aus Sicht der CDU/CSU noch einige Fragen zu klären. So seien aus der Sicht der Unionsfraktion ein Sitz der Bundesrepublik im Sicherheitsrat, die Einführung der deutschen Sprache in den Vereinten Nationen sowie die angemessene Vertretung der Bundesrepublik in allen Gremien wünschenswert.<sup>417</sup> Sollten diese Fragen positiv geklärt werden können, würde man einem Beitritt zu den Vereinten Nationen seitens der CDU/CSU-Bundestagsfraktion voraussichtlich zustimmen können.<sup>418</sup>

Für die Bundesregierung antwortete der parlamentarische Staatssekretär beim Außenministerium, Karl Moersch. Dabei räumte Moersch durchaus einen Zusammenhang zwischen der zeitlichen Behandlung des Grundlagenvertrages und dem Beitritt der Bundesrepublik zu den Vereinten Nationen ein, bestritt jedoch, dass der gleichzeitige Beitritt von Bundesrepublik und DDR einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR gleichkommen würde.<sup>419</sup>

Die Arbeitsgruppe V der gemeinsamen Bundestagsfraktion der beiden Unionsparteien war sich indes uneinig, wie man sich bezüglich des Beitritts verhalten sollte, wobei auch hier die bereits in der CSU-Landesgruppensitzung vom 13. Februar 1973 genannten Punkte diskutiert wurden.<sup>420</sup>

Trotz positiver Signale entschied sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ihre Haltung bezüglich des Beitritts der Bundesrepublik zu den Vereinten Nationen erst nach der

---

Teilung Deutschlands vor aller Öffentlichkeit der Völkergemeinschaft dokumentieren würde weist auch Dieter Blumenwitz in seiner Arbeit hin. Vgl. Blumenwitz: Die Offenheit der Deutschen Frage, S. 19

<sup>416</sup> Vgl. Bundestag: Stenographische Berichte, vom 16. Februar 1973, S. 671-678; vgl. auch Grau: Gegen den Strom, S. 456/457

<sup>417</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 457

<sup>418</sup> Vgl. Bundestag: Stenographische Berichte, vom 16. Februar 1973, S. 678

<sup>419</sup> Vgl. ebenda, S. 679/680

<sup>420</sup> Vgl. BayHStA, Bevollmächtigter Bayerns beim Bund, 28, darin: Entwurf eines Berichts des Bevollmächtigten Bayerns beim Bund an Ministerpräsident Goppel vom 5. April 1973

Osterpause zu treffen.<sup>421</sup> Andreas Grau betont dabei auch die Vorsicht, mit der sich Rainer Barzel zu der Thematik öffentlich äußerte.<sup>422</sup>

Bereits in der Landesgruppensitzung der CSU-Bundestagsabgeordneten vom 13. Februar war eine ablehnende Tendenz zu einem Beitritt zu den Vereinten Nationen abzulesen. In ähnlicher Weise äußerte sich auch der Fraktionsvorsitzende der CSU im Bayerischen Landtag, Alfred Seidl, in einem Schreiben an Rainer Barzel. Darin unterstreicht Seidl, dass die vorgesehene Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen die Teilung Deutschlands endgültig und vor aller Welt sichtbar machen würde. Damit würde gegen die Bestimmungen des Grundgesetzes verstoßen, da dieses alle Verfassungsorgane der Bundesrepublik darauf verpflichtet, die friedliche Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands in Freiheit herbeizuführen und nichts zu tun, was diesem Ziel entgegenstehen könnte.<sup>423</sup>

Seidl hielt sich abschließend nicht mit Kritik an dem Kurs der Bundestagsfraktion der Union zurück. So schloss er sein Schreiben an Barzel mit deutlichen Worten:

„Die Voraussetzungen, von deren Erfüllung die Fraktion der CDU/CSU die Zustimmung zu diesem Gesetz abhängig gemacht hat, sind daher unzureichend. Ein Beitritt zu den Vereinten Nationen kann nur für ein wiedervereinigtes Deutschland in Betracht kommen. Weitere Bedingungen müssten die Aufhebung der Artikel 53 und 107 der Charta der Vereinten Nationen sein und die Einräumung eines ständigen Sitzes im Sicherheitsrat.“<sup>424</sup>

Damit ging Seidl noch über die von der CSU-Landesgruppe im Februar geforderten Bedingungen deutlich hinaus.

Die entscheidende Beratung, wie sich die Unionsfraktion in der Angelegenheit des Beitritts der Bundesrepublik zu den Vereinten Nationen stellen wollte, fand in der Fraktionssitzung am 8. Mai 1973 statt.<sup>425</sup> Eingangs warb Fraktionsvorsitzender Barzel

---

<sup>421</sup> Vgl. ACDP, 08-001-1032/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 5. April 1973, S. 4

<sup>422</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 462. Dabei zitiert Grau auch die Vermutung Walther Leisler Kiep, die CSU wolle die Frage des Beitritts zu den Vereinten Nationen dazu nutzen, Barzel eine Niederlage beizufügen. Vgl. auch Kiep: Was bleibt ist große Zuversicht, S. 92

<sup>423</sup> Vgl. BayHStA, NL Alfred Seidl, Nr. 227, darin: Schreiben Seidls an CDU/CSU-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Rainer Barzel vom 24. April 1973, S. 2-3.

<sup>424</sup> BayHStA, NL Alfred Seidl, Nr. 227, darin: Schreiben Seidls an CDU/CSU-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Rainer Barzel vom 24. April 1973, S. 4

<sup>425</sup> Vgl. zum Folgenden, insbesondere zu den Positionen der CDU-Abgeordneten, auch Grau: Gegen den Strom, S. 467-471

für den Beitritt, in dem er darauf hinwies, dass die von der Union in der Bundestagsdebatte im Februar formulierten Forderungen weitgehend erfüllt seien.<sup>426</sup>

In der Debatte, in der deutlich kontrovers diskutiert wurde, äußerte sich der Abgeordnete Richard Jaeger für die CSU-Landesgruppe. Hierbei führte er eine ganze Reihe von Gründen an, die aus seiner Sicht gegen den Beitritt zu den Vereinten Nationen sprechen würden. So stelle die Feindstaatenklausel der Charta der Weltgemeinschaft ein großes Problem dar. Ebenso bedürfe es einer klaren Regelung bezüglich der Vertretungsberechtigung der Bundesrepublik für Berlin. Zugleich verwies Jaeger auf die eher geringe Bedeutung eines möglichen Beitritts der Bundesrepublik zu den Vereinten Nationen, die nicht im Ansatz mit dem Beitritt des damaligen Deutschen Reiches zum Völkerbund im Jahre 1925 vergleichbar sei. In vielen Punkten habe sich gezeigt, dass die Bedeutung und der Einfluss der Vereinten Nationen zunehmend abnehmen. Auch berge der Beitritt der Bundesrepublik die Gefahr, dass man sich künftig zwischen Staaten entscheiden müsste, zu denen man gute Beziehungen pflegen wolle; hierzu führte Jaeger als Beispiel die Beziehungen zu Israel und den arabischen Staaten an. Als bedeutendsten Grund, der gegen einen Beitritt der Bundesrepublik Deutschland spreche, sei laut dem CSU-Abgeordneten der gleichzeitige Beitritt der DDR. Die Tatsache, dass Schießbefehl und Mauer bestünden und ein Beitritt der DDR mit Blick auf die Menschenrechtskonvention überhaupt in Betracht komme, sei blanker Hohn. Zudem brauche nicht davon ausgegangen werden, dass die DDR quasi allein, unabhängig vom Beitritt der Bundesrepublik, Mitglied der Vereinten Nationen werden könne. Zugleich würde die gleichzeitige Aufnahme der DDR für diese die höchste Stufe ihrer internationalen Aufwertung und die stärkste Verdeutlichung der deutschen Teilung darstellen. Abschließend stellte Jaeger, mit einem Seitenhieb auf Barzel fest, dass die Glaubwürdigkeit der Union wieder hergestellt werden müsse.<sup>427</sup>

Entsprechend fiel sein Appell an die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion aus:

---

<sup>426</sup> Vgl. ACDP, 08-001-1032/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 8. Mai 1973, S. 26-27

<sup>427</sup> Vgl. ACDP, 08-001-1032/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 8. Mai 1973, S. 43-46. Walther Leisler Kiep bemerkt in seinen Tagebuchaufzeichnungen fälschlicher Weise, dass sich die CSU in der Debatte in der Fraktionssitzung am Nachmittag nicht geäußert habe. Zudem beteiligte sich auch der CSU-Abgeordnete Fritz Wittmann an der Aussprache. Vgl. ACDP, 08-001-1032/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 8. Mai 1973, S. 52/53; vgl. auch Kiep: Was bleibt ist große Zuversicht, S. 93

„[...] ein Nein zum Grundvertrag und ein Ja zur UNO ist in meinen Augen ein Nein insgesamt. Und deshalb fordere ich Sie auf zu einem doppelten Nein.“<sup>428</sup>

Nach einer weiteren Diskussion, in der die Meinungen für und wider den Beitritt erläutert wurden, wurde die Aussprache im Plenum der Fraktion vertagt, da sich die CSU-Landesgruppe zu einer eigenen Sitzung treffen wollte.<sup>429</sup>

Bei dieser gut einstündigen Sitzung der CSU-Abgeordneten begann Stücklen seine Ausführungen damit, dass ein Beitritt der Bundesrepublik nur abgelehnt werden könne, da der Status Berlins nicht geklärt sei und durch den gemeinsamen Beitritt mit der DDR diese eine völkerrechtliche Anerkennung erfahren würde. Auch die übrigen Wortmeldungen ließen, mit der Ausnahme derer der Abgeordneten Karl Heinz Lemmrich und Karl Fuchs, keinen Zweifel an einem Nein aufkommen. Franz Josef Strauß plädierte in seinen Ausführungen für ein Nein, welches er mit grundsätzlichen und taktischen Erwägungen begründete. Zudem sei nach den Vorgängen des Mai 1972 die Einigkeit der Gesamtfraktion nicht mehr das höchste Gut. Mit einer großen Mehrheit sprach sich die CSU-Landesgruppe in der Abstimmung bei lediglich vier Gegenstimmen und einer Enthaltung für ein Nein zu dem Gesetz zum Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinten Nationen aus.<sup>430</sup>

Bei der anschließenden Fortsetzung der Sitzung der Gesamtfraktion sollte es zur Abstimmung kommen. Nach der kurzen Information der Fraktion über das Abstimmungsergebnis der CSU-Landesgruppe ließ Barzel abstimmen.<sup>431</sup> Hierbei verzichtete er, wie Walther Leisler Kiep in seinem Tagebucheintrag festhielt, auf „ein erneutes, leidenschaftliches Plädoyer“<sup>432</sup>. Die erste, in offener Form abgegebene Abstimmung ergab ein äußerst knappes Ja für den Beitritt zu den Vereinten Nationen mit nur einer Stimme Mehrheit.<sup>433</sup>

---

<sup>428</sup> ACDP, 08-001-1032/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 8. Mai 1973, S. 46

<sup>429</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 471

<sup>430</sup> Vgl. ACSP, LG-Sitzungen, 7. WP, darin: Protokoll der Sitzung der CSU-Landesgruppe vom 8. Mai 1973, S. 1-3. Mit Ja hatten die Abgeordneten Höcherl, Biehle, Schulze-Vorberg und Lemmrich gestimmt. Der Abgeordnete Fuchs, der sich bei der Abstimmung enthalten hatte, wollte sich der Mehrheit der Landesgruppe anschließen, was auch Biehle und Lemmrich signalisierten. Vgl. ACSP, LG-Sitzungen, 7. WP, darin: Protokoll der Sitzung der CSU-Landesgruppe vom 8. Mai 1973, S. 2. Zur Argumentation der CSU-Landesgruppe vgl. ACSP, LG-7. Wahlperiode, Nr. 234, darin: Vermerk für den Vorsitzenden vom 8. Mai 1973

<sup>431</sup> Vgl. ACDP, 08-001-1032/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 8. Mai 1973, S. 76. Vgl. auch Grau: Gegen den Strom, S. 471

<sup>432</sup> Kiep: Was bleibt ist große Zuversicht, S. 93

<sup>433</sup> Das Abstimmungsergebnis betrug laut dem Protokoll der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 97 zu 96 Stimmen. Vgl. ACDP, 08-001-1032/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 8. Mai 1973, S. 77. Walther Leisler Kiep berichtet von einem Ergebnis von 79 zu 78. Vgl. Kiep: Was bleibt ist große Zuversicht, S. 93



Bei der darauffolgenden Wiederholung der Wahl in geheimer Abstimmung drehte sich dieses Ergebnis: Von den anwesenden 195 Abgeordneten votierten bei einer Enthaltung 93 für ein Ja und 101 für ein Nein in der Frage einer Mitgliedschaft der Bundesrepublik in den Vereinten Nationen.<sup>434</sup> Dieses Ergebnis zeigte nicht nur die Uneinigkeit der Unionsfraktion zur Frage des Beitritts zu den Vereinten Nationen, sondern sollte auch personelle Konsequenzen nach sich ziehen: Rainer Barzel fasste diese Abstimmung nicht als Sachentscheidung, sondern als persönlichen Affront gegen seine Person auf, weshalb er bereits in der Sitzung eine Erklärung für den folgenden Tag ankündigte, an dem er, nach gut 10 Jahren an der Spitze der Fraktion, seinen Rücktritt vom Fraktionsvorsitz bekannt gab.<sup>435</sup> Dieser wurde damit ein Zeichen der in der Frage des UN-Beitritts offen zu Tage tretenden Zerrissenheit der Unionsfraktion in der Deutschlandpolitik.<sup>436</sup> Wolfgang Pauly sieht in dem Scheitern Barzels in der Frage der Zustimmung der Unionsfraktion wie schon vorher in der Enthaltung in der Frage der Ostverträge eine klare Absage an die Person des Fraktionsvorsitzenden als Spitzenkandidaten von CDU und CSU.<sup>437</sup>

Nachdem Barzel am 9. Mai 1973 seinen Rücktritt erklärt hatte und diesen mit dem Abstimmungsergebnis des Vortages begründete, sah sich die CSU-Landesgruppe dem Vorwurf ausgesetzt, man habe in der Frage des Vereinten-Nationen-Beitritts nicht in der Sache entschieden, sondern aus personellen Aspekten. Nach einer Sitzungsunterbrechung zur Beratung des Fraktionsvorstandes einigten sich die Unionsparlamentarier darauf, dass bis zur Wahl eines neuen Vorsitzenden der Ehrenvorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Altbundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, die Fraktion führen solle.<sup>438</sup>

---

<sup>434</sup> Vgl. ACDP, 08-001-1032/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 8. Mai 1973, S. 78; vgl. auch Barzel: Geschichten aus der Politik, S. 158

<sup>435</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 472. Bei Grau findet sich auch eine detaillierte Darstellung der Vorgänge in Barzels Umgebung in der Zeit zwischen den beiden Sitzungen der Unionsfraktion am 8. und 9. Mai 1973 und den Rücktritt Barzels im Allgemeinen. Vgl. ebenda, S. 472-479. Vgl. ferner Koch / Bamberg: CDU/CSU, S. 60/61. Die Rücktrittserklärung Barzels findet sich auch gedruckt bei Barzel: Geschichten aus der Politik, S. 158/159

<sup>436</sup> Vgl. Kaßnitz: Grundpositionen in der Strategie und in der parlamentarischen Auseinandersetzung, S. 430/431; vgl. auch Siebenmorgen: Franz Josef Strauß, S. 492

<sup>437</sup> Vgl. Pauly: Christdemokraten und Christlich-Soziale, S. 149

<sup>438</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 474; vgl. auch ACDP, 08-001-1032/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 9. Mai 1973, S. 1-3. Die CSU-Landesgruppe befasste sich am Abend des 9. Mai eingehend mit der Frage des Rücktritts von Barzel. ACSP, LG-Sitzungen, 7. WP, darin: Protokoll der Sitzung der CSU-Landesgruppe vom 9. Mai 1973, S. 1-5. Vgl. dazu auch Barzel: Geschichten aus der Politik, S. 152-162. Wie aus einem Bericht von Staatsminister Heubl an Ministerpräsident Goppel hervorgeht, war der Rücktritt von Barzel für die CSU-Landesgruppe überraschend. Vgl. BayHStA, Bevollmächtigter des Freistaates Bayern beim Bund, Nr. 28, darin: Schreiben Staatsminister Heubl an Ministerpräsident Alfons Goppel vom 10. Mai 1973.

In der Bundestagsdebatte zum Beitrittsgesetz der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinten Nationen spielte dieser, wegen der von der Regierung vorgenommenen Verknüpfung mit der Beratung und Beschlussfassung zum Grundlagenvertragsgesetz, aus der Sicht der CSU eine untergeordnete Rolle. So erwähnte der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß den Beitritt zu den Vereinten Nationen in seiner Rede am 9. Mai 1973 vor dem Bundestag mit keiner Silbe.<sup>439</sup> Auch in der Rede des zweiten CSU-Redners, Fritz Ludwig Schenk Graf von Stauffenberg, spielte der Beitritt zu den Vereinten Nationen nur eine sehr untergeordnete Rolle, da er diesen nur am Rande erwähnte.<sup>440</sup> Der Grund dafür liegt zum einen sicher in der von der CSU hochstilisierten und stark emotional behafteten Konzentration auf das Nein zum Grundlagenvertrag, zum anderen jedoch sicher auch darin, dass ein Nein zum Beitritt der Bundesrepublik zu den Vereinten Nationen nicht sonderlich populär war.

Die Entscheidung im Bundestag fiel dann deutlich aus: Bei einem Ergebnis von 364 Ja- zu 121 Nein-Stimmen hatte ein beträchtlicher Teil der insgesamt 225 Mitglieder der Unionsfraktion für den Beitritt gestimmt. Von den Abgeordneten der CSU-Landesgruppe votierten lediglich der ehemalige Bundesinnenminister Hermann Höcherl und Max Schulze-Vorberg für das Gesetz zum Vereinten Nationen Beitritt.<sup>441</sup>

Gemäß dem Entscheid des Bundestags kam es dann zum gemeinsamen Eintritt der Bundesrepublik und der DDR in die Weltorganisation. Anlässlich der 28. Vollversammlung der UN wurden die DDR und die Bundesrepublik am 18. September 1973 als 133. und 134. Staat aufgenommen.<sup>442</sup>

Auf dem kleinen Parteitag der CSU Ende Mai 1973 verteidigte der CSU-Vorsitzende Strauß nochmals die Position seiner Partei. So habe man sich in der Vergangenheit bewusst gegen einen Beitritt der Bundesrepublik zu den Vereinten Nationen ausgesprochen, um so nicht der DDR den Weg in die Weltorganisation zu ebnet.<sup>443</sup>

### *2.5.2 Die Behandlung der Beitrittsfrage durch den Bundesrat und die Bayerische Staatsregierung*

Der Bundesrat befasste sich in den beiden Sitzungen am 2. Februar und am 25. Mai 1973 mit der Frage des Beitritts der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinten

---

<sup>439</sup> Vgl. Bundestag: Stenographische Berichte, vom 9. Mai 1973, S. 1447-1457

<sup>440</sup> Vgl. Bundestag: Stenographische Berichte, vom 10. Mai 1973, S. 1609-1614

<sup>441</sup> Vgl. ebenda, S. 1653-1655

<sup>442</sup> Vgl. Gehler: Deutschland, S. 224

<sup>443</sup> Vgl. ACSP, PA 19730528, Nr. 2, darin: Protokoll zur Rede des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, S. 15/16

Nationen. Hierbei hatte die Länderkammer in der ersten Lesung das Beitrittsgesetz ohne Einwände und große Debatte einstimmig passieren lassen.<sup>444</sup>

Zugleich fand das Thema in den Sitzungen des bayerischen Ministerrates kaum Niederschlag und wurde praktisch von der für die Staatsregierung bedeutenderen Debatte über den Grundlagenvertrag und das damit verbundene Normenkontrollverfahren überflügelt. In der Sitzung des Kabinetts am 22. Mai 1973 befasste man sich mit der Angelegenheit des UN-Beitritts im Zuge der Vorbereitung der 394. Sitzung des Bundesrates. Dabei sah die entsprechende Sitzungsvorlage noch eine Zustimmung Bayerns zum Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik zu den Vereinten Nationen vor, da alle Länder im ersten Durchgang hierfür gestimmt hätten.<sup>445</sup> In den Akten findet sich jedoch schon hier ein Fernschreiben der Staatskanzlei an den Bayerischen Staatsminister für Bundesangelegenheiten mit der Weisung, dem Gesetz über den UN-Beitritt der Bundesrepublik in der Bundesratssitzung die Zustimmung zu versagen, was so auch von Heubl umgesetzt wurde.<sup>446</sup>

In einer Erklärung der Bayerischen Staatsregierung machte Staatssekretär Erich Kiesel nochmals die Gründe für die Ablehnung des UN-Beitritts durch Bayern deutlich. Nach einer erneuten Abwägung des Für und Widers sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass die Gründe, welche gegen eine Zustimmung sprechen würden, überwiegen. Kiesel betonte, dass sich die Staatsregierung zu den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen bekenne und diese Organisation seit jeher unterstützt habe. Die größten Bedenken habe die bayerische Regierung wegen der gleichzeitigen Aufnahme der DDR in die Vereinten-Nationen, da mit ihr der Teil Deutschlands aufgenommen würde, in dem das Selbstbestimmungsrecht und wesentliche Menschenrechte den Bürgerinnen und Bürgern nicht zugänglich seien. Zudem befürchte man von bayerischer Seite, dass durch den gleichzeitigen Beitritt der Bundesrepublik und der DDR vor der Weltöffentlichkeit die deutsche Teilung besiegelt werden würde. Außerdem war die bayerische Regierung in Sorge, dass die gemeinsame Aufnahme der beiden deutschen Staaten als stillschweigende Hinnahme der inneren Verhältnisse in der DDR gewertet werden könnte. Auch sei eine bessere Absicherung der Vertretungsrechte der Bundesrepublik für das Land Berlin innerhalb der Vereinten Nationen von Nöten

---

<sup>444</sup> Bundesrat: Stenographische Berichte, vom 2. Februar 1973, S. 20

<sup>445</sup> Vgl. BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 93, darin: Niederschrift über die Sitzung des Ministerrats vom Dienstag, dem 22. Mai 1973, Anlage 1, S. 2

<sup>446</sup> Vgl. Bundesrat: Stenographische Berichte, vom 25. Mai 1973, S. 179; vgl. auch BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 93, darin: Niederschrift über die Sitzung des Ministerrats vom Dienstag, dem 22. Mai 1973, Anlage 2

gewesen, was aber in der bestehenden Form nicht der Fall sei. Solange all diese Bedenken nicht ausgeräumt seien, so Kiesel abschließend, sei eine Zustimmung Bayerns zu einem Beitritt der Bundesrepublik zu den Vereinten Nationen nicht denkbar.<sup>447</sup>

Damit hatte die Bayerische Staatsregierung die Position der CSU im Bundesrat nochmals unterstrichen. Den Auswirkungen der Ablehnung des UN-Beitritts durch die CSU kam gleichwohl bei Weitem nicht die Bedeutung der Klage gegen den Grundlagenvertrag zu. Größte Nachwirkung hatte die ablehnende Haltung wohl auf die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, da es hier aufgrund des Abstimmungsverhaltens der Fraktion zu einem Wechsel an deren Spitze kam. Dass es aber das Ziel der CSU war, durch das Negativvotum zum UN-Beitritt Barzel zu beschädigen oder gar zu stürzen, ist dabei wohl eher unwahrscheinlich. Allenfalls ist darin ein, aus Sicht vieler CSU Führungskräfte nicht ganz unwillkommener Nebeneffekt, zu erkennen.

## 2.6 Die Ablehnung der Einrichtung von Ständigen Vertretungen durch Bayern

Gemäß dem Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR war die Errichtung von diplomatischen Vertretungen beim jeweils anderen Vertragspartner vorgesehen.<sup>448</sup> Die Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der DDR hatten dabei schon deutlich gemacht, dass mit der Schaffung dieser Vertretungen aber auch der besondere Status gewahrt werden musste.

Entsprechend dieser Grundlage sollten die Leiter dieser Ständigen Vertretungen nicht den diplomatischen Titel Botschafter tragen und auch bei den Mitarbeitern sollte ein Unterschied nach außen hin unterstrichen werden. Für die Einrichtung einer solchen Vertretung war die Gewährung von Vorrechten für die Mitarbeiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn vorgesehen, ähnlich, wie sie Diplomaten anderer Länder in der Bundesrepublik genießen.<sup>449</sup>

Diese eingeräumten Vorrechte waren jedoch im Vergleich zu denen, die Diplomaten anderer Staaten gewährt wurden, eingeschränkt: So blieb das in der Bundesrepublik für Diplomaten obligatorische CD-Autokennzeichen den Vertretern der DDR versagt, ebenso wie ihre Aufnahme in die Auflistung ausländischer Diplomaten. Zudem sollte

---

<sup>447</sup> Vgl. BayHStA, NL Alfred Seidl, Nr. 220, darin: Erklärung von Staatssekretär Kiesel für die Bayerische Staatsregierung zum Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Charta der Vereinten Nationen in der Bundesratssitzung vom 25. Mai 1973, S. 1-4

<sup>448</sup> Vgl. Hacker: Grundlagenvertrag, S. 421

<sup>449</sup> Vgl. ebenda, S. 60

das Bundeskanzleramt Ansprechpartner für die DDR-Vertretung sein und nicht, wie für die Vertretungen anderer Staaten üblich, das Auswärtige Amt.<sup>450</sup>

Bedeutend war dabei, dass es nur zu einer Behandlung entsprechend der Wiener Übereinkunft über diplomatische Beziehungen kommen sollte, nicht gemäß diesem Abkommen, da dadurch nochmals der völkerrechtlich-qualitative Unterscheid und die Besonderheit des Verhältnisses beider deutscher Staaten unterstrichen werden sollte.<sup>451</sup>

Die Bayerische Staatsregierung entschied sich bezüglich dieses Gesetzes, nicht den Vermittlungsausschuss anzurufen und alle Möglichkeiten eines Widerstands gegen das Gesetz auszuspielen, was sicherlich auch der Tatsache geschuldet gewesen sein dürfte, dass der Freistaat in dieser Frage keine Unterstützung der CDU-regierten Länder erwarten konnte.<sup>452</sup>

Entsprechend dieser Entscheidung gab Staatsminister Franz Heubl eine Erklärung im Bundesrat ab. Dabei betonte der bayerische Minister für Bundesangelegenheiten, dass bereits bei der Vorberatung des Entwurfs deutlich gemacht worden sei, dass die entsprechenden Bestimmungen über Erleichterungen, Vorrechte und Befreiungen im Einzelnen aufgezählt werden sollten und kein einfacher Verweis auf das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen erfolgen sollte. Der Grund dafür sei, dass es ohne eine solche Aufzählung der einzelnen gewährten Rechte zu einer Annäherung der Beziehungen zur DDR zu normalen diplomatischen Beziehungen kommen würde, was einer stillschweigenden völkerrechtlichen Anerkennung der DDR gleichkommen würde. Doch die Weigerung der Bundesregierung, eine einzelne Aufzählung der Rechte der DDR-Vertreter in dem entsprechenden Gesetz vorzunehmen und damit einen Bezug auf das Wiener Übereinkommen zu verhindern, schüre zusätzlich diese Sorge.<sup>453</sup>

Bei der Abstimmung über das Gesetz enthielten sich daher die Vertreter Bayerns im Bundesrat, so dass dieses die Länderkammer ohne Gegenstimme passierte.<sup>454</sup>

---

<sup>450</sup> Vgl. Boysen: Das weiße Haus in Ost-Berlin, S. 53-55; vgl. auch zur Zuständigkeit des Bundeskanzleramtes für die Ständige Vertretung der DDR in der Bundesrepublik: Willandsen: Karlsruher Urteil, S. 100-113. Eine Gesamtdarstellung der Geschichte der Ständigen Vertretungen bietet die Dissertation von Jacquine Boysen. Vgl. Boysen: Das weiße Haus in Ost-Berlin.

<sup>451</sup> Vgl. Willandsen: Karlsruher Urteil, S. 113/114

<sup>452</sup> Vgl. BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 96, darin: Niederschrift über die Sitzung des Ministerrats vom Dienstag, den 26. Juni 1973, Nr. 105, S. 17

<sup>453</sup> Vgl. Bundesrat: Stenographische, Berichte 6. Juli 1973, S. 269-270

<sup>454</sup> Vgl. ebenda, S. 270. Wie Dieter Blumenwitz hierzu ausführt, war die Verweigerung der bayerischen Zustimmung im Bundesrat insofern gerechtfertigt und konsequent, als dass die vorgesehene Akkreditierung des Leiters der DDR-Vertretung in Bonn beim Bundespräsidenten als mögliche völkerrechtliche Anerkennung hätte interpretiert werden können. Vgl. Blumenwitz: Der Beitrag der CSU zur staatlichen Einheit Deutschlands, S. 57

Nach der Verabschiedung des Gesetzes erfolgten erneute Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR über die Einrichtung der Ständigen Vertretungen, die Mitte März 1974 im Protokoll über die Errichtung der Ständigen Vertretungen mündeten.<sup>455</sup>

Für das Inkrafttreten war zusätzlich zu dem am 6. Juli 1973 im Bundesrat beratenen Gesetz eine Rechtsverordnung der Bundesregierung über die Erleichterungen, Vorrechte und Befreiungen für die Mitarbeiter der Ständigen Vertretung der DDR notwendig. Dabei sollten die Bestimmungen der Wiener Diplomatischen Konvention nur entsprechend Anwendung finden. Auf einen direkten Bezug verzichtete man, um dadurch nicht den Eindruck einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR zu vermitteln. Zugleich hatte eine rechtliche Prüfung durch das Bundesjustizministerium ergeben, dass die Akkreditierung des Leiters der Ständigen Vertretung der DDR beim Bundespräsidenten keiner Anerkennung der DDR im völkerrechtlichen Sinn gleichkomme.<sup>456</sup>

Genau an diesem Punkt stieß sich die CSU, da man darin die Gefahr einer Fehlinterpretation erblickte. So übte der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß Kritik an dem vorgesehenen Verfahren zur Akkreditierung des Leiters der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, da dieses als konkludente völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik gewertet werden könnte.<sup>457</sup>

Auch der Vorsitzende des Arbeitskreises V der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ruppert Dirnecker, wies in einem Schreiben an Alfred Seidl auf die Mängel der Frage der Akkreditierung des Leiters der Ständigen Vertretung beim Bundespräsidenten hin. Wörtlich nennt Dirnecker hierbei folgende Punkte:

„1. Keinerlei Vereinbarung, wie unsere Vertretung in Ostberlin die grundgesetzliche Obhutspflicht der Bundesrepublik Deutschland für alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes angesichts des ‚DDR‘-Staatsbürgerschaftsgesetzes und der ‚DDR‘-Rechtsverordnung über den Verkehr von ‚DDR‘-Bürgern mit ausländischen Missionen wahrnehmen kann. [...]

---

<sup>455</sup> Vgl. Boysen: Das weiße Haus in Ost-Berlin, S. 61. Das Protokoll über die Errichtung Ständiger Vertretungen findet sich gedruckt in der Dokumentation von Jüttner / Blumenwitz / Loewenstern (Hgg.): Die Deutsche Frage, Dokument Nr. 7, S. 76

<sup>456</sup> Vgl. Bundesrat: Stenographische Berichte, vom 4. April 1974, S. 119; vgl. auch Boysen: Das weiße Haus in Ost-Berlin, S. 63

<sup>457</sup> Vgl. ebenda, S. 62

2. Die Nichterwähnung Ostberlins im Protokoll, im Gegensatz zur Erwähnung Westberlins, bekräftigt die ‚DDR‘-These von ‚Ostberlin als Hauptstadt der DDR‘ und ‚Westberlin als selbstständiger politischer Einheit‘.

Besonderer Prüfung bedürfen noch die beiderseitigen Beglaubigungsschreiben, deren Text noch nicht bei uns vorliegt.“<sup>458</sup>

Ganz in diesem Sinne fiel auch die Äußerung des bayerischen Ministerpräsidenten Goppel im Bundesrat aus:

„Die Bayerische Staatsregierung erblickt in der Tatsache, dass der Leiter der Ständigen Vertretung der DDR beim Bundespräsidenten akkreditiert wird, die Gefahr, dass dies als die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und damit als stillschweigende völkerrechtliche Anerkennung der DDR interpretiert werden könnte. Die Bundesregierung ist bedauerlicher Weise nicht bereit, diesen Rechtschein durch eine der DDR notifizierte Erklärung auszuräumen. Die Bayerische Staatsregierung sieht sich daher nicht in der Lage, dieser Verordnung zuzustimmen. Sie enthält sich der Stimme.“<sup>459</sup>

Trotz dieses bayerischen Einwands stimmte der Bundesrat der entsprechenden Rechtsverordnung der Bundesregierung einstimmig, bei der Enthaltung Bayerns zu.<sup>460</sup>

Dass die bayerische Regierung hier durch ihre Enthaltung nicht alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel des Widerstands ausnutzte ist offensichtlich. Der Grund dafür wird sicher zum einen in der schon erwähnten Tatsache der fehlenden Unterstützung der CDU-Landesregierungen, zum anderen in politisch taktischen Motiven zu suchen sein. So wäre eine deutlichere Ablehnung wohl sehr schnell als bayerische Fundamentalopposition interpretiert worden. Stattdessen entschied man sich zu einer Enthaltung und der Abgabe einer Erklärung, so dass dadurch das Ziel, das Mahnen vor einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR und zugleich das damit verbundene Wachhalten der deutschen Frage erreicht werden konnten.

## 2.7 Die CSU und die KSZE Schlussakte von Helsinki

Ein weiteres Element der neuen Außenpolitik und der Entspannungspolitik der sozial-liberalen Bundesregierung war der Prozess der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Die Umsetzung fiel dabei bereits in die Amtszeit

---

<sup>458</sup> BayHStA, NL Alfred Seidl, Nr. 230, darin: Schreiben MdB Ruppert Dirnecker, Vorsitzender des Arbeitskreises V der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 25. März 1974 an den Vorsitzenden der CSU-Landtagsfraktion, Alfred Seidl

<sup>459</sup> Bundesrat: Stenographische Berichte, vom 4. April 1974, S. 119

<sup>460</sup> Vgl. ebenda, S. 120

von Bundeskanzler Helmut Schmidt. Nach längeren Verhandlungen im Vorfeld dieser Gespräche, die die bisher bilateralen Ergebnisse der neuen Ostpolitik auf eine multilaterale Grundlage heben sollten, fanden sie ihren Abschluss in den Schlussberatungen, die im August 1975 in Helsinki geführt wurden.<sup>461</sup>

Hierbei wurden die Themenbereiche der Beziehungen zwischen dem Westen und dem Osten in drei sogenannte Körbe zusammengefasst. Der Korb I befasste sich dabei mit den Fragen der europäischen Sicherheit und den damit verbundenen vertrauensbildenden Maßnahmen, der Korb II thematisierte die wirtschaftliche und kulturelle Kooperation, während sich der Korb III humanitären Aspekten und dem Informationsaustausch widmete, wobei sich die Bundesregierung gerade für diesen letzten der drei Körbe einsetzte. Dabei erreichte man von bundesrepublikanischer Seite den Teilerfolg, dass sich die sowjetischen Vertragspartner auf eine Art deutsche Option einließen, die die friedliche Veränderung der Grenzen und somit die Herstellung der Einheit Gesamtdeutschlands auf diesem Wege offen ließ.<sup>462</sup>

Die CSU und ihre Gremien befassten sich von Beginn an kritisch mit dem Verhandlungsprozess zur KSZE. Schon am Parteitag des Jahres 1970 machte das mit dem Bereich Deutschland- und Außenpolitik befasste Forum der Parteitagsdelegierten deutlich, dass ein solches europäisches Sicherheitssystem unter der zu befürchtenden Hegemonie der Sowjetunion nicht zu mehr, sondern im Gegenteil zu weniger Sicherheit in Europa führen würde, weshalb den Vorstößen der SPD in diese Richtung entgegenzutreten sei.<sup>463</sup> Insbesondere der Fraktionsvorsitzende der Landtagsfraktion der CSU, Alfred Seidl, der nach den Landtagswahlen 1974 als Staatssekretär im bayerischen Justizministerium ins Kabinett einzog, widmete sich intensiv dieser Angelegenheit. Entsprechend wies Seidl in einem Schreiben vom April 1974 an Franz Josef Strauß bereits auf seine Befürchtung hin, dass Bundestag, Bundesrat und die Öffentlichkeit bezüglich der KSZE unter Umständen von der Bundesregierung vor vollendete Tatsachen gestellt werden könnten.<sup>464</sup> Dabei hatte die CDU/CSU-

---

<sup>461</sup> Vgl. Bierling: Außenpolitik, S. 200; vgl. auch Haftendorn: Außenpolitik, S. 213/214. Zum gesamten Themenkomplex der KSZE vergleiche Bredow: Der KSZE-Prozess

<sup>462</sup> Vgl. Bierling: Außenpolitik, S. 200; vgl. auch Bredow: Der KSZE-Prozess, S. 52/53

<sup>463</sup> Vgl. ACSP, PT 19700411, Nr. 6, darin: Ergebnisblatt des Forums I, S. 2. Auch Franz Heubl Strauß gegenüber sehr kritisch zur Frage der KSZE geäußert. Vgl. ACSP, NL Strauß Büro PV, Nr. 6472, darin: Anlage zum Thema „100 Tage Regierung Brandt / Scheel“ zu einem Schreiben von Staatsminister Franz Heubl an Franz Josef Strauß vom 5. Februar 1970, S. 6/7

<sup>464</sup> Vgl. ACSP, NL Strauß Büro Bonn, Nr. 162/3954, darin: Schreiben Seidls an Strauß vom 12. April 1974



Bundestagsfraktion den Verhandlungsprozess von Anfang an kritisch begleitet und insbesondere Kritik an der Verhandlungsführung der Bundesregierung geübt.<sup>465</sup>

Der Arbeitskreis Deutschland- und Außenpolitik der CSU verfasste, ganz im Sinne dieser Bedenken, ein gemeinsames Papier mit dem Landesausschuss für Deutschlandpolitik der CDU Baden-Württemberg. Darin wurde ausdrücklich die Forderung nach der verbindlichen Gewährleistung der Menschenrechte für alle europäischen Völker erhoben.<sup>466</sup> Dabei spart das Papier auch nicht an deutlicher Kritik an der DDR:

„Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl sind mit dieser menschenrechtlichen Forderung ebenso wenig vereinbar wie eine ideologische Abgrenzungspolitik der kommunistischen Regime. Kein Staat darf sich der Erfüllung dieser Verpflichtungen unter Berufung auf seine innerstaatlichen Rechte entziehen. Menschenrechte gehen dem staatlichen Souveränitätsprinzip vor! [Hervorhebung im Original]“<sup>467</sup>

Des Weiteren forderten die beiden Arbeitskreise, dass durch die KSZE die unnatürliche Teilung Europas nicht verfestigt werden dürfe und dass die KSZE die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts auch für das deutsche Volk offenhalten müsse. Demgemäß dürfe das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen nicht als Vorwand gegen eine mögliche Einheit Deutschlands stehen. Zudem solle im Sinne der Forderung nach einer echten Entspannung auch eine verlässliche Sicherung der staatlichen Souveränität vor Intervention oder Erpressung gewährleistet werden. Die Arbeitskreise der CSU und der CDU-Baden-Württemberg verwiesen zudem auf die Gefährdung des europäischen Friedens durch die Aufrüstungen des Warschauer Paktes, weshalb gleichzeitige Verhandlungen über einen Truppenabbau forciert werden sollten. Auch warnt das gemeinsame Papier ausdrücklich vor der Gefahr der möglichen sowjetischen Mitspracheeinmischungen in die Angelegenheiten des freien Europas durch die, von Moskau geforderten, Etablierung einer ständigen Konferenz. Abschließend stellten die beiden Arbeitskreise fest, dass ein Erfolg der KSZE-Verhandlungen nur dann möglich sei, wenn es dabei gelinge, die Forderungen des

---

<sup>465</sup> Vgl. Becker: Die frühe KSZE-Politik, S. 72

<sup>466</sup> Vgl. BayHStA, NL Alfred Seidl, Nr. 234, darin: Gemeinsame EntschlieÙung des Arbeitskreises „Deutschland- und Außenpolitik der CSU“ und des „Landesfachausschusses für Deutschlandpolitik und auswärtige Angelegenheiten der CDU“ in Baden-Württemberg zur Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) von der Landesversammlung am 14. September 1974 in München, S.

1

<sup>467</sup> Vgl. ebenda, S. 1

freien Europas und des deutschen Volkes auf Gewährleistung der Menschenrechte verbindlich zu sichern.<sup>468</sup>

Damit beinhaltete dieses gemeinsame Papier die wesentlichen Eckpunkte der CSU Politik gegenüber der KSZE-Schlussakte, welche im Folgejahr verabschiedet werden sollte. Entsprechend wies Staatssekretär Alfred Seidl in einem Schreiben vom 19. Juni 1975 an Franz Josef Strauß darauf hin, dass die KSZE-Gespräche die in sie gesetzten Erwartungen insbesondere bezüglich des sogenannten Korb III nicht erfüllt hätten. In diesem Schreiben erläuterte Seidl zudem die Möglichkeiten einer verbindlichen verfassungskonformen Interpretation der KSZE-Schlussakte und nannte dabei als geeignetes Mittel die parlamentarische EntschlieÙung.<sup>469</sup>

Entsprechend diesem Ziel brachte Seidl im bayerischen Kabinett den Vorschlag zu einem EntschlieÙungsantrag ein. Hierbei einigte sich die Staatsregierung per Beschluss darauf, einen entsprechenden Antrag in die Beratungen des Bundesrates zum KSZE-Schlussprotokoll einzubringen und diesen vorher mit den beiden Bundestagsabgeordneten Werner Marx und Alois Mertes abzustimmen, welche sich seitens der Unionsfraktion mit der Frage federführend befassten.<sup>470</sup>

Mit dem EntschlieÙungsantrag sollte eine Klarstellung bezüglich des Schlussdokuments der KSZE erreicht werden. Im Wesentlichen nannte der Antrag Bayerns dabei fünf zentrale Punkte:

1. Die Bundesrepublik sollte erklären, dass mit Hinblick auf die in Prinzip 10 der KSZE-Schlussakte enthaltenen Regelungen weiter gelten, wonach frühere bilaterale und multilaterale Verträge sowie andere Rechte und Verpflichtungen unberührt bleiben sollten. Dabei nannte der Antrag die Fortexistenz Gesamtdeutschlands, den Friedensvertragsvorbehalt, die Wahrung der Rechte und politischen Möglichkeiten der Bundesrepublik, die Wiedervereinigung auf friedlichem Wege anzustreben, und den Hinweis auf die Bindung Berlins an die Bundesrepublik Deutschland.
2. Die Bundesrepublik begrüÙt das im Prinzip 8 genannte Bekenntnis der an der KSZE beteiligten Staaten zum Selbstbestimmungsrecht der Völker unter dem

---

<sup>468</sup> Vgl. ebenda, S. 2-3

<sup>469</sup> Vgl. ACSP, NL Strauß Büro PV, Nr. 9775, darin: Schreiben Alfred Seidls an Franz Josef Strauß vom 19. Juni 1975, S. 1-3

<sup>470</sup> Vgl. BayHStA, StK-Ministerratsprotokolle, Nr. 114, darin: Niederschrift über die Sitzung des Ministerrates vom Dienstag, den 1. Juli 1975, Nr. 26, S. 6. In dieser Kabinettsitzung wurde zugleich auf den Streit um das Stimmrecht des Landes Berlin bei EntschlieÙungsanträgen kurz eingegangen. Vgl. ebenda, S. 6

Verweis auf die Tatsache, dass selbiges dem deutschen Volk bislang verwehrt geblieben sei, die Teilung des Landes mit friedlichen Mitteln zu überwinden.

3. Die Bundesrepublik weist auf die Tatsache hin, dass der KSZE-Prinzipienkatalog nicht die besonderen Beziehungen der beiden deutschen Staaten in Deutschland und die damit verbundenen Verträge, Abkommen, Vereinbarungen und Ähnliches betreffe.
4. Die Bundesrepublik geht davon aus, dass durch die Absichtserklärungen der KSZE kein neues, wie auch immer geartetes Völkerrecht neben dem allgemeinen Völkerecht entsteht.
5. Die Bundesrepublik geht von der Verbindlichkeit des Prinzipienkatalogs für alle beteiligten Staaten aus, dass sich diese nicht unter Berufung auf nicht allgemeines Völkerrecht diesen entziehen könnten.<sup>471</sup>

In der Sitzung des Bundesrates am 11. Juli 1975 brachte die Bayerische Staatsregierung diesen Antrag ein. Dabei übernahm die Antragsbegründung Staatssekretär Alfred Seidl. In seinen Ausführungen betonte er die verständliche Konzentration aller westlicher Teilnehmerstaaten, Erfolge zu den in Korb III aufgeführten Themengebiete der Humanität, insbesondere der Freizügigkeit der Menschen sowie des Informations- und Meinungsaustauschs, zu erreichen, was aber nicht gelungen sei.<sup>472</sup> Dementsprechend fiel seine Bewertung des Schlussdokuments der KSZE aus:

„Die Schlussdokumente [...] beschränken sich hier, von wenigen, nicht ins Gewicht fallenden Ausnahmen abgesehen, auf **unverbindliche Absichtserklärungen** [Hervorhebung im Original].“<sup>473</sup>

Der Entschließungsantrag der Bayerischen Staatsregierung scheiterte, nicht zuletzt an der Wertung der Gegenstimmen des Landes Berlin, da dessen Vertreter in Bundestag und Bundesrat zwischen 1949 bis 1990 nur eingeschränkt stimmberechtigt waren und die Frage der Stimmberechtigung im Falle der EntschlieÙung unklar war.<sup>474</sup>

---

<sup>471</sup> Vgl. BayHStA, NL Alfred Seidl, Nr. 234, darin: Antrag Bayerns für eine EntschlieÙung des Bundesrats zur Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) S. 1-3

<sup>472</sup> Vgl. Bundesrat: Stenographische Berichte, vom 11. Juli 1975, S. 181. Das Originalmanuskript der Rede Seidls findet sich in dessen Nachlass. Vgl. BayHStA, NL Alfred Seidl, Nr. 234, darin: Rede des Staatssekretärs im Bayerischen Staatsministerium der Justiz Dr. Alfred Seidl vor dem Bundesrat am 11. Juli 1975 zur Begründung des Antrags des Freistaats Bayern zur Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

<sup>473</sup> Bundesrat: Stenographische Berichte, vom 11. Juli 1975, S. 181

<sup>474</sup> Vgl. ebenda, S. 191; vgl. auch Sturm: Bundesstaatlichkeit, S. 279

Der Deutsche Bundestag widmete sich der KSZE-Schlussakte in einer Sondersitzung vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause des Jahres 1975. In seiner Regierungserklärung machte Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher deutlich, dass niemand außer der Bundesrepublik ein größeres Interesse an der KSZE haben könnte, da gerade sie die Zusammenarbeit und den Austausch der Menschen Mitteleuropas bräuchte.<sup>475</sup> Gleichzeitig betonte er die Zustimmung der Bundesregierung zu dem Vertrag als Fortsetzung ihres bisherigen Kurses der Friedenssicherung und Entspannung.<sup>476</sup>

Nach der Regierungserklärung von Genscher stand eine Aussprache an, an der sich die CSU mit den beiden wohl prominentesten Vertretern ihrer Partei im Deutschen Bundestag, ihrem Vorsitzenden Franz Josef Strauß, und dem Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe, Richard Stücklen, beteiligte.

Stücklen, der als erster Redner der CSU ans Rednerpult trat, übte dabei deutliche Kritik an den Ergebnissen des bisherigen KSZE-Verhandlungsprozesses. Während die Ziele Moskaus in der Schlussakte an ihr Ziel gekommen seien, die Gebietsveränderungen in der Folge des zweiten Weltkrieges weiter abzusichern, habe es die Bundesrepublik nicht geschafft, rechtliche Verpflichtungen in Bezug auf die Menschenrechte in den Text der Schlussakte einfließen zu lassen.<sup>477</sup> Zudem wäre bei einer Annahme des bayerischen Entschließungsantrags im Bundesrat die Chance gegeben gewesen, einer unterschiedlichen Auslegung des Textes der Schlussakte einen Riegel vorzuschieben und diese grundgesetzkonform zu interpretieren.<sup>478</sup>

Franz Josef Strauß, der als letzter Redner der Opposition zur Regierungserklärung Genschers Stellung bezog, ging in seinem Redebeitrag nochmals auf die unterschiedlichen Zielsetzungen der westlichen und der östlichen Seite in den Verhandlungen ein:

„Man soll doch mit dem Aberglauben aufhören, dass die **Sowjetunion** [Hervorhebung im Original], mit der wir gute Zusammenarbeit wünschen, aber auf der Basis erlicher, klarer, durchsichtiger Formulierungen und nicht doppeldeutiger Phraseologien, etwa die Verfolgung ihrer machtpolitischen Ziele imperialer Expansion und weltrevolutionärer Durchsetzung nunmehr aufgegeben habe. Diese **KSZE** [Hervorhebung im Original] ist in unseren Augen ein Instrument des Friedens, der Sicherheit, der Zusammenarbeit –

---

<sup>475</sup> Vgl. Bundestag: Stenographische Berichte, vom 25. Juli 1975, S. 12797

<sup>476</sup> Vgl. ebenda, S. 12803

<sup>477</sup> Vgl. ebenda, S. 12820 und 12825/12826. Die Rede Stücklens ist abgedruckt in Stücken: Bundestagsreden, S. 169-183.

<sup>478</sup> Vgl. Bundestag: Stenographische Berichte, vom 25. Juli 1975, S. 12821

oder soll es jedenfalls sein - , in den Augen der Sowjetunion ist es ein Stück **Ringen um die Macht in Europa** [Hervorhebung im Original] als dem vorrangigen Ziele, das wir nun einmal auf Grund unseres wirtschaftlichen Potentials und unserer geographischen Lage darstellen.“<sup>479</sup>

Ebenso sei die Annahme der Europäer von Grund auf falsch zu glauben, dass die Machtverschiebungen in der Welt keine Auswirkungen auf Europa hätten.<sup>480</sup> Zudem sei eine Konsequenz der bundesrepublikanischen Vertragspolitik seit dem Jahre 1969, dass die Bundesrepublik nunmehr praktisch der einzige Staat sei, der die DDR völkerrechtlich nicht anerkenne.<sup>481</sup> Zum Abschluss seiner Rede machte Strauß nochmals den Standpunkt seiner Partei bezüglich der KSZE-Schlussakte deutlich:

„Wir sagen nicht nein zu diesem oder jenem Inhalt der Dokumente; wir sagen zu der Systematik, zu der Konzeption, zu der eingebauten Konsequenz dieses Vertragswerks nein, weil mit derselben Sicherheit, mit der in 25 Jahren die **Sowjetunion** [Hervorhebung im Original] ein Ziel erreicht hat, das damals, vor 25 Jahren, utopisch schien, sie die nächste Etappe erreichen wird. Und die nächste Etappe beginnt nach der KSZE, mit der Tagung der europäischen kommunistischen Parteien, mit der Tagung der KPdSU, mit der anschließenden Tagung der weltkommunistischen Parteien. Dann wird die **nächste strategische Etappe** [Hervorhebung im Original] abgesteckt. Und da wären allerdings eine Bundesregierung und ihre parlamentarische Mehrheit sehr gut beraten, wenn sie der Opposition ihr Nein honorieren würden. Denn dieses Nein ist für Sie, so lange Sie an der Regierung sind – Gott sei es geklagt! –, wertvoller als das ganze entspannungspolitische Gerede, mit dem Sie nur das Volk getäuscht, die andere Seite ermutigt und die Bundesgenossen auf die falsche Bahn gebracht haben.“<sup>482</sup>

Am Ende der Debatte über Genschers Erklärung zur KSZE-Schlussakte stand schließlich die Ablehnung des Entschließungsantrages der Unionsfraktion. Mit 171 zu 250 Stimmen wurde dieser mit der Mehrheit der sozial-liberalen Regierungskoalition abgelehnt.<sup>483</sup>

War es der CSU und ihrer Schwesterpartei in der Frage der Schlussakte der KSZE zwar nicht gelungen, eine entsprechende Interpretation durch einen Entschließungsantrag einzubringen, so hatte sie mit ihren einschlägigen

---

<sup>479</sup> Bundestag: Stenographische Berichte, vom 25. Juli 1975, S. 12865. Der Text der Rede von Strauß findet sich auch in Strauß: Bundestagsreden und Zeitdokumente 1974-1979, S. 49-66

<sup>480</sup> Vgl. Bundestag: Stenographische Berichte, vom 25. Juli 1975, S. 12866

<sup>481</sup> Vgl. ebenda, S. 12868

<sup>482</sup> ebenda, S. 12869

<sup>483</sup> Vgl. ebenda, S. 12871/12872; vgl. auch Becker: Die frühe KSZE-Politik, S. 74

Stellungnahmen in Bundestag und Bundesrat dennoch ihre Position in dieser Frage klar zum Ausdruck gebracht. Dabei wurde der Einfluss der CSU deutlich, die gerade durch ihr Agieren in der Länderkammer ihre Meinung deutlich darlegen konnte.

Die Entscheidung über die Schlussakte der KSZE von Helsinki im Jahre 1975 dokumentierte in gewisser Weise einen Wendepunkt der bundesrepublikanischen Außen- und Deutschlandpolitik. Hatte dieses Thema insbesondere in den Anfangsjahren der sozial-liberalen Koalition 1969 bis 1973 eine Hochphase erlebt, begann das Thema bereits seit dem Regierungsantritt Helmut Schmidts als Bundeskanzler langsam abzuebben und überschritt schließlich mit der Schlussakte der KSZE ihren Zenit.<sup>484</sup> Die Ursachen dafür können in unterschiedlichen Bereichen gesehen werden. Zum einen fand ein Wechsel in den verantwortlichen Regierungspositionen statt, da Willy Brandt im Zuge der Affäre um den DDR-Spion Günter Guillaume zurückgetreten war und Walter Scheel vom Außenministerium in das Bundespräsidentenamt wechselte. Zum anderen waren die wesentlichen Eckpunkte der sogenannten neuen Ostpolitik mit ihren Verträgen der Jahre 1970 bis 1973 abgesteckt und es kam zugleich in der internationalen Politik zu einer neuen Phase, in der sich der Schwerpunkt der Außen- und Weltpolitik verschob und somit der Ost- und Entspannungspolitik eine geringere Bedeutung zukam.<sup>485</sup> Dies wird auch an Hand einer Bemerkung Richard Jaegers in einer Sitzung der CSU-Landesgruppe von Anfang Januar 1975 deutlich, in der er darauf verwies, dass die großen außenpolitischen Themen in der Gesetzgebung abgearbeitet seien.<sup>486</sup>

Mit Blick auf die Deutschlandpolitik bleibt festzustellen, dass das Thema auf der Prioritätenliste der deutschen Politik nach unten rutschte, da andere Themen die politische Agenda der Bundesrepublik zu beherrschen begannen. Die CSU hatte zwar ihre Position nicht durchsetzen können, wohl aber die Darstellung derselben zur Profilbildung genutzt.

---

<sup>484</sup> Vgl. Bierling: Außenpolitik, S. 201

<sup>485</sup> Vgl. ebenda, S. 201-203

<sup>486</sup> Vgl. ACSP, LG-Sitzungen, 7. WP, darin: Protokoll der Sitzung der CSU-Landesgruppe vom 27. Januar 1975, S. 9

## 2.8 Die Deutschlandpolitik als Wahlkampfthema der Bundeskanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß 1980

### *2.8.1 Die Ausgangslage für die Kanzlerkandidatur des CSU-Vorsitzenden Strauß*

Nachdem die Union mit Helmut Kohl als Kanzlerkandidat für die Bundestagswahlen 1976 knapp gescheitert war, kam es zu einem Zerwürfnis zwischen den beiden Schwesterparteien CDU und CSU, welches im sogenannten Kreuther Trennungsbeschluss ihren Höhepunkt fand.<sup>487</sup> Trotz dieses Streits fanden beide wieder zueinander und einigten sich auf die Fortsetzung der Fraktionsgemeinschaft im Bund, wobei der CDU-Vorsitzende Kohl neuer Fraktionsvorsitzender wurde.<sup>488</sup>

Zwei Jahre nach der Bundestagswahl des Jahres 1976 standen in Bayern Landtagswahlen an. Die Ambitionen von Franz Josef Strauß auf das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten gingen auf die 1960er Jahre zurück. Immer wieder hatte er sich mit dem Gedanken getragen, von der harten Bonner Oppositionsbank in das Amt an der Spitze der Bayerischen Staatsregierung zu wechseln. Nachdem der bisherige Amtsinhaber Alfons Goppel im Jahr 1974 mit einem fulminanten Ergebnis von 62,1 Prozent der Stimmen wiedergewählt worden war und auch danach bei einigen Gelegenheiten deutlich gemacht hatte, dass er auf vier Jahre gewählt worden sei und somit bis zur Landtagswahl 1978 im Amt bleiben würde, gelang Strauß nun bei dieser Wahl der Wechsel von Bonn nach München. Damit hatte er das, nach eigenen Angaben schönste Amt der Welt erreicht.<sup>489</sup> Mit einem Wahlergebnis von 59,1 Prozent der Stimmen hatte die CSU nur leichte Verluste von rund drei Prozent im Vergleich zum Rekordergebnis von Alfons Goppel vier Jahre zuvor hinnehmen müssen.<sup>490</sup>

Die Union hatte indes für die Bundestagswahl 1980 einen Spitzenkandidaten zu nominieren. Die Situation der beiden C-Parteien zu diesem Zeitpunkt im Jahr 1979 konnte jedoch als desaströs bezeichnet werden.<sup>491</sup> Franz Josef Strauß wollte eine erneute, unabgesprochene Kanzlerkandidatur des CDU-Vorsitzenden Kohl verhindern, da dies seine Position und die seiner gegenüber der CDU in der Öffentlichkeit

---

<sup>487</sup> Vgl. Becker: In demokratischer Freiheit, S. 117-120

<sup>488</sup> Vgl. Schwarz: Helmut Kohl, S. 225. Zum sogenannten Kreuther-Trennungsbeschluss vgl. ausführlich die Darstellung von Alf Mintzel. Vgl. Mintzel: Geschichte der CSU, S. 402-414. Zur Vorgeschichte vgl. ferner ders.: Der Fraktionszusammenschluss nach Kreuth; sowie Buchstab: Ein parlamentarisches Unikum, S. 269-271

<sup>489</sup> Vgl. Möller: Franz Josef Strauß, S. 533-545. Als Untersuchung der Tätigkeit von Franz Josef Strauß als bayerischer Ministerpräsident liegt bisher lediglich die nichtveröffentlichte Diplomarbeit von Daniel Janotta vor, die sich jedoch lediglich der ersten Wahlperiode von 1978 bis 1982 widmet. Vgl. Janotta, Franz Josef Strauß als Ministerpräsident. Zu den Spekulationen über einen möglichen Wechsel von Strauß in die Bayerische Staatskanzlei ab 1974 vgl. auch Friemberger: Alfons Goppel, S. 243/244

<sup>490</sup> Vgl. Gelberg: Ausblick, S. 958; vgl. auch Hirscher: Die Wahlergebnisse der CSU, S. 11

<sup>491</sup> Vgl. Siebenmorgen: Franz Josef Strauß, S. 520

geschwächt hätte.<sup>492</sup> Hierbei war ursprünglich eine Einigung auf einen Kandidaten nach dem Termin der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments im Juni 1979 vereinbart worden.<sup>493</sup> Trotz dieser Abmachung gelangte, wahrscheinlich nicht ganz ohne Absicht, der Personalvorschlag Helmut Kohls, der den niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht bevorzugte, bereits am Rande der Bundespräsidentenwahl am 23. Mai 1979 an die Öffentlichkeit.<sup>494</sup>

Damit schien es, als würde die CDU ihrer bayerischen Schwester einen Kandidaten vor die Nase setzen. Somit waren die CSU und Strauß aufgrund ihres eigenen Selbstverständnisses schon gezwungen, in Opposition zu dem Kandidatenvorschlag Ernst Albrecht zu gehen.<sup>495</sup> Daher reagierten CSU-Generalsekretär Edmund Stoiber und CSU-Landesgruppenvorsitzender Friedrich Zimmermann prompt, in dem sie erklärten, dass der bayerische Ministerpräsident ebenfalls als Kandidat zur Verfügung stünde.<sup>496</sup> Laut den Aufzeichnungen des ehemaligen Büroleiters und damaligen CSU-Bundestagsabgeordneten Friedrich Voss war Zimmermann die Aussichtslosigkeit der Kandidatur von Strauß bereits zu diesem Zeitpunkt bewusst.<sup>497</sup> Strauß selbst bestätigte im Nachgang, dass beide, Stoiber und Zimmermann, ihn zu einer Kandidatur gedrängt hatten.<sup>498</sup> Trotz dieser Einsicht der Aussichtslosigkeit der Bewerbung für die Spitzenkandidatur der Unionsparteien ließ der CSU-Vorsitzende am Tag nach der Bundespräsidentenwahl seine Bereitschaft zur Kandidatur offiziell bekanntgeben.<sup>499</sup> Somit standen sich zwei Bewerber für die Spitzenkandidatur der Unionsparteien gegenüber.

---

<sup>492</sup> Vgl. Reinken: Divergenzen zwischen Partei und Fraktion, S. 29

<sup>493</sup> Vgl. Kleinmann: Geschichte der CDU, S. 431/432

<sup>494</sup> Vgl. Möller: Franz Josef Strauß, S. 549/550; vgl. dazu auch Stücklen: Mit Humor und Augenmaß, S. 391. Helmut Kohl behauptet in seinen Erinnerungen, dass das Gerücht, Ernst Albrecht sei von den CDU-Gremien bereits damals als Kanzlerkandidat genannt worden, falsch gewesen sei. Vgl. Kohl: Erinnerungen, Bd. 1, S. 524. Auf die Option eines eigenen CSU-Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten im Jahr 1983 weist Wolfgang Krieger hin. Vgl. Krieger: Franz Josef Strauß, S. 78

<sup>495</sup> Vgl. Möller: Franz Josef Strauß, S. 551

<sup>496</sup> Vgl. Zimmermann: Kabinetttstücke, S. 81/82; vgl. auch Stoiber: Weil die Welt sich ändert, S. 64/65; vgl. ebenso Möller: Franz Josef Strauß, S. 551/552. Wie Richard Stücklen in seinen Erinnerungen ausführt, sei Strauß damals regelrecht bedrängt worden, seine Bereitschaft für eine Kanzlerkandidatur zu erklären. Stücklen: Mit Humor und Augenmaß, S. 391/392. Auf dieses Drängen verweist Stücklen ebenso in einem Interview als Beitrag zu dem Sammelband anlässlich des 50jährigen Bestehens der CSU. Vgl. Hanns-Seidel-Stiftung: Geschichte einer Volkspartei, S. 602

<sup>497</sup> Vgl. Voss: Den Kanzler im Visier, S. 189. Friedrich Voss stellt sich dabei auch gegen die von Friedrich Zimmermann vertretene These, Strauß sei ein Zögerer. Vgl. ebenda, S. 190. Zu Zimmermanns These des Zögerers Strauß vgl. Zimmermann: Kabinetttstücke, S. 324/325

<sup>498</sup> Schell: Kanzlermacher, S. 123

<sup>499</sup> Vgl. Jäger: Helmut Kohl setzt sich durch, S. 151. Zu den Umständen und der, mit der Bekanntmachung verbundenen Kommunikationspanne der CSU vgl. Siebenmorgen: Franz Josef Strauß, S. 538/539. Peter Siebenmorgen verdeutlicht die Plötzlichkeit der Bekanntmachung der Bereitschaft des CSU-Vorsitzenden zur Kanzlerkandidatur dadurch, in dem er auf die späte Information der eigenen Familienmitglieder von Strauß verweist. Vgl. ebenda, S. 539



Nachdem sich die Spitzen der Union schließlich darauf geeinigt hatten, dass das entscheidende Gremium für die Nominierung des gemeinsamen Kanzlerkandidaten von CDU und CSU deren Bundestagsfraktion sein sollte, kam es dort am 2. Juli zur Abstimmung: 135 der anwesenden 237 Abgeordneten votierten für Strauß, der somit zum Kandidaten der Union für die anstehende Wahl im Herbst 1980 gekürt worden war. Trotz dieser Nominierung hatte Strauß in den kommenden Monaten des Wahlkampfes sich nicht nur mit der Regierung Schmidt und heftigen persönlichen Angriffen auseinanderzusetzen, sondern auch mit einer gespaltenen Union.<sup>500</sup>

Aspekte der Deutschlandpolitik hatten dabei sicher auch mit dem Ausschlag für den Kandidaten Franz Josef Strauß gegeben, da er im Gegensatz zu seinem Mitbewerber um die Spitzenkandidatur, Ernst Albrecht, über jahrzehntelange bundespolitische Erfahrung verfügte und sich bereits mehrfach auf dem Feld der Deutschlandpolitik profiliert hatte. Hier ist wohl Horst Möller rechtzugeben, der vor allem die über 30jährige Zugehörigkeit von Strauß zur Unionsfraktion sowie seine Reputation als führender Unionspolitiker im Bundestag als Vorteil gegenüber dem bisher bundespolitisch eher als Neuling zu betrachtenden Albrecht anführt.<sup>501</sup>

### *2.8.2 Die Deutschlandpolitik als Thema des Wahlprogramms und in den Wahlkampfauftritten des Kandidaten Strauß*

Die Deutschlandpolitik sollte im Wahlkampf der Unionsparteien selbstverständlich eine tragende Rolle spielen. Dementsprechend widmete sich das gemeinsame Wahlprogramm von CDU und CSU in Kapitel 1.2 der deutschen Frage, wobei gerade hier vor allem die Positionen der CSU Eingang gefunden hatten, und somit deutlich die Handschrift von Strauß trug. Hierbei formulierten die Spitzen der beiden Unionsparteien folgende Ziele:

So werde die Union Stacheldraht und Schießbefehl niemals akzeptieren. Zudem bekannte sie sich zu der Einheit der Nation und zu dem politischen Ziel der

---

<sup>500</sup>Vgl. Möller: Franz Josef Strauß, S. 555/556; vgl. auch Huber: Bundestagswahlkämpfe, S. 76/77. Friedrich Voss sprach im Zusammenhang mit der Nominierung von Strauß gar von einem Pyrrhussieg. Vgl. Voss: Den Kanzler im Visier, S. 191/192. Helmut Kohl verweist darauf, dass er eigentlich gegen eine Abstimmung in der Bundestagsfraktion gewesen sei. Vgl. Kohl: Erinnerungen, Bd. 1, S. 538/539; vgl. dazu auch Reinken: Divergenzen zwischen Partei und Fraktion, S. 54/55; vgl. ebenso den Tagebucheintrag von Kiep: Was bleibt ist große Zuversicht, S. 240/241. Friedrich Zimmermann spricht bezüglich dieser Fraktionssitzung in der Rückschau von der größten Redeschlacht, die er jemals zu bestehen hatte. Vgl. Hanns-Seidel-Stiftung: Geschichte einer Volkspartei, S. 629. Zur Bedeutung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion als Bindeglied zwischen den Schwesterparteien und ideales Entscheidungsgremium vgl. Richter: Die Kanzlerkandidaten der CSU, S. 72-76

<sup>501</sup> Vgl. Möller: Franz Josef Strauß, S. 554/555

Wiedervereinigung. Dabei sparte das Wahlprogramm nicht mit Kritik an der Politik der sozial-liberalen Bundesregierung, die durch ihre Politik zu einer Anerkennung des DDR-Unrechtsregime beigetragen habe und dieses zudem international salonfähig gemacht habe. CDU/CSU bekräftigten die Rolle Berlins als Hauptstadt Gesamtdeutschlands, dessen Bindung an die Bundesrepublik erhalten und geschützt werden sollte. Als weitere Ziele formulierte das Programm die Fortführung der Beziehungen zum Ostblock nach dem Prinzip der Gleichwertigkeit von Leistung und Gegenleistung sowie die Pflege von friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zu allen europäischen Staaten. Mit Blick auf die innerdeutschen Beziehungen sollten die Begegnungen der Menschen vertieft und damit die geistige, kulturelle und historische Einheit der Nation gewahrt werden, die in den deutsch-deutschen Verträgen und der Charta der Vereinten Nationen genannten Menschenrechte umgesetzt werden sollten. Ebenso wollte die CDU/CSU eine Außenpolitik, die stärker auf das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes hinwies. Was die Erleichterung der Folgen der deutschen Teilung anging, so wollte die Union diese wenn möglich mildern, jedoch nicht durch einseitige Vorleistungen gegenüber der DDR.<sup>502</sup>

Entsprechend ging Strauß in seiner Parteitage Rede vom 29. September 1979 mit der bisherigen Entspannungs- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung ins Gericht. Dabei betonte er ausdrücklich, dass er kein Gegner einer Entspannung sei. Zudem bekannte sich der CSU-Vorsitzende wiederholt mit dem Terminus *pacta sunt servanda* zu dem Bestand der Verträge, um zugleich damit deutlich zu machen, dass es aber hierbei um eine korrekte, verfassungskonforme Interpretation derselben gehe. Dadurch sei verbindlich festgeschrieben, dass durch diese Verträge keine Anerkennung der deutschen Teilung im völkerrechtlichen Sinne durch die Bundesrepublik erfolgen dürfe.<sup>503</sup>

In dieser Parteitage Rede ging Strauß zudem auf die Bedeutung der Klage der Bayerischen Staatsregierung gegen den Grundlagenvertrag ein und unterstrich dabei

---

<sup>502</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle: Für Frieden und Freiheit, S. 9-11. Damit spiegelt das Programm auch die wesentlichen Punkte des Deutschlandpolitischen Grundsatzpapiers der CSU-Landesgruppe vom 23. Februar 1978 wieder. Vgl. CSU-Landesgruppe (Hg.): Deutschlandpolitisches Grundsatzpapier, S. 10/11. Matthias Zimmer weist in diesem Zusammenhang daraufhin, dass das gemeinsame Programm der Unionsparteien den Versuch der Summation beider Positionen darstellt. Vgl. Zimmer: Nationales Interesse und Staatsräson, S. 77

<sup>503</sup> Vgl. ACSP, PT 19790928, Nr. 16, darin: Protokoll vom 29. September 1979, S. 80-84. Die Parteitage Rede von Strauß vom 29. September 1979 wurde für den Bundestagswahlkampf von der CDU-Bundesgeschäftsstelle veröffentlicht. Vgl. Strauß: Mit aller Kraft für Deutschland

den deutschlandpolitischen Erfolg, den seine Partei mit dieser Anrufung des Bundesverfassungsgerichts hatte:

„Wir sind stolz darauf, dass wir damals im Jahre 1973 nach Karlsruhe gegangen sind und ein Urteil erwirkt haben [...] ein Urteil, das die Grenzen der Verfassungsrechtlichkeit festgelegt hat. Und da gibt es keinen Zweifel, dass rechtlich gesehen das Deutsche Reich fortbesteht, [...], dass diese Rechtssituation nur durch einen Friedensvertrag, [...] abgelöst oder geändert werden kann. Die Ostverträge sind Verträge des Miteinanderauskommens, des geregelten Miteinanderlebens und des geregelten Zusammenarbeitens.

[...] Es gibt auch keinen Zweifel für uns, dass es nur eine deutsche Staatsbürgerschaft und nicht zwei deutsche Staatsbürgerschaften gibt, und es gibt auch keinen Zweifel, [...] dass die Grenze zwischen Bayern und Baden-Württemberg eine ähnliche Rechtsqualität hat wie die Grenze zwischen Bayern und Sachsen. [...] auch das schließt eben ein, dass wir die Konsequenz nicht ziehen können, wollen und werden, dass mit diesen Verträgen die Anerkennung Deutschlands in zwei Nationen automatisch verpflichtend verbunden ist.“<sup>504</sup>

Bei den anschließenden Wahlen zum Parteivorstand erhielt Strauß nochmals deutlichen Rückenwind für seine Kanzlerkandidatur aus den Reihen der Parteitagsdelegierten, die ihn mit 98,96 Prozent der Stimmen im Amt als Parteivorsitzender bestätigten.<sup>505</sup>

Die CSU-Landesleitung stellte für alle Wahlredner für die Bundestagswahl mit dem Spitzenkandidaten Strauß eine umfangreiche Unterlagensammlung zusammen, die sich auf 14 Seiten der Deutschlandpolitik widmete und die zentralen Forderungen des Wahlprogramms sowie der Parteitagsrede des CSU-Vorsitzenden wiederholte.<sup>506</sup> Neben einer Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der Beziehungen Westdeutschlands zur DDR zählen diese Unterlagen auch die Leistungen der Union und insbesondere der CSU in der Deutschlandpolitik auf. Hierzu nennt sie explizit das Erreichen der gemeinsamen Entschließung des Bundestages vom 17. Mai 1972 zum Moskauer und Warschauer Vertrag sowie die Bedeutung der Klage gegen den Grundlagenvertrag, durch den eine verfassungskonforme Auslegung dieses Abkommens erreicht worden

---

<sup>504</sup> ACSP, PT 19790928, Nr. 16, darin: Protokoll vom 29. September 1979, S. 82/83. Auch später betonte die CSU wiederholt die Bedeutung ihres Gangs nach Karlsruhe in der Frage des Grundlagenvertrags, wie ein Aufsatz Gerold Tandlers aus dem Jahr 1976 belegt. Vgl. Tandler: Profil der CSU, S. 32/33

<sup>505</sup> Vgl. ACSP, PT 19790928, Nr. 17, darin: Ergebnisliste der Vorstandswahlen

<sup>506</sup> Vgl. CSU-Landesleitung: Mit uns für Frieden in Freiheit, S. 21-34

sei.<sup>507</sup> Zudem skizzierte das Paket der Landesleitung auch die Eckpunkte für künftige Verhandlungen mit der DDR, welche eine Regierung Strauß einbringen würde:

„Innerdeutsche Verhandlungen dürfen nur auf solche Abmachungen abzielen,

- die dem Prinzip der Ausgewogenheit von Leistung und Gegenleistung entsprechen,
- die sicherstellen, dass bereits geschlossene Verträge voll ausgeschöpft werden [...]
- die über Reiseerleichterungen und Familienzusammenführungen nach Möglichkeit hinausgehen und ganz allgemein auf die Verwirklichung der Menschenrechte in Mitteldeutschland gerichtet sind,
- die die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen hüten und drüben nicht mehr isoliert voneinander behandeln und insbesondere die Gewährung wirtschaftlicher Vorteile durch die Bundesrepublik Deutschland nur noch unter der Bedingung zusichern, dass die andere Seite politische Zugeständnisse macht,
- die jegliche Vereinbarung, die im Widerspruch zum Karlsruher Urteil über den innerdeutschen Grundlagenvertrag steht, wie dies bei der Anerkennung einer besonderen „DDR“-Staatsangehörigkeit oder bei einem völkerrechtlichen Vertrag über Zonengrenze der Fall wäre, unterlassen und
- die den Gedanken der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands in Freiheit [...] unter keinen Umständen schwächen, sondern stärken, wann immer dies möglich ist.“<sup>508</sup>

Damit umriss dieser Entwurf für Wahlkampfredner nicht nur die Eckpunkte für mögliche künftige Gespräche mit der DDR, sondern hob zugleich den Unterschied einer von Strauß geführten Regierung zur Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Bundesregierungen hervor.

Zu einem direkten Schlagabtausch der beiden Spitzenkandidaten Strauß und Schmidt kam es in der Bundestagssitzung vom 20. März 1980. Bundeskanzler Schmidt stellte in seinem Bericht zur Lage der Nation zunächst die bisherigen Erfolge der sozial-liberalen Koalition in Bezug auf die Deutschlandpolitik heraus und betonte, was vor allem durch den Grundlagenvertrag im innerdeutschen Verhältnis erreicht worden sei.<sup>509</sup> Dann griff der Kanzler seinen Herausforderer bewusst mit der Aussage an, dass Strauß habe 1962

---

<sup>507</sup> Vgl. ebenda, S. 31/32

<sup>508</sup> ebenda, S. 33/34

<sup>509</sup> Vgl. Bundestag: Stenographische Berichte, vom 20. März 1980, S. 16615-16619

bereits das deutsche Problem erkannt, jedoch keinen Lösungsansatz bieten können, diesen habe die SPD/FDP-Koalition mit ihrer neuen Ost- und Deutschlandpolitik geboten.<sup>510</sup>

Strauß übernahm die erste Gegenrede zur Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt. Darin betonte der CSU-Vorsitzende ausdrücklich, dass aus der Sicht der Union die Freiheit klaren Vorrang vor der Einheit genieße.<sup>511</sup> Zudem kritisierte er, dass Bundeskanzler Schmidt zu wenig zur Verpflichtung zur Wiedervereinigung durch das Grundgesetz gesagt habe.<sup>512</sup>

Deutliche Worte fand Franz Josef Strauß in seinen Ausführungen zur Frage der innerdeutschen Situation. Dabei verwies er auf einen Brief an den Bundeskanzler, in dem er die Fragen in dieser Angelegenheit bereits dargelegt habe. So seien die Grenzanlagen an der innerdeutschen Grenze seitens der DDR verstärkt worden. Strauß erwähnte hierbei ebenso die Erschwernisse des Reiseverkehrs sowie Probleme des Umweltschutzes insbesondere der Gewässerreinigung durch die DDR-Behörden.<sup>513</sup>

In der Gegenrede, die für die Bundesregierung Außenminister Genscher übernahm, warf er Strauß vor, dass seine Rede keine Antworten auf die Frage, wie die deutsche Einheit wiederhergestellt werden sollte, enthalten habe.<sup>514</sup>

Dem Thema Deutschlandpolitik kam im Bundestagswahlkampf des Jahres 1980 eine bedeutende Rolle innerhalb des Themenkomplexes Außenpolitik zu, es war jedoch aufgrund der geopolitischen Entwicklungen der vorangegangenen Jahre nicht das zentrale Thema, wenngleich man seitens der CSU an den bekannten Positionen festhielt. So hatte sich, wie Manuela Glaab herausarbeitet, die politische Tagesordnung für die Bundesrepublik in den späten 1970ern verschoben: Die zentralen Themen der Agenda lauteten Terrorismusgefahr, Weltwirtschaftskrise, Ölchock, Energiekrise und eine neue sicherheitspolitische Herausforderung, die aus der Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen resultierten und im NATO-Doppelbeschluss münden sollten.<sup>515</sup> Damit war die Deutschlandpolitik zum Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre in der öffentlichen Diskussion nicht mehr das Thema Nummer eins. Darauf reagierte man seitens der Unionsparteien mit der Wahlkampfstrategie: Da schon vor der Wahl

---

<sup>510</sup> Vgl. ebenda, S. 16620

<sup>511</sup> Vgl. ebenda, S. 16624

<sup>512</sup> ebenda S. 16625

<sup>513</sup> Vgl. ebenda, S. 16627. Der Brief von Strauß an Bundeskanzler Schmidt vom 8. Februar 1980 findet sich im Nachlass von Strauß. Vgl. ACSP, NL Strauß Büro Bonn, Nr. 133/3707, darin: Schreiben Strauß an Bundeskanzler Schmidt vom 8. Februar 1980

<sup>514</sup> Vgl. Bundestag: Stenographische Berichte, vom 20. März 1980, S. 16635

<sup>515</sup> Vgl. Glaab: Deutschlandpolitik in der öffentlichen Meinung, S. 122, S. 125 und S. 386

1980 deutlich geworden war, dass dieser von der persönlichen Gegenüberstellung der beiden Kanzlerkandidaten getragen werden würde und Strauß hier klar hinter Helmut Schmidt lag, versuchte man die Werbelinie von CDU/CSU auf Sachthemen aufzubauen.<sup>516</sup> Dabei zählte das Thema der Deutschlandpolitik zu dem Komplex der Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Deutschlandpolitik sollte sich in gewisser Weise als zweischneidiges Schwert für die Union und ihren Kanzlerkandidaten herausstellen. So wurde Strauß grundsätzliche Kompetenz in diesem Bereich zugemessen, doch insbesondere seine zum Teil sehr scharf formulierten Aussagen bezüglich der künftigen Ausrichtung der bundesrepublikanischen Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion wirkten sich im Nachhinein betrachtet nachteilig für die Union aus. Diese ließen Strauß als politisches Risiko erscheinen, wodurch auch die Anti-Strauß-Kampagne der Sozialdemokraten schlussendlich Erfolg hatte.<sup>517</sup>

Diese Kampagne gegen den Unionsspitzenkandidaten Strauß wurde mit äußerst harten Bandagen geführt, die teilweise deutlich unter der Gürtellinie lagen. So wurde der CSU-Vorsitzende bei zahlreichen Veranstaltungen im Nordwesten der Bundesrepublik regelrecht niedergebrüllt. Zudem begleiteten die Versammlungsstörer die Auftritte von Strauß mit Plakaten und Spruchbändern, die ihn als Rechtsradikalen und Nazi abstempelten, was unter anderem dadurch unterstrichen werden sollte, dass sein Name meist mit „SS“ in Runenschrift auf diesen Bannern geschrieben war.<sup>518</sup> Die massive Diffamierung des Unionskandidaten Strauß erfolgte dabei nach System: So wurde er von Seiten seiner Gegner nicht nur als gefährlicher Kandidat der Angst dargestellt, sondern ganz gezielt mit Hitler verglichen.<sup>519</sup> Die SPD distanzierte sich zwar nach außen hin von der Kampagne gegen den bayerischen Ministerpräsidenten, doch förderten einzelne Mitglieder und parteiinterne Kreise der Sozialdemokraten diesen Kurs gegen Strauß, an dem sich auch prominente Schriftsteller beteiligten.<sup>520</sup> Kern der Anti-Strauß-Aktivisten war es, Franz Josef Strauß als Kandidaten und Person in der Öffentlichkeit zu diskreditieren.

---

<sup>516</sup> Vgl. Huber: Bundestagswahlkämpfe, S. 79; vgl. auch Richter: Die Kanzlerkandidaten der CSU, S. 96/97

<sup>517</sup> Vgl. Huber: Bundestagswahlkämpfe, S. 92; Vgl. auch Noelle-Naumann: Öffentliche Meinung in der Bundestagswahl 1980, S. 557-559. Gerade die Stoppt-Strauß Kampagne spielte eine entscheidende Rolle und war an Gehässigkeit kaum zu überbieten. Vgl. Kohl: Erinnerungen, Bd. 1, S. 569

<sup>518</sup> Vgl. Siebenmorgen: Franz Josef Strauß, S. 566

<sup>519</sup> Vgl. Finger: Franz Josef Strauß, S. 450-456. Hier findet sich auch eine detailliertere Darstellung der Anti-Strauß-Kampagne.

<sup>520</sup> Vgl. Huber: Bundestagswahlkämpfe, S. 86

Dieser Anti-Strauß-Kampagne versuchte man von Seiten der Unionsparteien mit einer eigenen Strategie zu begegnen. So entwickelten CDU und CSU einen umfangreichen Sympathie-Wahlkampf für Strauß der durch Werbemittel, zahlreiche Publikationen und die Einbindung seiner Ehefrau, Marianne Strauß, in den Wahlkampf ein sympathisches Bild des Unionsspitzenkandidaten vermitteln sollte.<sup>521</sup> Der Erfolg dieser Gegenkampagne war angesichts der Massivität der Anti-Strauß-Kampagne eher mäßig. Gerade die schon erwähnten, zum Teil sehr scharfen Aussagen von Strauß zur Sicherheits-, Ost- und Deutschlandpolitik trugen dazu bei, dass sich das vom politischen Gegner gezeichnete Bild des CSU-Vorsitzenden als Störer der Entspannungspolitik und Unsicherheitsfaktor noch erhärtete.

Schließlich unterlag Strauß dem Amtsinhaber Helmut Schmidt am 5. Oktober 1980 deutlich, CDU/CSU kamen auf 44,5 Prozent, die SPD auf 42,9 Prozent. So blieben die beiden Schwesterparteien CDU und CSU zwar stärkste Kraft im Bundestag, büßten jedoch 4,1 Prozent der abgegebenen Stimmen ein.<sup>522</sup> Die CSU erzielte in Bayern ein gutes Ergebnis mit 57,6 Prozent der Stimmen.<sup>523</sup> Martin Sebaldt kommt zu dem Ergebnis, dass diese Niederlage den Einfluss von Strauß auf die Union als Ganzes und auf die Bundespolitik abschwächte und dass er durch die Regierungsübernahme von Helmut Kohl in Bonn 1982 nochmals eine Schwächung erfuhr.<sup>524</sup> Somit machte die Niederlage 1980 eine erneute Kandidatur von Strauß für das Amt des Bundeskanzlers im Jahr 1982 unmöglich. In einem späteren Interview bezeichnete der CSU-Vorsitzende seine Bewerbung um das Kanzleramt 1980 selbst als Opfergang.<sup>525</sup> Peter Siebenmorgen begründet das Scheitern von Strauß mit seiner Kanzlerkandidatur zum einen darin, dass ihm der Zeitgeist entgegengestanden sei, zum anderen aber auch in großen Teilen in seiner Person selbst.<sup>526</sup>

In einer Analyse für die Klausurtagung der neuen CSU-Landesgruppe, die vom 30. bis 31. Oktober 1980 im oberbayerischen Wildbad Kreuth stattfand, fasste Friedrich Zimmermann die Ursachen für die Niederlage der Union wie folgt zusammen:

„In der Tat kämpfte die Union mit einem dreifachen Handicap:

---

<sup>521</sup> Vgl. Huber: Bundestagswahlkämpfe, S. 82

<sup>522</sup> Vgl. Behrend: Franz Josef Strauß, S. 219

<sup>523</sup> Vgl. Brüggemann / Höpfinger: Ministerpräsident Franz Josef Strauß, S. 151; vgl. auch Jäger: Helmut Kohl setzt sich durch, S. 156. Die CSU war mit 57,6 Prozent (bundesweit 10,3 Prozent) der Stimmen hinter dem Ergebnis der Bundestagswahlen 1976 zurückgeblieben, bei der sie 60,0 Prozent im Freistaat (bundesweit 10,6 Prozent) einfahren konnte. Vgl. Hirscher: Die Wahlergebnisse der CSU, S. 21

<sup>524</sup> Vgl. Sebaldt: Christlich-Soziale Union, S. 222/223

<sup>525</sup> Vgl. Schell: Kanzlermacher, S. 123

<sup>526</sup> Vgl. Siebenmorgen: Franz Josef Strauß, S. 579

1. Gegen einen zur Übergröße hochstilisierten Helmut Schmidt
2. Gegen die Diffamierungskampagne ‚Stoppt Strauß‘ und
3. Gegen den Trend der Bürger, den Kopf in den Sand zu stecken und nicht mit Problemen belästigt zu werden.<sup>527</sup>

Mit Blick auf die Deutschlandpolitik bleibt festzustellen, dass diese ein wichtiges, wenngleich nicht das zentrale, den Wahlkampf beherrschende Thema der Bundestagswahlen 1980 war. Sicher hat auch der Umstand des starken Polarisierens, gerade in der Deutschlandpolitik durch den Spitzenkandidaten Strauß zur Niederlage der Union beigetragen. So kommt Saskia Richter zu dem Ergebnis, dass es dem bayerischen Ministerpräsidenten während des Wahlkampfs nicht gelungen war, sein auf politische Konfrontation ausgelegtes Image in der öffentlichen Wahrnehmung zu korrigieren.<sup>528</sup> Insgesamt waren die Aussagen von Strauß zu diesem Politikfeld wohl eher Wasser auf die Mühlen der Anti-Strauß-Kampagne seiner Gegner, die ihn so als den Kalten Krieger und Entspannungsgegner darzustellen suchten, als es ihm gelungen wäre, seine Position mit einem *pacta sunt servanda* den Wählerinnen und Wählern zu vermitteln.

---

<sup>527</sup> Ebenda, S. 138

<sup>528</sup> Vgl. Richter: Die Kanzlerkandidaten der CSU, S. 115



### 3. Regierungswechsel in Bonn – Deutschlandpolitik unter der Regierung Kohl bis 1989

#### 3.1 Die Regierungsbildung und der Koalitionsvertrag

##### *3.1.1 Der Regierungswechsel 1982 und die Neuwahlen 1983*

Im Jahr 1982 bahnte sich ein Wechsel an der Spitze der Bundesrepublik Deutschland an. Die Regierung aus SPD und FDP schien ihren Zenit überschritten zu haben. Unter anderem auch deshalb tragen die letzten beiden Regierungsjahre von Helmut Schmidt nach der Bundestagswahl des Jahres 1980 in Wolfgang Jägers Untersuchung die Überschrift Siechtum und Ende.<sup>529</sup> Der Wechsel zeichnete sich seit längerem ab, so verweist beispielsweise der CSU-Abgeordnete und langjährige Mitarbeiter von Strauß, Friedrich Voss, in seinen Aufzeichnungen für den August 1982 darauf, dass man in Bonn bereits hier spüren konnte, dass ein Wechsel in der Luft lag.<sup>530</sup> Dies war auch den beiden Vorsitzenden der Schwesterparteien CDU und CSU, Kohl und Strauß, bewusst. Beide hatten sich bereits am 31. August 1982 bei einer gemeinsamen Wanderung in Tirol darüber ausgetauscht.<sup>531</sup> Die Koalition aus SPD und FDP zerfiel schließlich am 17. September 1982 mit dem Rücktritt der FDP-Minister, die damit einer Entlassung durch Bundeskanzler Schmidt zuvorkamen, der daraufhin eine Minderheitsregierung bildete.<sup>532</sup>

Bezugnehmend auf das Politikfeld der Deutschlandpolitik ist festzustellen, dass dieses für den Regierungswechsel des Jahres 1982 nicht ursächlich war, hierfür waren vielmehr Themen wie die Konsolidierung der Finanz- und Haushaltspolitik sowie die Realisierung des NATO-Doppelbeschlusses und die zunehmend anbrechende wirtschaftliche Krise entscheidend. Dabei war es dem bisherigen Oppositionsführer Helmut Kohl gelungen, das Heft des Handelns trotz der Stärke von Strauß und des Taktierens von Schmidt zu bekommen und schließlich mit dem FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher eine Koalition zu schmieden, mit der er diesem zugleich das politische wie das parlamentarische Überleben sicherte.<sup>533</sup>

---

<sup>529</sup> Vgl. Jäger: Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition 1974-1982, S. 188

<sup>530</sup> Voss: Den Kanzler im Visier, S. 232

<sup>531</sup> Vgl. Strauß: Erinnerungen, S. 499; vgl. auch Voss: Den Kanzler im Visier, S. 233. Laut dem Interview von Manfred Schell mit Franz Josef Strauß vom 11. März 1986 habe Kohl damals gegenüber Strauß bereits folgenden Satz geäußert: „Man muss jetzt jeden Tag mit dem Ende der Regierung Schmidt rechnen.“ Schell: Kanzlermacher, S. 120

<sup>532</sup> Vgl. Bohnsack: Koalitionskrise und Regierungswechsel, S. 24/25. Hier findet sich auch eine chronologische Aufstellung des Zerfalls der sozial-liberalen Koalition.

<sup>533</sup> Vgl. Korte: Deutschlandpolitik, S. 77; vgl. auch Schwarz: Helmut Kohl, S. 272/273. Eine umfassende Darstellung der Gründe für das Ende der sozial-liberalen Koalition unter Bundeskanzler Schmidt findet sich bei Jäger: Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition 1974-1982, S. 188-263.

Mit dem erfolgreichen konstruktiven Misstrauensvotum am 1. Oktober 1982, welches gemeinsam von CDU/CSU und der FDP eingebracht wurde, erfolgte der Wechsel von Bundeskanzler Schmidt auf Helmut Kohl, wobei die Stimmung deutlich weniger erregt war wie bei dem gescheiterten Misstrauensantrag zehn Jahre zuvor.<sup>534</sup> Der neuen, aus CDU, CSU und FDP gebildeten Bundesregierung unter Helmut Kohl und dem FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher gehörten mit Friedrich Zimmermann, Werner Dollinger, Oscar Schneider und Jürgen Warnke vier Minister aus den Reihen der CSU an.<sup>535</sup>

In den Verhandlungen zu dem Koalitionswechsel taktierte der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl äußerst raffiniert. Es gelang ihm, die ursprünglich von Franz Josef Strauß geforderte umgehende Neuwahl des Bundestags abzuwenden und damit das vom CSU-Vorsitzenden erhoffte Ausscheiden der FDP aus dem Deutschen Bundestag zu verhindern und zugleich einem zu großen Einfluss und Machtanspruch des bayerischen Ministerpräsidenten entgegenzuwirken. Die Einwilligung der CSU zu einem Termin für die Neuwahlen im März 1983 erfolgte durch den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe, Friedrich Zimmermann, ohne dass dies mit Strauß abgesprochen gewesen wäre.<sup>536</sup> Wolfgang Krieger spricht daher im Zusammenhang mit der Einigung auf einen Wahltermin im Folgejahr von einer schweren Niederlage, die der CSU-Vorsitzende habe einstecken müssen.<sup>537</sup> Strauß verfolgte neben der grundsätzlichen machtpolitischen Komponente, die eine absolute Mehrheit von CDU und CSU im Bund aus seiner Sicht erstrebenswert machte, wohl auch deshalb das Ziel, die FDP aus dem Bundestag zu drängen, da nur in der Konstellation einer absoluten Mehrheit der Union für ihn eine realistische Chance auf einen Wechsel ins Außenministerium bestand, was

---

<sup>534</sup> Vgl. Korte: Deutschlandpolitik, S. 77, Vgl. Bundestag: Stenographische Berichte, vom 1. Oktober 1982, S. 7159-7201, das Ergebnis der Wahl siehe ebenda S. 7201. Die Ablösung Helmut Schmidts durch ein konstruktives Misstrauensvotum nach Artikel 67 GG wurde vielfach in der Forschung diskutiert. Vgl. hierzu u. a. Schwarz: Helmut Kohl, S. 287-289

<sup>535</sup> Vgl. Oberreuter: Konkurrierende Kooperation, S. 329. Für die CSU gehörten Friedrich Zimmermann (Bundesministerium des Inneren), Werner Dollinger (Bundesministerium für Verkehr), Oscar Schneider (Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau) sowie Jürgen Warnke (Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit) dem Kabinett an. Vgl. ebenda, S. 329; vgl. ebenso Janotta: Franz Josef Strauß, S. 43

<sup>536</sup> Vgl. Korte: Deutschlandpolitik, S. 80; vgl. auch Stickler: Zu kurz gesprungen?, S. 187; vgl. ebenso Schell: Kanzlermacher, S. 127. Wie Korte ausführt, war es Kohl bei den Verhandlungen gelungen, Strauß von der Regierungsbank in Bonn fernzuhalten, und somit den Konkurrenten innerhalb des Unionslagers auszubremsen. Vgl. Korte: Deutschlandpolitik, S.82. Eckart Lohse bemerkt in diesem Zusammenhang zu Recht, dass es seit seiner Kanzlerkandidatur 1976 Kohls Strategie war, den Regierungswechsel durch eine Koalition mit der FDP herbeizuführen. Vgl. Lohse: Helmut Kohl als Oppositionsführer, S. 131/132

<sup>537</sup> Vgl. Krieger: Franz Josef Strauß und die zweite Epoche in der Geschichte der CSU, S. 190

zugleich einen immensen Einflussgewinn auf die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik für die CSU bedeutet hätte.

In einem späteren Interview Helmut Kohls mit Manfred Schell machte der Bundeskanzler deutlich, dass aus seiner Sicht die FDP eine ganz entscheidende Rolle bei dem Regierungswechsel im Herbst 1982 gespielt hatte. So habe, laut Kohl, Genscher den Wechsel der Bundesregierung ermöglicht, wofür ihn der CDU-Vorsitzende eine parlamentarische Überlebensgarantie dahingehend ausgestellt hatte, dass die Zahl der FDP-Minister gleich bleiben und es nicht sofort nach dem Wechsel der Regierung zu Neuwahlen kommen sollte.<sup>538</sup> Strauß äußerte sich später dahingehend, er sei in der damaligen Situation nur unzureichend über die Absprachen und Verhandlungen mit den Freien Liberalen informiert worden.<sup>539</sup> Rückblickend betonte Kohl, dass Strauß ihm in dieser Phase des Regierungswechsels in Bonn gerade wegen der Frage der Behandlung der FDP größte Schwierigkeiten bereitet habe.<sup>540</sup>

Der CSU-Vorsitzende sehnte zwar ebenso wie der Chef der CDU den Regierungswechsel herbei, jedoch wollte er diesen mit anderen Mitteln als dem konstruktiven Misstrauensvotum erreichen. So fällt auch das Urteil von Franz Josef Strauß in seinen Erinnerungen aus:

„Das Ende der Regierung Schmidt/Genscher und die Bildung der Regierung Kohl im Herbst 1982 vollzog sich nach einem Fahrplan, der nicht der meine war.“<sup>541</sup>

Das Ziel von Strauß wäre es gewesen, Neuwahlen noch im November oder Dezember 1982 durchzuführen. Zimmermann versagte als Vorsitzender der CSU-Landesgruppe dem bayerischen Ministerpräsidenten die Gefolgschaft durch seine Zustimmung zum Zeitplan Kohls. Dabei wurde in einer Erklärung von CSU-Generalsekretär Edmund Stoiber nochmals die Position unterstrichen, dass die CSU für einen anderen Zeitpunkt für die Neuwahlen plädieren würde, aber dem von CDU und FDP gewünschten zeitlichen Ablauf nicht im Wege stehen wolle.<sup>542</sup> Der enge Strauß Vertraute Stoiber

---

<sup>538</sup> Vgl. Schell: Kanzlermacher, S. 94. In seinen Erinnerungen schreibt Kohl, er habe Genscher bei einem Treffen vor dem Beginn der parlamentarischen Sommerpause mit folgenden Satz seine Hilfe für das politische Überleben der FDP zugesagt: „Im übrigen musst Du wissen, dass Du nicht ohne Netz turnst.“ Kohl: Erinnerungen, Bd. 1, S. 622

<sup>539</sup> Vgl. Schell: Kanzlermacher, S. 128

<sup>540</sup> Vgl. Kohl: Erinnerungen, Bd. 1, S. 623

<sup>541</sup> Vgl. Strauß: Erinnerungen, S. 500. Laut einem Interview Manfred Schells mit Friedrich Zimmermann, in dem sich dieser auf eine Tonbandaufzeichnung der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 21. September 1982 bezog, habe Strauß dort erklärt, seine Partei werde den Wahltermin am 6. März 1983 mittragen, wenngleich sie diesen nicht für richtig halte. Vgl. Schell: Kanzlermacher, S. 172

<sup>542</sup> Vgl. Jäger: Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition 1974-1982, S. 254. Diese Argumentation vertritt auch Franz Josef Strauß bei seinem Bericht vor der CSU-Landesgruppe. Vgl. ACSP, LG-Sitzungen, 10. WP, darin: Protokoll der Sitzung der CSU-Landesgruppe vom 21. September 1982, S. 3.

erinnert sich noch später, dass der bayerische Ministerpräsident damals gehofft hatte, dass durch sofortige Neuwahlen im Bund zum ersten Mal nach 1957 eine absolute Mehrheit der Union im Bund erreichbar gewesen wäre.<sup>543</sup> Noch am 20. September 1982 sprach sich der Vorstand der CSU für einen Termin der Bundestagswahl noch im Jahr 1982 aus und beauftragte den Parteivorsitzenden sowie den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe, diese Linie in Bonn zu vertreten.<sup>544</sup> Dies hätte für Strauß die Möglichkeit geboten, die von ihm ungeliebte FDP aus dem Bundestag zu kegeln, und es wäre ihm somit möglich gewesen, das Amt des Bundesaußenministers und des Vizekanzlers zu übernehmen.<sup>545</sup> Helmut Kohl aber lehnte die Zielsetzung für die Union, eine absolute Mehrheit im Bund zu erreichen, ab, da er der Meinung war, langfristig nicht ohne Koalitionspartner regieren zu können und zudem das Regieren mit einer äußerst knappen Mehrheit von nur wenigen Mandaten in Bonn nicht möglich sei.<sup>546</sup> Im Zusammenhang mit der Strategie und der Festlegung des Wahltermins kommt Wolfgang Jäger zu dem Schluss, dass Strauß durch Zimmermann regelrecht ausmanövriert wurde, da sowohl in der Schwesterpartei CDU als auch in der CSU-Landesgruppe der Drang an die Macht größer war als das Interesse am Erreichen einer absoluten Mehrheit im Bundestag.<sup>547</sup>

In seinen Erinnerungen machte Franz Josef Strauß nochmals deutlich, dass von seinem Standpunkt aus der Weg, wie es im Jahre 1982 zum Regierungswechsel gekommen war, einen Fehler gewesen sei. So habe Kohl den bequemen Weg zum Regierungswechsel über eine Koalition mit der FDP gewählt, anstatt eine absolute Unionsmehrheit im Bund zu erreichen. Bezüglich der anstehenden Landtagswahl in Bayern des Jahres 1982, warf er der Strategie Kohls vor, dass diese der CSU acht Prozent gekostet habe.<sup>548</sup>

---

Helmut Kohl hatte sich bereits in der ersten Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach der Sommerpause 1982 für einen möglichen Termin für Neuwahlen im März 1983 ausgesprochen. Vgl. Kohl: Erinnerungen, Bd. 1, S. 624

<sup>543</sup> Vgl. Stoiber: Weil die Welt sich ändert, S. 75; vgl. auch Jäger: Die „Wende“ 1982, S. 173. Zum Einlenken von Strauß vgl. auch Schwarz: Helmut Kohl, S. 283/284. Auf die Unzufriedenheit von Strauß mit dem Wahltermin im März 1983 auch nach dem vollzogenen Kanzlerwechsel verweist auch Friedrich Voss. Vgl. Voss: Den Kanzler im Visier, S. 239

<sup>544</sup> Vgl. Strauß: Erinnerungen, S. 503; vgl. auch Voss: Den Kanzler im Visier, S. 234; vgl. ebenso Zimmermann: Kabinetttstücke, S. 133; vgl. ebenso Schell: Kanzlermacher, S. 119

<sup>545</sup> Vgl. Stickler: Zu kurz gesprungen?, S. 184; vgl. auch Bohnsack: Koalitionskrise und Regierungswechsel, S. 27. Zu der vertanen Chance der Union auf die absolute Mehrheit im Bundestag vgl. Voss: Den Kanzler im Visier, S. 242/243. Ähnlich auch Zorn: Bayerns Geschichte, S. 94

<sup>546</sup> Schell: Kanzlermacher, S. 94/95

<sup>547</sup> Vgl. Jäger: Helmut Kohl setzt sich durch, S. 158

<sup>548</sup> Vgl. Strauß: Erinnerungen, S. 503-505; vgl. auch Voss: Den Kanzler im Visier, S. 242. Zu den Landtagswahlen in Bayern vgl. auch Jürgen W. Falter. Er verweist in seiner Untersuchung der

Trotz des Umstands, dass die CSU ihre Seitenhiebe auf die Freien Demokraten fortsetzte, was unter anderem darin seinen Ausdruck fand, dass die Vertreter der bayerischen Unionspartei sich weigerten, den Bereich der Rechts- und Innenpolitik für die künftige Koalition mit dem bisherigen Bundesinnenminister der FDP, Gerhart Baum, zu verhandeln, kam die neue Regierung zustande.<sup>549</sup>

Aus Sicht der CSU und dessen Vorsitzenden befand man sich in der schwierigen Lage, dass am 10. Oktober 1982 in Bayern Landtagswahlen stattfanden, bei denen Franz Josef Strauß als Ministerpräsident erneut kandidierte und damit, selbst wenn er möglicherweise Interesse am Amt des Bundeskanzlers oder dem eines Bundesministers gehabt hätte, nicht ohne Schaden für seine Partei Anspruch auf diese Positionen hatte erheben können.<sup>550</sup> Dabei hätte ein möglicher erneuter Verlust an Stimmen bei der Landtagswahl die Position von Strauß als Vorsitzender der CSU nachhaltig schwächen können, ein Risiko, das er nicht eingehen konnte und wollte.<sup>551</sup> Diese Tatsache, dass Strauß aufgrund des Zusammenfallens des Wahltermins in Bayern mit dem Regierungswechsel in Bonn der Weg zu einem Wechsel an den Rhein verbaut war, war von ihm und Kohl bei deren Gespräch bei deren Wanderung Ende August 1982 thematisiert worden.<sup>552</sup>

Für die Koalitionsgespräche 1982 gestaltete sich der Bereich der Deutschlandpolitik eher unproblematisch, was der Tatsache geschuldet war, dass andere Themenfelder im Vordergrund standen. Zudem wurde in den einschlägigen Formulierungen, wie Karl-Rudolf Korte feststellt, der Kompromisscharakter deutlich, da sie zum einen auf Kontinuität setzte, zugleich aber auch Einflüsse der bisherigen Kritik der CDU/CSU an der bisherigen Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Regierung enthielt.<sup>553</sup>

So formulierten die Partner, dass die neue Bundesregierung an dem Ziel des Grundgesetzes festhalten werde, die friedliche Umsetzung des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes weiter zu verfolgen, ebenso wie die Vollendung der deutschen

---

bayerischen Wahlen darauf, dass ein Sieg der CSU bereits im Vorfeld klar war und die Umfragen über der 60 Prozentmarke lagen. Vgl. Falter: Bayerische Landtagswahl 1982, S. 82

<sup>549</sup> Vgl. Jäger: Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition 1974-1982, S. 254; vgl. auch Bohnsack: Koalitionskrise und Regierungswechsel, S. 28

<sup>550</sup> Vgl. Schwarz: Helmut Kohl, S. 274/275. Über die Möglichkeit eines Wechsels von Strauß nach Bonn berichtet auch Friedrich Voss, wobei er die Wahrscheinlichkeit für einen solchen Wechsel zurück in die Bundespolitik ab Anfang September 1982 schwinden sieht. Zudem verweist er auch darauf, dass es das oberste Ziel von Strauß gewesen sei, erst die Landtagswahl in Bayern zu gewinnen. Vgl. Voss: Den Kanzler im Visier, S. 233. Vgl. Falter: Bayerische Landtagswahlen 1982, S. 92

<sup>551</sup> Vgl. Siebenmorgen: Franz Josef Strauß, S. 594 und S. 599

<sup>552</sup> Vgl. Schell: Kanzlermacher, S. 125/126. Zu einem möglichen Wechsel von Strauß in die Bundesregierung im Herbst 1982 vgl. auch Kohl: Erinnerungen, Bd. 1, S. 623. Vgl. ferner Bickerich: Franz Josef Strauß, S. 305

<sup>553</sup> Vgl. Korte: Deutschlandpolitik, S. 81

Einheit mit friedlichen Mitteln. Dabei seien der innerdeutsche Grundlagenvertrag sowie der Brief zur Deutschen Einheit als Basis zu sehen. Der Koalitionsvertrag betonte dabei die Bedeutung des innerdeutschen Handels als wichtiges Element der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der DDR.<sup>554</sup>

Die Vereinbarung zwischen den Freien Liberalen und den Unionsparteien enthielt auch das von der Union, insbesondere der CSU vielgeforderte Prinzip von Leistung und Gegenleistung:

„Innerdeutsche Vereinbarungen müssen ausgewogene und verlässliche Leistungen und Gegenleistungen im Interesse der Menschen im geteilten Deutschland enthalten. [...] Die Bundesregierung wird auch weiterhin darauf drängen, dass die unmenschlichen Verhältnisse an der innerdeutschen Grenze im Sinne der Menschenrechte schrittweise abgebaut werden.“<sup>555</sup>

Dabei bekannte sich die neue Regierungskoalition zu dem Grundsatz, die Besonderheit der innerdeutschen Beziehungen gerade mit Blick auf die nationale Frage weiterhin zu betonen und die Bindung Berlins an die Bundesrepublik zu erhalten und zu sichern.<sup>556</sup>

In seiner ersten Regierungserklärung, die Helmut Kohl am 13. Oktober 1982 vor dem Bundestag abgab, thematisierte der neue Bundeskanzler am Ende seiner Rede die Deutschlandpolitik.<sup>557</sup> Kohl führte dabei in seiner Erklärung zum Verhältnis zur DDR Folgendes aus:

„Die Zusammenarbeit der deutschen Staaten muss im Interesse der Deutschen und ihrer Nachbarn in Europa verbessert werden. Wir werden die laufenden Verhandlungen und Gespräche fortsetzen. Wir sind an umfassenden, längerfristigen Abmachungen zum Nutzen der Menschen und auf der Grundlage der geltenden Abkommen interessiert. Unter Vertragstreue versteht die Bundesregierung, dass nicht nachträglich in Frage gestellt werden darf, worüber zwischen beiden Partnern bei Vertragsschluss Einvernehmen bestand. Dazu gehört auch die Übereinstimmung, dass im Zusammenhang mit dem Grundlagenvertrag bestimmte grundsätzliche Fragen offengeblieben sind. Diese können auch heute nicht geregelt werden.“<sup>558</sup>

---

<sup>554</sup> Vgl. Koalitionsvereinbarung 1982, S. 7

<sup>555</sup> ebenda, S. 7

<sup>556</sup> Vgl. ebenda, S. 7

<sup>557</sup> Eine eingehende Analyse, auch zur Entwicklung im Vergleich mit einschlägigen Vorlagen zur Regierungserklärung liefert Karl-Rudolf Korte. Vgl. Korte: Deutschlandpolitik, S. 89-97. Vgl. auch Hung: Ost- und Deutschlandpolitik, S. 19. Vgl. ferner Martin: Zwischenbilanz, S. 51/52

<sup>558</sup> Bundestag: Stenographische Berichte, vom 13. Oktober 1982, S. 7228

Insgesamt bleibt festzustellen, dass die neue Regierungskoalition keine Wende im Bereich der Deutschlandpolitik vollziehen wollte.<sup>559</sup>

Das erste Kabinett Kohl sollte, ganz der Abmachung der neuen Koalitionäre entsprechend, keine Regierung von Dauer sein, wollte man doch schon im März 1983 Neuwahlen des Bundestags erreichen. Bereits in seiner ersten Regierungserklärung hatte Kohl darauf hingewiesen.<sup>560</sup> Hierzu behalf sich die schwarz-gelbe Bundesregierung dem Mittel der Vertrauensfrage des Bundeskanzlers, die den Weg zu Neuwahlen freimachen sollte. Am 17. Dezember 1982 versagte das Parlament Bundeskanzler Kohl wie geplant das Vertrauen, so dass Bundespräsident Carl Carstens Neuwahlen anberaumen konnte.<sup>561</sup>

Im anschließenden Wahlkampf bezog die CSU und ihr Vorsitzender Strauß deutlich Stellung zur Deutschlandpolitik, welche die CSU bereits bei den Landtagswahlen 1982 vertreten hatte. So hatte der bayerische Ministerpräsident in seiner Parteitagrede im Juni 1982 mit deutlichen Worten die Politik der sozial-liberalen Bundesregierung anprangerte, durch die der Friede nicht sicherer geworden sei. Trotz der Entspannungspolitik gebe es weiterhin einen Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze, würden den Menschen in der DDR grundlegende Menschen- und Bürgerrechte vorenthalten.<sup>562</sup>

Die CSU ging in die Bundestagswahl mit einem eigenen und einem gemeinsamen Wahlprogramm mit der CDU. Beide Programme waren in ihren Kernaussagen weitgehend identisch, zeigten jedoch bezüglich der Deutschlandpolitik kleinere Abweichungen voneinander.

So gehen beide Programme nach einer Berufung auf die Grundlagen der Deutschlandpolitik seit Konrad Adenauer ein, indem sie beide auf die gemeinsame Entschließung des Bundestages vom 17. Mai 1972 sowie auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts verweisen. Daraus folgern beide Programme „[...] die deutsche Frage ist nicht nur theoretisch offen zu halten, sondern für das deutsche Recht auf Einheit in Freiheit aktiv einzutreten. Hierbei geht es um das Selbstbestimmungsrecht des ganzen deutschen Volkes, um den Fortbestand des deutschen Reiches nach geltendem Verfassungsrecht, um die gemeinsame deutsche Staatsbürgerschaft, um die Verpflichtung zum gesamtdeutschen Bewusstsein und um

---

<sup>559</sup> Vgl. Glaab: Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 247

<sup>560</sup> Vgl. Bundestag: Stenographische Berichte, vom 13. Oktober 1982, S. 7215

<sup>561</sup> Vgl. Bundestag: Stenographische Berichte, vom 17. Dezember 1982, S. 8971; vgl. auch Bückler / Schlimbach: Die Wende in Bonn, S. 167-198

<sup>562</sup> Vgl. ACSP, PT 19820604, Nr. 7, darin: Protokoll des Parteitages vom 4. Juni 1982, S. 178

das Ziel, die innerdeutsche Grenze, die keine Grenze im völkerrechtlichen Sinne ist, mit friedlichen Mitteln zu überwinden.“<sup>563</sup>

Beide Programme greifen die Kritik am SED-Regime auf und erinnern an den Verfassungsauftrag des Grundgesetzes, die Einheit Gesamtdeutschlands mit friedlichen Mitteln wiederherzustellen. Zudem seien die Folgen der Teilung zu lindern und zu erleichtern und die Lebensfähigkeit des Landes Berlin zu erhalten. Die gegenseitige Vertragspolitik mit der DDR solle fortgesetzt werden, wobei hier auf eine Vertragstreue durch beide Seiten hingewirkt werden müsse. Die Verträge werden dabei ausdrücklich als vorläufig angesehen, bis es zu einer Einigung Deutschlands im Sinne der Präambel des Grundgesetzes komme.<sup>564</sup>

Einzigster Unterschied zwischen dem gemeinsamen CDU/CSU-Programm und dem alleinigen Wahlprogramm der CSU zur Bundestagswahl ist der Hinweis des CSU-Papiers, dass für den Erhalt und die Pflege eines gesamtdeutschen Bewusstseins eine entsprechende Berücksichtigung im Schulunterricht erfolgen müsse.<sup>565</sup>

Die Wahlen am 6. März 1983 erbrachten das erhoffte Ziel: Die beiden Unionsparteien erreichten gemeinsam mit der FDP die gewünschte Bestätigung durch das Wahlvolk, wengleich die Liberalen aufgrund ihres Koalitionswechsels im Vorjahr deutlich Federn lassen mussten.<sup>566</sup> Dennoch war damit der Grundstein für die Fortsetzung der Koalition aus CDU, CSU und FDP gelegt.

### *3.1.2 Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP mit Blick auf die Deutschlandpolitik*

Mit dem Wahlsieg waren auch die Weichen für die Koalitionsverhandlungen zwischen den Schwesterparteien CDU und CSU mit der FDP gestellt worden.

Wie Karl-Rudolf Korte bemerkt, war allein schon die Tatsache, dass die Deutschlandpolitik mit keinem Satz in den Vertrag zwischen den Regierungsparteien Eingang gefunden hatte, bezeichnend. Insbesondere war Franz Josef Strauß mit Bundesaußenminister Genscher in Streit geraten, da der CSU-Vorsitzende auf die

---

<sup>563</sup> CSU-Landesleitung: Das Wahlprogramm der CSU. Gemeinsam Deutschland in Ordnung bringen, S. 19. Mit gleichem Text wiedergegeben im gemeinsamen Wahlprogramm. Vgl. Dies.: Das Wahlprogramm der CSU und CDU. Wir werden Deutschland in Ordnung bringen, S. 19

<sup>564</sup> Vgl. Dies.: Das Wahlprogramm der CSU. Gemeinsam Deutschland in Ordnung bringen, S. 19/20; vgl. auch Dies.: Das Wahlprogramm der CSU und CDU. Wir werden Deutschland in Ordnung bringen, S. 19/20

<sup>565</sup> Vgl. Dies.: Das Wahlprogramm der CSU. Gemeinsam Deutschland in Ordnung bringen, S. 19

<sup>566</sup> Vgl. Wirsching: Abschied vom Provisorium, S. 44/45; vgl. auch Gehler: Deutschland, S. 263. Die FDP verlor aufgrund des Koalitionswechsels nicht nur an Stimmen, sondern auch rund 10 Prozent ihrer Mitglieder. Schildt: Innere Entwicklung der Bundesrepublik bis 1989, S. 8



Aufnahme des Prinzips Leistung und Gegenleistung im Handeln mit der DDR pochte.<sup>567</sup> Die deutschlandpolitischen Positionen der CSU und der FDP standen sich in der neuen Regierung widersprüchlich gegenüber. So bemerkte Hans-Dietrich Genscher im Rückblick zu diesen Gesprächen:

„Wir (gemeint waren Kohl und Genscher) nahmen Blickkontakt auf und signalisierten uns stillschweigend, dass angesichts der Kontroverse mit Strauß besser kein Satz zur Deutschlandpolitik in die Koalitionsvereinbarung aufgenommen werden sollte.“<sup>568</sup>

Jahre später äußerte sich Strauß anlässlich einer Konferenz der CSU-Bezirks- und Kreisvorsitzenden, dass weder CDU noch FDP im Rahmen der Koalitionsverhandlungen des Jahres 1983 zu einem Konfrontationskurs mit der DDR bereit gewesen seien.<sup>569</sup> Die offizielle Sprachregelung der Koalitionäre lautete schließlich, man habe aus Zeitgründen auf die Aufnahme der Deutschlandpolitik in den Koalitionsvertrag verzichtet, wenngleich Kohl dadurch den Streit um die Positionen in der Angelegenheit auf diese Weise aus der Regierungsarbeit heraushalten wollte. Die Auffassungen innerhalb der Union waren ebenfalls ambivalent. So gab es nicht wenige, insbesondere in den Reihen der CSU, welche die Auffassung vertraten, dass die neue Bundesregierung die Rechtspositionen der Bundesrepublik noch deutlicher betonen sollte. Um den Konflikt zwischen Strauß und Genscher beizukommen, setzte Kohl darauf, den CSU-Chef stärker in die Bundespolitik einzubinden, was er durch die Schaffung der Elefantenrunde der drei Parteivorsitzenden der Koalition erreichen wollte. Dabei wirkte Kohl den Versuchen von Strauß entgegen, der seinerseits durch eine Formalisierung dieser Dreierrunde versuchte an Einfluss zu gewinnen.<sup>570</sup>

Was die personelle Situation am Kabinetttisch anging, so war es der CSU gelungen, im Vergleich zum im Oktober 1982 gebildeten ersten Kabinett Kohl ein weiteres Ministeramt hinzuzugewinnen.<sup>571</sup> Der Personalbesetzung im neuen Bundeskabinett kam

---

<sup>567</sup> Vgl. Korte: Deutschlandpolitik, S. 101; vgl. auch den Wortlaut der Koalitionsvereinbarungen in: CDU-Dokumentation 12 24.3.1983. Auf die kontroversen Positionen verweist auch Matthias Zimmer. Vgl. Zimmer: Nationales Interesse und Staatsräson, S. 78/79

<sup>568</sup> Zitiert nach Korte zu dessen Gespräch mit Hans-Dietrich Genscher vom 14. März 1997. Vgl. Korte: Deutschlandpolitik, S. 101. Manfred Behrend verweist bezüglich des inhaltlichen Dissenses zwischen der CSU und der FDP im Bereich der Deutschlandpolitik auf ein entsprechendes internes Papier der beiden Unionsparteien, welches unter anderem das Festhalten an den deutschen Grenzen des Jahres 1937 festschrieb. Vgl. Behrend: Franz Josef Strauß, S. 274

<sup>569</sup> Vgl. ACSP, NL Strauß Fam, Nr. 675, darin: Redeunterlagen für den Bericht zur politischen Lage des Vorsitzenden der CSU, Ministerpräsident Franz Josef Strauß, bei der Konferenz der Bezirks- und Kreisvorsitzenden der CSU am 26. Oktober 1987 in München, S. 1

<sup>570</sup> Vgl. Korte: Deutschlandpolitik, S. 102/103

<sup>571</sup> Vgl. Oberreuter: Konkurrierende Kooperation, S. 329. Die CSU war nunmehr mit Friedrich Zimmermann (Bundesministerium des Inneren), Ignaz Kiechle (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten), Werner Dollinger (Bundesministerium für Verkehr), Oscar Schneider

insofern eine wichtige deutschlandpolitische Rolle zu, als dass es der CSU bei den Verhandlungen zum Koalitionsvertrag nicht gelungen war, entsprechende Positionen in diesen einfließen zu lassen. Daher war die künftige Besetzung der Bonner Ministerien umso wichtiger, wollte die CSU ihre deutschlandpolitischen Ziele auf Bundesebene einbringen und durchsetzen. Deshalb ist auch die Frage, ob Strauß selbst ein Ministerium in der neuen schwarz-gelben Regierung übernahm oder nicht für die Durchsetzung der Ziele der CSU in diesem Politikfeld von großer Bedeutung.

Bei diesen Gesprächen um die Kabinettsbildung hatte es insbesondere um die Frage eines Eintritts von Strauß selbst eine Kontroverse gegeben. Dabei habe der Bundeskanzler dem bayerischen Ministerpräsidenten zwar die Rolle des Vizekanzlers und ein Bundesministerium zugedacht, jedoch wären Ministerien wie das Außen-, das Wirtschafts- und das Finanzresort nicht zu Debatte gestanden. Zudem stellte Kohl der CSU für den Fall des Eintritts von Strauß in das Bundeskabinett nur drei Minister in Aussicht, während er ihr für den Fall eines Verbleibs ihres Vorsitzenden in München fünf Ministerposten einräumte.<sup>572</sup>

Ob Helmut Kohl Strauß dabei tatsächlich das Finanzministerium Stoltenbergs nicht zur Disposition gestellt hatte, kann dabei als durchaus fraglich betrachtet werden. So wird dieser Punkt der Verhandlungen zwischen den beiden Vorsitzenden der Unionsparteien in den Erinnerungen des Bundeskanzlers so dargestellt, als sei dieser durchaus bereit gewesen, dem Bayern das Finanzministerium anzuvertrauen, was sich auch mit den Aufzeichnungen von Friedrich Voss deckt.<sup>573</sup>

Im Nachhinein erinnert sich Strauß in einem Interview, dass ihm Kohl damals bei einem gemeinsamen Gespräch am 19. März 1983, bei dem ihm vom Bundeskanzler alle Ministerien angeboten wurden, außer dem Außen-, dem Wirtschafts- und dem Finanzministerium. Dabei hatte der der Bonner Regierungschef diese Auswahl dahingehend eingeschränkt, dass die CSU im Falle eines Wechsels von Strauß in die

---

(Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau) und Jürgen Warnke (Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit) vertreten. Vgl. ebenda, S. 329. Zur Frage eines möglichen Eintritts von Franz Josef Strauß in das Bundeskabinett vgl. u. a. Möller: Franz Josef Strauß, S. 586/587 sowie Finger: Franz Josef Strauß, S. 484/485

<sup>572</sup> Vgl. Stickler: Zu kurz gesprungen?, S. 191/192; vgl. auch Wirsching: Abschied vom Provisorium, S. 47. Edmund Stoiber berichtet in seinen Erinnerungen im Gegensatz dazu, dass Kohl der CSU vier Ministerposten für den Fall eines Eintritts von Strauß in das Kabinett versprochen habe. Vgl. Stoiber: Weil die Welt sich ändert, S. 76. Auch Friedrich Voss erinnert sich an vier Ministerposten im Falle eines Wechsels von Strauß nach Bonn. Vgl. Voss: Den Kanzler im Visier, S. 245/246

<sup>573</sup> Vgl. Kohl: Erinnerungen Bd. 2, S. 122-124; vgl. auch Voss: Den Kanzler im Visier, S. 245/246. Beide, Kohl und Voss verweisen dabei wie auch Friedrich Zimmermann auf die mögliche Übernahme des Verteidigungsministeriums durch Strauß, welche offensichtlich zur Debatte gestanden hatte. Vgl. Zimmermann: Kabinetttstücke, S. 326/327

Bundesregierung vier, für den Fall seines Verbleibs in München fünf Ministerien erhalten sollte.<sup>574</sup> Daraufhin sei es zu einem Streit zwischen Kohl und dem Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe, Theo Waigel gekommen, der dem Kanzler vorwarf, dass das Angebot nicht angemessen sei. Waigel habe, laut den Aussagen von Strauß, zu dem Angebot, vier Minister für die CSU bei einem Wechsel des Ministerpräsidenten, hingegen fünf für den Fall, dass er in München bleibe, geäußert, dass dieses „[...] unanständig, unfair und unpolitisch [sei]“.<sup>575</sup> Nachdem über das Wochenende telefonische Verhandlungen und Gespräche im Hintergrund stattgefunden hatten, fiel am Montag, den 21. März 1983 schließlich eine Entscheidung über den Eintritt von Strauß in das zweite Kabinett Kohl. Dabei erinnert sich Theo Waigel folgendermaßen an die damaligen Vorgänge:

„An diesem Montagvormittag war eine Sitzung des Landesvorstandes der CSU in München angesetzt. Vor Beginn nahm mich Strauß zur Seite. [...] Dabei berichtete er vom Anruf und vom Angebot Kohls, das nun in beiden Alternativen fünf Kabinettsmitglieder für die CSU lautete, unabhängig davon, ob Strauß ins Kabinett eintritt oder nicht. Angesichts dieses Angebots, das nun keinerlei Diskriminierung mehr enthielt, verzichtete Strauß auf ein Ministeramt in Bonn.“<sup>576</sup>

Mit Sicherheit wird bei der Entscheidung auch die Tatsache eine Rolle gespielt haben, dass Strauß mit seinem Verbleib in der Bayerischen Staatskanzlei in keine Kabinettsdisziplin eingebunden war. Ungeachtet dessen behielt er sich dadurch die Möglichkeit, kritisch in die Bonner Regierungsarbeit einzugreifen und zugleich seine Rolle als eine Art Nebenaußenminister zu erfüllen und damit auch Akzente in der Deutschlandpolitik zu setzen, was er an unterschiedlichen, in dieser Arbeit noch darzustellenden Beispielen, deutlich machte.<sup>577</sup> Manfred Behrend bewertet den Gewinn eines fünften Ministeriums in der Bundesregierung wegen des nichterfolgten Wechsels von Strauß an den Rhein gar als fragwürdigen Gewinn für die CSU.<sup>578</sup>

Bewertet man die Regierungsbildung des Jahres 1983 aus Sicht der CSU mit Blick auf die Durchsetzung ihrer deutschlandpolitischen Ziele, so ist zunächst festzustellen, dass es ihr nicht gelungen war, ihre Positionen hierzu in den Koalitionsvertrag einfließen zu

---

<sup>574</sup> Vgl. Schell: Kanzlermacher, S. 129/130

<sup>575</sup> Ebenda, S. 130. Der von Strauß in dem Interview mit Manfred Schell geschilderte Umstand deckt sich mit den Aussagen von Theo Waigel. Vgl. ebenda, S. 134/135

<sup>576</sup> Ebenda, S. 135

<sup>577</sup> Vgl. Stickler: Zu kurz gesprungen?, S. 192/193

<sup>578</sup> Vgl. Behrend: Franz Josef Strauß, S. 245. Behrend verweist in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeit für Strauß, im Jahre 1984 im Zuge der Affäre um den Bundeswehrgeneral Günther Kießling als Bundesverteidigungsminister nach Bonn zu wechseln. Vgl. ebenda, S. 245

lassen. Was die personelle Aufstellung anging, hatte sie eine Aufwertung erfahren, was das Einbringen ihrer Ziele auf dem Feld der Deutschlandpolitik in der Folge erleichterte, wenngleich der Hauptakteur der CSU in diesem Bereich, Strauß, weiterhin von München aus als Ministerpräsident und Parteivorsitzender agierte.

## 3.2 Die Milliarden-Bürgschaften von 1983 und 1984 und die Vermittlung durch Strauß

### *3.2.1 Die Ausgangslage für den Kredit*

Kurz nach der Regierungsbildung bot die aktuelle Entwicklung einen Grund für den bayerischen Ministerpräsidenten, sich zur Deutschlandpolitik zu äußern und aktiv zu werden. Die DDR befand sich seit Anfang der 1980er in einer schwierigen finanziellen Situation, die vor allem aus dem hohen Stand ihrer Verbindlichkeiten im Westen resultierte, wobei insbesondere die kurze Laufzeit der Kredite von nur einem Jahr Probleme bereitete. Aus diesem Grund war es zu erwarten, dass die DDR die notwendigen Tilgungen für die alten Kredite nicht ohne die Aufnahme neuer Darlehen leisten konnte. Hinzu zu diesem finanziellen Problem traten auch die wirtschaftliche Entwicklung, die Kontingentierung von Erdöllieferungen aus der Sowjetunion sowie der Kreditboykott durch westliche Banken.<sup>579</sup> Der DDR drohte, kurzgesagt, der Staatsbankrott.<sup>580</sup>

Bereits seit dem Jahr 1980 stand die Bundesregierung unter Kanzler Schmidt mit der DDR in Verhandlungen über einen Kredit für den SED-Staat, dem sogenannten Züricher Modell. Dabei war es die Absicht der damaligen Bundesregierung und ihres Verhandlungsführers mit der DDR, Staatsminister Hans-Jürgen Wischnewski, über ein eigens zu schaffendes Kreditinstitut in der Schweiz auf Vermittlung des dort lebenden deutschen Bankiers Holger Bahl einen Kredit in Höhe von vier bis fünf Milliarden D-Mark an die DDR zu erreichen.<sup>581</sup>

---

<sup>579</sup> Vgl. Kittel: Franz Josef Strauß und der Milliardenkredit, S. 647/648; vgl. auch Korte: Deutschlandpolitik, S. 163. Hier findet sich eine ausführlichere Darstellung der wirtschaftlichen Hintergründe des Kreditbedarfs der DDR in den 1980er Jahren. Vgl. ebenda, S. 162ff. Eine Schilderung geben auch die Erinnerung von Schalck-Golodkowski wieder. Vgl. Schalck-Golodkowski: Deutsch-deutsche Erinnerungen, S. 284/285. Siehe ferner ebenso die Berichte der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages sowie des Bayerischen Landtages. Vgl. Bundestag: Drucksache 12/7600, S. 455/456 sowie Bayerischer Landtag: Drucksache 12/16598, S. 29/30. Eine Darstellung der volkswirtschaftlichen Krise der DDR Anfang der 1980er liefert ferner Reinhard Buthmann. Vgl. Buthmann: Megakrise und Megakredit, S. 992-994

<sup>580</sup> Vgl. Kittel: Strauß' Milliardenkredit, S. 307

<sup>581</sup> Vgl. Korte: Deutschlandpolitik, S. 165/166; vgl. auch Heyde: Vergabe der Milliardenkredite an die DDR, S. 99/100. Zum sogenannten Züricher Modell siehe auch Bayerischer Landtag: Drucksache 12/16598, S. 34-38. Weitere Details, insbesondere zur Rolle der DDR-Staatssicherheit bietet die Untersuchung von Reinhard Buthmann. Vgl. Buthmann: Megakrise und Megakredit.

Dieses Projekt hatte die Regierung Kohl von der Vorgängerregierung übernommen, wobei das Problem der bisherigen Gespräche mit Ost-Berlin die Ablehnung der DDR-Regierung ein Junktim des Kreditabschlusses und verbindlicher Gegenleistungen war. Dementsprechend wurden die Gespräche in dieser Angelegenheit von Seiten der DDR-Regierung im Februar 1983 für beendet erklärt.<sup>582</sup> Dabei wird jedoch schon rein durch die Tatsache, dass diese Verhandlungen stattfanden deutlich, dass der Kontakt mit dem ostdeutschen Pendant der Bundesregierung mit dem Regierungswechsel des Jahres 1982 nicht abbrach, sondern dass es zu einer Intensivierung der Kontakte kam.<sup>583</sup>

Das Festhalten Kohls an dem Junktim bezüglich eines Kredits für die DDR wird auch an den Ergebnissen der Aktenauswertung von Veronika Heyde im Bundesarchiv bestätigt, die eindeutige Belege für ein entsprechendes Agieren der Bundesregierung in den Akten der DDR fand.<sup>584</sup>

Von Bedeutung ist zudem, besonders mit Blick auf eine spätere Bewertung beider Modelle, der Unterschied zwischen dem zu Zeiten der Regierung Schmidt im Gespräch befindlichen Züricher Modell und dem Konstrukt des später tatsächlich geschlossenen sogenannten Milliardenkredits. Nach dem Züricher Modell war die Schaffung einer Finanzierungsgesellschaft im schweizerischen Ausland vorgesehen, die dann den Kredit für die DDR finanziert hätte, wobei hier direkt Mittel des Bundesetats betroffen gewesen wären.<sup>585</sup> Bei dem, schließlich im Juni 1983 auf die Vermittlung von Strauß abgeschlossenen Milliardenkredit handelte es sich um den Kredit eines Bankenkonsortiums unter der Federführung der Bayerischen Landesbank, bei dem die Bundesregierung lediglich eine Bürgschaft übernahm, welche jedoch aus Mitteln des Transitabkommens mit der DDR gedeckt wurden, so dass eine Belastung des Bundeshaushalts ausgeschlossen war.<sup>586</sup> Zentral waren in diesem Zusammenhang gerade auch die großen Verhandlungsspielräume, die den DDR-Unterhändlern in dieser Angelegenheit von Seiten des SED-Regimes eingeräumt wurden.<sup>587</sup> Gerade aus diesen

---

<sup>582</sup> Vgl. Korte: Deutschlandpolitik, S. 166; vgl. auch Schalck-Golodkowski: Deutsch-deutsche Erinnerungen, S. 287

<sup>583</sup> Vgl. Mayer / Tilman: Die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik, S. 57

<sup>584</sup> Vgl. Heyde: Vergabe der Milliardenkredite an die DDR, S. 104

<sup>585</sup> Vgl. Kittel: Franz Josef Strauß und der Milliardenkredit, S. 648

<sup>586</sup> Vgl. Wirsching: Abschied vom Provisorium, S. 596; vgl. auch Korte, Deutschlandpolitik, S. 161. Die Berichte der Untersuchungsausschüsse des Bundestages und des Bayerischen Landtages bestätigen übereinstimmend, dass der Vorschlag, die Federführung des Geschäfts der Bayerischen Landesbank zu übertragen von Bundeskanzler Kohl kam. Vgl. Bundestag: Drucksache 12/7600, S. 457; vgl. auch Bayerischer Landtag: Drucksache 12/16598, S. 31. Der Untersuchungsbericht des Landtags bestätigt zudem, dass die mit dem Kreditgeschäft verbundenen Provisionen den entsprechenden Gepflogenheiten von derartigen Bankgeschäften entsprachen. Vgl. ebenda, S. 31/32

<sup>587</sup> Vgl. Staat: Deutsch-deutsche Beziehungen, S. 167

Umständen kam der Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtages, der sich 1994 mit dem Bereich der Tätigkeit der „Kommerziellen Koordinierung“ und ihres Leiters, Alexander Schalck-Golodkowski, befasste, zu folgendem Ergebnis:

„Faktisch war ein finanzielles Risiko für die Bundesrepublik Deutschland demgemäß ausgeschlossen; hätte die DDR den Kredit nicht korrekt zurückgezahlt, dann hätte die Bundesrepublik zwar gegenüber den beteiligten Banken für den Kreditbetrag einstehen müssen, andererseits aber die sonst an die DDR zu entrichtende Transitpauschale in gleicher Höhe einbehalten und sich somit im Ergebnis auf jeden Fall schadlos halten können. Die in schriftlicher Erklärung von Franz Josef Strauß erhaltene Feststellung, es habe keinen Pfennig Zinssubventionen gegeben, und die Belastung des Steuerzahlers der Bundesrepublik Deutschland sei gleich Null gewesen, trifft im Ergebnis also zu.“<sup>588</sup>

Politische Brisanz erlangte in den ersten Monaten des Jahres 1983 die Deutschlandpolitik insbesondere durch einige dramatische Zwischenfälle an der innerdeutschen Grenze. So fand der aus der Bundesrepublik stammende Geschäftsreisende Rudolf Burkert am 10. April 1983 am Grenzkontrollpunkt Drewitz beim Verhör durch Grenzbeamte der DDR den Tod. Nur wenige Tage später kam es zu einem zweiten mysteriösen Todesfall eines Bundesbürgers bei einer Vernehmung durch DDR-Beamte, was Helmut Kohl zur Absage eines Treffens mit dem für Wirtschaftsfragen zuständigen Zentralkomitee-Sekretärs, Günter Mittag, veranlasste. Im Gegenzug sagte der Staatsratsvorsitzende der DDR, Erich Honecker, darauf seinen geplanten Besuch in der Bundesrepublik ab.<sup>589</sup>

Wie die Öffentlichkeit reagierte auch der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß mit Empörung auf diese Todesfälle. Aufgebracht und überzeugt sprach er daher in diesem Zusammenhang öffentlich von einem Mord durch die DDR-Grenzbehörden.<sup>590</sup> Strauß ging in seinen Erinnerungen auf den Fall ein, in dem er berichtet, dass sich die Witwe des Toten sowie dessen Bruder mit einem Schreiben an ihn gewandt hätten.<sup>591</sup> So schrieb er unter anderem zu dem Zwischenfall vom 10. April 1983:

---

<sup>588</sup> Bayerischer Landtag: Drucksache 12/16598, S. 32. Zur Absicherung des Kredits siehe auch Bundestag: Drucksache 12/7600, S. 457

<sup>589</sup> Vgl. Finger: Franz Josef Strauß, S. 489; vgl. auch Hung: Ost- und Deutschlandpolitik, S. 22; vgl. ebenso Behrend: Franz Josef Strauß, S. 277/278

<sup>590</sup> Vgl. Korte: Deutschlandpolitik, S. 169; vgl. auch Finger: Franz Josef Strauß, 489; vgl. ebenso Voss: Den Kanzler im Visier, S. 246

<sup>591</sup> Vgl. Strauß: Erinnerungen, S. 470/471. Wie Lutz Haarmann bemerkt, hatte die scharfe Äußerung von Strauß viel Kritik ausgelöst. Der CSU-Vorsitzende entschuldigte sich bei seinem ersten Treffen mit Honecker 1983 für die scharfe Wortwahl. Vgl. Haarmann: Warten auf die Wiedervereinigung, S. 180

„Ich habe in der öffentlichen Diskussion über dieses Thema davon gesprochen, dass es sich hier um Mord handle.“<sup>592</sup>

Damit waren die äußeren Rahmenbedingungen für die Aufnahme von Verhandlungen über einen Kredit für den SED-Staat beileibe nicht die besten.

### *3.2.2 Der erste Kontakt zwischen Strauß und Schalck-Golodkowski und die Verhandlungen um den ersten Milliardenkredit*

Gerade in dieser scheinbar schwierigen Phase der deutsch-deutschen Beziehungen, an deren Horizont schon die Stationierung von Mittelstreckenraketen gemäß dem NATO-Doppelbeschluss erste Schatten warf, sollte es zu einem Treffen zwischen Franz Josef Strauß und dem Leiter der Kommerziellen Koordinierung, dem DDR-Staatssekretär Alexander Schalck-Golodkowski kommen.

Der Kontakt zwischen Strauß und Schalck-Golodkowski entstand über einen gemeinsamen Bekannten und Strauß-Freund Josef März, einem Fleischhändler aus Oberbayern, der zeitweilig auch das Amt des CSU-Schatzmeisters innehatte. Der Kontakt beider begann sich ab Ende des Jahres 1982 auf die Vermittlung von März anzubahnen.<sup>593</sup> Gemäß den Ergebnissen des Landtagsuntersuchungsausschusses begann seit diesem Zeitpunkt die Mittlerfunktion zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten und dem Leiter der Kommerziellen Koordinierung.<sup>594</sup>

Am 5. Mai 1983 war es soweit: Der DDR-Devisenbeschaffer Schalck-Golodkowski und der bayerische Ministerpräsident trafen erstmals persönlich im Gästehaus der Familie März im oberbayerischen Gut Spöck zusammen. Das Treffen hatte dabei durchaus einen konspirativ anmutenden Charakter, was schon die Anreise des DDR-Unterhändlers anging.<sup>595</sup> Weitgehend übereinstimmend berichten sowohl Strauß als auch Schalck-Golodkowski von dieser gemeinsamen Begegnung, wenngleich die

---

<sup>592</sup> Strauß: *Erinnerungen*, S. 471. Der Spiegel warf Strauß im Zusammenhang mit dem Zwischenfall vom 10. April 1983 vor, hier bewusst den Eklat herauszufordern, in dem er den Tod Burkerts als Mordfall bezeichnete. Vgl. *Der Spiegel*, 17/1983, S. 25

<sup>593</sup> Vgl. Kittel: *Franz Josef Strauß und der Milliardenkredit*, S. 648; vgl. auch Schalck-Golodkowski: *Deutsch-deutsche Erinnerungen*, S. 284. Friedrich Voss führt in seinen *Erinnerungen* aus, dass Strauß das Gästehaus seines Freundes Josef März häufiger für Begegnungen nutzte, die nicht sofort an die Öffentlichkeit kommen sollten, wie beispielsweise ein Treffen mit einer chinesischen Delegation. Vgl. Voss: *Den Kanzler im Visier*, S. 247; vgl. ebenso Brüggemann / Höpfinger: *Ministerpräsident Franz Josef Strauß*, S. 152. Zum Kontakt zwischen Schalck-Golodkowski und März seit 1975 vgl. Behrend: *Franz Josef Strauß*, S. 278

<sup>594</sup> Vgl. *Bayerischer Landtag: Druckache 12/16598*, S. 28

<sup>595</sup> Vgl. u. a. Kittel: *Franz Josef Strauß und der Milliardenkredit*, S. 651; vgl. auch Strauß: *Erinnerungen*, S. 471. Wesentlich ausführlicher bei Schalck-Golodkowski: *Deutsch-deutsche Erinnerungen*, S. 289/290. Dieser schreibt von einer unverkrampften Art des bayerischen Ministerpräsidenten, die auf ihn ansteckend gewirkt habe. Vgl. ebenda, S. 292

Schilderungen des DDR-Staatssekretärs umfassender ausfielen als die von Strauß.<sup>596</sup> Auch die einschlägigen Berichte von Schalck-Golodkowski über diese Verhandlungen vom 5. Mai 1983, die von Veronika Heyde ausgewertet wurden, decken sich offensichtlich mit den Erinnerungen beider Verhandlungspartner.<sup>597</sup>

In seinen Erinnerungen berichtet Schalck-Golodkowski von seiner Überraschung, wie er von Strauß empfangen wurde, da dieser gar nicht den polternden, kommunistenhassenden Bierzeltredner gab, als welchen ihn die DDR-Medien darzustellen versuchten. In seiner Darstellung macht der DDR-Unterhändler deutlich, dass er seinerseits sehr schnell auf den Punkt gekommen sei, doch habe Strauß zu einem sehr ausschweifenden Diskurs über die große Politik ausgeholt, bei der er, Schalck-Golodkowski, mehr Zuhörer gewesen sei. Dieses Gespräch erstreckte sich auch über das gemeinsame Essen, zudem der Gastgeber März Schweins- und Kalbshaxe mit Kartoffelsalat und fränkischen Wein auftischte. Dabei habe ihm der Ministerpräsident zu verstehen gegeben, dass es zu einem freundlicheren Umgang an der Grenze mit der DDR kommen müsse, da diese eine besondere Wirkung für das weitere Verhältnis beider Staaten zueinander hätte.<sup>598</sup>

Eine ähnliche Darstellung findet sich in den Erinnerungen von Strauß, wenngleich dieser eine deutlichere Sprache seiner eigenen Aussagen wiedergibt. So zitiert sich Strauß mit folgenden Worten:

„Sie können die Bürger der Bundesrepublik an der Grenze und in Ihrem Lande nicht als Bürger eines Feindstaates behandeln und die Währung der Bundesrepublik als die Währung eines Freundstaates in Anspruch nehmen wollen.“ [...] Auf Nachfrage, was ich damit meine, erläuterte ich: ‚Die Praxis der Grenzabfertigung, das Gebrüll und Geschrei, die Schikanen, man meint ja wirklich, man kommt in einen Zuchthausstaat, wenn man bei Ihnen als normaler Tourist die Grenze überschreitet.‘<sup>599</sup>

Strauß machte seinem Gegenüber weiter deutlich, dass er eine normale, freundliche Behandlung für Bürger der Bundesrepublik fordere, so wie sie diesen an anderen Grenzen zu benachbarten Staaten widerfahren würde.<sup>600</sup> Der Ministerpräsident brachte dies knapp auf den Punkt, unter welchen Bedingungen die Verhandlungen aus seiner Sicht fortgesetzt werden könnten:

---

<sup>596</sup> Vgl. Strauß: Erinnerungen, S. 471/472; vgl. auch Schalck-Golodkowski: Deutsch-deutsche Erinnerungen S. 289-295

<sup>597</sup> Vgl. Heyde: Vergabe der Milliardenkredite an die DDR, S. 105/106

<sup>598</sup> Vgl. Schalck-Golodkowski: Deutsch-deutsche Erinnerungen, S. 290

<sup>599</sup> Strauß: Erinnerungen, S. 472

<sup>600</sup> Vgl. ebenda, S. 472; vgl. auch Voss: Den Kanzler im Visier, S. 248



„[...] Wenn wir merken, dass sich in den nächsten Wochen etwas ändert, dann führen wir ein zweites Gespräch, sonst vergessen wir es.“<sup>601</sup>

Die Frage der Reduzierung des Mindestumtauschs, die von Kohl gefordert wurde, erwähnt Strauß in seinen Erinnerungen nicht, jedoch geht Schalck-Golodkowski darauf ein und berichtet davon, dass der bayerische Ministerpräsident dieses Thema angesprochen hatte, was er auch in den von Veronika Heyde ausgewerteten Berichten für Honecker erwähnte.<sup>602</sup>

Während Strauß die Behandlung der Kreditfrage lediglich streift, geht Schalck-Golodkowski präziser darauf ein. So berichtet der DDR-Staatssekretär, Strauß habe sich bei dem Gespräch dahingehend geäußert, dass er sich bei Kohl dafür einsetzen wolle, dass die DDR einen Kredit mit zwei Auszahlungsraten in Höhe von jeweils 500 Millionen D-Mark bekommen werde, ohne dass dafür ein Junktim der Gegenleistung notwendig sei. Strauß habe lediglich, wie in seinen Erinnerungen erwähnt, auf eine Geste der DDR in der Frage der Grenzabfertigung gesetzt, die jedoch nicht schriftlich zu vereinbaren war. Dies belegen ebenso die Aufzeichnungen von Schalck-Golodkowski im Bundesarchiv, die auch den Hinweis enthalten, dass Strauß als Sicherheit für die Bürgschaft der Bundesrepublik eine Verpfändung der Transitpauschale ins Spiel brachte.<sup>603</sup>

Strauß habe diesen Weg skizziert mit dem, laut den Erinnerungen seines Verhandlungspartners „die Kuh vom Eis [sollte]“<sup>604</sup>. Zu Recht nennt Veronika Heyde für dieses erste Gespräch bereits die Basis, auf der alle weiteren Verhandlungen zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten und dem DDR-Staatssekretär verlaufen sollten, Vertrauen gegen Vertrauen.<sup>605</sup> Von seinem ersten Zusammentreffen am 5. Mai 1983 mit Strauß berichtete Schalck-Golodkowski umgehend und den Vorgaben des SED-Staates entsprechend noch in derselben Nacht Honecker, was ebenfalls durch die entsprechenden Vermerke belegt wird.<sup>606</sup> Auch Strauß fertigte einen Bericht über das

---

<sup>601</sup> Strauß: Erinnerungen, S. 472

<sup>602</sup> Vgl. Schalck-Golodkowski: Deutsch-deutsche Erinnerungen, S. 293; vgl. auch Heyde: Vergabe der Milliardenkredite an die DDR, S. 106

<sup>603</sup> Vgl. Schalck-Golodkowski: Deutsch-deutsche Erinnerungen, S. 294/295; vgl. auch Heyde: Vergabe der Milliardenkredite an die DDR, S. 105/106

<sup>604</sup> Schalck-Golodkowski: Deutsch-deutsche Erinnerungen, S. 295

<sup>605</sup> Vgl. Heyde: Vergabe der Milliardenkredite an die DDR, S. 105

<sup>606</sup> Vgl. Schalck-Golodkowski: Deutsch-deutsche Erinnerungen, S. 295/296; vgl. auch Heyde: Vergabe der Milliardenkredite an die DDR, S. 105/106

Treffen an, was Helmut Kohl in seinen Erinnerungen belegt und worauf sich Hinweise in den Akten des Bundeskanzleramts finden.<sup>607</sup>

In der Tat zeigte das Gespräch von Franz Josef Strauß mit dem DDR-Unterhändler bald Wirkung. Bereits vierzehn Tage darauf gingen erste Meldungen des Bundesgrenzschutzes und der bayerischen Grenzpolizei ein, dass die Behandlung der Bundesbürger entlang der gesamten deutsch-deutschen Grenze eine deutliche Verbesserung erfahren habe.<sup>608</sup>

Franz Josef Strauß versäumte es zwischenzeitlich nicht, Bundeskanzler Kohl, wie mit Staatssekretär Schalck-Golodkowski vereinbart, von der Idee des Kredits mit einer Bundesbürgschaft ohne die feste Zusage von Gegenleistungen zu überzeugen. Der Kanzler indes zeigte sich hiervon eher wenig begeistert, da sich die Bundesregierung damit vom guten Willen und dem Vertrauen des SED-Regimes abhängig machte.<sup>609</sup>

Knapp einen Monat nach dem ersten Zusammentreffen kamen Strauß und Schalck-Golodkowski erneut in Spöck zusammen. Bei diesem Termin am 25. Mai 1983 hatte der DDR-Unterhändler einen Brief des Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker an Strauß in der Tasche, welchen er diesem unter dem strikten Hinweis zur Geheimhaltung verlesen sollte. Dieses Schreiben gliederte sich laut den Erinnerungen des CSU-Vorsitzenden in folgende drei Abschnitte:

- „1. die wirtschaftliche Lage der DDR,
2. die Notwendigkeit, ohne harte Einschränkungen des Lebensstandards der Bevölkerung die akuten Probleme zu lösen,
3. die Möglichkeit zu einer Lösung.“<sup>610</sup>

Dabei listete das Schreiben Honeckers laut den Erinnerungen von Strauß auch Gegenleistungen der DDR auf, welche diese auf Vertrauensbasis für den Kredit zu erbringen bereit war, allerdings unter dem strengen Mantel der Vertraulichkeit. Diese waren dabei sehr weitgehend:

„Beseitigung der Selbstschussanlagen vom kommenden Herbst – 1983 – an, Änderung in Art und Ton der Grenzabfertigungen, wesentlich erleichterte

---

<sup>607</sup> Vgl. Kohl: Erinnerungen Bd. 2, S. 176/177; vgl. auch Heyde: Vergabe der Milliardenkredite an die DDR, S. 101/102

<sup>608</sup> Vgl. Strauß: Erinnerungen, S. 472; vgl. auch Kohl: Erinnerungen Bd. 2, S. 177/178

<sup>609</sup> Vgl. Kohl: Erinnerungen Bd. 2, S. 177

<sup>610</sup> Strauß: Erinnerungen, S. 473. Auch Helmut Kohl gibt diese Punkte in seinen Erinnerungen wieder. Vgl. Kohl: Erinnerungen Bd. 2, S. 178

Familienzusammenführungen, Verbesserungen im Reiseverkehr und weitere Punkte.“<sup>611</sup>

Ob es zu der von Alexander Schalck-Golodkowski berichteten Übergabe einer Kopie dieses Schreibens an Strauß durch einen Boten gekommen ist, was dieser als konspirativen Vorgang zwischen sich und dem bayerischen Ministerpräsidenten bezeichnete, bleibt unklar.<sup>612</sup> Fakt ist jedoch, dass Strauß in seinen Erinnerungen die wesentlichen Punkte des Schreibens wiedergab und auch den Bundeskanzler davon unterrichtete.<sup>613</sup> Dieser schrieb in der Rückschau auf das Ergebnis des zweiten Gesprächs zwischen Strauß und dem DDR-Devisenbeschaffer, dass er mit einem solchen Ergebnis nicht gerechnet habe.<sup>614</sup> Dementsprechend positiv fiel auch das Fazit Kohls in seinen Erinnerungen über dieses Ergebnis der Gespräche von Strauß aus:

„Geld für den Abbau der Todesautomaten, Geld für menschliche Erleichterungen – das konnten wir allemal aufbringen, zumal es die Bundesbürger nicht einen einzigen Pfennig kosten sollte. [...]

Er [Strauß] hatte für die Deutschen in beiden Teilen des Landes etwas erreicht, das ihm kaum jemand zugetraut hatte.“<sup>615</sup>

Bei dem Treffen Ende Mai 1983 hatte Schalck-Golodkowski Strauß nochmals zu verstehen gegeben, dass es kein Nachbessern seitens der Bundesrepublik in der Hinsicht geben dürfe, nun doch verbindliche, vertraglich fixierte Gegenleistungen zu erlangen. Dazu hatte der CSU-Vorsitzende ihn beruhigt, in dem er deutlich machte, dass er keine solchen Forderungen mittragen würde.<sup>616</sup>

Beide Gesprächsteilnehmer, Strauß und Schalck-Golodkowski, berichten übereinstimmend in ihren Erinnerungen davon, dass der bayerische Ministerpräsident seinem Verhandlungspartner Stichpunkte für einen Brief diktiert habe, die der Finanzminister der DDR an sein bundesdeutsches Pendant Stoltenberg schicken sollte,

---

<sup>611</sup> Strauß: Erinnerungen, S. 473. Das Schreiben Honeckers an Strauß findet sich auch in den Akten des Bundesarchivs. Vgl. Heyde: Vergabe der Milliardenkredite an die DDR, S. 106

<sup>612</sup> Vgl. Schalck-Golodkowski: Deutsch-deutsche Erinnerungen, S. 297. Strauß berichtet in seinen Erinnerungen, dass ihm sein Gegenüber lediglich das Lesen des Briefs angeboten habe, eine Aushändigung oder das Fertigen einer Kopie sei laut den Erinnerungen von Strauß nicht möglich gewesen. Vgl. Strauß: Erinnerungen, S. 473

<sup>613</sup> Vgl. ebenda, S. 473; vgl. auch Kohl: Erinnerungen Bd. 2, S. 178

<sup>614</sup> Vgl. ebenda, S. 178. Strauß hatte Kohl laut dessen Erinnerungen noch vom Chiemsee aus über dieses Ergebnis informiert. Vgl. ebenda, S. 178

<sup>615</sup> ebenda, S. 178

<sup>616</sup> Vgl. Schalck-Golodkowski: Deutsch-deutsche Erinnerungen, S. 298

der, für den Fall von Zahlungsverzögerungen durch die DDR, den Zugriff auf die Transitpauschale in Aussicht stellte.<sup>617</sup>

Strauß hatte dabei nochmals seinen bundespolitischen Einfluss gegenüber seinem ostdeutschen Gesprächspartner betont und ihm gegenüber angekündigt, dass bei ihrem nächsten Treffen in der Frage des Milliardenkredits der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Philipp Jenninger, teilnehmen würde, den er als seinen Mann in Bonn bezeichnete, der bereits zu den Zeiten von Strauß als Bundesfinanzminister dort Abteilungsleiter gewesen sei.<sup>618</sup>

Das dritte Zusammentreffen von Franz Josef Strauß und Alexander Schalck-Golodkowski fand am 5. Juni 1983, wieder im oberbayerischen Spöck in der Nähe des Chiemsees statt, wobei bei diesem Treffen auch Philipp Jenninger teilnahm. Der Staatsminister im Kanzleramt machte dabei deutlich, dass er das Geschäft zwar mittragen würde, gab jedoch mögliche öffentliche Einwände zu Bedenken, was vor allem im Sinne von Helmut Kohl gewesen war, der gehofft hatte, auf diesem Wege noch zu einer schriftlichen Festschreibung der Gegenleistungen zu kommen. Nach den Erinnerungen von Schalck-Golodkowski, die sich nach den Untersuchungen von Veronika Heyde mit seinen Aufzeichnungen über das Gespräch im Bundesarchiv decken, hatte Strauß jedoch diesen Versuch Jenningers, doch noch ein Junktim im Rahmen der Kreditgewährung zu Stande zu bringen, vereitelt.<sup>619</sup>

Dementsprechend unterschiedlich fielen die Urteile des Bundeskanzlers und des bayerischen Ministerpräsidenten zu diesem Treffen vom 5. Juni 1983 aus. Während Kohl in seinen Erinnerungen resümiert, dass das Gespräch zwar mit klaren Absprachen geendet habe, jedoch ein verbindliches Junktim nicht durchsetzbar gewesen sei, fiel das Urteil von Strauß positiver aus:<sup>620</sup>

„Die Atmosphäre war deutlich gelockert, sie war ein Stück vertrauensvoller geworden. Vereinbarungen und Zusagen waren eingehalten worden, auf beiden Seiten. Meine diskrete Behandlung des elfseitigen Honecker-Briefes wurde gewissermaßen honoriert.

---

<sup>617</sup> Vgl. Strauß: Erinnerungen, S. 474; vgl. Schalck-Golodkowski: Deutsch-deutsche Erinnerungen, S. 298

<sup>618</sup> Vgl. ebenda, S. 293/294; vgl. auch Heyde: Vergabe der Milliardenkredite an die DDR, S. 107. Veronika Heyde weist in diesem Zusammenhang zu Recht auf den Widerspruch zu den Erinnerungen von Helmut Kohl hin, der davon berichtet, er habe Jenninger zu dem dritten Treffen von Strauß und Schalck-Golodkowski geschickt. Vgl. ebenda, S. 107; vgl. auch Kohl: Erinnerungen Bd. 2, S. 179

<sup>619</sup> Vgl. Schalck-Golodkowski: Deutsch-deutsche Erinnerungen, S. 299; vgl. auch Kohl: Erinnerungen Bd. 2, S. 179; vgl. ebenso Heyde: Vergabe der Milliardenkredite an die DDR, S. 108/109. Die Teilnahme Philipp Jenningers wird auch durch die Berichte der einschlägigen Untersuchungsausschüsse des Bundestages und des Bayerischen Landtages belegt. Vgl. Bundestag: Drucksache 12/7600, S. 457; vgl. auch Bayerischer Landtag: Drucksache 12/16598, S. 30

<sup>620</sup> Vgl. Kohl: Erinnerungen, Bd. 2, S. 179

[...] Wir hatten ungeschriebene Regeln aufgestellt, die minutiös beachtet worden waren.“<sup>621</sup>

Somit waren die Rahmenbedingungen für den Milliardenkredit festgezurrert worden. Auch die Versuche der Bundesregierung, wenigstens eine Art Non-Paper mit der DDR zu erreichen, kamen, nicht zuletzt dank der Intervention von Strauß nicht zum Tragen.<sup>622</sup>

Unter der Federführung der Bayerischen Landesbank und ihres Präsidenten Ludwig Huber wurde ein Bankenconsortium gebildet, welches der DDR einen Kredit in Höhe von einer Milliarde D-Mark, ausbezahlt in zwei Tranchen gewährte, wobei eine Bürgschaft durch die Bundesregierung gegeben wurde, die wiederum durch die Mittel der Transitpauschale abgesichert war. Das Bundeskabinett stimmte am 29. Juni 1983, dem Tag, an dem die Frankfurter Allgemeine Zeitung erstmals über den Milliardendeal berichtet hatte, zu, die genehmigende Zustimmung der Deutschen Bundesbank folgte am Tag darauf.<sup>623</sup>

Wie aus einem Vermerk von Schalck-Golodkowski vom 30. Juni 1983 hervorgeht, informierte Strauß seinen Verhandlungspartner aus der DDR telefonisch über den vorgesehenen Vorlauf der Vertragsunterzeichnung des Bankenconsortiums für den Kredit. Demnach sollte dieser am 1. Juli unter der Federführung von Landesbank Präsident Huber unterzeichnet werden.<sup>624</sup>

Was die Bewertung dieses ersten im Sommer 1983 gewährten Kredits an das SED-Regime angeht, wird man sich wohl dem Urteil von Veronika Heyde anschließen können, die feststellt, dass Strauß mit diesem erhebliche Erfolge wie die Lockerung der Grenzkontrollen und die Aufnahme von Kulturverhandlungen und einiger Punkte mehr gelungen sei.<sup>625</sup>

### *3.2.3 Die Folgen des Engagements Strauß` für die CSU*

Die Bewertung der Folgen des Engagements des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß für das Zustandekommen des Milliardenkredits für die CSU wird insbesondere

---

<sup>621</sup> Strauß: Erinnerungen, S. 474

<sup>622</sup> Kittel: Franz Josef Strauß und der Milliardenkredit, S. 652/653

<sup>623</sup> Vgl. Heyde: Vergabe der Milliardenkredite an die DDR, S. 110/111; vgl. auch Glaab: Deutschlandpolitik in der öffentlichen Meinung, S. 215

<sup>624</sup> Vgl. Seiffert / Treutwein: Die Schalck-Papiere, darin: Aktenvermerk von Schalck-Golodkowski vom 30. Juni 1983 über die Information durch Ministerpräsident Strauß, S. 380

<sup>625</sup> Vgl. Heyde: Vergabe der Milliardenkredite an die DDR, S. 111

am Verlauf des Landesparteitags der CSU deutlich, der nur knapp drei Wochen nach dem Bekanntwerden des Milliardenengeschäfts stattfand.

Nachdem bereits in der Öffentlichkeit Stimmen der Unverständnis darüber laut geworden waren, warum ausgerechnet Franz Josef Strauß, einer der wohl schärfsten Kommunistengegner der Bundesrepublik, das Milliardengeschäft mit der DDR eingefädelt hatte, war der Vorsitzende der CSU entsprechend vorgewarnt. Unter anderem wurde ihm in diesem Zusammenhang Wankelmütigkeit und eine 180 Gradrotation vorgeworfen.<sup>626</sup> Ebenso zeigte der Spiegel in seiner ersten Ausgabe nach dem Bekanntwerden des Kredits eine Karikatur, die Strauß mit einem Füllhorn über die Mauer schweben darstellt, aus dem er Bündel von D-Mark-Scheinen in auf die DDR ausgießt.<sup>627</sup>

Strauß hatte sich sowohl im Rahmen der Koalitionsgespräche in Bonn als auch anlässlich des Todes des Zonenreisenden Bruckert als Hardliner dargestellt und positioniert, weshalb es seiner Partei, in den Worten von Manfred Kittel, nur mit Biegen und Brechen vermittelbar war, dass er nun den Kredit für das SED-Regime arrangierte.<sup>628</sup> Allgemein war die Stimmung auf dem Landesparteitag unter den Delegierten aufgeladen. Dies schildert unter anderem der Bericht des Strauß-Vertrauten Friedrich Voss:

„Die Atmosphäre ist schwül, erhitzt nicht nur von den sommerlichen Temperaturen.“<sup>629</sup>

So wurde den Delegierten des Landesparteitages eine fünf Seiten umfassende Erklärung von Franz Josef Strauß zum Milliardenkredit verteilt, die in neun Punkten gewissermaßen eine Chronologie und die Eckpunkte des Kredits umrissen.<sup>630</sup>

In dieser Stellungnahme wurde zunächst auf die Vorgeschichte der Verhandlungen des Kredits eingegangen. So sei erstmals im Jahr 1982 der Wunsch der DDR nach einem D-Mark-Kredit an Strauß herangetragen worden, was dieser umgehend Bundeskanzler Kohl mitgeteilt habe, der die Frage nach einer weiteren Verfolgung der Sache

---

<sup>626</sup> Zu den Darstellungen in der Presse vgl. ACSP, PT 19830715, Nr. 16, darin: Pressestimmen zum DDR-Kredit (Zusammenstellung der CSU-Landesleitung)

<sup>627</sup> Vgl. Der Spiegel, Nr. 27/1983, S. 21

<sup>628</sup> Vgl. Kittel: Strauß' Milliardenkredit, S. 310

<sup>629</sup> Voss: Den Kanzler im Visier, S. 249

<sup>630</sup> Vgl. ACSP, PT 19830715, Nr. 16, darin: Erklärung des CSU-Vorsitzenden, Ministerpräsident Franz Josef Strauß zum DDR-Kredit. Die Erklärung findet sich auch im Nachlass des CSU-Vorsitzenden. Vgl. ACSP, NL Strauß Büro PV, Nr. 14420, darin: Erklärung des CSU-Vorsitzenden, Ministerpräsident Franz Josef Strauß zum DDR-Kredit. Eine editierte Fassung einer Stichpunktsammlung zum Milliardenkredit hat Renate Höpfinger vorgelegt. Vgl. Höpfinger: Zum Verlauf der Kreditgewährung an die Außenhandelsbank der DDR, S. 123-126

ausdrücklich befürwortet habe. Zwischenzeitlich habe sich der CSU-Vorsitzende mit äußerst scharfer Kritik an die DDR-Führung wegen des Zwischenfalls am Grenzübergang Drewitz gewandt, woraufhin es zu einem Treffen von Strauß mit einem hohen Beamten der DDR gekommen sei. In diesem Gespräch habe er deutlich gemacht, dass sich an den Verhältnissen an der Grenze grundlegend etwas ändern müsse, was auch nach gut zwei Wochen geschehen sei. Nach einem weiteren Treffen sei man ein drittes Mal unter Beteiligung des Staatsministers Jenninger zusammengekommen. In Abstimmung mit Kohl habe Strauß dann die Federführung der Bayerischen Landesbank bei der Konditionalführung vereinbart.<sup>631</sup>

In dieser schriftlichen Erklärung hob Franz Josef Strauß die Modalitäten des Kredits nochmals hervor:

„Es handelt sich hier um einen Kredit von Bank zu Bank, für den die DDR durch Forderungsabtretung die Sicherheitsleistung übernommen hat.

Ich betone:

1. Es gibt keinen Pfennig Zinssubvention.
2. Es besteht kein Pfennig Risiko.
3. Die Belastung des Steuerzahlers der Bundesrepublik ist gleich Null. Damit unterscheidet sich dieser Kredit grundsätzlich von dem leichtfertig gewährten und großzügig subventionierten Polenkredit sowie von anderen Krediten, z. B. dem Kredit an Jugoslawien.
4. Der Kredit belastet nicht den deutschen Kapitalmarkt, sondern wird am Euromarkt abgewickelt.“<sup>632</sup>

Des Weiteren führte Strauß in der Erklärung an, dass er seine Rolle weder abstreiten noch übertrieben darstellen wolle, zumal sein Handeln in Abstimmung und unter der Zustimmung des Kanzlers erfolgte, worüber er auch Landesgruppenvorsitzenden Theo Waigel informiert habe. Zudem stellte der CSU-Vorsitzende klar, dass er den Kredit eingefädelt habe und es keinen Zusammenhang zwischen dem Kredit und irgendwelchen Abmachungen auf politischer Seite gebe, wenngleich er auf einige merkliche Verbesserungen der Beziehungen, insbesondere mit Blick auf die Grenzabfertigung hinwies.<sup>633</sup>

---

<sup>631</sup> Vgl. ACSP, PT 19830715, Nr. 16, darin: Erklärung des CSU-Vorsitzenden, Ministerpräsident Franz Josef Strauß zum DDR-Kredit, S. 1/2

<sup>632</sup> ebenda, S. 2/3

<sup>633</sup> Vgl. ebenda, S. 3/4

Neben dieser schriftlichen Äußerung ging CSU-Vorsitzender Strauß aber auch in seiner Parteitage Rede auf das Geschäft mit der DDR ein. Darin verwies er auf die bereits in der schriftlichen Erklärung vorgetragenen Argumente und stellte zugleich nochmals den Unterschied zwischen dem Milliardenkredit an die DDR und dem seinerzeit an die Republik Polen gewährten Kredit heraus. Zudem verwies er auf die ohnehin der DDR seit Jahren gewährten Vorteile durch den Swing und die Notwendigkeit der Kreditgewährung aus humanitären Gründen, da ohne den Kredit die Lebensbedingungen in der DDR sich deutlich verschlechtert hätten.<sup>634</sup>

Alle Ausführungen und Erklärungen bewirkten nur wenig. Ebenso der diesbezüglich sehr deutliche Hinweis von Strauß zeigte wenig Wirkung:

„Ich habe mich davor nie gedrückt, ich habe meine Rolle weder übertrieben noch habe ich sie bestritten, aber es muss nach der Kleiderordnung auch einmal wieder klargestellt sein, man kann nicht nein sagen zu diesem Kredit und gleichzeitig Helmut Kohl loben. Da muss man endlich auch einmal konsequent sein und kann nicht den Esel meinen und den Sack schlagen.“<sup>635</sup>

Gemäß dieser bildlichen Darstellung in seiner Rede bezog Strauß dann bei den anstehenden Neuwahlen zum Parteivorstand auch die, wie er in seinen Erinnerungen schreibt, Prügel:<sup>636</sup> Mit einem Ergebnis von 662 von 859 gültigen Stimmen erhielt der Ministerpräsident lediglich 77,1 Prozent der Stimmen und damit sein schlechtestes Ergebnis bei einer Wahl als Landesvorsitzender seiner Partei.<sup>637</sup> Die Enttäuschung darüber war bei Strauß so groß, dass er das Podium verließ und sich zornbeladen in das Parteitagebüro zurückzog, wo ihn enge Vertraute nur mit Mühe davon überzeugen konnten, auf die Tribüne zurückzukehren.<sup>638</sup>

Neben Strauß wurde auch dem Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Staatssekretär Edmund Stoiber, der Kredit angelastet: Er erhielt nur 427 Stimmen von 857 gültigen bei der Wahl als Schriftführer und war damit nur dank Sammelabstimmung in diesem Amt neben Fritz Pirkl bestätigt worden, der deutlich besser abgeschnitten hatte.<sup>639</sup> In seinen Erinnerungen unterstreicht Stoiber nochmals, wie er mit diesem Wahlergebnis von nur 46,9 Prozent abgestraft worden war, und es nur dem Wahlmodus der

---

<sup>634</sup> Vgl. ACSP, PT 19830715, Nr. 14, darin: Protokoll des Parteitages vom 16. Juli 1973 mit einer Wiedergabe der Rede von Strauß mit eigener Nummerierung. S. 47-55

<sup>635</sup> ebenda, S. 49

<sup>636</sup> Vgl. Strauß: Erinnerungen, S. 475

<sup>637</sup> Vgl. ACSP, PT 19830715, Nr. 15, darin: Auswertungsliste Ergebnisse von Strauß als Landesvorsitzender

<sup>638</sup> Vgl. Voss: Den Kanzler im Visier, S. 250/251; vgl. auch Zimmermann: Kabinettstücke, S. 333

<sup>639</sup> Vgl. ACSP, PT 19830715, Nr. 15, darin: Wahlergebnisse CSU-Parteitag – 16. Juli 1983 – München



Sammelabstimmung, bei der die Bewerber mit der relativen Mehrheit gewählt waren, verdankte, nicht mit der Kandidatur zu scheitern und somit einen Karrieredämpfer zu erleiden.<sup>640</sup> Das negative Wahlergebnis als Parteivorsitzender blieb indes ein einmaliger Ausrutscher für Strauß. Bei der nächsten turnusmäßigen Neuwahl zwei Jahre später am Jubiläumsparteitag anlässlich des 40jährigen Bestehens der CSU erzielte er mit einem Wahlergebnis von 967 von 979 gültigen Stimmen ein Ergebnis von knapp 99 Prozent der Stimmen.<sup>641</sup>

Neben diesen Rückschlägen, die Strauß am Parteitag der CSU einstecken musste, kam es in der Folge des Kredits und des damit verbundenen Engagements des bayerischen Ministerpräsidenten zu einer Reihe von Parteiaustritten. Zu den prominentesten zählten wohl die beiden Bundestagsabgeordneten Franz Handlos und Ekkehard Voit, die den Milliardenkredit als Anlass zum Verlassen der CSU und zur Gründung der Republikaner nahmen.<sup>642</sup> Jedoch kam es nicht nur zur Gründung der neuen Rechtspartei, es folgten zugleich zahlreiche andere Unruhen in der CSU selbst. Demzufolge hatte sich der damalige Generalsekretär der CSU, Otto Wiesheu, diesen Problemen zu widmen, kam es doch zu zahlreichen Austritten unter anderem im Bereich kommunaler Mandatsträger wie in Augsburg oder Freising.<sup>643</sup> Insgesamt ist somit Dieter Blumenwitz zuzustimmen, der im Zusammenhang mit dem Milliardenkredit zu dem Ergebnis kommt, dass dieser häufig missverstanden wurde.<sup>644</sup>

Wolfgang Krieger sieht als ein zentrales Motiv von Strauß dessen Absicht, durch die Vermittlung des Kredits an die DDR zu einer Auflockerung des Gefüges des Ostblocks beizutragen, da sich die Fronten zwischen Ost und West vor dem Hintergrund der Nachrüstungspläne der NATO verhärteten.<sup>645</sup>

Die Bewertung des Kredits durch Strauß selbst fiel in der Rückschau, gerade in Bezug auf die Reaktion in seiner Partei, selbstkritisch aus. So kommt der langjährige CSU-Vorsitzende mit Blick auf den ersten Milliardenkredit zu folgenden Resümee in seinen Erinnerungen:

---

<sup>640</sup> Vgl. Stoiber: Weil die Welt sich ändert, S. 85

<sup>641</sup> Vgl. ACSP, PT 19851122, Nr. 12, darin: Wahlprotokoll der Wahl des 1. Vorsitzenden; vgl. auch Strauß: Auftrag für die Zukunft, S. 174

<sup>642</sup> Vgl. Hartmann: Bayerns Weg, S. 599; vgl. auch Voss: Den Kanzler im Visier, S. 251

<sup>643</sup> Vgl. Stöss: Republikaner, S. 16/17; vgl. auch Brüggemann / Höpfinger: Ministerpräsident Franz Josef Strauß, S. 160. Zur Sichtweise des Milliardenkredits aus der Perspektive eines damaligen CSU-Mandatsträgers vgl. Rose: Der Strauß'sche Milliardenkredit, S. 145-151

<sup>644</sup> Vgl. Blumenwitz: Der Beitrag der CSU zur staatlichen Einheit Deutschlands, S. 63

<sup>645</sup> Vgl. Krieger: Franz Josef Strauß und die zweite Epoche in der Geschichte der CSU, S. 191/192

„Das Unverständnis, der Widerstand, der Aufruhr der Gefühle hierzulande waren für mich in diesem Ausmaß überraschend. Auch manche Schwerfälligkeit in der CSU hatte ich nicht richtig eingeschätzt. Ich hatte wohl nicht genügend bedacht, dass das an sich gutwillige, politisch disziplinierte Gros unserer Mitglieder und Abgeordneten in festen Vorstellungen lebte und eine Handlungsweise, die man öffentlich nicht erläutern und begründen kann, nicht immer gleich versteht.“<sup>646</sup>

Das Ergebnis des Einsatzes von Strauß für den Milliardenkredit an die DDR ist wohl tatsächlich darin zu sehen, dass er damit Kontakt zum östlichen Nachbarn suchte, Erleichterungen auf humanitärem Gebiet für die Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland erreichen konnte, jedoch bei der Vermittlung dieses politischen Ziels an die Öffentlichkeit und die Parteibasis Probleme hatte.

### 3.2.4 *Der zweite Kredit für die DDR 1984*

Schon knapp zwei Monate nach der Gewährung des ersten Kredits, der gerade innerhalb der CSU hohe Wellen geschlagen hatte, streckten die DDR und der Leiter der Kommerziellen Koordinierung erneut ihre Fühler für einen weiteren Kredit aus. Der Grund dafür war in der nach wie vor bestehenden wirtschaftlichen Schieflage des SED-Staates zu sehen. Dementsprechend begann die DDR Vorbereitungen für solche Gespräche zu treffen, wobei sie hierbei zu großen Zugeständnissen bereit war. So sollte der Bereich der Familienzusammenführungen und der Eheschließungen zwischen Bundesbürgern und Bewohnern der DDR erstmals auf eine rechtliche Basis gestellt werden, eine erhebliche Reduzierung des Mindestumtauschs wurde vorgesehen, wie auch eine Verlängerung der Reisezeitbegrenzung für Rentner auf die doppelte Zahl der Tage.<sup>647</sup>

Franz Josef Strauß und Schalck-Golodkowski trafen daraufhin Ende September 1983 wieder zu einem gemeinsamen Treffen zusammen, laut den Erinnerungen des ostdeutschen Unterhändlers im Privathaus der Familie Strauß in München.<sup>648</sup> Bei diesem Treffen unterrichtete der DDR-Staatssekretär den bayerischen

---

<sup>646</sup> Strauß: Erinnerungen, S. 475

<sup>647</sup> Vgl. Heyde: Vergabe der Milliardenkredite an die DDR, S. 112. Zu den genannten Erleichterungen siehe auch deren Aufzählung in den Erinnerungen Helmut Kohls. Vgl. Kohl: Erinnerungen Bd. 2, S. 186/187

<sup>648</sup> Schalck-Golodkowski datiert das Treffen in seinen Erinnerungen auf den 27. September 1983, während Veronika Heyde den 26. September 1983 nennt, was sie auch durch einschlägige Verweise auf Akten im Bundesarchiv und dem ACSP mit den Vermerken von Strauß und Schalck-Golodkowski belegt. Vgl. Schalck-Golodkowski: Deutsch-deutsche Erinnerungen, S. 305; vgl. auch Heyde: Vergabe der Milliardenkredite an die DDR, S. 112

Ministerpräsidenten über die Schritte, welche das SED-Regime einleiten wolle, um weitere menschliche Erleichterungen zu erreichen und so gewissermaßen ihren Part der Absprache zum ersten Kredit zu erfüllen und zugleich die Verhandlungen zu einem weiteren Kredit zu eröffnen. Demnach habe Schalck-Golodkowski darüber informiert, dass die Selbstschussanlagen an der gesamten Demarkationslinie abgebaut werden sollten, wobei Strauß auf Nachfrage die ausdrückliche Genehmigung zur Veröffentlichung dieser Information erhielt, was er mit einer Mitteilung an Bundeskanzler Kohl tat.<sup>649</sup> Dabei zeigte sich der CSU-Vorsitzende durchaus bereit, auf die Wünsche der DDR, wie beispielweise bezüglich der Postpauschale einzugehen. Zugleich waren sich die beiden Verhandlungspartner, Strauß und Schalck-Golodkowski, durchaus im Klaren, dass die von westdeutscher Seite geforderte Senkung des Reisealters oder die von ostdeutscher Seite gewünschte Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft nicht realisierbar waren.<sup>650</sup>

Die konkreten Verhandlungen begannen seit November 1983 und zogen sich bis in den März 1984. Hierbei sollte es nach der bisherigen Grundlage der Verhandlungen, Vertrauen gegen Vertrauen, kein festgeschriebenes Junktim für den neuen Kredit geben, sondern eine Reihe von Entgegenkommen der DDR. So sollten die Tötungsautomaten an der innerdeutschen Grenze bis Ende 1984 restlos abgebaut werden, der Mindestumtauschsatz für Rentner gesenkt, die Aufenthaltsdauer für Bundesbürger in der DDR verlängert und die Ausreisemöglichkeiten für Rentner aus der DDR verbessert werden. Außerdem erfolgte eine Erhöhung des Limits für die Mitnahme von Gegenständen im innerdeutschen Verkehr sowie Erleichterungen beim Import von Literatur und Schallplatten in die DDR. Dieser Katalog an Zusagen wurde dabei bei einem gemeinsamen Treffen von Strauß und Staatsratsvorsitzenden Honecker anlässlich der Messe in Leipzig um den Abbau der Minenfelder in mehreren Stufen an der deutsch-deutschen Grenze erweitert.<sup>651</sup>

---

<sup>649</sup> Vgl. Strauß: Erinnerungen, S. 482; vgl. auch Heyde: Vergabe der Milliardenkredite an die DDR, S. 112/113. Strauß verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass es Schwierigkeiten mit der Veröffentlichung durch das Bundeskanzleramt gab, was er auf Absicht des Bonner Regierungsapparats zurückführte. Vgl. Strauß: Erinnerungen, S. 482/483. Die telegraphische Mitteilung dieser Information an das Kanzleramt findet sich auch in den von Veronika Heyde ausgewerteten Akten. Vgl. Heyde: Vergabe der Milliardenkredite an die DDR, S. 112/113. Helmut Kohl berichtet in seinen Erinnerungen lediglich von den erfolgten Maßnahmen, nicht aber davon, dass er darüber durch Strauß informiert worden wäre. Vgl. Kohl: Erinnerungen Bd. 2, S. 185-187.

<sup>650</sup> Vgl. Heyde: Vergabe der Milliardenkredite an die DDR, S. 113.

<sup>651</sup> Vgl. ebenda, S. 114/115. Die Bestätigung der Einladung von Strauß zur Messe sollte über das Außenhandelsministerium der DDR erfolgen, wie aus einer vertraulichen Mitteilung von Schalck-Golodkowski an Strauß vom 27. Januar 1984 hervorging. Vgl. Seiffert / Treutwein: Die Schalck-Papiere,

Die Gespräche über diesen zweiten Kredit, der in zwei Raten abgewickelt werden sollte, standen im März 1984 vor ihrem Abschluss, da die Unterhändler Strauß, Jenninger und Schalck-Golodkowski grundsätzliche Einigkeit erzielt hatten. Verzögerungen gab es hierbei durch Bundeskanzler Kohl, da dieser seine Zustimmung hinauszögerte, was vor allem der öffentlichen Meinung geschuldet war. Erst nach Überzeugungsarbeit des bayerischen Ministerpräsidenten erteilte Kohl schließlich im Juli 1984 seine Zustimmung zu dem Kredit, der am 16. Juli 1984 vertraglich fixiert wurde und bei dem die Deutsche Bank als Kreditgeber auftrat; eine Absicherung erfolgte wiederum durch eine Bundesbürgschaft.<sup>652</sup>

Die DDR geriet indes wegen ihrer Kreditgeschäfte mit der Bundesrepublik unter den Druck der Sowjetunion. Die Vormacht des Warschauer Paktes betrachtete die hier entstandenen Kontakte mit großer Skepsis, was sie der Führung der DDR deutlich zum Ausdruck brachte, wobei insbesondere die menschlichen Erleichterungen mit ein Grund für die Kritik Moskaus waren. So kam es zwar zum Abschluss des zweiten Milliardenkredits, doch sah sich das SED-Regime auf Grund der sowjetischen Kritik schließlich gezwungen, den geplanten Besuch Honeckers in der Bundesrepublik abzusagen.<sup>653</sup>

Gerade mit Blick auf das Entgegenkommen der DDR in vielen Punkten der menschlichen Erleichterungen ist sich dem Urteil von Veronika Heyde anzuschließen, wenn diese davon spricht, dass der zweite Kredit für die Umsetzung dieser Maßnahmen durch die DDR, insbesondere den Abbau der Tötungsautomaten, von größerer Bedeutung war als der erste Kredit des Jahres 1983.<sup>654</sup> Zugleich konnte durch die Ergebnisse der Aktenauswertung von Heyde festgestellt werden, dass die Rolle von Franz Josef Strauß bei dem Abschluss des zweiten Kredits im Jahre 1984 nicht weniger wichtig war als bei dem vorangegangenen Kreditgeschäfts des Vorjahres.<sup>655</sup> Damit wird

---

darin: Mitteilung von Schalck-Golodkowski an Strauß vom 27. Januar 1984, S. 381. Vgl. hierzu auch Siebenmorgen: Franz Josef Strauß, S. 630

<sup>652</sup> Vgl. Heyde: Vergabe der Milliardenkredite an die DDR, S. 116-118. Ting-Fu Hung stellt bezüglich dieses zweiten Kredits an die DDR fest, dass die öffentliche Kritik zwar vorhanden war, aber deutlich schwächer ausfiel als bei dem ersten Kredit, der im Vorjahr gewährt wurde. Vgl. Hung: Ost- und Deutschlandpolitik, S. 125

<sup>653</sup> Vgl. Heyde: Vergabe der Milliardenkredite an die DDR, S. 118/119; vgl. auch Schalck-Golodkowski: Deutsch-deutsche Erinnerungen, S. 306/307

<sup>654</sup> Vgl. Heyde: Vergabe der Milliardenkredite an die DDR, S. 120/121. Der Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtages von 1994 kam aufgrund der damaligen Aktenkenntnis noch zu dem Ergebnis, dass die Rolle von Strauß noch nicht vollständig geklärt sei. Vgl. Bayerischer Landtag: Drucksache 12/16598, S. 33

<sup>655</sup> Vgl. ebenda, S. 112-120; Hung: Ost- und Deutschlandpolitik, S. 119/120

die von Helmut Kohl in seinen Erinnerungen wiedergegebene Darstellung, Strauß habe die Verhandlungen um den zweiten Kredit lediglich flankiert, widerlegt.<sup>656</sup>

Somit ist gerade mit Blick auf den zweiten sogenannten Milliardenkredit des Jahres 1984 festzustellen, dass bei diesem Strauß, wie schon bei dem vorangegangenen Kredit des Jahres 1983, eine entscheidende Rolle gespielt hatte. Zudem war es dem CSU-Vorsitzenden auf Basis des Grundsatzes Vertrauen gegen Vertrauen gelungen, erhebliche humanitäre Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger der DDR zu erlangen, obwohl diese nicht in einem direkten schriftlich fixierten Junktim mit den Kreditverträgen gesetzt wurden.

Dieter Blumenwitz betont in Bezug auf das Engagement von Strauß bei dem Zustandekommen der beiden Kredite an die DDR, dass dadurch der deutsch-deutsche Dialog auf höchster staatlicher Ebene nach dem Bonner Regierungswechsel 1982 wieder in Gang gekommen war.<sup>657</sup>

### 3.3 Der Dialog zwischen Strauß, Honecker und anderen Vertretern der DDR in den 1980ern

#### *3.3.1 Der erste Kontakt zwischen Ministerpräsident Strauß und Staatsratsvorsitzenden Honecker*

Bereits bei der dritten Verhandlungsrunde zum ersten Milliardenkredit von Franz Josef Strauß und Alexander Schalck-Golodkowski am 5. Juni 1983 auf Gut Spöck wurde ein mögliches Treffen zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten und Erich Honecker angesprochen. Ob es dabei zu einer Einladung von Strauß nach Hubertusstock zu einem Zusammentreffen mit Staatsratsvorsitzenden Honecker gekommen war, oder ob der Wunsch dazu vom bayerischen Ministerpräsidenten ausging, bleibt ungeklärt. Während Strauß in seinen Erinnerungen von einer Einladung durch den Generalsekretär der SED in die DDR als Dank für dessen Vermittlung bei der Vergabe des Milliardenkredits berichtet, schreibt Schalck-Golodkowski, dass der CSU-Vorsitzende zwar nicht ausdrücklich, doch aber unmissverständlich den Wunsch nach einem Treffen mit Honecker geäußert habe.<sup>658</sup>

Knapp sechs Wochen nachdem Strauß und Schalck-Golodkowski sich getroffen hatten, war es soweit: Im Zuge einer als private Urlaubsreise deklarierten Fahrt, die

---

<sup>656</sup> Vgl. Kohl: Erinnerungen Bd. 2, S. 185/186

<sup>657</sup> Vgl. Blumenwitz: Die Christlich-Soziale Union und die deutsche Frage, S. 361

<sup>658</sup> Vgl. Strauß: Erinnerungen, S. 474/475; vgl. auch Schalck-Golodkowski: Deutsch-deutsche Erinnerungen, S. 299. Eine kurze Darstellung der Reise findet sich auch in der Strauß-Biographie von Manfred Behrend. Vgl. Behrend: Franz Josef Strauß, S. 284

Strauß mit seiner Frau und seinem Sohn Max neben der DDR in die Tschechoslowakei und Polen führte, stand auch ein Besuch in Erich Honeckers Jagdrevier Hubertusstock auf dem Reiseplan.<sup>659</sup>

Die Einreise der Familie Strauß in die DDR erfolgte über den Grenzübergang Pomellen, von wo aus sie mit einer Delegation um Schalck-Golodkowski unter den wachsamen Augen der Staatssicherheit mit hoher Geschwindigkeit zum vereinbarten Treffpunkt reisten.<sup>660</sup>

Nach der offiziellen Begrüßung und dem obligatorischen Posieren für die Presse begab man sich zu einem gemeinsamen Mittagessen. Die anfangs etwas schleppende und steife Atmosphäre des Gesprächs wurde dabei durch Marianne Strauß gebrochen, indem sie sich anerkennend über die Familienpolitik der DDR äußerte.<sup>661</sup> Damit hatte sie nicht nur das Eis gebrochen, sondern Honecker nachhaltig beeindruckt, was sich an späteren Aussagen des DDR-Staatsratsvorsitzenden der Familie Strauß gegenüber belegen lässt.<sup>662</sup>

Als wertvolle Quelle für die Unterredung erweist sich die in den DDR-Akten überlieferte Niederschrift über das Gespräch von Strauß und seinem Gastgeber.<sup>663</sup>

Nach der Begrüßung umriss Honecker die Themen, welche er mit dem bayerischen Ministerpräsidenten erörtern wollte, und nannte dabei vor allem die Fragen der Sicherheitspolitik und der weiteren Entwicklung der Beziehungen der Bundesrepublik zur DDR, wobei er seinem Gast aus Bayern den Vortritt bei der Erläuterung seiner Ansichten ließ.<sup>664</sup>

Franz Josef Strauß begann seine Ausführungen mit einem kurzen Hinweis auf die unterschiedlichsten Berührungspunkte, bei denen es ihm vor allem um einige praktische Probleme ginge, zumal er als bayerischer Ministerpräsident unmittelbar für einige Fragen direkte Verantwortung auf Grund der gemeinsamen Grenze Bayerns mit der DDR trage. Strauß machte dabei deutlich, dass beide, er und Honecker, in zwei Gesellschaftssystemen und zwei Machtkonstellationen leben würden. Ihr gemeinsames

---

<sup>659</sup> Vgl. Flümman, Tobias: Eine Reise in die DDR 1983, S. 128

<sup>660</sup> Vgl. Strauß: Erinnerungen, S. 483/484; vgl. auch Schalck-Golodkowski: Deutsch-deutsche Erinnerungen, S. 303/304. Zur Überwachung durch die Staatssicherheit vgl. auch Flümman, Tobias: Eine Reise in die DDR 1983, S. 138 sowie Höpfinger: Brief vom 7. August 1983, S. 143/144

<sup>661</sup> Vgl. Schalck-Golodkowski: Deutsch-deutsche Erinnerungen, S. 304/305

<sup>662</sup> Vgl. Strauß: Erinnerungen, S. 490/491; vgl. auch Höpfinger: Brief vom 7. August 1983, S. 143

<sup>663</sup> Diese „Niederschrift über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, mit dem Vorsitzenden der CSU und bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß am 24. Juli 1984 in Hubertusstock“ findet sich gedruckt bei Potthoff: Koalition der Vernunft, S. 145-157, sowie bei Nakath / Stephan: Von Hubertusstock nach Bonn, S. 132-144

<sup>664</sup> Vgl. Potthoff: Koalition der Vernunft, S. 145

Interesse sei es jedoch, nicht Opfer eines Krieges, insbesondere keines Atomkrieges zu werden. Es gehe der Bundesrepublik dabei weder darum, die DDR zu integrieren, noch zu bekriegen oder sie aus der Welt zu schaffen. Die weitere Entwicklung sei hier einem Prozess der Evolution zu überlassen. Als praktisches Problem zwischen den beiden deutschen Staaten sprach Strauß das Problem eines Umweltabkommens an, mit dem zahlreiche Angelegenheiten wie der Abbau von Verschmutzungen insbesondere einiger Fließgewässer im gemeinsamen Grenzgebiet verbunden seien, ebenso wie die Thematisierung des Waldsterbens und die Sicherheit der Kernkraftwerke. Der bayerische Ministerpräsident machte ferner deutlich, dass die Bundesrepublik den Abschluss eines Kulturabkommens mit dem Ziel der Intensivierung des gegenseitigen Austausches anstreben würde. In der für die DDR wichtigen Frage der Staatsangehörigkeit und der damit verbundenen Frage der Anerkennung einer DDR-Staatsangehörigkeit durch die Bundesrepublik erklärte er lediglich, dass man in dieser Frage unterschiedlicher Auffassung sei. Auch machte er deutlich, dass für das künftige Miteinander beider Staaten ein Entgegenkommen der DDR in der Frage des Mindestumtauschs für Jugendliche und Rentner hilfreich sein könnte. Zudem wären Verbesserungen bei Reisen von Bürgern der DDR in dringenden Familienangelegenheiten wünschenswert.<sup>665</sup>

Strauß sprach auch den in seinen Gesprächen mit Schalck-Golodkowski angeschnittenen Bereich des Umgangs an der deutsch-deutschen Grenze an:

„Einen ‚Stimmungswandel in der Bundesrepublik von gewaltigem Ausmaß‘ sagte er für den Fall voraus, dass die DDR den ‚Schießbefehl‘ und die automatischen Grenzsicherungsanlagen abschaffe.“<sup>666</sup>

Der bayerische Ministerpräsident legte in dem Gespräch mit Honecker seine Auffassung und seine Haltung beim Abschluss des Grundlagenvertrages dar, machte aber deutlich, dass er zu dem von ihm häufig in diesem Zusammenhang verwendeten Zitat *pacta sunt servanda* stehe und damit die entsprechenden Abkommen für beide Seiten verbindlich und gültig seien. Zudem betonte Strauß, dass er ein Anhänger der Nachrüstung gemäß des NATO-Doppelbeschlusses sei. Was Bundeskanzler Kohl angehe, so sei dieser an einer guten Nachbarschaft, nicht an der Konfrontation interessiert.<sup>667</sup>

---

<sup>665</sup> Vgl. Potthoff: Koalition der Vernunft, S. 146/147

<sup>666</sup> ebenda, S. 147

<sup>667</sup> Vgl. ebenda, S. 147/148

In seiner Erwiderung betonte Erich Honecker die Wichtigkeit des gegenseitigen Austauschs zwischen Politikern aus beiden Blöcken. Außerdem legte er, wie vorher Strauß, dar, dass auch sein Staat kein Interesse an einer kriegerischen Auseinandersetzung, schon gar nicht mit Nuklearwaffen habe.<sup>668</sup>

Der Generalsekretär machte sodann die zentralen Forderungen der DDR für die bilateralen Beziehungen mit der Bundesrepublik deutlich und nannte hierbei unter anderem die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, die Regelung der Elbgrenze, die Auflösung der Erfassungsstelle in Salzgitter sowie die Fortentwicklung der Ständigen Vertretungen in Botschaften. Zudem gelte es eine Regelung bei der Postpauschale zu schaffen, wobei hier Kompromissbereitschaft seitens der DDR bestehe. Bei dem Gespräch dankte Honecker dem bayerischen Ministerpräsidenten ausdrücklich für dessen Einsatz beim Zustandekommen des Milliardenkredits.<sup>669</sup>

Honecker machte bei seinem ersten Zusammentreffen mit dem CSU-Vorsitzenden auch Zugeständnisse. So stellte er Verhandlungen zu den aufgeworfenen Fragen im Bereich der Umweltpolitik in Aussicht und signalisierte Entgegenkommen in der Frage von Reisen, deren Grund dringende Familienangelegenheiten seien.<sup>670</sup>

Beide Politiker, Strauß und Honecker, zogen ein positives Fazit aus ihrem Zusammentreffen. So erinnert sich Alexander Schalck-Golodkowski daran, dass Strauß und seine Frau bei Honecker einen ungewöhnlich tiefen und positiven Eindruck hinterlassen hätten und das Gespräch dazu geführt habe, dass der CSU-Vorsitzende zu einem wichtigen Gesprächspartner für den Staatsratsvorsitzenden wurde.<sup>671</sup>

Franz Josef Strauß zeigte sich ebenfalls von dem Treffen und dem Gespräch mit dem Staatschef des SED-Regimes beeindruckt. So kommt er in seinen Erinnerungen rückblickend zu einem ebenfalls positiven Ergebnis:

„Schon nach den ersten Sätzen war ich überrascht, nicht auf jene hölzerne Funktionärsmentalität zu treffen, die der Generalsekretär und Staatsratsvorsitzende bei seinen Fernsehauftritten vermittelt. [...] Honecker tritt nie aus seiner Rolle heraus, aber das Bild maskenhafter Starre, das man sich von ihm macht, stimmt nicht. Im Gegenteil, mein Gedankenaustausch mit ihm [...] war alles andere als eine Aneinanderreihung formelhafter Sprüche.“<sup>672</sup>

---

<sup>668</sup> Vgl. ebenda, S. 149; vgl. auch Strauß: Erinnerungen, S. 489/490

<sup>669</sup> Vgl. Potthoff: Koalition der Vernunft, S. 154

<sup>670</sup> Vgl. ebenda, S. 156

<sup>671</sup> Vgl. Schalck-Golodkowski: Deutsch-deutsche Erinnerungen, S. 305

<sup>672</sup> Strauß: Erinnerungen, S. 484



Die Presse indes war von den Treffen in Hubertusstock eher irritiert. So ist insbesondere mit Blick auf die Berichterstattung des Nachrichtenmagazins Spiegel zu der Zusammenkunft festzustellen, dass dieser die Kritik mit der negativen Bewertung des Milliardenkredits verwob und Strauß vorwarf, er habe keine echten Gegenleistungen erhalten.<sup>673</sup> Der Spiegel titelte seine Ausgabe vom 1. August 1983 mit einem Bild von Strauß und Honecker unter dem Titel „Neue Partner – Ostpolitiker Strauß und Westpolitiker Honecker“.<sup>674</sup> In dem Artikel zum Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten in Hubertusstock im gleichen Heft, stellt der Spiegel Strauß als wendehalsigen Opportunisten dar, der seiner Linie nicht treu bleibe und zudem als Amateurdiplomate der bundesrepublikanischen Außenpolitik schade.<sup>675</sup> Diese Verunsicherung ergriff, ähnlich wie schon bei der Vermittlung des Milliardenkredits, nicht nur die Presse, sondern auch Teile der CSU.<sup>676</sup>

Mit dem Treffen begann indes ein Dialog zwischen Strauß und Honecker, der beide Politiker bis zum plötzlichen Tod des bayerischen Ministerpräsidenten verbinden sollte. Damit hatte der CSU-Vorsitzende einen direkten Draht zum SED-Generalsekretär gefunden, den er in den kommenden Jahren für die Umsetzung einer Realpolitik nutzte, deren Kern die Schaffung menschlicher Erleichterungen war.

### *3.3.2 Weitere Kontakte und Treffen zwischen Strauß und Honecker in den Jahre 1983 bis 1987*

In der Tat stellte die erste Zusammenkunft von Franz Josef Strauß mit Erich Honecker am 24. Juli 1983 den Beginn eines langen gegenseitigen Kontakts und Austausches dar, der sich bis zum Tod des bayerischen Ministerpräsidenten im Oktober des Jahres 1988 fortsetzen sollte. Insgesamt fünf Treffen zwischen den beiden Staatsmännern sind anhand von Akten überliefert, von denen drei im Rahmen eines Besuchs der Leipziger Messe stattfanden.<sup>677</sup>

---

<sup>673</sup> Vgl. Wulf: Erich Honecker im Spiegel der Presse, S. 79; vgl. auch Hung: Ost- und Deutschlandpolitik, S. 23

<sup>674</sup> Der Spiegel, Nr. 31/1983, Titelseite

<sup>675</sup> Vgl. ebenda, S. 17/18

<sup>676</sup> Vgl. Voss: Den Kanzler im Visier, S. 251

<sup>677</sup> Vgl. Möller: Franz Josef Strauß, 610. Die Niederschriften der DDR-Administration zu diesen Treffen finden sich gedruckt bei Potthoff: Koalition der Vernunft, Dokumente Nr. 5 (S. 145-159), Nr. 13. (S. 255-260), Nr. 18 (S. 330-339), Nr. 35 (S. 499-505) und Nr. 59 (S. 657-661).

Nächste Gelegenheit für ein persönliches Gespräch der beiden ergab sich im März 1984 anlässlich eines Besuchs der Frühjahresmesse in Leipzig.<sup>678</sup>

Beide Staatsmänner erörterten dabei die Auswirkungen der Stationierung von Mittelstreckenraketen durch die USA in der Bundesrepublik und betonten, dass daraus keine weitere Eskalation folgen dürfe. Strauß und Honecker unterstrichen dabei nochmals, dass beide Seiten kein Interesse an einer Verschärfung oder gar einem Krieg hätten. Bezüglich der bilateralen Beziehungen der beiden deutschen Staaten sei es zu erheblichen Verbesserungen gerade auch im humanitären Bereich gekommen. Die gestiegene Zahl der Genehmigungen von Ausreisanträgen belegen dies.<sup>679</sup>

Honecker erklärte, wie bereits erwähnt, nicht nur den vollständigen Abbau der Tötungsautomaten vornehmen zu lassen, sondern auch den Beginn eines teilweisen Abbaus der Minenfelder an der innerdeutschen Grenze. Beide Zusagen sind dabei im Zusammenhang mit den zeitlich parallel laufenden Verhandlungen über den zweiten Milliardenkredit zu sehen.<sup>680</sup>

Der nächste Gedankenaustausch zwischen Strauß und Honecker erfolgte am 1. September 1985 anlässlich der Eröffnung der Herbstmesse wiederum in Leipzig. Bei diesem Treffen gingen beide zunächst auf die weltpolitischen Entwicklungen seit ihrem letzten Treffen ein. Dabei spielte insbesondere das von US-Präsident Ronald Reagan ins Spiel gebrachte SDI-Programm eine entscheidende Rolle. Beide, Strauß und Honecker, betonten, dass es nicht im Interesse eines der beiden deutschen Staaten liegen könne, dass es zu einer weiteren Eskalation kommen würde. Insbesondere ein Atomkrieg würde die totale Vernichtung nicht nur der Bundesrepublik und der DDR, sondern aller Staaten Europas bedeuten. Gerade in die anstehenden Gespräche zwischen Reagan und dem neuen Generalsekretär der KPdSU, Michael Gorbatschow, setzten beide große Hoffnungen.<sup>681</sup>

---

<sup>678</sup> Die „Niederschrift über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, mit dem bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden, Franz Josef Strauß, am 11. März 1983 in Leipzig“ findet sich bei Potthoff: Koalition der Vernunft, S. 260-263. Vgl. auch Voss: Den Kanzler im Visier, S. 263/264

<sup>679</sup> Vgl. Potthoff: Koalition der Vernunft, S. 260-262

<sup>680</sup> Vgl. Heyde: Vergabe der Milliardenkredite an die DDR, S. 115

<sup>681</sup> Vgl. Potthoff: Koalition der Vernunft, S. 330-332 und S. 336-339. Ursprünglich war der Besuch von Franz Josef Strauß bereits für die Frühjahresmesse in Leipzig geplant, doch konnte er diesen Termin nicht wahrnehmen, weshalb er im Gespräch mit Schalck-Golodkowski darum gebeten hatte, dass die Einladung aufrechterhalten werde. Vgl. Nakath / Stephan: Von Hubertusstock nach Bonn, S. 233. Strauß hatte sich auch in einer Rede vom 8. Februar 1986 für das SDI-Programm der USA ausgesprochen. Vgl. Strauß: Auftrag für die Zukunft, S. 195-197. Mit Schreiben vom 15. September 1985 bedankte sich der bayerische Ministerpräsident bei Schalck-Golodkowski für die Organisation seines Besuchs auf der Messe in Leipzig. Vgl. Seiffert / Treutwein: Die Schalck-Papiere, darin: Schreiben Strauß an Schalck-Golodkowski vom 15. September 1985, S. 391

Neben diesen großen Themen der Weltpolitik erörterten der bayerische Ministerpräsident und der Staatsratsvorsitzende ebenfalls die bilateralen Beziehungen der Bundesrepublik zur DDR und damit das Feld der Deutschlandpolitik. Honecker nannte hierbei die Fortschritte seit dem Zusammentreffen mit Strauß im Vorjahr: Gerade im Bereich der Reisen in dringenden Familienangelegenheiten habe es erhebliche Verbesserungen gegeben. Zudem wurde die Zahl der Besuche in der DDR aus der Bundesrepublik stark gesteigert und erleichtert. Als weitere Ziele nannte der Generalsekretär den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen, eine Zusammenarbeit in Abrüstungsfragen sowie den Abschluss eines gemeinsamen Kulturabkommens der beiden deutschen Staaten. Ferner signalisierte er den Willen zu einer weiteren Förderung des Jugendtourismus und die Bereitschaft der DDR, ein Abkommen im Bereich des Umweltschutzes zustande zu bringen.<sup>682</sup>

Franz Josef Strauß betonte, dass die Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen der beiden Staaten positiv zu bewerten seien und nannte insbesondere die Fortschritte der Gespräche zwischen beiden Ländern auf unterschiedlichen Ebenen. Im Bereich des Zahlungsverkehrs habe er sich für eine Verlängerung des Swings eingesetzt, während sich auch die wechselseitigen Handelsbeziehungen positiv entwickelten. Ein besonderes Augenmerk legte Strauß auf eine möglichst umfassende Zusammenarbeit, da aus der Nutzung der Braunkohle in der DDR ein erheblich größerer Schwefelausstoß entstehe als in der Bundesrepublik. Der CSU-Vorsitzende griff des Weiteren die Frage der Grenzkontrollen auf, welche ihm bereits bei seinem ersten Treffen mit Schalck-Golodkowski ein Anliegen gewesen waren. Diese seien zwar nach wie vor schnell, im Umgang freundlich und korrekt, jedoch sei die Behandlung insgesamt wieder etwas strenger geworden, woraus aber kein Rückschritt in den Beziehungen entstehen sollte. Ausdrücklich begrüßt wurden von Strauß die getroffenen Vereinbarungen in Fällen der Familienzusammenführung in sogenannten Härtefällen.<sup>683</sup>

Insgesamt zeigt sich somit auch für dieses Treffen ein beinahe typisches Muster des Ablaufs, bei denen sich beide Politiker stets der weltpolitischen Lage widmen und dann einige aktuelle Themen und konkrete Fragen der Deutschlandpolitik herausgreifen und erörtern konnten.

Das nächste persönliche Gespräch zwischen Franz Josef Strauß und Erich Honecker fand rund eineinhalb Jahre später, wieder in Leipzig statt. Nach einem Lob des

---

<sup>682</sup> Vgl. Potthoff: Koalition der Vernunft, S. 332-334

<sup>683</sup> Vgl. ebenda, S. 334/335

Generalsekretärs für die positive Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und Bayern, folgte das Gespräch dem bereits bekannten Muster. Wie bei den vorangegangenen Treffen widmeten sich beide Staatsmänner zunächst den weltpolitischen Themen. Dabei spielte vor allem die Frage nach der laufenden Abrüstung zwischen den USA und der Sowjetunion eine Rolle, wobei beide, Strauß und Honecker, einen Abbau der Mittelstreckenraketen in Europa befürworteten. Ebenso stellten die Gesprächspartner ihren Konsens im Willen zur dauerhaften Sicherung des Friedens heraus.<sup>684</sup>

Staatsratsvorsitzender Honecker lobte in dem Gespräch ausdrücklich die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR, insbesondere zu Bayern und den positiven Lauf, den diese genommen hätten. Gerade Strauß spielte dabei aus der Sicht Honeckers eine entscheidende Rolle, was auch an den einschlägigen Passagen der Niederschrift über das Treffen deutlich wird:

„Wenn die beiderseitigen Beziehungen besser seien als ihr Ruf, dann sei der Anteil von F. J. Strauß daran hervorzuheben. E. Honecker verwies als Beispiele für das Erreichte auf die Maßnahmen der DDR im Gebiet der Staatsgrenzen (Beseitigung der Selbstschussanlagen und Minen) sowie im Reise- und Besuchsverkehr.“<sup>685</sup>

Auf der Wunschliste Honeckers für die weitere Entwicklung der bilateralen Beziehungen stand die Regelung einiger Grundsatzfragen, wie die Auflösung der Erfassungsstelle in Salzgitter und die Festsetzung der Elbgrenze in der Mitte des Stromes, wodurch zum einen ein Zustand fixiert werde, der seit 40 Jahren so bestehe, zum anderen auch andere, mit der Elbe zusammenhängende Fragen angegangen werden könnten. Neben den bereits in den vorangegangenen Gesprächen genannten Punkten der Kooperation wie dem Ausbau der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, der Kooperation im Bereich des Umweltschutzes und im kulturellen, wissenschaftlichen und humanitären Gebiet sprach der Generalsekretär auch die Städtepartnerschaften und die damit verbundenen Kontakte auf kommunaler Ebene an, der seiner Meinung nach auch auf die Beziehungen zwischen den Parlamenten, dem Bundestag und der Volkskammer ausgedehnt werden sollten.<sup>686</sup>

Franz Josef Strauß begann seine Ausführungen ebenfalls mit einem Lob für sein Gegenüber. So hätten sich seit 1983 gerade durch die Initiative Honeckers die

---

<sup>684</sup> Vgl. ebenda, S. 499-501 und S. 504/505. An diesem Gespräch zwischen Strauß und Honecker nahm auch der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, teil. Vgl. ebenda, S. 505

<sup>685</sup> ebenda, S. 501

<sup>686</sup> Vgl. ebenda, S. 501

Verhältnisse im Bereich der Grenzabfertigung und des Transitverkehrs deutlich positiv verändert, was zugleich die Basis für die gegenseitige Zusammenarbeit geschaffen habe. Der von ihm postulierte Grundsatz, *pacta sunt servanda*, werde auch von der Gegenseite so eingehalten. Von besonderer Bedeutung seien aus Sicht des CSU-Vorsitzenden die Fortschritte im Bereich der Grenze durch den schon von Honecker erwähnten Abbau der Selbstschussanlagen und der Minenfelder sowie die erheblichen Verbesserungen bei den Rahmenbedingungen für Reisen in Familienangelegenheiten. Zudem äußerte sich Strauß zu dem Bereich des Umweltschutzes, in dem es viele Anknüpfungspunkte gebe, wobei künftig ein besonderes Augenmerk auf die Abfallverwertung gelegt werden müsse. Dabei kam er auch auf die Nutzung von Braun- und Steinkohle zur Stromerzeugung zu sprechen und räumte aus Umweltschutzgründen der Atomkraft einen Vorzug vor der Erzeugung durch Kohle ein. Als weiteren wichtigen Punkt sprach der bayerische Ministerpräsident die Zusammenarbeit Bayerns in der AIDS-Forschung mit der DDR an. Hierin konnte er die Zustimmung Honeckers für eine entsprechende Kooperation erlangen.<sup>687</sup>

Betrachtet man die Entwicklung dieser Gespräche zwischen Franz Josef Strauß und Erich Honecker, so wird deutlich, dass sich die Themenfelder zwar grundsätzlich ähnelten und der Ablauf einem meist identischen Muster folgte, doch zeigen sie auch die Fortschritte der bilateralen Beziehungen, welche seit Aufnahme des direkten Kontaktes 1983 ermöglicht wurden. Zugleich betonten beide Gesprächspartner immer wieder ihre, oft für die Gegenseite nicht annehmbaren Standpunkte, ohne dass dies die Kooperation in den Themenfeldern mit Konsenspotential behinderte. Gerade die wiederholte Erwähnung des Einsatzes von Strauß im Jahre 1983 für den Milliardenkredit macht die besondere Bedeutung dieses Engagements des bayerischen Ministerpräsidenten für die positive Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR deutlich. Für die Deutschlandpolitik wirkte der Austausch zwischen Strauß und Honecker vertrauensbildend und verbesserte das deutsch-deutsche Gesprächsklima.

### *3.3.3 Der Austausch zwischen Strauß und anderen hochrangigen Vertretern der DDR zwischen 1984 und 1988*

Neben seinem Kontakt mit Erich Honecker unterhielt Strauß auch Kontakte zu weiteren Spitzenfunktionären des SED-Staates, mit denen er in zum Teil regem

---

<sup>687</sup> Vgl. ebenda, S. 502-505

Austausch stand. Zu den bedeutendsten Gesprächspartnern zählten neben Alexander Schalck-Golodkowski, das Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED Günter Mittag und des DDR-Ministers für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, Hans Reichelt.

Im Zuge des Besuchs des DDR-Umweltministers Reichelt in München kam es am 12. Oktober 1983 zu einem gemeinsamen Gedankenaustausch mit Franz Josef Strauß. Dabei behandelten die beiden Politiker zunächst einige Fragen im Bereich des Gewässer- und Umweltschutzes wie die Kooperation im Gebiet Sonneberg und die unterschiedlichen Maßnahmen gegen das Waldsterben, wobei ein Gegenbesuch des bayerischen Staatsministers Alfred Dick in der DDR in Aussicht gestellt wurde. Neben diesen umweltspezifischen Fragen schnitten die beiden Gesprächspartner die aktuelle internationale Politik und die Frage der Verhandlungen zur Abrüstung der Nuklearwaffen in Europa an. Wenngleich in der Frage der Abrüstung kein Konsens zwischen Strauß und Reichelt zustande kam, so waren sich beide dennoch einig, dass von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen dürfe und weder von den USA noch seitens der Sowjetunion ein Krieg gewollt sei, da dieser sehr schnell in einen atomaren Konflikt münden würde, was das Ende der Menschheit bedeute.<sup>688</sup>

Auch bei dem Treffen zwischen Franz Josef Strauß und Günter Mittag am 6. April 1984 in Bonn wurden die bereits im Gespräch mit DDR-Umweltminister Reichelt angeschnittenen Umweltthemen besprochen, wobei der bayerische Ministerpräsident auf das gesteigerte Interesse der Menschen in beiden Teilen Deutschlands an dieser Thematik verwies. Wie auch bei den Gesprächen zwischen Strauß und Honecker üblich, ging der CSU-Vorsitzende auf die internationale Politik und die Frage der dauerhaften Friedenssicherung ein. Dabei warnte er eindringlich vor den Folgen eines möglichen Krieges, der dann mit Atomwaffen ausgetragen würde.<sup>689</sup>

Die überlieferte Niederschrift der DDR-Seite macht dies auch nochmals sehr bildlich deutlich, in dem sie einen Vergleich von Strauß darstellt:

„Das Vorhandensein von Atomwaffen machte jede militärische Lösung unmöglich, und es gäbe ja die bekannte Satire, wonach auf die Frage nach den Waffen im vierten Weltkrieg geantwortet wird ‚Pfeil und Bogen und Steinaxt.‘“<sup>690</sup>

Bei dem Treffen mit Mittag ging Strauß ebenfalls auf einige bedeutende Punkte der innerdeutschen Beziehungen ein. Dabei spielten gerade wirtschaftspolitische Themen

---

<sup>688</sup> Vgl. Nakath / Stephan: Von Hubertusstock nach Bonn, S. 146-150

<sup>689</sup> Vgl. ebenda, S. 190-192

<sup>690</sup> Ebenda, S. 192

eine Rolle, wie die Anwendung moderner Technologien wie dem Katalysator in der Automobilindustrie. Zudem thematisierten Strauß und Mittag die Frage des Mindestumtauschs. Positiv vermerkte der bayerische Ministerpräsident die Veröffentlichung der DDR-Verordnung über die Familienzusammenführungen. Zugleich versuchte er darauf hinzuwirken, dass DDR Bürgern möglichst einmal im Jahr die Möglichkeit zu einer Reise in die Bundesrepublik gegeben werde, da die Furcht des SED-Regimes, viele der Reisenden würden nicht zurückkehren, unbegründet sei, was er mit dem geringen Prozentsatz derer, die in der Bundesrepublik blieben, untermauerte.<sup>691</sup>

Das zweite Treffen von Strauß mit Günter Mittag, das drei Jahre später ebenfalls in der Bundeshauptstadt stattfand, drehte sich um die beiden Themenkomplexe internationale Politik und die Frage der Abrüstung sowie die Deutschlandpolitik, wobei hier auf einige Detailfragen eingegangen wurde. So erörterten beide Gesprächspartner die Frage eines gemeinsamen Umweltabkommens, wobei der CSU-Vorsitzende deutlich machte, dass er diese Frage mit großem Interesse verfolge. Insbesondere einige Berührungspunkte und Probleme im Bereich des Umweltschutzes an der Grenze zwischen dem Freistaat Bayern und der DDR kamen hierbei zur Sprache, so unter anderem die Frage der Verunreinigung der Röden und der Werra. Daneben wurde die Frage der Elbgrenze thematisiert und die Erneuerung der Transitstrecken zwischen der Bundesrepublik und Westberlin erläutert.<sup>692</sup>

In den Fragen der Abrüstung stellte Strauß seinen Standpunkt dar, dass er sich für eine Null-Lösung, also den kompletten Abbau der Mittelstreckenraketen in Europa ausspreche. Beide, Strauß und Mittag, betonten die Verantwortung der zwei deutschen Staaten in der Frage der Friedenssicherung und stellten klar, dass für den Fall eines atomaren Konflikts von Europa und insbesondere dem Gebiet der Bundesrepublik und der DDR nicht viel übrig bleiben würde.<sup>693</sup>

Einen besonderen Gesprächspartner, zu dem Strauß eine besondere Verbindung seit der Kontaktaufnahme über Josef März in der Frage des Milliardenkredits aufgebaut hatte, stellt der DDR-Staatssekretär Alexander Schalck-Golodkowski dar. Den engen Kontakt und Austausch, den beide Politiker pflegten, stellt der DDR-Devisenbeschaffer in seinen Erinnerungen heraus.<sup>694</sup>

---

<sup>691</sup> Vgl. ebenda, S. 192-194

<sup>692</sup> Vgl. ebenda, S. 303/304

<sup>693</sup> Vgl. ebenda, S. 305/306

<sup>694</sup> Vgl. Schalck-Golodkowski: Deutsch-deutsche Erinnerungen, S. 284-308. Ein Beispiel für den Kontakt stellt auch der Vermerk Schalck-Golodkowskis über ein Gespräch mit dem bayerischen Ministerpräsident am 20. November 1984 dar. Vgl. Seiffert / Treutwein: Die Schalck-Papiere, darin: Vermerk über ein

Deutlich wird die Vertrautheit zwischen Franz Josef Strauß und Schalck-Golodkowski anhand der Auswertung eines Dialogs der beiden am 10. Juni 1985 in München. Zwar erörterten beide die für die Gespräche von Strauß mit DDR-Vertretern obligatorischen Themen, wie die internationale Politik und Fragen der bilateralen Beziehungen der beiden deutschen Staaten untereinander, doch gingen sie auch auf wesentlich vertrautere Gesprächsfelder ein.<sup>695</sup>

Mit Schalck-Golodkowski sprach der bayerische Ministerpräsident auch über seinen Gesundheitszustand sowie über innenpolitische Fragen, wie die Wahlchancen von CDU/CSU bei der nächsten Bundestagswahl 1987 und die aus Sicht von Strauß bestehende Führungsschwäche von Bundeskanzler Helmut Kohl.<sup>696</sup>

Ganz diesem typischen Muster folgend, verlief auch ein Gespräch zwischen Strauß und Schalck-Golodkowski am 5. Mai 1988, in dem – wie bei allen Gesprächen mit Vertretern der DDR – zunächst auf einige bilaterale Themen der deutsch-deutschen Beziehungen eingegangen wurde, bevor man sich den weltpolitischen Fragestellungen und dabei insbesondere den 1988 nach wie vor aktuellen Abrüstungsverhandlungen widmete. Strauß erwähnte in diesem Gespräch ausdrücklich, dass er die Politik von Michael Gorbatschow unterstütze und gut heiße. Wie bereits bei dem Zusammentreffen im Juni 1985 thematisierte der bayerische Ministerpräsident des Weiteren parteipolitische Aspekte der Bundesrepublik, was sich anhand der vorliegenden Akten nur für den Austausch mit Schalck-Golodkowski belegen lässt.<sup>697</sup>

Dies unterstreicht auch die Aussage von Schalck-Golodkowski in dessen Erinnerungen, wenn er ebenfalls von diesem besonderen Verhältnis zu dem CSU-Vorsitzenden spricht.<sup>698</sup> Zugleich bestätigte der DDR-Unterhändler in den 1990ern gegenüber dem Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags, dass Strauß durch seinen Einsatz um die Vermittlung des Milliardenkredits sich den Respekt der DDR-Führung erworben hatte und gerade auch seine humanitären Anliegen eine vordringliche Behandlung erfuhren.<sup>699</sup> Wenngleich neben Strauß mehrere politische Entscheidungsträger der Bundesrepublik Kontakte zur DDR und insbesondere zu

---

Gespräch zwischen dem Vorsitzenden der CSU und Ministerpräsident Franz Josef Strauß mit Schalck-Golodkowski vom 20. November 1984, S. 390

<sup>695</sup> Vgl. Nakath / Stephan: Von Hubertusstock nach Bonn, S. 227-233

<sup>696</sup> Vgl. ebenda, S. 226/227

<sup>697</sup> Nakath / Stephan: Countdown zur deutschen Einheit, S. 97-101

<sup>698</sup> Vgl. Schalck-Golodkowski: Deutsch-deutsche Erinnerung, S. 307/308

<sup>699</sup> Vgl. Bayerischer Landtag: Drucksache, S. 28/29. Hier findet sich zugleich ein Hinweis für das große Engagement des damaligen Bayerischen Ministerpräsidenten für die Belange ausreisewilliger DDR-Bürger sowie bei sogenannten Häftlingsfreikäufen. Vgl. ebenda, S. 29



Schalck-Golodkowski pflegten, stellt der Untersuchungsbericht des Landtags folgendes für das Verhältnis des Ministerpräsidenten zum Leiter der Kommerziellen Koordination fest:

„Allerdings ist es richtig, dass im Ergebnis kein anderer westdeutscher Politiker so direkte Verbindung zu Schalck hatte wie Franz Josef Strauß.“<sup>700</sup>

An dieser Stelle ist anzumerken, dass auch nach dem Tod von Strauß der Dialog der CSU-Führungsspitze mit der DDR über den Kanal Schalck-Golodkowski nicht abbricht. Dies belegt ein Vermerk von Alexander Schalck-Golodkowski vom 14. Februar 1989 über ein gemeinsames Gespräch des DDR-Unterhändlers mit dem CSU-Vorsitzenden Theo Waigel und dem bayerischen Ministerpräsidenten Max Streibl. Demnach hätten beide ihr Interesse an der Fortsetzung der bisherigen Praxis unter Strauß bei der politischen Unterstützung der Entscheidung von humanitären Fällen geäußert.<sup>701</sup>

Insgesamt bleibt festzustellen, dass, nach Auswertung der Aufzeichnungen der DDR-Administration, die Gespräche zwischen Strauß und den Vertretern des SED-Regimes immer um die beiden zentralen Themenkomplexe Weltpolitik und dabei insbesondere der ab Mitte der 1980er Jahre aktuellen Frage der Abrüstungsverhandlungen zwischen den beiden Blöcken sowie der Deutschlandpolitik kreisten, wobei gerade in diesem Bereich viele Detailfragen angesprochen und erörtert wurden.

Dabei ist festzustellen, dass die Kontakte von Strauß zu hochrangigen Vertretern des Regimes in der DDR dazu nutzte um deutschlandpolitische Akzente zu setzen.

### *3.3.4 Der Besuch Honeckers in Bonn und München im Jahre 1987*

Den Wunsch nach einem Besuch Erich Honeckers in der bayerischen Landeshauptstadt im Rahmen einer Reise des Staatsratsvorsitzenden in die Bundesrepublik äußerte Strauß bereits 1984 im Rahmen eines Gesprächs mit Günter Mittag.<sup>702</sup> Der bayerische Ministerpräsident selbst sprach im Zuge seines Treffens mit dem Staatsratsvorsitzenden anlässlich der Leipziger Frühjahrmesse 1987 seine Einladung nach München im Zuge eines Besuchs in der Bundesrepublik aus, worauf

---

<sup>700</sup> Ebenda, S. 33

<sup>701</sup> Vgl. Seiffert/Treutwein: Die Schalck-Papiere, darin: Informationen für Genossen Minister nur persönlich, Vermerk von Schalck-Golodkowski über ein Gespräch mit Theo Waigel und Max Streibl vom 14. Februar 1989, S. 404. Belegt wird die Fortführung des Kontakts ebenfalls durch den Bericht des Untersuchungsausschusses des Bayerischen Landtags. Vgl. Bayerischer Landtag: Drucksache 12/16598, S. 38-40

<sup>702</sup> Vgl. Nakath/Stephan: Von Hubertusstock nach Bonn, S. 194

dieser seine Zusage gab.<sup>703</sup> Die Bereitschaft zur Visite des SED-Generalsekretärs bei dem als Kommunistenfresser bekannten Strauß in München dürfte mit großer Wahrscheinlichkeit auch Ausdruck des Dankes der DDR für den Einsatz des bayerischen Regierungschefs um die beiden Milliardenkredite der Jahre 1983 und 1984 gewesen sein.<sup>704</sup>

Die Reise des Generalsekretärs der SED, Erich Honecker, in die Bundesrepublik war bereits zu Zeiten der Kanzlerschaft Helmut Schmidts ein Thema. Auch nach der Regierungsübernahme durch die Koalition aus CDU, CSU und FDP im Herbst des Jahres 1982 bestanden weiterhin entsprechende Pläne für einen Besuch Honeckers. Dass diese Reise bis ins Jahr 1987 auf sich warten ließ, hat eine Vielzahl von Gründen, auf die an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden soll.<sup>705</sup> Das Zustandekommen des Besuchs stellte mit Sicherheit zum einen einen bedeutenden Schritt für die Beziehungen der beiden deutschen Staaten dar, war aber zum anderen zugleich aus DDR-Sicht eine wichtige Etappe in Richtung internationaler Anerkennung und sicher einer der Höhepunkte der deutsch-deutschen Beziehungen in der Kanzlerschaft Helmut Kohls.<sup>706</sup>

Nachdem Honecker in der Bundeshauptstadt mit fast allen protokollarischen Ehren empfangen worden war und Gespräche mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundeskanzler Helmut Kohl geführt hatte, besuchte er im Zuge der Reise die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland, bevor er zum Abschluss seiner Visite in der Bundesrepublik in München Station machte.<sup>707</sup>

Der Besuch in der bayerischen Landeshauptstadt erfolgte nach den für Staatsgäste üblichen protokollarischen Regeln. So war bei der Ankunft des Staatsratsvorsitzenden am Flughafen München-Riem die Ehrenformation der bayerischen Polizei angetreten

---

<sup>703</sup> Vgl. Potthoff: Koalition der Vernunft, S. 503. Den Zeitpunkt der definitiven Entscheidung für die Reise Honeckers in die Bundesrepublik datiert Karl-Rudolf Korte auf den 28. Mai 1987. Vgl. Korte: Deutschlandpolitik, S. 325. Zur gesamten Vorgeschichte des Besuchs des DDR-Staatsratsvorsitzenden in der Bundesrepublik, vgl. ebenda, S. 324-332; vgl. auch Hung: Ost- und Deutschlandpolitik, S. 126-133

<sup>704</sup> Vgl. Kittel: Strauß' Milliardenkredit, S. 328

<sup>705</sup> Vgl. Korte: Deutschlandpolitik, S. 324/325. Zu der Vorgeschichte und den Vorbereitungen der Bundesrepublikreise Honeckers sowie dem Verlauf des Besuchs in der Bundeshauptstadt Bonn vgl. ebenda, S. 324-375

<sup>706</sup> Vgl. Glaebner: Verfassungsgebot und Realpolitik, S. 262. Zur öffentlichen Wahrnehmung der Honecker Reise in die Bundesrepublik vgl. Glaab: Der Honecker-Besuch in der öffentlichen Meinung. Vgl. auch Mayer / Haarmann: Die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik, S. 63

<sup>707</sup> Vgl. Nakath / Stephan: Countdown zur deutschen Einheit, S. 13; vgl. auch Finger: Franz Josef Strauß, S. 519. Auf die Art des Protokolls und die Unterschiede zum Empfang anderer Staatsgäste geht Karl-Rudolf Korte ausführlich ein. Vgl. Korte: Deutschlandpolitik, S. 332-335 und S. 357/358; ebenso Haarmann: Warten auf die Wiedervereinigung, S. 180; vgl. ferner Hacke: Die CDU und die deutsche Frage, S. 96

und es kam zum obligatorischen Abspielen der Nationalhymnen, zuerst, dem Protokoll folgend, der DDR-Hymne zu Ehren des Gastes, dann das Deutschlandlied und schließlich die Bayernhymne. Wie Franz Josef Strauß in seinen Erinnerungen darlegt, zeigte sich der auf Protokoll sehr bedachte Honecker von diesem Prozedere äußerst bewegt.<sup>708</sup>

Bei dem anschließenden Empfang zu Ehren Honeckers in der Bayerischen Staatskanzlei ging Strauß kurz auf die Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR seit dem ersten Treffen ein. Bei dieser offiziellen Begrüßung umriss der bayerische Ministerpräsident die Leitlinie und Grundlage der bilateralen Gespräche und der gemeinsamen Politik in der deutschen Frage wie folgt:

„Das Mögliche tun, das Unmögliche lassen, die Grenzen zwischen beiden anerkennen und großzügig auslegen. Oder nach dem württembergisch-pietistischen Theologen Oettinger: ‚Gott gebe mir die Gelassenheit, Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann, den Mut, Dinge zu ändern, die ich ändern kann, und die Weisheit, das eine vom anderen zu unterscheiden.‘“<sup>709</sup>

In seiner kurzen Erwiderung auf die Begrüßung durch Strauß brachte Erich Honecker seine Hoffnung zum Ausdruck, dass man mit dem Besuch an die bisherigen Gespräche anknüpfen könne. Bei den vorangegangenen Treffen mit bundesrepublikanischen Spitzenpolitikern während dieser Bundesrepublikreise habe er den Eindruck gewonnen, dass man darin miteinander übereinstimme, die Friedenssicherung zu intensivieren und die bilateralen Beziehungen fortzuentwickeln. Daran hoffe er, auch in Bayern anknüpfen zu können, schließlich habe man sich schon öfter getroffen, kenne sich und habe dabei das Machbare auch in Angriff genommen, wie man es auch in Zukunft tun wolle.<sup>710</sup>

An den offiziellen Empfang in der Staatskanzlei schloss sich bei diesem München-Besuch Honeckers ein Vieraugengespräch zwischen den beiden Politikern an, das im

---

<sup>708</sup> Vgl. Strauß: Erinnerungen, S. 492. Strauß geht im Zusammenhang mit dem Bericht zum Honecker-Besuch in München 1987 auch auf die gegenseitig ausgetauschten Gastgeschenke ein. Vgl. ebenda, S. 491/492. Vgl. dazu auch Finger: Franz Josef Strauß, S. 519. Peter Siebenmorgen bemerkt zu dem Besuch von Honecker in München, dass dieser vor allem hohe Symbolkraft entwickelte. Vgl. Siebenmorgen: Franz Josef Strauß, S. 665

<sup>709</sup> ACSP, NL Strauß Fam, Nr. 674, darin: Begrüßung des Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß anlässlich des Besuchs seiner Exzellenz dem Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik Herrn Erich Honecker in der Bayerischen Staatskanzlei am Freitag, 11. September 1987, S. 3. Eine gedruckte Fassung der Begrüßungsrede findet sich in Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen: Der Besuch von Generalsekretär Honecker in der Bundesrepublik Deutschland, S. 155-158

<sup>710</sup> Vgl. ebenda, S. 159/160

Wesentlichen dem Schema der vorangegangenen vier Treffen ähnelte. So erörterten beide Politiker als erstes großes Thema die weltpolitische Lage, wobei insbesondere die Abrüstungsfragen eine entscheidende Rolle spielten. Dabei betonte Franz Josef Strauß, dass eine Null-Lösung in der Frage der Mittelstreckenraketen aus seiner Sicht nicht denkbar sei, da hier die Gegenseite einen deutlichen Vorsprung habe und damit kein Gleichgewicht hergestellt werden könnte. In dieser Frage stimmte der Generalsekretär mit ihm überein, dass hier nur eine Abrüstung zu einer Entspannung beitragen könne, die die Gefahr eines Krieges bannen würde, wobei Honecker seine These eines atomwaffenfreien Europas erneuerte.<sup>711</sup>

Die beiden Gesprächspartner stimmten in der Frage überein, dass ein Krieg nur zu Lasten beider deutschen Staaten erfolgen könne und im Grunde aufgrund der Gefahr der totalen Vernichtung der Menschheit durch einen Atomkrieg nicht mehr durchführbar sei. In dieser Frage machte Honecker deutlich, dass insbesondere die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl zu einem Umdenken gerade auf sowjetischer Seite geführt habe.<sup>712</sup>

Honecker führte in diesem Zusammenhang aus, dass der Warschauer Pakt sich eine Militärdoktrin gegeben habe, die auf Verteidigung ausgelegt sei. Neben der Reduzierung der nuklearen Waffen sei zudem eine Abrüstung auf dem Gebiet der konventionellen Truppen notwendig um dauerhaft den Frieden zu sichern.<sup>713</sup>

Zweites zentrales Gesprächsthema zwischen dem CSU-Vorsitzenden und dem DDR-Staatsratsvorsitzenden war wiederum die Deutschlandpolitik und die wechselseitigen Beziehungen der beiden deutschen Staaten. Hierzu stellte Strauß fest, dass sich seit ihrem ersten gemeinsamen Treffen in Hubertusstock 1983 vieles zum Positiven gewandelt habe und auch die Gespräche auf Regierungsebene in den vergangenen Monaten gut verlaufen seien.<sup>714</sup>

Auch aus der in den DDR-Beständen überlieferten Niederschrift über das Gespräch wird dies untermauert. So vermerkt diese zu den Ausführungen des bayerischen Ministerpräsidenten:

---

<sup>711</sup> Vgl. Potthoff: Koalition der Vernunft, S. 657/658. Seine ablehnende Position in der Frage einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa legte Strauß nochmals in einem Schreiben an Honecker vom 4. Mai 1988 dar. Vgl. Nakath / Stephan: Countdown zur deutschen Einheit, S. 88-90

<sup>712</sup> Vgl. ebenda, S. 658; vgl. auch Strauß: Erinnerungen, S. 494

<sup>713</sup> Vgl. Potthoff: Koalition der Vernunft, S. 658. Die wesentlichen Kernaussagen des vier-Augen-Gesprächs finden sich auch in einem späteren Redemanuskript des CSU-Vorsitzenden wieder. Vgl. ACSP, NL Strauß Fam, Nr. 675, darin: Redeunterlagen für den Bericht zur politischen Lage des Vorsitzenden der CSU, Ministerpräsident Franz Josef Strauß, bei der Konferenz der Bezirks- und Kreisvorsitzenden der CSU am 26. Oktober 1987 in München, S. 3/4

<sup>714</sup> Vgl. Potthoff: Koalition der Vernunft, S. 659

„Die Signale der DDR für guten Willen, so die großzügigen Reisegenehmigungen, die Amnestie für Straftäter, die Abschaffung der Todesstrafe [...] seien verstanden worden. Die Grenzlage sei weiterhin ruhig, die Grenzabfertigung korrekt und zügig, auch die Grenzsperranlagen seien verändert worden. E. Honecker habe Wort gehalten.“<sup>715</sup>

Weiterhin bemerkte Strauß die aus Sicht der Bundesrepublik positive Entwicklung im Bereich der Reiseverkehrs, insbesondere auch für Nichtrentner. Zudem zeige das gemeinsame Kulturabkommen erste Früchte und im Bereich der Umweltpolitik seien mit der Schaffung eines Regenrückhaltebeckens im Rödental und dem Bau einer Kläranlage in Sonneberg für den Freistaat Bayern bedeutende Erfolge erzielt worden. Die Kooperation in der Frage der AIDS-Forschung zwischen Bayern und der DDR würden ebenfalls positiv von den Beteiligten bewertet.<sup>716</sup>

Franz Josef Strauß richtete bei der gemeinsamen Unterredung mit Honecker eine Reihe von Forderungen an seinen Gesprächspartner. So bat er um eine Fortsetzung der Zusammenführung von Familien im derzeitigen Ausmaß, wie für die Genehmigung von Ausreise- und Übersiedlungsanträge, da sich in dieser Frage immer wieder Antragsteller wegen angeblicher Schwierigkeiten an ihn wenden würden. Daneben forderte der CSU-Vorsitzende eine Ausweitung der Reisemöglichkeiten für DDR-Bürger unterhalb des Rentenalters sowie eine Intensivierung des Jugendaustauschs beider Länder. Zudem wies er auf einige offene Fragen im Bereich der Umweltpolitik hin, die insbesondere Beeinträchtigungen im Grenzgebiet zwischen der DDR und dem Freistaat betrafen.<sup>717</sup>

Strauß warb bei Honecker des Weiteren für bessere Ausstellungsmöglichkeiten bayerischer Firmen auf der Messe in Leipzig und verwies konkret auf die Wünsche einiger Firmen. Auf seine Wunschliste setzte er zudem den Ausbau der Verbindungswege zwischen Bayern, der DDR und Westberlin; hierbei sprach er sowohl eine Verbesserung des Schienenverkehrs als auch die Erweiterung der bestehenden Straßeninfrastruktur, wie den Bau der Autobahn Hof – Plauen und die Schaffung eines neuen Grenzübergangs bei Ludwigstadt an. Der bayerische Ministerpräsident erwähnte zudem einige neue Städtepartnerschaften zwischen bayerischen Kommunen und DDR-Städten sowie Kontakte im Bereich der Feuerwehren und des Sports.<sup>718</sup>

---

<sup>715</sup> Ebenda, S. 659

<sup>716</sup> Vgl. ebenda, S. 659

<sup>717</sup> Vgl. ebenda, S. 659/660

<sup>718</sup> Vgl. ebenda, S. 660

Der SED-Generalsekretär sicherte bei diesem Gespräch seinem bayerischen Partner zu, die an ihn herangetragenen Bitten und Wünsche zu prüfen. Wie Strauß bestätigte Honecker, dass sich seit ihrem ersten Zusammentreffen 1983 vieles zum Positiven entwickelt habe.<sup>719</sup>

Eine besondere Bedeutung kam der Tischrede des bayerischen Ministerpräsidenten bei dem Mittagessen zu Ehren von Honecker im Antiquarium der Residenz zu. Hierbei griff Strauß zunächst die Erfolge der gemeinsamen Politik der beiden deutschen Staaten auf, die seit seinem Besuch in Hubertusstock erreicht wurden, und nannte dabei unter anderem die Ausweitung der Reisemöglichkeiten, die deutlich verbesserte Praxis der Grenzabfertigungen sowie die Familienzusammenführungen und fand dabei durchaus anerkennende Worte für die Treue der DDR zu ihren Absprachen. Ebenso erwähnte er die kurz vor dem Honecker-Besuch in der Bundesrepublik abgeschlossenen Verträge für eine Zusammenarbeit im Bereich der Kultur, des Umwelt- und Strahlenschutzes sowie über technische- und wissenschaftliche Zusammenarbeit.<sup>720</sup>

Außerdem wiederholte Franz Josef Strauß am Ende der Rede die erwähnten Erfolge in der direkten Kooperation zwischen dem Freistaat Bayern und der DDR, sei es im Bereich der Umweltpolitik und der Zusammenarbeit im Bereich der AIDS-Forschung. Nicht unerwähnt ließ er das gemeinsame Bestreben beider deutscher Staaten, Krieg mit allen Mitteln künftig zu verhindern und einen Beitrag zu einem Rüstungsabbau zu leisten.<sup>721</sup>

Der entscheidende Teil der Rede des CSU-Vorsitzenden bildete jedoch die sehr deutliche Kritik, die er am SED-Regime übt. So betont er die unüberwindbaren Gegensätze, welche zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR gerade in der Frage der Rechtspositionen bestehen. Dabei verwies er unverblümt auf die

---

<sup>719</sup> Vgl. ebenda, S. 660/661

<sup>720</sup> Vgl. ACSP, NL Strauß Fam., Nr. 674, darin: Tischrede des Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß bei einem Mittagessen zu Ehren Seiner Exzellenz, dem Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Erich Honecker, im Antiquarium der Residenz, am Freitag, 11. September 1987, S. 5-7. Eine gedruckte Fassung der Tischrede findet sich in Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen: Der Besuch von Generalsekretär Honecker in der Bundesrepublik Deutschland, S. 161-166

<sup>721</sup> Vgl. ACSP, NL Strauß Fam., Nr. 674, darin: Tischrede des Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß bei einem Mittagessen zu Ehren Seiner Exzellenz, dem Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Erich Honecker, im Antiquarium der Residenz, am Freitag, 11. September 1987, S. 17-24

Positionen des Fortbestandes des Deutschen Reiches, der Offenheit der deutschen Frage und der Verantwortung der Vier Mächte für Deutschland als Ganzes und Berlin.<sup>722</sup>

Strauß bekannte sich in der Tischrede ganz bewusst zur Präambel des Grundgesetzes, welche alle bundesrepublikanischen Verfassungsorgane darauf verpflichtet, auf die Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung hinzuwirken. Zum Zweck des Erhalts der Einheit der Nation solle es daher zu einem Austausch zwischen den Menschen in beiden Teilen Deutschlands kommen, zu einem Miteinander-Reden, nicht zu einer Abschottung.<sup>723</sup>

Hierbei fand er deutliche Worte der Kritik am SED-Regime und dessen Praxis, die in folgenden Worten gipfeln:

„Tausend Jahre gemeinsame Geschichte und Kultur können auch durch ideologische Schranken nicht ungeschehen gemacht werden. Wir werden deshalb alles, was in unserer Kraft steht, tun, damit das Bewusstsein von der Einheit der deutschen Nation bewahrt wird.

Die Mauer in Berlin, ein fast vollkommenes Netz von Sperrmaßnahmen, ein Rechtssystem, das den illegalen Grenzübertritt als Verbrechen einstuft – mit der juristischen Folge des Schießbefehls –, der Zwang behördlicher Genehmigung für den Besuch von Eltern, Geschwistern und Verwandten, all das passt nicht mehr in die neue Phase weltpolitischer Entwicklung, in die wir hoffentlich eingetreten sind.“<sup>724</sup>

Wie Strauß selbst in seinen Erinnerungen bemerkt, lag die Bedeutung seiner Rede gerade darin, dass seine komplette Rede inklusive der kritischen Passagen im DDR Rundfunk und Fernsehen übertragen wurde und auch das „Neue Deutschland“ die gesamte Tischrede ungekürzt in voller Länge abgedruckt hat. Dabei bemerkte er zudem, dass Erich Honecker seine Ausführungen kommentarlos und damit ohne ein Wort des Widerspruchs zur Kenntnis genommen hatte, was Strauß darauf zurückführte, dass der Generalsekretär selbst am besten gewusst habe, dass die Verhältnisse an der innerdeutschen Grenze nicht mehr in die damalige Zeit gepasst hätten.<sup>725</sup>

Auch bei Honeckers Erwiderung, die obligatorisch auf eine Tischrede zu folgen hatte, ging er auf die deutlichen Worte von Strauß nicht ein. Stattdessen betonte er, ganz im Eindruck seines Besuchs der Gedenkstätte Dachau die gemeinsame Verantwortung beider deutschen Staaten, für Frieden einzutreten, und verwies dabei auf die DDR-

---

<sup>722</sup> Vgl. ebenda, S. 11/12

<sup>723</sup> Vgl. ebenda, S. 13/14

<sup>724</sup> Ebenda, S. 14/15

<sup>725</sup> Vgl. Strauß: Erinnerungen, S. 495

Theorie der friedlichen Koexistenz. Der Staatsratsvorsitzende betonte die Bereitschaft der DDR zur konstruktiven Zusammenarbeit unter der Maßgabe der Anerkennung der Realitäten. Ausdrücklich lobend äußerte er sich über die Rolle von Strauß in den wechselseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR.<sup>726</sup>

Gerade am Besuch Honeckers in München wird der Kurs des CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten, Franz Josef Strauß, in der Deutschlandpolitik und im speziellen im direkten Umgang mit der DDR deutlich: Zusammenarbeit und Kooperation im Bereich des Möglichen mit der Absicht, zum einen den Frieden zu sichern und zugleich menschliche Erleichterungen für die Menschen in beiden Teilen Deutschlands zu erreichen. Zum anderen aber auch die deutliche Betonung der eigenen Rechtsposition und vor allem das Festhalten am Verfassungsziel der deutschen Wiedervereinigung, wie sie die Präambel des Grundgesetzes vorgibt.

Blickt man zusammenfassend auf die Treffen von Strauß mit Honecker sowie anderen hochrangigen Vertretern der DDR, so ist festzustellen, dass diese in der Öffentlichkeit zunächst Verwunderung und zum Teil Verunsicherung, gerade in der eigenen Partei auslösten. Besonders der Spiegel griff diese auf und nutzte sie, um gezielt Stimmung gegen den CSU-Vorsitzenden zu machen.<sup>727</sup> Strauß sah sich Vorwürfen wie Doppelzügigkeit und Charakterlosigkeit ausgesetzt. Betrachtet man jedoch die tatsächliche Wirkung der Kontakte, die Strauß ab 1983 in die DDR unterhielt, so kommt man zu einem anderen Ergebnis: Durch den laufenden Gedankenaustausch zwischen ihm, Honecker und anderen Vertretern der DDR entstand eine Vertrauensbasis zwischen beiden deutschen Staaten, die gemeinsames Handeln unter dem Motto, Vertrauen gegen Vertrauen ermöglichten. Dabei gilt es auch zu sehen, dass die Gespräche von Strauß mit den Vertretern des SED-Regimes nicht auf höchster, sondern auf untergeordneter diplomatischer Ebene geführt werden konnten und der CSU-Vorsitzende daher einen größeren Handlungsspielraum hatte, als ihn ein Bundesminister als offizieller Repräsentant der Bundesrepublik gehabt hätte. Dies dürfte es den Vertretern der DDR erleichtert haben, auf die bei den Gesprächen mit Strauß erreichten Vereinbarungen einzugehen.

Wie im vorangegangenen Kapitel zum Komplex des Milliardenkredits dargestellt, gelang es dem bayerischen Ministerpräsidenten dabei, einen wichtigen Anteil an der Umsetzung von menschlichen Erleichterungen zu erreichen, angefangen bei einer

---

<sup>726</sup> Vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen: Der Besuch von Generalsekretär Honecker in der Bundesrepublik Deutschland, S. 167/168

<sup>727</sup> Vgl. Der Spiegel, Nr. 31/1983, S. 17ff.



Verbesserung der Behandlung von Reisenden bei den Grenzkontrollen an der innerdeutschen Grenze, bis hin zum Abbau der Selbstschussanlagen und Minenfelder im Grenzbereich. Eine weitere, zum Teil in der öffentlichen Diskussion und Forschung noch wenig beachtete Komponente der DDR-Kontakte von Strauß war dessen Einsatz für Ausreisewillige aus der DDR. Als Beleg für diesen Einsatz des bayerischen Ministerpräsidenten kann beispielsweise der Fall von Maria Esters dienen, der von Renate Höpfinger in einem detaillierten Zeitzeugengespräch aufgearbeitet wurde sowie das Ausreisegesuch von Elke Meinzer, über das der Journalist Peter Adler berichtet.<sup>728</sup> Beide Fälle sind Beispiele für die 1.000-fache Hilfe von Strauß, Menschen bei der Ausreise aus der DDR in die Bundesrepublik behilflich zu sein.<sup>729</sup>

### 3.4 Die Moskau-Reise von Strauß und das Treffen mit Gorbatschow 1987

Ein gerade für die Deutschlandpolitik der CSU und von Strauß bedeutendes Ereignis war die Moskau-Reise des bayerischen Ministerpräsidenten kurz vor dem Jahreswechsel 1987/88. In gewisser Weise kann dieser Besuch von Strauß in der Hauptstadt der Sowjetunion als Kontinuität zu seinem Einsatz bei den Vermittlungen um den Milliardenkredit sowie zu seinen zahlreichen anderweitigen Gesprächen mit Machthabern in anderen Staaten des Ostblocks gesehen werden.<sup>730</sup>

Die Moskau-Reise hatte praktisch alles, um den Anschein eines spektakulären Ereignisses zu erwecken. So informierte Strauß Staatskanzleichef Edmund Stoiber am Heiligabend telefonisch über den geplanten Flug und selbst die Familie von Strauß erfuhr erst an den Weihnachtstagen von den Planungen des CSU-Vorsitzenden.<sup>731</sup> Bei der Reise wurde Strauß vom Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Theo Waigel, Staatskanzleichef Edmund Stoiber, dem Fraktionsvorsitzenden der CSU-Landtagsfraktion Gerold Tandler, dem Chefredakteur des Bayernkuriers, Wilfried Scharnagl, seinem Büroleiter Gerd Amtstätter, seinem

---

<sup>728</sup> Vgl. Höpfinger: Maria Esters, S. 153-183; vgl. ebenso Adler: Zwischenfall in Dresden, S. 185-192

<sup>729</sup> Peter Alder verweist auf über 12.000 im BayHStA überlieferte entsprechende Vorgänge, bei denen sich DDR-Bürger an Strauß mit der Bitte um Hilfe bei der Ausreise gewandt hatten. Vgl. ebenda, S. 1991

<sup>730</sup> Strauß traf in den 1980er Jahren mit einer Vielzahl von Staats- und Regierungschefs, insbesondere auch mit Machthabern in kommunistischen und sozialistischen Staaten zusammen. Vgl. u. a. Strauß: Erinnerungen, S. 484/485; vgl. ferner Scharnagl: Strauß in Moskau...und im südlichen Afrika; vgl. ebenso Krieger: Franz Josef Strauß: S. 84-87

<sup>731</sup> Vgl. Strauß, Franz Georg: Mein Vater, S. 253; vgl. auch Scharnagl: Strauß in Moskau...und im südlichen Afrika, S. 19/20. Eine entsprechende Ausführung findet sich auch bei Stoiber: Weil die Welt sich ändert, S. 106/107

Sohn Franz Georg Strauß und dem Coburger Unternehmer Heinrich Then, der zugleich Eigentümer des Flugzeuges war und als Copilot fungierte, begleitet.<sup>732</sup>

Der Flug, bei dem Franz Josef Strauß persönlich als Pilot im Cockpit Platz nahm, hätte nach übereinstimmenden Berichten aufgrund des vorherrschenden schlechten Wetters des russischen Winters beinahe in einer Katastrophe geendet, wie mehrere Teilnehmer sich im Nachhinein erinnerten. Gerade deshalb kann man Horst Möller durchaus zustimmen, dass – wäre das Flugmanöver nicht lebensgefährlich gewesen – dieses wie der Prolog einer sensationellen Inszenierung gewirkt haben könnte.<sup>733</sup>

Nach der spektakulären Ladung auf dem geschlossenen Moskauer Flughafen traf Strauß den sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse zu einem mehrstündigen Gespräch, bei dem sich beide vor allem mit Fragen der Weltpolitik und der begonnenen Reformen in der Sowjetunion befassten.<sup>734</sup> Im Dialog mit seinem eigentlichen Gastgeber, dem Vorsitzenden der Staatskommission für Außenwirtschaftsfragen, Wladimir Michail Kamenzew, wurden vor allem die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen und Fragen der Wirtschaftspolitik erörtert.<sup>735</sup>

Das bedeutendste Gespräch war aber das mit dem Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, das am 29. Dezember 1987 im Kreml stattfand. Gleich zu Beginn des persönlichen Austauschs, welcher sich an das offizielle Begrüßungszeremoniell mit den üblichen Bildern für Journalisten anschloss, kam es zu dem vielzitierten Satz des CSU-Vorsitzenden, den er selbst in seinen Erinnerungen niederlegte:

„Gorbatschow fragte mich, ob dies mein erster Besuch in der Sowjetunion sei. ‚Nein‘, antwortete ich, ‚der letzte liegt aber mehr als 45 Jahre zurück.‘ Er wollte von mir wissen, wo ich im Kriege in der Sowjetunion gewesen sei. Es stellte sich heraus, dass ich längere Zeit in seiner Heimat war.“<sup>736</sup>

Nach dem Austausch einiger persönlicher Geschichten und dem Hinweis beider Gesprächspartner auf das Wort des griechischen Philosophen Heraklit, *panta rhei*, alles

---

<sup>732</sup> Vgl. Möller: Franz Josef Strauß, S. 712; vgl. auch Finger: Franz Josef Strauß, S. 523

<sup>733</sup> Vgl. Möller: Franz Josef Strauß, S. 713; vgl. auch Strauß, Franz Georg: Mein Vater, S. 255-257; vgl. ferner Strauß: Erinnerungen, S. 552. Edmund Stoiber berichtet in seinen Erinnerungen, dass an diesem Tag aufgrund der Witterungsverhältnisse kein anderer Flugzeug in Moskau gelandet sei. Vgl. Stoiber: Weil die Welt sich ändert, S. 107

<sup>734</sup> Vgl. Scharnagl: Strauß in Moskau...und im südlichen Afrika, S. 21-29; vgl. auch Strauß, Franz Georg: Mein Vater, S. 257/258

<sup>735</sup> Vgl. Scharnagl: Strauß in Moskau...und im südlichen Afrika, S. 31-34

<sup>736</sup> Strauß: Erinnerungen, S. 553; vgl. dazu auch Scharnagl: Strauß in Moskau...und im südlichen Afrika, S. 35

ist im Fluss, was sich auch auf die aktuelle Situation in der Sowjetunion und der Welt anwenden lasse, widmeten sich der bayerische Ministerpräsident und Gorbatschow der internationalen Politik, verbunden mit der Frage der Abrüstung und der Klarstellung, dass ein Krieg keine politische Option für keine der beiden Seiten mehr darstelle.<sup>737</sup>

Dem Gesprächsschema, welches Strauß schon mit seinen Verhandlungspartnern aus der DDR eingehalten hatte, folgend, ging er dann auf die Deutschlandpolitik ein und bekräftigte hier nochmals das Festhalten am Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes.<sup>738</sup> Gorbatschow erinnerte bei dem Gedankenaustausch daran, dass die Bundesrepublik die Chance der Wiedervereinigung im Zuge der Stalin-Note nicht genutzt habe, weshalb es sich nun bei der deutschen Frage um eine langfristige historische Angelegenheit handeln würde.<sup>739</sup> Strauß machte dabei deutlich, dass aus seiner Sicht die Entscheidung für oder wider eine Vereinigung beider deutscher Staaten bei der Sowjetunion und nicht bei den westlichen Verbündeten liege:

„Der Schlüssel für die Wiedervereinigung eines freien Deutschland liegt in Moskau, nicht in Washington“<sup>740</sup>

Als letztes Thema gingen die beiden Politiker auf die Reformen in der Sowjetunion und die wirtschaftspolitischen Fragen ein, die Strauß zuvor schon mit den beiden anderen Gesprächspartnern in Moskau erläutert hatte.<sup>741</sup>

Zum Abschluss des Gesprächs sprach Strauß eine Einladung an Michail Gorbatschow nach Bayern aus, wenn dieser die Bundesrepublik besuchen sollte.<sup>742</sup> Zu diesem Gegenbesuch sollte es wegen des Todes des bayerischen Ministerpräsidenten im Folgejahr nicht mehr kommen.

Die Eindrücke, die Strauß über den neuen Machthaber im Kreml gewonnen hatte, versetzten ihn in eine positive Stimmung, die ihn zuversichtlich in die Zukunft blicken ließ. So sprach der CSU-Vorsitzende bei einem Abendessen am 29. Dezember 1987 mit seinem offiziellen Gastgeber Wladimir Kamenzew folgende Gedanken aus, die praktisch als Fazit des Gesprächs mit dem Generalsekretär der KPdSU zu sehen sind:

---

<sup>737</sup> Vgl. Strauß: Erinnerungen, S. 554-556; vgl. auch Scharnagl: Strauß in Moskau...und im südlichen Afrika, S. 35/36

<sup>738</sup> Vgl. Strauß: Erinnerungen, S. 559; vgl. auch Scharnagl: Strauß in Moskau...und im südlichen Afrika, S. 44/45; vgl. ferner Möller: Franz Josef Strauß, S. 714

<sup>739</sup> Vgl. Stoiber: Weil die Welt sich ändert, S. 108

<sup>740</sup> Strauß: Erinnerungen, S. 559. Diesen Schlüsselsatz von Strauß bezüglich der Deutschlandpolitik, belegt auch das Interview von Landesgruppenvorsitzenden Theo Waigel mit der Augsburger Allgemeinen Zeitung vom 2./3. Januar 1988, gedruckt bei Scharnagl: Strauß in Moskau...und im südlichen Afrika, S. 82

<sup>741</sup> Vgl. Strauß: Erinnerungen, S. 560-563; vgl. auch Möller: Franz Josef Strauß, S. 715/716

<sup>742</sup> Vgl. Strauß: Erinnerungen, S. 563; vgl. auch Scharnagl: Strauß in Moskau...und im südlichen Afrika, S. 47

„Ich bin überzeugt, dass wir an der Schwelle einer neuen Zeit stehen. [...] Wenn wir auf beiden Seiten, der eine gegenüber dem anderen, Vertrauen haben, keine Furcht mehr haben, ganz gleich, ob sie berechtigt war oder nicht berechtigt war, dann bricht wirklich ein neues Zeitalter an. Die Spannung und Konfrontation macht Platz der Entspannung und Kooperation.“<sup>743</sup>

Im Eindruck der Moskauer Gespräche zeichnete der bayerische Ministerpräsident dann auch die Neujahrsansprache des Jahres 1988 auf. Hierbei nahm er den bereits in Moskau geäußerten Gedanken auf, dass man am Beginn einer neuen Zeit, insbesondere in politischer Hinsicht stehe. So sei für die neue sowjetische Führung Krieg keine Option der Politik mehr. So sehe er viele Ansätze für eine positive Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit der Sowjetunion, die sich nach dem Willen ihrer neuen Führung einem Reformprozess unterziehen möchte. Diese Entwicklung gelte es mit Realitätssinn, Gelassenheit und Wachsamkeit zu verfolgen und zu begleiten.<sup>744</sup>

Seine erste Bilanz, die Strauß im Bayernkurier von 9. Januar 1988 zog, fiel positiv und hoffnungsvoll aus. Darin machte der CSU-Vorsitzende deutlich, dass der Austausch zwischen der bayerischen Delegation und Michael Gorbatschow den sonst üblichen Rahmen solcher Gespräche gesprengt habe. Dabei kam Strauß zu dem Schluss, dass Gorbatschow keinen Krieg wolle, sondern an einer tatsächlichen Reform der Sowjetunion gerade im Inneren durch sein Programm von Glasnost und Perestroika interessiert sei. Ob diese neue Reformpolitik Gorbatschows im Inneren Erfolg haben würde, müsste aus der damaligen Sicht des bayerischen Ministerpräsidenten die Zeit zeigen.<sup>745</sup>

Gerade mit Blick auf die deutsch-deutschen Beziehungen und die Deutschlandpolitik kam Strauß in dieser ersten Bilanz zu einem positiven Eindruck:

„In der Deutschland- wie in der Ostpolitik hat für mich pragmatisches Handeln nie das geringste mit Verzicht auf grundsätzliche Rechtspositionen zu tun gehabt. Eine solche Preisgabe kann und wird es für die CSU und für mich schon deshalb nicht geben, weil ich es war, der 1973 die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag durch Bayern bewirkt [hat] [...]. Unser Festhalten an der Einheit der

---

<sup>743</sup> Strauß, Franz Georg: Mein Vater, S. 260

<sup>744</sup> Vgl. Scharnagl: Strauß in Moskau...und im südlichen Afrika, S. 77/78; vgl. auch Voss: Den Kanzler im Visier, S. 312/313

<sup>745</sup> Vgl. Strauß: Bilanz einer Moskaureise, S. 244. Der Artikel findet sich auch bei Scharnagl: Strauß in Moskau...und im südlichen Afrika, S. 113-119

deutschen Nation, wenn auch zur Zeit unter der Bedingung von zwei Staaten auf deutschem Boden, wurde widerspruchslos zur Kenntnis genommen [...]“<sup>746</sup>

Daneben ging Strauß auf die Abrüstungspolitik ein und machte deutlich, dass er das START I Abkommen zwischen den USA und der Sowjetunion nur als ersten Schritt in dieser Frage betrachte. Ebenso seien die Wirtschaftsbeziehungen und die Frage der möglichen Ausreise der Russlanddeutschen wichtige gemeinsame Themen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Bayern auf der einen und der Sowjetunion auf der anderen Seite. Strauß schloss seinen Artikel mit dem Verweis auf die Zuversicht, mit der er aus Moskau zurückgekehrt sei.<sup>747</sup>

Der bayerische Ministerpräsident berichtete nach seinem Besuch den parlamentarischen Gremien der Unionsparteien von den Ergebnissen und Eindrücken seiner Reise in die sowjetische Hauptstadt. Dabei spiegeln sich in diesem Bericht die schon im Artikel des Bayernkuriers deutlichen positiven Bewertungen zu den Ergebnissen der Gespräche.<sup>748</sup>

Seine Erinnerungen geben ebenso diesen positiven Eindruck wieder, ohne dabei einer völligen Euphorie zu unterliegen. So schließen diese mit folgender Bewertung der Politik der Sowjetunion unter Gorbatschow zum Stand des Jahreswechsels 1987/88 ab:

„Die gegenwärtige Intention zielt eher auf einen Abbau des militärischen Risikos. Dennoch erlaubt das militärische Potential nach wie vor alle Optionen, nicht nur eine wirksame Verteidigung. Das langfristige strategische Ziel wurde angeblich preisgegeben – diese Preisgabe ist aber noch nicht handgreiflich und unwiderruflich offiziell.

Weder abgrundtiefer Pessimismus noch überzogener Optimismus sind die richtigen Orientierungspunkte, die neuen Entwicklungen in der Sowjetunion zu beobachten. Realitätssinn, Gelassenheit und Wachsamkeit sind gefragt und gefordert.“<sup>749</sup> In der Rückschau betrachtet, waren diese Worte von Strauß vor dem Hintergrund der Ereignisse des Jahres 1989 geradezu visionär.

---

<sup>746</sup> Strauß: Bilanz einer Moskaureise, S. 245

<sup>747</sup> Vgl. ebenda, S. 246

<sup>748</sup> Vgl. Scharnagl: Strauß in Moskau...und im südlichen Afrika, S. 55-76; Vgl. auch Möller: Franz Josef Strauß, S. 715

<sup>749</sup> Strauß: Erinnerungen, S. 565

## 4. Die Deutschlandpolitik von der Wende 1989 bis zum Ende der Zusammenarbeit mit der DSU

### 4.1 Die Positionierung der CSU im Einigungsprozess

#### *4.1.1 Der Tod von Strauß 1988 und die Regelung seiner Nachfolge*

Gerade in dieser Phase der neuen Kooperation und des Klimas einer Annäherung, die unter dem Vorzeichen von Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion standen, verstarb, plötzlich und unerwartet, am 3. Oktober 1988 der langjährige CSU-Vorsitzende, Franz Josef Strauß. Nach einem Besuch des Oktoberfests war er auf dem Weg zur gemeinsamen Jagd mit Fürst Johannes von Thurn und Taxis am 1. Oktober zusammengebrochen und hatte dann das Bewusstsein nicht wieder erlangt.<sup>750</sup> Mit Strauß war eine einmalige und bedeutende Persönlichkeit verstorben, was insbesondere die große Anteilnahme der Menschen, aber auch die in ihrer Art wohl einmaligen Trauerfeierlichkeiten unterstrichen, so dass man in der Tat davon sprechen kann, dass der Freistaat durch das Ableben des langjährigen CSU-Vorsitzenden schwer erschüttert worden war.<sup>751</sup> Die enge Verbindung und Assoziation von Strauß mit der CSU war so prägend, dass der weitere Weg der Partei und die Frage ihres Fortbestehens als unabhängiger Partei daher sehr unsicher waren.<sup>752</sup>

Der Tod des bayerischen Ministerpräsidenten im Jahre 1988 war zugleich der Auslöser einer personellen Rochade an der Spitze der Bayerischen Staatsregierung und der CSU, die damit – zu diesem Zeitpunkt nicht absehbar – die personellen Weichen für den Kurs der CSU im Einigungsprozess der Jahre 1989/90 stellen sollte. Diese war insoweit gerade auch für den deutschlandpolitischen Kurs der Partei von großer Bedeutung, da die personelle Spitze der CSU erheblichen Einfluss auf dieses Politikfeld nehmen konnte.

Zunächst stand ein Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern an. Die Weichenstellungen für den Wechsel an der Spitze der bayerischen Regierung waren schon im Sommer 1988 im Zuge der Kabinettsumbildung gestellt worden, bei der Finanzminister Max Streibl zum stellvertretenden Ministerpräsidenten aufgestiegen war.<sup>753</sup> Strauß hatte sich, wie Andreas Kießling zu Recht feststellt, durchaus mit der Frage seiner möglichen Nachfolge im Amt des Ministerpräsidenten, aber auch des

---

<sup>750</sup> Vgl. Brüggemann / Höpfinger: Ministerpräsident Franz Josef Strauß, S. 153; Bickerich: Franz Josef Strauß, S. 319

<sup>751</sup> Vgl. Kießling: Die CSU, S. 150; vgl. auch Leersch: Die CSU, S. 21

<sup>752</sup> Vgl. Kießling: Die CSU, S. 150

<sup>753</sup> Vgl. Gelberg: Ausblick, S. 976; vgl. auch Hanns-Seidel-Stiftung: Geschichte einer Volkspartei, S. 733/734

Parteivorsitzenden befasst, wobei er an Streibl, wengleich dieser nicht sein persönlicher Favorit war, nicht vorbei kam.<sup>754</sup> Entsprechend äußerte sich Strauß in seinen Erinnerungen, in denen er Max Streibl und Gerold Tandler als potentielle Nachfolger an der Spitze Bayerns sah, während für das Amt des CSU-Vorsitzes neben den beiden genannten auch der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Theo Waigel, aus der Sicht von Strauß in Frage kam.<sup>755</sup> Dass der langjährige CSU-Vorsitzende entsprechende Überlegungen angestellt und teilweise mit Vertrauten besprochen hatte, wird durch die Zeitzeugengespräche von Andreas Kießling belegt.<sup>756</sup> Im Gleichklang dazu berichtet Edmund Stoiber davon, dass Strauß gelegentlich von einigen möglichen Nachfolgern gesprochen habe, wobei der damalige Chef der Staatskanzlei die Auffassung vertritt, dass Strauß die Absicht hatte, bei den 1990 anstehenden Landtagswahlen nochmals anzutreten.<sup>757</sup>

Bei der Frage der künftigen Besetzung des Amtes des bayerischen Ministerpräsidenten kam Max Streibl zugute, dass dieser als bisheriger Stellvertreter von Strauß mit dessen Tod bereits zum amtierenden Ministerpräsidenten aufgestiegen war und diese Position effektiv und geschickt für sich zu nutzen wusste, beispielhaft durch seine Profilierung im Rahmen der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Landesvater. Ebenso kam Streibl seine Beliebtheit als erfolgreicher Finanzminister, der Rückhalt innerhalb der CSU-Landtagsfraktion sowie seine Hausmacht als Vorsitzender des größten CSU-Bezirksverbandes, der CSU Oberbayern zu gute. Ebenso hatte er sich mit seinem möglichen Mitbewerber Gerold Tandler einigen können, dass dieser, quasi als Kompensation für den Verzicht auf eine eigene Bewerbung, in das Finanzministerium wechseln konnte. Dementsprechend problemlos ging die Nominierung für die Wahl des Ministerpräsidenten durch die Landtagsfraktion am 12. Oktober 1988 über die Bühne.<sup>758</sup>

Entsprechend der Vorarbeit ging dann auch die Wahl von Max Streibl zum Nachfolger von Franz Josef Strauß als bayerischer Ministerpräsident schnell vonstatten: am 19. Oktober 1988, 16 Tage nach dem Ableben des bisherigen Amtsinhabers, wählte der

---

<sup>754</sup> Vgl. Kießling: Die CSU, S. 152/153; vgl. auch Gast / Kranenpohl: Politische Führung in der CSU, S. 423

<sup>755</sup> Vgl. Strauß: Erinnerungen, S. 551; vgl. auch Kießling: Die CSU, S. 153

<sup>756</sup> Vgl. ebenda, S. 153

<sup>757</sup> Vgl. Stoiber: Weil die Welt sich ändert, S. 91/92

<sup>758</sup> Vgl. Kießling: Die CSU, S. 154/155; vgl. auch Müller: Schwierige Machtverhältnisse, S. 140. Auf die Rolle von Streibl bei dem Jour Fixe am 3. Oktober 1988 sowie bei den Trauerfeierlichkeiten geht auch Friedrich Voss ein. Vgl. Voss: Den Kanzler im Visier, S. 327-329

Bayerische Landtag Streibl an die Spitze der Staatsregierung.<sup>759</sup> In einem Zeitungsinterview äußerte sich Streibl nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten, dass sofort nach dem Tod von Strauß viele aus den Reihen seiner Partei auf ihn zugekommen seien und es daher keinerlei Personaldiskussion um die Nachfolge des Verstorbenen gab.<sup>760</sup>

Mit dem Aufstieg von Max Streibl gingen zugleich eine Reihe von Umbesetzungen im bayerischen Kabinett vorstatten. So war der mögliche Konkurrent Streibls, Gerold Tandler, zu dessen Nachfolger im Finanzministerium geworden, Edmund Stoiber wechselte ins Ressort des Inneren und die Staatsministerin für Justiz, Mathilde Berghofer-Weichner, besetzte als erste Frau das Amt der stellvertretenden Ministerpräsidentin.<sup>761</sup>

Schlussendlich war bei der Wahl Streibls dessen gute Ausgangsposition sowie sein taktisch geschicktes machtbewusstes Agieren der entscheidende Faktor.<sup>762</sup>

Mit Blick auf die Deutschlandpolitik bekannte sich der neue bayerische Ministerpräsident Max Streibl in seiner Regierungserklärung, in der er sich vordringlich Themen der bayerischen Landespolitik gewidmet hatte, zu den bisherigen Zielsetzungen und Leitlinien, die die CSU auf diesem Feld in der Vergangenheit vertreten hatte:

„Wir bekennen uns dazu, für alle unsere deutschen Mitbürger zu sprechen, denen das Selbstbestimmungsrecht bis heute verweigert wird. Wir lassen nicht ab vom Bekenntnis zur Wiedervereinigung in einer umfassenden europäischen Friedensordnung. [...]

Die deutsche Frage bleibt solange ungelöst, als nicht alle Deutsche frei über ihre staatliche Ordnung entscheiden können.“<sup>763</sup>

Auch weitere Auftritte des frischgewählten Ministerpräsidenten unterstrichen die Kontinuität in der Frage der Deutschlandpolitik. Entsprechend äußerte er sich in seiner Rede anlässlich des 40. Stiftungstages der Landsmannschaft Ostpreußen und des 10 jährigen Bestehens der Übernahme der Patenschaft durch den Freistaat Bayern. Hier nannte Streibl als wichtiges Ziel das Festhalten an einer einheitlichen deutschen

---

<sup>759</sup> Vgl. Bayerischer Landtag: Stenographische Berichte, vom 19. Oktober 1988, S. 4805; vgl. auch Kießling: Die CSU, S. 155; vgl. ferner Krauss: Max Streibl, S. 173

<sup>760</sup> Vgl. Kock / Treml: Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 488

<sup>761</sup> Vgl. Gelberg: Ausblick, S. 978; vgl. auch Hanns-Seidel-Stiftung: Geschichte einer Volkspartei, S. 735/736. Im Gegensatz zu Karl-Ulrich Gelberg kommt Kay Müller zu dem Ergebnis, dass die Kabinettsumbildung im Zuge der Wahl von Streibl eher kleine Auswirkungen gehabt hatte, was er mit dem Verbleib mehrerer Strauß-Vertrauter in ihren Ministerämtern belegt. Vgl. Müller: Schwierige Machtverhältnisse, S. 157/158

<sup>762</sup> Vgl. Kießling: die CSU, S. 155

<sup>763</sup> Bayerischer Landtag: Stenographische Berichte, vom 1. Dezember 1988, S. 5276



Staatsangehörigkeit. Er berief sich zudem auf die durch die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht erreichte rechtsverbindliche Auslegung des Grundlagenvertrages, nämlich der Feststellung, dass das Deutsche Reich rechtlich fortexistiert, die Verantwortung der Vier Mächte für Gesamtdeutschland, die Tatsache, dass die DDR kein Ausland für die Bundesrepublik sei, sowie die Feststellung, dass nur ein Friedensvertrag über die endgültige Festlegung der deutschen Grenzen eines wiedervereinigten Deutschlands befinden könne.<sup>764</sup>

Weiter lobte Streibl in der Rede die praktischen Fragen im Bereich der Deutschlandpolitik, die in den vergangenen Jahren aufgegriffen werden konnten und mit denen zumindest ein Teil der Folgen der deutschen Teilung gemildert werden konnte. Hier nannte der Ministerpräsident den Abbau von Selbstschussanlagen und Minen an der innerdeutschen Grenze, die Verbesserungen im Bereich der Abfertigung des Reiseverkehrs, die Familienzusammenführungen, die Steigerung der Zahl der Reisen von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik sowie grenzüberschreitende Projekte im Bereich des Gewässer- und Umweltschutzes und die Förderung von Städtepartnerschaften.<sup>765</sup> Daneben nannte Max Streibl aber auch die langfristige Komponente der Deutschlandpolitik, die aus seiner Sicht nur auf eine Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands abzielen konnte. Hierzu formulierte er:

„Neben diesen wichtigen Einzelproblemen, die eine verantwortungsbewusste Politik im Verhältnis zu östlichen Nachbarn lösen muss, müssen wir mit Festigkeit, Geduld und Ausdauer längerfristige Möglichkeiten für eine Lösung der deutschen Frage in Frieden und Freiheit suchen.

Über eines müssen wir uns dabei freilich klar sein: die deutsche Frage ist nicht in einem Alleingang der Bundesrepublik Deutschland oder in einer alleinigen politischen Kraftanstrengung des Westens zu lösen. Lösungsansätze müssen den Willen der beiden Supermächte mit einbeziehen [Hervorhebungen im Original].“<sup>766</sup>

Bei einem gemeinsamen Pressetermin mit dem Präsidium der Sudetendeutschen Landsmannschaft am 28. Oktober 1988 betonte er wiederholt die Offenheit der deutschen Frage, mit der zugleich die Frage der Anerkennung der Grenzen offen

---

<sup>764</sup> Vgl. BayHStA, NL Streibl, Nr. 253, darin: Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Max Streibl anlässlich des 40. Stiftungstages der Landsmannschaft Ostpreußen und des 10jährigen Bestehens der Übernahme der Patenschaft durch den Freistaat Bayern, S. 14/15

<sup>765</sup> Vgl. ebenda, S. 16/17

<sup>766</sup> Ebenda, S. 18/19

geblieben sei.<sup>767</sup> Ebenso thematisierte er die Deutschlandpolitik ausführlich auf seiner ersten Parteitagrede als bayerischer Ministerpräsident am 19. November 1988.<sup>768</sup>

Zudem zeigte sich bei Streibl bald seine Linie, den Föderalismus zu betonen und nach Kräften zu stärken. So betonte der neue Ministerpräsident anlässlich des Staatsaktes zum 40jährigen Bestehen der Bundesrepublik, dass Bayern der Bannerträger des Föderalismus in der Bundesrepublik sei.<sup>769</sup> In diesem Kontext sind gleichfalls seine Initiativen bezüglich der Stärkung des föderalistischen Gedankens im Prozess der europäischen Einigung, wie der Gedanke des Europas der Regionen zu sehen.<sup>770</sup> Dieses Engagement Streibls für den Föderalismus sollte insbesondere in der Wendephase für dessen deutschlandpolitischen Kurs bezüglich des Staatsaufbaus eines wiedervereinigten Deutschlands entscheidend sein.

Für die deutschlandpolitische Linie von Streibl bleibt somit zusammenfassend festzustellen, dass sich dieser in diesem Politikfeld bewusst auf eine Kontinuität zur Position von Strauß gestellt hat. Dabei berief er sich, wie sein Vorgänger, auf die Erfolge seiner Partei, die diese insbesondere durch die Verfassungsklage gegen den Grundlagenvertrag 1973 und die Erfolge im Bereich der menschlichen Erleichterungen für die Menschen in der DDR seit 1983 erreicht hatte. Zudem wird deutlich, dass die Deutschlandpolitik für Streibl zunächst eine, wenn auch gewichtige, Nebenrolle spielte, was unter anderem dem Umstand geschuldet sein dürfte, dass er, im Gegensatz zu seinem Vorgänger, ein geborener Landespolitiker war, für den das bundespolitische Parkett Bonns weitgehend Neuland darstellte, während Strauß vor der Übernahme des Amtes des bayerischen Ministerpräsidenten fast 30 Jahre dem Deutschen Bundestag angehört hatte und in dieser Zeit mehreren Bundesministerien vorgestanden war.

Die Nachfolge von Strauß an der Parteispitze stand unter ähnlichen Vorzeichen wie die in der Funktion des Ministerpräsidenten, dass hier aus politischen Gründen eine möglichst schnelle Nachfolgeregelung getroffen werden musste, wenngleich bei der Besetzung des Vorsitzes keiner der beiden möglichen Kandidaten das Heft des

---

<sup>767</sup> Vgl. BayHStA, NL Streibl, Nr. 254, darin: Stichworte zum Fototermin des Bayerischen Ministerpräsidenten mit dem Präsidium der Sudetendeutschen Landsmannschaft am 28. Oktober 1988, S. 2

<sup>768</sup> Vgl. BayHStA, NL Streibl, Nr. 265, darin: Redemanuskript des Bayerischen Ministerpräsidenten Max Streibl für den CSU Parteitag am 19. November 1988, S. 36a-39b; darin auch: Tonbandmitschrift der Rede von Streibl. Die Rede findet sich auch im ACSP: Vgl. ACSP, PT 19881119, Nr. 27, darin: Mitschrift der Rede des Bayerischen Ministerpräsidenten Max Streibl.

<sup>769</sup> Vgl. Streibl: Bayern – Heimat in Deutschland, S. 12

<sup>770</sup> Vgl. Krauss: Max Streibl, S. 173 und 179. Auch in der Rede anlässlich des 40jährigen Bestehens der Bundesrepublik nannte er Europa als die neue Herausforderung. Vgl. Streibl: Bayern – Heimat in Deutschland, S. 18/19

Handelns in der gleichen Weise wie Streibl beim Amt des Ministerpräsidenten übernehmen konnte. Eine Trennung der beiden Ämter, Ministerpräsident und Parteivorsitz, war dabei praktisch von Beginn an allseits gewünscht. Als mögliche Kandidaten standen dabei neben dem bereits als Ministerpräsident-Aspirant geltenden Tandler der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Theo Waigel, zur Verfügung. Ausschlaggebend für die Entscheidung zugunsten des aus Schwaben stammenden ehemaligen JU-Landesvorsitzenden Waigel waren mehrere Gründe: So konnte dieser auf einen großen Zuspruch der Parteibasis verweisen und es war ihm gelungen, alle Bezirksverbände mit Ausnahme des Bezirks Oberbayern, hinter sich zu scharen. Zudem erhoffte man sich durch eine Wahl des Landesgruppenvorsitzenden an die Parteispitze ein deutlicheres Signal für den bundespolitischen Anspruch der Partei. Auch der Umstand, dass die Spitzenpolitiker der CSU in der damals für die Partei prekären Lage möglichst eine einvernehmliche Lösung herbeizuführen wünschten, dürfte Waigel in die Karten gespielt haben, so dass sich schließlich der Parteivorstand ohne Gegenrede für den Landesgruppenchef aussprach.<sup>771</sup> Dabei wirkte sich die Deutschlandpolitik und deren künftiges Gewicht im Kurs der CSU für Waigel ebenfalls günstig aus: Da mit Max Streibl ein Landespolitiker das Amt des Ministerpräsidenten bekleidete, war die Besetzung des Parteivorsitzes mit dem Bundespolitiker Waigel insofern wichtig und notwendig, damit die CSU ihr Engagement auf dem Feld der Deutschlandpolitik fortführen konnte.

Die Parteitagsdelegierten schenkten dem Vorschlag des Parteivorstandes folgend Theo Waigel mit einem Ergebnis von über 98,3 Prozent das Vertrauen.<sup>772</sup> Der neue Ministerpräsident Streibl hatte sich im Zuge seiner Wahl an die Spitze der bayerischen Regierung für eine Trennung beider Ämter ausgesprochen.<sup>773</sup>

Bei seiner ersten Rede als Parteivorsitzender machte Waigel deutlich, dass er in der Frage der Deutschlandpolitik auf Kontinuität setzen wollte:

---

<sup>771</sup> Vgl. Kießling: Die CSU, S. 155-160. Andreas Kießling gibt hier eine detaillierte Darstellung der unterschiedlichen Positionen der damals führenden CSU-Politiker, die er mit Aussagen aus Zeitzeugeninterviews belegt. Vgl. ebenda, S. 155-160. Friedrich Zimmermann nennt in seinen Erinnerungen vier mögliche Kandidaten: Stoiber, Streibl, Tandler und Waigel. Vgl. Zimmermann: Kabinetttstücke, S. 333. Vgl. auch Glück: Von Strauß über die Wiedervereinigung zum Euro, S. 52. Theo Waigel selbst nennt unter anderem Friedrich Zimmermann als einen der ersten, der ihn als möglichen Kandidaten in die Diskussion um den Parteivorsitz brachte. Vgl. Waigel: Gemeinsame Wegmarken, S. 43/44. Ferner dürfte auch für Waigel gesprochen haben, dass er als Parteivorsitzender in Bonn, am Sitz der Bundesregierung war. Vgl. Bötsch: Dr. Theo Waigel, S. 26. Vgl. hierzu auch die Analyse von Kießling: Erfolgsfaktoren der CSU, S. 384/385

<sup>772</sup> Vgl. Kießling: Die CSU, S. 159; vgl. auch ACSP, PT 19881119, Nr. 28, darin: Wahl von Theo Waigel zum Parteivorsitzenden; vgl. ebenso Hanns-Seidel-Stiftung: Geschichte einer Volkspartei, S. 688

<sup>773</sup> Vgl. Kock: Der Bayerische Landtag, S. 299

„Es besteht für uns überhaupt kein Anlass, von unserer deutschlandpolitischen Konzeption abzuweichen, wie sie vom Grundgesetz vorgezeichnet ist, durch das Bundesverfassungsgericht bestätigt wurde und im praktischen Miteinander zu Fortschritten geführt hat. Wir halten ohne Wenn und Aber an unseren deutschlandpolitischen Rechtspositionen, also am Offenhalten der deutschen Frage, am Wiedervereinigungsgebot, an der Staatsangehörigkeit und am Willen zur Einheit der Nation fest. Auf dieser Grundlage nutzen wir die Spielräume, um im Interesse der Menschen beider deutscher Staaten zu einem erträglichen Miteinander zu kommen.

Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes ist keine Lebenslüge der deutschen Nation, sondern ein politischer, verfassungsrechtlicher und historischer Auftrag. [...] Unser Auftrag lautet vielmehr Wiedervereinigung in Freiheit.“<sup>774</sup>

Zudem verwies der frischgewählte CSU-Vorsitzende darauf, dass zur weiteren Gestaltung der Deutschlandpolitik eine Betonung der kulturellen und historischen Identität, auch über den Eisernen Vorhang hinaus, eine wichtige Komponente darstellen, die die Einheit der Nation erhalten sollte.<sup>775</sup> Anhand der Parteitagrede von Waigel wird deutlich, dass der Deutschlandpolitik weiterhin eine zentrale Rolle mit entsprechender Bedeutung für die CSU zukommen sollte.

Vor Waigel hatte sich Ministerpräsident Streibl in seiner Rede zur Deutschlandpolitik geäußert und dabei die Kontinuität der Linie seiner Partei betont.<sup>776</sup> Ebenso auf dem kleinen Parteitag Anfang des Jahres 1989 bekräftigte Waigel die deutschlandpolitische Linie der CSU, in dem er nicht nur das Festhalten seiner Partei am Wiedervereinigungsgebot untermauerte, sondern zugleich einem möglichen deutschen Sonderweg im Zuge eines wiedervereinigten Deutschlands als Staat zwischen den Systemen eine klare Absage erteilte, wie er vom Spitzenkandidaten der SPD, Oskar Lafontaine und den Grünen vertreten wurde.<sup>777</sup>

Mit Blick auf die Nachbesetzung der beiden Spitzenämter von Strauß als bayerischer Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender kann man sich dem Urteil von Andreas Kießling anschließen, wenn dieser bemerkt, dass alle Befürchtungen eines Macht- und Bedeutungsverlusts der CSU nach dem Tod von Strauß nicht eintraten, wobei der

---

<sup>774</sup> ACSP, PT 19881119, Nr. 27, darin: Redemanuskript des Parteivorsitzenden Theo Waigel, S. 35

<sup>775</sup> Vgl. ebenda, S. 36

<sup>776</sup> Vgl. ebenda, darin: Mitschrift der Rede des Bayerischen Ministerpräsidenten Max Streibl, Band VII, S. 2.

<sup>777</sup> Vgl. ebenda, PA 19890217, Nr. 6, darin Redemanuskript des Parteivorsitzenden Theo Waigel, S. 21/22. Zur Haltung der SPD und der Grünen bezüglich dem Einigungsprozess siehe die ausführliche Darstellung von Wolfgang Jäger. Vgl. Jäger: Überwindung der Teilung, S. 141-195

Erfolg wohl auch dem äußeren Druck zu einer schnellen und einvernehmlichen Lösung der beiden personellen Besetzungen geschuldet war.<sup>778</sup> Den neuen führenden Köpfen der Partei war es schnell gelungen, die Zügel in die Hand zu nehmen.<sup>779</sup> So spricht der langjährige Strauß-Vertraute und neue bayerische Innenminister Edmund Stoiber in seinen Erinnerungen davon, dass die Nachfolge durch Streibl im Amt des Ministerpräsidenten und von Waigel als Parteichef wie selbstverständlich vonstattengegangen sei.<sup>780</sup> Die teilweise erwarteten Diadochenkämpfe zwischen den potentiellen Nachfolgern von Strauß blieben aus.<sup>781</sup> Mit der Wahl des Landesgruppenvorsitzenden im Deutschen Bundestag zum Parteivorsitzenden knüpfte man an die Konstellation an, die es zu Beginn der Amtszeit von Franz Josef Strauß als Vorsitzender der CSU in den 1960ern gegeben hatte.<sup>782</sup>

Insgesamt erwies sich die CSU in der Krise nach dem Tod von Strauß damit als äußerst handlungsfähig. Was die deutschlandpolitische Position angeht, so ist festzustellen, dass diese sich durch den personellen Wechsel in den Spitzenämtern keine Änderungen ergaben, sondern auf Kontinuität gesetzt wurde. Mit Blick auf die künftige Ausrichtung der CSU in diesem Politikfeld stellte die Wahl des Bundespolitikers Waigel als Vorsitzenden wohl einen richtigen und bedeutenden Schritt dar, der zudem mit der Kabinettsumbildung 1989 in eines der Schlüsselresorts in Bonn wechselte. Dabei ist aber auch festzustellen, dass Waigel zunächst der Hauptprotagonist der CSU auf dem Feld der Deutschlandpolitik wurde, während sie für Streibl vorerst lediglich eine Nebenrolle darstellte. Mit Beginn der Umbruchphase der Jahre 1989/90 wuchs jedoch die Bedeutung der Deutschlandpolitik für die Staatsregierung, so dass sich auch Streibl stark in diesem Bereich engagierte, wie die nachfolgenden Kapitel belegen werden.

#### *4.1.2 Die Umbildung des Bundeskabinetts 1989 und die CSU*

Nachdem die Nachfolge von Franz Josef Strauß in den Ämtern als bayerischer Ministerpräsident und Parteivorsitzender 1988 für viele Beobachter überraschend schnell und ohne große Verwerfungen geregelt werden konnte, ergab sich im Jahr 1988 eine erneute personelle Weichenstellung, die für die CSU im Einigungsprozess von Bedeutung sein sollte.

---

<sup>778</sup> Vgl. Kießling: Die CSU, S. 160

<sup>779</sup> Vgl. Krieger: Franz Josef Strauß und die zweite Epoche in der Geschichte der CSU, S. 193

<sup>780</sup> Vgl. Stoiber: Weil die Welt sich ändert, S. 95

<sup>781</sup> Vgl. Leersch: Die CSU, S. 21

<sup>782</sup> Vgl. Kraus: Geschichte Bayerns, S. 767

Ausgangspunkt für die Umbildung des Bundeskabinetts bildeten die Landtagswahl in Berlin sowie die Kommunalwahlen in Hessen, bei denen die CDU deutliche Verluste hinnehmen musste.<sup>783</sup> Hinzu trat der Führungsstreit innerhalb der CDU zwischen Bundeskanzler und Parteivorsitzenden Helmut Kohl auf der einen und CDU-Generalsekretär Heiner Geißler auf der anderen Seite. Der drohte, nicht nur die Regierungskoalition, sondern auch die CSU zu erfassen, wobei sich die bayerische Unionspartei mit ihrem Vorsitzenden Waigel klar an die Seite des Bundeskanzlers stellte.<sup>784</sup>

Einen Ansatz zur Lösung der vertrackten Situation sah Kohl darin, das Bundeskabinett strukturell umzubilden und dabei zugleich den Vorsitzenden der bayerischen Schwesterpartei, Theo Waigel, in das Kabinett zu integrieren, was diesen zugleich in die Kabinettsdisziplin einband.<sup>785</sup> Entsprechende Stimmen, die einen Eintritt Waigels in das Bundeskabinett forderten, waren bereits zuvor laut geworden.

Das für die CSU entscheidende Gespräch fand, den Erinnerungen des bisherigen Bundesinnenministers Zimmermann folgend, zwischen Streibl, Waigel, den Staatsministern Tandler und Stoiber, Landtagspräsidenten Heubl, dem CSU-Generalsekretär Erwin Huber, Landtagsfraktionsvorsitzenden Alois Glück und Zimmermann in den Räumen der Bayernwerk AG in München statt. Dabei einigte man sich, laut dem damaligen Bundesinnenminister, zum einen Kohl, weiterhin im CDU-internen Machtkampf gegen den CDU-Generalsekretär Heiner Geißler und dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth zu unterstützen, zum anderen, dass Waigel in das Bundeskabinett als Finanzminister eintreten sollte. Zimmermann hatte demnach die Wahl zwischen dem Wechsel zurück an die Spitze der CSU-Landesgruppe oder den beiden Ministerien für Entwicklungshilfe und Verkehr, wobei er sich für letzteres entschied.<sup>786</sup>

Waigel konnte damit mit Sicherheit auch im Kräftespiel mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Streibl eine Stärkung seiner Position erfahren, da er durch seinen Aufstieg zum Bundesminister eine Aufwertung erfuhr.<sup>787</sup> Damit wurde zudem die

---

<sup>783</sup> Vgl. Kießling: Die CSU, S. 161. Auf die stabilisierende Wirkung für die Regierung Kohl durch den Eintritt Theo Waigels ins Kabinett weist auch Edmund Stoiber hin. Vgl. Stoiber: Weil die Welt sich ändert, S. 124

<sup>784</sup> Vgl. Kießling: Die CSU, S. 161-166; vgl. auch Müller: Schwierige Machtverhältnisse, S. 100/101

<sup>785</sup> Vgl. ebenda, S. 100

<sup>786</sup> Vgl. Zimmermann: Kabinettstücke, S. 303-305

<sup>787</sup> Vgl. Leersch: Die CSU, S. 21. Nachfolger Waigels in seiner Funktion als Vorsitzender der CSU-Landesgruppe und erster stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion wurde Wolfgang Bötsch. Vgl. Küsters: Kanzlerfraktion unter Alfred Dregger, S. 168

Deutschlandpolitik der CSU dahingehend aufgewertet, da deren Protagonist Waigel, im innerparteilichen Kräftespiel gestärkt wurde und zugleich als Mitglied der Bundesregierung mehr Einfluss auf den Kurs der Regierungskoalition nehmen konnte. Die Kehrseite des Eintritts des CSU-Vorsitzenden in das Kabinett Kohls war die Aufgabe der Freiheit, bundespolitisch weitgehend unabhängig agieren zu können, da Waigel damit, wie bereits erwähnt, in die Kabinettsdisziplin integriert wurde.<sup>788</sup>

Zugleich erreichte Kohl durch die Ernennung des CSU-Abgeordneten Jonny Klein zum Bundesminister für besondere Aufgaben mit der Zuständigkeit eines Regierungssprechers die Verantwortlichkeit der Schwesterpartei für die Öffentlichkeitsarbeit der Regierung.<sup>789</sup>

Damit stellt die CSU ab dem 21. April 1989 neben ihrem Vorsitzenden als Bundesminister der Finanzen, mit Friedrich Zimmermann als Verkehrsminister, Ignaz Kiechle als Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Gerda Hasselfeldt als Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Jürgen Warnke für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Jonny Klein als Minister für besondere Aufgaben erstmals sechs Mitglieder des Bundeskabinetts, was den Einfluss der Partei am Bonner Kabinetttisch verstärkte.<sup>790</sup> So betrachtet hatte die CSU nach dem Tod von Strauß numerisch gesehen an Einfluss am Bonner Kabinetttisch gewonnen. Zu diesem Fazit kam auch Max Streibl, der in seiner Rede anlässlich der Herbstklausurtagung der CSU-Landtagsfraktion in Kloster Banz dazu bemerkte, dass das Gewicht der CSU in der Bundesregierung gestärkt worden sei.<sup>791</sup> Diese Stärkung des Gewichts innerhalb der Bonner Regierung verbesserte gleichzeitig die Einflussmöglichkeiten der CSU auf den deutschlandpolitischen Kurs der Regierungskoalition im Bund.

Kurz darauf erlitt die Partei einen Dämpfer: Bei den Europawahlen des Jahres 1989, die am 18. Juni stattfanden, erlitt die CSU eine empfindliche Niederlage: Erstmals seit 1966 erreichte die Partei bei einer Wahl weniger als die für sie schon beinahe obligatorische Marke von 50 Prozent der Wählerstimmen.<sup>792</sup> Umso schmerzlicher

---

<sup>788</sup> Vgl. Gast / Kranenpohl: Politische Führung in der CSU, S. 423/424

<sup>789</sup> Vgl. Kießling: Die CSU, S. 164/165

<sup>790</sup> Vgl. Oberreuter: Konkurrierende Kooperation, S. 329; vgl. auch Kießling, S. 165; vgl. ferner Minzel: Die Christlich Soziale Union in Bayern, S. 226. Der Auffassung von Kai Müller, die CSU hätte mit Ausnahme von Theo Waigel keine politischen Schwergewichte im Bonner Kabinett unterbringen können, ist in dieser Form nicht haltbar. Vgl. Müller: Schwierige Machtverhältnisse, S. 101/102

<sup>791</sup> Vgl. BayHStA, NL Streibl, Nr. 400, darin: Rede Ministerpräsident Streibl auf der Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion am 12. September 1989 in Banz, S. 10

<sup>792</sup> Vgl. Gelberg: Ausblick, S. 980

erschien dies, als die Republikaner im bayerischen Stammland der CSU mit 14,6 Prozent der Stimmen mehr als nur einen Achtungserfolg erzielen konnten.<sup>793</sup>

Mit der Umbildung des Bundeskabinetts kam es jedoch nicht nur zu einer zahlenmäßigen Aufwertung der CSU in der Regierung und zu einer Einbindung von Waigel in die Kabinettsdisziplin. Der CSU-Vorsitzende besetzte ab April 1989 mit dem Finanzministerium eines der Schlüsselresorts, die eine zentrale Rolle im Einigungsprozess spielen sollten, was freilich zum Zeitpunkt der Regierungsumbildung nicht absehbar gewesen war.

#### *4.1.3 Die Position der CSU im vereinten Deutschland*

Die sich ab 1989 abzeichnende Chance zur Wiedervereinigung Deutschlands hatte zwangsläufig auch strukturelle Auswirkungen auf die nur in Bayern existierende CSU und ihre Position im künftigen Parteienspektrum. Politisch gesehen stellte die Wende 1989/90 die CSU vor eine große Herausforderung, da sich die Vorzeichen ihres politischen Handelns verändert hatten. Bisher hatte sich die CSU als regionale Partei mit starker bundespolitischer Stoßkraft erwiesen.<sup>794</sup> So kommt der Passauer Politikwissenschaftler Heinrich Oberreuter zu dem Schluss, dass sich die Paradigmen mit der Vereinigung für die CSU grundlegend geändert hätten.<sup>795</sup> Die bisher bestehende Machtbalance zwischen den beiden Unionsparteien drohte durch die neue Situation ins Wanken zu geraten, zumal die CSU einen Gewichtsverlust sowohl im Bereich des Bundesrates als auch des Bundestages zu erwarten hatte.<sup>796</sup>

Gerade mit Blick auf den Einfluss und das Gewicht der CSU im Bundestag sollte sich die Einigung Deutschlands als für die CSU nachteilig erweisen. Hatte sie seit den 1950er Jahren einen bundesweiten Stimmenanteil zwischen 9 und 10 Prozent, kam sie nach bei den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen des Jahres 1990 auf nur mehr 7,1 Prozent der Stimmen.<sup>797</sup> Damit fand sie sich im Gesamtergebnis als drittstärkste Koalitionspartei deutlich hinter der FDP und hatte damit ihr erklärtes Wahlziel, die bisherige Position als zweitstärkste Kraft der Regierungskoalition zu verteidigen,

---

<sup>793</sup> Vgl. Rowold / Immerfall: Im Schatten der Macht, S. 389; vgl. auch Leersch: Die CSU, S. 23

<sup>794</sup> Vgl. Mintzel: Die Christlich-Soziale Union in Bayern, S. 257

<sup>795</sup> Vgl. Oberreuter: Konkurrierende Kooperation, S. 326/327. Auch die CSU hatte diese Situation erkannt, wie aus den Äußerungen ihres Generalsekretärs Erwin Huber hervorgeht. Vgl. Forbes: CSU – Beharrliche Streiterin für die deutsche Einheit, S. 55

<sup>796</sup> Vgl. Mintzel: Die Christlich-Soziale Union in Bayern, S. 258/259; vgl. auch Mintzel: Bayern und die CSU, 246/247

<sup>797</sup> Vgl. Oberreuter: Konkurrierende Kooperation, S. 325; vgl. auch Mintzel: Die Christlich-Soziale Union in Bayern, S. 259



verfehlt.<sup>798</sup> Somit ergab sich zugleich die Konstellation, dass in Bonn eine Regierungsbildung im wiedervereinigten Deutschland ohne die CSU rechnerisch möglich gewesen wäre.<sup>799</sup>

Der Einfluss im Bundesrat ließ in der Folge der Wiedervereinigung ebenfalls nach, was sich aus dem Gewicht der bayerischen Stimmen im Bundesrat ergab. Hatte Bayern in der bisherigen Bundesrepublik mit 11 Ländern und seinen bis dahin fünf Stimmen einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Entscheidungen der Länderkammer, die insgesamt 45 Sitze hatte, so schwächte sich dieser im wiedervereinigten Deutschland mit 16 Bundesländern zwangsläufig ab, woran sich durch die Erhöhung der Stimmenzahl Bayerns auf sechs Stimmen nur wenig änderte, da die Zahl der Sitze der Ländervertretung auf 68 anwuchs.<sup>800</sup> Im Zusammenhang damit ist zu sehen, dass es hierbei im Zuge der Verhandlungen um die neue Zusammensetzung der Länderkammer unterschiedliche Ansätze gab: Während die großen Länder eine stärkere Berücksichtigung der Einwohnerzahlen bei der Verteilung der Stimmen forderten, gelang es den kleinen Bundesländern unter der Führung des Saarlandes, dass es lediglich zu einer minimalen Erhöhung der Stimmenzahl der größeren Länder kam. Auf der Grundlage dieses Kompromisses erhielten alle Länder mit mehr als sieben Millionen Einwohner je sechs Stimmen im Bundesrat und verfügen somit gemeinsam über 24 Stimmen, was einer Sperrminorität bei Verfassungsänderungen gleichkommt.<sup>801</sup>

Ministerpräsident Streibl hatte sich in diesem Zusammenhang mehrfach für eine Neuordnung der Stimmenzahlen der Länder im Bundesrat eingesetzt. So übermittelte er mit Schreiben vom 17. Juli 1990 an Bundeskanzler Kohl einen Vorschlag Bayerns, der eine Erhöhung der Gesamtsitze des Bundesrates auf 78 vorgesehen hätte, wobei die vier größten Bundesländer jeweils sieben Stimmen erhalten hätten.<sup>802</sup>

Der Führung der CSU war diese Entwicklung seit Beginn des Einsetzens des Umbruchs in der DDR, spätestens nach der zunehmend rasanten Entwicklung hin zu

---

<sup>798</sup> Vgl. ebenda, S. 259; vgl. auch Oberreuter: Konkurrerende Kooperation, S. 326/327. Zu den genauen Ergebnissen in Prozent siehe die Tabellen bei Oberreuter. Vgl. ebenda, S. 325/326

<sup>799</sup> Vgl. Leersch: Die CSU, S. 26

<sup>800</sup> Vgl. Gelberg: Ausblick, S. 982; vgl. auch Ress: Grundgesetz, S. 408/409

<sup>801</sup> Vgl. Sturm: Föderalismus in Deutschland, S. 30/31; vgl. auch Funk: Kleine Geschichte des Föderalismus, S. 356. Eine Gesamtübersicht findet sich bei Laufer und Münch. Vgl. Laufer / Münch: Des Förderale System, S. 89

<sup>802</sup> Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik – Deutsche Einheit, Nr. 358 und Nr. 358 A, S. 1377/1378. Siehe dazu auch Redemanuskript Streibls zur Bundesratssitzung anlässlich der Einbringung der Neuverteilung der Länderstimmen. Vgl. BayHStA, NL Streibl, Nr. 625, darin: Rede Ministerpräsident Max Streibl anlässlich der Bundesratsinitiative zu Art. 51 Abs. 2 Grundgesetz – Neuverteilung der Länderstimmen – am 24. August 1990.

einer Einigung beider deutscher Staaten bewusst geworden. Entsprechend äußerte sich der CSU-Vorsitzende Theo Waigel in seiner Eröffnungsrede zum Parteitag am 13. Juli 1990, in der er einen eigenen Abschnitt der Frage des politischen Gewichts widmet:

„Die sich abzeichnende Wiedervereinigung hat gravierende Rückwirkungen auf das Gefüge und die Strategie unserer Parteienlandschaft. Mit den ersten gesamtdeutschen Wahlen werden die parteipolitischen Karten in Deutschland neu gemischt.

Für die CSU, die bekanntlich nur in Bayern kandidiert, jedoch bundespolitische Ansprüche erhebt, sind damit besondere Herausforderungen verbunden. Diese bestehen, wie es ein kluger Journalist jüngst treffend formuliert hat, in folgendem Punkt: Deutschland wird größer, Bayern jedoch nicht.

Ein relatives Zurückgehen des Stimmengewichts der CSU wird jedoch nicht zu einer Einbuße an politischen Gestaltungsmöglichkeiten im künftigen Gesamtdeutschland führen. Dies wird vielmehr von unserer sachlichen Arbeit und vom politischen Durchsetzungsvermögen der maßgeblichen CSU-Politiker abhängen.“<sup>803</sup>

Zu einem ähnlichen Ergebnis über die künftige Rolle Bayerns und dessen politischen Gewichts im wiedervereinigten Deutschland kam Ministerpräsident Streibl in seiner Ansprache anlässlich der Personalversammlung und Weihnachtsfeier der Bayerischen Staatskanzlei, in dem er auf die Gefahren der Einheit für den Einfluss des Freistaates hinwies. So vermerkt der Stichwortzettel für die Rede folgende Eckdaten:

„Risiken für unser Land:

- Verringerung des „spezifischen Gewichts“ in der Reihe der Länder der Bundesrepublik Deutschland.

Verhältnis der Fläche Bayern/Bund:

Vor dem 3.10.1990: 1: 3,6

Danach: 1: 5,3

Verhältnis der Einwohnerzahlen Bayern/Bund:

Vor dem 3.10.1990: 1: 5,7

Danach: 1: 7,3

- Ausgleich nur durch energisches Bewahren der Eigenständigkeit und Eigenstaatlichkeit Bayerns möglich“<sup>804</sup>

---

<sup>803</sup> ACSP, PT 19900713, Nr. 17, darin: Redemanuskript des CSU-Vorsitzenden Theo Waigel für seine Eröffnungsrede am 13. Juli 1990, S. 11/12; vgl. auch Mintzel: Die Christlich-Soziale Union in Bayern, S. 258

<sup>804</sup> BayHStA, NL Streibl, Nr. 713, darin: Stichpunkte zur Ansprache des Ministerpräsidenten Max Streibl bei der Personalversammlung/Weihnachtsfeier der Staatskanzlei am 17. Dezember 1990 im Kaisersaal der Residenz in München, S. 13/14

In dieselbe Richtung gingen die Ausführungen Waigels auf dem kleinen Parteitag am 29. Oktober 1990, bei dem sich die Partei nach der gewonnenen Landtagwahl vom 14. Oktober auf die anstehende erste gesamtdeutsche Bundestagswahl einstimmte. Dabei formulierte der CSU-Vorsitzende die Aussage des von ihm auf dem Parteitag im Juli 1990 zitierten Journalisten im Sinne der CSU um:

„Deutschland wird größer, Bayern bleibt stark. Wer daraus die Folgerung zieht, der politische Einfluss der CSU und damit die Durchsetzungsfähigkeit bayerischer Interessen in Bonn werde deshalb zwangsläufig abnehmen, der irrt sich gewaltig.

Inwieweit es uns gelingen wird, bayerische Interessen einzubringen und unsere politische Programmatik umzusetzen, hängt von unserem politischen Durchsetzungsvermögen in den zuständigen Gremien, also in Fraktion, Koalition und Kabinett ab und nicht so sehr von der genauen Zahl der Kabinettsmitglieder oder dem relativen Gewicht unserer Stimmen.“<sup>805</sup>

Anhand dieser beiden Ausführungen Waigels und Streibls wird die Problemstellung der CSU für ihre Zukunft in einem wiedervereinigten Deutschland deutlich. Zugleich zeigt insbesondere die zweite zitierte Rede, die Waigel auf dem kleinen Parteitag im Oktober 1990 hielt, eine Lösungsstrategie seiner Partei für die neue Situation, nämlich die Betonung, dass man den Einfluss der CSU nicht an der numerischen Zahl ihrer Stimmen in Regierung und Parlament, sondern an ihrem Durchsetzungsvermögen und ihren Erfolgen bei dem Einsatz für bayerische Interessen messen sollte.

Dennoch bleibt festzustellen, dass es zu einer neuen Situation für die CSU mit der Wiedervereinigung kam. Zwangsläufig schrumpfte – zumindest nummerisch gesehen – die Bedeutung der CSU auf der Bundesebene.<sup>806</sup> Gerade deshalb war der Sieg der bayerischen Unionspartei bei den Landtagswahlen des Jahres 1990, bei dem sie ihre Alleinregierung behaupten konnte, von größter Bedeutung, erwuchs aus dieser doch ein Großteil ihrer Machtbasis, auf der ihr bundespolitischer Einfluss fußt.<sup>807</sup> Zugleich bewies die bayerische Unionspartei mit ihrem Sieg bei der Landtagswahl 1990, dass sie auch ohne ihren Übervater Franz Josef Strauß in der Lage war, ihre absolute Mehrheit im Freistaat zu verteidigen.

---

<sup>805</sup> ACSP, PA 19901029, Nr. 2, darin: Rede des CSU-Vorsitzenden Theo Waigel, S. 4/5. Unter ein ähnliches Motto hatte die CSU auch ihr Wahlprogramm für die Landtagswahlen 1990 gestellt. Vgl. CSU-Landesleitung: Deutschland kommt. Bayern bleibt stark. Mit uns.

<sup>806</sup> Vgl. Kock / Treml: Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 492

<sup>807</sup> Vgl. Hirscher: Die Wahlergebnisse der CSU, S. 12

## 4.2. Die CSU und die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl 1990

### *4.2.1 Die Deutschlandpolitik im Wahlprogramm der CSU zur Bundestagswahl 1990*

Bei den ersten Gesamtdeutschen Bundestagswahlen, welche für den 2. Dezember 1990 anberaumt waren, war klar, dass das Thema Deutschlandpolitik und die Frage, wie es nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten weiter gehen sollte, von zentraler Bedeutung war. Dementsprechend breiter Raum wurde der Fragestellung im Wahlprogramm der CSU zu dieser ersten gesamtdeutschen Wahl eingeräumt, welches sie auf ihrem kleinen Parteitag im Oktober 1990 beschlossen hatte.<sup>808</sup>

Gerade die Präambel des CSU-Programms bezieht sich auf die Deutschlandpolitik und die Erfolge der bayerischen Unionspartei in der Vergangenheit und insbesondere der Phase vor der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990. So stellt die Programmschrift eingangs die Ausgangsposition für die ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen folgendermaßen fest:

„Die Freiheit hat über die Unfreiheit gesiegt. Kommunismus und Sozialismus sind gescheitert. Der Auftrag des Grundgesetzes ist erfüllt, die Einheit Deutschlands ist vollendet. [...]

Für uns, die CSU, war die deutsche Frage immer offen, stand sie immer auf der Tagesordnung der Politik.“<sup>809</sup>

Weiter bringt die Präambel die Verdienste der CSU um die Wiedervereinigung zum Ausdruck. So habe sich die CSU in schwierigen Zeiten stets zur Wahrnehmung der Verantwortung um die Einheit der Nation eingesetzt und das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes, wenn es sein musste, alleine verteidigt. Dabei habe man einen Wandel der Deutschlandpolitik auf eine bequeme, dem Zeitgeist entsprechende Auslegung stets abgelehnt. Als besondere Leistungen der CSU führt das Wahlprogramm die Einberufung der gesamtdeutschen Ministerpräsidentenkonferenz 1947 unter Ministerpräsident Hans Ehard und die von Franz Josef Strauß initiierte Klage gegen den Grundlagenvertrag, mit dem eine verbindliche Festlegung aller Verfassungsorgane auf das Wiedervereinigungsgebot erreicht worden sei, an. Gleichen Stellenwert räumt die Präambel des CSU-Wahlprogramms den Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der DDR sowie der Mitwirkung am

---

<sup>808</sup> Vgl. ACSP, PA 19901029, Nr. 2, darin: Heimat Bayern. Zukunft Deutschland. Mit uns. CSU. Programm der Christlich-Sozialen Union zur Bundestagswahl am 2. Dezember 1990

<sup>809</sup> CSU-Landesleitung: Heimat Bayern. Zukunft Deutschland. Mit uns. CSU, S. 1

Einigungsvertrag ein, bei denen der CSU-Vorsitzende Theo Waigel eine federführende Rolle spielte.<sup>810</sup>

Bei der anstehenden Wahl gehe es um die Sicherung des bei der Wiedervereinigung Erreichten. Dabei bediente sich die Partei der durchaus gängigen und in der Vergangenheit häufig genutzten, zum Teil sehr bildlichen und markigen Sprache, mit der dem Wähler gewissermaßen die Alternative zur derzeitigen Politik aufgezeigt wurde:

„Auch deshalb ist der 2. Dezember 1990 ein Entscheidungstermin über den Tag hinaus und von grundsätzlicher Bedeutung:

Auf der einen Seite steht die Soziale Marktwirtschaft, auf der anderen der Sozialismus, in welcher Färbung und Spielart auch immer.“<sup>811</sup>

Unter den 15 Punkten, welche das Programm aufzählt, finden sich unter anderem das Eintreten der CSU für föderale Ordnung in Deutschland und Europa, die Sicherung von Frieden und Freiheit durch Abrüstung und Rüstungskontrolle, jedoch bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Verteidigungsfreiheit sowie die Sicherung der sozialen Marktwirtschaft, die zugleich Wohlstand für alle Deutschen erzeugen soll.<sup>812</sup>

Des Weiteren führte das Programm die Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates im wiedervereinten Deutschland, besonders gegen radikale Tendenzen an.<sup>813</sup>

Das Starkmachen für eine moderne Infrastruktur- und Verkehrspolitik, insbesondere im Bereich der ehemaligen innerdeutschen Grenze, sowie schließlich die Bereitschaft zur Übernahme einer größeren, weltpolitischen Verantwortung durch das wiedervereinigte Deutschland komplettierten das Programm.<sup>814</sup>

Das Wahlprogramm der CSU zur Bundestagswahl 1990 stand damit in vielen Punkten im Gleichklang zum Landtagswahlprogramm, mit dem sie im Oktober 1990 zur Verteidigung ihrer Alleinherrschaft in Bayern angetreten war.<sup>815</sup> Dabei wurde in beiden Programmen bewusst die Entwicklung des Freistaates in die großen Zusammenhänge der deutschen und europäischen Politik gestellt, wie Ministerpräsident Streibl bereits im

---

<sup>810</sup> Vgl. ebenda, S. 1

<sup>811</sup> Ebenda, S. 3

<sup>812</sup> Vgl. ebenda, S. 9-13. Mit dem Aufgreifen der Forderung nach einer Stärkung des Föderalismus griff das Wahlprogramm zur Bundestagswahl zugleich eine der zentralen Forderungen der Ministerpräsidentenschaft von Max Streibl auf. Vgl. Krauss: Max Streibl, S. 173

<sup>813</sup> Vgl. CSU-Landesleitung: Heimat Bayern. Zukunft Deutschland. Mit uns. CSU, S. 14-22

<sup>814</sup> Vgl. ebenda, S. 34-40

<sup>815</sup> Vgl. CSU-Landesleitung: Deutschland kommt. Bayern bleibt stark. Mit uns. CSU.

Juni 1990 im Landesvorstand der CSU anlässlich der Vorstellung des Programms ausgeführt hatte.<sup>816</sup>

Insgesamt kann man mit Blick auf das Programm der CSU zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl sagen, dass es sich im Wesentlichen auf die schon bisherigen Themen der Partei berief und eingangs zugleich starken Bezug auf die Leistungen der Partei auf dem Feld der Deutschlandpolitik nahm, deren Erfolg aus Sicht der CSU die Wiedervereinigung war. Für die bayerische Unionspartei bedeutend war dabei insbesondere das Ziel der Stärkung des föderativen Elements innerhalb der Bundesrepublik, nicht zuletzt deshalb, weil sich hieraus die eigene Stärke der Partei ableitete. Mehrere der im Wahlprogramm aufgeführten Punkte zielten klar in die Richtung der Abschottung vom sozialistischen System der untergegangenen DDR. Zugleich übt es deutliche Kritik am Kurs der SPD im Einigungsprozess. Dadurch sollte einer möglichen Übernahme beziehungsweise dem Einfließen von Elementen des untergegangenen SED-Staates in das wiedervereinigte Deutschland eine klare Absage erteilt werden.

#### *4.2.2 Der Bundestagswahlkampf der CSU bei den Wahlen zum ersten gesamtdeutschen Bundestag 1990*

Bei der Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 ging es, wie bereits im Kapitel 4.2.1 angerissen, darum, ob sich Bundeskanzler Helmut Kohl mit seiner Regierung, bestehend aus CDU, CSU und FDP, behaupten konnte. Für die CSU ging es um die Sicherung ihrer Position und der Wahrung ihres Einflusses auf die Bundespolitik.

Nach dem enttäuschenden Ergebnis bei der Europawahl im Sommer 1989, bei der das gute Abschneiden der Republikaner alarmierend auf die bayerische Unionspartei gewirkt hatte, und den Stimmenverlusten bei den Kommunalwahlen im Frühjahr 1990 stand im Herbst 1990 neben der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl Landtagswahlen in Bayern an, die für die CSU von existenzieller Bedeutung waren.<sup>817</sup> Bei diesem bayerischen Urnengang am 14. Oktober 1990 konnte die CSU einen großen Erfolg verbuchen. Von vielen unerwartet war es der CSU unter ihrer neuen Doppelspitze Streibl und Waigel gelungen, einen deutlichen Wahlsieg einzufahren, bei dem sie mit 54,9 Prozent der Stimmen lediglich 0,9 Prozent im Vergleich zu ihrem Ergebnis bei der vorherigen Landtagswahl 1986 verloren hatte, während die SPD auf

---

<sup>816</sup> Vgl. BayHStA, NL Streibl, Nr. 574, darin: Statement Ministerpräsident Streibl auf der Sitzung des CSU Landesvorstandes am 25. Juni 1990, S. 1

<sup>817</sup> Vgl. Hartmann: Bayerns Weg, S. 599

ein bis dahin historisches Tief absackte.<sup>818</sup> Somit ist Andreas Kraus Recht zu geben, wenn er bezüglich der Wahlen zum Landtag 1990 feststellt, dass es bei dieser ersten Wahl nach dem Tod von Strauß zu keinen tiefgreifenden Änderungen kam.<sup>819</sup> Damit befand sich Max Streibl, wie Sylvia Krauss feststellt, auf dem Höhepunkt seiner politischen Laufbahn.<sup>820</sup> Für den Erfolg der CSU bei dieser Wahl waren mehrere Gründe ausschlaggebend: So wurde den Christ-Sozialen zum einen ein Kompetenzvorsprung im Bereich der Deutschland- und Wirtschaftspolitik eingeräumt, zum anderen kam die Tatsache, dass viele Menschen in Bayern die CSU als Garanten für einen unverminderten Einfluss Bayerns in einem größer gewordenen Deutschland einräumten.<sup>821</sup>

Eine erste interne Wahlanalyse, die im Nachlass von Wilhelm Vorndran überliefert ist, kam zu einem derartigen Ergebnis. So sei die Wahl vor allem eine Persönlichkeitswahl gewesen, bei der es um die Zustimmung zur Politik und der Person des Ministerpräsidenten Streibl gegangen sei. Zugleich habe man den Abwärtstrend stoppen und eine solide Basis für die anstehende Bundestagswahl schaffen können. Das Papier kommt zu dem Schluss, dass die Landtagswahl die CSU als einzige Volkspartei in Bayern bestätigt habe.<sup>822</sup>

Als zentralen und entscheidenden Punkt für den Sieg der CSU nannte das Papier wiederum das Agieren der Staatsregierung in der aktuellen politischen Entwicklung:

„Ausschlaggebend war die Landespolitik und die Reaktion des Herrn Ministerpräsidenten auf die deutschlandpolitischen Entwicklungen. Das Motto ‚Bayern stärken für Deutschland und Europa‘ hat das politische Empfinden in der Bevölkerung gut getroffen. Angesichts der Situation des Aufbruchs und Umbruchs, was immer mit einer gewissen Unsicherheit verbunden ist, hat die Bevölkerung die bewährten Kräfte gewählt, um die Stabilität in Bayern und das Gewicht Bayerns in Deutschland und Europa zu sichern.“<sup>823</sup>

Insgesamt war für die Landtagswahl die Strategie der CSU aufgegangen. Max Streibl wurde dann vom neuen Bayerischen Landtag am 24. Oktober 1990 in seinem Amt als Ministerpräsident bestätigt.<sup>824</sup>

---

<sup>818</sup> Vgl. Gelberg: Ausblick, S. 984; vgl. Kock: Der Bayerische Landtag, S. 322

<sup>819</sup> Vgl. Kraus: Geschichte Bayerns, S. 767

<sup>820</sup> Vgl. Krauss: Max Streibl, S. 174

<sup>821</sup> Vgl. Kock: Der Bayerische Landtag, S. 323; vgl. auch Gelberg: Ausblick, S. 985

<sup>822</sup> Vgl. BayHStA, NL Vorndran, Nr. XV.2, darin: Aktenvermerk zur Landtagswahl am 14. Oktober 1990 in Bayern A III 1, S. 2/3

<sup>823</sup> Ebenda, S. 4

<sup>824</sup> Vgl. Gelberg: Ausblick, S. 985. Zum Kabinett Streibl II vgl. ebenda, S. 985

Durch das positive Ergebnis bei der Landtagswahl konnte sich die CSU durchaus Hoffnungen auf ein gutes Abschneiden bei der im Dezember anstehenden Wahl zum deutschen Bundestag machen. Im Wahlkampf setzte man dabei ganz auf die im Wahlprogramm für die erste gesamtdeutsche Wahl festgelegten Punkte, mit denen man vor allem die Erfolge der CSU in diesem Bereich der Deutschlandpolitik unterstrich. So schrieb der damalige CSU-Generalsekretär Erwin Huber im Bayernkurier, die CSU stelle sich dem Votum der Wähler im Bewusstsein, dass sie einen wichtigen Beitrag zur Deutschlandpolitik geleistet habe und diesen auch weiterhin leisten werde.<sup>825</sup>

Entsprechend der Betonung der bisherigen Leistungen der CSU um die Lösung der deutschen Frage fiel auch die Rede von CSU-Landesgruppenvorsitzenden Wolfgang Bötsch am kleinen Parteitag Ende Oktober 1990 aus. Darin berief er sich auf die bisherigen Erfolge seiner Partei, deren Ziel von Anfang an der Sieg der Freiheit über Unfreiheit, Sozialismus und Kommunismus gewesen sei.<sup>826</sup> Dabei stellte Bötsch heraus, was aus seiner Sicht die zentrale Frage bei den anstehenden Wahlen sei:

„Am 2. Dezember entscheiden die Deutschen über die Fragen: Wie wollen wir unser vereintes Vaterland gestalten? Welche Aufgabe fällt Deutschland in einem zusammenwachsenden Europa zu? Dabei geht es um die geistigen und politischen Alternativen.

- Freiheit für Leistung und Kreativität, Solidarität und soziale Sicherheit sowie Wohlstand für alle!

Oder:

- Dirigismus und Planung – Umverteilung und Ausgrenzung sowie wirtschaftlicher Rückschritt. [...]

Deshalb muss am 2. Dezember eine klare Entscheidung für die Einheit und gegen Sozialismus fallen. Die CSU ist diese Partei der Freiheit und nur sie kann den bayerischen Einfluss, der sich in den letzten vier Jahrzehnten manches mal als segensreich herausstellte, auch in dem geeinten größeren Deutschland zu bewahren.“<sup>827</sup>

Demselben Argumentationsmuster folgte die Musterrede der CSU-Landesleitung, die für Kandidaten und Wahlkämpfer herausgegeben wurde. Diese betonte die bisherigen

---

<sup>825</sup> Vgl. Forbes: CSU – Beharrliche Kämpferin für die deutsche Einheit, S. 57

<sup>826</sup> Vgl. ACSP, PA 19901029, Nr. 2, darin: Rede des Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Wolfgang Bötsch, S. 7

<sup>827</sup> Ebenda, S. 8/9



Erfolge der CSU sowie die Vertretung bayerischer Interessen durch die CSU und stellte zugleich die Wahl unter das Motto Freiheit oder Sozialismus.<sup>828</sup>

Der oberfränkische Landtagsabgeordnete und Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Simon Nüssel, formulierte die zentralen Ziele bei der Abschlusskundgebung der CSU in seinem Heimatort Bad Berneck, wie folgt mit 10 Punkten:

- „1. Nur die Union ist in der Lage, das Zusammenwachsen Deutschlands mit Augenmaß, Realismus und Optimismus zu bewältigen.
2. Nur die Union ist in der Lage, weitblickend für Europa zu wirken und mit einer einflussreichen CSU das Gewicht der Regionen und deren Vielfalt zur Geltung zu bringen.
3. Nur die Union garantiert dafür, dass die Soziale Marktwirtschaft den Wohlstand in den alten Bundesländern erhält und die Menschen in den neuen Bundesländern allmählich an den gleichen Lebensstandard heranführt.
4. Nur die Union ist in der Lage, auf der einen Seite den neuen fünf Bundesländern Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, gleichzeitig aber mit Dr. Theo Waigel haushalterisch und vernünftig die Finanzen zu verwalten.
5. Nur die Union ist in der Lage, beim Asylrecht sowohl die Anliegen der wirklich politisch Verfolgten richtig einzuordnen als auch die Interessen der deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu berücksichtigen.
6. Nur die Union gewährleistet innere Sicherheit. [...]
7. Nur die Union betreibt Umweltpolitik mit Augenmaß und ohne Ideologie, grenzübergreifend, gemeinsam mit der Wirtschaft und nicht gegen sie.
8. Nur die Union steht für eine feste Einbindung ins westliche Bündnis, gleichzeitig für enge Zusammenarbeit mit den Ländern hinter dem ehemaligen Eisernen Vorhang, damit das Gleichgewicht des Schreckens von einem Frieden in Freiheit und ohne Angst abgelöst wird.
9. Nur die Union ist das entscheidende Bollwerk gegen sozialistische Experimente, die noch in vielen Köpfen von Unbelehrbaren innerhalb und außerhalb von PDS, SPD und Grünen herumspuken.

---

<sup>828</sup> Vgl. BayHStA, NL Vorndran, Nr. XV.3, darin: Musterrede für den Bundestagswahlkampf 1990: Bayern stark für Deutschland

10. Vor allem: Eine klare Mehrheit in Bayern, Mitsprache der CSU im Bundesrat genügen nicht. Wir brauchen eine starke CSU im neuen deutschen Parlament, damit die Stimme Bayerns unüberhörbar bleibt.“<sup>829</sup>

Mit dieser Strategie, der Betonung der Erfolge der CSU in der Vergangenheit, der Verwendung der markigen These, Freiheit oder Sozialismus, und schließlich dem deutlichen Herausstellen, dass die CSU die einzige Anwältin für die Vertretung der Interessen Bayerns sei, hatte sie schließlich Erfolg.

Bei der ersten gesamtdeutschen Wahl zum Bundestag errang die CSU in Bayern 51,9 Prozent der Stimmen, was ein leichtes Minus im Vergleich zur Wahl 1987 bedeutete. Auf den Gesamtanteil der Stimmen bundesweit war sie aufgrund der größeren Zahl der Wählerstimmen, wie schon in Kapitel 4.1.3 erwähnt, auf 7,1 Prozent zurückgefallen und trat damit, was die Anzahl der Sitze im Bundestag angeht, hinter die FDP, die nun nach der CDU zweitgrößte Koalitionspartei war.<sup>830</sup> Damit hatte sie ihr Ziel, ihre Position als zweitstärkste Kraft der Koalition zu behaupten, nicht erreicht.<sup>831</sup>

Mit Blick auf das Bundeskabinett sank die Zahl der Minister auf vier Vertreter der CSU. So vertraten im ersten gesamtdeutschen Kabinett Theo Waigel als Bundesminister der Finanzen, Ignaz Kiechle als Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Gerda Hasselfeldt, mit dem Ressort für Gesundheit und Carl-Dieter Spranger als Chef des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die bayerische Unionspartei.<sup>832</sup> Insgesamt bleibt trotz dieses Rückgangs der Stimmen festzustellen, dass der von vielen erwartete Einbruch und Absturz zu einem Landesverband der CDU ausblieb.

### 4.3 Die Politik des Freistaats Bayern in der Phase der Wende 1989/90

#### *4.3.1 Die Initiativen der Bayerischen Staatsregierung 1989/90*

Mit dem Beginn der Wende stand der Freistaat Bayern und seine Staatsregierung vor einer neuen, großen Aufgabe. Der plötzliche und in einer unheimlichen Geschwindigkeit und Dynamik ablaufende Zusammenbruch der DDR stellte die Regierung Streibl vor die Herausforderung, dieser Entwicklung von

---

<sup>829</sup> BayHStA, NL Nüssel, Nr. 64, darin: Rede des Staatsministers Simon Nüssel anlässlich der Wahlkampfabschlussveranstaltung am 26. Oktober 1990 in Bad Berneck, S.8-10

<sup>830</sup> Vgl. Oberreuter: *Konkurrierende Kooperation*, S. 325-327; Vgl. auch Gelberg: *Ausblick*, S. 985

<sup>831</sup> Vgl. Mintzel: *Die Christlich-Soziale Union in Bayern e. V.*, S. 259

<sup>832</sup> Vgl. Oberreuter: *Konkurrierende Kooperation*, S. 329

weltgeschichtlichem Rang entgegenzusteuern und einen möglichen Bedeutungs- und Einflussverlust des Freistaates abzumildern.<sup>833</sup>

Alle elf Länder der alten Bundesrepublik hatten nach dem Mauerfall Anfang November 1989 begonnen, Hilfen in unterschiedlicher Art zu organisieren. In diesem Zusammenhang kann von einem zeitweisen Wettlauf gerade der beiden süddeutschen Länder Bayern und Baden-Württemberg um Einfluss in der DDR gesprochen werden.<sup>834</sup>

Der Bedeutung des Mauerfalls war man sich seitens der Bayerischen Staatsregierung bewusst. Dies machte Ministerpräsident Streibl bereits am Tag nach dem Fall der Mauer in einem Interview deutlich. Dabei betonte er die Wichtigkeit des Ereignisses der vorangegangenen Nacht als ein Hinwegsetzen des Freiheitswillens der Menschen über die Mauer, was deutlich mache, dass die Menschen in der DDR keine Freiheiten, sondern die Freiheit an sich wollten.<sup>835</sup>

Zugleich formulierte Streibl einen Fünf-Punkte-Katalog mit den zentralen Forderungen der Bayerischen Staatsregierung an die DDR, welche er als Voraussetzung für eine Unterstützung der aktuellen Entwicklung in Ostdeutschland durch die Bayerische Staatsregierung nannte: So solle die DDR erstens die Freizügigkeit im Sinne von Reisefreiheit in beide Richtungen ermöglichen, zweitens die Öffnung weiterer Grenzübergänge an der innerdeutschen Grenze, drittens eine Verbesserung der Informationsmöglichkeiten in der DDR, also die freie Zugänglichkeit zu Zeitungen und Zeitschriften zur Erreichung und Sicherung einer wahrheitsgemäßen Berichterstattung, viertens die Schaffung der rechtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine umfassende wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten und schließlich fünftens eine Partnerschaft zwischen dem Freistaat Bayern und den angrenzenden Bezirken in Thüringen und Sachsen. Hier bevorzugte Streibl eine Partnerschaft mit den restituierten Ländern.<sup>836</sup>

Zudem widmete sich Max Streibl der deutschen Frage in seiner Regierungserklärung vom 14. November 1989.

Diese Regierungserklärung leitete Ministerpräsident Streibl mit markigen Worten ein, die auch zum Vokabular der folgenden Wahlkämpfe des Jahres 1990 passten:

---

<sup>833</sup> Vgl. Kraus: Geschichte Bayerns, S. 769

<sup>834</sup> Vgl. Leutner: Die politischen und wirtschaftlichen Initiativen des Freistaats Bayern, S. 3

<sup>835</sup> Vgl. BayHStA, NL Streibl, Nr. 1195, darin: Interview des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. h. c. Max Streibl zur deutschen Frage am 10. November 1989, S. 1

<sup>836</sup> Vgl. ebenda, S. 3/4

„Die historische Frage ‚Freiheit oder Sozialismus‘ ist entschieden. Der Sozialismus ist gescheitert. Der Wandel im Osten wurde herbeigeführt nicht durch eine Politik der Anpassung oder Anbiederung an das System des sogenannten realen Sozialismus. Er wurde herbeigeführt durch die Standhaftigkeit der Politik der westlichen Bündnis- und Wertegemeinschaft, durch die Konsequenz, mit der wir für unsere Positionen – auch Rechtspositionen – eingetreten sind, vor allem aber durch die Strahlkraft unserer freiheitlichen Ordnung.“<sup>837</sup>

Nach einer weiteren Darstellung der bisherigen deutschlandpolitischen Linie des Freistaates forderte Streibl das Angehen dringender Reformen in der DDR sowie freie Wahlen. Ebenso bezog sich der bayerische Ministerpräsident auf die Forderung nach einem föderalen Staatsaufbau, der auch auf die DDR angewandt werden sollte, weshalb er für die Wiederherstellung der bisherigen Länder in der DDR plädierte.<sup>838</sup>

Des Weiteren wiederholte Streibl die fünf Punkte, welche er in dem bereits genannten Interview vom 10. November 1989 dargelegt hatte.<sup>839</sup> Ganz im Geiste der Regierungserklärung fiel am folgenden Tag, den 15. November 1989, eine Rede Streibls bei einer Veranstaltung des CSU Kreisverbandes Schwandorf aus, in der er im Wesentlichen die Grundgedanken seiner Landtagsrede aufgriff.<sup>840</sup>

Der Schwerpunkt der bayerischen Hilfen und Unterstützungen für den Süden der DDR hatte, wie Roman Leuthner herausarbeitet, mehrere Gründe. So war neben der räumlichen Nähe und der direkten Nachbarschaft zu Bayern auch die Tatsache ausschlaggebend, dass der Freistaat das Land der Bundesrepublik mit den engsten Handelsbeziehungen zur DDR und insbesondere zu deren südlichen Raum war. Des Weiteren bestand in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg eine enge Verflechtung zwischen den Ländern Bayern, Thüringen, Sachsen und Böhmen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Kultur und es bestand in den südlichen Bezirken der DDR die dichteste Konzentration der Industrie, so dass hier der aussichtsreichste Markt erblickt wurde.<sup>841</sup>

---

<sup>837</sup> Bayerischer Landtag: Stenographische Berichte, vom 14. November 1989, S. 7748. Das originale Redemanuskript Streibls findet sich in dessen Nachlass. Vgl. BayHStA, NL Streibl, Nr. 453

<sup>838</sup> Vgl. Bayerischer Landtag: Stenographische Berichte, vom 14. November 1989, S. 7748/7749

<sup>839</sup> Vgl. ebenda, S. 7750/7751. Diese fünf Punkte nannte Streibl bereits in einem Interview am 10. November 1989. Vgl. BayHStA, NL Streibl, Nr. 1195, darin: Interview des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. h. c. Max Streibl zur deutschen Frage am 10. November 1989, S. 3/4

<sup>840</sup> Vgl. BayHStA, NL Streibl, Nr. 457, darin: Rede Ministerpräsident Streibl auf einer Veranstaltung des CSU Kreisverbandes Schwandorf am 15. November 1989, S. 9-11

<sup>841</sup> Vgl. Leuthner: Die politischen und wirtschaftlichen Initiativen des Freistaats Bayern, S. 29/30

Ministerpräsident Streibl zufolge sollte dieses Engagement des Freistaates Vorbildcharakter haben. So sollten auch andere Bundesländer diesem Beispiel der Partnerschaften folgen und sich dabei am Vorbild von Städtepartnerschaften orientieren. Zudem informierte Ministerpräsident Streibl über den Beschluss der Bayerischen Staatsregierung vom selben Tag, dass zur Unterstützung des wirtschaftlichen und politischen Neubeginns in der DDR ein Staatssekretärsausschuss unter Federführung der Staatskanzlei gegründet worden sei, der diese Arbeit koordinieren solle.<sup>842</sup>

Mit Blick auf die weitere Entwicklung forderte Streibl die Bundesregierung und die westlichen Partner dazu auf, für eine freiheitliche Entwicklung in der DDR und der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der dortigen Bürgerinnen und Bürger einzutreten. Dabei erteilte er einem möglichen deutschen Sonderweg in Europa eine klare Absage und berief sich auf die Westbindung der Bundesrepublik.<sup>843</sup>

In seiner nächsten Regierungserklärung vom 13. Dezember 1989 thematisierte Ministerpräsident Streibl erneut die deutschlandpolitischen Ansätze und Initiativen Bayerns im Zusammenhang mit den Veränderungen in der DDR. So betonte er, dass den Freistaat die sich aus dem beginnenden Umbruch ergebende Chance, aus seiner Randlage heraustreten zu können, nutzen wolle, weshalb im Nachtragshaushalt insgesamt 150 Millionen D-Mark für Maßnahmen im Bereich der Infrastruktur und Zusammenarbeit im Grenzraum Bayerns zur DDR investiert werden sollten.<sup>844</sup>

Des Weiteren verwies Streibl darauf, dass Bayern gemeinsam mit der DDR und dem Bund eine Verkehrskonferenz zur Abstimmung der Verbesserung der Infrastruktur anberaumen wolle, zudem solle im Bereich des Umweltschutzes verstärkt kooperiert werden. Der Ministerpräsident regte im Zusammenhang mit dieser Regierungserklärung auch eine Hilfe beim Aufbau von Verwaltungsstrukturen an und sprach dabei zugleich seinen Wunsch nach der Wiederherstellung der Länder der DDR an.<sup>845</sup>

---

<sup>842</sup> Vgl. Bayerischer Landtag: Stenographische Berichte, vom 14. November 1989, S. 7751. In diesem Kontext ist auch ein Schreiben des Präsidenten des Bayerischen Landkreisverbandes, Landrat Otto Neukum, vom 20. Dezember 1989 zu sehen, in dem er um die Unterstützung bei der Anbahnung von Landkreispartnerschaften mit Kreisen in der DDR bittet. Vgl. BayHStA, NL Vorndran, Nr. XII.1, darin: Schreiben von Landrat Otto Neukum an Staatssekretär Wilhelm Vorndran vom 20. Dezember 1989.

<sup>843</sup> Vgl. Bayerischer Landtag: Stenographische Berichte, vom 14. November 1989, S. 7751/7752

<sup>844</sup> Vgl. Bayerischer Landtag: Stenographische Berichte, vom 12. Dezember 1989, S. 7976. Das Manuskript der Regierungserklärung Streibls findet sich in dessen Nachlass. Vgl. BayHStA, NL Streibl, Nr. 475, darin: Regierungserklärung Ministerpräsident Streibl vom 12. Dezember 1989

<sup>845</sup> Vgl. Bayerischer Landtag: Stenographische Berichte, vom 12. Dezember 1989, S. 7977. Zur Wiederherstellung der Länder in der DDR siehe Jäger: Überwindung der Teilung, S. 461-469.

Neben weiteren Punkten der bereits angestoßenen gemeinsamen Projekte unter anderem im Bereich des Verkehrs verwies Max Streibl darauf, dass die deutsche Frage nur eingebettet in einem europäischen Kontext gelöst werden könne, und erinnerte nochmals an seinen Vorstoß zu einem Europa der Regionen.<sup>846</sup> Dabei plädierte er für einen föderalistischen Staatsaufbau für ein wiedervereinigtes Deutschland:

„Ein föderalistisch aufgebautes Gesamtdeutschland ist aufgrund unserer historischen Erfahrung dazu besser geeignet als ein zentralistischer Nationalstaat. Ein bundesstaatliches Deutschland, das auf diese Weise zu seiner nationalen Einheit gefunden hat, würde zu einem Gewinn für alle seine Nachbarn und für ganz Europa. Formen der Kooperation und Konföderation, wie sie der Bundeskanzler in seinem Zehn-Punkte-Plan vorgeschlagen hat, sind geeignete Schritte auf dem Weg zu diesem großen Zukunftsziel.“<sup>847</sup>

Damit präzisierte Streibl zum einen die in seiner ersten Regierungserklärung nach dem Fall der Mauer dargestellten Initiativen Bayerns und unterstrich zum anderen den klaren Willen der Bayerischen Staatsregierung und der CSU, Deutschland auch in Zukunft als föderalen Staat zu gestalten.

Mit der Regierungserklärung vom 14. November 1989 hatte Streibl die für ihn und die Bayerische Staatsregierung zentralen fünf Punkte für eine Unterstützung der DDR durch den Freistaat Bayern genannt. Der Staatssekretärsausschuss unter dem Vorsitz des Chefs der Bayerischen Staatskanzlei, Wilhelm Vorndran, nahm bereits drei Tage nach Streibls Regierungserklärung seine Tätigkeit auf.

In einer Stichwortsammlung für Staatssekretär Vorndran waren von der Staatskanzlei die zentralen Punkte und Zuständigkeiten zusammengefasst. Dieses Papier gliederte die anstehenden Aufgaben in der Frage der Unterstützung der DDR und ihrer Bürgerinnen und Bürger in drei große Themenkomplexe, jeweils nach ihrer Zuständigkeit. Dabei umfasste der Punkt I alle Fragen, die im Zuständigkeitsbereich Bayerns lagen, während der Punkt II a die Angelegenheiten in gemeinsamer Verantwortung des Bundes und der DDR aufzählte, die kurzfristig in Angriff genommen werden müssten. Punkt II b schließlich nannte die mittelfristigen Aufgaben, welche die Bundesrepublik gemeinsam mit der DDR angehen müsste.<sup>848</sup>

---

<sup>846</sup> Vgl. Bayerischer Landtag: Stenographische Berichte, vom 12. Dezember 1989, S. 7978

<sup>847</sup> Ebenda, S. 7978

<sup>848</sup> Vgl. BayHStA, NL Vorndran, Nr. XII. 4, darin: Stichworte für den Staatssekretärsausschuss am 17. November 1989. Die in diesem Papier der Staatskanzlei von Mitte November 1989 genannten Punkte decken sich weitgehend mit dem Ergebnis der Auswertung Roman Leuthners eines Interviews von Max

Zu den sieben Punkten, die das Papier der Zuständigkeit Bayerns zuordnete, nannte es das Begrüßungsgeld für Besucher samt der Bekämpfung des Missbrauchs, sprich dem Einschränken der unrechtmäßigen Mehrfachauszahlung, und der Bereitstellung von Haushaltsmitteln, die Festlegung von Ladenschlusszeiten an Wochenenden sowie dem Buß- und Bettag, die Hilfe für Rückkehrer, die Information für Übersiedler über das politische System der Bundesrepublik Deutschland und des Freistaat Bayern, die durch eine Broschüre und das Angebot von Seminaren erfolgen sollte. Des Weiteren wurden die Umwandlung der Informationsstellen an der innerdeutschen Grenze zu Begegnungsstätten, die Organisation eines DDR-Wirtschaftstages in Nürnberg sowie die Intensivierung der wechselseitigen Messebeteiligung bayerischer und DDR-Firmen genannt.<sup>849</sup>

Als kurzfristige, durch den Bund und die DDR zu erledigende Fragestellungen nannte das Papier die medizinische Hilfe an der deutsch-deutschen Grenze, den grenzüberschreitenden Kontakt zwischen Dienststellen, die Prüfung, welche Straßen sich für eine Öffnung als Übergänge der innerdeutschen Grenze eignen würden und schließlich die Frage der Klärung des Umweltschutzes, insbesondere der Emissionen im Bereich Blankenstein.<sup>850</sup>

Mittelfristig sollten laut dem Papier des Staatssekretärsausschusses der Bayerischen Staatsregierung insgesamt 17 Problembereiche angegangen werden. Dabei wurden insbesondere Themen der weiteren Vereinfachung des Reiseverkehrs, eine Verbesserung im Bereich der infrastrukturellen Verbindungen beider deutscher Staaten, eine Steigerung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umwelt- und Gewässerschutzes, eine Intensivierung der Kooperation im Bereich Schule, Sport und Gesundheit sowie der Abbau wirtschaftlicher Hemmnisse aufgeführt.<sup>851</sup>

Neben dem Angehen der genannten Probleme nutzte die Staatsregierung die Möglichkeit, die ersten Erfolge ihrer Aktivität gerade auch in den DDR-Medien darzustellen. So stellte Staatssekretär Vorndran unter anderem in einem Interview mit dem DDR-Radio Weimar die angegangenen Projekte der bayerischen Regierung dar und zeigte deren erste Erfolge auf.<sup>852</sup>

---

Streibl mit der Börsenzeitung vom 31. März 1990. Vgl. Leuthner: Die politischen und wirtschaftlichen Initiativen des Freistaats Bayern, S. 31

<sup>849</sup> Vgl. BayHStA, NL Vorndran, Nr. XII. 4, darin: Stichworte für den Staatssekretärsausschuss am 17. November 1989, S. 1

<sup>850</sup> Vgl. ebenda, S. 2

<sup>851</sup> Vgl. ebenda, S. 3/4

<sup>852</sup> Vgl. BayHStA, NL Vorndran, Nr. XII.4, darin: Interview mit dem Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Staatssekretär Dr. Wilhelm Vorndran mit dem DDR-Radio Weimar

Die Reaktion der Bayerischen Staatsregierung auf die Öffnung der innerdeutschen Grenze zeigte bald ihre Früchte, was auch ein Aktenvermerk der Staatskanzlei über ihre bisherigen DDR-Aktivitäten von Ende 1989 zeigt.<sup>853</sup> Gemäß diesem Papier habe Bayern zur Bewältigung des gestiegenen Besucherzustroms die Öffnung von elf Grenzübergängen für den Straßenverkehr, einen für den Omnibusverkehr sowie von 40 weiteren Übergängen für den Fuß- und Radverkehr erreicht; zudem seien mehrere Straßenverbindungen, unter anderem die Autobahn Hof-Plauen provisorisch ausgebaut worden.<sup>854</sup>

Im Bereich des Ladenschlusses habe man eine Verlängerung der Öffnungszeiten für die letzten Wochenenden im November 1989 ermöglicht, während man für die Auszahlung des Begrüßungsgeldes die kommunalen Auszahlungsstellen durch staatliche Behörden personell unterstützt und zudem den Rahmen der Haushaltsmittel des Landes für das Landesbegrüßungsgeld von 4,8 Millionen auf rund 60 Millionen D-Mark erhöht habe.<sup>855</sup>

Im Schienenverkehr zielten die Maßnahmen Bayerns auf eine Verbesserung der Verbindungen ab, unter anderem durch eine Verstärkung des bestehenden Verbindungsangebots sowie durch die Wiedereröffnung der Bahnverbindung zwischen Würzburg und Erfurt. Nach einer gemeinsamen Verkehrskonferenz unter der Federführung des bayerischen Innenministers Edmund Stoiber habe man sich mit den Vertretern der DDR über die künftige Fortentwicklung der Verbindungen abgestimmt. Eine Initiative des Freistaates wurde gestartet, mit der 1,5 Milliarden D-Mark für den Ausbau der Bundesstraßen im Grenzgebiet bereitgestellt werden sollen, Bayern selbst werde 200 Millionen D-Mark für den Ausbau des Staatsstraßennetzes in dem Bereich aufbringen. Eine gemeinsame Strukturkonferenz solle sich Anfang 1990 mit der neuen Rolle des Grenzlandes durch die Öffnung der Grenze befassen.<sup>856</sup>

Neben der Aufstockung der Mittel für finanzielle Hilfe für die DDR und den Ausbau der Infrastruktur im Grenzgebiet sowie der Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte stellte der Aufbau von Kontakten zu Bezirken der DDR ein wichtiges Element der DDR-Politik des Freistaats Bayern dar. Hier startete man, zurückgehend auf den Wunsch des Ministerpräsidenten Streibl nach einer Partnerschaft

---

<sup>853</sup> Vgl. BayHStA, NL Vorndran, Nr. XII.4, darin: Aktenvermerk über die bisherigen DDR-Aktivitäten der Staatsregierung, Aktenzeichen A III 7

<sup>854</sup> Vgl. ebenda, S. 1

<sup>855</sup> Vgl. ebenda, S. 1

<sup>856</sup> Vgl. ebenda, S. 2



Bayerns mit Thüringen und Sachsen, entsprechende Vorstöße, die in die Gründung von Regionalausschüssen und die Abstimmung im Bereich Verkehrsfragen mündeten.<sup>857</sup>

Neben diesen Maßnahmen sollte die politische Bildung für Besucher und Übersiedler aus der DDR durch die Landeszentrale forciert werden und eine Zusammenarbeit der Polizei im Grenzgebiet vorangetrieben werden.<sup>858</sup>

Der Ausschuss befasste sich ebenso mit den sozialen Folgen der Entwicklung in der DDR. In einem Aktenvermerk, der als Anlage zu einem Schreiben des bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung von Januar 1990 an den Staatssekretärsausschuss für DDR-Fragen gesandt wurde, wurde die aktuelle Situation geschildert und konkrete Problemfälle dargestellt.<sup>859</sup> Dabei kommt der Vermerk im Zusammenhang mit der Darstellung der aktuellen Situation zu dem Ergebnis, dass es seit dem Fall der Mauer im November 1989 zu einer grundlegenden Änderung der Situation gekommen sei; so gebe es seither statt eines Unrechts- ein Wohlstandsgefälle, welches eine Sogwirkung auf die Länder der Bundesrepublik auslösen würde.<sup>860</sup> Insbesondere die für die kommenden Monate dargestellte Prognose für einen damals aus Sicht der Bayerischen Staatsregierung zumindest möglichen Machterhalt des SED-Regimes nach den Volkskammerwahlen zeigte deutlich die Sorgen des Freistaates:

„Täglich kommen 1.000 bis 2.000 Übersiedler zu uns. Wären hochgerechnet auf das ganze Jahr 700.000. Großer Unsicherheitsfaktor nach der Wahl am 6.5.1990. Bleibt die SED an der Macht, ist mit 2 Mio. Übersiedlern sofort zu rechnen. In der DDR selbst große Angst der Bevölkerung; Wende noch nicht herbeigeführt. Leistungen an Übersiedler: Frage kann wahlentscheidend sein.“<sup>861</sup>

Gemäß diesem Ergebnis, dass die Leistungen an Übersiedler die Wahlen in der DDR entscheiden könnten, kam das Sozialministerium zu folgenden Grundpositionen, dass

---

<sup>857</sup> Vgl. ebenda, S. 3. Geschaffen wurden demnach ein Regionalausschuss Unterfranken-Suhl, Oberfranken-Gera sowie eine Arbeitsgruppe für Verkehrsfragen Oberfranken-Karl-Marx-Stadt. Vgl. ebenda, S. 3. Zu den Gesprächen von Staatssekretär Vorndran am 20. Dezember 1989 in Suhl und am 18. Januar 1990 in Gera existiert ein eigener Vermerk. Aus diesem geht hervor, dass bei beiden Gesprächen die Themen Verkehr, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Umwelt- und Naturschutz sowie Tourismus erörtert wurden. Vgl. BayHStA, NL Vorndran, Nr. XII.4, darin: Deutschlandpolitische Unterlagen; hier: Reisen des Herrn Staatssekretär nach Gera und Suhl, Aktenzeichen A III 7.

<sup>858</sup> Vgl. BayHStA, NL Vorndran, Nr. XII.4, darin: Aktenvermerk über die bisherigen DDR-Aktivitäten der Staatsregierung, Aktenzeichen A III 7, S. 4

<sup>859</sup> Vgl. BayHStA, NL Vorndran, Nr. XII.4, darin: Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung an die Bayerische Staatskanzlei vom 22. Januar 1990 sowie Aktenvermerk „Sozialpolitische Grundsatzfragen im Zusammenhang mit den Veränderungen in der DDR“, Aktenzeichen A 3/0491/90

<sup>860</sup> Vgl. BayHStA, NL Vorndran, Nr. XII.4, darin: Aktenvermerk „Sozialpolitische Grundsatzfragen im Zusammenhang mit den Veränderungen in der DDR“, Aktenzeichen A 3/0491/90, S. 1

<sup>861</sup> Ebenda, S. 1

zum einen die Anreize für eine Übersiedlung vermindert werden müssten, um der Sogwirkung entgegenzuwirken, weitere Hilfen im Bereich der Existenzsicherung weiterhin aber notwendig blieben und schließlich eine Verbesserung der Lebensverhältnisse in der DDR notwendig sei.<sup>862</sup>

Das Papier der Bayerischen Staatskanzlei verweist dabei auf die bereits gestrichenen Sonderleistungen des Freistaates Bayern, so der Abschaffung des Begrüßungsgeldes und der Transportkostenerstattung sowie der Lernhilfe-Förderung. Zudem könnten aus Sicht des Sozialministeriums Leistungen bei Aufnahme, das heißt Unterkunft und Verpflegung, Rückführungskosten bis zur Wohnung und die vorläufige Unterbringung gestrichen werden. Neben dieser Beschränkung regte der Vermerk zudem die Initiative Bayerns zur Streichung einiger Leistungen des Bundes an.<sup>863</sup>

Zugleich führte das Sozialministerium notwendigen Handlungsbedarf in den Bereichen Rentenversicherung, Gesundheitsabkommen und Krankenversicherung, dem Arbeitsmarkt und Kriegsopferversorgung an.<sup>864</sup>

Der mit den DDR-Fragen befasste Staatssekretärsausschuss der Staatsregierung setzte sich zudem mit den notwendigen Maßnahmen und dem Anpassungsbedarf im Rechts- und Verwaltungssystem für den Fall einer Wiedervereinigung auseinander. Dazu wären zwei wesentliche Phasen notwendig, wobei sich die erste Phase mit den Fragen der Herstellung der von der Bundesregierung angestrebten Währungs- und Wirtschaftsunion befasste.<sup>865</sup>

Die zweite Stufe sollte dann die notwendigen Anpassungen im Rechts- und Verwaltungsbereich darstellen, welche die Basis für eine politische Vereinigung beider deutschen Staaten sei. Hier nennt der Vermerk der Staatskanzlei folgende zentrale Punkte:

”

- Aufbau einer leistungsfähigen Verwaltung in allen Fachbereichen sowie einer rechtsstaatlichen Rechtspflege
- Übernahme wesentlicher Teile des bundesdeutschen Zivilrechts [...]
- Anpassung an das deutsche Steuerrecht, ergänzende steuerliche Erleichterungen
- Abbau bisheriger Vergünstigungen für DDR-Schulabgänger und Studenten

---

<sup>862</sup> Vgl. ebenda, S. 1

<sup>863</sup> Vgl. ebenda, S. 2/3

<sup>864</sup> Vgl. ebenda, S. 3-6

<sup>865</sup> Vgl. BayHStA, NL Vorndran, Nr. XII.4, darin: Aktenvermerk: Deutschlandpolitische Unterlagen – vordringlicher Anpassungsbedarf im Rechts- und Verwaltungssystem bei einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten, S. 1

- Übergangsregelungen für Umweltschutzanforderungen an bestehenden Anlagen
- Gewährleistung der kerntechnischen Sicherheit
- Sicherung einer adäquaten Gesundheitsversorgung
- Einführung und Sicherung der Tarifautonomie
- Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung
- Zusammenarbeit in der Stromversorgung
- Sonderverkehrsplan für die Wiederherstellung und den Ausbau der Verkehrsverbindungen mit der DDR
- Strukturanpassungen in der Medienlandschaft [...]
- Ungehinderter und wettbewerbskonformer Vertrieb von Presseerzeugnissen in der DDR; Presserecht<sup>866</sup>

Dazu bemerkte dieses Papier des Ministeriums, dass es sich bei diesen genannten Maßnahmen um Angelegenheiten handeln würde, die großteils in der Zuständigkeit des Bundes liegen würden, diese aber insbesondere mit Blick auf den Verwaltungsbereich von den jeweils zuständigen Landesministerien begleitet und um praktische Erfahrungen ergänzt werden müssten.<sup>867</sup>

Ein weiteres Themenfeld, mit dem sich der Ausschuss zu befassen hatte, war ein Gesamtkonzept zur Verwendung von Haushaltsmitteln. Ein entsprechender Vermerk der Staatskanzlei für Staatssekretär Vorndran machte dabei eingangs deutlich, dass die Hilfsmaßnahmen Bayerns vor allem die Beratung und den Austausch von Experten umfassen sollten, während investive Maßnahmen in der Zuständigkeit des Bundes lägen.<sup>868</sup> Darin wurden insgesamt fünf wesentliche Punkte aufgeführt, die die Unterstützungsmaßnahmen des Freistaates darstellten. So gehörten zu den Maßnahmen des Freistaates die Hilfe durch Fortbildung und Erfahrungsaustausch zur Schaffung einer leistungsfähigen und dezentralen Verwaltungsstruktur der Partnerländer in den DDR, die fachliche Beratungs- und Expertenhilfe bei wichtigen Sanierungsmaßnahmen, die Hilfe beim Aufbau mittelständischer Strukturen, die Stärkung der Brückenfunktion des Grenzlandes im Bereich der Infrastruktur sowie die Förderung der Kooperation im Bereich von Kultur und Wissenschaft.<sup>869</sup>

Dabei fasst der entsprechende Vermerk der Staatskanzlei die Stoßrichtung der bayerischen Hilfen wie folgt zusammen:

---

<sup>866</sup> Ebenda, S. 2

<sup>867</sup> Vgl. ebenda, S. 2/3

<sup>868</sup> Vgl. BayHStA, NL Vorndran, Nr. XII.4, darin: Aktenvermerk: Deutschlandpolitische Unterlagen; hier: Gesamtkonzept zur Verwendung der Haushaltsmittel, S. 1

<sup>869</sup> Vgl. ebenda, S. 1-3

„Alle Landesmaßnahmen sollen vordringlich an dezentrale Initiativen von Selbstverwaltungseinrichtungen und kommunalen Gebietskörperschaften anknüpfen und diese stärken. Es geht grundsätzlich um die Hilfe zur Selbsthilfe. Räumlich sollen die Maßnahmen auf die Partnerregionen Bayerns in den künftigen Ländern Sachsen und Thüringen konzentriert werden.“<sup>870</sup>

Zusammenfassend ist somit festzustellen, dass sich die Maßnahmen Bayerns zum einen am Subsidiaritätsprinzip und der Stärkung eines dezentralen Staatsaufbaus in mehreren Ebenen orientierten und zugleich ein Schwerpunkt auf die beiden späteren wiederhergestellten Länder Sachsen und Thüringen legten, welche dann auch die Hochburgen der von der CSU gestützten DSU darstellen sollten, auf welche im folgenden Kapitel 4.5 eingegangen wird.

In einer Art Zwischenbilanz, welche auf Anfang März 1990 zu datieren ist, stellt der Staatssekretärsausschuss seine Tätigkeit dar und gibt einen Überblick über bereits verwirklichte Maßnahmen. Hierbei werden bewusst die Erfolge des dezentralen Ansatzes betont. So gebe es gerade auf örtlicher Ebene zahlreiche Kontakte und Hilfen, gemischte Arbeitsgruppen auf Bezirksebene unter Hinzuziehung der Oppositionsgruppen sowie Kooperationen und Konferenzen wie die ARGE-Mitte zur Koordinierung von Arbeiten, eine Konferenz zum Thema „Straße und Schiene“ zur Schaffung eines Verkehrskonzepts für Nordbayern unter den Voraussetzungen der offenen Grenze sowie eine Strukturkonferenz. Des Weiteren strebe Bayern eine Partnerschaft auf Ebene der Länder mit Sachsen und Thüringen an.<sup>871</sup>

Im Bereich der finanziellen Hilfe seien im Nachtragshaushalt für 1990 Mittel in Höhe von 50 Millionen D-Mark sowie weitere 100 Millionen D-Mark als Verpflichtungsermächtigungen für die kommenden drei Jahre eingeplant, welche nach der Abstimmung eines Gesamtkonzepts mit dem Bund nach den Volkskammerwahlen ausgegeben werden könnten.<sup>872</sup>

Für Sofortmaßnahmen waren demnach 5 Millionen D-Mark bereits freigegeben, um erste Hilfsmaßnahmen zur Schaffung mittelständischer Strukturen sowie der Fortbildung im Bereich der Marktwirtschaft und Demokratie zu leisten. Hierbei nennt der Aktenvermerk unter anderem die Förderung allgemein-politischer Bildungsmaßnahmen, die Unterstützung der Industrie- und Handelskammern bei

---

<sup>870</sup> Ebenda, S. 3

<sup>871</sup> Vgl. BayHStA, NL Vorndran, Nr. XII.4, darin: Aktenvermerk: Deutschlandpolitische Unterlagen – bisherige Arbeit des Staatssekretärsausschusses für DDR-Fragen und verwirklichte Maßnahmen, S. 1/2

<sup>872</sup> Vgl. ebenda, S. 2

Initiativen zur Kooperation, Förderung von Fachgesprächen im Bereich des Gesundheitswesens, eine Verbesserung der Zusammenarbeit im Umweltschutz, Verwaltungshilfen, Zusammenarbeit im Bereich Kultur und Wissenschaft, Informationsaustausch auf dem Gebiet der Landwirtschaft sowie schließlich den gezielten Aufbau bisher unterbrochener Straßenverbindungen zwischen Ost und West an der bayerischen Grenze zur DDR.<sup>873</sup>

Eine der bedeutenden Initiativen der Bayerischen Staatsregierung stellte zweifellos die Entsendung von Beamten im Zuge der sogenannten Verwaltungshilfe dar. Dabei ging es um die Entsendung von Spitzenbeamten und zum Teil reaktivierten Ruhestandsbeamten im Expertenprogramm, die zur Unterstützung des Verwaltungsaufbaus in die Partnerländer Bayerns entsandt wurden, wobei ein Teil der Kosten durch den Freistaat gedeckt wurde.<sup>874</sup>

Der Umfang dieser personellen Hilfestellung für den Aufbau von demokratischen Verwaltungsstrukturen war sehr groß. So kommt Roman Leuthner in seiner Untersuchung zu dem Ergebnis, dass allein im Zeitraum zwischen Juli 1991 und Dezember 1992 insgesamt über 11.000 bayerische Landesbeamte in die beiden ostdeutschen Partnerländer Sachsen und Thüringen entsandt worden sind.<sup>875</sup>

Im Kontext der personellen Hilfe ist auch die Schaffung eines adäquaten Verwaltungsaufbaus für die Landtage der neuen Bundesländer zu sehen. Hier fand ein intensiver Austausch zwischen den Ländern Bayern und Sachsen statt, was beispielsweise die Teilnahme des Präsidenten des Bayerischen Landtags, Wilhelm Vorndran, an der konstituierenden Sitzung des sächsischen Landtags zeigt.<sup>876</sup>

Besonders erwähnenswert ist im Zusammenhang mit den Aktivitäten der Bayerischen Staatsregierung das Engagement des Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr. Dieses hatte nicht nur die Federführung bei zahlreichen gemeinsamen Tagungen von Vertretern der bayerischen Wirtschaft und der DDR, sondern auch im Bereich des Ausbaus beziehungsweise der Wiederherstellung von Verkehrswegen zwischen den bis dahin getrennten beiden deutschen Staaten. Insbesondere dem aus der Oberpfalz

---

<sup>873</sup> Vgl. ebenda, S. 2/3

<sup>874</sup> Vgl. Leuthner: Die politischen und wirtschaftlichen Initiativen des Freistaats Bayern, S. 32-34. Zu den Aktivitäten des Staatsministeriums der Finanzen im Zusammenhang mit dem Aufbau der Steuer-, Finanz- und Vermessungsverwaltung der beiden Partnerländer sowie dessen Hilfe bei der Aus- und Fortbildung vgl. ebenda, S. 65-69

<sup>875</sup> Vgl. ebenda, S. 48; vgl. auch Krauss: Max Streibl, S. 181

<sup>876</sup> Vgl. BayHStA, NL Vorndran, Nr. IX.3, darin: Einladung zur Konstituierung des Sächsischen Landtags vom Oktober 1990

stammenden Staatsminister August Lang kam in diesem Bereich die Rolle des Türöffners für bayerische Unternehmen in Ostdeutschland zu.<sup>877</sup>

Gerade was die Bewertung der Aktivitäten der Bayerischen Staatsregierung angeht, so kann man sich hier dem Urteil Roman Leuthners anschließen, der in seiner Untersuchung zu dem Ergebnis kommt, dass der Freistaat Bayern im Vergleich mit den anderen westdeutschen Ländern die größten finanziellen Aufwendungen zur Unterstützung des Wiederaufbaus der beiden ostdeutschen Partnerländer Sachsen und Thüringen geleistet hat. Die Summe beziffert Leuthner dabei mit deutlich über zwei Milliarden D-Mark, wobei darin die Aufwendungen für Verwaltungshilfen, die Abstellung von Landesbediensteten und gerade die Wirtschaftsförderprogramme inbegriffen sind. Dabei kommt er zu Recht zu dem Schluss, dass es sich bei den Aktivitäten der Bayerischen Staatsregierung um den breitangelegten Vorstoß handelte, mit dem versucht werden sollte, deutlichen Einfluss auf den Transformationsprozess der beiden südlich gelegenen neuen Länder zu gewinnen.<sup>878</sup>

Zu Recht kommt Andreas Kraus zu dem Fazit, dass die durch die Bayerische Staatsregierung initiierte Hilfe und Zusammenarbeit, die sich auch finanziell auswirkte, zu einem dauerhaften Vertrauensverhältnis zwischen dem Freistaat Bayern und den ostdeutschen Ländern Sachsen und Thüringen führte.<sup>879</sup> Bayern und seine Staatsregierung haben sich mit diesem Engagement enorm für die Demokratisierung und die Transformation der DDR eingebracht.

In besonderer Weise spielte dabei das bayerische Wirtschaftsministerium eine entscheidende Rolle, indem es einen großen Beitrag zur Reaktivierung und zum Neuaufbau von Wirtschaftsverbänden und Kammern in den beiden bayerischen Partnerländern leistete. Dabei unterstreicht Roman Leuthner zu Recht die Funktion des Ministeriums als Türöffner für die bayerische Wirtschaft.<sup>880</sup>

Insgesamt betrachtet zielte das bayerische Engagement damit zum einen darauf ab, den Prozess der Demokratisierung und der Schaffung marktwirtschaftlicher Strukturen zu begleiten und damit Einfluss zu gewinnen, zum anderen ist darin ein

---

<sup>877</sup> Vgl. Leuthner: Die politischen und wirtschaftlichen Initiativen des Freistaats Bayern, S. 49-64. Leuthner gibt hier einen umfassenden Überblick über die einzelnen Initiativen des Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr. Vgl. u. a. BayHStA, NL Vorndran, Nr. XII.3, darin: Aktenvermerk zum Informationsbüro in Dresden, Bericht 30. Woche vom 23. bis 27. Juli 1990, S. 6

<sup>878</sup> Vgl. Leuthner: Die politischen und wirtschaftlichen Initiativen des Freistaats Bayern, S. 238/239

<sup>879</sup> Vgl. Kraus: Geschichte Bayerns, S. 769

<sup>880</sup> Vgl. Leuthner: Die politischen und wirtschaftlichen Initiativen des Freistaats Bayern, S. 238/239

Strukturförderprogramm für den nordbayerischen Grenzgürtel sowie die bayerische Wirtschaft zu erkennen.

#### *4.3.2 Die Landtagsdebatte vom 20. Februar 1990*

Die wahrscheinlich bedeutendste Debatte des Bayerischen Landtags zu der Thematik des Umgangs mit der DDR und der sich anbahnenden Frage der deutschen Wiedervereinigung fand am 20. Februar 1990 statt. Den Anlass dazu bot eine Regierungserklärung von Ministerpräsident Streibl zur aktuellen Entwicklung in der Deutschlandpolitik.

In seiner Rede ging Streibl zunächst auf die bereits angelaufenen und vollzogenen Hilfsmaßnahmen des Freistaates Bayern und des seit 14. November 1989 aktiven Staatssekretärsausschusses ein. Dabei lobte er ausdrücklich das Engagement der bayerischen Kommunen, die sowohl durch die Gründung von Partnerschaften als auch durch großen Einsatz, insbesondere im Grenzland zur DDR stark aktiv waren, und sagte in diesem Zusammenhang Unterstützung der von der Vereinigung betroffenen Städte und Gemeinden durch Bedarfszuweisungen zu.<sup>881</sup>

Mit Blick auf die Tätigkeiten der Staatsregierung skizzierte der Ministerpräsident die Leistungen des Freistaates, die dieser zur Erfüllung seiner neuen Brückenfunktion auf den Weg gebracht hatte.<sup>882</sup> Zudem schnitt er die Hilfsmaßnahmen der bayerischen Sparkassen zum Aufbau eines leistungsfähigen Bankennetzes durch eine Kooperation mit den sächsischen Sparkassen sowie eine Zusammenarbeit zwischen dem Bayernwerk und Preußen-Elektra im Bereich der Stromversorgung an.<sup>883</sup>

Max Streibl betonte jedoch zugleich, dass all jene Hilfen, insbesondere die Aufwendung von Steuergeldern, nicht zum Erhalt des maroden Systems der DDR genutzt werden sollten, weshalb viele dieser Unterstützungsmaßnahmen erst nach den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 anlaufen sollten. Hierzu betonte er die Wichtigkeit der Schaffung demokratischer und marktwirtschaftlicher Strukturen in der DDR, die die Grundlage für die Hilfen des Freistaates Bayern bilden sollten. Dabei

---

<sup>881</sup> Vgl. Bayerischer Landtag: Stenographische Berichte, vom 20. Februar 1990, S. 8322/8323; das Manuskript Streibls findet sich in dessen Nachlass. Vgl. BayHStA, NL Streibl, Nr. 514, darin: Manuskript zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Max Streibl am 20. Februar 1990. Zur gesamten Debatte des Landtags vgl. auch Kock: Der Bayerische Landtag, S. 314-316

<sup>882</sup> Vgl. Bayerischer Landtag: Stenographische Berichte, vom 20. Februar 1990, S. 8323. Im Wesentlichen nennt Streibl hier die im vorangegangenen Kapitel 4.3.1 dargestellten Maßnahmen.

<sup>883</sup> Vgl. ebenda, S. 8324. Ausführlich zu den Aktivitäten der bayerischen Sparkassen in der DDR sowie des Bayernwerks vgl. Leuthner: Die politischen und wirtschaftlichen Initiativen des Freistaats Bayern, S. 193-196 sowie S. 216/217

zielten die bayerischen Hilfsmaßnahmen auf ein klares Ziel: Die Zahl der Übersiedler aus der DDR sollte minimiert werden, indem dort Strukturen geschaffen werden sollten, die den Bürgerinnen und Bürgern der DDR Anreize für einen Verbleib in ihrer Heimat bieten würden. Dadurch sollte eine Überforderung der westdeutschen Bundesländer verhindert werden.<sup>884</sup>

Einen besonderen Schwerpunkt legte Streibl in seiner Regierungserklärung am 20. Februar 1990 auf die Frage des Föderalismus in einem künftig wiedervereinigten gesamtdeutschen Staat. So wiederholte er seine bereits im November 1989 aufgeworfene Forderung nach der Wiederherstellung der alten Länder der DDR, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.<sup>885</sup>

Zur Begründung dieser Forderung führte Ministerpräsident Streibl folgendes aus:

„Föderalismus ist Vielfalt. Föderalismus bedeutet Machtverteilung. Föderalismus schafft Bürgernähe und garantiert jedem einzelnen Bürger ein größtmögliches Maß an Freiheit und Mitsprache. Föderalismus gibt unseren Landsleuten in der heutigen DDR, was sie bisher entbehren mussten.“<sup>886</sup>

Nach Streibls Worten sollte ein föderalistischer Staatsaufbau zudem den Nachbarn der Bundesrepublik auch die Angst vor einem wiedervereinigten Deutschland nehmen, die nur im Falle der Bildung eines neuen deutschen Zentralstaates gerechtfertigt wäre. Außerdem sei der Wettbewerb unter den Ländern von großer Bedeutung, denn nur durch ihn sei es dem Freistaat Bayern gelungen, von einem wirtschaftlich schwachen Land zu einem der stärksten in der Bundesrepublik zu werden.<sup>887</sup>

In dieser Regierungserklärung formulierte Max Streibl zudem den Wunsch nach einer erneuten, gesamtdeutschen Ministerpräsidentenkonferenz, mit der bewusst an die erste und bisher einzige solche Konferenz angeknüpft werden sollte, die daher wieder in München stattfinden müsste. Dies begründete er mit der Verantwortung der Länder für den föderalen Staatsaufbau, den diese zu schützen und erhalten hätten.<sup>888</sup>

Des Weiteren bezog der Ministerpräsident klare Stellung dazu, wie die Wiedervereinigung aus seiner Sicht vonstattengehen sollte. So sprach er sich deutlich für eine Bevorzugung des Beitritts der wiederzuschaffenden Länder der DDR zur

---

<sup>884</sup> Vgl. Bayerischer Landtag: Stenographische Berichte, vom 20. Februar 1990, S. 8325-8328

<sup>885</sup> Vgl. ebenda, S. 8328

<sup>886</sup> Ebenda, S. 8328

<sup>887</sup> Vgl. ebenda, S. 8328/8329

<sup>888</sup> Vgl. ebenda, S. 8329



Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes an Stelle der Alternative gemäß Artikel 146 aus, die eine neue Verfassung bedingt hätte.<sup>889</sup>

Außerdem stellte sich Streibl klar hinter die Position der Union, dass ein wiedervereinigtes Deutschland Teil der Europäischen Gemeinschaft und der NATO bleiben müsse. Für Europa bestehe die Chance, ein Kontinent der Freiheit, des Friedens, der Zusammenarbeit und des Wohlstandes zu werden. Ganz in diesem Geist schloss Streibl seine Rede, in dem er darauf verwies, dass Bayern nun wieder in seine Vorkriegsrolle als Drehscheibe und Brücke zwischen Nord und Süd sowie Ost und West zurückkommen werde.<sup>890</sup>

Der Ministerpräsident unterstrich dies mit seiner positiven Prognose: „Ganz Bayern wird davon profitieren, dass der Eiserne Vorhang endlich hochgezogen worden ist.“<sup>891</sup>

Die Gegenrede zur Erklärung Streibls seitens der Landtagsopposition hielt für die SPD deren Fraktionsvorsitzender Karl-Heinz Hiersemann und für die Grünen der Abgeordnete Hartmut Bäumer. Hiersemann führte dabei aus, dass die SPD eine Einheit durch die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts, über eine gemeinsame verfassungsgebende Versammlung für ganz Deutschland, also über den Artikel 146 des Grundgesetzes wolle. Dabei warf er der CSU vor, sie betriebe den Menschen in der DDR gegenüber eine gutsherrenartige Politik.<sup>892</sup> Wörtlich kritisierte Hiersemann dabei den von der CSU und der Staatsregierung bevorzugten Weg zur deutschen Einheit über den Artikel 23 des Grundgesetzes mit scharfen Worten:

„Auch wenn die Bürgerinnen und Bürger in der DDR den beiden deutschen Regierungen und auch den jeweiligen Verbündeten ein schnelleres Tempo vorgegeben haben, müssen wir zu einem Verfahren kommen, das nicht den Charakter von Anschluss oder Übernahme oder eines ‚unfriendly takeover‘ hat, [...]“<sup>893</sup>

Wie Hiersemann sprach sich auch Hartmut Bäumer als Redner der zweiten Oppositionspartei im Landtag, der Grünen, gegen den von der CSU bevorzugten Kurs zur deutschen Einheit aus. So sollte nach Ansicht Bäumers das Tempo der

---

<sup>889</sup> Vgl. ebenda, S. 8329. Ausführlich zur Frage der Positionierung der CSU in dieser Angelegenheit vgl. Kapitel 4.3.3. Zur vertraglichen Festschreibung der Beitrittsmodalitäten der Länder der DDR zur Bundesrepublik Deutschland vgl. Gros / Wagner: Verträge zur deutschen Einheit, S. 822. Wie Manuela Glaab ausführt, sprachen sich in einer Meinungsumfrage des Politbarometers zwischen 57 und 60 Prozent der Deutschen im März 1990 für einen Beitritt der DDR über den Weg des Artikel 23 GG aus. Vgl. Glaab: Deutschlandpolitik in der öffentlichen Meinung, S. 169

<sup>890</sup> Vgl. Bayerischer Landtag: Stenographische Berichte, vom 20. Februar 1990, S. 8330

<sup>891</sup> Ebenda, S. 8330

<sup>892</sup> Vgl. ebenda, S. 8331

<sup>893</sup> Ebenda, S. 8332

Wiedervereinigung gebremst werden.<sup>894</sup> Anstelle des Beitritts der DDR zum Grundgesetz sollte nach den Ausführungen Bäumers zunächst nur eine Föderation zwischen der Bundesrepublik und der DDR entstehen, wobei offenbleiben sollte, ob sich daraus später eine bundesstaatliche Ordnung entwickeln sollte.<sup>895</sup> Eines der Kernziele der Grünen war daher die Schaffung einer neuen Verfassung, die durch einen Volksentscheid zustande kommen und an die Stelle des Grundgesetzes treten sollte.<sup>896</sup>

Der Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion, Alois Glück, wies in seiner Rede vor dem Landtagsplenum zunächst auf die beiden Gemeinsamkeiten hin, die die im Landtag vertretenen Fraktionen in der Deutschen Frage verbinden würden. Hierzu nannte er den föderalen Staatsaufbau sowie den Umstand, dass keine Partei ein neutrales Deutschland nach der Wiedervereinigung erreichen wollte. Den entscheidenden Unterschied, welchen es zwischen der SPD und der CSU in dieser Frage gebe, so Glück, sei die Tatsache, dass die CSU ihren Kurs nicht korrigieren müsse, da sie im Gegensatz zu den Sozialdemokraten nie das Ziel der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten aufgegeben habe.<sup>897</sup>

Glück setzte dabei die Politik der CSU, welche diese seit dem Fall der Mauer betreibe, in eine Kontinuität mit deren bisherigen Handeln in der deutschen Frage und arbeitete dabei die Erfolge seiner Partei deutlich heraus, die sich auch auf die aktuelle politische Umbruchphase auswirken würde:

„Wir dürfen für uns in Anspruch nehmen, dass diese Entwicklung in der DDR nur möglich war, weil die CSU in ihrer Deutschlandpolitik eine Politik des langen Atems betrieben hat. [...] Die Menschen in der DDR wissen sehr wohl, dass die Union Zweistaatlichkeit und Anerkennung einer eigenen Staatsbürgerschaft der DDR verhindert hat. [...] Die Bürger in der DDR wissen sehr wohl, dass wir an dem Ziel der staatlichen Einheit festgehalten haben, obwohl auch wir nicht wussten, wie lange diese Epoche noch sein wird [...] Die Bürger in der DDR wissen sehr wohl, dass wir dieses kulturelle und moralische Ziel und diese Rechtspositionen nicht zu einer Zeit geopfert haben, als dies durchaus populär gewesen wäre.“<sup>898</sup>

---

<sup>894</sup> Vgl. ebenda, S. 8339

<sup>895</sup> Vgl. ebenda, S. 8344/8345

<sup>896</sup> Vgl. ebenda, S. 8344

<sup>897</sup> Vgl. ebenda, S. 8345

<sup>898</sup> Ebenda, S. 8349

Daneben machte Alois Glück deutlich, dass sich die CSU für eine föderale Struktur in Deutschland weiterhin stark machen würde und hob dabei die Vorteile des Föderalismus im Gegensatz zu zentralistischen Staatsstrukturen heraus.<sup>899</sup>

Die Debatte gipfelte schließlich in einem Eklat um die Ausführungen des CSU-Abgeordneten Otto Wiesheu, in denen er die Kontakte und Verbindungen zwischen der SPD und der SED thematisierte, was schließlich zum Auszug der gesamten SPD-Landtagsfraktion aus dem Plenarsaal führte.<sup>900</sup>

Betrachtet man abschließend das Ergebnis der Landtagsdebatte vom 20. Februar 1990, so ist festzustellen, dass hierbei die CSU einige klare thematische Pflöcke eingeschlagen hatte, die in den kommenden Monaten bis zur Wiedervereinigung gewissermaßen die Leitlinien ihrer Politik vorgaben. Dabei machten die Redner der CSU in der Debatte deutlich, dass es nur dann finanzielle Hilfen für die DDR geben sollte, wenn diese dafür die notwendigen Strukturen schaffen würde, sprich die Umstellung zu demokratischen und marktwirtschaftlichen Strukturen. Dies war aus der Sicht der CSU jedoch erst nach den ersten freien Volkskammerwahlen in der DDR möglich und auch von deren Ausgang abhängig.

Sowohl Ministerpräsident Streibl als auch Fraktionsvorsitzender Glück betonten die aus Sicht der CSU bedeutende und elementare Rolle des Föderalismus für einen wiedervereinigten deutschen Staat, wobei der bayerische Regierungschef zugleich die gemeinsame Ministerpräsidentenkonferenz in Aussicht stellte, mit deren Hilfe das föderale Prinzip gestärkt werden sollte. Hierbei ging es zugleich darum, die CSU als Verteidiger und Vorkämpfer des Föderalismus zu positionieren. Die Forderung nach der Restituierung der ehemaligen Länder der DDR geht damit einher.

Des Weiteren wurde die Position verdeutlicht, dass vom Standpunkt der CSU aus die Wiedervereinigung Deutschlands über den Artikel 23 des Grundgesetzes, also durch einen Beitritt der DDR oder besser noch, deren Länder, zum Grundgesetz vollzogen werden sollte, womit das Grundgesetz als Verfassung eines gesamtdeutschen Staates fortbestehen sollte. Damit stellte man sich bewusst gegen die zweite, im Grundgesetz vorgesehene Alternative einer Wiedervereinigung, die die Schaffung einer neuen Verfassung gemäß des Artikel 146 des Grundgesetzes vorsah und welche insbesondere von der SPD und deren Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine präferiert wurde.

---

<sup>899</sup> Vgl. ebenda, S. 8349

<sup>900</sup> Vgl. ebenda, S. 8357-8365

#### 4.3.3 Die Gesamtdeutsche Ministerpräsidentenkonferenz in München auf Einladung Streibls („Münchener Erklärung“)

Eine wichtige Initiative der Bayerischen Staatsregierung im Zusammenhang mit der Deutschlandpolitik um die Wiedervereinigung stellt zweifellos die Ministerpräsidentenkonferenz am 20. und 21. Dezember 1990 dar, welche mit der sogenannten Münchener Erklärung ihre Ergebnisse darlegen sollte. Bereits in seiner Regierungserklärung vom 20. Februar 1990 hatte Ministerpräsident Streibl angekündigt, in Anlehnung an die erste gesamtdeutsche Ministerpräsidentenkonferenz des Jahres 1947 alle deutschen Ministerpräsidenten in die bayerische Landeshauptstadt einzuladen.<sup>901</sup> Auch der CSU-Parteivorsitzende Theo Waigel spielte in der Wendephase auf die bedeutende Rolle seiner Partei in der Deutschlandpolitik durch die Initiierung der ersten gesamtdeutschen Ministerpräsidentenkonferenz 1947 an.<sup>902</sup>

Auch im Landtags- und Bundestagswahlkampf spielte diese Forderung eine Rolle und wurde von Streibl entsprechend thematisiert. So äußerte sich der Ministerpräsident auf einer Großkundgebung der CSU am 3. April 1990 in München-Fürstenried zu der Frage einer solchen Konferenz:

„Anknüpfen an die gesamtdeutsche Ministerpräsidenten-Konferenz vom Juni 1947 unter Hans Ehard: **Alle deutschen Ministerpräsidenten an einen Tisch!** [Hervorhebung im Original]

Wir sind mit den anderen Ländern darüber einig, dass wir unmittelbar nach dem Wiedererstehen der Länder auf dem Territorium der DDR zur zweiten Ministerpräsidentenkonferenz aller deutschen Länder einladen. Ich habe mit dem derzeitigen Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz Johannes Rau vereinbart, dass **München der Tagungsort sein soll.** [Hervorhebung im Original]“<sup>903</sup>

Am 20. und 21. Dezember 1990 traten damit auf Einladung des bayerischen Ministerpräsidenten erstmals alle 16 Ministerpräsidenten des wiedervereinigten Deutschlands in München zusammen. Hierbei wollte Bayern gezielt seinen Führungsanspruch und seine Vorkämpferrolle für den Föderalismus in einem größer

---

<sup>901</sup> Vgl. Bayerischer Landtag: Stenographische Berichte, vom 20. Februar 1990, S. 8329

<sup>902</sup> Vgl. Forbes: CSU – Beharrliche Kämpferin für die deutsche Einheit, S. 50

<sup>903</sup> BayHStA, NL Streibl, Nr. 528, darin: Stichworte für die Rede des Ministerpräsidenten Streibl auf der Großkundgebung der CSU in München-Fürstenried am 3. April 1990, VI. Föderalismus als Gestaltungsprinzip für Deutschland und Europa, S. 1. Auch in seiner Regierungserklärung vor dem Bayerischen Landtag am 12. Dezember 1990 wies er auf diese Konferenz hin. Vgl. Bayerischer Landtag: Stenographische Berichte, vom 12. Dezember 1990, S. 175. Die Regierungserklärung von Ministerpräsident Streibl liegt auch gedruckt vor. Vgl. Streibl: Ein starkes Bayern für Deutschland und Europa.

gewordenen Kreis der Länder Deutschlands untermauern.<sup>904</sup> Dabei wurde bewusst auch in der Frage des Tagungsortes an die erste Konferenz angeknüpft. So tagten die Länderchefs im Sitzungssaal des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr, wo schon 43 Jahre zuvor die Ministerpräsidenten auf Einladung des damaligen bayerischen Regierungschefs Ehard zusammengekommen waren.<sup>905</sup>

Das Kernstück dieser Konferenz stellte dabei die gemeinsame Münchner Erklärung dar. Diese kann als deutliches Plädoyer für den Föderalismus gewertet werden und besteht aus den drei Teilen des Ergebnisprotokolls Top 1 Europapolitik, Top 1 a Stärkung des Föderalismus in Deutschland und Europa sowie Top 1b Positionsbestimmung der deutschen Länder zu den EG-Regierungskonferenzen.<sup>906</sup>

Eingangs gingen die Regierungschefs der deutschen Bundesländer dabei zunächst auf die Gründe des Scheiterns der ersten gesamtdeutschen Ministerpräsidentenkonferenz des Jahres 1947 an der Macht des Zentralismus ein und betonten zugleich, dass das Modell des westdeutschen Föderalismus auch Grundlage für den Aufbau des wiedervereinigten deutschen Staates sein sollte. Zugleich sollte der Föderalismus nicht nur in Deutschland erhalten bleiben, sondern darüber hinaus beim Aufbau eines gemeinsamen Europas als Grundprinzip Anwendung finden.<sup>907</sup>

In ihrem zweiten Teil, dem Top 1 a, Stärkung des Föderalismus in Deutschland und Europa, griff die Erklärung zunächst die Erfolge von Föderalismus und Subsidiarität für die Entstehung stabiler politischer und wirtschaftlicher Strukturen in Westdeutschland auf und betonte dabei den von Streibl mehrfach aufgegriffenen Gedanken des Europas der Regionen. Als Vorzüge des föderalen Staatsaufbaus nennt das Papier der Chefs der deutschen Länderregierungen dabei die Ausprägung des Subsidiaritätsprinzips auf der Ebene der Staaten, die Funktion als zusätzlicher Garant für eine Kontrolle staatlicher Macht neben der horizontalen Gewaltenteilung sowie eine stärkere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger am politischen Entscheidungsprozess. Des Weiteren führten sie die größere Bürgernähe und Transparenz, die stärkere Betonung kultureller und gesellschaftlicher Vielfalt, den Wettbewerb zwischen den Ländern im wirtschaftlichen

---

<sup>904</sup> Vgl. Gelberg: Ausblick, S. 982; vgl. auch BayHStA, NL Streibl, Nr. 1238, darin: Einladungskarte zu einem gemeinsamen Abendessen anlässlich der ersten gemeinsamen Konferenz der Regierungschefs der Länder der Bundesrepublik Deutschland, am 20. Dezember 1990

<sup>905</sup> Vgl. Krauss: Max Streibl, S. 182/183

<sup>906</sup> Vgl. Borkenhagen / Bruns-Klöss / Memminger / Stein (Hgg.): Die deutschen Länder in Europa, S. 236-244. Die Erklärung findet sich in Auszügen auch als Dokument 23 bei Kock / Treml. Vgl. Kock / Treml: Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 541/542, sowie bei Bauer: Europa der Regionen, S. 117-131

<sup>907</sup> Vgl. Borkenhagen / Bruns-Klöss / Memminger / Stein (Hgg.): Die deutschen Länder in Europa, S. 236

Bereich sowie einem entsprechend ausgewogenen Verhältnis zwischen der Autonomie der Bundesstaaten und dem notwendigen gemeinsamen Zusammenwirken auf.<sup>908</sup>

Für den Föderalismus in Deutschland betonte die Erklärung den Erhalt beziehungsweise die Herstellung des Gleichgewichts zwischen Bund und Ländern unter den veränderten Bedingungen sowie die sich im Einigungsprozess bewährte Praxis. Ferner nennt sie das aus der föderalen Struktur resultierende solidarische Verhalten und eine Ausweitung der Mitwirkungsrechte der Länder im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung bei Entscheidungen, die die Europäische Gemeinschaft betreffen.<sup>909</sup>

Zum Bereich des Föderalismus in Europa bezog die Erklärung der gesamtdeutschen Ministerpräsidentenkonferenz ebenfalls Position. So sollte der Föderalismus im Verhältnis der Mitgliedsstaaten zur Europäischen Gemeinschaft betont werden und zugleich eine Bestandsgarantie sowie die Förderung der Schaffung einer staatlichen Ebene unterhalb der mitgliedsstaatlichen Ebene erfolgen, was zu einem dreistufigen Aufbau der Europäischen Union mit entsprechenden Mitwirkungsrechten der untersten Ebene führen sollte. Zugleich sollte die Gemeinschaft weiter wachsen und Europapolitik von der politischen Ebene der Außen- zur europäischen Innenpolitik werden.<sup>910</sup>

In einem Zehn-Punkte-Katalog, der von den Ministerpräsidenten als Erklärung im Zusammenhang mit dem Beschluss der Regierungschefs der Länder vom 7. Juni 1990 stellten, nennen diese die Ziele für die künftige Fortentwicklung der Europäischen Verträge. Nach dem Willen der Konferenz sollte das Subsidiaritätsprinzip eines der grundlegenden strukturellen Elemente der Europäischen Union werden und der föderative Aufbau durch die Anerkennung der Länder und Regionen als dritte europäische Ebene erfolgen, wobei hier verbindliche Mitwirkungsrechte für diese Ebene eingefordert werden. Des Weiteren sollte eine klare Aufgabenabgrenzung fixiert werden und zugleich ein Verbot der eigenständigen Kompetenzzaneignung einer höheren Ebene eingeführt werden, welches zusätzlich durch ein Klagerecht der dritten Ebene beim Europäischen Gerichtshof abgesichert werden sollte. Die Münchner Erklärung befürwortet eine Stärkung des Europäischen Parlaments und fordert zudem eine Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für die Umsetzung von europäischem Recht, wobei sie diese für den Bereich der Bundesrepublik auf der Länderebene ansiedelt. Für jede Übertragung weiterer Zuständigkeiten an die Europäische Gemeinschaft sieht das

---

<sup>908</sup> Vgl. ebenda, S. 237/238

<sup>909</sup> Vgl. ebenda, S. 238

<sup>910</sup> Vgl. ebenda, S. 238

Papier der Länderregierungschefs vor, dass diese am Grundsatz der Subsidiarität geprüft werden müssten.<sup>911</sup>

Der dritte Abschnitt der Münchner Erklärung thematisiert dann die Positionen der deutschen Bundesländer zu den EG-Regierungskonferenzen. Hierzu fordern sie die Festschreibung des Subsidiaritätsprinzips als Grundlage für das Handeln der Gemeinschaft, eine eigene Vertretung der dritten Ebene, unmittelbare Teilnahmemöglichkeiten der Länder am Ministerrat, soweit ihre Interessen betroffen oder tangiert sind, sowie ein Klagerecht gegen Maßnahmen der Europäischen Gemeinschaft.<sup>912</sup> Daneben widmet sich die Erklärung noch einigen Detailfragen und Themen der Konferenz der Regierungschefs.<sup>913</sup>

Mit diesem deutlichen Bekenntnis zum Föderalismus und der europäischen Einigung konnten die Ministerpräsidenten ein wichtiges Signal setzen. Aus dieser, auf Max Streibls Initiative zurückgehende Positionierung der Länder, geht schließlich die Festschreibung der Mitwirkungsrechte der Bundesländer im neuen Artikel 23 des Grundgesetzes bei der Übertragung von Hoheitsrechten an die Europäische Union sowie die Bildung des Ausschusses der Regionen im Maastricht Vertrag hervor.<sup>914</sup>

Bei der abschließenden Pressekonferenz anlässlich des Treffens der deutschen Ministerpräsidenten in der bayerischen Landeshauptstadt unterstrich Bayerns Regierungschef Streibl, dass die Konferenz im Gegensatz zur ersten Zusammenkunft 1947 ein voller Erfolg gewesen sei. So sei eine Fortentwicklung Deutschlands im föderalistischen Sinne gewährleistet und es sei zudem gelungen, das Gewicht der Länder durch die Wiedervereinigung zu stärken.<sup>915</sup>

Im Kontext der Deutschlandpolitik der CSU ist die Münchner Konferenz somit als ein Ansatzpunkt zu sehen, die Rolle Bayerns als Vorreiter und Verteidiger des Föderalismus in Deutschland zu stärken und einem möglichen Verlust an Einfluss und politischen Gewicht im wiedervereinigten Deutschland entgegenzutreten. Zugleich kann man Albert Funk Recht geben, der mit Blick auf diese erste gesamtdeutsche Ministerpräsidentenkonferenz nach der Wiedervereinigung zu dem Ergebnis kommt, dass diese als Symbol föderaler Solidarität unter den Ländern zu betrachten sei.<sup>916</sup>

---

<sup>911</sup> Vgl. ebenda, S. 238/239

<sup>912</sup> Vgl. ebenda, S. 240

<sup>913</sup> Vgl. ebenda, S. 241-244

<sup>914</sup> Vgl.; Funk: Kleine Geschichte des Föderalismus, S. 360/361; vgl. auch Kock / Tremml: Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 490

<sup>915</sup> Vgl. Bayerische Staatszeitung vom 4. Januar 1991, S. 5

<sup>916</sup> Vgl. Funk: Kleine Geschichte des Föderalismus, S. 352

#### 4.4 Herstellung der Einheit des Landes

##### *4.4.1 Wege zur Deutschen Einheit: Die Artikel 23 und 146 des Grundgesetzes und die Pläne der Bundestagsopposition*

Der Umbruch in der DDR und der Fall der Mauer stellte die CSU vor zwei neue Herausforderungen: Zum einen musste sie sich mit der Frage auseinandersetzen, auf welchem Weg die Einheit Deutschlands hergestellt wurde, zum anderen galt es für die bayerische Unionspartei eine Strategie zu entwickeln, mit der sie ihren Einfluss in einem vereinten Deutschland sichern konnte.

Ein bedeutender Punkt, der in der Landtagsdebatte vom 20. Februar 1990 bereits angeschnitten wurde, war die Frage nach dem rechtlichen Weg zur deutschen Wiedervereinigung oder, anders gesagt, wie sollte aus den beiden deutschen Staaten rechtlich einer werden. Das Grundgesetz sah dabei zwei mögliche und gangbare Wege vor, wie die DDR beziehungsweise deren wiederzugründenden Länder Teil der Bundesrepublik werden konnten: Erstens den Weg des Beitritts zum Grundgesetz gemäß des Artikels 23, mit dem das Saarland in den 1950ern zur Bundesrepublik zurückgekehrt war, oder aber der Artikel 146, der den Erlass einer neuen Verfassung für einen gesamtdeutschen Staat vorsah, an der auch die Bürgerinnen und Bürger mitwirken sollten.<sup>917</sup>

Während der Weg zur Einheit über den Artikel 23 den Erhalt der bisherigen Strukturen der Bundesrepublik ermöglichte und somit praktisch den Fortbestand des ursprünglich als Provisorium gedachten Grundgesetzes sicherte, bot der Artikel 146 eine Lösung der deutschen Frage durch die Schaffung einer neuen Verfassung, die an Stelle des bisherigen westdeutschen Grundgesetzes treten und durch eine Volksabstimmung legitimiert werden sollte. Dabei bestand über den, für die Herstellung der deutschen Einheit zu wählenden Weg lange kein Konsens innerhalb des bundesdeutschen Parteienspektrums.

Mit Blick auf die größte Oppositionspartei im Deutschen Bundestag, der SPD ergibt sich bezüglich der Frage der Einheit folgendes Bild: Nach dem Ausscheiden von Helmut Schmidt aus dem Kanzleramt 1982 bewegte sich die Partei auf die Friedensbewegung zu, zudem unterhielt die SPD-Führung in den 1980ern Kontakte zu führenden SED-Politikern.<sup>918</sup> Lutz Haarmann resümiert aus dem Agieren der Sozialdemokraten seit dem Regierungswechsel 1982, dass sich diese gegen Ende der

---

<sup>917</sup> Vgl. ebenda, S. 347/348

<sup>918</sup> Vgl. Haarmann: Warten auf die Wiedervereinigung, S. 181/182



1980er Jahre vom Gedanken und Ziel einer Wiedervereinigung Deutschlands verabschiedet hatten.<sup>919</sup>

Mit dem Beginn des politischen Umbruchs in der DDR im Laufe des Jahres 1989 begann ein parteiinterner Streit innerhalb der SPD, wie man sich zu einer möglichen Wiedervereinigung Deutschlands positionieren sollte.<sup>920</sup> Dabei machte sich insbesondere der saarländische Ministerpräsident und designierte SPD-Kanzlerkandidat, Oskar Lafontaine, für eine Wiederherstellung der Deutschen Einheit nicht als Nationalstaat, sondern im Rahmen der Vereinigten Staaten von Europa, wie diese von seiner Partei in den 1920ern gefordert wurde, stark.<sup>921</sup> In diesem Richtungsstreit der SPD, in dem Lafontaine vor allem Unterstützung durch die Parteilinke und die Nachwuchsorganisation Jusos erfuhr, setzte sich dieser für eine langsamere Vereinigung beider deutscher Staaten, über den Weg einer zunächst gemeinsamen Konföderation ein.<sup>922</sup> Eine neue Verfassung eines wiedervereinigten Deutschlands könne nur durch eine Volksabstimmung legitimiert werden.<sup>923</sup>

Mit Blick auf die zweite im Bundestag vertretene Oppositionspartei, den Grünen, ergibt sich ein ähnlich kritisches Bild:<sup>924</sup> In der Wendephase plädierte die Mehrheit der Grünen für die Zweistaatlichkeit Deutschlands, die bestenfalls durch einen konföderativen Verband überwunden werden könne.<sup>925</sup> So erblickten viele Politiker aus den Reihen der Grünen in einem Beitritt der DDR zum Grundgesetz keine echte Wiedervereinigung, sondern eine Unterwerfung, weshalb der Weg zur Einheit über den Artikel 23 abgelehnt wurde. Stattdessen sollte es, wenn es schon zur Wiedervereinigung kommen sollte, eine Volksabstimmung über eine neue Verfassung geben.<sup>926</sup> In ihrem ablehnenden und in sich teilweise widersprüchlichen deutschlandpolitischen Kurs kann durchaus einer der Gründe für das Scheitern der Grünen bei den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen gesehen werden.<sup>927</sup>

Mit Blick auf die deutschlandpolitischen Zielsetzungen der Bundestagsopposition bleibt damit festzustellen, dass es keinen einheitlichen Konsens innerhalb des

---

<sup>919</sup> Vgl. ebenda, S. 183

<sup>920</sup> Ausführlich zur Deutschlandpolitik der SPD in der Wendephase 1989/90 siehe Jäger: Die Überwindung der Teilung, S. 141-179.

<sup>921</sup> Vgl. Lafontaine: Wir können gewinnen, S. 4

<sup>922</sup> Vgl. Jäger: Die Überwindung der Teilung, S. 165/166

<sup>923</sup> Vgl. ebenda, S. 175/176

<sup>924</sup> Ausführlich zur Deutschlandpolitik der Grünen in der Wendephase 1989/90 siehe Jäger: Die Überwindung der Teilung, S. 180-195

<sup>925</sup> Vgl. ebenda, S. 181

<sup>926</sup> Vgl. ebenda, S. 191

<sup>927</sup> Vgl. Haarmann: Warten auf die Wiedervereinigung, S. 184

bundesdeutschen Parteienspektrums über den Weg zur Herstellung der deutschen Einheit gab. So existierten durchaus politische Kräfte, die im Zuge der Einheit nicht nur die Teilung, sondern auch die staatliche Struktur Deutschlands überwinden beziehungsweise neufassen wollten.

#### *4.4.2 Der Einsatz der CSU für die Wiedervereinigung über den Artikel 23*

In der Landtagsdebatte hatten sich sowohl Max Streibl als auch Alois Glück für den von der CSU bevorzugten Weg zur Einheit über den Artikel 23 des Grundgesetzes ausgesprochen.<sup>928</sup> Diese Position hatte der bayerische Ministerpräsident schon vier Tage zuvor im deutschen Bundesrat vertreten, als er den Artikel 23 als den schnellsten Weg zur Wiedervereinigung darstellte und dabei zugleich für eine föderalistische Struktur des künftig vereinten Deutschlands plädierte.<sup>929</sup>

Die Festlegung der CSU auf den Weg über den Artikel 23 erfolgte sehr früh. Zwar gab es Ende September 1989, also noch vor dem Fall der Berliner Mauer Irritationen innerhalb der Partei wegen einer Aussage von Ministerpräsident Streibl in einem Interview mit der Abendzeitung, in dem er die These aufgestellt hatte, jeder der beiden deutschen Staaten solle in seinem Block bleiben, doch waren diese sehr schnell beseitigt.<sup>930</sup> Schon am Folgetag des Interviews mit der Abendzeitung relativierte Streibl diese Aussage gegenüber dem Donaukurier. So betonte der Ministerpräsident, dass die Wiedervereinigung unter der Bedingung, dass Liberalität, Freiheits- und Menschenrechte im anderen Teil Deutschlands umgesetzt würden, möglich sei.<sup>931</sup> Damit war eine mögliche parteiinterne deutschlandpolitische Kontroverse zwischen Streibl und dem Parteivorsitzenden Waigel schnell abgewandt.

Anlässlich des kleinen Parteitags der CSU Ende Februar 1990 gab deren Parteivorsitzender, Theo Waigel, selbst die Antwort, wie es zu einer staatlichen Einheit Deutschlands kommen sollte:

„Im Zusammenhang damit stellt sich die Frage, wie die staatliche Einheit vollendet werden soll. Der Artikel 23 unseres Grundgesetzes gibt hierauf eine gute Antwort. Er sieht vor, das Grundgesetz in anderen Teilen Deutschlands nach deren Beitritt in Kraft zu setzen. Die Wiederherstellung der Länder in der DDR entspräche dem bewährten Föderalismus, als dessen Hüter sich die CSU seit ihrer Gründung stets verstanden hat.

---

<sup>928</sup> Vgl. Bayerischer Landtag: Stenographische Berichte, vom 20. Februar 1990, S. 8329 und 8347

<sup>929</sup> Vgl. Bundesrat: Stenographische Berichte, vom 16. Februar 1990, S. 7

<sup>930</sup> Vgl. Forbes: CSU – Beharrliche Kämpferin für die deutsche Einheit, S. 46

<sup>931</sup> Vgl. ebenda, S. 47

Mit einem solchen Vorgehen würde sich die Frage einer neuen deutschen Verfassung erübrigen. Wir haben mit dem Grundgesetz die freiheitlichste und beste Verfassung, die Deutschland je besaß. Unser Grundgesetz hat sich in über 40 Jahren glänzend bewährt. Es eignet sich hervorragend als verfassungsrechtliches Fundament der deutschen Einheit.“<sup>932</sup>

An Hand dieser Rede Waigels kam nicht nur zum Ausdruck, dass sich die CSU für die Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands über den Weg des Artikels 23 des Grundgesetzes aussprach, sie zeigt gleichzeitig eines der zentralen Motive: Durch den einfachen Beitritt konnte die aufgrund der nicht vorhersehbaren künftigen Mehrheitsverhältnisse unsichere Ausgestaltung einer neuen Verfassung umgangen werden. Stattdessen würde durch den Beitritt der Länder der DDR zum Grundgesetz der föderale Staatsaufbau, für den die CSU seit jeher ein Vorkämpfer war, in einem künftig wiedervereinten Deutschland garantiert.

Zudem sparte die CSU nicht mit deutlicher Kritik an der Bundestagsopposition und politischen Gruppierungen, die sich für einen, wie auch immer gearteten Sonderweg Deutschlands anstelle des Beitritts der DDR zum Grundgesetz aussprachen. So kritisierte der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eduard Lintner, auf dem Parteitag im November 1989 in deutlicher Weise die Aussagen der SPD-Senatorin Heide Pfarr, die vor einer möglichen Destabilisierung des SED-Regimes durch freie Wahlen in der DDR gewarnt hatte.<sup>933</sup> Des Weiteren, so Lintner, habe Willy Brandt noch vor einigen Jahren den Wunsch nach Wiedervereinigung als bloße Lebenshilfe der Nation bezeichnet, während er nun, nach Beginn des Umbruchs in Ostdeutschland, so tue, als hätte er stets an der Spitze der Wiedervereinigungsbewegung gestanden.<sup>934</sup> Dabei sei es nach Lintners Worten beschämend, dass es Politiker in der Bundesrepublik gäbe, denen der Umbruch des SED-Regimes offensichtlich zuwider sei.<sup>935</sup>

Ähnlich kritisch ging der parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Rudolf Kraus, mit dem Kurs der SPD und ihres designierten Spitzenkandidaten für die Bundestagswahlen 1990, Oskar Lafontaine, ins Gericht. Wörtlich führte Kraus in einer Pressemitteilung der Landesgruppe Folgendes aus:

---

<sup>932</sup> ACSP, PA 19900216, Nr. 5, darin: Rede des CSU-Vorsitzenden, Bundesfinanzminister Theo Waigel, S. 8

<sup>933</sup> Vgl. Forbes: CSU – Beharrliche Kämpferin für die deutsche Einheit, S. 48

<sup>934</sup> Vgl. ebenda, S. 48

<sup>935</sup> Vgl. ebenda, S. 48

„Darüber hinaus möchte Lafontaine unseren Landsleuten in der DDR in ihrer weiteren Entwicklung Hürden in den Weg legen. [...]

Bürokratische Hemmnisse und Bevormündigungsmöglichkeiten à la Lafontaine wird es mit uns nicht geben.“<sup>936</sup>

Ins gleiche Horn stieß der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Wolfgang Bötsch, der deutlich machte, dass die SPD sich vor Beginn des Umbruchs in der DDR vom Wiedervereinigungsziel verabschiedet hatte.<sup>937</sup> An anderer Stelle mahnte Bötsch an, dass die SPD in den 1980ern die Partei war, die die deutsche Zweistaatlichkeit vertreten hatte.<sup>938</sup>

Dass die SPD sich in der Frage vor einem inneren Zwiespalt befinde, betonte auch der bayerischen Ministerpräsident Max Streibl anlässlich eines Wahlkampfauftritts am 30. Januar 1990 in Dresden. Dabei verwies er darauf, dass der SPD-Ehrenvorsitzende Brandt auf den Zug der Wiedervereinigung aufgesprungen sei, obwohl er noch 1988 bezüglich der Chancen auf eine deutsche Einigung von der Lebenslüge der Nation gesprochen habe, während sich der saarländische Ministerpräsident als Gegner der Wiedervereinigung outete und diese als Deutschtümelei abtute.<sup>939</sup>

Der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Wilhelm Vorndran, verdeutlichte in einem Interview mit dem Deutschlandsender der DDR ebenfalls die Position Bayerns und der CSU bezüglich dem Weg zu einer Einheit beider deutscher Staaten. Darin betonte Vorndran, dass die Wiedervereinigung über Artikel 146 mit einer gemeinsamen verfassungsgebenden Versammlung und einem Volksentscheid deutlich langwieriger sei als der Weg des Beitritts der DDR zum Grundgesetz nach Artikel 23.<sup>940</sup> Dabei trat der Leiter der Staatskanzlei auch dem Vorwurf entgegen, dass es durch einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik um einen Anschluss handeln würde.<sup>941</sup>

Auch im Landtags- und Bundestagswahlkampf des Jahres 1990 betonte die CSU immer wieder, dass es die Bayerische Staatsregierung war, die sich von Anfang an für eine Lösung der deutschen Frage durch einen Beitritt der DDR zum Grundgesetz über

---

<sup>936</sup> Vgl. ebenda, S. 49

<sup>937</sup> Vgl. ebenda, S. 50

<sup>938</sup> Vgl. ebenda, S. 52

<sup>939</sup> Vgl. BayHStA, NL Vorndran, Nr. 9, darin: Ergänzende Redeunterlage für den Besuch des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. h. c. Max Streibl am 31. Januar 1990 in Dresden, S. 1-3

<sup>940</sup> Vgl. BayHStA, NL Vorndran, Nr. XII.4, darin: Interview von Herrn Staatssekretär Dr. Wilhelm Vorndran mit Herrn Schmiedel, Deutschlandsender, AZ. A III 7, vom 7. März 1990, S. 1-3

<sup>941</sup> Vgl. ebenda, S. 2

den Artikel 23 ausgesprochen hatte.<sup>942</sup> Dabei war einer der deutlichsten Befürworter für einen Weg zur deutschen Einheit über diesen Verfassungsartikel der bayerische Innenminister Stoiber.<sup>943</sup>

Ganz im Sinne eines Beitritts der DDR zum Grundgesetz gemäß des Artikel 23 äußerte sich Ministerpräsident Streibl bei seiner Rede anlässlich des Wahlkampfauftakts seiner Partei in München am 14. September 1990. Dabei betonte Streibl die Notwendigkeit des Beitritts der DDR zum Grundgesetz und verwies gleichzeitig auf die Risiken einer neuen Verfassung, welche die Alternative des Artikel 146 des Grundgesetzes vorsah:

„Ich warne vor jedem Herumexperimentieren am Grundgesetz. Unsere Verfassung hat sich in über 40 Jahren hervorragend bewährt. Sie darf nicht verwässert oder durch mehr Zentralismus und mehr Sozialismus verfälscht werden.

Die CSU steht in ganz Deutschland für eine Politik, die sich konsequent an den zentralen Werten des christlichen Abendlandes orientiert. Die CSU ist dafür bekannt, dass sie entschlossen zu ihren Grundsätzen steht und sie mutig gegen alle Angriffe verteidigt.“<sup>944</sup>

An dieser Rede Streibls wird besonders das Ziel der Bewahrung des Grundgesetzes für ein wiedervereinigtes Deutschland deutlich.

Gleichwohl engagierte sich die CSU auf dem Gebiet der DDR für eine Einigung über den Artikel 23 des Grundgesetzes und nutzte dazu zahlreiche Wahlkampfauftritte, um bei der Bevölkerung der künftigen neuen Bundesländer für diesen Weg zu werben. So führte Staatsminister Simon Nüssel anlässlich einer Wahlversammlung im thüringischen Königssee zwei Tage vor der Volkskammerwahl zur Frage nach dem richtigen Weg zur Wiederherstellung der deutschen Einheit aus:

„Unterschiedliche Auffassungen bestehen in den politischen Lagern über den formalen Weg der Vereinigung. Die CSU hat sich von Anfang an für einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Grundgesetz Art. 23 ausgesprochen. Der Fraktionsvorstand von CDU und CSU hat am vergangenen Freitag seine ‚Dresdner Erklärung‘ verabschiedet.

---

<sup>942</sup> Vgl. Vgl. BayHStA, NL Johann Böhm, Nr. 94, darin: Musterrede für den Wahlkampf in der DDR, Hg. von der CSU-Landesleitung, Februar 1990, S. 7

<sup>943</sup> Vgl. Stoiber: Weil die Welt sich ändert, S. 112

<sup>944</sup> BayHStA, NL Streibl, Nr. 642, darin: Rede Ministerpräsident Max Streibl anlässlich des Wahlkampfauftakts der CSU am 14. September 1990 in München, S. 23. Ähnlich hatte sich Ministerpräsident Streibl schon im Mai 1990 gegenüber der Justizminister der Länder geäußert, in dem er das Grundgesetz als kostbares Gut, das nicht angetastet werden sollte, bezeichnete. Vgl. BayHStA, NL Streibl, Nr. 560, darin: Begrüßung Ministerpräsident Max Streibl anlässlich der Konferenz der Justizminister und Senatoren der Länder am 29. Mai 1990 in der Münchner Residenz, S. 16

Darin heißt es, der ‚Einheitliche deutsche Bundesstaat‘ solle auf dem Weg des Artikels 23 verwirklicht werden, um die freiheitlichste und demokratischste Verfassungsordnung, die es je in einem deutschen Staat gab, für alle Deutschen zu sichern.<sup>945</sup>

Nur die Vereinigung über den Artikel 23, so Nüssel weiter, sichere eine zügige Wiedervereinigung beider Teile Deutschlands und verhindere zudem Verunsicherungen bei den westdeutschen Bürgerinnen und Bürgern. Zudem sei der Ausgang einer verfassungsgebenden Versammlung, wie diesen die SPD fordere, ungewiss und würde den schnellst möglichen Beginn des wirtschaftlichen Aufbaus der DDR verzögern.<sup>946</sup>

Ministerpräsident Streibl betonte bei einer Kundgebung der DSU in Dresden, dass der Weg zur deutschen Einheit über den Artikel 23 zugleich ein Bekenntnis für die freiheitlich-demokratische Staatsordnung der Bundesrepublik sei, die von der CSU von Anfang an vorgeschlagen worden wäre.<sup>947</sup>

Bei den Verhandlungen über den Einigungsvertrag setzte die Bayerische Staatsregierung ebenfalls auf eine Einigung über den Artikel 23. Dabei forderte Bayern bei den Gesprächen über den dafür notwendigen Vertrag die Beteiligung der Länder. Zudem sollten mögliche Änderungen des Grundgesetzes auf ein Minimum reduziert werden.<sup>948</sup> Dies konnte dann auch so in den Gesprächen mit der DDR-Regierung umgesetzt werden.<sup>949</sup>

Anlässlich der Festsitzung des bayerischen Kabinetts am Tag vor der Wiedervereinigung betonte Ministerpräsident Streibl nochmals, dass es die Bayerische Staatsregierung gewesen sei, die sich von Anfang an für einen Weg zur Wiedervereinigung über den Artikel 23 des Grundgesetzes ausgesprochen hatte.<sup>950</sup>

Mit Blick auf die Zielsetzung der CSU, wie es zur deutschen Einheit kommen sollte, ist somit festzustellen, dass diese von Beginn an den Weg über den Artikel 23, also den Beitritt der DDR zum Grundgesetz, beschreiten wollte. Dabei zählte es zur Strategie der CSU die staatsrechtliche Ordnung des Grundgesetzes auch für ein wiedervereinigtes

---

<sup>945</sup> BayHStA, NL Nüssel, Nr. 63, darin: Rede von Staatsminister Simon Nüssel anlässlich einer Wahlkampfveranstaltung in der DDR am 16. März 1990 in Königssee (Thüringen), S. 25

<sup>946</sup> Vgl. ebenda, S. 26

<sup>947</sup> Vgl. BayHStA, NL Streibl, Nr. 648, darin: Rede des Herrn Ministerpräsidenten Dr. h. c. Max Streibl bei einer Kundgebung der DSU in Dresden am 19. September 1990, S. 8

<sup>948</sup> Vgl. BayHStA, NL Vorndran, Nr. 10, darin: Aktenvermerk zum Jour fixe am 18. Juni 1990, AZ: A I 1, S. 2-3

<sup>949</sup> Vgl. BayHStA, NL Vorndran, Nr. XII.4, darin: Aktenvermerk zum Vertrag über die deutsche Einheit zu den Verhandlungen in Bonn und Ostberlin am 5. und 6. Juli 1990, S. 2

<sup>950</sup> Vgl. BayHStA, NL Streibl, Nr. 651, darin: Rede Ministerpräsident Streibl anlässlich der festlichen Kabinettsitzung zur Wiedervereinigung Deutschlands am 2. Oktober 1990 in München, S. 3

Deutschland zu erhalten und somit zugleich eine neue Verfassung zu verhindern, beziehungsweise Änderungen am Grundgesetz so gering wie möglich zu halten.

#### *4.4.3 Die Bundestagsdebatte zum Einigungsvertrag vom 20. September 1990 und das Votum des Bundesrats vom Folgetag*

Am 20. September 1990 standen in den beiden deutschen Parlamenten, dem Bundestag und der Volkskammer der DDR die abschließende Behandlung des Gesetzes zum Einigungsvertrag an. Das Parlament der DDR stimmte dabei mit 299 von 380 abgegebenen Stimmen für den Einigungsvertrag.<sup>951</sup>

Der Bundestag debattierte in einer mehrstündigen Plenarsitzung über den Einheitsvertrag. Die Regierungserklärung zur Einbringung des Gesetzes übernahm Bundesaußenminister und Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher. Dabei betonte der FDP-Politiker die Einbettung des Einigungsvertrages in die internationalen Verträge, welche insbesondere mit den vier Mächten, USA, UdSSR, Frankreich und Großbritannien geschlossen wurden, und versicherte ein künftiges außenpolitisches Handeln des wiedervereinigten Deutschlands auf den Grundwerten des Grundgesetzes.<sup>952</sup> SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine übte in seiner Rede heftige Kritik an der Politik der schwarz-gelben Bundesregierung gegenüber der DDR, wobei er insbesondere die Wirtschafts- und Sozialpolitik kritisierte, da diese aus seiner Sicht für die innere Einheit Deutschlands von zentraler Bedeutung sei.<sup>953</sup> Außerdem betonte Lafontaine, als Konter auf einen Zwischenruf des CSU-Landesgruppenvorsitzenden Wolfgang Bötsch, dass eine künftige Verfassung der Zustimmung des Volkes bedürfe.<sup>954</sup> Die Erwiderung der Bundesregierung auf Lafontaine übernahm Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, der seinem Vorredner eine Themaverfehlung vorwarf, da dieser nicht darauf eingegangen sei, ob er für oder gegen den Einigungsvertrag sei.<sup>955</sup>

Als Hauptredner der CSU trat der Bundestagsvizepräsident Richard Stücklen auf, der sich mit dieser Rede nach über vier Jahrzehnten Parlamentszugehörigkeit zugleich aus dem Bundestag verabschiedet. Kernaussage mit Blick auf die Deutschlandpolitik und den Weg zur Einheit war ein klares Plädoyer für die Wiedervereinigung durch den

---

<sup>951</sup> Vgl. Volkskammer: Stenographische Berichte, vom 20. September 1990, S. 1759

<sup>952</sup> Vgl. Bundestag: Stenographische Berichte, vom 20. September 1990, S. 17803-17807

<sup>953</sup> Vgl. ebenda, S. 17813-17816

<sup>954</sup> Vgl. ebenda, S. 17811

<sup>955</sup> Vgl. ebenda, S. 17816

Beitritt der DDR zum Grundgesetz nach Artikel 23. Dazu führte Stücklen folgendes aus:

„Durch das Verfahren des Beitritts gemäß **Art. 23 des Grundgesetzes** [Hervorhebung im Original] gilt das Grundgesetz mit einigen unumgänglichen Änderungen im geeinten Deutschland weiter. Selbstverständlich wäre es legitim, im neuen gesamtdeutschen Parlament über einzelne Artikel oder auch über die **Verfassung** [Hervorhebung im Original] insgesamt eine Diskussion zu führen. Gleichwohl hielt ich es für gefährlich, wenn man meinen würde, die in das Grundgesetz reichhaltig und stabilisierend eingeflossenen Erfahrungen von Weimar mit zunehmendem zeitlichen Abstand vernachlässigen zu können. [...]

Wir sollten nie vergessen, dass sich das Grundgesetz, das wir haben, in den letzten 40 Jahren in hervorragender Weise bewährt hat. [...]

Wir hatten noch nie eine bessere Verfassung.“<sup>956</sup>

Mit einer überwältigenden Mehrheit von 440 zu 47 Stimmen bei drei Enthaltungen stimmte der Bundestag dem Gesetz zum Einigungsvertrag zu.<sup>957</sup>

Am 21. September 1990, einem Tag nach dem Bundestag und der Volkskammer, befasste sich der Bundesrat mit dem Gesetz zum Einigungsvertrag. Als Vertreter der Bundesregierung warb Bundesinnenminister Schäuble eingangs nochmals für die Zustimmung des Bundesrats zum Einigungsvertrag und verband seine Ausführung mit dem Dank an die Länder für deren konstruktive Mitarbeit bei den Beratungen.<sup>958</sup>

Für die SPD geführten Bundesländer führte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau die Position seiner Partei aus. Dabei betonte er, bezüglich des Weges zur Einheit, dass er den Einigungsvertrag so verstehe, dass das Grundgesetz zu einer gesamtdeutschen Verfassung fortentwickelt werden sollte, die am Ende durch eine Volksabstimmung legitimiert werden sollte.<sup>959</sup>

Für den Freistaat Bayern trat in dieser Sitzung der Länderkammer Ministerpräsident Streibl ans Rednerpult. Eingangs verwies Streibl dabei auf den Einsatz Bayerns um das Offenhalten der deutschen Frage, was insbesondere durch die Klage gegen den Grundlagenvertrag erreicht worden sei und ohne die die Wiedervereinigung nicht in der

---

<sup>956</sup> Ebenda, S. 17885

<sup>957</sup> Vgl. ebenda, S. 17896. Unter den Gegenstimmen waren auch fünf Abgeordnete der CSU Landesgruppe. Vgl. ebenda, S. 17898

<sup>958</sup> Vgl. Bundesrat: Stenographische Berichte, vom 21. September 1990, S. 491-493

<sup>959</sup> Vgl. ebenda, S. 494



nun vorliegenden Form möglich wäre.<sup>960</sup> Direkt auf die von Johannes Rau wiederholte Forderung der SPD nach der Schaffung einer neuen Verfassung durch eine Volksabstimmung entgegnete der bayerische Ministerpräsident:

„Herr Kollege Rau, das **Grundgesetz** [Hervorhebung im Original] hat sich bewährt. Ich bin eigentlich dafür dankbar, dass wir die Änderungen auf das Nötigste beschränkt haben. Wenn wir eine neue Verfassung schaffen wollen [...] kann das nur mit Zweidrittelmehrheit geschehen. [...] Ich habe von meinem Aufenthalt drüben den Eindruck mitgenommen, dass man dort mit dem Grundgesetz sehr zufrieden ist. Es ist die freiheitlichste Verfassung, die es je auf deutschem Boden gegeben hat, und wird es weiter bleiben.“<sup>961</sup>

Zudem verwies Streibl abschließend nochmals auf seine Forderung nach der Schaffung einer dritten europäischen Ebene, die der Stärkung des föderativen Staatsaufbaus und der deutschen Länder dienen sollte.<sup>962</sup>

Nach der weiteren Debatte konnte der die Sitzung leitende Vizepräsident des Bundesrates, Ministerpräsident Björn Engholm das einstimmige Abstimmungsergebnis der Länderkammer zum Einigungsvertrag verkünden.<sup>963</sup>

Blickt man abschließend auf die Entwicklung der Deutschlandpolitik der CSU seit Beginn der Wendephase 1989/90, so ist festzustellen, dass die CSU gezwungen war, ihren Kurs zu wandeln. War der Kern ihres Kurses in diesem Politikfeld die Abwehr von staats- und völkerrechtlichen Zugeständnissen an die DDR und die Verteidigung des im Grundgesetz verbrieften Verfassungsziels der Wiedervereinigung Deutschlands, so musste sie sich nun mit der Frage, wie ein künftig wiedervereinigtes Deutschland gestaltet werden sollte auseinandersetzen. Hierbei war es die Kernforderung der CSU, dass die staatliche Einheit über den Artikel 23 des Grundgesetzes hergestellt werden sollte. Dadurch entschied man sich bewusst dafür, die bewährte bundesrepublikanische Ordnung Deutschlands mit ihrem föderativen Charakter auch in einem wiedervereinigten Land zu erhalten. Dabei gilt es auch festzustellen, dass die CSU mit ihrem Kurs in dieser Frage einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung der deutschen Einheit geleistet hat.

---

<sup>960</sup> Vgl. ebenda, S. 499. Das Originalmanuskript der Rede Streibl findet sich in dessen Nachlass. Vgl. BayHStA, NL Streibl, Nr. 650, Rede von Ministerpräsident Max Streibl anlässlich der Verabschiedung des Einigungsvertrags durch den Bundesrat am 21. September 1990

<sup>961</sup> Ebenda, S. 499/500

<sup>962</sup> Vgl. ebenda, S. 502

<sup>963</sup> Vgl. ebenda, S. 506

## 4.5 Sicherstellung des Einflusses der CSU im vereinten Deutschland: Das parteipolitische Engagement der CSU in der DDR bzw. den neuen Ländern – Das „Experiment“ DSU

### *4.5.1 Die Anfänge der DSU und der Beginn der Zusammenarbeit mit der CSU*

Eine weitere wichtige Komponente der Deutschlandpolitik der CSU waren ihre Aktivitäten auf dem Gebiet der DDR in der Folge des Mauerfalls und die daraus resultierende Zusammenarbeit mit der DSU. Dieses Engagement der CSU in Ostdeutschland ist dabei in einem Zusammenhang mit den seit dem 9. November 1989 sich anbahnenden Kooperationen der übrigen westdeutschen Parteien mit deren ostdeutschen Gegenstück in den Blockparteien, zu sehen.<sup>964</sup> Dieser Einsatz der CSU zur Sicherung ihres Einflusses im vereinten Deutschland war, neben dem in Kapitel 4.4 dargestellten Engagement um die Gestaltung des künftig wiedervereinigten Landes die zweite Herausforderung, vor die die CSU durch den Umbruch in der DDR gestellt wurde.

Im Umfeld der Montagsdemonstrationen und des Mauerfalls im November 1989 entstanden in der gesamten DDR mehrere neue Gruppierungen, die zu einem großen Teil aus den Demonstrationsbewegungen hervorgingen. Ab diesem Zeitpunkt begann die Opposition innerhalb des SED-Staates sich zunehmend in unterschiedliche Gemeinschaften und Gruppierungen auszudifferenzieren.<sup>965</sup> In diesem Zusammenhang kam es bereits Ende September 1989 in Leipzig zu einer zunächst informellen Sammlung um den evangelischen Pfarrer Hans-Wilhelm Ebeling, die schließlich in der Gründung der Christlich-Sozialen Partei Deutschlands (CSPD) mündete.<sup>966</sup> Ebenfalls in den letzten Monaten des Jahres 1989 entstand im thüringischen Suhl die Forum-Partei Thüringen (FPT) mit Paul Lautussek und dem Mathematik-Professor Hansjoachim Walther, wobei als bedeutender Vertreter der CSU deren Gründung bereits der Bundestagsabgeordnete Eduard Lintner beigewohnt hatte.<sup>967</sup> Eine weitere Wurzel der späteren DSU lag in der CSU in Sachsen, die unter der Führung von Joachim Nowack entstanden war.<sup>968</sup> Neben diesen drei größeren Bewegungen entstanden weitere

---

<sup>964</sup> Vgl. Richter: *Bildung der Allianz für Deutschland*, S. 341

<sup>965</sup> Vgl. Eith: *Parteien*, S. 622

<sup>966</sup> Vgl. Kießling: *Die CSU*, S. 170; vgl. ebenso Jäger / Walter: *Allianz für Deutschland*, S. 149/150; vgl. auch Weiss: *Die Rolle der DSU*, S. 246

<sup>967</sup> Vgl. Schulze: *Kleinparteien in Deutschland*, S. 176; vgl. auch Jäger / Walter: *Allianz für Deutschland*, S. 156

<sup>968</sup> Vgl. ebenda, S. 155

Gruppierungen, die dem konservativen Spektrum zugerechnet werden konnten, jedoch eine insgesamt starke Zersplitterung aufwiesen.

Der Kontakt zur bayerischen CSU entstand bereits in den Monaten von Oktober bis Dezember 1989. So ließ der CSU-Vorsitzende Theo Waigel bereits Ende Oktober 1989 durchblicken, dass er zu einer Zusammenarbeit mit einer Partei in der DDR bereit sei, ohne dies jedoch zu präzisieren.<sup>969</sup> In diesem Zusammenhang entstand ein eigenes Referat für eine Ost-CSU, welches sich später mit der Unterstützung der DSU befasste, jedoch zielte dieses bis zum Jahresende 1989 primär darauf ab, die unkontrollierte und unkoordinierte Gründung von CSU-Verbänden in den neuen Ländern zu vermeiden, zumal man nicht willens war, die eigene Partei in die DDR auszudehnen.<sup>970</sup> Auch seitens der unterschiedlichen Gruppierungen in der DDR wurde der Kontakt zu der bayerischen Unionspartei gesucht.<sup>971</sup> Das Vortasten der CSU auf dem Gebiet der DDR war dabei anfangs sehr vorsichtig und erfolgte zu großen Teilen unter dem Mantel der Verschwiegenheit. So wandte sich CSU-Generalsekretär Erwin Huber im Dezember 1989 mit einem vertraulichen Schreiben an die Bezirks- und Kreisvorsitzenden der CSU, in dem er diesen die Lage der Partei und die Kontaktsuche seitens unterschiedlicher Gruppen aus der DDR schilderte.<sup>972</sup> Huber machte dabei deutlich, dass sich die Christ-Sozialen noch im Entscheidungsprozess über die Unterstützung eines künftigen Partners befanden:

„Welche Partei oder welche Parteien die CSU konkret unterstützen wird, kann erst dann entschieden werden, wenn sich die unübersichtlich vielen Lokalinitiativen wenigstens bis zu einem gewissen Grad formiert haben. Die Vorbereitungen für diese Unterstützung müssen aber bereits jetzt anlaufen.

Deshalb möchte ich Sie bitten, uns sämtliche Aktivitäten zu melden, die Ihr Bezirks- oder Kreisverband oder eine seiner Gliederungen in Richtung DDR bereits unternommen hat oder zu unternehmen beabsichtigt.

Als Ansprechpartner steht Ihnen der Referent für Deutschlandpolitik, Herr Manfred Kittel, [...] zur Verfügung. Bitte versuchen Sie, bei Begegnungen Aufschluss über die

---

<sup>969</sup> Vgl. Schulze: Kleinparteien in Deutschland, S. 176; vgl. auch Jäger / Walter: Allianz für Deutschland, S. 152

<sup>970</sup> Vgl. Kießling: Die CSU, S. 171. Die, im ACSP überlieferten Akten zu diesem Referat sind, wie im Kapitel 1.4 dargestellt, noch nicht erschlossen und daher nicht zugänglich.

<sup>971</sup> Vgl. Stoiber: Weil die Welt sich ändert, S. 108

<sup>972</sup> Vgl. BayHStA, NL Johann Böhm, Nr. 94, darin: persönlich/vertrauliches Schreiben des CSU-Generalsekretärs Erwin Huber vom 14. Dezember 1989 an die Bezirks- und Kreisvorsitzenden der CSU, S. 1

politischen Vorstellungen und die personelle Stärke von Gruppen sowie Adressen von Sympathisanten zu bekommen.“<sup>973</sup>

Einzelne Politiker der CSU nutzten die Möglichkeit der Kontaktaufnahme und der Aktivität gerade im Bereich der deutsch-deutschen Grenze, wie aus dem Schreiben Hubers hervorgeht. Aber auch andere führende Köpfe der CSU waren in der damaligen DDR aktiv. So sprach beispielsweise der bayerische Innenminister Edmund Stoiber auf einer der Montagsdemonstrationen in Dresden im Oktober 1989 sowie ein weiteres Mal auf Einladung des Bischofs von Dresden und Meißen in dessen Bischofskirche, der katholischen Hofkirche der sächsischen Landeshauptstadt.<sup>974</sup>

Schließlich kam es auf Vermittlung des Vorsitzenden der Jungen Union Bayern, Gerd Müller, am 15. Dezember 1989 zu einem Spitzentreffen zwischen dem Vorsitzenden Ebeling und seinem Generalsekretär Peter-Michael Diestel, an dem von CSU Seite Ministerpräsident Streibl, Generalsekretär Erwin Huber, der stellvertretende Parteivorsitzende Jürgen Warnke sowie der Vorsitzender der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung, Otto Wiesheu, teilnahmen. Nach dem Gespräch wurde seitens der CSU in der CSPD eine mögliche Schwesterpartei gesehen, jedoch kam es noch zu keiner Vorfestlegung.<sup>975</sup>

Gerade im thematischen Bereich bestand bei diesem ersten Treffen zwischen den Vertretern der CSU und der CSPD zum Teil deutlicher Dissens. Während man in den wirtschaftlichen Fragen einen Konsens erzielen konnte, bildete insbesondere die Problematik der Grenzen eines wiedervereinigten Deutschlands einen entscheidenden Knackpunkt, da hier die Vertreter der CSPD lediglich auf eine Konföderation der Bundesrepublik und der DDR abzielten, während die CSU an dem Gedanken der Grenzen des Jahres 1937 festhielt.<sup>976</sup>

Auf die bayerische Volkspartei wirkte das Agieren der neuentstehenden Konservativen um die Jahreswende 1989/90 insgesamt noch stark unkoordiniert, weshalb man sich seitens der CSU anschickte, das bis dahin stark fragmentierte

---

<sup>973</sup> Ebenda, S. 1/2. Auch Edmund Stoiber erinnert sich daran, dass gerade der Bürobedarf von Seiten der Aktivisten in der DDR gefragt war. Vgl. Stoiber: Weil die Welt sich ändert, S. 108/109

<sup>974</sup> Vgl. ebenda, S. 109 sowie S. 111

<sup>975</sup> Vgl. Jäger / Walter: Allianz für Deutschland, S. 153. Ebeling hielt zu dieser Zeit auch Kontakt zur CDU, wie ein Treffen mit Bundeskanzler Kohl im November 1989 belegt. Vgl. Kohl: Erinnerungen, Bd. 3, S. 39. Vgl. auch Kohl: Vom Mauerfall zur Wiedervereinigung, S. 180. Dies wird auch durch einen einschlägigen Vermerk über ein Gespräch Kohls mit Vertretern der oppositionellen Bewegung der DDR vom 20. Dezember 1989 belegt. Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik – Deutsche Einheit, Nr. 130, S. 673

<sup>976</sup> Vgl. Kießling: Die CSU, S. 171

konservative Potential in einer politischen Kraft zusammenzufassen.<sup>977</sup> Dieses Bemühen der CSU führte schließlich am 20. Januar 1990 zum Erfolg. An diesem Tag schlossen sich insgesamt 13 Gruppierungen zur neuen Deutschen Sozialen Union (DSU) zusammen.<sup>978</sup> Damit war die ostdeutsche Schwesterpartei der CSU die jüngste Oppositionspartei der DDR.<sup>979</sup> Der Zusammenschluss aus der CSPD, der CSU in Sachsen, FPT, der Freien Deutschen Union (FDU), der Christlich-Demokratisch Sozialen Union (CDSU), der Christlich Sozialen Vereinigung (CSV), der Deutschen Friedensunion (DeFu), der Fortschrittlichen Volkspartei (FVP), der Jungen Union (JU), der Sozial-Bürgerlichen Union (SBU), der Deutschen Forumspartei (DFP) und der Volksunion Sachsen (VUS) wählte den bisherigen Vorsitzenden der CSPD, Ebeling, zu ihrem Vorsitzenden, den Posten des Generalsekretärs bekleidete Peter-Michael Diestel.<sup>980</sup> Erklärtes programmatisches Ziel war es dabei, radikal mit der DDR-Vergangenheit zu brechen, wie es der neue Bundesvorsitzende Ebeling erklärte.<sup>981</sup>

Zugleich kam es bei dieser Versammlung im Leipziger Gasthof Goldene Krone zu einer weiteren bedeutenden Entscheidung. Die, insbesondere vom bisherigen Vorsitzenden der CSU in Sachsen, Nowack, forcierte Benennung der neuen Partei als CSU, was auch vielen Mitgliedern aus der Seele gesprochen hätte, kam nicht zustande. Verantwortlich dafür war vor allem die klare Aussage der bayerischen Vertreter, dass diese nicht bereit waren, eine Partei gleichen Namens in den neuen Ländern zu unterstützen.<sup>982</sup> Dabei verstand sich die DSU in der Phase ihrer Gründung als Schwesterpartei der CSU wie auch der CDU. Dies wird unter anderem an den Ausführungen ihres Generalsekretärs Peter-Michael Diestel anlässlich einer Tagung an der Düsseldorfer Heinrich-Heine-Universität deutlich:

„Wir verstehen uns als Schwesterpartei der CSU in Bayern und der CDU in der Bundesrepublik. Hier besteht eine sehr enge Zusammenarbeit. Und ich möchte vielleicht noch darüber informieren, dass dieser Zusammenschluss am 20. Januar in

---

<sup>977</sup> Vgl. Jäger / Walter: Allianz für Deutschland, S. 157; vgl. auch Schulze: Kleinparteien in Deutschland, S. 176

<sup>978</sup> Vgl. Weiss: Die Rolle der DSU, S. 247; vgl. auch Leersch: Die CSU, S. 24

<sup>979</sup> Vgl. Rödder: Deutschland einig Vaterland, S. 218

<sup>980</sup> Vgl. Jäger / Walter: Allianz für Deutschland, S. 159-161. Wie Andreas Schulze zu Recht anmerkt, waren diese beiden, Ebeling und Diestel, die beiden bedeutendsten Persönlichkeiten in der Gründungsphase der DSU. Vgl. Schulze: Deutsche Soziale Union, S. 244

<sup>981</sup> Vgl. Leuthner: Die politischen und wirtschaftlichen Initiativen des Freistaats Bayern, S. 71

<sup>982</sup> Vgl. Weiss: die Rolle der DSU, S. 247; vgl. auch Jäger / Walter: Allianz für Deutschland, S. 159/160

Leipzig natürlich unser ureigenstes Anliegen war, aber nur mit Unterstützung dieser beiden Schwesterparteien erfolgen konnte.“<sup>983</sup>

Zwei Tage nach dem formellen Zusammenschluss der bisher 13 unterschiedlichen Gruppierungen erfolgte dann die Begründung der Verbindung mit der bayerischen Schwesterpartei. Am 22. Januar 1990 beschloss der Landesvorstand der CSU, der neuentstandenen DSU beim anstehenden Volkskammerwahlkampf in der DDR sowohl ideell als auch materiell unter die Arme zu greifen.<sup>984</sup> Die CSU war nach dem Gründungsparteitag der DSU bemüht, ihre Kontakte in die DDR weiter zu spinnen und, wenn möglich, zu intensivieren. Darauf deutet unter anderem ein vertraulicher Meinungsaustausch von CSU-Spitzenpolitikern am 27. Januar 1990 in Kloster Banz hin.<sup>985</sup>

In der Folge gelang es der DSU zwar, in fast jeden der DDR Bezirke einen eigenen Vorsitzenden zu benennen, doch blieben die strukturellen und organisatorischen Schwächen zunächst bestehen.<sup>986</sup> So fehlte es der DSU insbesondere an einer flächendeckenden Parteiinfrastruktur mit entsprechend ausgestatteten Büros und teilweise auch an den dafür unentbehrlichen Kommunikationsmitteln.<sup>987</sup> Programmatisch war die Ausrichtung indes schnell erfolgt.

Die zentralen Ziele der DSU waren demnach die schnelle Umsetzung der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, eine nach den Grundsätzen des Christentums aufgebaute Gesellschaft sowie die Einführung der sozialen Marktwirtschaft in der DDR.<sup>988</sup>

Der offizielle Gründungsparteitag der DSU fand einen Monat später in der Leipziger Oper statt. Dabei bemerkt Wolfgang Jäger zu Recht, dass diese Versammlung deutlich die Handschrift der CSU trug, so waren nicht nur der Slogan der CSU „Freiheit statt Sozialismus“, sondern auch das damals grün-blau-weiße Layout der CSU-Werbelinie übernommen worden. Die organisatorische Federführung der CSU zeigte sich zudem

---

<sup>983</sup> Diestel: Konservative wandeln die DDR, S. 56

<sup>984</sup> Vgl. Kießling: Die CSU, S. 176; Vgl. BayHStA, NL Johann Böhm, Nr. 94, darin: Rundschreiben des CSU-Generalsekretärs Erwin Huber an die Mitglieder der CSU-Landtagsfraktion vom 25. Januar 1990, S. 1

<sup>985</sup> Vgl. BayHStA, NL Vorndran, Nr. XII.4, darin: Schreiben von CSU-Generalsekretär Erwin Huber an Staatssekretär Wilhelm Vorndran mit Einladung zu einem Erfahrungsaustausch in Kloster Banz vom 24. Januar 1990

<sup>986</sup> Vgl. Weiss: Die Rolle der DSU, S. 248

<sup>987</sup> Vgl. Vgl. BayHStA, NL Johann Böhm, Nr. 94, darin: Schreiben des Bezirksgeschäftsführers der CSU Unterfranken an die Mitglieder des Bezirksvorstandes und die Abgeordneten vom 16. Februar 1990 sowie ein Schreiben des Bezirksgeschäftsführers der CSU Unterfranken an die Bundeswahlkreis Konferenzen vom 13. Februar 1990

<sup>988</sup> Vgl. Diestel: Konservative wandeln die DDR, S. 55/56

darin, dass praktisch die vollständige Parteispitze der Christlich-Sozialen zum Parteitag der neuen Schwesterpartei angereist war.<sup>989</sup>

Die Angaben der Mitgliederzahlen der DSU schwanken deutlich. Fakt dürfte sein, dass sie ihren Höchststand wohl im ersten und zweiten Quartal des Jahres 1990 erreicht haben dürften. Die Zahlen schwanken dabei zwischen rund 10.000 und 40.000 Mitgliedern.<sup>990</sup> Kurz nach der Gründung, am 24. Januar 1990 nannte DSU-Generalsekretär Peter-Michael Diestel zwar keine Gesamtzahl an Parteimitgliedern, bezifferte jedoch die Zahl der Mitglieder der DSPD, welche in der DSU aufgegangen war, auf rund 15.000.<sup>991</sup> Ob diese Zahl jedoch den Tatsachen entsprach oder aus taktischen Erwägungen in dieser Höhe genannt wurde, bleibt fraglich.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass es im Rahmen der Entstehung einer beinahe endlosen Flut an politisch aktiven Gruppierungen in der DDR in nach dem Mauerfall der CSU gelungen war, einen für die bayerische Volkspartei passenden Partner zu finden, indem es ihr gelang, entsprechende Kräfte des konservativen Spektrums zu sammeln. Der Aufbau einer stabilen und tragfähigen Parteistruktur erwies sich aufgrund der hohen Dynamik des politischen Umbruchs und der Geschwindigkeit, mit der es zu Neuwahlen in der DDR kommen sollte, als äußerst problematisch.

#### *4.5.2 Die Gründe für das Engagement der CSU in Ostdeutschland*

Im Zusammenhang mit der Entstehung der DSU drängt sich die Frage nach den Gründen für das Engagement der CSU in Ostdeutschland förmlich auf. Worin gründete sich die Motivation, dass sich die CSU aus ihrem angestammten Land Bayern hinaus ideell und finanziell einbrachte?

Im Großen und Ganzen finden sich die Gründe für das Engagement der CSU in der DDR vor allem in den im Kapitel 4.1.3 dargelegten Punkten. So war mit einem natürlichen Gewichtsverlust in einer größer werdenden Bundesrepublik der lediglich in Bayern antretenden CSU zu rechnen.<sup>992</sup> Andreas Kießling bringt die parteipolitischen Konsequenzen einer deutschen Wiedervereinigung mit einer Gleichung auf einen

---

<sup>989</sup> Vgl. Jäger / Walter: Allianz für Deutschland, S. 168; vgl. auch Kießling: Die CSU, S. 177; vgl. ebenso BayHStA, NL Johann Böhm, Nr. 94, darin: Rundschreiben des CSU-Generalsekretärs Erwin Huber an die Mitglieder der CSU-Landtagsfraktion vom 7. Februar 1990, S. 1

<sup>990</sup> Roman Leuthner beziffert in seiner Arbeit die Zahl der Mitglieder der DSU auf 40.000. Vgl. Leuthner: Die politischen und wirtschaftlichen Initiativen des Freistaats Bayern, S. 71. Wolfgang Jäger geht hingegen von einer Mitgliederzahl zum selben Zeitpunkt von 10.000 Mitgliedern aus. Vgl. Jäger / Walter: Allianz für Deutschland, S. 185

<sup>991</sup> Vgl. Diestel: Konservative wandeln die DDR, S. 56

<sup>992</sup> Vgl. Kock/Treml: Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 492

Nenner: „Größeres Wahlgebiet = Einflussverlust der CSU“<sup>993</sup>. Somit sollte durch das Engagement in der DDR gewissermaßen ein zweites Standbein für die CSU geschaffen werden, welches der Sicherung ihres bundesweiten Einflusses dienen sollte.<sup>994</sup>

Um diesen Verlust an Einfluss zu kompensieren, gab es im Wesentlichen zwei zentrale Optionen, welche sich für die CSU anboten. Nach der Analyse von Andreas Kießling gab es einerseits die von Teilen der Landtagsfraktion und der Staatsregierung bevorzugte Ausdehnung der CSU auf weitere Teile Deutschlands, insbesondere auf die DDR, was jedoch zu einem offenen Konflikt mit der Schwesterpartei CDU geführt hätte. Zum anderen gab es die vor allem von der Landesgruppe in Bonn befürwortete und auch von der Münchner Parteizentrale unterstützte Option der Unterstützung einer neuen Schwesterpartei in der DDR, was den zusätzlichen Vorteil bot, dass dadurch ein drohender Konflikt mit den Christ-Demokraten umgangen werden konnte.<sup>995</sup>

Gerade die Position des CSU-Vorsitzenden Theo Waigel in dieser Frage kann durch ein Interview Kießlings mit dem damaligen Parteichef deutlich dargestellt werden:

„In den neuen Ländern bestand ein starkes Bedürfnis nach der CSU. [...] am liebsten hätten verschiedene Gruppierungen in Sachsen, Thüringen sofort die CSU gegründet. Das hätte natürlich zu genau den Dingen geführt, die wir vermeiden wollten, was ja auch nach 1976, nach Kreuth, seinen Sinn verloren hatte. Es gab viele Bürger, die mit der CDU nichts zu tun haben wollten, weil sie ja früher eine Blockpartei war. Die CSU als eine unverbrauchte, unbelastete Partei mit der Nähe von Bayern zu Sachsen oder Thüringen, die hätten sie gerne gehabt. Dann haben wir uns überlegt, wie wäre es denn, wenn dort in den neuen Bundesländern – mindestens in Sachsen oder Thüringen – eine regional verwurzelte Partei entstünde, die sich der Probleme der ostdeutschen Länder stärker annehmen kann als jede andere. Das war der Gedanke.“<sup>996</sup>

In ganz ähnlicher Weise hatte Waigel schon auf dem Parteitag der CSU im Juli 1990 argumentiert. Dabei erläuterte er zunächst die zentralen Gründe, die gegen eine Ausdehnung seiner Partei über die Grenzen Bayerns hinaus sprachen. So hätte es erstens Reibungsverluste durch die direkte Konkurrenz von CSU und CDU gegeben, deren Folgen für alle Beteiligten nicht kalkulierbar seien, zweitens ginge die über Jahrzehnte aufgebaute und gewachsene Identifikation der CSU mit dem Freistaat Bayern verloren und drittens sei eine Aufsplitterung der konservativen Kräfte kein

---

<sup>993</sup> Kießling: Die CSU, S. 173

<sup>994</sup> Vgl. Leuthner: Die politischen und wirtschaftlichen Initiativen des Freistaats Bayern, S. 70

<sup>995</sup> Vgl. Kießling: Die CSU, S. 173/174; vgl. auch Mintzel: Die Christlich-Soziale Union in Bayern e. V., S. 258

<sup>996</sup> Kießling: Die CSU, S. 174; vgl. auch Jäger / Walter: Allianz für Deutschland, S. 158



Garant für stabile Mehrheiten, was die Situation in mehreren westeuropäischen Staaten gezeigt habe.<sup>997</sup> Daher sei es, so Waigel, die einzige realistische Alternative, eine eigene Schwesterpartei der CSU in den neuen Ländern zu unterstützen, die gerade das Wählerpotential im konservativ-liberalen Lager ansprechen sollte, welches nicht bereit wäre, eine der ehemaligen Blockparteien zu wählen.<sup>998</sup> Durch ihre neue Schwesterpartei in der DDR hoffte man seitens der CSU-Spitze, auch entsprechend stärkeren Einfluss auf die CDU im Bund gewinnen zu können.<sup>999</sup> In der Argumentationskette Waigels spielte insbesondere die Gefahr, die Identifikation der CSU mit dem Freistaat Bayern zu verlieren, eine ganz zentrale Rolle, da gerade in dieser Eigenschaft ein Markenkern seiner Partei zu sehen ist, auf den sie sich in Wahlkämpfen nach wie vor bezieht. Ein Beleg dafür ist beispielsweise, dass die CSU anlässlich der Landtagswahlen 1990 auf einem Plakat mit dem Slogan: „Bayerisch Wählen. CSU“<sup>1000</sup> warb.

Gegen diese Linie des Parteichefs und Bundesfinanzministers opponierten einige Mitglieder der Staatsregierung und der Landtagsfraktion, unter ihnen Innenminister Edmund Stoiber und seine beiden Staatssekretäre Günther Beckstein und Peter Gauweiler.<sup>1001</sup> Letzterer setzte sich in seiner Funktion als Bezirksvorsitzender der CSU-München für eine offene Diskussion im Landesvorstand der CSU ein, die die Frage erörtern sollte, ob man weiterhin die DSU unterstützen wolle oder wie die Positionen der CSU in Ostdeutschland durchgesetzt werden könnten.<sup>1002</sup> Auch der langjährige Vorsitzende der CSU-Landesgruppe und Bundesminister, Friedrich Zimmermann, betonte, dass es ein Fehler gewesen sei, die Chance einer Ausdehnung der CSU auf die südlichen Länder der ehemaligen DDR nicht zu vollziehen, da man dort gemeinsam mit der CDU eine absolute Mehrheit hätte erringen können.<sup>1003</sup>

Wie Andreas Kießling weiterhin feststellt, konnte sich die Position des Parteivorsitzenden Waigel schließlich durchsetzen, so dass es zur Unterstützung der

---

<sup>997</sup> Vgl. ACSP, PT 19900713, Nr. 17, darin: Manuskript zur Eröffnungsrede des CSU-Vorsitzenden, Bundesfinanzminister Theo Waigel, S. 14. Alois Glück spricht in diesem Zusammenhang davon, dass Waigel die Speerspitze derer gewesen sei, die eine Ausdehnung der CSU auf die beiden neuen Länder Sachsen und Thüringen verhindert hatten. Vgl. Glück: Von Strauß über die Wiedervereinigung zum Euro, S. 53

<sup>998</sup> Vgl. ACSP, PT 19900713, Nr. 17, darin: Manuskript zur Eröffnungsrede des CSU-Vorsitzenden, Bundesfinanzminister Theo Waigel, S. 15

<sup>999</sup> Vgl. Leuthner: Die politischen und wirtschaftlichen Initiativen des Freistaats Bayern, S. 70

<sup>1000</sup> Vgl. Kock: Der Bayerische Landtag, S. 322; hier: Abbildung eines CSU-Wahlplakats

<sup>1001</sup> Vgl. Kießling: Die CSU, S. 173

<sup>1002</sup> Vgl. BayHStA, NL Berghofer-Weichner, Nr. 15, darin: Schreiben des Staatssekretärs Dr. Peter Gauweiler an Staatsministerin Mathilde Berghofer-Weichner vom 22. Januar 1991

<sup>1003</sup> Vgl. Hanns-Seidel-Stiftung: Geschichte einer Volkspartei, S. 628. Zimmermann nannte in diesem Zusammenhang neben den beiden Partnerländern Bayerns, Sachsen und Thüringen auch das Land Sachsen-Anhalt als mögliches Ausdehnungsgebiet für die CSU. Vgl. ebenda, S. 628

DSU durch die CSU an Stelle einer Ausweitung der eigenen Partei in die DDR kam.<sup>1004</sup> Damit konnte die CSU zwar einerseits den quantitativen Gewichtsverlust auf Bundesebene nicht kompensieren, andererseits war auch die Gefahr des Verlusts des Markenkerns der Christ-Sozialen, als die bayerische Partei schlechthin, welche sich für die Interessen des Freistaats stark macht, gebannt.

#### *4.5.3 Die DSU als Teil der Allianz für Deutschland und die Unterstützung der CSU im Volkskammerwahlkampf*

In der Konsequenz der Entscheidung der CSU für eine Partnerschaft mit der DSU in der DDR stand die erste Bewährungsprobe bei der Zusammenarbeit der neuen Schwesterparteien mit den Volkskammerwahlen im Frühjahr 1990 an. Dabei stellte insbesondere die Vorziehung des Wahltermins vom 6. Mai auf den 18. März 1990 eine große Herausforderung für die Schwesterpartei der CSU dar, da diese sich noch im Aufbau der eigenen Parteistruktur befand.<sup>1005</sup> Die aus dem früheren Termin resultierenden Probleme sprach Waigel offen auf dem kleinen Parteitag der CSU Ende Februar 1990 an, da diese die Wahlchancen der neugegründeten Parteien beeinträchtigen würden.<sup>1006</sup> Im Vorfeld dieser ersten freien Wahl kam es dann zu der von Bundeskanzler Kohl geförderten Bündelung des Lagers der konservativen Kräfte innerhalb der DDR. Unter dem Dach der Allianz für Deutschland schlossen sich die Ost-CDU, die DA und die DSU als Wahlbündnis für die Wahlen am 18. März 1990 zusammen.<sup>1007</sup> Dabei war es das erklärte Ziel der Allianz, einen in den Prognosen vorhergesagten Sieg der Sozialdemokraten bei den ersten freien Wahlen in der DDR zu verhindern.<sup>1008</sup> Insgesamt betrachtet war der Wahlkampf anlässlich der ersten freien

---

<sup>1004</sup> Vgl. Kießling: Die CSU, S. 176

<sup>1005</sup> Vgl. Kießling: Die CSU, S. 177. Auf die aus der Terminverschiebung resultierenden Probleme für die DSU wies auch Generalsekretär Huber hin. Vgl. BayHStA, NL Johann Böhm, Nr. 94, darin: Rundschreiben des CSU-Generalsekretärs Erwin Huber an die Mitglieder der CSU-Landtagsfraktion vom 7. Februar 1990, S. 1

<sup>1006</sup> Vgl. ACSP, PA19900216, Nr. 5, darin: Rede des CSU-Vorsitzenden, Bundesfinanzminister Theo Waigel, S. 9

<sup>1007</sup> Vgl. Leuthner: Die politischen und wirtschaftlichen Initiativen des Freistaats Bayern, S. 72; vgl. auch Eith: Parteien, S. 625. Zur Bildung der Allianz für Deutschland und deren zentrale Ziele vgl. Kohl: Erinnerungen, Bd. 3, S. 40/41. Vgl. hierzu auch Küsters: Die Vereinigung von CDU (Ost) und CDU (West), S. 180; vgl. ferner zur Entstehungsgeschichte der Allianz für Deutschland: Richter: Bildung der Allianz für Deutschland, S. 341-345

<sup>1008</sup> Vgl. Becker: In demokratischer Freiheit, S. 183/184. Vgl. auch Kohl: Vom Mauerfall zur Wiedervereinigung, S. 181. Manfred Görtemaker merkt dazu an, dass insbesondere die große Aufsplitterung der konservativen Kräfte in der DDR eine Einschätzung des Wahlergebnisses im Vorfeld schwierig machten. Vgl. Görtemaker: Beginn der deutschen Einigung, S. 45

Wahlen zur Volkskammer von starkem Engagement der Parteien aus der Bundesrepublik geprägt.<sup>1009</sup>

Mit dem Beginn des Wahlkampfs setzte auch die materielle Hilfe der CSU für ihre ostdeutsche Schwesterpartei ein. Dazu zählte zum einen die schon erwähnte Unterstützung beim Aufbau einer eigenen Parteinfrastruktur. Diese beziffert Wolfgang Jäger mit Geldern in Millionenhöhe, zudem flossen entsprechende Spenden von Privatpersonen und auch das Angebot der Hanns-Seidel-Stiftung wurde für die DSU ausgeweitet.<sup>1010</sup> Schon im Dezember 1989 hatte Generalsekretär Huber bei den Bezirks- und Kreisverbänden dafür geworben, für den Wahlkampf brauchbare Gerätschaften und ähnliches als Sachspenden an die CSU-Landesleitung weiterzugeben, um damit eine Partei – damals befand sich die CSU noch auf der Suche nach einem geeigneten Partner in Ostdeutschland – im anstehenden Volkskammerwahlkampf zu unterstützen.<sup>1011</sup> Nach dem sich die CSU auf die Kooperation mit der DSU festgelegt hatte, konkretisierte Huber seinen Aufruf mit einem neuerlichen Rundschreiben an die Mitglieder der CSU-Landtagsfraktion. Darin bat er erneut um Hilfen für die neue Schwesterpartei:

„Die DSU soll sowohl ideelle als auch materielle Unterstützung erhalten. Denn was der DSU – im Gegensatz zur SED – fehlt, ist ein halbwegs funktionierender Organisationsapparat. Dabei mangelt es der DSU an den elementarsten Dingen für eine wirkungsvolle politische Arbeit – vor allem in Hinblick auf die für den 6. Mai 1990 angekündigten freien Wahlen.

Ich richte daher den dringenden Appell an Sie, nicht mehr benötigte Schreibmaschinen, Kopiergeräte, Rotationsmaschinen, Papier, Büroeinrichtungen oder auch Fahrzeuge [Hervorhebung im Original] zur Verfügung zu stellen. Wir sind gerne bereit, in Ihrem Sinne eine solche Unterstützung abzuwickeln und nach bestem Wissen im oben genannten Sinne einzusetzen. Bitte benennen Sie uns verfügbares Material.“<sup>1012</sup>

Im Zusammenhang mit den Hilfen für die DSU zeigten insbesondere die an der Grenze zur DDR liegenden CSU-Verbände großen Einsatz. So bat der Bezirksverband

---

<sup>1009</sup> Vgl. Rödder: Deutschland einig Vaterland, S. 216

<sup>1010</sup> Vgl. Jäger / Walter: Allianz für Deutschland, S. 164; vgl. dazu auch Jäger: Überwindung der Teilung, S. 407. Manfred Görtemaker beziffert die Gesamthöhe der Aufwendungen der westdeutschen Parteien für den Volkskammerwahlkampf auf insgesamt 7,5 Millionen D-Mark, von denen allein CDU und CSU 4,5 Millionen aufgewendet hatten. Vgl. Görtemaker: Beginn der deutschen Einigung, S. 45

<sup>1011</sup> Vgl. BayHStA, NL Johann Böhm, Nr. 94, darin: persönlich/vertrauliches Schreiben des CSU-Generalsekretärs Erwin Huber vom 14. Dezember 1989 an die Bezirks- und Kreisvorsitzenden der CSU, S. 2

<sup>1012</sup> BayHStA, NL Johann Böhm, Nr. 94, darin: Rundschreiben des CSU-Generalsekretärs Erwin Huber vom 25. Januar 1990 an die Mitglieder der CSU-Landtagsfraktion, S. 1/2

Unterfranken nicht nur die Mitglieder des Bezirksvorstandes und die Abgeordneten um deren Teilnahme an Wahlversammlungen der DSU im benachbarten Thüringen, sondern rief auch zur Bereitstellung von Fahrzeugen für die Schwesterpartei auf.<sup>1013</sup>

Insgesamt war die Masse der materiellen Hilfen der CSU für die Schwesterpartei äußerst beeindruckend. So erhielt die DSU aus Bayern allein über 25 Tonnen Werbematerial, darin enthalten rund zwei Millionen Flugblätter, 260.000 Plakate und über eine Million Aufkleber.<sup>1014</sup>

Ein weiterer bedeutender Aspekt im Zusammenhang mit der Hilfe der CSU für ihre ostdeutsche Schwesterpartei stellten die Wahlkampfauftritte von prominenten CSU-Politikern im Volkskammerwahlkampf der DDR dar. Bereits im Anschluss an den Gründungsparteitag der DSU nutzte Theo Waigel die Gelegenheit, eine Großkundgebung auf dem Platz vor der Leipziger Oper zu veranstalten, die eine Reihe von weit mehr als 100 größerer Wahlveranstaltungen von CSU-Politikern in der DDR eröffnete und an der rund 60.000 Zuhörer teilnahmen.<sup>1015</sup> Auch der damalige Bundesverkehrsminister Friedrich Zimmermann trat als Redner im Wahlkampf zu den ersten freien Wahlen der Volkskammer am 18. März 1990 in der DDR auf. Dabei erinnerte er sich, dass er dabei eine solche Stimmung mit einer derartig großen Menschenmasse in einem Wahlkampf noch nie erlebt habe.<sup>1016</sup> Der bayerische Landwirtschaftsminister Simon Nüssel, der aus dem zur DDR benachbarten Oberfranken stammte, nahm ebenfalls zahlreiche Wahlkampftermine in der DDR vor den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 wahr.<sup>1017</sup> Noch vor dem Gründungsparteitag der DSU nutzte Ministerpräsident Streibl eine Reise in die DDR, um die Werbetrommel für die neue Schwesterpartei der CSU zu rühren.<sup>1018</sup> In einer

---

<sup>1013</sup> Vgl. BayHStA, NL Johann Böhm, Nr. 94, darin: Schreiben des Bezirksgeschäftsführers der CSU Unterfranken an die Mitglieder des Bezirksvorstandes und die Abgeordneten vom 16. Februar 1990 sowie ein Schreiben des Bezirksgeschäftsführers der CSU Unterfranken an die Bundeswahlkreis Konferenzen vom 13. Februar 1990

<sup>1014</sup> Vgl. Leuthner: Die politischen und wirtschaftlichen Initiativen des Freistaats Bayern, S. 71/72; vgl. auch Weiss: Die Rolle der DSU, S. 249

<sup>1015</sup> Vgl. Jäger / Walter: Allianz für Deutschland, S. 170. Volkmar Weiss beziffert die Zahl der Teilnehmer der Großkundgebung im Anschluss an den DSU Parteitag auf 70.000 Personen. Vgl. Weiss: Die Rolle der DSU, S. 250

<sup>1016</sup> Vgl. Zimmermann: Kabinettstücke, S. 310. Die große Euphorie und Mobilisierung der Menschen in der DDR im Volkskammerwahlkampf wird auch an den Ausführungen des damaligen Bundeskanzlers, Helmut Kohl, deutlich. Vgl. Kohl: Erinnerungen, Bd. 3, S. 42-46

<sup>1017</sup> Vgl. BayHStA, NL Nüssel, Nr. 63, darin: zahlreiche Redemanuskripte für Wahlkampfauftritte in der DDR

<sup>1018</sup> Vgl. BayHStA, NL Vorndran, Nr. 9, darin: Rede Ministerpräsident Max Streibl am 31. Januar 1990 in Dresden

anschließenden Pressekonferenz bekannte sich Streibl ebenso explizit zu seiner Bereitschaft, die DSU nach Kräften zu unterstützen:

„Die CSU unterstützt die DSU. In meinem Gespräch mit Bundesvorsitzenden, Herrn Pfarrer Ebeling, und dem sächsischen Landesvorsitzenden, Herrn Hoelzer, habe ich mich bereit erklärt, trotz der drei Wahlkämpfe, die wir in Bayern 1990 haben, die DSU aktiv zu unterstützen. Es wird jetzt geprüft, wie und wo dies wann am besten möglich ist.“<sup>1019</sup>

Zum Zweck dieser personellen Hilfe von CSU Politikern im Volkskammerwahlkampf erstellte die CSU-Landesleitung auch eine Musterrede für den Wahlkampf in der DDR.<sup>1020</sup> Diese ist insoweit einer besonderen Beachtung würdig, als dass dadurch die entscheidenden Positionen der CSU für den ersten freien Urnengang in der DDR herausgearbeitet werden können.

Die Musterrede lobt zunächst die Erfolge der friedlichen Revolution in der DDR, welche von den Menschen dort getragen wurde, und betont das endgültige Scheitern des Sozialismus. Des Weiteren sieht sie ein klares Bekenntnis zur Wiedervereinigung vor und unterstreicht dabei, dass die Menschen in der DDR dadurch ihren Anteil an Freiheit, Selbstbestimmung und Wohlstand erhalten sollten.<sup>1021</sup>

Auch der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands geht mit der Programmatik der CSU und der DSU im Gleichklang und betont zugleich den föderalen Staatsaufbau als Grundlage für das vereinte Deutschland:

„Die Wiederherstellung der Länder in der DDR könnte über ein Verfahren nach Artikel 23 Grundgesetz den nächsten Schritt zu einem gesamtdeutschen Bundesstaat auf der Grundlage des bewährten Föderalismus bilden.“<sup>1022</sup>

Des Weiteren macht die Rede deutlich, dass die Währungs- und Wirtschaftsunion ein Angebot an die DDR sei, welches jedoch nur im Verbund, also gleichzeitig, eingeführt werden könnte. Dabei bringen beide Kapital für notwendige Investitionen, was dann

---

<sup>1019</sup> BayHStA, NL Vorndran, Nr. 9, darin: Statement Ministerpräsident Max Streibl anlässlich der Pressekonferenz in Dresden am 31. Januar 1990, S. 9/10

<sup>1020</sup> Vgl. BayHStA, NL Johann Böhm, Nr. 94, darin: Musterrede für den Wahlkampf in der DDR, Hg. von der CSU-Landesleitung, Februar 1990. Ein Indiz dafür, dass diese Musterrede entsprechende Anwendung fand ist die Tatsache, dass beispielsweise die Rede von Staatssekretär Vorndran im thüringischen Landtagswahlkampf dieselbe Grundstruktur bezüglich der Argumentation zur Deutschlandpolitik aufweist. Vgl. NL Vorndran, Nr. 11, darin: Rede von Herrn Staatssekretär Dr. Wilhelm Vorndran bei der Kundgebung am 26. September 1990 anlässlich des Landtagswahlkampfes in Gera. Zudem wurde die Musterrede offensichtlich an einen großen Verteilerkreis von CSU-Amts- und Mandatsträgern gesandt, die sehr wahrscheinlich zumindest auf Textbausteine dieser Rede zurückgegriffen haben dürften.

<sup>1021</sup> Vgl. BayHStA, NL Johann Böhm, Nr. 94, darin: Musterrede für den Wahlkampf in der DDR, Hg. von der CSU-Landesleitung, Februar 1990, S. 4-7

<sup>1022</sup> Ebenda, S. 7

auch zu Arbeitsplätzen und einem Anstieg des Reallohniveaus führe. Zudem wird der Unterschied der sozialen Marktwirtschaft zum Kapitalismus herausgearbeitet, da dieses Modell der Bundesrepublik sowohl soziale Sicherung als auch einen freien Wettbewerb biete.<sup>1023</sup>

In der Musterrede zum Volkskammerwahlkampf werden die Vorzüge des Föderalismus dargestellt, der nicht nur den Erhalt der Eigenarten der Lebensform in den unterschiedlichen Ländern stärke, sondern zugleich ein Bollwerk gegen den potentiell möglichen Machtmissbrauch durch einen zentralistischen Staat darstelle.<sup>1024</sup> Entsprechend der in den Prognosen gefürchteten Stärke der SPD bei den anstehenden Wahlen in der DDR grenzt sich die Wahlkampfrhetorik deutlich von den Sozialdemokraten ab und übt deutliche Kritik an deren Politik und Zielsetzungen.<sup>1025</sup>

Bei der Darstellung der deutschlandpolitischen Erfolge der CSU verweist die Handreichung für Wahlkampfredner darauf, dass die CSU keine deutschen Rechtspositionen aufgegeben habe und zudem durch die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht einen wichtigen Beitrag für das Offenhalten der deutschen Frage geleistet habe. Den Grundwerten der CSU, Freiheit, Frieden, Einheit, christliche Wertvorstellungen, soziale Marktwirtschaft, Föderalismus sowie Tradition und Fortschritt sei auch die DSU als eine von einer sozialistischen Vergangenheit unbelastete Partei verpflichtet.<sup>1026</sup>

Dementsprechend nennt die Rede fünf zentrale Ziele, um die es bei den Wahlen zur Volkskammer gehe:

„Es geht darum:

1. Bedingungslose Ablehnung jeder Art von Sozialismus
2. Bereitschaft zum Aufbau einer freiheitlich-demokratischen, sozial gerechten staatlichen Ordnung
3. Ein klares Ja zur deutschen Einheit
4. Einführung der Sozialen Marktwirtschaft
5. Schaffung einer föderalistischen Ordnung in der DDR mit dem Wiedererstehen der Länder.

In der Durchsetzung dieser Ziele sind sich die DSU und die CSU einig. Das ist der Auftrag, der sich an die DSU richtet und wozu wir für unser Vaterland unseren Beitrag

---

<sup>1023</sup> Vgl. ebenda, S. 8-14

<sup>1024</sup> Vgl. ebenda, S. 24

<sup>1025</sup> Vgl. ebenda, S. 29-37

<sup>1026</sup> Vgl. ebenda, S. 38/39

leisten werden. Es geht am 18. März nicht nur um die künftige politische Mehrheit in der DDR, sondern es geht um die Zukunft aller Deutschen.

Deutschland braucht Freiheit statt Sozialismus!“<sup>1027</sup>

Zugleich sprach sich die Rede für eine Einbettung eines wiedervereinigten Deutschlands in die Europäische Gemeinschaft und das Bündnissystem der NATO aus.<sup>1028</sup>

Anhand der Musterrede wird deutlich, dass die CSU mit ihrer Wahlkampfhilfe im Wesentlichen auf eine klare Abgrenzung zum bisherigen System der DDR und dem Sozialismus setzte. Demgegenüber stellte sie deutlich die Vorzüge des Systems der Bundesrepublik mit einer Einbettung in die Europäische Gemeinschaft, einem föderalen Staatsaufbau und den Vorzügen der sozialen Marktwirtschaft heraus. Zugleich griff sie die von den beiden Schwesterparteien betonte Forderung nach einer schnellen Wiedervereinigung über den Weg des Artikel 23 des Grundgesetzes auf.

Auf dem kleinen Parteitag der CSU Ende Februar 1990 unterstrich der Parteivorsitzende Theo Waigel nochmals die Bereitschaft der CSU zur Schützenhilfe im laufenden Volkskammerwahlkampf. Dabei machte er deutlich, dass das Wahlkampfmotto der DSU, Freiheit statt Sozialismus, aus seiner Sicht gerade wegen der Alternative bei der Wahl zwischen der Allianz für Deutschland und der SPD-Ost und SED/PDS stimmig sei, zumal der Sozialismus bewiesen habe, dass er gescheitert ist.<sup>1029</sup> Dabei kündigte Waigel vor den Delegierten an, dass er selbst auf insgesamt vier Großkundgebungen in der DDR sprechen werde.<sup>1030</sup> Im gesamten Volkskammerwahlkampf erhielt die DSU bei 30 Großveranstaltungen organisatorische Schützenhilfe durch ihre bayerische Schwesterpartei.<sup>1031</sup>

Trotz der Hilfen aus Bayern war das Abschneiden der DSU bei den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 eher ernüchternd. Mit rund 6,3 Prozent der Stimmen leistete sie ihren Beitrag zum Wahlsieg der Allianz für Deutschland, wengleich die CDU mit 40,8 Prozent den Löwenanteil des Gesamtergebnisses des Wahlbündnisses von 48 Prozent der Stimmen beisteuerte.<sup>1032</sup> Damit stellte die DSU im neugewählten Parlament der DDR 25 Sitze, allein 16 davon in Sachsen, wobei sie selbst

---

<sup>1027</sup> Ebenda, S. 40

<sup>1028</sup> Vgl. ebenda, S. 41-46

<sup>1029</sup> ACSP, PA 19900216, Nr. 5, darin: Rede des CSU-Vorsitzenden, Bundesfinanzminister Theo Waigel, S. 9

<sup>1030</sup> Vgl. ebenda, S. 9

<sup>1031</sup> Vgl. Leuthner: Die politischen und wirtschaftlichen Initiativen des Freistaats Bayern, S. 72

<sup>1032</sup> Vgl. Kießling: Die CSU, S. 178; vgl. auch Leuthner: Die politischen und wirtschaftlichen Initiativen des Freistaats Bayern, S. 72; vgl. ebenso Malycha: Auf dem Weg in den Zusammenbruch, S. 76

in ihren sächsischen Hochburgen mit Ergebnissen um die 25 Prozent hinter der CDU zurückblieb.<sup>1033</sup> Lediglich im Süden der DDR erreichte die DSU ein zweistelliges Ergebnis.<sup>1034</sup> Die ursprünglich von den Unionsparteien befürchtete Stärke der SPD bei den ersten freien Wahlen in der DDR war ausgeblieben, was offenbar auch der hohen Wahlbeteiligung von über 93 Prozent geschuldet war.<sup>1035</sup> Insgesamt gesehen war die CDU damit klarer Sieger der ersten freien Volkskammerwahlen in der DDR.<sup>1036</sup>

Die politische Wetterlage verschob sich durch die Wahl, was sich auf die DSU und ihr Verhältnis zur CDU auswirkte. Da Bundeskanzler Kohl und CDU-Generalsekretär Volker Rühe die Zukunft der Deutschen Sozialen Union in Frage stellten, kam es zu einer stärkeren Anlehnung der Deutsch-Sozialen an die bayerische Schwesterpartei.<sup>1037</sup> Mit einer gemeinsamen Sitzung der Präsidien einigten sich CSU und DSU auf vier zentrale Punkte der künftigen Strategie, die vor allem den Erhalt der Eigenständigkeit der ostdeutschen Schwesterpartei sichern sollte. So sollte diese in der Volkskammer eine eigenständige Fraktion bilden, also keine Fraktionsgemeinschaft mit der CDU und DA eingehen, sich zudem an der Regierung unter Ministerpräsident de Maizière beteiligen, bei den im Mai anstehenden Kommunalwahlen in der DDR keinerlei Listenverbindungen mit der CDU eingehen und bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl mit einer gemeinsamen Liste mit der CSU antreten, wobei sich die CSU traditionell auf Bayern beschränken, die DSU hingegen nur auf dem Gebiet der DDR antreten sollte.<sup>1038</sup>

In den sich anschließenden Koalitionsverhandlungen hatte die DSU einen nicht unbedingt einfachen Stand und das Agieren der beiden Hauptprotagonisten, Ebeling und Diestel, sollte sich als folgenschwer für den weiteren Weg der Partei erweisen. Nachdem sich die SPD wegen der scharfen Angriffe der DSU im Wahlkampf zunächst gegen eine Regierungsbeteiligung der CSU-Schwester gewehrt hatte, konnte dieses

---

<sup>1033</sup> Vgl. Jäger / Walter: Allianz für Deutschland, S. 174/175; auch vgl. Mintzel: Die Christlich-Soziale Union in Bayern e. V., S. 260

<sup>1034</sup> Vgl. Jäger: Überwindung der Teilung, S. 413

<sup>1035</sup> Vgl. Schroeder: Der SED-Staat, S. 365; vgl. auch Richter: Bildung der Allianz für Deutschland, S. 338

<sup>1036</sup> Vgl. Agethen: Die CDU in der DDR, S. 246. Eine detaillierte Übersicht und Analyse des Ausgangs der Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 findet sich bei Wolfgang Jäger. Vgl. Jäger: Überwindung der Teilung, S. 413-426

<sup>1037</sup> Vgl. Kießling: Die CSU, S. 179

<sup>1038</sup> Vgl. Kießling: Die CSU, S. 179; vgl. auch ACSP, PT 19900713, Nr. 17, darin: Manuskript der Eröffnungsrede des CSU-Vorsitzenden, Bundesfinanzminister Theo Waigel, S. 17. Gemäß der gemeinsamen Vereinbarung verweigerte sich die DSU der Bildung einer gemeinsamen Fraktion der Allianz für Deutschland in der Volkskammer, weshalb es nur zu einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Wahlbündnis kam. Vgl. Richter: Bildung der Allianz für Deutschland, S. 346



Hindernis durch eine Entschuldigung von Parteivorsitzenden Ebeling bei den Sozialdemokraten überwunden werden.<sup>1039</sup> Nach längerem Gezerre um Posten und Positionen konnte die DSU schließlich mit ihrem Generalsekretär Diestel das Amt des Innenministers und des stellvertretenden Ministerpräsidenten sowie den Posten des Entwicklungsministers für Ebeling und einen weiteren Staatssekretärsposten im Außenministerium für sich beanspruchen.<sup>1040</sup>

Die Kabinettseinbindung der beiden bisher führenden Köpfe der DSU wirkte sich dabei in mehrerlei Hinsicht negativ für die Partei aus. Zum einen wurde Ebeling auf den relativ unwichtigen Posten des Entwicklungsministers abgeschoben, während der Generalsekretär Diestel das einflussreiche und bedeutende Innenministerium sowie die Stellvertretung des Ministerpräsidenten besetzen konnte.<sup>1041</sup> Folgeschwerer für die Parteistruktur war jedoch, dass beide, Ebeling und Diestel, durch ihre Regierungsämter stark beansprucht wurden, was dazu führte, dass sie sich nicht in der notwendigen Weise um ihre Aufgaben innerhalb der Partei kümmern konnten. Die vermeintliche Lösung des Problems, dem Vorsitzenden und dem Generalsekretär jeweils eine Person zur Seite zu stellen, die mit der Führung der Geschäfte des jeweiligen Amtes betraut war, sollte mittelfristig zu deren parteiinternen Entmachtung führen, welche schließlich im Sommer des Jahres 1990 zum Austritt der beiden führenden Köpfe der Gründerzeit der DSU führen sollte.<sup>1042</sup>

#### *4.5.4 Die Kooperation von der Volkskammerwahl am 18. März bis zur Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 und die Wahlergebnisse der DSU*

Der Ausgang der Volkskammerwahl und die anschließende Regierungsbildung bedingten noch nicht das zwangsläufige Abrutschen der DSU in die Bedeutungslosigkeit, jedoch wurden, wie dargestellt, entscheidende Weichenstellungen in diese Richtung getroffen.

Einen wichtigen Prüfstein stellten die Kommunalwahlen in der DDR dar, die am 6. Mai 1990 stattfanden. Mit einem Ergebnis von 3,4 Prozent sank der Anteil der DSU an den Wählerstimmen auf knapp die Hälfte ihrer Stimmen bei den Volkskammerwahlen, wengleich sie in ihren Hochburgen in Sachsen dadurch punkten konnte, dass sie dort

---

<sup>1039</sup> Vgl. Jäger / Walter: Allianz für Deutschland, S. 177; vgl. auch Jäger: Überwindung der Teilung, S. 431-433; vgl. ebenso Schroeder: Der SED-Staat, S. 366

<sup>1040</sup> Vgl. Kießling: die CSU, S. 179

<sup>1041</sup> Vgl. ebenda, S. 179

<sup>1042</sup> Vgl. Jäger / Walter: Allianz für Deutschland, S. 182

rund 1.000 kommunale Mandate erringen konnte.<sup>1043</sup> Die Ursache dafür führt Volkmar Weiss zum einen auf den abgerissenen Kontakt zwischen den Mitgliedern der DSU-Volkammerfraktion und der Parteibasis und die daraus resultierende fehlende Unterstützung der Kommunalwahl durch die Spitzenkräfte sowie zum anderen auf strukturelle und organisatorische Defizite zurück, da es ihr nicht gelang, flächendeckend bei den Wahlen auf lokaler Ebene anzutreten.<sup>1044</sup> Durch das äußerst mäßige Abschneiden der DSU bei diesen Wahlen stellte sich auch die Frage nach der Überlebensfähigkeit der Partei in einem wiedervereinigten Deutschland, weshalb eine Minderheit der Mitglieder für den Anschluss an die CDU plädierten, während sich eine Mehrheit für die Eigenständigkeit aussprach.<sup>1045</sup>

Die folgenden Monate bis zum Marktleiberger Parteitag der DSU am 30. Juni und 1. Juli 1990 führten zu weiteren Spannungen innerhalb der Parteispitze. Während der Vorsitzende und Entwicklungsminister Ebeling ohnehin parteipolitisch praktisch entmachtet war, kam es zusätzlich zu immer mehr Kritik an der Linie, die Peter-Michael Diestel in seinem Amt als Innenminister vertrat und aus der auch der Konflikt zwischen ihm und dem Vorsitzenden der Volkammerfraktion Walther resultierte.<sup>1046</sup>

Auf dem Parteitag, bei dem erstmals in geheimer Wahl der Parteivorstand bestimmt werden sollte, kam es aus Sicht der bayerischen Schwesterpartei nicht zu dem gewünschten Ergebnis: Bei der Wahl des Vorstandes setzte sich der Vorsitzende der Volkammerfraktion, Hansjoachim Walther, gegen den bisherigen amtierenden Vorsitzenden Nowack durch, der seitens der CSU befürwortet wurde. Dabei erhielt Walther 334 Stimmen, für den CSU-Favoriten hingegen votierten nur 147 Delegierte. Das Amt des ersten stellvertretenden Vorsitzenden ging an Jürgen Schwarz, neuer Generalsekretär wurde der aus der bayerischen Landeshauptstadt stammende Alexander Achminow.<sup>1047</sup>

Der Ausgang dieser Wahl sollte sich beinahe dramatisch auf die weitere Geschichte der DSU auswirken. Neben den beiden bisher führenden Köpfen, den Ministern Ebeling und Diestel, verließen auch andere prominente Köpfe die Partei, ohne dass die CSU-

---

<sup>1043</sup> ebenda, S. 185; vgl. auch Mintzel: Die Christlich-Soziale Union in Bayern e. V., S. 260. Die besten Ergebnisse erhielt die DSU dabei in Dresden, wo sie 8,4 Prozent der Stimmen bei der Wahl der Stadtverordneten-Vertretung erhielt. Zorn: Bayerns Geschichte, S. 137

<sup>1044</sup> Vgl. Weiss: Die Rolle der DSU, S. 250; vgl. auch Schulze: Kleinparteien in Deutschland, S. 182

<sup>1045</sup> Vgl. Küsters: Die Vereinigung von CDU (Ost) und CDU (West), S. 182

<sup>1046</sup> Vgl. Weiss: Die Rolle der DSU, S. 250; vgl. auch Jäger / Walter: Allianz für Deutschland, S. 188/189

<sup>1047</sup> Vgl. Jäger / Walter: Allianz für Deutschland, S. 192; vgl. auch: Schulze: Kleinparteien in Deutschland, S. 182/183

Vertreter sie daran hindern konnten.<sup>1048</sup> Auch wenn Theo Waigel die Bedeutung der Austritte später herunterzuspielen suchte, indem er sie auf dem CSU-Parteitag mit dem Satz „politische Wanderer soll man nicht aufhalten“<sup>1049</sup> quittierte, waren sie für die DSU doch ein herber Rückschlag, hatte sie doch alle ihre Regierungsmitglieder verloren. Der dem Parteitag beiwohnende CSU-Vorsitzende Waigel mahnte die Delegierten der ostdeutschen Schwesterpartei indes zur Einigkeit und erteilte einer möglichen Ausdehnung der DSU auf die damalige Bundesrepublik eine klare Absage.<sup>1050</sup> Waigel erhielt auf dem Markkleeberger Parteitag zudem den Titel des Ehrenvorsitzenden der DSU verliehen.<sup>1051</sup> Insgesamt ist mit Blick auf diesen Parteitag der DSU im Sommer des Jahres 1990 dem Urteil von Andreas Kießling zuzustimmen, dass das Debakel trotz der Versuche der CSU, die Situation und die Schwesterpartei zu stabilisieren, nicht abgewendet werden konnte.<sup>1052</sup> Dem Ergebnis zum Trotz hielten die Christ-Sozialen an ihrem ostdeutschen Partner weiter fest.

Auf dem knapp zwei Wochen später stattfindenden CSU-Landesparteitag in der Nürnberger Frankenhalle spielte das Thema der Zusammenarbeit, aber auch die in diesem Zusammenhang diskutierte Frage der möglichen Ausweitung der CSU eine zentrale Rolle. Zur weiteren Intensivierung der Zusammenarbeit sollten nach einem Antrag der Jungen Union gemeinsame deutsch-deutsche Ausschüsse zu einigen Politikfeldern eingerichtet werden sowie Partnerschaften zwischen Kreisverbänden der CSU und der DSU mit dem Ziel der Wahlkampfunterstützung initiiert werden.<sup>1053</sup> Der Antrag wurde in dieser Form von den Delegierten angenommen.<sup>1054</sup>

Zudem erteilte der CSU-Vorsitzende Theo Waigel in seiner Eröffnungsrede zunächst einer möglichen Ausdehnung der CSU auf die neuen Länder eine klare Absage.<sup>1055</sup> Zugleich erläuterte der Bundesfinanzminister vor den Delegierten ausführlich das Verhältnis der Christ-Sozialen zu ihrer ostdeutschen Schwesterpartei. Waigel betonte in diesem Zusammenhang, dass die Unterstützung einer Schwesterpartei in der DDR die

---

<sup>1048</sup> Vgl. Weiss: Die Rolle der DSU, S. 251; vgl. auch Kießling: Die CSU, S. 181

<sup>1049</sup> ACSP, PT 19900713, Nr. 17, darin: Manuskript der Eröffnungsrede des CSU-Vorsitzenden, Bundesfinanzminister Theo Waigel, S. 17

<sup>1050</sup> Vgl. Jäger / Walter: Allianz für Deutschland, S. 194

<sup>1051</sup> Vgl. ebenda, S. 194; vgl. auch Zorn: Geschichte Bayerns, S. 138

<sup>1052</sup> Vgl. Kießling: Die CSU, S. 181

<sup>1053</sup> Vgl. ACSP, PT 19900713, Nr. 4, darin: Antragsmappe, S. 9

<sup>1054</sup> Vgl. ACSP, PT 19900713, Nr. 7, darin: Protokoll über die Beschlussfassung zu Anträgen des 54. Parteitages der Christlich-Sozialen Union am 13. und 14. Juli in Nürnberg, Frankenhalle, S. 1

<sup>1055</sup> Vgl. ACSP, PT 19900713, Nr. 17, darin: Manuskript der Eröffnungsrede des CSU-Vorsitzenden, Bundesfinanzminister Theo Waigel, S. 13/14

einzigste realistische und erfolgversprechende Option für die CSU gewesen sei.<sup>1056</sup> Trotz der bestehenden Flügelkämpfe innerhalb der DSU, die Waigel mit den parteiinternen Streitigkeiten der Anfangsjahre der Bundesrepublik verglich, habe die DSU bei den Wahlen zur Volkskammer ihr Potential gezeigt, welches zugleich deren Chancen bei den Wahlen zu den Landesparlamenten in der DDR und bei den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen unterstreichen würde.<sup>1057</sup>

Neben dieser positiven Prognose betonte Theo Waigel zugleich in deutlicher Form die Bereitschaft der CSU, ihre Partner von der Deutschen Sozialen Union weiterhin zu unterstützen:

„Wir unterstützen die DSU in den kommenden Wahlkämpfen mit Nachdruck – ideell, finanziell, organisatorisch und soweit möglich durch unseren persönlichen Einsatz.

Dies setzt die Bereitschaft zur Mithilfe auf allen Ebenen unserer Partei, insbesondere auch durch Bezirks- und Ortsverbände voraus. [...] Wenn wir es mit der Zusammenarbeit mit der DSU ernst meinen, dann muss die gesamte Partei diese Herausforderung aufgreifen.“<sup>1058</sup>

Waigel rief dabei in seiner Rede all diejenigen auf, die sich zur Gründung von CSU-Verbänden in den neuen Ländern anschickten, die DSU zu unterstützen, anstatt eine Zerklüftung der dortigen Parteienspektrens zu befördern. Mit Blick auf die anstehenden ersten gesamtdeutschen Wahlen sprach sich der CSU-Vorsitzende gegen eine 5-Prozent-Klausel aus, da diese einem Ausschluss aller demokratischen Parteineugründungen auf dem Gebiet der DDR gleich käme.<sup>1059</sup>

In der Aussprache zum Bericht des Parteivorsitzenden am 14. Juli meldete sich der Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion Alois Glück zu Wort, in dem er sich zur Frage der Ausweitung der CSU und der Unterstützung der DSU äußerte. Dabei plädierte Glück deutlich gegen eine Ausdehnung der CSU über die Grenzen Bayerns hinaus, da dies die Partei grundlegend in ihrem Charakter verändern würde, weshalb er für die Unterstützung der DSU sei.<sup>1060</sup>

Wie Waigel auf dem DSU Parteitag, sprach auch der neue Bundesvorsitzende der DSU Hansjoachim Walther ein Grußwort zu den Delegierten der bayerischen Schwesterpartei. Darin nahm er häufigen Bezug auf Franz Josef Strauß und betonte

---

<sup>1056</sup> Vgl. ebenda, S. 15

<sup>1057</sup> Vgl. ebenda, S. 17/18

<sup>1058</sup> Ebenda, S. 19

<sup>1059</sup> Vgl. ebenda, S. 20. Damit betonte Waigel eine zentrale Forderung, die auch die DSU aufgestellt hatte. Vgl. Jäger / Walter: Allianz für Deutschland, S. 200

<sup>1060</sup> Vgl. ACSP, PT 19900713, Nr. 17, darin: Protokoll zur Aussprache am 14. Juli 1990, S. 5/6

zugleich, dass seine Partei vorbehaltlos für einen Beitritt der Länder der DDR zum Grundgesetz über den Artikel 23 stehe.<sup>1061</sup>

Den zum Teil euphorischen Prognosen der CSU in der Öffentlichkeit stand die tatsächliche Situation der DSU nach deren mäßigen Abschneiden bei den DDR-Kommunalwahlen und dem desaströsen Verlauf ihres Markkleeberger Parteitags gegenüber. Diese Erkenntnis ging auch an den Spitzenvertretern der CSU nicht vorbei. Dazu trugen die Berichte der Informationsbüros in der DDR bei. Dabei zeigt sich anhand dieser Vermerke bereits Ende Juli 1990 ein verheerendes Bild der ostdeutschen Schwesterpartei der CSU. So vermerkt ein entsprechender Bericht über ein Gespräch mit dem Pressesprecher des DSU-Landesverbandes Thüringen, Herrn Kaschke, folgendes zum inneren Zustand der DSU:

„Die Arbeit des neugewählten Bundesvorstandes der Partei sei sehr enttäuschend. Der Landesverband fühle sich genauso im Stich gelassen wie die anderen Organisationseinheiten und die Mitglieder. Konzeptionell komme von oben überhaupt nichts; in der Presse ist man nicht vertreten: Man wisse gar nicht, dass es die DSU gibt. Nach Auffassung von Herrn Kaschke sei die DSU faktisch nur noch in Thüringen – hier festige sich die Organisation – und mit Abstrichen in Sachsen präsent. In den übrigen Ländern der DDR hätte die DSU überhaupt keine Chance. Um den Bundesvorstand, den ganzen Apparat mit Generalsekretär und Geschäftsführer auf Trab zu bringen, sei für den 26.7. in Leipzig ein Treffen angesetzt, an dem der CSU-Vorsitzende, Bundesminister Dr. Waigel, und Generalsekretär Dr. Huber teilnehmen werden.“<sup>1062</sup>

Der Bericht zeigte, neben diesen strukturellen Schwächen, die nach wie vor bestehenden innerparteilichen Rivalitäten der DSU auf. So enthält er unter anderem Hinweise auf einen sich anbahnenden Konflikt zwischen dem Bundesvorsitzenden der DSU Walther und dem Landesvorsitzenden Latussek um die Spitzenkandidatur in Thüringen und den Stimmkreis Ilmenau.<sup>1063</sup>

---

<sup>1061</sup> Vgl. ACSP, PT 19900713, Nr. 17, darin: Protokoll vom 13. Juli 1990, S. 3/4. Andreas Schulze führt in seiner Untersuchung zur Programmatik aus, dass es sich bei dieser Frage des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik über den Artikel 23 des Grundgesetzes um das zentrale Anliegen der DSU schlechthin gehandelt habe. Vgl. Schulze: Kleinparteien in Deutschland, S. 191

<sup>1062</sup> BayHStA, NL Vorndran, Nr. XII.3, darin: Aktenvermerk, AZ: AStD 5, Betr.: Informationsbüro Erfurt, Woche vom 23. bis 29 Juli 1990, S. 1

<sup>1063</sup> Vgl. ebenda, S. 1. Auf diesen Konflikt um die Spitzenkandidatur und das Direktmandat im Stimmkreis Ilmenau weist auch ein Schreiben von Ingo Sommer an den CSU-Generalsekretär Huber über den Zustand der CSU Thüringen hin, welches durch den Leiter des Koordinierungsbüros der CSU/DSU Peter Müller an Staatssekretär Vorndran übermittelt wurde. Vgl. BayHStA, NL Vorndran, Nr. XII.3, darin: Schreiben des Leiters des Koordinierungsbüros CSU/DSU Peter Müller an Staatssekretär Vorndran vom 3. August 1990, S. 2/3

Bereits im August 1990 mehrten sich die Hinweise, dass die DSU bei den im Herbst anstehenden Landtagswahlen in den künftigen Ländern auf dem Gebiet der DDR kein besonders gutes Abschneiden zu erwarten hatte. In einem internen Schreiben der DSU, welches über den Zustand des Landesverbandes Thüringen berichtet, wird dieser Umstand ohne Schönfärberei dargestellt, indem es ganz deutlich aussagt, dass die DSU um das Überspringen der 5-Prozent-Hürde zu kämpfen habe.<sup>1064</sup> Weiterhin kommt darin auch das bisweilen unprofessionelle Verhalten der Deutschen Sozialen Union zum Ausdruck, wenn folgendes über den Wahlkampf berichtet wird:

„Die DSU Thüringen streitet am liebsten mit der CDU. Dies ist nicht nur die Tendenz der Parteiführung, sondern setzt sich auch an der Basis fort. [...] Die DSU in Thüringen benötigt ein positiveres Profil.“<sup>1065</sup>

In dem Bericht an Huber kommt zugleich die große Beratungsresistenz der DSU Mitglieder zum Ausdruck, die sich weder den Appellen zu einer Thematisierung von sympathischen Politikfeldern wie Umweltschutz, Sozialpolitik oder Unternehmensansiedlungen noch dem Vorschlägen einer anderen Wahlkampfführung mit Infoständen und Bürgersprechstunden bewegen lassen.<sup>1066</sup>

Unabhängig von den negativen Prognosen setzte die CSU ihre Unterstützung für die Schwesterpartei im Landtagswahlkampf der neuen Länder fort. Dies belegen insbesondere die zahlreichen Wahlkampftermine, die CSU-Spitzenpolitiker in der DDR trotz des gleichzeitig stattfindenden Wahlkampfs in Bayern wahrnahmen.<sup>1067</sup>

Trotz dieser Hilfen der bayerischen Schwesterpartei kam es bei den Landtagswahlen am 14. Oktober 1990 nicht zu der erhofften Kehrtwende für die DSU. Ganz im Gegenteil setzte sich der Fall der Partei fort, die selbst in ihren südlichen Hochburgen Sachsen und Thüringen nicht über die 3,6 Prozentmarke hinaus kam, ganz zu schweigen von ihrem Abschneiden in den nördlichen Ländern der DDR, in denen sie teilweise nicht annähernd ein Prozent der Stimmen erhielt.<sup>1068</sup> Hans-Jürgen Leersch sprach im Zusammenhang mit dem Abschneiden der DSU bei den Wahlen zu den

---

<sup>1064</sup> Vgl. BayHStA, NL Vorndran, Nr. XII.3, darin: Schreiben des Leiters des Koordinierungsbüros CSU/DSU, Peter Müller an Staatssekretär Vorndran vom 3. August 1990, S. 3

<sup>1065</sup> Ebenda, S. 4

<sup>1066</sup> Vgl. ebenda, S. 4

<sup>1067</sup> Vgl. Kießling: Die CSU, S. 181/182; vgl. auch BayHStA, NL Vorndran, Nr. 11, darin: Rede von Herrn Staatssekretär Dr. Wilhelm Vorndran bei der Kundgebung am 26. September 1990 anlässlich des Landtagswahlkampfes in Gera

<sup>1068</sup> Vgl. Schulze: Kleinparteien in Deutschland, S. 183

Landtagen in der DDR davon, dass die ostdeutsche Schwesterpartei der CSU regelrecht baden gegangen sei.<sup>1069</sup>

Für die CSU war damit eine weitere Niederlage im Zusammenhang mit ihrer Schwesterpartei im Osten Deutschlands verbunden. Eine interne Analyse der Landtagswahlen in den neuen Ländern sprach unverblümt von einer vernichtenden Niederlage für die DSU.<sup>1070</sup> Zudem gab dieses Papier der angekündigten noch stärkeren Unterstützung der DSU durch die CSU im Bundestagswahlkampf kaum Chancen auf Erfolg, da die Christ-Sozialen ihre Kräfte auf Bayern konzentrieren müssten.<sup>1071</sup> Zugleich stellte die Analyse fest, würde das Projekt der Schwesterpartei nach diesem Ausgang der Landtagswahlen in den neuen Ländern als gescheitert angesehen werden, was erneute Diskussionen um eine Ausdehnung der CSU über die bayerischen Grenzen hinaus eröffnen würde, wobei diese erst nach der Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 geführt werden sollten.<sup>1072</sup> Im Zusammenhang mit dem schlechten Abschneiden der DSU mehrten sich die Stimmen innerhalb der bayerischen Schwesterpartei, die fragten, ob bei der Unterstützung der DSU nicht ein strategischer Fehler unterlaufen sei.<sup>1073</sup>

Gemäß des Einigungsvertrages zwischen der Bundesrepublik und der DDR waren am 3. Oktober 1990 insgesamt acht Mitglieder der DSU über ihr Volkskammermandat in den Deutschen Bundestag eingezogen und der Bundesvorsitzende Walther erhielt ein Bundesministerium ohne Geschäftsbereich.<sup>1074</sup> Trotzdem hatte der Kampf um das politische Überleben der DSU längst begonnen. Bereits vor der offiziellen Wiedervereinigung hatte das Bundesverfassungsgericht Listenverbindungen von Parteien aus den künftig vereinigten beiden Teilen Deutschlands für unzulässig erklärt, so dass diese Option ausschied.<sup>1075</sup>

Der CSU-Vorsitzende Theo Waigel bemühte sich zwar in der Folge, unter anderem bei einem gemeinsamen Spitzengespräch mit dem CDU-Vorsitzenden Kohl, zumindest drei sichere Direktmandate der DSU zu überlassen, doch kam er damit Mitte Oktober 1990 zu keinem Erfolg. Aus Sicht der Christ-Demokraten bestand die Chance, die für

---

<sup>1069</sup> Vgl. Leersch: Die CSU, S. 25; vgl. auch Schulze: Deutsche Soziale Union, S. 245

<sup>1070</sup> Vgl. BayHStA, NL Vorndran, Nr. XII.3, darin: Aktenvermerk: Landtagswahlen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, AZ: A III 1, S. 2

<sup>1071</sup> Vgl. ebenda, S. 2/3

<sup>1072</sup> Vgl. ebenda, S. 3

<sup>1073</sup> Vgl. Mintzel: Die Christlich-Soziale Union in Bayern e. V., S. 260

<sup>1074</sup> Vgl. Jäger / Walter: Allianz für Deutschland, S. 200; vgl. auch Küsters: Kanzlerfraktion unter Alfred Dregger, S. 163

<sup>1075</sup> Vgl. Jäger: Überwindung der Teilung, S. 474; vgl. auch Gros / Wagner: Verträge zur deutschen Einheit, S. 820

sie nicht mehr Wert scheinende DSU in die Bedeutungslosigkeit zu stoßen und damit zugleich die CSU ihrer ostdeutschen Schwester zu berauben.<sup>1076</sup>

Insgesamt standen damit die Aussichten für ein Überleben der DSU nach dem 2. Dezember 1990 äußerst schlecht. Auf dem kleinen Parteitag der CSU am 29. Oktober 1990 betonte der CSU-Vorsitzende Waigel nochmals das Festhalten seiner Partei an der Zusammenarbeit mit der DSU. Dabei gestand der Bundesfinanzminister offen die Schwächen der Schwesterpartei ein, welche personelle, finanzielle und organisatorische Defizite habe.<sup>1077</sup> Allerdings kam Waigel zu dem Ergebnis, dass an der DSU schon aus strategischen und zum Teil moralischen Gründen festgehalten werden sollte:

„Es wäre menschlich schäbig und politisch kurzsichtig, wenn wir die DSU nun wie einen heiße Kartoffel fallen ließen. [...] Wir müssen unser Engagement für die DSU vor allem auch längerfristig – strategisch betrachten.“<sup>1078</sup>

Aus diesen Gründen appellierte Waigel an die Mitglieder seiner Partei, die Hilfe für die Deutsche Soziale Union weiterhin fortzusetzen, was auch von einem entsprechenden Beschluss des CSU-Präsidiums getragen wurde.<sup>1079</sup> Insgesamt schien dieser Aufruf des CSU-Chefs jedoch im Nichts zu verhallen. Die Auftritte von CSU-Größen im Bundestagswahlkampf für die Schwesterpartei fielen äußerst rar aus und beschränkten sich fast ausschließlich auf die Länder Sachsen und Thüringen.<sup>1080</sup>

Die Wahlen zum ersten gesamtdeutschen Bundestag bedeuteten dann den faktischen Fall der DSU in die politische Bedeutungslosigkeit. Mit einem bundesweiten Gesamtanteil von 0,2 Prozent der Stimmen, auf den Bereich des Wahlgebiets Ost herausgerechnet 1,3 Prozent, konnte sie nicht einmal mehr in ihren Hochburgen Sachsen und Thüringen über die 2 Prozentmarke klettern.<sup>1081</sup> Aus der Sicht der CDU war damit das, seit dem Beginn des Einigungsprozesses verfolgte Ziel, unangefochtene konservative Kraft innerhalb des ostdeutschen Parteienspektrums zu werden, erreicht.<sup>1082</sup> Für die CSU war damit die Hoffnung, einen numerischen Bedeutungsverlust in einer größer werdenden Bundesrepublik durch die Schaffung einer Schwesterpartei auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ausgeträumt.

---

<sup>1076</sup> Vgl. Kießling: Die CSU, S. 183; vgl. auch Jäger / Walter: Allianz für Deutschland, S. 200; vgl. ferner Jäger: Überwindung der Teilung, S. 472. Vgl. ebenso Küsters: Die Vereinigung von CDU (Ost) und CDU (West), S. 185/186; vgl. ebenso Zorn: Geschichte Bayerns, S. 141

<sup>1077</sup> Vgl. ACSP, PA 19901029, Nr. 2, darin: Rede des CSU-Vorsitzenden, Bundesfinanzminister Theo Waigel, S. 8

<sup>1078</sup> Ebenda, S. 9

<sup>1079</sup> Vgl. ebenda, S. 10; vgl. auch Kießling: Die CSU, S. 183

<sup>1080</sup> Vgl. Kießling: Die CSU, S. 183

<sup>1081</sup> Vgl. Schulze: Kleinparteien in Deutschland, S. 184; vgl. auch Zorn: Bayerns Geschichte, S. 142

<sup>1082</sup> Vgl. Leuthner: Die politischen und wirtschaftlichen Initiativen des Freistaats Bayern, S. 73



#### *4.5.5 Die Zusammenarbeit der von CSU und DSU von der Bundestagswahl 1990 bis zum Ende der Zusammenarbeit 1993*

Das Ergebnis der DSU beim ersten gesamtdeutschen Urnengang im Dezember 1990 führte das Scheitern des Projekts einer ostdeutschen Schwesterpartei der CSU deutlich vor Augen. Dennoch riss die Verbindung zwischen den beiden Parteien mit dem Wahltag nicht abrupt ab.

Zunächst wurden parteiintern Stimmen laut, dass das Konzept der CSU-Parteispitze, mit Hilfe der DSU das bundespolitische Gewicht erhalten zu können, gescheitert sei, weshalb die erneute Diskussion um eine mögliche Ausdehnung der CSU über Bayern hinaus in den parteiinternen Diskurs kam.<sup>1083</sup> Insbesondere Peter Gauweiler forderte einen entsprechenden Denkprozess, an dem auch die Schwesterpartei DSU beteiligt werden sollte.<sup>1084</sup> Diesen Bestrebungen konnte sich der CSU-Vorsitzende Theo Waigel jedoch erfolgreich erwehren.<sup>1085</sup>

Im März 1991 einigte sich das CSU-Präsidium schließlich, die Zusammenarbeit mit der DSU unter der Maßgabe fortzusetzen, dass sich diese intern erneuern müsse. Die Ausdehnung der CSU auf andere Bundesländer sollte theoretisch weiterhin eine Option bilden, jedoch lediglich im Einvernehmen mit der CDU, wobei sich die Christ-Sozialen programmatisch und identitätsmäßig auf ihr bayerisches Stammland konzentrieren wollten. Da die CDU und Bundeskanzler Kohl bei den Gesprächen in der ersten Jahreshälfte klar signalisiert hatten, dass eine Ausdehnung der CSU über Bayern hinaus abgelehnt wurde, beendete der Parteivorstand der CSU Anfang Juni 1991 die Ausweitungsdiskussion.<sup>1086</sup>

Was die Kooperation der CSU mit ihrer in der zwischenzeitlich stark gebeutelten Schwesterpartei DSU angeht, so wurde diese im Jahre 1991 weiterhin fortgeführt. In einem Schreiben aus dem August 1991 bat Generalsekretär Huber die stellvertretende Ministerpräsidentin Berghofer-Weichner um die Wahrnehmung eines Termins für die DSU.<sup>1087</sup> Darin führte Huber aus, dass der Zuspruch der Bevölkerung für die DSU in einem Aufwind begriffen sei, auch hätte die geforderte personelle Erneuerung der ostdeutschen Schwesterpartei zwischenzeitlich stattgefunden und die Parteiorganisation

---

<sup>1083</sup> Vgl. Kießling: *Die CSU*, S. 184

<sup>1084</sup> Vgl. BayHStA, NL Berghofer-Weichner, Nr. 15, darin: Schreiben von Staatssekretär Peter Gauweiler an Staatsministerin Matilde Berghofer-Weichner vom 22. Februar 1991. Vgl. auch Kießling: *Die CSU*, S. 184

<sup>1085</sup> Vgl. Mintzel: *Die Christlich-Soziale Union in Bayern e. V.*, S. 261

<sup>1086</sup> Vgl. Kießling: *Die CSU*, S. 185/186

<sup>1087</sup> Vgl. BayHStA, NL Berghofer-Weichner, Nr. 50, darin: Schreiben von Generalsekretär Erwin Huber an Staatsministerin Mathilde Berghofer-Weichner vom 19. August 1991, S. 1

sei ebenso mit Hilfe der CSU erneuert worden.<sup>1088</sup> Des Weiteren führte der CSU-Generalsekretär aus, wolle man den Schwerpunkt des Engagements auf Sachsen und Thüringen legen, wozu das Koordinierungsbüro CSU/DSU im Franz-Josef-Strauß Haus weiter betrieben werden solle.<sup>1089</sup> Trotz aller Bemühungen der bayerischen Schwesterpartei erschien die Zukunft der DSU schon ein Jahr nach der Wiedervereinigung unter keinem guten Stern zu stehen. So stellt Thomas Ammer in seiner Untersuchung aus dem Jahr 1991 fest, dass der Fortbestand der Deutschen Sozialen Union gerade mit Blick auf die schwindende Unterstützung und das schlechte Abschneiden der Wahlen im Vorjahr gefährdet sei.<sup>1090</sup>

Auf den Parteitag der CSU spielte die DSU weiterhin eine Rolle, wenngleich deren Bedeutungsverlust ab 1991 auch hier sichtbar zum Ausdruck kam. Hatte sich auf dem Landesparteitag des Vorjahres noch CSU-Chef Waigel persönlich in seinem Bericht der DSU gewidmet, so fiel diese Aufgabe nun Generalsekretär Huber zu. Dementsprechend ließ er die Erfolge der DSU im Zusammenhang mit den Volkskammerwahlen 1990 Revue passieren und verwies dabei auf ihre Leistungen um das Ende der DDR.<sup>1091</sup> Huber verwies auch darauf, dass man mit der Schwesterpartei die selbstgesetzten Ziele bei den Landtagswahlen und den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen nicht erreichen konnte, brachte aber seinen Dank an all jene zum Ausdruck, die beim Aufbau und der Organisation der DSU Hilfe geleistet hatten, welche weiterhin fortgeführt werden sollte.<sup>1092</sup>

Im Folgejahr 1992 wiederholte die CSU im Rahmen des Landesparteitags ihren Schulterchluss mit dem schwächelnden Partner. So beteiligte sich die Generalsekretärin der DSU, Ute Müller, an einem Arbeitskreis zum Thema Deutsche Einheit gestalten.<sup>1093</sup> Zugleich leisteten sowohl Müller als auch der neue Bundesvorsitzende der Deutschen Sozialen Union und stellvertretende Dresdener Bürgermeister Reinhard Keller Redebeiträge für den Parteitag.<sup>1094</sup> Gleichzeitig übten Vertreter der CDU Druck auf die CSU bezüglich der Kooperation mit der DSU aus. So

---

<sup>1088</sup> Vgl. ebenda, S. 1

<sup>1089</sup> Vgl. ebenda, S. 2

<sup>1090</sup> Vgl. Ammer: Parteien in der DDR und in den neuen Bundesländern, S. 475

<sup>1091</sup> Vgl. ACSP, PT 19911122, Nr. 32, darin: Manuskript des Berichts des CSU-Generalsekretärs Erwin Huber vom 22. November 1991, S. 9

<sup>1092</sup> Vgl. ebenda, S. 10

<sup>1093</sup> Vgl. ACSP, PT 19921106, Nr. 15, darin: Redemanuskript der DSU-Generalsekretärin Ute Müller zum Arbeitskreis IV Deutsche Einheit gestalten.

<sup>1094</sup> Vgl. ACSP, PT 19921106, Nr. 18, darin: Rede der DSU-Generalsekretärin Ute Müller vom 6. November 1992; vgl. auch ACSP, PT 19921106, Nr. 19, darin: Protokoll des Parteitags mit Rede des DSU-Bundesvorsitzenden Reinhard Keller, S. 2 ff.

forderte 1992 der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf eine Einstellung der Hilfen für die ostdeutsche Schwesterpartei.<sup>1095</sup>

Der Schulterschluss und die Unterstützung der CSU für die DSU zeigte jedoch keine nachhaltige Wirkung. Selbst die Zusammenarbeit beider Parteien begann zunehmend dahin zu siechen. Im Frühjahr des Jahres 1993 entschieden die Delegierten der DSU schließlich auf ihrem 5. Parteitag, ihre Partei auf das gesamte Bundesgebiet auszudehnen und Roberto Rink wurde neuer Bundesvorsitzender.<sup>1096</sup> Der neue Bundesvorsitzende, der nicht nur die Expansion in die westdeutschen Bundesländer auf dem Plan hatte, schlug zudem einen stramm rechtsorientierten Kurs ein und liebäugelte mit einer Zusammenarbeit mit den Republikanern.<sup>1097</sup> Damit läutete die Deutsche Soziale Union gewissermaßen selbst das Ende der Zusammenarbeit mit der CSU ein.

In der Folge dieses Parteitages beschloss die CSU am 24. April die Kooperation mit der DSU aufzulösen, Theo Waigel gab den Ehrenvorsitz der bisherigen Schwesterpartei zurück.<sup>1098</sup> In seinem Bericht anlässlich des CSU-Parteitages am 8. Oktober 1993 berichtete Generalsekretär Huber über die Entscheidung zur Trennung, die aufgrund der Ausdehnung der DSU auf ganz Deutschland erfolgt sei, was, laut Huber, politischem Abenteuerertum gleich komme, wofür die CSU nicht zu haben sei.<sup>1099</sup> Dabei würdigte Erwin Huber abschließend die Verdienste der DSU im Verbund mit der CSU, welche sie im Prozess für die deutsche Einheit geleistet hatte:

„Es ist und bleibt ein historisches Verdienst der CSU, dass mit ihrer Hilfe die Kräfte der Deutschen Einheit in der ersten freigewählten Volkskammer eine Mehrheit erhalten haben. Die DSU hat einen wichtigen Beitrag zum Aufbau der Demokratie nach der Überwindung des SED-Regimes und zur raschen Herbeiführung der Deutschen Einheit geleistet. Schon deswegen hat sich der Einsatz der CSU für die DSU im Interesse ganz Deutschlands gelohnt. Ich danke den Parteifreunden, die hier über Jahre hinweg mitgearbeitet haben.“<sup>1100</sup>

---

<sup>1095</sup> Vgl. Zorn: Bayers Geschichte, S. 146

<sup>1096</sup> Vgl. Schulze: Kleinparteien in Deutschland, S. 184/185

<sup>1097</sup> Vgl. Leuthner: Die politischen und wirtschaftlichen Initiativen des Freistaats Bayern, S. 74

<sup>1098</sup> Vgl. Schulze: Kleinparteien in Deutschland, S. 185; vgl. auch Leuthner: Die politischen und wirtschaftlichen Initiativen des Freistaats Bayern, S. 74

<sup>1099</sup> Vgl. ACSP, PT 19931008, Nr. 10, darin: Rechenschaftsbericht des CSU-Generalsekretärs Erwin Huber vom 8. Oktober 1993, S. 4

<sup>1100</sup> Ebenda, S. 4

Rückblickend betrachtet kann man im Zusammenhang mit dem Experiment DSU von einem Fehlschlag sprechen.<sup>1101</sup> Als die beiden zentralen Gründe identifiziert auch Andreas Kießling zum einen die bundesweite Ausdehnung der DSU und zum anderen die zunehmend auftretenden rechtslastigen Tendenzen innerhalb der ostdeutschen Schwesterpartei, welche auf Dauer nicht geduldet werden konnten.<sup>1102</sup> Neben diesen beiden Gründen wird sicherlich aber auch die Erfolglosigkeit, die fehlende Perspektive und der nicht unerhebliche finanzielle und ideelle Aufwand, den eine Fortführung der Partnerschaft bedeutet hätte, eine Rolle bei der Beendigung des DSU-Abenteuers der CSU gespielt haben.

Blickt man auf die weitere Entwicklung der DSU nach der Beendigung der Zusammenarbeit mit der bayerischen Unionspartei, so bleibt festzustellen, dass diese sich zu einer zunehmend neokonservativen Partei mit ausländerfeindlichen Tendenzen und eher geringer politischer Bedeutung entwickelt hatte.<sup>1103</sup>

---

<sup>1101</sup> Vgl. Leuthner: Die politischen und wirtschaftlichen Initiativen des Freistaats Bayern, S. 73; vgl. auch Gast / Kranenpohl: Politische Führung in der CSU, S. 424

<sup>1102</sup> Vgl. Kießling: Die CSU, S. 186

<sup>1103</sup> Vgl. Boom: Politik diesseits der Macht, S. 250

## 5. Fazit

Mit der offiziellen Aufkündigung der Zusammenarbeit der CSU mit ihrer Ostdeutschen Schwesterpartei im Frühjahr 1993 fand das letzte verbliebene Spielfeld der Deutschlandpolitik der bayerischen Unionspartei ein Ende. Dabei bleibt die Frage, welchen Einfluss die CSU auf die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland im Untersuchungszeitraum zwischen 1969 und 1993 ausüben konnte, oder welche Rolle diese regionale Partei mit bundespolitischem Anspruch auf das untersuchte Politikfeld spielte.

Hier kommt man zu dem Ergebnis, dass sich kein kausaler Zusammenhang zwischen der Regierungsbeteiligung und der quantitativ messbaren Stärke in Stimmen beziehungsweise Parlamentssitzen einerseits und der tatsächlichen Durchsetzung eigener Positionen andererseits gibt.

Bei der Betrachtung der Ergebnisse der Aktivitäten der CSU im untersuchten Politikfeld wird deutlich, dass ihr Einfluss auf die Bundespolitik im Untersuchungszeitraum schwankte und daraus resultierend die Erfolge ihrer Politik ganz unterschiedlicher Art waren.

Gerade mit dem Blick auf den grundsätzlichen Einfluss der CSU auf die Bundespolitik in den Jahren 1969 bis 1993 gilt es festzustellen, dass dieser dem Wechsel von der Regierungs- zur Oppositionsbank sowie der deutschen Wiedervereinigung ausgesetzt war. Wenn man die Frage nach dem Einfluss mit der Regierungsbeteiligung und dem parlamentarischen Gewicht an der Zahl der Bundesminister sowie der Abgeordneten im Bundestag, beziehungsweise der Stimmen im Bundesrat festmacht, wird deutlich, dass sich die diesbezüglichen Rahmenbedingungen für die CSU im genannten Zeitraum mehrfach änderten.

So wurde die bayerische Unionspartei von dem von ihr unerwarteten Gang in die Opposition im Jahr 1969 unvorbereitet getroffen. Insbesondere der Verlust des Zugriffs auf den Apparat der Ministerien zwangen CDU und CSU gleichermaßen zum Aufbau eigener Strukturen ihrer gemeinsamen Bundestagsfraktion und der CSU-Landesgruppe, wobei man hier resümieren kann, dass das organisatorische Defizit, welches durch den Wechsel auf die Oppositionsbänke entstanden war, erstaunlich schnell wettgemacht werden konnte.<sup>1104</sup>

---

<sup>1104</sup> Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 32; vgl. auch Müchler: Das schwierige Bündnis, S. 65, sowie Hempel: Statthalter oder Juniorpartner der Union?, S. 291

Mit dem Regierungswechsel des Jahres 1982 und dem Amtsantritt Helmut Kohls wuchs der Einfluss der CSU insofern, als dass sie ab diesem Zeitpunkt wieder am Bonner Kabinetttisch vertreten war. Damit stellte sie in der Regierung Kohl / Genscher fünf Bundesminister und gewann durch die Tatsache, wieder Regierungspartei in Bonn zu sein, an zusätzlichem Gewicht.<sup>1105</sup>

Die Wiedervereinigung brachte, was das numerisch festzustellende Gewicht der CSU angeht, erneut eine starke Veränderung mit sich: Durch den Anstieg der Anzahl der Bundesländer von ursprünglich 11 in der alten Bundesrepublik vor dem 3. Oktober 1990 auf 16 in der neuen Bundesrepublik verlor auch die bayerische Unionspartei an Einfluss, da sie nur in Bayern für bundesweite Wahlen antrat. Durch diese Veränderung schwand das Gewicht Bayerns und damit der CSU im Bundesrat, da die Erhöhung der Anzahl der Sitze der Länder mit mehr als sieben Millionen Einwohner von fünf auf sechs Mandate in der Länderkammer diesen Schwund nicht kompensieren konnte.<sup>1106</sup> Bei den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen sank der bundesweite Stimmenanteil der CSU auf rund 7,1 Prozent und sie konnte damit ihre bis dahin verteidigte Position als zweitgrößte Koalitionspartei vor der FDP nicht behaupten.<sup>1107</sup>

Dass die rein quantitative Stärke beziehungsweise Bemessung des Einflusses der CSU nur eine Seite der Medaille ist, wird bei der Untersuchung der einzelnen betrachteten Themenbereiche der vorliegenden Arbeit deutlich. Mit Blick auf die dargestellten Felder der Deutschlandpolitik ist festzuhalten, dass der Erfolg beziehungsweise der Einfluss der CSU von Fall zu Fall differenziert einzuordnen und zu bewerten ist.

Hier gilt es festzustellen, dass der Erfolg der Einflussnahme der bayerischen Unionspartei auf die Deutschlandpolitik teilweise sehr unterschiedlich ausfiel. So gelang es der CSU nicht oder zumindest nicht im gewünschten Umfange, die beiden Verträge mit Moskau und Warschau als Beginn der neuen Ostpolitik der Regierung Brandt zu verhindern oder zumindest ein profilschärfendes einheitliches gemeinsames Nein der CDU/CSU-Bundestagsfraktion durchzusetzen. Der Gegensatz zwischen dem kooperativen Kurs des Unionsfraktionsvorsitzenden Barzel unter dem Titel „so nicht“ und dem klaren Nein der CSU zu den Verträgen führte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion an den Rande der Spaltung, welche nur mit dem Kompromiss der Stimmenthaltung der Union verhindert werden konnte, was aber zugleich den Weg zu

---

<sup>1105</sup> Vgl. Oberreuter: Konkurrerierende Kooperation, S. 329

<sup>1106</sup> Vgl. Gelberg: Ausblick, S. 982; vgl. auch Ress: Grundgesetz, S. 408/409

<sup>1107</sup> Vgl. Mintzel: Die Christlich-Soziale Union in Bayern, S. 259

einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Verträge ausschloss.<sup>1108</sup> Daher ist mit Blick auf eine Bewertung der Rolle festzustellen, dass es der CSU mit Blick auf die beiden Ostverträge mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen nicht gelungen war, ihre Maximalposition eines klaren und deutlichen Neins innerhalb der gemeinsamen Unionsfraktion im Deutschen Bundestag durchzusetzen, doch ist in der Tatsache, dass es aufgrund ihres Widerstands zu einer Stimmenthaltung der Union bei der Ratifizierung kam, ein gewisser Teilerfolg zu sehen.

In der Gesamtschau negativ zu bewerten ist das Projekt der Zusammenarbeit mit der DSU. Zwar konnten hier anfängliche bescheidene Erfolge bei den Volkskammerwahlen erzielt werden, doch lässt sich ab diesem Urnengang im März des Jahres 1990 ein kontinuierlicher Abwärtstrend der ostdeutschen Schwesterpartei verzeichnen, die im Grunde bereits mit dem gescheiterten Einzug in den ersten gesamtdeutschen Bundestag im Dezember 1990 in die politische Bedeutungslosigkeit gerutscht war. Alle folgenden Versuche der CSU-Spitze, den neuen Partner am politischen Leben zu erhalten scheiterten, so dass die Aufkündigung der Zusammenarbeit im April 1993 lediglich den Endpunkt unter diese parteipolitische Initiative darstellt. In gewisser Weise kann daher ab den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen 1990 von einem Siechtum der Zusammenarbeit gesprochen werden. Das Ziel der CSU, mit Hilfe der DSU eine unionsinterne Verschiebung der Gewichte zu Gunsten der CDU kompensieren zu können, war nicht von Erfolg gekrönt, weshalb es zu einem Scheitern dieses Engagements in den neuen Bundesländern kam.<sup>1109</sup>

Bezüglich dem Scheitern der Etablierung der DSU als ostdeutscher Schwesterpartei der CSU ist auch auf die von einigen führenden Köpfen der Christ-Sozialen vertretene Forderung nach einer Ausdehnung der CSU auf zumindest einen Teil der neuen Länder einzugehen. Hier ist der von Friedrich Zimmermann getroffene Aussage, dass es ein Fehler gewesen sei, dass sich die bayerische Unionspartei nicht selbst auf die südlichen neuen Bundesländer ausgedehnt habe,<sup>1110</sup> klar zu widersprechen. Eine Ausdehnung der CSU hätte deren Markenkern, die Vertretung bayerischer Interessen und die für den Wähler deutliche Identifikation der Partei mit dem Freistaat Bayern, geschadet oder gar zerstört. Gerade in dieser Doppelrolle zwischen der Vertretung der Interessen Bayerns und der Identifikation mit dem Freistaat ist der Erhalt des bundespolitischen Einflusses

---

<sup>1108</sup> Vgl. Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 19

<sup>1109</sup> Vgl. Leuthner: Die politischen und wirtschaftlichen Initiativen des Freistaats Bayern, S. 73

<sup>1110</sup> Vgl. Hanns-Seidel-Stiftung: Geschichte einer Volkspartei, S. 628

Bayerns nach der Wiedervereinigung geschuldet, auf was unter anderem Alf Mintzel verweist.<sup>1111</sup>

In ähnlicher Weise ist das Agieren der CSU in der Frage des UN-Beitritts der Bundesrepublik Deutschland zu bewerten. Hier ging es um ein Thema, welches die Unionsfraktion an den Rand einer Spaltung brachte. Während der Kern der CSU-Argumentation war, dass ein gemeinsamer Beitritt beider deutscher Staaten zu den Vereinten Nationen nur einen geringen Nutzen habe, wenn nicht sogar ihr Schaden durch die damit formell erfolgende internationale Anerkennung der DDR durch die Staatengemeinschaft weit größer war, plädierte der Vorsitzende der Unionsfraktion Rainer Barzel für ein Ja der Union zu einem Beitritt.<sup>1112</sup> Nachdem die CSU sich schließlich mit ihrem Nein zum UN-Beitritt in der Gesamtfraktion durchsetzen konnte, gipfelte die unionsinterne Auseinandersetzung am 9. Mai 1973 schließlich im Rücktritt Barzels als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die Gründe der Antihaltung der bayerischen Unionspartei zu dem Eintritt der Bundesrepublik in die Vereinten Nationen sind hierbei vor allem in der Ablehnung des gleichzeitigen Beitritts der DDR zu suchen.<sup>1113</sup> Wenn man voraussetzt, dass es das Ziel der CSU gewesen war, sich durch das Abstimmungsverhalten im Bundestag profilbildend in Szene zu setzen, so ist dies zwar durch ein mit zwei Ausnahmen geschlossenes Nein der CSU-Landesgruppe gelungen, doch zeigte die große Zahl der Ja-Stimmen aus den Reihen der CDU-Bundestagsabgeordneten den tiefen Riss, den der Kurs der bayerischen Schwesterpartei in die gemeinsame Bundestagsfraktion getrieben hatte. Das Hauptmotiv für die Positionierung der CSU gegen den UN-Beitritt ist sicher nicht darin zu sehen, Rainer Barzel zum Rücktritt zu zwingen. Dennoch nahm man dessen Abschied von der Spitze der Unionsfraktion billigend in Kauf und erteilte ihm zugleich eine Absage als gemeinsamer Spitzenkandidat von CDU und CSU bei den nächsten Bundestagswahlen.<sup>1114</sup>

Mit Blick auf die ablehnende Haltung Bayerns bezüglich der Errichtung von Ständigen Vertretungen ist festzustellen, dass die CSU mit ihrer Haltung keine Unterstützung durch ihre Schwesterpartei erfahren hatte. Hier hatte man nicht alle möglichen Register des Widerstands gegen die Einrichtung von gegenseitigen

---

<sup>1111</sup> Vgl. Mintzel: Bayern und die CSU, S. 251/252

<sup>1112</sup> Vgl. ACDP, 08-001-1032/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 8. Mai 1973, S. 26-27 sowie S. 43-46

<sup>1113</sup> Vgl. ACSP, PA 19730528, Nr. 2, darin: Protokoll zur Rede des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, S. 15/16

<sup>1114</sup> Vgl. Pauly: Christdemokraten und Christlich-Soziale, S. 149



Vertretungen gezogen, um nicht den Eindruck einer Fundamentalopposition zu erwecken. Es gelang, mit der von der CSU praktizierten Stimmenthaltung und der damit verbundenen Erklärung vor einer möglichen völkerrechtlichen Anerkennung der DDR zu warnen und im gleichen Zuge die deutsche Frage weiterhin im politischen Diskurs wachzuhalten.

Ähnlich zu sehen ist das Verhalten der bayerischen Unionspartei bezüglich der Verabschiedung der KSZE-Schlussakte. Zwar konnte durch ihr Agieren keine Änderung der bundesrepublikanischen Haltung erzielt werden, doch gelang es ihr, ihre Position durch einschlägige Stellungnahmen in Bundestag und Bundesrat zu verdeutlichen und somit ihr Gegenmodell zum politischen Kurs der sozial-liberalen Koalition darzustellen.

Im Bundestagswahlkampf des Jahres 1980, bei dem Franz Josef Strauß als Spitzenkandidat der Union antrat, spielte die Deutschlandpolitik zwar eine zentrale Rolle, war jedoch letztlich nicht das alles entscheidende Thema. Hierbei nutzte der Herausforderer Strauß dieses Themenfeld, um eine Gegenposition zu der Politik Helmut Schmidts zu beziehen. Er betonte dabei, dass die geschlossenen Verträge, gemäß dem Kredo, „pacta sunt servanda“, auch für eine Bundesregierung unter seiner Führung verbindlich wären, doch dass er hier schärfer auf eine korrekte und verfassungskonforme Auslegung derselben pochen würde und keinerlei Verträge zulassen würde, welche die völkerrechtliche Anerkennung der deutschen Teilung festschreiben würden.<sup>1115</sup> Letztlich entscheidend war das deutschlandpolitische Agieren der CSU im Rahmen des Wahlkampfes nicht, wenn, dann nur insofern, als dass die zum Teil sehr scharf formulierten Aussagen von Strauß gerade zum Bereich Außenpolitik, zu dem die Deutschlandpolitik als Teilbereich zählt, zu einem Erfolg der Anti-Strauß-Kampagne beigetragen hat.<sup>1116</sup>

Im Rahmen des Regierungswechsels des Jahres 1982 und der beiden Koalitionsverträge der neuen Regierung aus Union und FDP wurde deutlich, dass hier die CSU und Strauß nicht in dem gewünschten Umfang Akzente setzen konnten. War schon der Weg zum Wechsel im Kanzleramt nicht nach dem Fahrplan gegangen, den der bayerische Ministerpräsident und seine Partei sich vorgestellt hatten,<sup>1117</sup> gelang es auch nicht, ihre deutschlandpolitischen Positionen in den Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP aus dem Jahre 1983 entsprechend einfließen zu lassen. So fand das

---

<sup>1115</sup> Vgl. ACSP, PT 19790928, Nr. 16, darin: Protokoll vom 29. September 1979, S. 80-84

<sup>1116</sup> Vgl. Huber: Bundestagswahlkämpfe, S. 92

<sup>1117</sup> Vgl. Strauß: Erinnerungen, S. 500

Themenfeld der Deutschlandpolitik mit keinem Wort Eingang in den Vertrag zwischen den beiden Regierungsparteien, was vor allem dem Streit zwischen Strauß und Genscher geschuldet war, den Kohl geschickt für seine Zwecke ausnutzte.<sup>1118</sup> Dem CSU-Vorsitzenden und seiner Partei blieb somit nur die Möglichkeit, die Wege, welche sich durch die Regierungsbeteiligung in Bonn ergaben, zu nutzen, um ihre Standpunkte bezüglich der Deutschlandpolitik in den Entscheidungsprozess der Bundesrepublik einfließen zu lassen.

Die Aktivitäten von Strauß und der CSU in Bezug auf den Milliardenkredit sollten eine Gelegenheit sein, in deren Rahmen der neugewonnene Einfluss durch die Regierungsbeteiligung in Bonn ausgespielt wurde. Wie insbesondere die neueren Untersuchungen von Veronika Heyde belegen, war der Einsatz von Franz Josef Strauß für das Zustandekommen des ersten wie des zweiten sogenannten Milliardenkredits von ganz entscheidender Bedeutung.<sup>1119</sup> Begleitet war die Initiative des bayerischen Ministerpräsidenten indes von nicht unerheblichen parteiinternen Querelen, die ihren Höhepunkt in einem für Strauß niederschmetternden Ergebnis bei der turnusmäßigen Wiederwahl als Parteivorsitzender 1983 sowie der Abspaltung der Republikaner fanden. Ungeachtet dessen überwiegen in der Rückschau die Erfolge der Strauß-Initiative. So konnten allein in der Folge des ersten Milliardenkredits Lockerungen bei den Grenzkontrollen und die Aufnahme von Kulturverhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten erreicht werden.<sup>1120</sup> Insgesamt war es Strauß durch seine Vermittlungen der beiden Kredite für die DDR gelungen, auf Basis des Grundsatzes Vertrauen gegen Vertrauen humanitäre Verbesserungen für die Menschen in Ostdeutschland zu erreichen, ohne dafür ein schriftliches Junktim mit den Kreditverträgen zu verknüpfen. Somit ist in dem Handeln von Strauß bezüglich der Kredite von einem Erfolg für die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik und für die Bürgerinnen und Bürger der DDR zusehen, deren parteipolitische Auswirkungen auf seine eigene Partei eher negativ waren.

Einen tatsächlichen großen politischen Erfolg, der auch für alle deutschen Verfassungsorgane Verbindlichkeit erlangen sollte, stellte indes die von der CSU initiierte Normenkontrollklage des Freistaats Bayern gegen den Grundlagenvertrag dar. Hierbei hatte die Bayerische Staatsregierung rein formell eine juristische Niederlage erlitten, doch war mit der Klage das gelungen, was die eigentliche Absicht der

---

<sup>1118</sup> Vgl. Korte: Deutschlandpolitik, S. 101

<sup>1119</sup> Vgl. Heyde: Vergabe der Milliardenkredite an die DDR, S. 112-120

<sup>1120</sup> Vgl. ebenda, S. 111

bayerischen Unionspartei und ihres Vorsitzenden Strauß gewesen war: durch das Urteil erreichte man eine für alle bundesrepublikanischen Verfassungsorgane verbindliche Auslegung des Grundlagenvertrages, wodurch einer Fortentwicklung der sozial-liberalen Deutschlandpolitik hin zu einer tatsächlichen Anerkennung der deutschen Zweistaatlichkeit ein Riegel vorgeschoben wurde.<sup>1121</sup>

Werner Schneider weist in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Auswirkungen der Verfassungsklage Bayerns bezüglich des weiteren Verlaufs der deutsch-deutschen Beziehungen und insbesondere bezüglich des Wiedervereinigungsprozesses hin. So behielten die Bürgerinnen und Bürger der DDR die deutsche Staatsangehörigkeit im Sinne des Grundgesetzes, was ihnen die Flucht beziehungsweise die massenhafte Übersiedlung in den Jahren 1989/90 erleichterte.<sup>1122</sup> Außerdem blieb durch die Vertragsinterpretation des Bundesverfassungsgerichts der Weg zur deutschen Einheit über den Artikel 23 des Grundgesetzes offen, mit dessen Hilfe die Länder der DDR am 3. Oktober 1990 dem Grundgesetz beitreten konnten.<sup>1123</sup> Ähnlich betont Dieter Blumenwitz die Erfolge der Klage: So stellte das Bundesverfassungsgericht neben der Frage der Staatsangehörigkeit der Bürgerinnen und Bürger der DDR fest, dass Deutschland als Ganzes fortbestand und zugleich das Land Berlin nach dem Karlsruher Richterspruch ein Teil der Bundesrepublik blieb, mit allen daraus resultierenden Konsequenzen.<sup>1124</sup>

So war es der CSU durch die von ihr angeschobene Klage gelungen, zahlreiche eigene Positionen zu erhalten und zugleich der Deutschlandpolitik der Bundesrepublik eine klare Richtung mit entsprechenden Schranken zu geben. Nach dem Urteil von Dieter Blumenwitz liegt vor allem im Erhalt der Fundamente der Staatlichkeit der deutschen Nation der zentrale Beitrag der CSU zur Deutschlandpolitik.<sup>1125</sup>

Vielleicht kann im Zusammenhang mit ihrem Vorgehen in der Frage der Normenkontrollklage gegen den Grundlagenvertrag sogar von einem der größten deutschlandpolitischen Erfolge der CSU im Untersuchungszeitraum gesprochen werden. Die Christ-Sozialen waren sich dieses Umstands auch bewusst, nahmen sie doch in der Folge bei zahlreichen Gelegenheiten und Wahlkämpfen sowie anderen

---

<sup>1121</sup> Vgl. Siebenmorgen: Franz Josef Strauß, S. 494/495; vgl. auch Blumenwitz: Bayern und Deutschland, S. 49/50

<sup>1122</sup> Vgl. Schneider: Bundesverfassungsgericht und Politik, S. 97

<sup>1123</sup> Vgl. ebenda, S. 97-99

<sup>1124</sup> Vgl. Blumenwitz: Die Christlich-Soziale Union und die deutsche Frage, S. 350/351

<sup>1125</sup> Vgl. ebenda, S. 365

Gelegenheiten in die Phase des Einigungsprozesses hinein immer wieder Bezug auf dieses Urteil.<sup>1126</sup>

In die Phase der Regierung Kohl fielen der Dialog von Strauß mit Honecker, anderen Spitzenvertretern der DDR sowie schließlich die Moskau-Reise und das Treffen des CSU-Vorsitzenden mit Michael Gorbatschow. Während der Kontakt zwischen Strauß und Schalck-Golodkowski auf informeller Ebene abseits der Öffentlichkeit stattfand, so waren seine Treffen mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker von den Medien begleitete Ereignisse, wenngleich immer nichtöffentliche Gespräche stattfanden. Insgesamt ist dabei festzustellen, dass Strauß von seinen ostdeutschen Gesprächspartnern geschätzt wurde und ihm diese Kontakte bei seinem Einsatz für humanitäre Erleichterungen und Einzelanliegen von DDR-Bürgern halfen.

Die Moskau-Reise und das Treffen mit Gorbatschow dienten vor allem der Darstellung und Dokumentation des außenpolitischen Renommées von Strauß und der CSU. Mit dem spektakulären Flug dokumentierte der bayerische Ministerpräsident, dass sein Einfluss deutlich über die Grenzen des Freistaats und der Bundesrepublik hinausreichte.

In die Ära der beiden Nachfolger von Strauß, Max Streibl als Ministerpräsident und Theo Waigel als Parteivorsitzender, gehört die Politik des Freistaats in der Umbruchphase der Wendejahre 1989/90. Hier gilt es festzustellen, dass ein Kurswechsel der Politik der CSU bezüglich ihrer Deutschlandpolitik notwendig wurde. Stand bisher die Wahrung bundesdeutscher Rechtspositionen und die Verhinderung von Zugeständnissen gegenüber den staats- und völkerrechtlichen Forderungen der DDR im Vordergrund, so hatte sie sich nun mit der Gestaltung der Einheit Deutschlands zu befassen.

Hierbei engagierte sich Bayern insbesondere im Bereich des Aufbaus demokratischer Strukturen in der DDR und für die Wiederherstellung der Länder in Ostdeutschland, wobei der klare Schwerpunkt in Sachsen und Thüringen lag. Von Bedeutung waren dabei des Weiteren die Förderung und Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes, der Verwaltungsverbesserung, des Gesundheitswesens, der Kultur und Wissenschaft, der Landwirtschaft und dem gezielten Aufbau von Infrastruktur an der

---

<sup>1126</sup> Vgl. u. a. ACSP, PT 19790928, Nr. 16, darin: Protokoll vom 29. September 1979, S. 82/83; vgl. ebenso CSU-Landesleitung: Heimat Bayern. Zukunft Deutschland. Mit uns. CSU, S. 1; vgl. auch Stoiber: Der Freistaat Bayern auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, S. 316

bayerischen Grenze zur DDR.<sup>1127</sup> Wie Roman Leuthner betont, verbuchte Bayern hier für die eigene Wirtschaft mehrfach Erfolge, da hier das Wirtschaftsministerium als Türöffner für bayerische Betriebe agierte.<sup>1128</sup> Gerade diese Aktivitäten waren von nachhaltigem Erfolg gekrönt.

Auch die Initiative von Max Streibl zur gesamtdeutschen Ministerpräsidentenkonferenz, welche eine nachhaltige Stärkung des Föderalismus in Deutschland und Europa zum Ziel hatte und eine bayerische Vorkämpferrolle dokumentieren sollte, war erfolgreich.

Gerade in der Frage der künftigen Gestaltung des wiedervereinigten Deutschlands hatte sich die CSU für die Wiedervereinigung über den Artikel 23 des Grundgesetzes, also über den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik stark gemacht. Die hierdurch erfolgte Politik, die verfassungsrechtliche Ordnung des Grundgesetzes in der bisherigen Form zu bewahren und mögliche Änderungen oder gar eine neue Verfassung, wie sie von Teilen der politischen Linken gefordert wurde, zu verhindern, war am Ende erfolgreich.

Betrachtet man die Ergebnisse der Aktivitäten und politischen Vorstöße der CSU auf dem Themenfeld der Deutschlandpolitik im Untersuchungszeitraum, so wird deutlich, dass sich hier kein einheitliches Bild ergibt. Nicht alle von ihr angestoßenen Initiativen waren von politischem Erfolg gekrönt. Viele dienten vor allem der eigenen politischen Profilierung der Partei, insbesondere in der Phase der sozial-liberalen Regierung von 1969 bis 1982, bei denen es darum ging, die eigene Position als Gegenmodell zum Kurs der SPD und FDP geführten Bundesregierung darzustellen und sich so vom politischen Gegner abzugrenzen.

Insbesondere aber ihre Erfolge in Bereichen des Dialogs mit den Spitzen der DDR, der Klage gegen den Grundlagenvertrag sowie die bayerischen Aktivitäten rund um die Wendephase 1989/90 machen deutlich, dass die CSU über weite Strecken ihrem Anspruch als regionale Partei mit bundespolitischem Anspruch auf dem Feld der Deutschlandpolitik gerecht werden konnte.

---

<sup>1127</sup> Vgl. BayHStA, NL Vorndran, Nr. XII.4, darin: Aktenvermerk: Deutschlandpolitische Unterlagen – bisherige Arbeit des Staatssekretärsausschusses für DDR-Fragen und verwirklichte Maßnahmen, S. 2/3

<sup>1128</sup> Vgl. Leuthner: Die politischen und wirtschaftlichen Initiativen des Freistaats Bayern, S. 238/239

## **6. Abkürzungsverzeichnis**

ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik
ACSP	Archiv für Christlich-Soziale Politik
a. D.	außer Dienst
AIDS	Acquired Immune Deficiency Syndrome
AK	Arbeitskreis
Art.	Artikel
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
CDSU	Christlich-Demokratisch Soziale Union
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSPD	Christlich-Sozialen Partei Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e. V.
CSV	Christlich Soziale Vereinigung
DA	Demokratischer Aufbruch
DAP	Deutschland- und Außenpolitischer Arbeitskreis der CSU
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFP	Deutsche Forumspartei

DeFu	Deutsche Friedensunion
DOK	Arbeitskreis Deutschland- und Ostpolitik der CSU
DSU	Deutsche Soziale Union
EG	Europäische Gemeinschaft
EU	Europäische Union
FDP	Freie Demokratische Partei
FDU	Freie Deutsche Union
FPT	Forum Partei Thüringen
FVP	Fortschrittliche Volkspartei
GG	Grundgesetz
HSS	Hanns-Seidel-Stiftung e. V.
JU	Junge Union Bayern e. V.
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LG	Landesgruppe
LTF	Landtagsfraktion
MdB	Mitglied des Bundestages

MdL	Mitglied des Landtages
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NL Berghofer-Weichner	Nachlass Berghofer-Weichner
NL Böhm	Nachlass Johann Böhm
NL Goppel	Nachlass Alfons Goppel
NL Guttenberg	Nachlass Karl Theodor von und zu Guttenberg
NL Jaeger	Nachlass Richard Jaeger
NL Klein	Nachlass Jonny Klein
NL Pirkl	Nachlass Fritz Pirkl
NL Alfred Seidl	Nachlass Alfred Seidl
NL Streibl	Nachlass Max Streibl
NL Strauß Büro Bonn	Nachlass Franz Josef Strauß Büro Bonn
NL Strauß Fam	Nachlass Franz Josef Strauß Familie
NL Strauß MPr	Nachlass Franz Josef Strauß Ministerpräsident
NL Strauß Büro PV	Nachlass Franz Josef Strauß Büro Parteivorsitzender
NL Stücklen	Nachlass Richard Stücklen
NL Vorndran	Nachlass Wilhelm Vorndran



NL Wilhelm	Nachlass Paul Wilhelm
PA	Parteiausschuss
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PT	Parteitag
SBU	Sozial-Bürgerliche Union
SDI	Strategic Defense Initiative
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StA Bamberg	Staatsarchiv Bamberg
START	Strategic Arms Reduction Treaty
Stasi	Ministerium für Staatssicherheit
StK	Staatskanzlei
StK-Ministerratsprotokolle	Staatskanzlei Ministerratsprotokolle
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNO	United Nations Organisation
VUS	Volksunion Sachsens

## **7. Quellen- und Literaturverzeichnis**

### **7.1 Ungedruckte Quellen**

#### Archiv für Christlich-Demokratische Politik, St. Augustin (ACDP)

Protokolle der CDU/CSU Bundestagsfraktion

08-001 Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

#### Archiv für Christlich-Soziale Politik München (ACSP)

##### *A. Nachlässe und Handakten*

Nachlass Alfons Goppel (NL Goppel)

Nachlass Richard Jaeger (NL Jaeger)

230 Sitzungen der Arbeitsgruppe 5 der CSU-Landesgruppe

Nachlass Fritz Pirkl (NL Pirkl)

400 CSU-Arbeitsgemeinschaften

409 Arbeitskreis Deutschland- und Ostpolitik, Deutschland- und außenpolitischer  
Arbeitskreis, Fachausschuss Außenpolitik

Nachlass Franz Josef Strauß

Büro Bonn (NL Strauß Büro Bonn)

125/3507 Schriftwechsel Herbert Czaja

125/3523 Schriftwechsel Karl Theodor zu Guttenberg

128/3609 Schriftwechsel Richard Stücklen

133/3707 Bundestagsprotokoll „Bericht zur Lage der Nation 20. März 1980“

162/3954 CDU/CSU-Fraktion

Familie (NL Strauß Fam)

674 Reden

675 Reden

Büro Parteivorsitzender (NL Strauß Büro PV)

6472 Schriftwechsel mit Mandats- und Funktionsträger in Bayern und den Ländern

9775 Schriftwechsel mit Mandats- und Funktionsträger in Bayern und den Ländern

14420 Geschäftsgang allgemein

Nachlass Richard Stücklen (NL Stücklen)

244 Bundespräsident

281 Beziehungen zum Ausland

282 Außenpolitik – Ostpolitik

### *B. CSU-Parteigremien*

#### 1. CSU Landesleitung

Landesausschüsse/Parteitage (PA)

PA 19730528, CSU-Parteiausschuss am 28. Mai 1973 in München

2 Protokoll

PA 19890217, CSU-Parteiausschuss am 17. und 18. Februar 1989 in Regensburg

6 Reden

PA 19900216, CSU-Parteiausschuss am 16. und 17. Februar 1990 in Augsburg

5 Reden

PA 19901029, CSU-Parteiausschuss am 29. Oktober 1990 in München

2 Protokoll

## Landesversammlungen, Parteitage (PT)

- PT 19700411, CSU-Parteitag am 10./11. April 1970 in München  
„Deutschland braucht Bayern“
- 1 Organisation
  - 5 Protokoll
  - 6 Foren
- PT 19700703, CSU-Parteitag am 3./4. Juli 1970 in Nürnberg,  
„Erfolgreich in der Welt von Morgen“
- 4 Kandidatenkonferenz
  - 5 Anträge
  - 6 Dokumentation
- PT 19711016, CSU-Parteitag am 16./17. Oktober 1971 in München,  
„25 Jahre Christlich-Soziale Union“
- 6 Anträge
  - 8 Protokoll und reden
- PT 19790928, CSU-Parteitag am 28./29. September 1979 in München  
„Mit aller Kraft für Deutschland“
- 16 Protokoll vom 29. September 1979
  - 17 Vorstandswahlen
- PT 19820604, CSU Parteitag am 4./5. Juni 1982 in München  
„Wir Bayern. Kraftvoll in die Zukunft“
- 7 Protokoll vom 4. Juni 1982
- PT 19830715, CSU Parteitag am 15./16. Juli 1983 in München  
„Verpflichtung und Auftrag für Bayern und Deutschland“
- 14 Protokoll vom 16. Juli 1983
  - 15 Vorstandswahlen
  - 16 DDR-Milliardenkredit, Erklärung des Parteivorsitzenden
- PT 19851122, CSU-Parteitag am 22./23. November 1985 in München

- „Konsequent für Bayern – CSU 1945-1985“
- 12 Vorstandswahlen
- PT 19881119, CSU-Parteitag am 19. November 1988 in München  
 „Dem Erbe verpflichtet. Kraftvoll und geschlossen für Bayern, Deutschland und Europa“
- 27 Reden
- 28 Wahl von Theo Waigel zum Parteivorsitzenden
- PT 19900713, CSU-Parteitag am 13./14. Juli 1990 in Nürnberg  
 „Deutschland kommt. Aber Bayern bleibt stark. Mit uns. CSU“
- 4 Antragsmappe
- 7 Beschlussfassung über die Anträge
- 17 Protokoll vom 13. Juli 1990
- PT 19911122, CSU-Parteitag am 22./23. November 1991 in München  
 „Welt im Wandel. Partei der Stabilität. CSU“
- 32 Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs
- PT 19921106, CSU-Parteitag am 6./7. November 1992 in Nürnberg  
 „Bewährtes sichern. Neues meistern. Mutig entscheiden“
- 15 Arbeitskreis IV
- 18 Protokoll und Reden vom 6. November 1992
- 19 Protokoll und Reden vom 7. November 1992
- PT 19931008, CSU-Parteitag vom 8./9. Oktober 1993  
 „Bayern sichern. Deutschland gestalten. Europa bauen“
- 10 Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs

### C. Parlamentsfraktionen

#### 1. CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag (LG)

LG-Protokolle (ACSP, LG-Protokolle)

LG-Sitzungen, 6. Wahlperiode

LG-Sitzungen, 7. Wahlperiode

LG-Sitzungen, 10. Wahlperiode

LG-6. Wahlperiode

172 CSU-Landtagsfraktion

LG-7. Wahlperiode

234 Vereinte Nationen

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München (BayHStA, München)

*Abteilung II.: Neuere Bestände*

Bayerische Staatskanzlei (StK)

12092 Gespräch der Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler  
am 16. April 1970

12264 Vorbereitung der CSU auf die Bundestagswahlen

12293 Einladungen zu Sitzungen und Veranstaltungen von CSU-Organen und  
CSU-Gremien in München, Bd. 7

12294 Einladungen zu Sitzungen und Veranstaltungen von CSU-Organen und  
CSU-Gremien in München, Bd. 8

16739 Verfahren über den Antrag der Bayerischen Staatsregierung auf  
verfassungsrechtliche Prüfung des Grundvertrages, Bd. 4

16740 Verfahren über den Antrag d. Bay. Staatsregierung auf  
verfassungsrechtliche Prüfung des Grundvertrages, Bd. 5

16744 Verfahren über den Antrag der Bayerischen Staatsregierung auf  
verfassungsrechtliche Prüfung des Grundvertrages, Bd. 9

Bevollmächtigter des Freistaates Bayern beim Bund – Dienststelle Bonn

- 28           Wochen- und Monatsberichte an den Bayerischen Ministerpräsidenten
- 139           Anträge des Freistaates Bayern im Bundesrat auf verschiedenen Gebieten

Staatskanzlei Ministerratsprotokolle (StK-Ministerratsprotokolle)

- 78           Bayerischer Ministerrat – Sitzungsprotokolle  
14. Juli 1970 bis 8. Dezember 1970
- 79           Bayerischer Ministerrat – Sitzungsprotokolle  
15. Dezember 1970 bis 23. März 1971
- 85           Bayerischer Ministerrat – Sitzungsprotokolle  
16. November 1971 bis 22. Februar 1972
- 86           Bayerischer Ministerrat – Sitzungsprotokolle  
29. Februar 1972 bis 30. Mai 1972
- 88           Bayerischer Ministerrat – Sitzungsprotokolle  
10. Oktober 1972 bis 19. Dezember 1972
- 89           Bayerischer Ministerrat – Sitzungsprotokolle, Einladungen,  
Vormerkungen, Januar 1973
- 90           Bayerischer Ministerrat – Sitzungsprotokolle, Einladungen,  
Vormerkungen, Februar 1973
- 92           Bayerischer Ministerrat – Sitzungsprotokolle, Einladungen,  
Vormerkungen, April 1973
- 93           Bayerischer Ministerrat – Sitzungsprotokolle, Einladungen,  
Vormerkungen, Mai 1973

- 94 Bayerischer Ministerrat – Sitzungsprotokolle, Einladungen,  
Vormerkungen, Juni 1973
- 96 Bayerischer Ministerrat – Sitzungsprotokolle, Einladungen,  
Vormerkungen, 31. Juli 1973
- 114 Bayerischer Ministerrat – Sitzungsprotokolle, Einladungen,  
Vormerkungen, Juli-August 1975

*Abteilung V.: Nachlässe*

Nachlass Berghofer-Weichner (NL Berghofer-Weichner)

- 15 CSU in Bundeswahlkreisen und Bezirksverbänden
- 50 Korrespondenz 1991-1992

Nachlass Johann Böhm (NL Böhm)

- 94 Deutsche Demokratische Republik

Nachlass Ludwig Huber (NL Ludwig Huber)

- 057 Korrespondenz als Vorsitzender der CSU-Fraktion

Nachlass Simon Nüssel (NL Nüssel)

- 63 Reden vom 5. Januar bis 19. Mai 1990
- 64 Reden vom 21. Mai – 26. Oktober 1990

Nachlass Alfred Seidl (NL Alfred Seidl)

- 195 Korrespondenz Januar – Juni 1971
- 197 Korrespondenz Januar – Mai 1972
- 198 Korrespondenz Juni – November 1972
- 220 Über Grundvertrag und Beitritt zu den Vereinten Nationen,



Verhandlungen im Bundestag und Bundesrat 1972-1973

- 222 Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht gegen den Grundvertrag
- 227 Korrespondenz 1973
- 230 Errichtung beiderseitiger Vertretungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR 1974
- 234 CDU/CSU Parteipolitik zu Ostverträgen und KSZE 1972-1975
- Nachlass Max Streibl (NL Streibl)
- 253 40. Stiftungstag der Landsmannschaft Ostpreußen und 10jähriges Bestehen der Patenschaft durch den Freistaat Bayern in München
- 254 Stichworte zum Fototermin des Bayerischen Ministerpräsidenten mit dem Präsidium der Sudetendeutschen Landsmannschaft am 28. Oktober 1988
- 265 Parteitag der CSU, 19. November 1988
- 400 Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion in Kloster Banz („Bericht zur politischen Lage“)
- 453 Deutschlandpolitik im Bayerischen Landtag, 14. November 1989
- 457 Veranstaltung des CSU Kreisverbandes Schwandorf
- 514 Regierungserklärung vor dem Bayerischen Landtag, 20. Februar 1990
- 528 Großkundgebung der CSU in München-Fürstenried
- 560 Begrüßungsansprache anlässlich der Konferenz der Justizminister und -senatoren der Länder in München, 29. Mai 1990

- 574 Sitzung des Landesvorstandes der CSU, 25. Juni 1990
- 625 Bundesrat anlässlich der Bundesratsinitiative zu Art. 51 Abs. 2 Grundgesetz (Neuverteilung der Länderstimmen), 24. August 1990
- 642 Wahlkampfauftakt der CSU in München, 14. September 1990
- 648 Kundgebung der DSU in Dresden, 19. September 1990
- 650 Rede Ministerpräsident Streibl anlässlich der Verabschiedung des Einigungsvertrages im Bundesrat am 21. September 1990
- 651 Rede Ministerpräsident Streibl anlässlich der festlichen Kabinettsitzung zur Wiedervereinigung Deutschlands am 2. Oktober 1990 in München
- 713 Personalversammlung/Weihnachtsfeier der Bay. Staatskanzlei in München, 17. Dezember 1990
- 1195 Deutsche Frage
- 1238 Erste gemeinsame Konferenz der Regierungschefs der Bundesrepublik Deutschland
- Nachlass Wilhelm Vorndran (NL Vorndran)
- IX.3 Teilnahme an der 1. Sitzung des Sächsischen Landtags
- XII.1 Korrespondenz 1989
- XII.3 Beitritt der neuen Bundesländer
- XII.4 Staatssekretär-Ausschuss für DDR-Fragen
- XV.2 Landtagswahl in Bayern 1990

- XV.3 Bundestagswahl 1990
- 9 Reden 1981-1990
- 10 Reden 1982-1990, Politische Vorgänge 1982-1990
- 11 Reden 1983-1989

Staatsarchiv Bamberg (StA Bamberg)

*Nachlass Karl Theodor von und zu Guttenberg (NL Guttenberg)*

- 55 Abgeordnete d. Dt. BT u. d. Länderparlamente (Schriftwechsel), Bd. 5:  
A-J Mai 1968 –Dezember 1971

7.2 Gedruckte Quellen

Adler, Peter: Zwischenfall in Dresden – Ein Hilferuf an Franz Josef Strauß, in: dies. (Hg.): Vom Überwinden der Mauer (Bayerische Lebensbilder 3. Biographien – Erinnerungen – Zeugnisse) München 2014, S. 185-192.

Arbeitskreis Deutschland- und Außenpolitik der CSU (Hg.): Deutschlandpolitisches Grundsatzpapier der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, verantw. Florian Stumfall, München 1978.

Barzel, Rainer: Auf dem Drahtseil, München / Zürich 1978.

Ders.: Geschichten aus der Politik. Persönliches aus meinem Archiv, Frankfurt a. Main / Berlin 1987.

Bauer, Joachim (Hg.): Europa der Regionen. Aktuelle Dokumente zur Rolle und Zukunft der deutschen Länder im europäischen Integrationsprozess (Schriften zum Europäischen Recht Bd. 9), Berlin <sup>2</sup>1992.

Bayerischer Landtag: Stenographische Berichte 1969-1993.

Ders.: Schlussbericht des Untersuchungsausschusses vom 6. Juli 1994 betreffend

bayerischer Bezüge der Tätigkeit des Bereichs „Kommerzielle Koordinierung“ und Alexander Schalck-Golodkowski, Drucksache 12/16598.

Borkenhagen, Franz H. U. / Bruns-Klöss, Christian / Memminger, Gerhard / Stein, Otti (Hgg.): Die deutschen Länder in Europa. Politische Union und Wirtschafts- und Währungsunion, Baden-Baden 1992.

Bötsch, Wolfgang: Dr. Theo Waigel – Staatsmann und Mensch, in: Ramsauer, Peter (Hg.): Weichenstellungen für Deutschland und Europa. Theo Waigel. Stationen eines Politikers (Festschrift für Theo Waigel zum 70. Geburtstag), S. 23-28.

Bücker, Joseph / Schlimbach, Helmut (Hgg.): Die Wende in Bonn. Deutsche Politik auf dem Prüfstand (Motive – Texte – Materialien, Bd. 22), Heidelberg 1983.

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.): Der Besuch von Generalsekretär Honecker in der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation zum Arbeitsbesuch des Generalsekretärs der SED und Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, in der Bundesrepublik Deutschland im September 1987, Bonn 1988.

CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Für Frieden und Freiheit. Das Programm der CDU/CSU, Köln 1980.

CSU-Landesgruppe (Hg.): Dokumentation zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 über den Grundvertrag, Bonn 1973.

CSU-Landesleitung (Hg.): Das Wahlprogramm der CSU. Gemeinsam Deutschland in Ordnung bringen, München 1982.

Dies. (Hg.): Das Wahlprogramm der CSU und CDU. Wir werden Deutschland in Ordnung bringen, München 1982.

Dies. (Hg.): Deutschland kommt. Bayern bleibt stark. Mit uns. CSU, München 1990.

Dies. (Hg.): Heimat Bayern. Zukunft Deutschland. Mit uns. CSU, München 1990.

Dies. (Hg.): Mit uns für Frieden in Freiheit. Unterlagen für Wahlkampfredner Bundestagswahl 1980, München 1980.

Das Wahlprogramm von CDU und CSU für die Bundestagswahl 1987.

Deutscher Bundesrat: Stenographische Berichte, 1969-1993.

Deutscher Bundestag: Stenographische Berichte, 1969-1993.

Ders.: Schlussbericht vom 27. Mai 1994, Drucksache 12/1600.

Diestel, Peter-Michael: Konservative wandeln die DDR, in: Süßmuth, Hans (Hg.): Wie geht es weiter mit Deutschland? Politisches Gespräch am 24./25. Januar 1990, Baden-Baden 1990.

Dokumentation, in: Jüttner, Alfred / Blumenwitz, Dieter / Loewenstern, Enno von (Hgg.): Die Deutsche Frage. Grundsätze Probleme und aktuelle Aspekte, München 1983, S. 49-95.

Dokumente zur Deutschlandpolitik, hg. vom Bundesministerium des Inneren, 21. Oktober 1969- 31. Dezember 1970, VI. Reihe, Bd. 1, München 2002.

Dokumente zur Deutschlandpolitik, hg. vom Bundesministerium des Inneren, Deutsche Einheit 1989/90 – Sonderedition, bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998.

Forbes, Monica H. (Hg.): CSU – Beharrliche Kämpferin für die Deutsche Einheit. Eine Darstellung in Zitaten aus den Jahren 1947-2010, München 2011.

Friemberger, Claudia / Kramer, Ferdinand (Hgg.): Rückblicke 1947-1984 des Bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel, München 2005.

Glück, Alois: Von Strauß über die Wiedervereinigung zum Euro, in: Ramsauer, Peter (Hg.): Weichenstellungen für Deutschland und Europa. Theo Waigel. Stationen eines

Politikers (Festschrift für Theo Waigel zum 70. Geburtstag), S. 51-54.

Gruber, Franz: Die deutsche Frage aus der Sicht der CSU, in: Blumenwitz, Dieter / Ziegler, Gottfried (Hgg.): Die deutsche Frage im Spiegel der Parteien, Köln 1988, S. 165-178 (Staats- und völkerrechtliche Abhandlungen der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht 7).

Gutenberg, Karl Theodor Freiherr zu: Fußnoten, Stuttgart <sup>2</sup>1971.

Hanns-Seidel-Stiftung (Hg.): Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU – 1945 – 1995 (Sonderausgabe der Politischen Studien), München 1995.

Höpfinger, Renate: Brief vom 7. August 1983: Marianne Strauß an Gottfried Albrecht, in: dies. (Hg.): Vom Überwinden der Mauer (Bayerische Lebensbilder 3. Biographien – Erinnerungen – Zeugnisse) München 2014, S. 141-144.

Dies.: Maria Esters – Von der DDR in die Bundesrepublik, Zeitzeugengespräch zu einer Ausreise, in: dies. (Hg.): Vom Überwinden der Mauer (Bayerische Lebensbilder 3. Biographien – Erinnerungen – Zeugnisse) München 2014, S. 153-183.

Dies.: Zum Verlauf der Kreditgewährung an die Außenhandelsbank der DDR – Abschrift eines Vermerks aus dem Nachlass von Franz Josef Strauß, in: dies. (Hg.): Vom Überwinden der Mauer (Bayerische Lebensbilder 3. Biographien – Erinnerungen – Zeugnisse) München 2014, S. 123-126.

Kiep, Walther Leisler: Was bleibt ist große Zuversicht. Erfahrungen eines Unabhängigen. Ein politisches Tagebuch, Berlin / Wien 1999.

Koalitionsvereinbarung 1982 zwischen den Bundestagsfraktionen der CDU/CSU und FDP für die 9. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, Neue Bonner Depesche Nr. 10/1982.

Kohl, Helmut: Erinnerungen, Bd. 1-3, München 2004-2007.

Ders.: Vom Mauerfall zur Wiedervereinigung. Meine Erinnerungen, München 2009.

Lafontaine, Oskar: Wir können Gewinnen. Parteiratsrede von Oskar Lafontaine am 27. März 1990 in Hannover, Hg. vom Referat Öffentlichkeitsarbeit des Vorstands der SPD, Bonn 1990.

Nakath, Detlef / Stephan, Gerd-Rüdiger (Hgg.): Countdown zur deutschen Einheit. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen 1987-1990, Berlin 1996.

Dies. (Hgg.): Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980-1987, Berlin 1995.

Potthoff, Heinrich: Die „Koalition der Vernunft“. Deutschlandpolitik in der 80er Jahren, Berlin 1995.

Ders.: Bonn und Ost-Berlin 1969-1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle Darstellung und Dokumente, Bonn 1997 (Archiv für Sozialgeschichte Beiheft 18).

Quellen zur politischen Geschichte Bayerns in der Nachkriegszeit, Band 2 (1957-1978), bearbeitet von Karl-Ulrich Gelberg und Ellen Latzin, hg. von der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 2005.

Rose, Klaus: Der Strauß'sche Milliardenkredit – ein politischer Überraschungs-Coup. Ein Mitglied des Haushaltsausschusses erinnert sich, in: Höpfinger, Renate (Hg.): Vom Überwinden der Mauer (Bayerische Lebensbilder 3. Biographien – Erinnerungen – Zeugnisse) München 2014, S. 145-151.

Schalck-Golodkowski, Alexander: Deutsch-deutsche Erinnerungen, Hamburg 2000.  
Scharnagl, Wilfried (Hg.): Strauß in Moskau... und im südlichen Afrika. Bericht, Bilanz, Bewertung, Percha a. Starnberger See 1988.

Ders.: Mein Strauß. Staatsmann und Freund, Neuried 2008.

Schell, Manfred (Hg.): Die Kanzlermacher, Mainz 1986.

Seiffert, Wolfgang / Trweutwein, Norbert (Hgg.): Die Schalck-Papiere. DDR-Mafia zwischen Ost und West. Die Beweise, Raststatt 1991.

Stoiber, Edmund: Der Freistaat Bayern auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, in: Hanns-Seidel-Stiftung (Hg.): Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU – 1945 – 1995 (Sonderausgabe der Politischen Studien), München 1995, S. 291-317.

Ders.: Weil die Welt sich ändert. Politik aus Leidenschaft – Erfahrungen und Perspektiven, München 2012.

Strauß, Franz Georg: Mein Vater. Erinnerungen, München <sup>2</sup>2008.

Strauß, Franz Josef: Auftrag für die Zukunft. Beiträge zur deutschen und internationalen Politik 1985-1987, hg. von Winfried Scharnagl, Precha a. Starnberger See 1987.

Ders.: Die Erinnerungen, hg. von Winfried Scharnagl, Berlin 1989.

Ders.: Bundestagsreden und Zeitdokumente 1974-1979, hg. von Friedrich Voss, Bonn 1979.

Ders.: Bundestagsreden und Zeitdokumente, hg. von Friedrich Voss, Bonn 1975.

Ders.: Die Bilanz einer Moskaureise. Wortlaut des „Bayernkurier“-Artikels des CSU-Vorsitzenden vom 9. Januar 1988, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 33. Jg. 1988, Heft 2, S. 244-246.

Ders.: Mit aller Kraft für Deutschland. Rede vor dem CSU-Parteitag am 29. September 1979 in München, hg. von der CDU-Bundesgeschäftsstelle.

Streibl, Max: Bayern – Heimat in Deutschland. Garant politischer Stabilität. Wächter des Föderalismus in Europa. Ansprache des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. h. c. Max Streibl beim Staatsakt am 30. Mai 1989 anlässlich des 40jährigen Bestehens der



Bundesrepublik Deutschland, hg. von der Bayerischen Staatskanzlei, München 1989.

Ders.: Ein starkes Bayern für Deutschland und Europa. Regierungserklärung des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. h. c. Max Streibl vor dem Bayerischen Landtag am 12. Dezember 1990, hg. von der Bayerischen Staatskanzlei, München 1990.

Stücklen, Richard: Bundestagsreden und Zeitdokumente, hg. von Hans Merkel, Bonn 1979.

Ders.: Mit Humor und Augenmaß. Geschichten, Anekdoten und eine Enthüllung, Weißenburg 2001.

Tandler, Gerold: Profil der CSU. Partei aus Bayern, Partei für Deutschland, in: Faltlhauser, Kurt / Stoiber, Edmund (Hgg.): Politik aus Bayern, Stuttgart 1976, S. 25-33.

Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 – 2 BvF 1/73 in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Der Grundlagenvertrag vor dem Bundesverfassungsgericht. Dokumentation zum Urteil vom 31. Juli 1973 über die Vereinbarkeit des Grundlagenvertrages mit dem Grundgesetz, Karlsruhe 1975, S. 383-403.

Volkskammer der DDR: Stenographische Berichte, 1990.

Voss, Friedrich: Den Kanzler im Visier. 20 Jahre mit Franz Josef Strauß, Mainz / München 1999.

Weiss, Volkmar: Die Rolle der 1990 in Leipzig gegründeten Deutschen Sozialen Union (DSU) bei der Einigung Deutschlands, in: Zwahr, Hartmut / Schirmer, Uwe / Steinführer, Henning (Hgg.): Leipzig, Mitteldeutschland und Europa. Festgabe für Manfred Straube und Manfred Unger zum 70. Geburtstag, Leipzig 2000, S. 245-253.

Wortlaut der Koalitionsvereinbarungen, in: CDU-Dokumentation 12 24.3.1983.

Zimmermann, Friedrich: Kabinettstücke. Politik mit Strauß und Kohl 1976-1991, München / Berlin 1991.

### 7.3 Zeitungen und Zeitschriften

Bayerische Staatszeitung

Bayernkurier

Der Spiegel

### 7.4 Literatur

Agethen, Manfred: Die CDU in der DDR, in: Becker, Felix: Kleine Geschichte der CDU, S. 201-249.

Ammer, Thomas: Die Parteien in der DDR und in den neuen Bundesländern, in: Minzel, Alf / Oberreuter, Heinrich (Hgg.): Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn <sup>2</sup>1991, S. 421-481.

Baring, Arnulf: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1982.

Becker, Felix: In demokratischer Freiheit, in: ders.: Kleine Geschichte der CDU, S. 19-200.

Becker, Peter: Die frühe KSZE-Politik der Bundesrepublik Deutschland. Der außenpolitische Entscheidungsprozess bis zur Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki, 1992 (Bonner Beiträge zur Politikwissenschaft 3).

Behrend, Manfred: Franz Josef Strauß. Eine politische Biographie, Köln 1995.

Bender, Peter: Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, München <sup>4</sup>1996.

Bermbach, Udo: Stationen der Regierungsbildung 1969, in: ZParl 1 (1970), S. 5-23.

Bickerich, Wolfram: Franz Josef Strauß. Die Biographie, Düsseldorf 1996.

Bierling, Stephan: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Normen, Akteure, Entscheidungen, München <sup>2</sup>2005.

Bingen, Dieter: Ostverträge, in: Weidenfeld, Werner / Korte, Karl-Rudolf (Hgg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949 – 1989 – 1999. Neuausgabe 1999, Frankfurt / New York 1999, S. 596-607.

Bitterhof, Andreas / Höpfinger, Renate: Ministerpräsident Alfons Goppel, in: Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns (Hg.): Das schönste Amt der Welt. Die bayerischen Ministerpräsidenten von 1945 bis 1993, München 1999, S. 116-146.

Blumenwitz, Dieter: Bayern und Deutschland, in: Huber, Ludwig (Hg.): Bayern, Deutschland, Europa. Festschrift für Alfons Goppel, Passau 1975.

Ders.: Bayerns Beiträge zur Deutschlandpolitik, in: Carstens, Karl / Goppel, Alfons / Kissinger, Henry / Mann, Godo (Hgg.): Franz Josef Strauß. Erkenntnisse, Standpunkte, Ausblicke, München 1985, S. 197-208.

Ders.: Der Beitrag der CSU zur staatlichen Einheit Deutschlands, in: Politische Studien, Sonderheft 5/2000, S. 55-67.

Ders.: Die Christlich-Soziale Union und die deutsche Frage, in: Hanns-Seidel-Stiftung (Hg.): Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945-1995, München 1995, S. 333-365.

Ders.: Die Offenheit der Deutschen Frage als Problem des Völkerrechts, in: Weigelt, Klaus (Hg.): Deutsche Frage und Westbindung, Melle 1986 (Forschungsbericht 53), S. 17-26.

Ders.: Grundvertrag und Verfassungsklage, in: Zimmermann, Friedrich (Hg.): Anspruch und Leistung. Widmungen für Franz Josef Strauß, Stuttgart 1980, S. 151-170.

Bohnsack, Klaus: Die Koalitionskrise 1981/82 und der Regierungswechsel 1982, in:

Zeitschrift für Parlamentsfragen Heft 1 Jg. 14 1983, S. 5-32.

Boom, Dirk van den: Politik diesseits der Macht? Zu Einfluss, Funktion und Stellung von Kleinparteien im politischen System der Bundesrepublik, Opladen 1999.

Borowsky, Peter: Sozialliberale Koalition und innere Reformen, in: Informationen zur politischen Bildung 258 (1998), S. 31-40.

Boysen, Jacqueline: Das weiße Haus in Ost-Berlin. Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik bei der DDR, Berlin 2010.

Bredow, Wilfried von: Der KSZE-Prozess. Von der Zählung zur Auflösung des Ost-West-Konflikts, Darmstadt 1992.

Brügmann, Claus: Der Nachlass Franz Josef Strauß im Archiv für Christlich-Soziale Politik – Ein Zwischenbericht, in: Politische Studien 361 (1998), S. 106-120.

Ders. / Höpfinger, Renate: Ministerpräsident Franz Josef Strauß, in: Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns (Hg.): Das schönste Amt der Welt. Die bayerischen Ministerpräsidenten von 1945 bis 1993, München 1999, S. 147-170.

Buchheim, Hans: Deutschlandpolitik 1949-1972. Der politisch-diplomatische Prozess, Stuttgart 1984 (Schriftenreihe der Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte 49).

Buchstab, Günter: Ein parlamentarisches Unikum: die CDU/CSU-Fraktionsgemeinschaft, in: Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute, München 2009, S. 255-274.

Buthmann, Reinhard: Megakrise und Megakredit. Das Züricher Modell im Lichte der Stasi-Akten, in: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, 4/2005, S. 991-1000.

Dexheimer, Wolfgang F. / Hartmann, Max: Zur Geschichte und Struktur der Arbeitskreise und –gruppen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in ZParl Jg. 1, Heft

2 (1970), S. 232-236.

Dexheimer, Wolfgang F.: Die CSU-Landesgruppe. Ihre organisatorische Stellung in der CDU/CSU-Fraktion, in: ZParl Jg. 3, Heft 3 (1972), S. 307-313.

Eisner, Erich: Das europäische Konzept von Franz Josef Strauß. Die gesamteuropäischen Ordnungsvorstellungen der CSU, Meisenheim 1975 (Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft 28).

Eith, Ulrich: Parteien, in: Weidenfeld, Werner / Korte, Karl-Rudolf (Hgg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949 – 1989 – 1999. Neuausgabe 1999, Frankfurt / New York 1999, S. 617-631.

Falter, Jürgen W.: Die bayerische Landtagswahl vom 10. Oktober 1982: Im Süden – beinahe – alles beim alten, , in: Zeitschrift für Parlamentsfragen Heft 1 Jg. 14 1983, S. 82-95.

Finger, Stefan: Franz Josef Strauß. Ein politisches Leben, München 2005.

Flümann, Tobias: Eine Reise in die DDR 1983 – Eine Fotodokumentation der „Aktion Bier“, in: Höpfinger, Renate (Hg.): Vom Überwinden der Mauer (Bayerische Lebensbilder 3. Biographien – Erinnerungen – Zeugnisse) München 2014, S. 127-140.

Friemberger, Claudia: Alfons Goppel. Vom Kommunalpolitiker zum Bayerischen Ministerpräsidenten, Eichstätt 2001 (Untersuchungen und Quellen zur Zeitgeschichte 5).

Fromme, Friedrich Karl: Bundesverfassungsgericht, in: Weidenfeld, Werner / Korte, Karl-Rudolf (Hgg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949 – 1989 – 1999. Neuausgabe 1999, Frankfurt / New York 1999, S. 121-137.

Funk, Albert: Kleine Geschichte des Föderalismus. Vom Fürstenbund zur Bundesrepublik, Paderborn 2010.

Gast, Hendrik / Kranenpohl, Uwe: Politische Führung in der CSU nach Strauß: Rolleninszenierungen und Rollenkonflikte in Führungspositionen der Partei, in: Hopp, Gerhard / Sebaldt, Martin / Zeitler, Benjamin (Hgg.): Die CSU. Strukturwandel, Modernisierung und Herausforderungen einer Volkspartei, Wiesbaden 2010, S. 419-439.

Gehler, Michael: Deutschland. Von der Teilung zur Einigung 1945 bis heute, Bonn 2011.

Gelberg, Karl-Ulrich: Ausblick, in: Spindler, Max: Handbuch der Bayerischen Geschichte, Bd. 4, 1, neu hg. von Alois Schmid, München <sup>2</sup>2003, S. 957-1008.

Ders.: Vom Kriegsende bis zum Ausgang der Ära Goppel (1945-1978), in: Spindler, Max: Handbuch der Bayerischen Geschichte, Bd. 4, 1, neu hg. von Alois Schmid, München <sup>2</sup>2003, S. 635-956.

Glaab, Manuela: Der Honecker-Besuch in der öffentlichen Meinung, in: Historisch-politische Mitteilungen 15 (2008), S. 311-334.

Dies.: Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: in: Weidenfeld, Werner / Korte, Karl-Rudolf (Hgg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949 – 1989 – 1999. Neuausgabe 1999, Frankfurt / New York 1999, S. 239-252.

Dies.: Deutschlandpolitik in der öffentlichen Meinung. Einstellungen und Regierungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Opladen 1999.

Glaeßner, Gert-Joachim: Verfassungsgebot versus Realpolitik? Zur Entwicklung des innerdeutschen Verhältnisses, in: Süß, Werner (Hg.): Die Bundesrepublik in den achtziger Jahren. Innenpolitik. Politische Kultur. Außenpolitik, Opladen 1990, S.253-268.

Görtemaker, Manfred: Beginn der deutschen Einigung, in: Informationen zur politischen Bildung 250 (Neuausgabe 2005), S. 33-46.

Ders.: Vom Kalten Krieg zur Ära der Entspannung, in: Informationen zur politischen Bildung 245 (Neuaufgabe 2002), S. 26-33.

Grau, Andreas: Auf der Suche nach den fehlenden Stimmen 1972. Zu den Nachwirkungen des gescheiterten Misstrauensvotums Barzel/Brandt, in: Historisch-politische Mitteilungen 16 Jg. 2009, S. 1-17.

Ders.: Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969-1973, Düsseldorf 2005 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 47).

Grille, Dietrich: Die deutsche Frage aus der Sicht der CSU, in: Blumenwitz, Dieter / Ziegler, Gottfried (Hgg.): Die deutsche Frage im Spiegel der Parteien, Köln 1988, S. 153-163 (Staats- und völkerrechtliche Abhandlungen der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht 7).

Grosser, Dieter: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln, Stuttgart 1998 (Geschichte der Deutschen Einheit 2).

Haarmann, Lutz: Warten auf die Wiedervereinigung? Die westdeutschen Parteien und die Deutsche Frage in den achtziger Jahren, in: Einsichten und Perspektiven Heft 3 2009, S. 178-197.

Hacke, Christian: 60 Jahre Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren, München 2008, S. 487-510.

Ders.: Die CDU und die deutsche Frage, Blumenwitz, Dieter / Ziegler, Gottfried (Hgg.): Die deutsche Frage im Spiegel der Parteien, Köln 1988, S. 89-97 (Staats- und völkerrechtliche Abhandlungen der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht 7).

Ders.: Die deutschlandpolitischen Konzeptionen von CDU und CSU in der Oppositionszeit (1969-1982), in: Historisch-politische Mitteilungen 1 (1994), S. 33-48.

Ders.: Die ost- und deutschlandpolitische Konzeption der parlamentarischen Opposition des 6. Deutschen Bundestages im Spannungsfeld zwischen Adaption und Alternative, in: Jahn, Eckbert / Rittberger, Volker (Hgg.): Die Ostpolitik der BRD. Triebkräfte, Widerstände, Konsequenzen, Opladen 1974, S. 29-52.

Hacker, Jens: Grundlagenvertrag, in: Weidenfeld, Werner / Korte, Karl-Rudolf (Hgg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949 – 1989 – 1999. Neuausgabe 1999, Frankfurt / New York 1999, S. 417-430.

Haftendorn, Helga: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945-2000, Stuttgart / München 2001.

Hartmann, Peter Claus: Bayerns Weg in die Gegenwart. Vom Stammesherzogtum zum Freistaat heute, Regensburg<sup>2</sup>2004.

Hempel, Yvonne: Statthalter einer bundespolitischen Partei oder Juniorpartner der Union? Die Stellung der CSU-Landesgruppe in Berlin, in: Hopp, Gerhard / Sebaldt, Martin / Zeitler, Benjamin (Hgg.): Die CSU. Strukturwandel, Modernisierung und Herausforderungen einer Volkspartei, Wiesbaden 2010, S. 287-308.

Heyde, Veronika: Die Rolle von Franz Josef Strauß bei der Vergabe der Milliardenkredite an die DDR 1983/84, in: Höpfinger, Renate (Hg.): Vom Überwinden der Mauer (Bayerische Lebensbilder 3. Biographien – Erinnerungen – Zeugnisse) München 2014, S. 99-121.

Hirscher, Gerhard: Die Wahlergebnisse der CSU. Analysen und Interpretationen, hg. Hanns-Seidel-Stiftung (Aktuelle Analysen 59), München 2012.

Höpfinger, Renate: Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP). Verzeichnis der Bestände, München<sup>5</sup>2014.

Hopp, Gerhard: Machtfaktor ohne Machtbasis? Die Sudetendeutsche Landsmannschaft und die CSU, in: ders. / Sebaldt, Martin / Zeitler, Benjamin (Hgg.): Die CSU. Strukturwandel, Modernisierung und Herausforderungen einer Volkspartei, Wiesbaden



2010, S. 146-169.

Huber, Martin: Die Bundestagswahlkämpfe der CDU/CSU als Oppositionsparteien 1972, 1976, 1980, 2002, München 2008 (Beiträge zur Politikwissenschaft 8).

Hung, Ting-Fu: Die Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Kohl/Genscher in den Jahren 1984/85. Unter Berücksichtigung der Diskussion um die Offenheit der Deutschenfrage, München 1989.

Jäger, Wolfgang / Walter, Michael: Die Allianz für Deutschland. CDU, Demokratischer Aufbruch und Deutsche Soziale Union 1989/90, Köln / Weimar / Wien 1998.

Jäger, Wolfgang: Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition 1974-1982, in: Ders. / Link, Werner (Hg.): Republik im Wandel 1974-1982. Die Ära Schmidt (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Band 5/II), Stuttgart 1987, S. 9-272.

Ders.: Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozess der Vereinigung 1989/90, Stuttgart 1988 (Geschichte der Deutschen Einheit 3).

Ders.: Die „Wende“ 1982: Bruch der Koalition und Regierungsbildung, in: Historisch-politische Mitteilungen Nr. 19 2012, S. 167-176.

Ders.: Helmut Kohl setzt sich durch, 1976-1982, in: Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute, München 2009, S. 141-159.

Janotta, Daniel: Franz Josef Strauß als bayerischer Ministerpräsident, Masch. Diplomarbeit, Passau 2006.

Kaßnitz, Ute: Grundpositionen in der Strategie und in der parlamentarischen Auseinandersetzung der CDU/CSU-Opposition in der 7. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages, (Masch. Diss.) Bochum 1979.

Kielmannsegg, Peter Graf: Das geteilte Land. Deutschland 1945-1990, München 2004 (Sonderausgabe).

Kießling, Andreas: Die CSU. Machterhalt und Machterneuerung, Wiesbaden 2004.  
Ders.: Erfolgsfaktoren der CSU. Kompetitive Kooperation von Machtzentren als Bedingung für Selbstgenerationsfähigkeit und Geschlossenheit, in: ZPol 2/2005 (15. Jg.).

Kittel, Manfred: Franz Josef Strauß und der Milliardenkredit für die DDR 1983, in: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, 4/2007, S. 647-656.

Ders.: Strauß' Milliardenkredit für die DDR. Leistung und Gegenleistung in den innerdeutschen Beziehungen, in: Wengst, Udo / Wentker, Hermann (Hgg.): Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Bonn 2008, S. 307-332.

Kleinmann, Hans-Otto: Geschichte der CDU. 1945-1982, Stuttgart 1993.

Knapp, Manfred: Vereinte Nationen, in: Schmidt, Sigmar / Hellmann, Gunther / Wolf, Reinhard (Hgg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden 2007, S.727-746.

Koch, Hans-Gerhard / Bamberg, Hans-Dieter: CDU/CSU. Verhinderte Staatspartei, Starnberg 1974.

Kock, Peter Jakob: Der Bayerische Landtag. Eine Chronik, München <sup>5</sup>2006.

Ders. / Treml, Manfred: Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Treml, Manfred (Hg.): Geschichte des modernen Bayern. Königreich und Freistaat, München <sup>3</sup>2006, S. 391-515.

Korte, Karl-Rudolf: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982-1989, Stuttgart 1998 (Geschichte der Deutschen Einheit 1).

Kramer, Ferdinand: Die Rückblicke von Alfons Goppel – Form und Inhalt, in: Friemberger, Claudia / Kramer, Ferdinand (Hgg.): Rückblicke 1947-1984 des Bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel, München 2005, S. 39-70.

Kraus, Andreas: Geschichte Bayerns. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München<sup>3</sup>2004.

Krauß, Sylvia: Ministerpräsident Max Streibl, in: Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns (Hg.): Das schönste Amt der Welt. Die bayerischen Ministerpräsidenten von 1945 bis 1993, München 1999, S. 171-187.

Krieger, Wolfgang: Franz Josef Strauß. Der barocke Demokrat aus Bayern, Göttingen / Zürich 1995 (Persönlichkeiten und Geschichte 150).

Ders.: Franz Josef Strauß und die zweite Epoche in der Geschichte der CSU, in: Hanns-Seidel-Stiftung (Hg.): Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945-1995, München 1995, S.163-193.

Kronenberg, Volker: Grundzüge deutscher Außenpolitik 1949-1990, in: Informationen zur politischen Bildung 304 (2009), S. 14-32.

Kuppe, Johannes: Deutschlandpolitik der DDR, in: Weidenfeld, Werner / Korte, Karl-Rudolf (Hgg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949 – 1989 – 1999. Neuausgabe 1999, Frankfurt / New York 1999, S. 252-267.

Küsters, Hanns Jürgen: Die Vereinigung von CDU (Ost) und CDU (West) 1990, in: Historisch-Politische Mitteilungen 18 Jg. 2011, S. 167-192.

Ders.: Die vertragliche Gestaltung der deutschen Einheit, in: Historisch-politische Mitteilungen 15 (2008), S. 347-373.

Ders.: Kanzlerfraktion unter Alfred Dregger, 1982-1991, in: Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute, München 2009, S. 161-179.

Lehmann, Hans Georg: Deutschland-Chronik 1945-2000, Bonn 2002.

Leuthner, Roman: die politischen und wirtschaftlichen Initiativen des Freistaats Bayern

im Zuge des politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses der neuen Bundesländer Sachsen und Thüringen im Zeitraum 1990 bis 1993, (Masch. Diss.), München 1995.

Link, Werner: Die CDU/CSU-Fraktion und die neue Ostpolitik – in en Phasen der Regierungsverantwortung und der Opposition, 1966-1975, in: Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute, München 2009, S. 115-139.

Lohse, Eckart: Helmut Kohl als Oppositionsführer 1976 bis 1982, in Appel, Reinhard: Helmut Kohl im Spiegel seiner Macht, Bonn 1990, S. 129-146.

Malycha, Andreas: Auf dem Weg in den Zusammenbruch. 1982 bis 1990, in: Informationen zur politischen Bildung 312 (2011), S. 66-80.

Martin, Ernst: Zwischenbilanz: Deutschlandpolitik der 80er Jahre, Stuttgart 1986.

Mayer, Tilman / Haarmann, Lutz: Die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1990, in: Politische Studien, Themenheft 1/2010, 20 Jahre Deutsche Einheit, S. 57-66.

Middendorf, Doris: Die Politik des CSU-Abgeordneten von Guttenberg, Masch. Diss. München 1980.

Mintzel, Alf: Bayern und die CSU, in: Hanns-Seidel-Stiftung (Hg.): Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945-1995, München 1995, S. 195-252.

Ders.: Der Fraktionszusammenschluss nach Kreuth: Ende einer Entwicklung?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 8 (1977), S. 58-76.

Ders.: Die Christlich-Soziale Union in Bayern, in: ders. / Oberreuter, Heinrich (Hgg.): Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn <sup>2</sup>1991, S. 217-265.

Ders.: Die Geschichte der CSU. Ein Überblick, Opladen 1977.

Ders.: Die Rolle der CSU-Landesgruppe im politischen Kräftespiel der Bundesrepublik Deutschland, in: Politische Studien, Sonderheft 1/1989, S. 113-134.

Ders.: Franz Josef Strauß und die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, in: Zimmermann, Friedrich (Hg.): Anspruch und Leistung. Widmungen für Franz Josef Strauß, Stuttgart 1980, S. 281-307.

Möller, Horst: Franz Josef Strauß. Herrscher und Rebell, München/Berlin 2015.

Moesch, Karl: Kurs-Revision. Deutsche Politik nach Adenauer, Frankfurt a. Main 1978.

Müchler, Günter: CDU/CSU. Das schwierige Bündnis, München 1976.

Münch, Ursula: Freistaat im Bundesstaat. Bayerns Politik in 50 Jahren Bundesrepublik Deutschland, München 1999.

Noelle-Naumann, Elisabeth: Öffentliche Meinung in der Bundestagswahl 1980, in: Kaase, Max / Klingemann, Hans-Dieter (Hgg.): Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1980, S. 540-599.

Oberreuter, Heinrich: Bayerische Akzente – Zum Gestaltungsanspruch der CSU auf Bundesebene, in: Politische Studien 403 (2005), S. 39-46.

Ders.: Konkurrierende Kooperation – Die CSU in der Bundespolitik, in: Hanns-Seidel-Stiftung (Hg.): Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945-1995, München 1995, S. 319-332.

Pauly, Wolfgang: Christliche Demokraten und Christlich-Soziale. Untersuchung zum interparteilichen Bündnisverhalten von CDU und CSU 1969-1979, Masch. Diss., Trier 1981.

Reinken, Joachim Georg: Divergenzen zwischen Partei und Fraktion. Untersuchungen zum Spannungsverhältnis von CDU-Parteiführung und CDU/CSU-Bundestagsfraktion,

Masch. Diss., Münster 2009.

Ress, Georg: Grundgesetz: in: Weidenfeld, Werner / Korte, Karl-Rudolf (Hgg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949 – 1989 – 1999. Neuausgabe 1999, Frankfurt / New York 1999, S. 402-417.

Richter, Michael: Die Bildung der Allianz für Deutschland, in: Historisch-politische Mitteilungen 15 (2008), S. 335-346.

Richter, Saskia: Die Kanzlerkandidaten der CSU. Franz Josef Strauß und Edmund Stoiber als Ausdruck christlichdemokratischer Schwäche? (Politika, Schriftenreihe zur politischen Wissenschaft Bd. 59), Hamburg 2004.

Rödter, Andreas: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2010.

Ders.: Die Bundesrepublik Deutschland 1969-1990, München 2004 (OGG 19 A).

Rowold, Manfred / Immerfall, Stefan: Im Schatten der Macht. Nicht-etablierte Kleinparteien, S. 362-420.

Schäfer, Susanne: Konstanz und Wandel: Die CSU-Programme im dokumentarischen Vergleich, in: Hopp, Gerhard / Sebaldt, Martin / Zeitler, Benjamin (Hgg.): Die CSU. Strukturwandel, Modernisierung und Herausforderungen einer Volkspartei, Wiesbaden 2010, S. 173-193.

Schildt, Axel: Bundesrepublik Deutschland 1969 bis 1973, in: Informationen zur politischen Bildung 270 (2001), S. 3-4.

Ders.: Innere Entwicklung der Bundesrepublik bis 1989, in: Informationen zur politischen Bildung 270 (2001), S. 4-14.

Schmid, Günther: Entscheidung in Bonn. Die Entstehung der Ost- und Deutschlandpolitik 1969/70, Köln 1979.

Ders.: Politik des Ausverkaufs? Die Deutschlandpolitik der Regierung Brandt/Scheel, München 1975.

Schneider, Werner: Bundesverfassungsgericht und Politik – die Klage Bayerns gegen den Grundvertrag. Vorgeschichte und Verlauf des Prozesses – das Urteil und seine Bewährung, masch. Dipl., München 1993.

Scholz, Rupert: Die Effektivität der deutschen Staatsangehörigkeit, in: Blumenwitz, Dieter / Meissner, Boris (Hgg.): Staatliche und nationale Einheit Deutschlands – ihre Effektivität, Bonn 1984 (Staats- und völkerrechtliche Abhandlungen der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht 3), S. 57-74.

Schönhoven, Klaus: Zwischen Euphorie und Ernüchterung: SPD-dominierte Bundesregierungen, in: Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren, München 2008, S. 77-97.

Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München<sup>2</sup>1999.

Schulze, Andreas: Deutsche Soziale Union, in: Decker, Frank / Neu, Viola (Hgg.): Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden<sup>2</sup>2013, S. 244-246.

Ders.: Kleinparteien in Deutschland. Aufstieg und Fall nicht-etablierter politischer Vereinigungen, Wiesbaden 2004.

Schwarz, Hans-Peter: Helmut Kohl. Eine politische Biographie, München 2012.

Sebaldt, Martin: Christliche-Soziale Union in Bayern e. V., in: Decker, Frank / Neu, Viola (Hgg.): Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden<sup>2</sup>2013, S. 222-232.

Siebenmorgen, Peter: Franz Josef Strauß. Ein Leben im Übermaß, München 2015.

Stadt, Jochen: Deutsch-deutsche Beziehungen von 1949 bis 1989, in: Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren, München 2008, S. 157-179.

Stickler, Matthias: Zu kurz gesprungen? – Die CSU und der Bonner Regierungswechsel des Jahres 1982, in: Historisch-Politische Mitteilungen Heft 19 2012, S. 177-195.

Stöss, Richard: Die „Republikaner“. Woher sie kommen. Was sie wollen. Wer sie wählt. Was zu tun ist, Köln 1990.

Sturm, Roland: Bundesstaatlichkeit, in: Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren, München 2008, S. 279-298.

Ders.: Föderalismus in Deutschland, München 2003.

Veen, Hans-Joachim: Die CDU/CSU-Opposition im parlamentarischen Entscheidungsprozess. Zur Strategie und zum Einfluss der CDU/CSU Bundestagsfraktion in der Gesetzgebungsarbeit des 6. Deutschen Bundestages 1969-1972, München 1973.

Weidenfeld, Werner: Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90, Stuttgart 1998 (Geschichte der deutschen Einheit 4).

Wentker, Hermann: Doppelter UN-Beitritt. Deutsch-deutsche Konkurrenz auf der internationalen Bühne, in: Wengst, Udo / Wentker, Hermann (Hgg.): Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Bonn 2008, S. 235-258.

Willandsen, Volker: Das Karlsruher Urteil zum Grundlagenvertrag und der Austausch Ständiger Vertretungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR (masch. Diss.) Marburg 1980.

Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen II. Deutsche Geschichte 1933-1990, Bonn 2004.

Wirsching, Andreas: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 2006.



Wulf, Meike: Erich Honecker im Spiegel der Presse (1971-1994). Eine Studie zu Erscheinungsformen, Ursachen und Folgen politischer Berichterstattung, Frankfurt a. Main 2001.

Ziller, Gebhard / Oschatz, Georg-Berndt: Der Bundesrat (Ämter und Organisationen der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 6), Düsseldorf<sup>9</sup>1993.

Zimmer, Matthias: Nationales Interesse und Staatsräson. Zur Deutschlandpolitik der Regierung Kohl 1982-1989, Paderborn 1992 (Studien zur Politik 18).

Zorn, Wolfgang: Bayerns Geschichte seit 1960 (hg. von Rolf Kießling), Regensburg 2007.

Zürndorf, Benno: Die Ostverträge. Die Verträge von Moskau, Warschau, Prag, das Berlin-Abkommen und die Verträge mit der DDR, München 1979.